QUEERE FRAUEN IN RUSSLAND
nach Beginn des umfassenden Krieges

Militarisierung und Anti-Gender-Bewegung

(Soziale und juristische Analyse
mit dem Fokus auf die Lage
der trans* Frauen)



CIVIL
SOCIETY
FORUM

QUARTEERA


CIVIL
SOCIETY
FORUM


QUARTEERA

Eroshenko Anna, Olenichev Maxim, Sabunaeva Maria, Anonyme Forscher:innen. Queere Frauen in Russland nach Beginn des umfassenden Krieges: Militarisierung und Anti-Gender-Bewegung (Soziale und juristische Analyse mit dem Fokus auf die Lage der trans* Frauen) / Übersetzer:innen: Mariia Kurilina, Kilian Schmidt, Nataliya Shneyder, Faeza Yuldasheva. — Berlin: Quarteera e.V.; Civil Society Forum, 2025.

Cover Illustration — Sasha Skochilenko

Gestaltung und Layout — Rain Cellarius

Der Bericht basiert auf einer Untersuchung (Online-Umfrage, Interviews, Quellenrecherche) und analysiert, wie sich die Lage queerer russischer Frauen (mit Schwerpunkt auf trans*Frauen) nach dem russischen Überfall auf die Ukraine verändert hat. Wir haben verfolgt, wie die anti-gender Wende, die Militarisierung des Staates und der Gesellschaft im Land, staatliche Propaganda und Desinformation, die Verabschiedung und Umsetzung von föderalen Gesetzen „über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" und „zum Verbot der Geschlechtsumwandlung" sowie die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation, die nicht existierende Organisation „Internationale öffentliche Bewegung LGBT" als extremistisch einzustufen, das Leben von queeren Frauen verändert haben. All diese Phänomene hängen miteinander zusammen und bilden die Grundlage für den Krieg des russischen Machtapparats gegen die Ukraine. Am Ende des Berichts geben wir Empfehlungen zur Veränderung der Situation.

Für deutsche Behörden, ausländische Behörden, internationale Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, LGBTIQ-Initiativen und Aktivist*innen, Expert*innen für Russland, in den Bereichen Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Rechtswissenschaft, Sozialwandel, Wissenschaftler*innen, ein breites Publikum und alle, die sich für die Geschehnisse in Russland interessieren.

Kann zur Beurteilung der Lage in Russland verwendet werden, unter anderem in Fällen von Asylgewährung, humanitärem Schutzstatus und anderen Hilfsprogrammen.

ISBN: 978-3-9827934-1-2

Die freie Verwendung ist unter Angabe der Autoren und des Titels der Veröffentlichung gestattet.

Queere Frauen in Russland
nach Beginn des umfassenden Krieges

Militarisierung und Anti-Gender-Bewegung

Soziale und juristische Analyse mit dem Fokus auf die Lage der trans* Frauen

Berlin
2025

Inhalt

Danksagungen 7

Zusammenfassung 13

Glossar 27

Queere Frauen und der Rechtsruck: Der Fall Russland
Russland im Krieg und die anti-gender Wende 31
Neuartigkeit der Studie 34
Forschungsmethoden 36

Teil I. Auswirkungen des vollumfassenden Angriffskrieges auf queere Frauen in Russland
Kapitel 1. Demografisches Profil der Teilnehmer*innen der Studie 44

Kapitel 2. Mentaler Zustand queerer Frauen 65

Kapitel 3. Soziale Dynamiken der queeren Frauen: Veränderungen nach Ausbruch des umfassenden Krieges
§1 Werte von queeren Frauen in Russland im Kontext des Angriffskrieges und der Anti-Gender-Bewegung 90
§2 Der Einfluss von anti-gender Rhetorik auf Generationskonflikte in Familien von queeren Frauen 107
§3 Homo- und transphobe Denunziationen: Queere Frauen in Russland und alltägliche Konflikte 116
§4 Homo- und Transphobie am Arbeitsplatz und in der Bildung: Verletzung der Arbeits- und Bildungsrechte von queeren Frauen 121

Teil II. Repressive Gesetze und queere Frauen in Russland: Rechtliche und soziale Analyse
Kapitel 4. Anti-gender Gesetzgebung: neue Rechtsnormen und staatliche Propaganda
§1 Kampagne gegen LGBTQ-Personen als Teil einer Informations- und Propagandakampagne zur Unterstützung des russischen Krieges in der Ukraine 147

§2 Gesetz „über das Verbot von LGBT-Propaganda unter allen Altersgruppen“ **156**
§3 Einstufung der „Internationalen LGBT-Bewegung“ als extremistische Organisation **171**
§4 Gesetze zur Entrechtung von trans Personen **182**

Kapitel 5. Die sozialen Folgen der anti-gender-Gesetzgebung für queere Frauen in Russland
§1 Informationszugang queerer Frauen, ihre erzwungene Verschlossenheit und Sichtbarkeit als Anfälligkeit **186**
§2 Recht auf juristisches Geschlecht: Verbot der Geschlechtsangleichung als Instrument zur sozialen Marginalisierung von trans Frauen **206**

Kapitel 6. Soziale Folgen der Militarisierung der Gesellschaft für queere Frauen in Russland
§1 Die Dynamik der Diskriminierung von queeren Frauen vor und nach der russischen Invasion der Ukraine **234**
§2 Militarisierung der russischen Gesellschaft und die Lage von queerer Frauen **241**

Teil III. Sicherheit, körperliche Autonomie und Familienrechte von queeren Frauen in Russland der Kriegszeit
Kapitel 7. Sicherheit, Vertrauen in die Polizei, Gewalt durch Kriegsteilnehmer
§1 Die Straße als Quelle der Gewalt und erzwungene Isolation von queeren Frauen **255**
§2 Misstrauen gegenüber offiziellen Institutionen bei queeren Frauen **267**
§3 Gewalt gegen queere Frauen durch Kriegsteilnehmer **273**
§4 Wehrpflicht und Zwangsmobilisierung als Ursache für Gewalt gegen trans Frauen in kriegführenden Russland **281**

Kapitel 8. Verstöße und Diskriminierung im Bereich der Medizin, der körperlichen Selbstbestimmung und der reproduktiven Rechte von queeren Frauen
§1 Zugang zur medizinischer Versorgung **295**
§2 Das Problem des reproduktiven Drucks und des Zugangs zu Kinderwunsch-behandlungen für queere Frauen im Russland der Kriegeszeit **309**
§3 Unfreiwillige Konversiontherapie **320**
§4 Zugang zu medizinischer Versorgung für transgender Frauen nach Verabschiedung des Verbots der Geschlechtsanpassungen **327**

Kapitel 9. Verstöße und Diskriminierung im Bereich der Familien- und Elternrechte
§1 Rechte und Bedürfnisse von queeren Frauen im Zusammenhang mit der rechtlichen Anerkennung von Partnerschaften **339**
§2 Eltern- und Sorgerechte von queeren Frauen **344**

Fazit **357**

Empfehlungen **365**

Endnoten **374**

Anhang **413**

Danksagungen

Der Bericht spiegelt die Ergebnisse einer Studie zur Situation von queeren Frauen in Russland wider, wobei der Schwerpunkt auf trans Frauen liegt. Am 24. Februar 2022 begann die russische Regierung mit einer groß angelegten Invasion Russlands in der Ukraine. Dieses Ereignis veränderte das Leben der Menschen in vielen Ländern der Welt (besonders stark in der Ukraine) und teilte das Leben vieler queerer Menschen in ein Vorher und Nachher. Aus diesem Grund haben wir uns im Rahmen der Studie nicht nur darauf konzentriert, was derzeit in Russland mit queeren Menschen und Communities geschieht. Für uns war es wichtig zu vergleichen, wie queere Frauen sich vor dem 24. Februar 2022 und danach gefühlt haben und welche Erfahrungen sie mit dem russischen Staat gemacht haben.

Der Bericht konzentriert sich auf drei wesentliche Ereignisse, die das Leben von queeren Menschen in Russland verändert haben: die großangelegte Invasion der Ukraine seitens Russlands am 24. Februar 2022, die Militarisierung der russischen Gesellschaft, die Verabschiedung und Umsetzung von queerfeindlichen Gesetzen sowie die Verbreitung von darauf basierenden Praktiken. Diese Faktoren existieren nicht isoliert, sondern beeinflussen sich gegenseitig und wirken sich auf LGBTIQ-Menschen aus, was letztlich zu einer neuen, in Russland bisher unbekannten sozialen Realität geführt hat, die täglich Auswirkungen auf queere Menschen im Land hat.

Im Laufe der Studie erhielten wir zahlreiche Rückmeldungen von Befragten, die sich für die Möglichkeit bedankten, ihre Meinung darüber zu äußern, wie sie sich als queere Frauen fühlen, die

in Russland in einer Zeit leben, die faktisch einem Kriegszustand gleicht. Denn oft haben queere Frauen in den letzten drei Jahren aufgrund des sozialen Drucks und ihrer Ablehnung der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine viele soziale Kontakte verloren: In Russland zu sagen, was man denkt, ist zu einer Gefahr für Leben und Freiheit geworden. Deshalb wurde die Studie zu einer Plattform, auf der queere Frauen mit Forscher*innen das teilen konnten, was sie seit langem beobachten und analysieren, wozu sie früher nicht die Möglichkeit hatten.

Im ersten Teil der Studie haben wir uns auf die Frage konzentriert, wie sich der Angriff Russlands auf die Ukraine auf die Situation von queeren Frauen in Russland ausgewirkt hat. Dieses Thema zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Bericht. Im ersten Kapitel haben wir uns jedoch auf die Beschreibung des demografischen Profils der Teilnehmerinnen konzentriert, die an der Online-Umfrage teilnahmen, die wir am 31. Mai 2025 abgeschlossen haben. Im zweiten Kapitel haben wir Daten zum psychischen Zustand der Befragten aufgeführt. Das dritte Kapitel enthält Informationen über die soziale Dynamik: Wir haben die Situation von queeren Frauen in Russland vor und nach der vollständigen Invasion verglichen. Darüber hinaus teilten die Befragten mit, welche Werte sie in Russland vertreten und welche Schwierigkeiten deren Umsetzung in einem militarisierten Land mit sich bringt. Dank der Teilnehmerinnen der Umfrage und den Autorinnen der Interviews konnten wir den Einfluss der anti-gender Rhetorik auf verschiedene Generationen von queeren Frauen in Russland untersuchen; wie sich das soziale Umfeld, in dem queere Frauen heute in diesem Land leben, verändert hat; welche Konflikte aufgrund von Queerfeindlichkeit entstehen; und wie ihre Rechte auf Arbeit und Bildung verletzt werden.

Der zweite Teil der Studie befasst sich mit den wichtigsten Trends der staatlichen Propaganda und Desinformation in Bezug auf LGBTIQ-Menschen in Russland (einschließlich der Förderung des Konzepts der „traditionellen Werte" durch Akteure der Anti-Gender-Bewegung) und den Änderungen in der russischen anti-gender Gesetzgebung. In diesem Kapitel werden die Gesetze „Über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" und „Über das Verbot der Geschlechtsumwandlung" sowie die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation, die nicht existierende Organisation „Internationale öffentliche

Bewegung LGBT" als extremistisch einzustufen, ausführlich analysiert. Wichtig ist, dass das Kapitel nicht nur eine Beschreibung der Gesetze enthält, die heute auf queere Menschen in Russland Einfluss haben, sondern auch eine Analyse der Fälle, in denen sie angewendet werden. Dieser Abschnitt soll dazu beitragen, besser zu verstehen, wie der Staat durch seine Entscheidungen das soziale Leben von LGBTIQ+ in Russland unter den Bedingungen staatlicher Propaganda, Militarisierung der Gesellschaft und aggressiver Kriegführung gegen die Ukraine verändert. Diese Daten können von Fachleuten in Deutschland und anderen demokratischen Ländern genutzt werden, die Entscheidungen über die Risikobewertung bei der Beantragung von Asyl durch queere Menschen in sicheren Ländern treffen. In diesem Teil haben wir die direkten sozialen Auswirkungen der Anwendung der anti-gender Gesetzgebung in Russland untersucht und auch, wie sich die Kanäle für die Verbreitung und den Erhalt von Informationen für queere Menschen in Russland in den letzten drei Jahren verändert haben und wie sich das Inkrafttreten des bundesweiten Verbots von affirmativen Maßnahmen im Juli 2023 auf die Marginalisierung von trans Frauen ausgewirkt hat.

Im dritten Teil gehen wir der Frage nach, was queere Frauen im kriegführenden Russland unter Sicherheit verstehen und wie sie es schaffen, sich diese unter den veränderten Bedingungen zu gewährleisten. Außerdem befassen wir uns mit Fragen der staatlichen Kontrolle über den Körper und dem Einfluss auf die Regulierung familiärer Beziehungen im Rahmen der Förderung sogenannter „traditioneller Werte" – insbesondere dem Verständnis der Familie als ausschließlich einer Verbindung zwischen Mann und Frau. Auf der Grundlage von Umfragen und Interviews, der Analyse öffentlicher Quellen (einschließlich der Massenmedien) und persönlicher Erfahrungen mit der Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft beschreiben wir, wie sich die Rolle des öffentlichen Raums im Leben von queeren Frauen verändert hat und ob sie Vertrauen in die Behörden haben, die russische Gesetze gegen LGBTIQ-Menschen anwenden. Darüber hinaus haben wir untersucht, wie Teilnehmer*innen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine Ängste und Gewalt im Land reproduzieren, wie sich die Einberufung zum Wehrdienst und die Mobilisierung auf queere Frauen ausgewirkt haben, die von den russischen Behörden zur Teilnahme an Kriegshandlungen einberufen werden können, und welche Strategien queere

Frauen wählen, um sich nicht am Krieg zu beteiligen. Ein separates Kapitel befasst sich mit dem Zugang von queeren Frauen zu medizinischer und psychologischer Hilfe in Russland, der sich nach dem Beginn des Krieges verändert hat. Außerdem konnten wir Fragen des reproduktiven Drucks auf queere Frauen und ihren Zugang zur Kinderwunschbehandlung untersuchen. Ein separates Thema waren Ängste und Fälle von Konversionstherapie. Wir haben auch das wichtige Thema nicht außer Acht gelassen, wie sich der Zugang von trans Personen zu medizinischer Versorgung nach der Einführung des Verbots von Geschlechtsangleichung im Land verändert hat. Im letzten Kapitel haben wir die Verwirklichung von Familien- und Elternrechten durch queere Frauen in Russland diskutiert.

Im gesamten Text des Berichts kommen queere Frauen zu Wort, die in Russland leben und uns ihre persönlichen Geschichten erzählt haben. Sie verdeutlichen am besten die Trends, die wir bei der Auswertung der Ergebnisse der Online-Umfrage festgestellt haben. Am Ende des Berichts finden sich Empfehlungen an internationale Organisationen, staatliche Behörden, bürgerliche Initiativen, LGBTIQ-Aktivist*innen und ihre Verbündeten zu den Schritten, die unserer Meinung nach die Situation von queeren Frauen in Russland in der aktuellen Lage verbessern können. Der Bericht enthält eine Beschreibung der wichtigsten Themen und Probleme, mit denen queere Frauen in Russland heute konfrontiert sind. Sofern im Text nicht anders angegeben, gelten die allgemeinen Schlussfolgerungen der Studie für die Beschreibung der Situation aller queeren Menschen (unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität), die in Russland leben. Im gesamten Text des Berichts legen wir jedoch einen besonderen Schwerpunkt auf die Situation und Achtung der Rechte von queeren Frauen, einschließlich trans Frauen. Leider enthält der Bericht nur wenige positive Geschichten und Zahlen: Das liegt nicht daran, dass wir keine Lösungen für diese Probleme sehen (im Gegenteil, wir sind überzeugt, dass alle Probleme lösbar sind alles hängt von den Anstrengungen, der Motivation, der Zeit und den Ressourcen ab), sondern damit, dass in der Situation, in der queere Frauen heute in Russland leben, nach dem 24. Februar 2022 viele Schwierigkeiten aufgetreten sind, die wir für wichtig hielten, zu systematisieren und darzustellen. Wir bitten, sich beim Lesen des Berichts nicht auf die Auflistung der Probleme und möglicherweise an einigen Stellen auf kategorische

Schlussfolgerungen zu konzentrieren, sondern Ihnen die ganze Vielfalt der komplexen Fragen vor Augen zu führen und gemeinsam mit uns darüber nachzudenken, wie sie gelöst werden können. Wenn Leser*innen im Text ihrer Meinung nach zu kategorische Schlussfolgerungen finden, sollten sie diese als Einschätzungen betrachten, die auf den Erfahrungen der Befragten basieren, die an der Studie teilgenommen haben.

Bei der Erstellung des Textes haben wir Veröffentlichungen internationaler und nationaler Menschenrechtsorganisationen, Materialien aus den Massenmedien, Informationen aus unseren eigenen Archiven, die erstmals in diesem Bericht veröffentlicht wurden, analytische Artikel und Übersichten von Wissenschaftler*innenteams sowie Daten der Vereinten Nationen (UN), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gestützt. Wir haben gerne Berichte der UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in der Russischen Föderation, Mariana Katsarova, zitiert, die sehr kurz, aber sehr präzise die Lage von queeren Menschen im kriegführenden Russland beschreibt und Empfehlungen an alle Beteiligten formuliert, wie die Repressionen gegen LGBTIQ+ gestoppt und die Probleme gelöst werden können, die das militarisierte russische Staatssystem heute verursacht.

Wir danken allen, die an der Online-Umfrage und den Interviews teilgenommen und uns wichtige Informationen aus erster Hand mitgeteilt haben. Es ist uns sehr wichtig, euch zu hören und eure Stimmen dort zu vertreten, wo wir es können, da wir wissen, dass es aufgrund der Zensur in Russland praktisch unmöglich ist, sich zu den Themen zu äußern.

Wir danken dem **Civil Society Forum** und **Quarteera e. V.**, ohne deren Hilfe wir diese Studie nicht hätten durchführen und ihre Ergebnisse nicht öffentlich präsentieren können. Wir danken den LGBTIQ-Aktivist*innen und LGBTIQ-Initiativen, den queeren Blogger*innen und allen, die uns dabei geholfen haben, den Fragebogen für die Umfrage unter queeren Frauen in Russland zu verbreiten.

Besonderen Dank möchten wir Vadim Vaganov und Anna P. aussprechen, die uns bei der Arbeit an dieser Studie unterstützt haben.

Abschließend möchten wir dem Forschungsteam danken, das sich nicht gescheut hat, dieses komplexe Thema gemeinsam zu untersuchen, und sich mit Begeisterung dieser Aufgabe gestellt

hat. Vor allem möchten wir den Freiwilligen unseren unermesslichen Dank aussprechen, die uns dabei geholfen haben, Interviews zu sammeln und auszuwerten, den Fragebogen zu verbreiten, den Text des Berichts ins Deutsche und Englische zu übersetzen und auf andere Weise an der Erstellung dieses Berichts mitgewirkt haben. Wir sind allen Autor*innen, Illustrator*innen, Expert*innen, Korrektor*innen, Designer*innen, Layouter*innen und allen anderen, die wir hier nicht alle aufzählen können, aber ohne die diese Studie nicht möglich gewesen wäre, zu Dank verpflichtet und tragen sie immer in unseren Herzen.

Das Forschungsteam

Zusammenfassung

Im Jahr 2025 haben wir eine Studie zur Situation queerer Frauen in Russland durchgeführt, wobei der Schwerpunkt auf trans Frauen lag. Wir wollten wissen, wie sich eine Reihe von sich gegenseitig beeinflussenden Faktoren wie die vollständige Invasion Russlands in der Ukraine am 24. Februar 2022, die Militarisierung der russischen Gesellschaft und die Verabschiedung und Einführung queerfeindlicher Gesetze auf das Leben queerer Frauen im Land ausgewirkt haben, mit welchen Problemen sie konfrontiert sind und welche Lösungen es für diese Probleme gibt.

In dem vorliegenden Bericht haben wir uns auf den Vergleich der Erfahrungen der Befragten mit Diskriminierung und Rechtsverletzungen vor und nach dem Überfall auf die Ukraine konzentriert. Ein weiteres Ziel war es, zu verstehen, wie der umfassende Krieg die Verbreitung von anti-gender Narrativen im Land verstärkt hat und wie sich dies, zusammen mit anderen Faktoren, auf das Leben queerer Menschen ausgewirkt hat und sich im Jahr 2025 manifestiert.

Wir haben 1683 Fragebögen von queeren Frauen ausgewertet, die wir im Rahmen einer Online-Umfrage erhalten haben, 22 Interviews (sowie 2 Experteninterviews) durchgeführt und sich signifikant unterscheidende Informationsquellen untersucht (darunter Berichte von Amnesty International, Human Rights Watch, Marijana Kazarowa, der UN-Sonderberichterstatterin zur Menschenrechtssituation in Russland, staatlicher Behörden, Veröffentlichungen in den Massenmedien, wissenschaftliche Veröffentlichungen und eigene Materialien).

An der Studie nahmen queere Frauen im Alter von unter 18 Jahren bis 65 Jahren aus allen acht Föderationskreisen Russlands teil, die in städtischen und ländlichen Gebieten leben, Kinder haben oder kinderlos sind, in einer Beziehung leben oder alleinstehend sind. Wir haben die Situation von queeren Frauen in den von Russland okkupierten Gebieten (einschließlich Krim und Sewastopol) nicht untersucht.

Sexuelle Orientierung der Befragten: homosexuell (49,3%), bisexuell (33%), pansexuell (8,2%), heterosexuell (2,9%), asexuell (3,5%), demisexuell (0,9%), omnisexuell (0,6%) und andere queere Frauen.

Geschlechtsidentität der Befragten: cisgender Frauen (64,3%), transgender Frauen (11,8%), nicht-binäre Personen auf dem femininen (15,2%) und maskulinen (3%) Spektren, intersexuelle Frauen (1,6%), genderfluide Personen (0,5%), agender Personen (0,9%) und andere queere Frauen.

Im Rahmen unserer Studie sind wir zu dem Schluss gekommen, dass die in Russland an der Macht befindlichen rechtsextremen Politiker ihre anti-gender Rhetorik verstärkt und in den letzten Jahren durch staatliche Propaganda und Desinformation, Gesetze und deren Anwendung, anti-gender Narrative, die auf dem Konzept der „traditionellen Werte“ basieren, umgesetzt haben. Dadurch werden queere Menschen effektiv aus der Gesellschaft ausgeschlossen, indem ihre Interessen und Bedürfnisse nicht berücksichtigt werden können. Die sozialen Normen in der russischen Gesellschaft werden von oben an verändert, was die Stigmatisierung und Diskriminierung von queeren Frauen verstärkt.

Im Rahmen der staatlichen Propagandakampagne zur Unterstützung des Angriffskrieges in der Ukraine **ist die Kampagne der russischen Behörden gegen LGBTQ-Personen ein wesentlicher Bestandteil und eine der wichtigsten Stützen für diesen Krieg**.

Laut den Ergebnissen unserer Umfrage haben 87,6% der Befragten die Militarisierung der russischen Gesellschaft nach Februar 2022 gespürt. Dies ist unabhängig davon, in welcher Umgebung (Stadt oder Land) und an welchem Ort die Befragten leben. Es besteht jedoch ein Zusammenhang mit ihrem Bildungsniveau und ihrem Alter.

Angesichts der Militarisierung und der Auslösung eines Angriffskrieges haben die russischen Behörden eine neue Gesetz-

gebung verabschiedet, die gegen die LGBTQ-Personen gerichtet ist. Am 05.12.2022 trat das Bundesgesetz „Über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Personen aller Altersgruppen“ in Kraft. Es hat (im Anschluss an das 2013 verabschiedete Bundesgesetz “Über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Minderjährigen“) jegliche neutrale oder positive Erwähnung von LGBTQ-Personen und LGBTQ-Themen im öffentlichen Raum (einschließlich im Internet) untersagt (mit Geldstrafen für Bürger von 100.000 bis 400.000 Rubel und für Organisationen bis zu 5 Millionen Rubel) und verschärfte die Zensur LGBTQ-bezogener Informationen (unter anderem wurde die Sperrung von Websites mit LGBTQ-Inhalten ohne Gerichtsbeschluss, einschließlich Internetressourcen von Queer-Medien und LGBTQ-Initiativen erlaubt), und hat die soziale Rechtfertigung von Diskriminierung und Gewalt verankert. Queere Menschen sind zurückhaltender geworden, da staatliche Institutionen ihre Gleichberechtigung nicht unterstützen.

Am 24.07.2023 trat das Bundesgesetz „Über das Verbot der Geschlechtsumwandlung” in Kraft, das es trans Personen untersagt, eine rechtliche und medizinische Geschlechtsangleichung vorzunehmen, Ehen einzugehen, Kinder zu betreuen und zu adoptieren, und das die Möglichkeit einführt, bei intersexuellen Kindern ohne deren Zustimmung verstümmelnde Operationen an den Geschlechtsorganen durchzuführen.

Am 30.11.2023 entschied das Oberste Gericht der Russischen Föderation, dass die nicht existierende Organisation „Internationale öffentliche Bewegung LGBT“ extremistisch sei, und verbot ihre Tätigkeit in Russland. Die Regenbogenfahne wurde als Symbol einer extremistischen Organisation anerkannt. Für ihre Zurschaustellung (auch im Internet) drohen Geldstrafen von 1.000 bis 2.000 Rubel oder eine Haftstrafe von bis zu 15 Tagen. In den Jahren 2024-2025 wurden in Russland mehrere Strafverfahren (mit einer Höchststrafe von 12 Jahren Freiheitsentzug) wegen “LGBT-Extremismus“ eingeleitet.

Dies hat sich auf die psychische Gesundheit queerer Frauen ausgewirkt. 77,4% der Frauen (mehr als drei Viertel der Frauen in der Stichprobe!) berichten, dass ihre Angstzustände in den letzten drei Jahren (2022-2025) zugenommen haben. Um ihr psychisches Zustand zu verbessern, finden sie es wichtig, sich auf die Queer-Community zu stützen, die vorhandenen legalen Möglichkeiten zu

nutzen, um sich von der allgemeinen Politik zu distanzieren, weiterzumachen, ihr Leben zu leben, die Hoffnung nicht zu verlieren, um Hilfe zu bitten und zivilen Widerstand zu zeigen.

Laut der Umfrage ist der Überfall auf die Ukraine zum wichtigsten Faktor geworden, das Leben von queeren Frauen, ihre Ansichten, ihre Weltanschauung, ihre Sicherheit und ihr Wohlbefinden bestimmt. Die Zuversicht in die Zukunft nach dem 24.02.2022 hat bei 64% der intersexuellen Frauen, 86,8% der nicht-binären Personen auf dem femininen und 81,6% der nicht-binären Personen auf dem maskulinen Spektrum, 87,7% der bi- und homosexuellen cis Frauen und 87,8% trans Frauen abgenommen.

Die Studie zeigt, dass sich ein erheblicher Teil der befragten queeren Frauen in Russland aus einer Gesellschaft ausgeschlossen fühlt, in der „traditionelle Werte“ propagiert werden. Die Ausschließung aus einer undemokratischen Gesellschaft, in der eine rechtskonservative Ideologie vorherrscht, wird auch durch die **konsequente Identifikation der Mehrheit der befragten queeren Frauen mit liberal-demokratischen Werten** (wie der freie Entfaltung der Persönlichkeit – 86,3%, der Förderung von Toleranz und Inklusion – 80,5%, der Radikalisierungsprävention in der Gesellschaft – 77,5%, soziale Garantien und der Unterstützung der Rechte benachteiligter Gruppen – 77,6%) sowie **das Fehlen einer breiten Unterstützung für rechtskonservative Werte** (wie ein starker Staat – 18,3%, Förderung der nationalen Sprache und Kultur – 25%) in dieser Gruppe.

79,5% der queeren Frauen sind der Meinung, dass von 2022 bis 2025 **die Fälle von körperlicher Gewalt** gegen LGBTQ-Personen in Russland **zugenommen haben**. Personen im Alter von 18 Jahren und jünger (32,8%) befürchten häufiger als Personen der älteren Generation (46-55 Jahre, 8%) häusliche Gewalt und Übergriffe im Privatleben nach dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes “zum Verbot von LGBT-Propaganda unter Personen aller Altersgruppen” im Dezember 2022. 59,4% der queeren Frauen geben an, dass sie aufgrund dieses Gesetzes nicht trauen, sich im Falle einer Straftat an die Polizei zu wenden. Eine ähnliche Besorgnis im Zusammenhang mit dem Urteil des Obersten Gerichts der Russischen Föderation über „LGBT-Extremismus“ wurde von 54,7% der befragten queeren Frauen geäußert. Unter trans Frauen sind diese Ängste stärker ausgeprägt als unter cis Frauen: 68% gegenüber 49,6%

haben Bedenken hinsichtlich der Anwendung des Anti-Propaganda Gesetzes in ihrem Fall, 60,9% gegenüber 53,8% befürchten die Anwendung des Urteils über “LGBT-Extremismus”.

2,7% der queeren Frauen melden, dass sie nach Inkrafttreten des Bundesgesetzes zum “Verbot der LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen” im Dezember 2022 **ihren Arbeitsplatz oder ihre Haupteinkommensquelle verloren haben. 2% der queeren Frauen haben** ihren Arbeitsplatz aufgrund des Urteils des Obersten Gerichts der Russischen Föderation über „LGBT-Extremismus” im November 2023 verloren. Dabei treten solche Vorfälle bei trans Frauen häufiger auf als bei cis Frauen: im ersten Fall 8,6% gegenüber 1,6%, im zweiten Fall 6,1% gegenüber 1%.

Die sozialen Praktiken von queeren Frauen in Russland haben sich verändert. Beispielsweise haben nach dem Beginn des umfassenden Krieges im Jahr 2022 die Selbstbeschränkungen bei allen Gruppen queerer Frauen zugenommen. 41,1% der cis Frauen geben an, dass sie nach Ausbruch des umfassenden Krieges keine Selbstbeschränkungen praktizierten (23% weniger als davor), 17,1% der trans Frauen, die ihre Geschlechtsangleichung schon vorgenommen haben (28,5% weginer als davor), und nur 12,9% der trans Frauen, die aktuelle eine Geschlechtsangleichung benötigen (25,9% weniger als davor).

Unter cis Frauen, die trans Frauen, die geschlechtsangleichende Maßnahmen schon vorgenommen haben, und die trans Frauen, die solcher Maßnahmen bevorstehen, schränken sich 32,7%, 58,1% und 61,2% beim Besuch kultureller Veranstaltungen ein (etwa dreimal häufiger als vor 2022), 48,0%, 73,3% und 68,3% bei informellen sozialen Interaktionen (etwa doppelt so häufig); 4,6%, 23,8% und 25,2% **beim Bildungserwerb**. Diese Situation der trans Frauen wurde direkt durch das Bundesgesetz “Über das Verbot der Geschlechtsumwandlung“ ins Leben gerufen: Die Sichtbarkeit von trans Frauen, die ihr Geschlechtseintrag nicht geändert haben, aber eine soziale Geschlechtsangleichung vollzogen haben, hat zugenommen, was angesichts der homo- und transphoben staatlichen Propaganda die Mythen und Stereotypen über sie, auch seitens der Arbeitgeber, verstärkt hat.

Laut der Umfrage **haben** aufgrund der Anwendung queerfeindlicher Gesetze und der Militarisierung sowie der Schaffung eines Feindbildes von LGBTQ-Personen innerhalb des Landes **mehr**

als 36% der queeren Frauen ihre Identität verheimlicht ("sind zurück in den Schrank gegangen") und etwa ebenso vielen ist es schwieriger geworden, romantische Partner*in zu finden. Mehr als 54% haben Schwierigkeiten, ein queer-friendly Umfeld zu finden, und mehr als 37% finden es schwieriger, Informationen über LGBTQ-Personen und ihre Rechte zu erhalten. Die rechtskonservative staatliche Propaganda, die homo- und transphobe Stimmungen in der Gesellschaft verstärkt, sowie die zunehmende Angst queerer Frauen vor jeglicher Offenheit führt dazu, dass viele von ihnen ihren Kreis informeller vertrauensvoller Kommunikation und ihre Freizeitaktivitäten fast vollständig verlieren, ihre Kontakte beschränken und in einigen Fällen sogar nur noch selten das Haus verlassen. Die Befragten berichten, dass sie nach Februar 2022 ihren Freundeskreis stark eingeschränkt haben. In der Regel haben viele von ihnen kein Interesse daran, ihn zu erweitern. Der Hauptgrund dafür ist die Befürchtung, dass gegen sie die Gesetze, die Äußerungen gegen Krieg unter Strafe stellen, angewendet werden könnten, sowie queerfeindliche Gesetze.

Die Art der sozialen Interaktionen hat sich verändert: Queere Frauen schränken sich zunehmend in ihrer Kommunikation ein. Während bis 2022 61,1% der queeren Frauen keine Angst hatten, in solchen Kommunikationssituationen mit Homo-, Trans- oder Queerfeindlichkeit konfrontiert zu werden, geben nach Februar 2022 nur noch 37,6% an, keine solche Angst zu haben (also fast halb so viele).

8,8% der cis Frauen beschweren, dass sie ihre über Erfahrungen und Probleme mit niemandem sprechen können, während es bei den trans Frauen 14,7% ist, etwa ein Drittel mehr. Staatliche Propaganda und Desinformation bilden die Hauptgründe der Verschlossenheit der trans Frauen gegenüber ihren älteren Familienmitgliedern. Im Umgang mit anderen Menschen befürchten sie darüber hinaus auch die Anwendung von Gesetzen, die gegen LGBTQ gerichtet sind. **Dies betrifft insbesondere minderjährige trans Frauen**.

Queerfeindliche Gesetze beeinträchtigen den Zugang zur Gesundheitsversorgung: 21% der Befragten geben an, dass sie aufgrund von Bedenken, von Ärzt*innen diskriminiert oder respektlos behandelt zu werden, keine medizinische Hilfe in Anspruch nehmen oder eine Behandlung abgebrochen haben.

Konversionstherapie stellt einen erheblichen Faktor der Besorgnis für queere Frauen dar. Auf die Frage, ob ihre Angst vor einer unfreiwilligen Konversionstherapie zugenommen habe, antworten nach Februar 2022 **38,7% der queeren Frauen mit Ja**. Weitere 46,8% sagen, dass ihre Angst unverändert geblieben sei, und nur 1,1% melden, dass sie abgenommen habe. Unter trans Frauen geben 55,3% (mehr als die Hälfte) an, dass ihre Angst vor einer Zwangskonversionstherapie zugenommen hat, während 33% melden, dass sich das Ausmaß ihrer Angst nicht verändert hat. Dabei war diese Angst unter jungen Menschen, insbesondere Minderjährigen, am größten, während sie bei der älteren Generation am geringsten ausgeprägt ist. Dies bestätigt, dass das Problem der Konversionstherapie eng mit der rechtlichen und materiellen Abhängigkeit Minderjähriger von ihren Eltern verbunden ist. Fälle, in denen queere Frauen tatsächlich mit Konversionstherapie konfrontiert wurden, waren in unserer Stichprobe selten.

Staatliche Propaganda und Gesetze stigmatisieren queere Menschen und schlagen der Gesellschaft auf diese Weise vor, die demografischen Probleme des Landes zu lösen. Queere Frauen sind gleichzeitig mit reproduktivem Druck seitens staatlicher Behörden konfrontiert (z. B. lokale Beschränkungen für Abtreibungen, die auf Initiative der Regionen eingeführt werden; Zwang zu Tests zur reproduktiven Gesundheit; dem Bundesgesetz zum Verbot der Propagierung der sogenannten “Childfree-Ideologie” und regionalen Gesetzen zum “Verbot der Verleitung zu Abtreibungen”) und mit Einschränkungen ihrer reproduktiven Rechte konfrontiert.

28,8% der Befragten sagen, dass sie in Russland ihren Wunsch nach Elternschaft nicht verwirklichen können. 96% der befragten queeren Frauen haben keine Kinder. 78,5% der queeren Frauen gaben an, dass das Recht auf Adoption für gleichgeschlechtliche Paare ihnen ein angenehmeres Leben in Russland ermöglichen würde.

Über die Bedrohung, ihre Kinder wegzunehmen, berichteten: 0% der heterosexuellen Frauen und 1,5% pansexuellen, 1,1% bisexuellen und 0,7% homosexuellen Frauen, 1% cis und 0,5% trans Frauen sowie 0,8% der nicht-binären Personen auf dem femininen Spektrum.

Eine beträchtliche Anzahl der von uns befragten queeren Frauen hat das Bedürfnis, ihre Beziehungen rechtlich zu formalisieren. Auf die Frage, *was es Ihnen als LGBTQ-Person ermöglichen würde,*

in Russland komfortabler zu leben, geben 78,5% der befragten queeren Frauen an, dass sie die Möglichkeit wünschen, eine gleichgeschlechtliche Ehe einzugehen.

Die Analyse der uns vorliegenden Aussagen der trans Personen zeigt, dass das Bedürfnis nach der Änderung ihres Geschlechtseintags in hohem Maße mit dem Bedürfnis nach Sicherheit vor Diskriminierung und Gewalt zusammenhängt. 88,5% der queeren Frauen in Russland, die derzeit eine Änderung ihres Geschlechtseintrags auf „weiblich" beantragen möchten, waren zum Zeitpunkt der Befragung minderjährig. Dies deutet darauf hin, dass sobald sie den 18. Lebensjahres erreichen und ihr eigenständiges Leben beginnen, die Fälle von Diskriminierung am Arbeitsplatz, transphobe Gewalt und soziale Marginalisierung in ihrem Leben erheblich zunehmen können. Die zweitgrößte Gruppe umfasst Personen im Alter von 19 bis 25 Jahren, die zum Zeitpunkt des Verbots der Geschlechtsangleichung im Juli 2023 noch nicht 18 Jahre alt waren. Der geringste Prozentsatz derjenigen, die einen unerfüllten Wunsch nach einer Änderung ihres Geschlechtseintrags haben, ist in der Altersgruppe der 25- bis 36-Jährigen zu finden (dies sind Personen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes volljährig waren und sich durch eine größere soziale Aktivität und Mobilität auszeichnen). Einen hohen Prozentsatz der Personen ohne Eintragsänderung findet man in der Altersgruppe der 36- bis 45-Jährigen. Dies ist auf die geringe soziale Mobilität, die Angst vor radikalen Veränderungen im Leben und die Erwartung negativer Reaktionen aus dem Umfeld und von Kollegen zurückzuführen, was auf ein hohes Maß an Homo- und Transphobie in der Gesellschaft hindeutet. In dieser Gruppe gibt es keine trans Frau, die keinen Bedarf hat, ihre Unterlagen mit richtigem Geschlechtseintrag ausstellen zu lassen.

Der Anteil der trans Frauen, die vor dem Verbot der Geschlechtsangleichung im Juli 2023 ihren Geschlechtseintrag nicht auf „weiblich" ändern konnten, variiert stark je nach Föderationskreis. In den Föderationskreisen Zentralrussland und Nordwest (einschließlich Moskau und Sankt Petersburg) besteht bei 52,2% und 44,9% der Befragten Bedarf nach einer Änderung des Geschlechtseintrags. In den entfernten Regionen ist dieser Wert höher: im Föderationskreis Fernost beträgt er 60%, im Föderationskreis Süd 64,7%, im Föderationskreis Wolga 65,5%, im Föderationskreis Sibirien 73,9% und im Föderationskreis Ural 76%. Die Daten spiegeln

ein für Russland charakteristisches Problem wider: Die Lebensqualität der trans Personen ist in Regionen, die weit von den Hauptstädten entfernt sind, deutlich schlechter. Dies wurde durch eine Kombination von Faktoren verursacht.

Laut unserer Umfrage haben 63,6% der trans Frauen, die in ländlichen Gebieten leben, keinen Zugang zu endokrinologischer Versorgung. Dieser Anteil ist fast doppelt so hoch wie bei Frauen in Städten (33,5%). Der Zugang zu endokrinologischer Versorgung für trans Frauen hängt in hohem Maße davon ab, wie nah sie an Moskau oder Sankt Petersburg wohnen.

Im kriegführenden Russland sind die Täter, nicht die Opfer, in einer privilegierten Position. Diese Verzerrung der Realität, die durch staatliche Propaganda und Desinformation aktiv unterstützt wird, ist eine direkte Folge des Krieges, der nicht nur die soziale Struktur der Gesellschaft verändert, sondern auch viele Vorkriegsfortschritte in den Bereichen Menschenrechte, Gewährleistung der unvermeidlichen und gerechten Bestrafung, Verhinderung neuer Verbrechen durch den Täter und Schutz der Opfer von Gewalt annulliert hat.

Bekanntlich haben die russischen Behörden am 21.09.2022 die Teilmobilmachung verkündet, deren Verordnung bis heute in Kraft ist. In der Folge begannen die russischen Behörden, zusätzliche Optionen zu prüfen, um noch mehr Menschen für den Krieg gegen die Ukraine zu mobilisieren. So haben ab dem 24.06.2023 (einen Monat vom Verbot der Geschlechtsangleichung in Russland) einige Verurteilte das Recht erhalten, einen Vertrag über den Militärdienst abzuschließen, im Austausch für die Befreiung von der Verbüßung ihrer Strafe oder die Aufhebung ihrer Vorstrafe. Seit dem 24.03.2024 wurden diese Regeln erweitert: Verdächtige, Angeklagte und Verurteilte können im Austausch für ihre Teilnahme an den Militäraktionen in der Ukraine von strafrechtlicher Verantwortung und strafrechtlicher Verfolgung befreit werden. Einen solchen Vertrag über den Militärdienst konnten und können die Personen abschließen, die Morde, körperliche oder sexuelle Gewalt (außer in Fällen, in denen diese gegen Minderjährige verübt wurde), Raubüberfälle und andere Straftaten, einschließlich Gewaltdelikte, begangen haben. Dadurch wurden Tausende von Menschen, die Gewaltstraftaten begangen hatten, aus dem russischen Strafvollzugssystem entlassen.

Ihre vorübergehende oder dauerhafte Rückkehr aus der

Kampfgebiete in Regionen Russlands, die nicht vom Krieg betroffen sind, führt häufig zu einer Zunahme der Gewalt gegen Menschen, die ungewöhnlich aussehen, einschließlich queerer Frauen. In Russland gibt es keine offiziellen Statistiken zu solchen Übergriffen. Die Teilnehmerinnen unserer Studie haben entweder solche Fälle selbst erlebt oder ihr Verhalten angepasst, weil sie aus den Medien oder von Bekannten von solchen Fällen erfahren hatten. Die Rückkehr traumatisierter Menschen aus Kriegsgebieten ist ein wichtiger Faktor für die Zunahme von Gewalt gegen queere Frauen und deren **Angst um ihre Sicherheit aufgrund ihres nicht-heteronormativen Erscheinungsbildes**. Sollten sie neue Verbrechen begehen, können die Angreifer erneut einer Bestrafung entkommen, wenn sie weiterhin gegen die Ukraine kämpfen. **Dieses von den russischen Behörden nach 2022 geschaffene System provoziert neue Kreisläufe der Gewalt und nimmt den Opfern die Gewissheit, dass das Gesetz sie schützt, dass die Täter bestraft werden und dass die Opfer eine angemessene Entschädigung erhalten**. Fälle von Untätigkeit der Polizei, wenn die Soldaten beschuldigt werden, sowie das Vorhandensein von homo- und transphoben Motive in Übergriffen unterstreichen die Schutzlosigkeit von queeren Frauen im kriegführenden Russland.

Die Militarisierung des Staates hat dazu geführt, dass er alle, die potenziell in der Ukraine kämpfen könnten, als seine Gefangene betrachtet. Am 14.04.2023 trat in Russland das Gesetz über die elektronische Einberufung zum Militärdienst in Kraft. Da trans Frauen in Russland heute nicht mehr die Möglichkeit haben, ihr Geschlecht in offiziellen Dokumenten zu ändern, steigt das Risiko für diejenigen unter ihnen, die dies vor Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes im Juli 2023 nicht geschafft haben, wenn sie zwischen 18 und 30 Jahre alt sind und kein psychiatrisches Gutachten über die Diagnose “Transsexualität” (F64.0 nach ICD-10) erhalten haben, das von einer medizinischen Kommission des Mitiltärkommisariats bestätigt wurde (oft nach einer stationären Untersuchung in psycho-neurologischer Klinik von mindestens 21 Kalendertagen). Ab dem Tag, an dem die Einberufung im elektronischen Register erscheint, (unabhängig davon, ob sie tatsächlich zugestellt wurde) ist es Wehrpflichtigen untersagt, die Russische Föderation zu verlassen. In diesem Fall haben trans Frauen vier Möglichkeiten, auf die Situation zu reagieren:

- trotz der Angst und der sozialen Stigmatisierung sich einer ärztlichen Untersuchung beim Militärkommissariat unterzuziehen, die Diagnose “Transsexualität“ (F64.0 nach ICD-10), die vom Wehrdienst aber nicht von der Mobilisierung befreit, anerkennen zu lassen;
- zum Wehrdienst in Russland einberufen zu werden (sofern sie nicht proaktiv ihre Transidentität gemeldet hat, wenn die Diagnose “Transsexualität“ (F64.0 nach ICD-10) entweder nicht vorliegt oder wurde nach einer Untersuchung in einer psycho-neurologischen Klinik nicht bestätigt, und das Widerspruchsverfahren erfolglos war);
- sich der Meldung beim Militärkommissariat zu entziehen und gegebenenfalls für Wehrdienstverweigerung strafrechtlich verfolgt zu werden;
- sich im Voraus zu entscheiden, dass sie aus Gewissensgründen bereit ist, den Wehrdienst durch einen alternativen Zivildienst zu ersetzen, und trotz des Widerstands der Behörden über einen längeren Zeitraum hinweg versuchen, dies durchzusetzen. Selbst in diesem Fall kann man jedoch zu einer Militärstandort geschickt werden, allerdings als ziviles Hilfskraft, was oft dennoch nicht mit den Überzeugungen einer Person vereinbar ist, die sich entschieden hat, nicht zu kämpfen und den Truppen eines kriegführenden Landes dabei nicht zu helfen.

Obwohl derzeit in Russland keine allgemeine Mobilmachung für den Militärdienst stattfindet, kann diese dennoch jederzeit verkündet werden. Daher kann das eingeführte elektronische System der Einberufung zur Wehrpflicht dazu führen, dass die trans Frauen, in deren Unterlagen keinen richtigen Geschlechtseintrag steht (soll man allgemeine Mobilmachung verkünden, können sie auch einberufen werden, trotz der Diagnose “Transsexualität” (F64.0 nach ICD-10), werden im Fall Kriegsdienstverweigerung strafrechtlich verfolgt.

Die anti-gender Gesetzgebung in Russland verstärkt die Isolation queerer Frauen erheblich. Die queerfeindliche Gesetze schaffen eine Atmosphäre der Angst und bilden eine Kultur der Denunziation, wo die Rechtsradikale und negativ eingestellte Menschen ihre Handlungen als vom Staat unterstützt und ihr Opfer als “Verbrecher”

und “Extremisten” betrachten. Diese Besonderheit des Rechtsrucks in Russland macht das Land einzigartig unter anderen Staaten mit ähnlicher Tendenz und zeigt, wie gefährlich für die Gesellschaft insgesamt und für schutzbedürftige Gruppen im Besonderen die Stützung einer ultrakonservativen Politik auf anti-gender Rhetorik sein kann. Unter solchen Umständen können selbst die strengsten Selbstbeschränkungsmaßnahmen, zu denen queere Frauen zu ihrer eigenen Sicherheit greifen, sie nicht vollständig vor der Aufmerksamkeit der Gesellschaft verbergen und sie noch weniger vor Gewalt und Diskriminierung schützen. Die Sichtbarkeit verursacht das größte Sicherheitsrisiko für die trans Frauen und nicht-binären Personen, die eine transfeminine Geschlechtsangleichung benötigen.

Dennoch kann die Unterstützung von queeren Frauen in der heutigen Russischen Föderation bei der Verteidigung ihrer Rechte und der Erreichung sozialer Veränderungen, die auf die tatsächliche Gewährleistung der Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität abzielen, mindestens Folgendes umfassen:

- Es ist notwendig, sichere Communities für die Unterstützung und Austausch zwischen queeren Frauen zu schaffen und zu entwickeln, ihnen Zugang zu Hilfsangeboten und Ressourcen für queere Menschen (einschließlich Informationsressourcen) zu verschaffen, sichere Praktiken der gegenseitigen Unterstützung zu fördern sowie internationale Aufmerksamkeit auf Fragen der Verletzung der Rechte und der Lage von LGBTQ-Personen im militarisierten Russland zu richten und demokratische Staaten dazu aufzufordern, Druck auf die russische Diktatur auszuüben, um die Lage und die Rechte benachteiligter Gruppen zu verbessern.
- Praktiken wie Unterstützung und Solidarität innerhalb der Community, digitale Plattformen für sichere Kommunikation und Aufklärung der Gesellschaft über die Rechte und tatsächlichen Risiken für LGBTQ-Personen dürfen nicht vernachlässigt werden. Dies kann nach und nach zu einer Verringerung der Ängste und der Verschlossenheit führen.

Außerdem muss, auch wenn es manchmal unmöglich scheint, ein ständiger Dialog mit breiteren Gruppen der russischen Zivilgesellschaft über die Sichtbarkeit von queeren Menschen in Russland, ihre Probleme und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse geführt werden. Dazu müssen Plattformen und Instrumente bereitgestellt werden, die es ermöglichen, dass die Stimmen von queeren Menschen gehört und berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang sind die Aktivitäten der Medien im Exil, der Blogger*innen in Russland und im Ausland, der Queer-Initiativen und Aktivist*innen, die sich mit LBGTQ-Thematik in Russland auseinandersetzen, das Geschehen verfolgen, queere Menschen in Russland unterstützen und Hoffnung auf echte positive Veränderungen in der Zukunft geben, wichtiger denn je.

Leider erfordert es angesichts einer anti-gender Wende mehr Zeit und Mühe, um qualitative institutionelle Veränderungen zu erreichen, die auf die Gleichstellung aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität abzielen. Jedoch schaffen nur die Fortsetzung der Aktivitäten und die Unterstützung der Communities die Grundlage, die bereits die Basis für soziale Veränderungen in Russland bildet.

Wir gehen davon aus, dass diese Schritte selbst unter repressiven Bedingungen die soziale Sicherheit stärken und sichere Räume für Selbstidentifikation und Selbstverwirklichung erweitern können – wenn auch nicht so schnell, wie in einer Gesellschaft ohne rechte Diktatur der Fall sein könnte.

So hat die Umsetzung einer anti-gender Rhetorik in Russland unter den Bedingungen eines Rechtsrucks und einer Militarisierung der Gesellschaft und des Staates zu einer Verschlechterung der Lage queerer Frauen geführt. Queere Frauen, die von der Gesellschaft im heutigen Russland sowohl als Frauen als auch als LGBTQ-Personen benachteiligt werden, fühlen sich ausgegrenzt und verletzlich. Ihr Umfeld wurde aufgrund des Krieges militarisiert und radikalisiert. Queere Frauen sehen ihre Zukunft in einem Land mit der radikalen rechten Regierung, die sich an ein patriarchalisches, homo- und transfeindliches Publikum richtet, als ungewiss an.

Deshalb betonen wir die zentrale Rolle der LGBTQ-Initiativen und Aktivist*innen, Medien und Influencer*innen, die selbst in einer so schwierigen Situation der zunehmenden anti-gender Welle in Russland bestreben, einerseits die LGBTQ-Community zu erhalten

und andererseits soziale Veränderungen mit den ihnen verfügbare Mitteln im Interesse der gefährdeten Gruppen zu erreichen – auch wenn die Umstände komplizierter sind und die Ergebnisse weniger beeindruckend ausfallen, als sie es in einer Gesellschaft ohne moderne Diktatur sein könnten, in der Menschenrechte keinen Wert haben und der Gewaltkult herrscht. **Solche Aktivitäten brauchen eine umfassende Unterstützung.**

Um die aktuelle Lage zu ändern, müssen sichere Communities zur Unterstützung und Kommunikation unter queerer Frauen aufgebaut und gefördert werden. LGBTQ-Frauen brauchen Unterstützung und queere Ressourcen (einschließlich Informationsressourcen), sichere Praktiken der gegenseitigen Unterstützung müssen gefördert sein. Es ist ferner notwendig, internationale Aufmerksamkeit auf Fragen der Rechtsverletzung zu lenken und den demokratischen Staaten vorzuschlagen, Druck auf die russische Diktatur auszuüben, um die Lage und die Rechte schutzbedürftiger Gruppen zu verbessern. Praktiken wie Unterstützung und Solidarität innerhalb der Community, digitale Plattformen für sichere Kommunikation und Aufklärung der Gesellschaft über die Rechte und tatsächlichen Risiken für queere Menschen sowie die Bekämpfung staatlicher queerfeindlicher Propaganda und Desinformation verdienen besondere Berücksichtigung. All dies könnte dazu beitragen, die Ängste und die Verschlossenheit queerer Menschen in Russland allmählich abzubauen.

Außerdem muss, auch wenn es manchmal unmöglich scheint, ein **ständiger Dialog mit breiteren Gruppen der russischen Zivilgesellschaft** über die Sichtbarkeit von queeren Menschen in Russland, ihre Probleme und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse weitergeführt werden. Da in Russland staatliche und private rechtskonservative Jugendverbände gegründet werden, die Einfluss auf minderjährige queere Frauen nehmen können, halten wir es für notwendig, mit jungen Menschen zu arbeiten, ihnen alternative Informationen zu vermitteln und ihr kritisches Denken zu fördern.

Die vollständigen Empfehlungen finden Sie im entsprechenden Abschnitt weiter unten.

Glossar

LGBTQ-Personen (LGBTQ+) sind lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und queere Menschen.

Queere Menschen sind Personen, deren sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität oder deren Ausdruck nicht in traditionelle heteronormative und binäre Kategorien passt. Sie betonen Diversität und Widerstand gegen strenge gesellschaftliche Normen.

LBTQ-Personen (LBTQ+) sind lesbische, bisexuelle, transgender und queere Menschen (und Menschen anderer sexueller Orientierungen und/oder Geschlechtsidentitäten, mit Ausnahme heterosexueller Cisgender).

LBTIQ-Personen (LBTIQ+) – Lesben, Bisexuelle, Transgender, Intersexuelle, Queere (und Menschen anderer sexueller Orientierungen und/oder Geschlechtsidentitäten, mit Ausnahme heterosexueller Cisgender).

LBTIQ-Frauen (LBTIQ+) – Frauen, die sich als Lesben, Bisexuelle, Transgender oder Queere identifizieren (und Menschen anderer sexueller Orientierungen und/oder Geschlechtsidentitäten, mit Ausnahme heterosexueller Cisgender).

Queere Frauen – Menschen, die sich als Frauen identifizieren, mit Ausnahme heterosexueller Cisgender-Frauen.

Cis Frauen (Cisgender Frauen) sind Menschen, die sich als Frauen identifizieren und deren bei der Geburt zugewiesenes Geschlecht ihrer Geschlechtsidentität entspricht, sodass daraus keine Notwendigkeit einer transfemininen Transition resultiert.

Trans Frauen (Transgender Frauen) sind Menschen, die sich als Frauen identifizieren, deren bei der Geburt zugewiesenes Ge-

schlecht nicht ihrer Geschlechtsidentität entspricht, was zu einer Notwendigkeit einer transfemininen Transition führt.

Intersexuelle Frauen sind Personen, die sich als weiblich identifizieren und die intersexuelle Variationen aufweisen. Solche Variationen können, müssen aber nicht, die Notwendigkeit einer transfemininen Transition zur Folge haben.

Nichtbinäre Personen im femininen Spektrum sind Menschen, deren Geschlechtsidentität nicht direkt an die Kategorien „weiblich" oder „männlich" gebunden ist, sondern eher zur femininen Seite tendiert. Sie können jeden möglichen Geschlechtseintrag haben und benötigen möglicherweise eine rechtliche oder juristische feminisierende Angleichung.

Nichtbinäre Personen im maskulinen Spektrum sind Menschen, deren Geschlechtsidentität nicht direkt an die Kategorien „weiblich" oder „männlich" gebunden ist, sondern eher zur maskulinen Seite tendiert. Sie können jeden möglichen Geschlechtseintrag haben und benötigen möglicherweise eine rechtliche oder juristische maskulinisierende Angleichung.

Asexuelle Frauen sind Frauen, deren sexuelle Orientierung durch einen Mangel an sexueller Anziehung zu anderen Menschen gekennzeichnet ist, unabhängig von ihrem Geschlecht, obwohl sie möglicherweise ein Bedürfnis nach romantischen Beziehungen, emotionaler Intimität oder anderen Formen der Bindung haben oder auch nicht.

Bisexuelle Frauen sind Frauen, deren sexuelle Orientierung mit romantischen und/oder sexuellen Gefühlen sowohl für Frauen als auch für Männer verbunden ist.

Demisexuelle Frauen sind Frauen, deren sexuelle Orientierung dadurch gekennzeichnet ist, dass sexuelle Anziehung nur bei Vorhandensein einer tiefen emotionalen Bindung entsteht.

Omnisexuelle Frauen sind Frauen, deren sexuelle Orientierung die Möglichkeit sexueller und/oder romantischer Anziehung zu allen Geschlechtern beinhaltet, wobei das Geschlecht des Partners eine Rolle spielt.

Pansexuelle Frauen sind Frauen, deren sexuelle Orientierung darin besteht, dass sie sexuelle und/oder romantische Anziehung zu Menschen unabhängig von deren Geschlecht oder Geschlechtsidentität empfinden können.

Agender Frauen sind Menschen, deren Geschlechtsidentität

mit einem fehlenden inneren Geschlechtsgefühl verbunden ist, die sich jedoch in sozialer oder körperlicher Hinsicht als Frauen definieren können.

Genderfluide Menschen sind Menschen, deren Geschlechtsidentität veränderlich ist und zu unterschiedlichen Zeiten oder in unterschiedlichen Situationen zwischen verschiedenen Geschlechtern (weiblich, männlich, nicht-binär) schwanken kann.

SOGI – Sexual Orientation and Gender Identity (Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität)

Sexuelle Orientierung – eine stabile Eigenschaft eines Menschen, die die Ausrichtung seiner emotionalen, romantischen und/oder sexuellen Anziehung zu anderen Menschen bestimmt und sich gegenüber Personen des gleichen Geschlechts, des anderen Geschlechts, beider Geschlechter oder unabhängig vom Geschlecht manifestieren kann.

Geschlechtsidentität – das zutiefst persönliche innere Empfinden eines Menschen für sein Geschlecht, das widerspiegelt, wie er sich selbst auf psychologischer Ebene wahrnimmt und fühlt, unabhängig von seinem biologischen Geschlecht oder sozialen Erwartungen.

GAT – geschlechtsangleichende Therapie (wird von den meisten trans Personen benötigt, wird als medizinische Behandlung im Rahmen der Diagnose F64.0 gemäß ICD-10 empfohlen und wird meist lebenslang durchgeführt)

KiWu-Behandlung – Kinderwunschbehandlung. Dazu gehören konkrete Verfahren wie die extrakorporale Befruchtung, die Kryokonservierung von genetischem Material, die Spende von genetischem Material usw.

Outing – Offenlegung von Informationen über die sexuelle Orientierung und/oder Geschlechtsidentität einer Person oder über ihren Transgender-Status ohne deren Zustimmung. Kann Gegenstand von Erpressung sein und zu Diskriminierung führen.

Detransition – teilweise oder vollständige „Aufgabe" der rechtlichen und/oder medizinischen Geschlechtsangleichung. Wird von einer kleinen Anzahl von trans Personen vorgenommen, in den meisten Fällen unter Zwang, beispielsweise aufgrund von Druck und Ablehnung.

Anti-Gender-Bewegung – ein Begriff aus den Politik- und Sozialwissenschaften, der die Verwendung der Kategorie „Geschlecht"

durch rechtskonservative Politiker zur Dämonisierung ihrer Gegner und zur Gewinnung von Wähler*innen durch die Schürung homophober und transphober Stimmungen bezeichnet. Oft bedeutet dies, dass man sich auf traditionalistische Parolen zum Schutz der Familie, der Kinder und der Frauen in ihrer Rolle als Ehefrauen und Mütter, auf „traditionelle Werte“ sowie auf Verschwörungstheorien stützt.

Der Krieg Russlands in der Ukraine – ein militärischer Konflikt, der 2014 mit bewaffneten Auseinandersetzungen begann, die von der Russischen Föderation unterstützte bewaffnete Gruppen in den östlichen Regionen der Ukraine führten. Ein entscheidender Schritt in diesem Konflikt war der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Infolge des Krieges erlitten Millionen von Menschen Gewalt, Zerstörung und Zwangsumsiedlung.

Rechtsruck – eine Veränderung in der öffentlichen Rhetorik und der öffentlichen Stimmung, die durch ein Interesse an konservativen oder ultrakonservativen Werten, zunehmender Fremd- und Queerfeindlichkeit, Enttäuschung über liberale und demokratische Werte, Werte des Kosmopolitismus und der Globalisierung sowie oft auch dem Glauben an die Korruption politischer und internationaler Institutionen und an verschiedene Verschwörungstheorien gekennzeichnet ist.

Traditionelle Werte sind ein ideologisch konstruierter Satz von Normen und Vorstellungen, die vom russischen Staat als „ewig“ und „natürlich“ propagiert werden, aber tatsächlich dazu dienen, autoritäre Macht zu legitimieren, abweichende Meinungen zu unterdrücken und Menschenrechte (insbesondere von Frauen, LGBTIQ+ und anderer sozialer Gruppen) und zur Bekämpfung jeglicher Ausprägungen eines progressiven Narrativs.

Queere Frauen und der Rechtsruck: Der Fall Russland

Russland im Krieg und die anti-gender Wende

In den letzten Jahren ist die Verteidigung von Frauenrechten ein häufiges Thema in der politischen Rhetorik auf der ganzen Welt gewesen1. Gleichzeitig gewinnen ultrakonservative und rechtspopulistische Diskurse an Einfluss, die unterschiedliche Verletzlichkeitserfahrungen und Herausforderungen von Frauen, insbesondere von transgender und cisgender Frauen, gegeneinander ausspielen2. Die Grundlage für solche Diskurse ist der Wunsch, Frauenrechte von der Frage des Genders, der Gender-Diskriminierung und -Gleichberechtigung, und damit von den Rechten von LGBTQ-Personen zu trennen3. Dies hat zur Folge, dass die gefährdete Lage, in der sich queere Frauen befinden, nicht anerkannt wird und dass die Bedeutung öffentlicher Rhetorik und konkreter Maßnahmen zum Schutz vor dieser Gefährdung weniger Beachtung findet.

Die Situation in Russland hängt mit der anti-gender Wende zusammen. Sie ist einerseits durch globale Prozesse bedingt (insbesondere durch den weltweiten Rechtsruck, der durch die populistische Anziehungskraft der Anti-Gender-Bewegung immer mehr Einfluss gewinnt); andererseits entwickelt die russische Regierung innerhalb des Landes eigene Praktiken, die sie dann in andere Staaten mit instabilen Demokratien exportiert.

Die Rhetorik ultrakonservativer russischer Politiker*innen kopiert somit die anti-gender Rhetorik in der ganzen Welt und fügt

gleichzeitig isolationistische und chauvinistische Diskurse hinzu[4]. Der grundlegende Unterschied besteht jedoch darin, dass in Russland ultrakonservative Narrative von der autoritären Regierung benutzt werden, um sich selbst zu legitimieren und mehr Unterstützung zu gewinnen, auch unter rechtsextremen Bewegungen.

In Russland ist die anti-gender Wende nicht nur ein Instrument der politischen Rhetorik, sondern auch ein Mittel zur Umgestaltung der Gesetzgebung ohne Kontrolle durch die Zivilgesellschaft. Die daraus resultierende *anti-gender Gesetzgebung*[5] zerstört das Rechtssystem, indem sie den Grundsatz der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz untergräbt und die Rechtsstaatlichkeit politischen Zielen unterordnet. Diese Gesetzgebung, inmitten eines umfassenden Krieges und weitreichender Repressionen gegen die Zivilgesellschaft[6], places queer women in a situation where the state not only refuses tobringt queere Frauen in eine Lage, in der der Staat sich nicht nur weigert, sie vor rechtsextremen Angriffen und Diskriminierung aufgrund von Homo- und Transphobie zu schützen, sondern solche Angriffe auch implizit legitimiert und selbst zum direkten Initiator von Diskriminierung und unrechtmäßiger Verfolgung wird.

Die Rhetorik rechter Politiker*innen und Personen des öffentlichen Lebens, die sich auf ultrakonservative Werte beziehen, basiert oft auf populistischen Behauptungen, dass der Begriff „Gender“ unbestimmt und nicht überprüfbar sei[7]. Diese Rhetorik wirft Institutionen, die sich mit dem Thema Gender befassen, Korruption und Ablenkung von den „wirklichen Problemen” vor. Das Beispiel des heutigen Russlands zeigt jedoch, dass gerade unter Repressionen8 und im Krieg die Genderperspektive unverzichtbar und oft entscheidend für den Schutz der Menschenrechte und die Bekämpfung von Ungleichheit ist.

Russland, das weiterhin Krieg in der Ukraine führt, rechtfertigt seine Aggression mit rechtspopulistischen Mythen über den **Schutz „traditioneller Werte” vor dem „kollektiven Westen”**. Dabei steht außer Frage, dass angesichts der sich weltweit wandelnden politischen Rhetorik queere Frauen nach wie vor eine soziale Gruppe sind, die sich in einer akuten Gefährdungslage befindet, in der sich verschiedene Verletzlichkeitsfaktoren überschneiden:

- Erstens sind sie als Gruppe, die von der patriarchalischen russischen Gesellschaft als Frauen wahrgenommen wird, einem erhöhten Risiko von häuslicher

und familiärer Gewalt ausgesetzt (siehe Kapitel 7.1 für weitere Details);
- Zweitens sehen sie sich als LGBTQ-Personen damit konfrontiert, dass sie ihre Rechte im Privat- und Familienleben nicht ausüben können, aufgrund von Gesetzen gegen queere Menschen, die in Russland während des Krieges verschärft wurden (siehe Kapitel 4 und Kapitel 9.1 für weitere Details);
- Drittens ist die Verwirklichung der reproduktiven und elterlichen Rechte sowie des Rechts auf körperliche Selbstbestimmung von queeren Frauen in Russland von den Interessen rechtspopulistischer Politiker*innen abhängig (siehe Kapitel 8 und Kapitel 9.2 für weitere Details).

Dies geschieht vor dem Hintergrund zerstörter sozialer Institutionen und verletztes Grundsatzes der Rechtsstaatlichkeit. Die Besonderheit Russlands besteht darin, dass im Gegensatz zu demokratischen Ländern mit funktionierenden öffentlichen Institutionen rechtsextreme Politiker*innen autoritäre Macht besitzen. Heute nutzen sie diese Macht zur weiteren Militarisierung der Gesellschaft.

Diese drei Hauptfaktoren bestimmen die Lage von queeren Frauen in der russischen Gesellschaft.

Trans Frauen in Russland sind unter queeren Frauen besonders gefährdet, Gewalt ausgesetzt zu sein und in ihren Rechten eingeschränkt zu werden. Besonders akut sind für sie Fragen der Sicherheit und des Zugangs zu spezialisierter medizinischer Versorgung.

Am 24. Juli 2023 trat ein föderales Gesetz in Kraft, das zum ersten Mal in der Geschichte Russlands medizinische und juristische geschlechtsangleichende Maßnahmen verbot. Dies brachte einen Großteil der trans Frauen (vor allem diejenigen, die ihr Geschlechtseintrag nicht ändern konnten, einschließlich derjenigen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes noch nicht volljährig waren) in eine ausweglose Lage: Sie haben nun keine Möglichkeit mehr, ihre Dokumente zu ändern oder eine medizinische Geschlechtsangleichung zu beginnen und/oder fortzusetzen, ohne gegen das Gesetz zu verstoßen.

Gleichzeitig soll unsere Studie betonen, dass die erhöhte

Gefährdung von trans Frauen nicht spezifisch ist, sondern dieselben Diskriminierungsfaktoren verschärft und verdeutlicht, die für die gesamte Gruppe queerer Frauen gelten. Die systematische Diskriminierung, der queere Frauen in Russland ausgesetzt sind, ist eine logische Folge davon, dass der Staat sich vom Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit abgewandt hat. Dies hat zur Zerstörung und Erosion der Rechtsinstitutionen geführt und dazu, dass queere Frauen kein Vertrauen mehr darin haben, dass das Gesetz für alle gleich ist und sie vor Gewalt und Diskriminierung schützt. Die von den Studienteilnehmerinnen beschriebenen Fälle zeigen, wie bestehende Gesetze so ausgelegt und angewendet werden, dass sie schutzbedürftige Gruppen nicht schützen, sondern vielmehr Gewalt oder Diskriminierung gegen sie rechtfertigen, beispielsweise durch Kriegsteilnehmer. Im Rahmen der Militarisierung im Jahr 2023 hat der Staat Gesetze verabschiedet und in Kraft gesetzt, die Personen (Verdächtige, Beschuldigte, Verurteilte)[9], die strafrechtlich verfolgt werden (auch wegen Gewaltverbrechen)[10] von der strafrechtlichen Verfolgung befreien. Im Gegenzug verpflichtet der Staat solche Personen, einen Vertrag zum Militärdienst mit dem russischen Verteidigungsministerium abzuschließen und in der Ukraine zu kämpfen[11].

Die Ergebnisse dieser Studie sind nicht nur wichtig, um zu verstehen, wie sich die Situation schutzbedürftiger Gruppen in Russland in den letzten drei Jahren verändert hat, sondern auch, um zu beurteilen, wie die Achtung der Rechte und Freiheiten im Zusammenhang mit Geschlecht und Sexualität die Entwicklung der Gesellschaft beeinflusst und den Einfluss radikaler und diskriminierender Ideologien verringert. Der Schutz der Rechte von queeren Frauen verdeutlicht die Bedeutung der persönlichen Freiheit und des Rechts jedes Einzelnen auf Selbstverwirklichung und schafft einen Raum, der frei ist vom Druck populistischer Mythen über „traditionelle Werte" oder nationale Größe. Der Fall Russland zeigt, zu welchen tragischen Folgen die Begeisterung für solche Mythen führen kann.

Im Rahmen der Studie betrachten wir Dutzende von Fällen, die von den Befragten in Interviews und in der Umfrage beschrieben wurden. In diesen Fällen geht es darum, wie der Staat durch seine homo- und transphobe Politik konkrete Aufgaben zur Förderung der Rechte verschiedener Bevölkerungsgruppen vernachlässigt,

darunter:

- Schutz vor körperlicher und sexueller Gewalt (Kapitel 7.1, 7.2);
- Verhinderung von Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund der Geschlechtsidentität und sexuellen Orientierung (Kap. 3.4);
- Zugang zu medizinischer Versorgung, einschließlich qualifizierter gynäkologischer Betreuung bei der Geschlechtsangleichung (Kap. 8.1, 8.4);
- Nutzung assistierter Reproduktionstechnologien zur Ermöglichung der Elternschaft (Kap. 8.2).

In der vorliegenden Studie konzentrieren wir uns nicht nur auf die soziale Lage von queeren Frauen, ihre unrechtmäßige Verfolgung und die Verletzung ihrer Rechte. Besonderes Augenmerk legen wir auf den psychologischen Zustand queerer Frauen als Faktor „stiller" Diskriminierung und Indikator für soziale Ausgrenzung.

Im Rahmen der Studie untersuchen wir Aussagen von queeren Frauen, die von Angst, Verschlossenheit, Depressionen, Unmöglichkeit von persönlicher Selbstverwirklichung, einer Krise der Zukunftsaussichten und einem Gefühl tiefer sozialer Ausgrenzung berichten. Diese Aussagen verdeutlichen den langfristigen und weitreichenden negativen Einfluss homophober und transphober Politik auf queere Frauen in Russland, nämlich:

- Verbreitung von Verschlossenheit gegenüber sozialen Kontakten (einschließlich neuer Kontakte) und Verzicht auf soziale Teilhabe aufgrund von Angst vor homo- und transphober Gewalt, vor Untätigkeit der Polizei sowie vor Gesetzen, die queere Frauen diskriminieren und Aggressoren von der Verantwortung befreien (insbesondere wenn sie sich am Krieg beteiligen wollen) (Kap. 5.1);
- Diskriminierung bei der Einstellung, weil queere Frauen nicht wie „normale Frauen" aussehen; dies gilt besonders für trans Frauen, die es nicht geschafft haben, ihr Geschlechtseintrag vor Inkrafttreten des föderalen Gesetzes „Zum Verbot der Geschlechtsangleichung" im Juli 2023 zu ändern (Kap. 5.2);
- Verstärkung des Gefühls, in der Gesellschaft und im

kulturellen Leben unerwünscht zu sein, aufgrund ihrer politischen Haltung (Pazifismus, Forderung nach Beendigung der russischen Aggression in der Ukraine) sowie ihrer Identität (als Frauen und queere Frauen) (Kap. 3.1);
- Zunahme akuter psychischer Zustände, wie Angstzustände, Depressionen und Selbstmordgedanken (Kap. 2).

Im Rahmen unserer Studie stellen wir einen wichtigen Umstand fest: Wie viele Menschen in Russland leiden auch queere Frauen unter psychischer Belastung, einem Gefühl der Ohnmacht und Ausgrenzung aufgrund der Ereignisse in ihrem Heimatland sowie aufgrund der instabilen Lage in der Welt. Was damit zu tun hat, dass sie in einer Realität leben, in der der Rechtsruck und die Anti-Gender-Bewegung auf dem Vormarsch sind.

Neuartigkeit der Studie

Die Neuartigkeit dieser Studie besteht darin, dass sie sich auf die Situation von queeren Frauen als besondere Untergruppe der LGBTIQ-Personen konzentriert, die mit zwei sich überschneidenden Faktoren der Vulnerabilität konfrontiert sind: als Frauen und als queere Menschen. Dies zeigt sich besonders im Kontext der Stärkung anti-genderer Narrative und der Militarisierung der Gesellschaft im kriegführenden Russland. Wir lenken die Aufmerksamkeit auf die spezifischen Formen der Diskriminierung, denen queere Frauen ausgesetzt sind, darunter homo- und bisexuelle Frauen, trans Frauen und nicht-binäre Personen auf dem femininen und maskulinen Spektrum, sowie in gewissem Maße intersexuelle Frauen.

In unserer Studie betonen wir die Bedeutung von Untersuchung der Lage von trans Frauen, deren soziale Stigmatisierung unter den de facto Kriegsbedingungen in Russland durch Gesetze, die ihre Rechte einschränken, staatliche Propaganda und die Folgen der Militarisierung der russischen Gesellschaft noch verstärkt wird. Trans Frauen sind denselben Faktoren der Gewaltanfälligkeit ausgesetzt wie andere queere Frauen, da sie in einer Gesellschaft, in der das Rechtssystem die Stärkung patriarchalischer Ideen fördert (was sich seit Februar 2022 besonders ver-

stärkt hat) oft als Nicht-Männer wahrgenommen werden.

Dabei sind trans Frauen häufig besonders gefährdet, Gewalt ausgesetzt zu sein, da sie keine Möglichkeit haben, Schutz oder soziale und rechtliche Anerkennung als Frauen zu erhalten. Repressive Gesetze gegen LGBTQ-Personen, die die Rechte von Frauen auf körperliche Selbstbestimmung einschränken, sowie die aktuelle staatliche Rhetorik bringen trans Frauen in eine Situation doppelter Unterdrückung: als Frauen und als trans Personen. Diese Lage wird zusätzlich für diejenigen trans Frauen Frauen verschärft, die keine Möglichkeit hatten, ihr Geschlechtseintrag ändern zu lassen.

Forschungsmethoden

Der wichtigste methodologische Ansatz dieser Studie ist die Kombination von qualitativer und quantitativer Analyse sowie die Verbindung des Repräsentativität-Prinzips mit der Untersuchung der auffälligsten und schwierigsten Fälle, die von den Befragten im Rahmen der Umfrage und der Interviews gemeldet wurden. Ergänzend zu diesen Daten greifen wir zur Kontextualisierung oder zum Vergleich auf offene Quellen wie Nachrichtenmeldungen, Menschenrechtsberichte, akademische und journalistische Studien zurück. Dies ist durch die Besonderheiten der untersuchten Gruppe und die Notwendigkeit, ihre Verschlossenheit zu überwinden, begründet.

Was LGBTQ-Personen angeht, erhalten die glücklicheren Fälle mehr Sichtbarkeit und sind für Forscher*innen leichter zugänglich als die schwierigen Fälle. Die Verschlossenheit des öffentlichen Raums und die Zensur, die durch die Militarisierung der russischen Gesellschaft und die Einführung neuer „Militärgesetze" in Russland noch verstärkt werden, schränken den Zugang zu Informationen stark ein.

Unter diesen Umständen haben wir uns dafür entschieden, die Umfrage über das Internet zu verbreiten. Wir sind vielen LGBTQ-Initiativen, Medien, Aktivist*innen und Blogger*innen dankbar, die uns halfen, Kontakt zu den Befragten aufzunehmen.

Bei unserer Untersuchung haben wir berücksichtigt, dass queere Frauen unter den aktuellen Umständen Angst vor der Preisgabe ihrer persönlichen Daten haben, die von den russischen Sicherheitskräften genutzt werden könnten, um die Befragten wegen

ihrer Meinungsäußerung zu verfolgen. Selbst im Rahmen der Studie wird diese Angst und dieses Misstrauen von den Befragten immer wieder erwähnt und kommt in ihren Freitext-Antworten zum Aus druck (siehe dazu mehr in Kapitel 3.1, 5.1).

Wir gingen davon aus, dass einige Untergruppen von queeren Frauen in unserer Studie unterrepräsentiert sein könnten, da sie keinen Zugang zur Umfrage haben und/oder nicht an den Interviews teilnehmen können. Diese Situation erforderte von uns eine ausgewogene Anwendung zweier Ansätze: **einerseits eine detaillierte Beschreibung der erhaltenen Stichprobe und andererseits eine eingehende Untersuchung der von den Befragten beschriebenen Fälle von Rechtsverletzungen und Diskriminierung. Diese beiden Ansätze bildeten die Grundlage für unsere Studie, für die wir zwei Hauptquellen verwendeten: eine Umfrage (der Fragebogen bestand aus offenen und geschlossenen Fragen) und ausführliche Interviews.**

Der Fragebogen enthält Fragen zu verschiedenen Bereichen, in denen sich das Leben von queeren Frauen in Russland in den drei Jahren seit dem russischen Überfall auf die Ukraine verändert hat. Wir haben nur diejenigen Fragebögen ausgewertet, in denen die Befragten angeben, queere Frauen zu sein, die zum Zeitpunkt der Befragung in Russland lebten.[12] Nach Ausschluss offensichtlich unglaubwürdiger Antworten sowie der Antworten von Personen, die sich als cis-Männer identifizieren oder zum Zeitpunkt der Studie nicht in Russland lebten, erhielten wir 1683 Antworten, die die Grundlage für die quantitativen Schlussfolgerungen dieser Studie bilden. Beim Ausfüllen der Fragebogen gaben alle Teilnehmerinnen ihre informierte Zustimmung zur Verarbeitung ihrer Antworten gemäß den geltenden Rechtsvorschriften, einschließlich Artikel 13 DSGVO.

Neben den allgemeinen demografischen Angaben enthält der Fragebogen Fragen zu verschiedenen Themenbereichen, die sich teilweise überschnitten:

- Verletzung von Rechten aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität;
- Möglichkeit, Hilfe bei der Polizei zu bekommen;
- Fälle von physischer, wirtschaftlicher, psychischer und sexueller Gewalt;
- Diskriminierung beim Zugang zu medizinischer Ver-

sorgung, einschließlich der Verfügbarkeit von Hormontherapien und geschlechtsangleichenden Operationen für trans Frauen;
- Diskriminierung bei der Ausübung der elterlichen Rechte;
- Verschlossenheit und soziale (Selbst-)Beschränkungen;
- Zugang zu Informationen über die Rechte von LGBTQ-Personen;
- psychologischer Zustand im Zusammenhang mit dem Krieg: queerfeindliche Gesetze, Zensur und staatliche Propaganda;
- Werte, Einstellung zum Krieg und zur staatlichen Propaganda.

Wir haben in unserem Fragebogen einige Abkürzungen verwendet. Um die Auswertungen zu vereinheitlichen, haben wir die Befragten gebeten, aus der folgenden Liste die sexuelle Orientierung auszuwählen, die ihre Identität am besten beschreibt: homosexuell, bisexuell, heterosexuell, pansexuell, asexuell, demisexuell, omnisexuell, queer. In ähnlicher Weise haben wir die Befragten gebeten, aus der vorgeschlagenen Liste die Geschlechtsidentität auszuwählen, die sie am besten beschreibt: cis Frau, trans Frau, nichtbinäre Person auf dem femininen Spektrum, nicht-binäre Person auf dem maskulinen Spektrum, intersexuelle Frau, agender Frau, genderfluid.

In Anbetracht der Ziele dieser Studie betonen wir, wie wichtig es ist, sich auf die sich überschneidenden oder gemeinsamen Bedürfnisse von Personen mit unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten und sexuellen Identitäten zu konzentrieren. Wir erkennen zwar Unterschiede an und betonen unseren Respekt gegenüber allen Teilnehmer*innen der Studie sowie den Repräsentant*innen der Zielgruppen, sind jedoch gezwungen, Begriffe zu verwenden, die unsere Zielgruppen verallgemeinern. Hier und im Folgenden wird der Begriff „queere Frauen" als solcher verallgemeinernder Begriff verwendet.

Um die für das Verständnis der Diskriminierungsrisiken wichtige Tatsache der realisierten oder nicht realisierten Bedürfnisse nach einer Geschlechtsangleichung zu verdeutlichen und gleichzeitig

eine Objektivierung (die Reduzierung der Geschlechtsidentität der Befragten auf ihren Cisgender- oder Transgender-Status) zu vermeiden, haben wir diesen Aspekt von der Frage zur Geschlechtsidentität getrennt. Den Befragten wurde eine separate Frage gestellt, ob sie derzeit ein Bedürfnis nach einer Geschlechtsangleichung haben oder bereits erfüllt haben oder ob kein solches Bedürfnis besteht (bei der Ermittlung von Mustern wurden je nach Bedarf die Antworten auf beide Fragen herangezogen).

Nach der Größe des Ortes, in dem die Befragten leben, werden folgende Kategorien unterschieden: Millionenstadt (mehr als 1 Million Einwohner), Großstadt (700.000 bis 1 Million Einwohner), mittelgroße Stadt (300.000 bis 700.000 Einwohner), Kleinstadt (3.000 bis 300.000 Einwohner), Landstadt (weniger als 3.000 Einwohner). Separat wurde abgefragt, ob die Befragten in einer städtischen oder ländlichen Gegend wohnen.

Die quantitative Analyse auf der Grundlage der Umfrage wird durch eine qualitative Analyse von Narrativen und Einzelfällen ergänzt. Die qualitative Analyse in dieser Studie basiert auf offenen Fragen, die in der Umfrage gestellt wurden, sowie auf von uns durchgeführten ausführlichen Interviews. Die Interviewteilnehmerinnen wurden aus denjenigen ausgewählt, die den Fragebogen ausgefüllt, ihr Interesse daran bekundet und einen sicheren Kommunikationskanal angegeben hatten. Insgesamt stimmten 318 Teilnehmerinnen der Umfrage einem Interview zu, was 18,9% der Gesamtstichprobe entspricht. Wir wählten sorgfältig 22 Befragte aus, mit denen wir Interviews durchführten. Darüber hinaus führten wir zwei Experteninterviews durch.

Aus Sicherheitsgründen wurden bei der Zitierung von Interviews in dieser Studie alle Details, die auf die personenbezogenen Daten der Teilnehmerinnen hinweisen, weggelassen oder geändert. Die Interviewteilnehmerinnen wurden über die Verwendung ihrer Zitate in anonymisierter Form in der Studie informiert und gaben ihre informierte Zustimmung dazu. Die Arbeit mit Daten, die sensible Informationen über die Befragten enthalten, erfolgte in Übereinstimmung mit den Normen des europäischen Rechts und den Empfehlungen von Expert*innen im Bereich der digitalen Sicherheit.

Bei der Auswahl der Interviewteilnehmerinnen haben wir einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt. Die ausführlichen Interviews sollten die Analyse der Stichprobe durch persönliche Narrative ergänzen,

wobei der Schwerpunkt auf dem psychologischen Zustand der Befragten lag. Zu diesem Zweck berücksichtigen wir ein ausgewogenes Verhältnis der Teilnehmerinnen hinsichtlich ihrer Geschlechtsidentität und sexuellen Orientierung sowie ihrer Wohnregion. Die Interviews ermöglichten es uns, die Ungleichmäßigkeit in der Stichprobe teilweise auszugleichen, indem wir den Anteil der weniger repräsentativen Gruppen erhöhten. 64,3% der Befragten sind cis Frauen; 96,2% leben in städtischen Gebieten, davon 61,5% in Millionenstädten und 40,3% im Föderationskreis Zentralrussland. Deswegen orientieren wir uns bei der Auswahl der Interviewteilnehmerinnen nicht nur an den im Fragebogen angegebenen Fällen von Gewalt, Verfolgung, Rechtsverletzungen und Marginalisierung der Befragten, sondern auch an ihrer Wohnregion (nicht aus den zentralen Regionen) und ihrer Geschlechtsidentität (nicht cisgender). Die durchgeführten Interviews ermöglichten es, mindestens ein Narrativ aus jedem Föderationskreis der Russischen Föderation außer dem Föderationskreis Nordkaukasus zu präsentieren, wodurch wir die Dominanz der Millionenstädte aus den zentralen Regionen in der Stichprobe teilweise überwinden konnten.

Mit Hilfe von Interviews wollten wir unser Verständnis für die folgenden Probleme vertiefen:

- Konfrontation von queeren Frauen mit konkreten Fällen von Gewalt, Missbrauch und Diskriminierung (sowohl durch Privatpersonen als auch durch Institutionen und staatliche Behörden, z. B. die Polizei) (Kap. 3.3, Kap. 5, Kap. 6);
- Veränderungen im Leben von queeren Frauen nach der Verabschiedung von Gesetzen gegen LGBTQ-Personen in Russland (das am 5. Dezember 2022 in Kraft getretene föderale Gesetz „Über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen“; das am 24. Juli 2023 in Kraft getretene föderale Gesetz „Über das Verbot der Geschlechtsangleichung“, das die rechtliche und medizinische Geschlechtsangleichung sowie die Vormundschaft von trans Personen über Pflegekinder verbietet; die Entscheidung des Richters des Obersten Gerichtes der Russischen Föderation Oleg Nefedov[13] die nicht existierende Organisation „Internationale öffentliche

Bewegung LGBT“ als extremistisch einzustufen Kap. 5, Kap. 6)[14];
- Auswirkungen des russischen Krieges in der Ukraine (einschließlich der Militarisierung der russischen Gesellschaft, staatlicher Propaganda, der Gewalt durch Kriegsteilnehmer und andere Akteure, gewaltsamer Mobilisierung) auf das Leben von queeren Frauen (Kapitel 7.3);
- Probleme beim Zugang von queeren Frauen (insbesondere trans Frauen) zu hochwertiger, qualifizierter und respektvoller medizinischer Versorgung (Kapitel 8);
- Schwierigkeiten, mit denen diejenige queere Frauen konfrontiert sind, die minderjährige Kinder erziehen, darunter die Gefahr, ihre Kinder zu verlieren, und Druck seitens der Jugendschutzbehörden (Kap. 9.2);
- psychischer Zustand, Verschlossenheit (Kap. 2);
- Beziehungen in der Familie, Konflikte aufgrund von Homo- und Transphobie, oder von politischen Haltung (Kapitel 3.2);
- Zugänglichkeit von Wohnraum, Konflikte mit Vermieter*innen und Nachbar*innen aufgrund von Homo- und Transphobie (Kap. 3.3),
- Anwendung von Gesetzen gegen LGBTQ-Personen als Grundlage für Denunziationen (Kap. 3.3, Kap. 6.1);
- soziale Marginalisierung, erzwungene Beteiligung an Sexarbeit (Kap. 6.2);
- Probleme bei der Ausübung bürgerlicher Werte und der Identität von queeren Frauen (Kap. 3.1, Kap. 6.1).

Auf diese Weise gelang es uns, eine Vielzahl einzigartiger Informationen zu sammeln und zu analysieren. Darunter sind verschiedene soziodemografische Merkmale der Befragten, ihre Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität sowie eine Einschätzung darüber, wie sich ihre Situation in den drei Jahren vom 24. Februar 2022 bis zum Frühjahr 2025 verändert hat (in diesem Zeitraum ging die russische Gesellschaft auf Kriegsfuß,

und queere Menschen wurden zum Ziel von Hass seitens der Politiker*innen, Influencer*innen und staatlichen Propaganda; sie wurden stigmatisiert, neuen queerenfeindlichen Gesetzen unterworfen und verloren nach und nach ihre Subjektivität innerhalb Russlands).

Wir erhielten zahlreiche Rückmeldungen von Befragten, die sich für die Möglichkeit bedankten, ihre Gefühle als queere Frauen im kriegführenden Russland zum Ausdruck zu bringen. Denn queere Frauen haben aufgrund des sozialen Drucks und ihrer Ablehnung des Krieges in den letzten drei Jahren viele soziale Kontakte verloren: In Russland zu sagen, was man denkt, bedeutet eine Gefahr für Freiheit und Leben. Deshalb wurde diese Studie zu einer Plattform, auf der queere Frauen das teilen konnten, was sie seit langem beobachten und analysieren, aber normalerweise verschweigen müssen.

Teil I. Auswirkungen des vollumfassenden Angriffskrieges auf queere Frauen in Russland

Kapitel 1. Demografisches Profil der Teilnehmer*innen der Studie

Im Rahmen dieser Studie haben wir Daten von Befragten gesammelt, die sich selbst als queere Frauen bezeichnen und in Russland leben. Für uns war es wichtig, dass nur diejenigen den Fragebogen ausfüllen, die sich als Frauen oder feminine Personen identifizieren und gleichzeitig der LGBTIQ-Gemeinschaft angehören. Somit umfasst die Stichprobe ein breites Spektrum an geschlechtlichen und sexuellen Identitäten und stellt eine Gruppe dar, die im Hinblick auf soziokulturelle und demografische Vielfalt von Bedeutung ist.

In diesem Abschnitt werden die demografischen, sozialen und kulturellen Merkmale von queeren Frauen in Russland analysiert, darunter Geschlechtsidentität, Alter, Wohnort, Bildung, ethnische Zugehörigkeit und religiöse Ansichten. Nach Ablauf der Antwortfrist lagen uns 1707 Fragebögen vor. Nach Aussortieren derjenigen, die nicht den Kriterien der Studie entsprachen (die Befragten lebten nicht in Russland oder identifizierten sich als cisgeschlechtliche Männer, oder der Fragebogen enthielt offensichtlich unwahrscheinliche Angaben), wurde eine Gesamtstichprobe von 1683 Fragebögen gebildet.

Geschlechtsidentität

Die an der Studie teilnehmenden queeren Frauen zeigen eine hohe Variabilität im Spektrum der Geschlechtsidentität. Die Mehrheit der Befragten identifiziert sich als cisgeschlechtliche Frauen – etwa 64% der Gesamtzahl. Gleichzeitig machen trans Frauen (etwa 12%) und nicht-binäre Personen auf dem femininen Spektrum (15%) einen bedeutenden Anteil aus. In geringerer Anzahl (die jedoch eine Analyse der Antworten und fundierte Schlussfolgerungen ermöglicht) sind auch intersexuelle Personen, genderfluide Personen, agender Personen, nicht-binäre Personen auf dem maskulinen Spektrum und Frauen mit anderen Identitäten vertreten. Einige Befragte geben einzigartige oder gemischte Formen der Identität an, was sowohl den individualisierten Charakter von Queersein als auch die Tendenz zur Aufweichung starrer kategorischer Rahmenbedingungen bestätigt. (Illustration 1)

Sexuelle Orientierung

Die Studie umfasst auch das Spektrum der sexuellen Orientierung der Teilnehmer*innen. Die größte Gruppe bilden homosexuelle (ca. 49%) und bisexuelle Frauen (33%). Ein erheblicher Anteil identifiziere sich als pansexuell (8%), asexuell, demisexuell, omnisexuell, queer und Frauen mit einer anderen sexuellen Orientierung. Einige Teilnehmer*innen geben an, dass sie Schwierigkeiten hätten, ihre Orientierung zu definieren, oder wählen die Option „Sonstiges". Basierend auf dem Verständnis von Geschlecht als soziokulturelles Phänomen sowie auf den Besonderheiten der geschlechtlichen Selbstidentifikation der Befragten interpretieren wir Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung nicht als feste Merkmale, sondern als dynamisches Feld der Selbstbestimmung, das die sozialen Praktiken des Individuums beeinflusst und gleichzeitig von ihnen beeinflusst wird. (Illustration 2)

Altersstruktur

Die Teilnehmer*innen im Alter von 19 bis 25 Jahren bilden die größte Gruppe (51,1%). Ein erheblicher Teil der Befragten gehört auch zur Gruppe der 26- bis 35-Jährigen (22,5%), die zusammen die überwiegende Mehrheit der untersuchten Zielgruppe bilden. Diese Verteilung der Umfrageteilnehmer*innen nach Altersgruppen

entspricht einem allgemeinen Trend, wonach die junge Generation der LGBTIQ-Menschen eher bereit ist, an Studien zum Thema Identität teilzunehmen, und ihre Subjektivität im digitalen Raum aktiver zum Ausdruck bringt. Darüber hinaus wurde die Zielgruppe der Studie mit diesen Altersgrenzen durch Medien und Kanäle in sozialen Netzwerken, über die Informationen über die vorliegende Studie verbreitet wurden, breiter erfasst. (Illustration 3)

Teilnehmer*innen aus älteren Altersgruppen (36 Jahre und älter) sind in der Stichprobe weniger stark vertreten, was auf mehrere Faktoren zurückzuführen sein kann: geringere digitale Aktivität, Bedenken hinsichtlich der Vertraulichkeit sowie das Ausmaß an Traumatisierung und sozialer Isolation, das für ältere LGBTQI+ Personen in Russland häufig charakteristisch ist.

Trotz der Dominanz junger Menschen sind in der Stichprobe Teilnehmer*innen aus fast allen Altersgruppen (von unter 18 bis über 65 Jahren) vertreten, was der Studie die notwendige Vollständigkeit verleiht und die Erfahrungen von queeren Frauen aus verschiedenen Generationen widerspiegelt.

Es ist uns nicht gelungen, Zugang zu der Zielgruppe über 65 Jahren zu erhalten. Möglicherweise liegt dies daran, dass die Studie online durchgeführt wurde und die Nutzung moderner digitaler Technologien in der Generation über 65 weit weniger verbreitet ist. Darüber hinaus nehmen queere Menschen über 65 aufgrund der sozialen Traumatisierung in Russland äußerst selten an Umfragen teil und sind nicht bereit, ihre persönlichen Daten preiszugeben. Das Fehlen dieser Daten hat jedoch die Ergebnisse der Studie nicht verfälscht.

Familienstand, Kinder und Partnerschaften

Von den befragten queeren Frauen sind nur 4% offiziell verheiratet, während die überwiegende Mehrheit – 92,2% – nie geheiratet hat. Dies kann sowohl auf die junge Altersstruktur der Stichprobe als auch auf institutionelle Hindernisse für das Eingehen gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in Russland zurückzuführen sein.

Bei den Eltern lebt der geringste Anteil der Befragten aus den älteren Altersgruppen – mit zunehmendem Alter sinkt dieser Wert stetig.Parallel dazu steigt der Anteil derjenigen, die mit einem festen Partner zusammenleben und Kinder haben, was trotz der Besonderheiten queerer Erfahrungen in Russland den natürlichen Lebens-

zyklus widerspiegelt. Es ist auch ein Anstieg des Anteils der offiziell verheirateten Personen in Korrelation mit dem Alter zu beobachten, obwohl es insgesamt nur sehr wenige solcher Befragten gibt.

Zum Zeitpunkt der Umfrage gaben 42,5% der Befragten an, in einer festen romantischen Partnerschaft zu leben. Weitere 3% gaben an, sich mit mehreren Partner*innen zu treffen. Die Mehrheit der Befragten – 53,5% – lebt jedoch nicht in einer Partnerschaft. Diese Daten zeigen, dass das Vorhandensein einer Partnerschaft unter queeren Frauen in Russland in etwa gleich wahrscheinlich ist wie das Fehlen einer solchen, was sowohl mit sozialer Isolation als auch mit persönlicher Entscheidung oder traumatischen Erfahrungen zusammenhängen kann.

Nur 4% der Befragten geben an, Kinder zu haben, während 96% angeben, keine Kinder zu haben. Dies bestätigt einen bekannten Trend: Queere Frauen in Russland haben äußerst selten Zugang zu Elternschaft – sei es biologisch, durch assistierte Reproduktionstechnologien, mit oder ohne feste* Partner*in, oder durch Adoption. Gesetzliche Beschränkungen, soziale Stigmatisierung und mangelnde staatliche Unterstützung sowie Einschränkungen bei der Inanspruchnahme von assistierten Reproduktionstechnologien schränken die Möglichkeiten zur Verwirklichung des Elternstatus erheblich ein (siehe Kapitel 8.2 und 9.2 für weitere Details).

Die Daten zeigen also, dass die meisten Befragten entweder selbstständig (allein oder mit einem*r Partner*in) oder weiterhin bei ihren Eltern leben. Formelle Ehen und das Zusammenleben mit Kindern machen nur einen kleinen Teil der Stichprobe aus, was sowohl mit dem jungen Alter der Befragten als auch mit den Besonderheiten des Queerseins in Russland zusammenhängen kann. (Illustration 3)

Geografische Verteilung

Die Stichprobe weist eine breite geografische Vertretung auf. Die Befragten leben in allen Föderationskreisen der Russischen Föderation, darunter in den Föderationskreisen Zentralrussland, Nordwest, Wolga-, Sibirien, Ural, Süd, Nordkaukasus und Fernost. Die größte Konzentration der Teilnehmer*innen ist in den Föderationskreisen Zentralrussland (einschließlich Moskau) und Nordwest (einschließlich Sankt Petersburg) zu beobachten. Dort leben 40,8% bzw. 20,3% der Befragten. Dies hängt wahrscheinlich sowohl mit der höheren Bevölkerungsdichte als auch mit der größeren Sicht-

barkeit und Zugänglichkeit von queeren Communities in diesen Regionen zusammen. Der geringste Anteil der Befragten lebte im Föderationskreis Fernost (2,4%) und im Nordkaukasus (0,9%). Dies lässt sich unter anderem durch das hohe Maß an homo- und transphober Gewalt (insbesondere in der zweiten dieser beiden Regionen) erklären, das queere Frauen zu zusätzlicher Verschlossenheit und Angst vor Umfragen veranlasst.

Teilweise kann diese Verteilung nach Bezirken mit der Dynamik der Binnenmigration zusammenhängen: nämlich dem Wunsch, in die Hauptstadt oder andere Großstädte mit einer entwickelten urbanen Kultur zu ziehen, die oft zu einer höheren Toleranz gegenüber queeren Menschen (z. B. unter Arbeitgeber*innen) beiträgt und die Bildung horizontaler informeller Beziehungen zwischen queeren Menschen fördert. Diese Annahme ergibt sich aus der Tatsache, dass der Anteil derjenigen, die in Millionen- oder Großtädten der Föderationskreise Zentralrussland oder Nordwest leben, in der Altersgruppe bis 18 Jahre deutlich geringer ist als in anderen Altersgruppen – also bei minderjährigen Frauen, die meist noch keine selbstständige Erwerbstätigkeit aufgenommen haben und bei ihren Eltern oder Erziehungsberechtigten leben. Während in der Gruppe bis 18 Jahre 19,9% in einer Millionen- oder Großstadt im Föderationskreis Zentralrussland und 10,7% in einer Millionen- oder Großstadt im Föderationskreis Nordwest leben, sind es in der Gruppe der 19- bis 25-Jährigen 30,3% bzw. 15% in der Gruppe der 26- bis 35-Jährigen sind es 34,3% bzw. 20,9%, in der Gruppe der 36- bis 45-Jährigen 32,4% bzw. 20,6% und in der Gruppe der 46- bis 55-Jährigen 34,6% bzw. 15,3%[15]. (Illustration 4)

Wohnort: Größe und Infrastruktur

In der Stichprobe dieser Studie sind Frauen aus Millionenstädten am stärksten vertreten. Mehr als 61,5% der Befragten leben in Städten mit mehr als einer Million Einwohner*innen, 22,5% in mittleren und großen Städten mit 300.000 bis 700.000 Einwohner*innen und 700.000 bis 1 Million Einwohner*innenn. Klein- und Landstädte machen einen geringeren Teil der Stichprobe aus: 14,2% der Befragten leben in Städten mit einer Einwohner*innenzahl von 3 bis 300 Tausend, 1,8% in kleinen Ortschaften mit einer Einwohner*innenzahl von bis zu 3 Tausend. (Illustration 5)

Das Leben in einem stärker urbanisierten Umfeld ist in der

Regel mit einem besseren Zugang zu Informationen, Unterstützung durch Community sowie psychologischen und juristischen Ressourcen verbunden. Gleichzeitig sind Teilnehmer*innen aus kleinen und ländlichen Siedlungen häufiger mit Isolation, Stigmatisierung und einem Mangel an queerer Infrastruktur konfrontiert. Die Präsenz solcher Teilnehmer*innen in der Stichprobe ist wichtig, um ein realistischeres und vielschichtigeres Bild der Situation von queeren Frauen in Russland zu vermitteln.

Gleichzeitig lässt sich die Tatsache, dass ein erheblicher Teil der Befragten in (sehr) großen und mittelgroßen Städten lebt, durch Migrationsdynamiken erklären. So leben 32,1% der Befragten unter 18 Jahren in Klein — und Landstädten, 13,4% im Alter von 19 bis 25 Jahren, 10,8% im Alter von 26 bis 35 Jahren und 10,3% im Alter von 36 bis 45 Jahren (d. h. die beiden niedrigsten Werte sind in den Altersgruppen zu beobachten, die mit der größten sozialen und wirtschaftlichen Aktivität verbunden sind), im Alter von 46 bis 55 Jahren sind es 19,2%. Dies lässt vermuten, dass der Umzug in eine größere Stadt eine verbreitete Lebensstrategie für queere Frauen in Russland ist. Bemerkenswert ist, dass diese Strategie unmittelbar nach Erreichen der Volljährigkeit aktuell wird, was in einer mehr als zweifachen Verringerung des Anteils der in Klein- und Landstädten lebenden Personen in der Altersgruppe der 19- bis 25-Jährigen im Vergleich zur Altersgruppe der unter 18-Jährigen deutlich wird.

Eine ähnliche Migrationsdynamik lässt sich für den Anteil der in mittelgroßen Städten lebenden Personen in Bezug auf die Altersgruppe vermuten. Unter den Befragten unter 18 Jahren leben 22,1% in solchen Städten, während in anderen Altersgruppen der entsprechende Anteil deutlich niedriger ist und mit den Anteilen derjenigen vergleichbar ist, die in Klein- und Landstädten desselben Alters leben: in der Gruppe der 19- bis 25-Jährigen – 16,8%; in der Gruppe der 26- bis 35-Jährigen 11,9%; in der Gruppe der 36- bis 45-Jährigen 13,7%; in der Gruppe der 46- bis 55-Jährigen 7,6%. Dies lässt vermuten, dass die Binnenmigration von queeren Frauen in Russland mit dem Wunsch verbunden ist, in Millionen- und Großstädte zu ziehen und kleine, mittlere und sehr kleine Städte und Siedlungen zu verlassen, was einen hohen Wettbewerb bei der Suche nach Wohnraum und Einkommen mit sich bringt. Wir können auch vermuten, dass diese Strategie auf der Vorstellung von queeren Frauen in Russland basiert, dass Homo- und Transphobie

in kleineren Siedlungen des Landes deutlich stärker ausgeprägt ist als in den größten Metropolen mit einer entwickelten urbanen Kultur (wie Moskau, Sankt Petersburg, Jekaterinburg, Krasnojarsk, Nowosibirsk).

Zu ähnlichen Annahmen über die Strategie der Binnenmigration von queeren Frauen in Russland in Millionen- und Großstädte gelangt man durch die Analyse des Anteils der dort lebenden Befragten in jeder Altersgruppe. Am geringsten (weniger als die Hälfte) war dieser Anteil bei queeren Frauen unter 18 Jahren – 45%, während er in allen anderen Altersgruppen einen ähnlichen Prozentsatz von fast zwei Dritteln ausmacht: 69,7% in der Altersgruppe 19–25 Jahre; 77,2% in der Gruppe der 26- bis 35-Jährigen; 76,5% in der Gruppe der 36- bis 45-Jährigen; 73% in der Gruppe der 46- bis 55-Jährigen. (Illustration 6)

Ethnische und religiöse Zugehörigkeit der Teilnehmer*innen

Die Umfrage- und Interviewdaten zeigen eine erhebliche ethnische und religiöse Vielfalt unter den in Russland lebenden queeren Frauen. Diese Merkmale, die sich mit Identität, Geografie und Bildung überschneiden, haben einen wichtigen Einfluss auf die Alltagserfahrungen und die Selbstidentifikation der Teilnehmer*innen.

Den Umfrageergebnissen zufolge sind die meisten Befragten ethnische Russ*innen – 72,6%. An zweiter Stelle stehen Tatar*innen (4,2%), gefolgt von ukrainischen (3,5%) und jüdischen (3,0%) Teilnehmer*innen. Es wurden auch Vertreter*innen anderer Ethnien erfasst: Baschkir*innen, Armenier*innen, Tschuwasch*innen, Burjat*innen, Jakut*innen, Deutsche und Belaruss*innen. Einige Teilnehmer*innen gaben „gemischte Herkunft" an oder merkten an, dass sie sich nicht innerhalb eines ethnischen Rahmens sehen.

Diese Unterschiede korrelieren teilweise mit dem Alter: Unter den jüngeren Teilnehmer*innen (unter 36 Jahren) wird häufiger ethnische Mehrdeutigkeit oder gemischte Herkunft angegeben. Ältere Befragte (über 45 Jahre) identifizieren sich häufiger mit ethnischen Kategorien, die im sowjetischen Raum verbreitet waren (z. B. „Russin", „Tatarin").

Auch die Bildung spielt eine Rolle: Frauen mit höherer Bildung oder akademischer Erfahrung zeigen häufiger eine kritischere oder

flexiblere Einstellung zur Ethnizität, einschließlich einer Selbstidentifikation außerhalb ihrer Grenzen. Gleichzeitig sind ethnische Minderheiten, insbesondere nicht russischsprachige, häufiger mit intersektionalen Formen der Diskriminierung konfrontiert.

Geografisch gesehen ist die ethnische Vielfalt im Wolga-Gebiet, im Süden Russlands und in Regionen mit kompakter Besiedlung ethnischer Gruppen höher – was auch der föderalen Verteilung entspricht. Wir können davon ausgehen, dass ethnische Vielfalt in Millionenstädten (Moskau, Sankt Petersburg, Jekaterinburg) häufiger im Zusammenhang mit einem akademischen oder aktivistischen Kontext anzutreffen ist.

Der größte Anteil der Befragten gab an, Atheist*innen oder Nichtgläubige zu sein – 63,5%. Der zweitgrößte Anteil der Antworten lautete: „Ich bin gläubig, gehöre aber keiner bestimmten Religion an" – 19,4%. Der hohe Anteil von queeren Frauen, die keiner konventionellen Religion angehören, lässt sich unter anderem durch die ultrakonservative Rhetorik der russischen Propaganda erklären, in der Religion (meistens die orthodoxe Kirche) der Nicht-Cis-Heterosexualität gegenübergestellt und als eine der wichtigsten Quellen der sogenannten „traditionellen Werte" interpretiert wird[16].

Die Religionszugehörigkeit ist ebenfalls vielfältig. Obwohl die meisten Teilnehmer*innen einen säkularen oder nicht-religiösen Status angeben (in der Umfrage liegt der Anteil der Gläubigen einzelner Konfessionen selten über 5–6%), bleibt die religiöse Identität für die biografischen Erfahrungen einer Reihe von Frauen wichtig. 6,3% der Befragten bezeichnen sich als orthodox, 2,1% als buddhistisch, 1% als protestantisch, 0,9% als heidnisch, 0,5% als jüdisch, 0,5% als katholisch und 0,1% als muslimisch. Die Interviews ergänzen dieses Bild. Eine cisgeschlechtliche Frau aus Kasan, die in einer muslimischen tatarischen Familie aufgewachsen ist, beschreibt eine Zwangsheirat und die Entfremdung von ihrer Familie: „Meine Mutter ist in Kasan geblieben, wir haben nur noch wenig Kontakt. Ich bin keine Muslimin mehr, obwohl ich die Traditionen kenne. Jetzt lebe ich allein und nur so fühle ich mich wie ich selbst." Ash, eine trans Frau aus Chabarowsk, spricht über ihre traumatischen Erfahrungen mit dem orthodoxen Umfeld: „Als ich sagte, wer ich bin, wurde ich nicht mehr zu den Feiertagen nach Hause eingeladen. Sie schämen sich. Sie sind gläubig und glauben, dass ich sündige."

Somit bilden ethnische und religiöse Zugehörigkeit eine wich-

tige Ebene der sozialen Identität von queeren Frauen und verstärken oder schwächen je nach Kontext die Marginalisierung. Diese Aspekte sind wichtig für das Verständnis der einzigartigen Lebenswege, insbesondere in konservativen Regionen, in denen Religion und ethnische Zugehörigkeit oft als normative Beschränkungen wirken.

Die materielle Situation und ihre demografischen Korrelationen

Die materielle Situation der Befragten ist einer der wichtigsten Indikatoren für strukturelle Ungleichheit, die sich mit der queeren Identität, dem Alter, der Bildung und der geografischen Lage überschneidet. Die Umfragedaten ermöglichen es, die wichtigsten Trends und Herausforderungen zu skizzieren, mit denen die Teilnehmer*innen der Studie konfrontiert sind.

Die durchschnittliche Bewertung der eigenen finanziellen Unabhängigkeit auf einer Zehn-Punkte-Skala liegt bei 4,82, was auf eine vorherrschende finanzielle Unsicherheit und Ungewissheit hindeutet. Unter den cis Befragten ist der Durchschnittswert höher (4,90), während transund nicht-binäre Teilnehmer*innen niedrigere Werte aufweisen (4,64), was die systematische Marginalisierung und den eingeschränkten Zugang zu stabiler Beschäftigung widerspiegelt.

Auf die Frage nach der Beschäftigung gaben 39,6% der Befragten an, eine feste Vollzeitstelle zu haben. Weitere 35% kombinieren Teilzeitbeschäftigung und unregelmäßige Nebenjobs. 25,1% haben kein regelmäßiges Einkommen. (Illustration 7)

Der Ausschluss minderjähriger queerer Frauen aus der Stichprobe erhöht den Anteil derjenigen, die einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, deutlich (auf 47,1 %) und erhöht geringfügig den Anteil derjenigen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen (auf 11,2 %). Dabei verringert der Ausschluss derjenigen Befragten aus der Beschäftigungsstruktur, die noch nicht oder gerade erst 18 Jahre alt geworden sind, den Anteil derjenigen, die unregelmäßig nebenbei arbeiten, nur geringfügig: auf 12,2 % (um etwa drei Prozentpunkte) und verändert den Anteil derjenigen, die regelmäßig nebenbei arbeiten (10 %), praktisch nicht. Diese Beobachtungen lassen sich so interpretieren, dass queere Frauen in Russland nach finanzieller Unabhängigkeit streben, sich in materieller Hinsicht auf sich selbst ver-

lassen und diesen Weg bereits im minderjährigen Alter einschlagen. So sind unter den minderjährigen queeren Frauen nur etwas mehr als die Hälfte (53,9 %) nicht berufstätig und gehen keiner Nebentätigkeit nach. (Illustration 7.1)

Dabei ist es wichtig, dass unter den volljährigen queeren Frauen der Anteil derjenigen, die weder arbeiten noch nebenbei jobben, mit 19,5 % hoch bleibt. Der hohe Anteil von Nichtbeschäftigten unter queeren Frauen aller Altersgruppen (25,1 %) und unter volljährigen queeren Frauen (19,5 %) kann indirekt auf ihre soziale Marginalisierung und Diskriminierung bei der Ausübung ihres Rechts auf Arbeit (siehe Kapitel 3.4) sowie auf die finanzielle Abhängigkeit vieler queerer Frauen von ihren Verwandten (siehe Kapitel 3.2) oder Partner*innen hinweisen. Gleichzeitig kann der hohe Anteil derjenigen, die weder arbeiten noch nebenberuflich tätig sind, mit der Altersstruktur der Stichprobe zusammenhängen: In ihr überwiegen deutlich Personen unter 25 Jahren, die eine Hochschulausbildung absolvieren können.

Die Beschäftigungsstruktur im Durchschnitt der Stichprobe (unter allen queeren Frauen) weist einige Unterschiede zur Beschäftigungsstruktur der speziellen Stichprobe auf, die im Mittelpunkt dieser Studie steht: unter queeren Frauen, die den Wunsch nach einer transfeminine Geschlechtsangleichung haben oder hatten (was verschiedene Geschlechtsidentitäten umfassen kann, vor allem aber Transgender-Frauen und nicht-binäre Personen auf dem femininen Spektrum). Die spezielle Stichprobe nach diesem Merkmal umfasst 245 Befragte. Die spezielle Stichprobe stimmt zwar mit den allgemeinen Trends der Gesamtstichprobe überein, zeigt jedoch eine deutlichere Ausprägung der Trends zu instabiler Beschäftigung und Arbeitslosigkeit.

Unter den queeren Frauen, die den Wunsch nach transfeminine Geschlechtsangleichung haben oder hatten, haben 38,4 % eine feste Vollzeitstelle, was etwa 1 % weniger ist als unter allen queeren Frauen (39,6 %). Der Anteil derjenigen, die weder eine feste Anstellung noch einen Nebenjob haben, ist hingegen bei Transfrauen höher: 26,9 % im Vergleich zu 25,1 % bei allen queeren Frauen. In der Beschäftigungsstruktur von Transfrauen ist auch der Anteil der unregelmäßigen Nebenjobs höher: 17,6 % (im Vergleich zu 15,6 % bei allen queeren Frauen), während der Anteil der regelmäßigen Nebenjobs niedriger ist: 8,6 % im Vergleich zu 9,7 %. (Illustration 7.2)

Somit kann das Bedürfnis nach einer transfemininen Geschlechtsangleichung als ein Faktor interpretiert werden, der das Risiko von Problemen bei der Arbeitssuche und Diskriminierung bei der Ausübung des Rechts auf Arbeit erhöht (siehe dazu näher in den Kapiteln 3.4 und 5.2).

Ein ähnliches Verhältnis ist zwischen den Gruppen zu beobachten, die ausschließlich aus volljährigen Personen bestehen. Während unter den volljährigen queeren Frauen, die ein Bedürfnis nach transfeminine Geschlechtsangleichung haben oder hatten, 42,5 % eine feste Vollzeitstelle haben, ist der entsprechende Anteil unter allen volljährigen queeren Frauen mit 47,1 % deutlich höher. Im Gegensatz dazu ist der Anteil derjenigen, die weder eine feste Anstellung noch einen Nebenjob haben, in den Gruppen der volljährigen queeren Frauen mit dem Bedürfnis nach transfeminine Geschlechtsangleichung höher als in der Stichprobe der volljährigen queeren Frauen: 24,7 % gegenüber 19,5 %. Dabei steigt der Anteil der unregelmäßigen Nebenjobs und sinkt der Anteil der regelmäßigen: Während er im Durchschnitt der Stichprobe der volljährigen queeren Frauen 12,2 % bzw. 10 % beträgt, liegt dieses Verhältnis in der Gruppe der volljährigen queeren Frauen mit dem Bedürfnis nach transfeminine Geschlechtsangleichung bei 16 % bzw. 8,2 %.

In den Gruppen mit Bedarf an transfeminine Geschlechtsangleichung ist auch die Altersdynamik in der Beschäftigungsstruktur weniger ausgeprägt, nämlich ihre Veränderungen in den Gruppen der volljährigen Befragten im Vergleich zu den Gruppen der Minderjährigen. Während in der gesamten Stichprobe der queeren Frauen ein deutlicher Rückgang des Anteils derjenigen ohne Arbeit oder Nebenjob (25,1 % und 19,5 %, um 5,5 Prozentpunkte) und des Anteils derjenigen mit unregelmäßigen Nebenjobs (15,6 % und 12,2 %, um 3,4 Prozentpunkte) sowie einen Anstieg des Anteils derjenigen, die ein regelmäßiges Einkommen haben (39,6 % und 47,1 %, um 7,5 Prozentpunkte), ist dieser Unterschied in der speziellen Stichprobe von queeren Frauen mit dem Bedürfnis nach einer Transgender-Operation weniger ausgeprägt: 42,5 %, was nur 5 Prozentpunkte mehr sind als in der Gruppe, zu der Minderjährige gehörten – 38,4 %. Der Rückgang des Anteils derjenigen, die weder arbeiten noch nebenberuflich tätig sind, in der Gruppe der volljährigen Befragten mit dem Bedürfnis nach transfeminine Geschlechtsangleichung war hingegen deutlich geringer als in der Gesamtstichprobe und betrug

2,2 Prozentpunkte: von 26,9 % auf 24,7 % (Illustration 7.3).

Am deutlichsten ist die Tendenz zur Abwesenheit einer festen Arbeit bei trans Frauen, die ihren Geschlechtsmarker nicht auf „weiblich" geändert haben, bevor der medizinische und rechtliche Geschlechtsangleichung im Juli 2023 verboten wurde (siehe dazu mehr in Kap. 4.4). Diese Gruppe umfasst in der vorliegenden Studie 144 Befragte, darunter 15,9 % Minderjährige (23 Personen) (im Vergleich zu 16,1 % in der gesamten Stichprobe der queeren Frauen).

In der Gruppe der queeren Frauen, die trotz der Notwendigkeit einer transfeminine Geschlechtsangleichung ihr Geschlecht nicht in „weiblich" geändert haben, ist der Anteil derjenigen, die weder arbeiten noch nebenberuflich tätig sind, größer als der Anteil derjenigen, die eine feste Vollzeitstelle haben (34 % gegenüber 30,6 %), und der Anteil derjenigen, die kein regelmäßiges Einkommen haben (d. h. diejenigen, die weder einen Job noch einen Nebenjob haben, sowie diejenigen, die nur unregelmäßige Nebenjobs haben – dieser Anteil betrug 18,1 %), machen zusammen mehr als die Hälfte (52,1 %) aus und übersteigen die Summe der Anteile derjenigen, die über ein regelmäßiges Einkommen verfügen (Voll- oder Teilzeitbeschäftigung oder regelmäßige Nebenjobs). (Illustration 7.4). Die Unmöglichkeit, das Geschlechtsmarker zu ändern, erhöht die Sichtbarkeit von Transgender-Frauen als queere Menschen, was ihr Risiko erhöht, aufgrund von Homo- und Transphobie Diskriminierung und Verletzungen ihrer Arbeitsrechte ausgesetzt zu sein (Kap. 5.1 und 5.2).

Unter den Teilnehmer*innen, die in Millionenstädten leben, ist der Anteil der Vollzeitbeschäftigten höher (bis zu 47%), während dieser Anteil in kleinen Ortschaften und Dörfern nur 25,8% beträgt und befristete Beschäftigungsverhältnisse oder das Fehlen einer formellen Arbeit überwiegen. Der Anteil der queeren Frauen, die eine feste Nebenbeschäftigung haben, steigt in städtischen Gebieten und sinkt in ländlichen Gebieten: Während im ersten Fall 10% der Befragten angeben, regelmäßig einer Nebenbeschäftigung nachzugehen, sind es im zweiten Fall nur 3,2%. Dabei geben 15,2% der queeren Frauen in städtischen Gebieten und 25,8% in ländlichen Gebieten an, dass sie gelegentlich einer Nebentätigkeit nachgehen – das heißt, das Verhältnis zwischen den beiden in Bezug auf Beschäftigungsmodell und Einkommen hat sich verändert. Schließlich geben 24,6% der befragten queeren Frauen in städtischen Ge-

bieten an, dass sie weder arbeiten noch nebenberuflich tätig sind, während dieser Anteil in ländlichen Gebieten mit 37,1% mehr als anderthalb Mal so hoch ist.

Der Zugang zu Beschäftigung variiert auch je nach Region. Der höchste Anteil der Befragten, die angaben, eine feste Vollzeitstelle zu haben, war unter den queeren Frauen zu finden, die in den Föderationskreisen Zentralrussland und Nordwest leben, nämlich 42% bzw. 43,7%. Unter den queeren Frauen, die in anderen Föderationskreisen leben (mit Ausnahme des Nordkaukasus, für den zu wenige Daten vorliegen – 43,8%), war der Anteil der Vollzeitbeschäftigten geringer: 37,8% im Föderationskreis Sibirien; 35,7% im Föderationskreis Ural ; 35% im Föderationskreis Fernost; 33,7% im Föderationskreis Wolga; 30,6% im Föderationskreis Süd. Das umgekehrte Verhältnis ergibt sich aus dem Anteil der queeren Frauen, die angaben, weder berufstätig zu sein noch einer Nebentätigkeit nachzugehen. Der geringste Anteil (mit Ausnahme des Nordkaukasus mit 12,5%) war im Föderationskreisen Zentralrussland (21,6%) und Nordwest (24,3%) zu verzeichnen, während er in den anderen Föderationskreisen höher war: 25,1% im Föderationskreis Wolga; 27,5% im Föderationskreis Fernost; 29,3% im Föderationskreis Sibirien; 33,1% im Föderationskreis Ural; 32,4% im Föderationskreis Süd . In diesen Föderationskreisen war der Anteil der Befragten, die angaben, regelmäßig oder unregelmäßig nebenberuflich zu arbeiten, höher, wobei das Verhältnis zwischen regelmäßiger und unregelmäßiger Nebentätigkeit in den verschiedenen Föderationskreisen unterschiedlich war.

Die höchsten Bewertungen ihrer finanziellen Unabhängigkeit gaben die Befragten aus dem Föderationskreisen Zentralrussland und Nordwest ab: 4,98 bzw. 5,11 Punkte. Es folgten die Föderationskreise Wolga (4,61), Sibirien (4,52), Fernost (4,48), Süd (4,47) und Ural (4,39).

Die Art des Wohnorts beeinflusst die wirtschaftliche Stabilität: In Städten mit mehr als einer Million Einwohner*innen ist der Anteil der finanziell unabhängigen Personen höher und der Anteil der Befragten, die regelmäßig finanzielle Schwierigkeiten haben, deutlich geringer. Unter denjenigen, die in Millionenstädten leben, liegt die durchschnittliche Bewertung ihrer finanziellen Unabhängigkeit bei 5,16 Punkten, während sie in Klein- und Landstädten bei 3,75 bzw. 3,86 Punkten liegt. In städtischen Gebieten lag die durchschnittliche

Bewertung bei 4,86 Punkten, in ländlichen Gebieten bei 3,70 Punkten. In ländlichen Gebieten und Kleinstädten ist die Abhängigkeit von der Familie größer und der Zugang zu einer festen Arbeit eingeschränkt, was im Falle von queeren Frauen durch Queerphobie noch verschärft werden kann.

Auch die finanzielle Erschwinglichkeit der täglichen Ausgaben zeigt eine ungleiche Verteilung. Nur 64,5% der Befragten geben an, dass sie immer über Geld verfügen, über das sie nach eigenem Ermessen verfügen können. Etwa 27% antworten mit „manchmal" und 9% mit „selten" oder „nie". Unter den Teilnehmer*innen mit Hochschulabschluss ist dieser Wert deutlich höher („immer" – 78,3%, „manchmal" – 16,3%, „selten" – 4,9%, „nie" – 0,5%), während unter den Befragten mit mittlerer Fachausbildung und Hochschulabsolventinnen häufiger eine instabile finanzielle Lage anzutreffen ist („immer" – 57,6%, „manchmal" – 32,4%, „selten" – 9,2%, „nie" – 8%). Noch häufiger treten finanzielle Schwierigkeiten bei queeren Frauen auf, die nur eine mittlere Schulbildung haben und die 11. Klasse abgeschlossen haben („immer" – 48,9%, „manchmal" – 35,5%, „selten" – 14,1%, „nie" – 1,5%).

Die finanzielle Lage von trans Frauen ist deutlich schlechter als die von cis Frauen und auch im vergleich zum Durchschnitt der Stichprobe. Während im Durchschnitt der Stichprobe 1,1% der queeren Frauen und 0,7% der cis Frauen angeben, dass ihnen nicht einmal genug Geld für Lebensmittel zur Verfügung steht, sind es bei den trans Frauen 3,6%. Ähnlich ist das Verhältnis zwischen den Untergruppen der queeren Frauen, die zustimmten, dass ihr gesamtes Geld nur für Lebensmittel und Artikel des täglichen Bedarfs ausgegeben wird: Im Durchschnitt der Stichprobe stimmen 6,4% der Befragten zu, bei den cis Frauen sind es 5,7% und bei den trans Frauen 11,2%. Dass ihr Einkommen ausreicht, um gelegentlich Kleidung und Schuhe zu kaufen, geben durchschnittlich 18,2% der Stichprobe an, 17,5% der cis Frauen und 21,3% der trans Frauen. Dass sie sich neue Kleidung und Schuhe kaufen können, sich aber nicht immer die notwendigen Haushaltsgeräte leisten können, sagen trans Frauen hingegen seltener als cis Frauen: 33% bzw. 40,4% gegenüber 39,6% im Durchschnitt der Stichprobe. Ein ähnliches Verhältnis zwischen den Untergruppen der cis und trans Frauen ist bei der Auswahl der Option „Das Einkommen reicht für alles, außer für größere Anschaffungen wie ein Auto oder eine Woh-

nung" zu beobachten: Im Durchschnitt der Stichprobe bewerteen 29,6% der queeren Frauen ihre finanzielle Situation so, bei den cis Frauen sind es 30,3% und bei den trans Frauen 26,4%. Obwohl also unter cis und trans Frauen das allgemeine Verhältnis der Anteile bei der Bewertung des materiellen Wohlstands gleich bleibt, ist unter den letzteren das Risiko extremer Armut deutlich ausgeprägter. Dieser Trend steht im Einklang mit den Risiken der sozialen Marginalisierung von trans Frauen aufgrund ihrer im Vergleich zu cis Frauen größeren Sichtbarkeit als queere Menschen (siehe Kapitel 5.1 für weitere Details) sowie mit der erheblichen Verschärfung dieser Marginalisierung nach dem Verbot der juristischen Geschlechtsangleichung in Russland (siehe Kapitel 4.4, 5.2). (Illustration 8)

Die materielle Situation der Informant*innen ist uneinheitlich. Es gibt diejenigen, die über ein stabiles Einkommen und Unterstützung verfügen (z. B. Lehrer*innen, IT-Fachkräfte, Aktivist*innen mit Fernarbeit), und es gibt diejenigen, die mit wirtschaftlicher Unsicherheit konfrontiert sind. Die Teilnehmer*innen erwähnen Probleme bei der Arbeitssuche, Diskriminierung und die Notwendigkeit, ihre Identität am Arbeitsplatz zu verbergen (siehe Kapitel 3.4 für weitere Details). Finanzielle Instabilität und informelle Beschäftigung sind untrennbar mit dem Ausmaß der Diskriminierung sowie mit den Möglichkeiten verbunden, die eigene Identität zu verbergen oder im Gegenteil offen zu zeigen. Teilnehmer*innen mit einer nicht-binären Geschlechtsidentität oder einer sichtbaren queeren Präsentation berichten häufiger von Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche (siehe Kapitel 5 für weitere Details).

Die Daten zeigen also, dass die materielle Lage von queeren Frauen in Russland ungleichmäßig ist und von einer Reihe von Faktoren abhängt: Art des Wohnorts, Föderationskreis, Bildungsniveau, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität. Sie hängt direkt mit den Möglichkeiten von Autonomie, Mobilität und Sicherheit zusammen.

Illustrationen zum Kapitel 1.

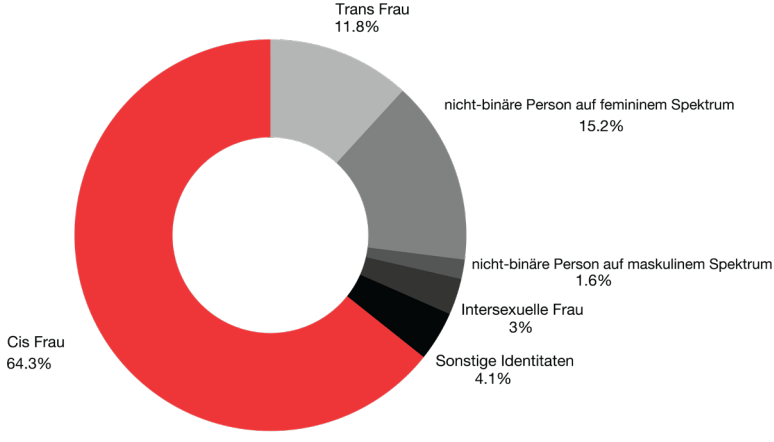


Illustration 1. Gesclechtsidentität der Befragten, %

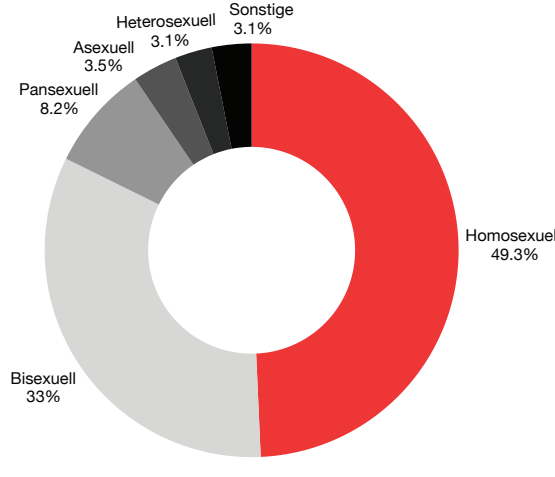


Illustration 2. Sexualität der Befragten, %

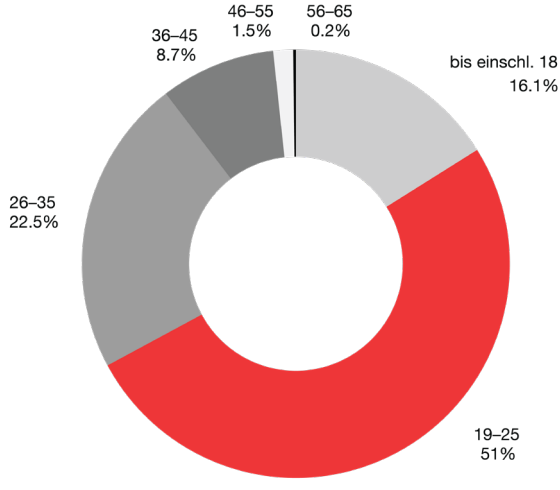


Illustration 3. Altersstruktur der Befragten, %

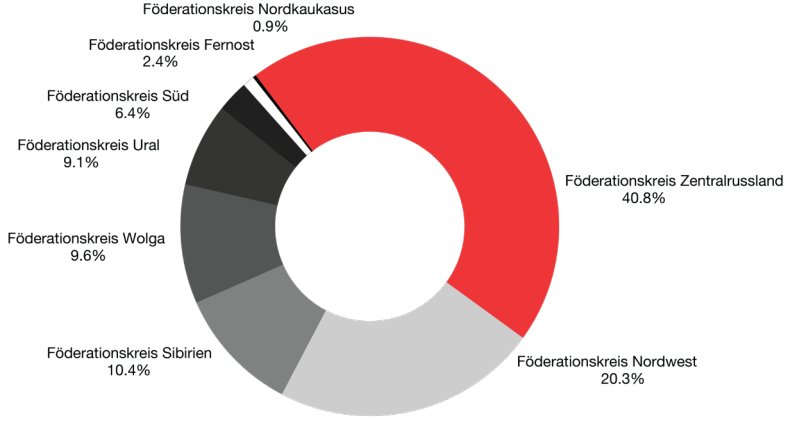


Illustration 4. Wohnregionen der Befragten, %

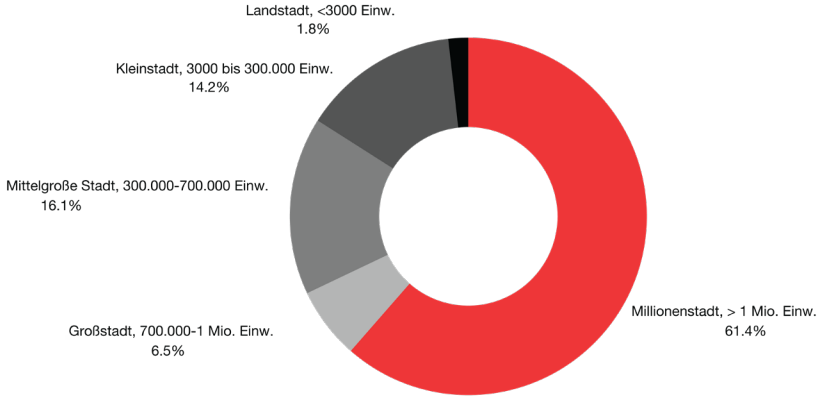


Illustration 5. Verteiligung der Befragten nach Größe des Wohnorts, %

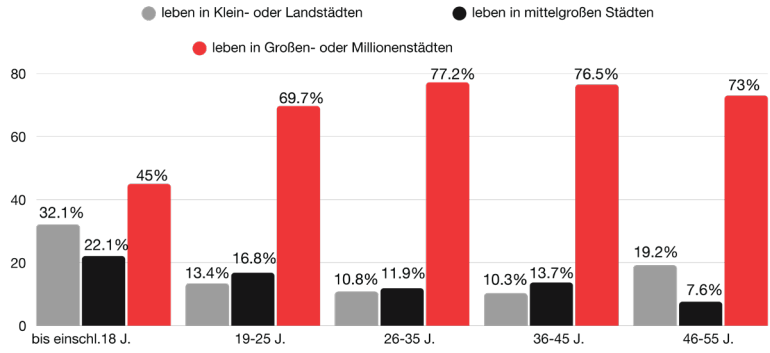


Illustration 6. Verteiligung der Befragten nach Größe des Wohnorts im Zusammenhang mit der Altersgruppe, %

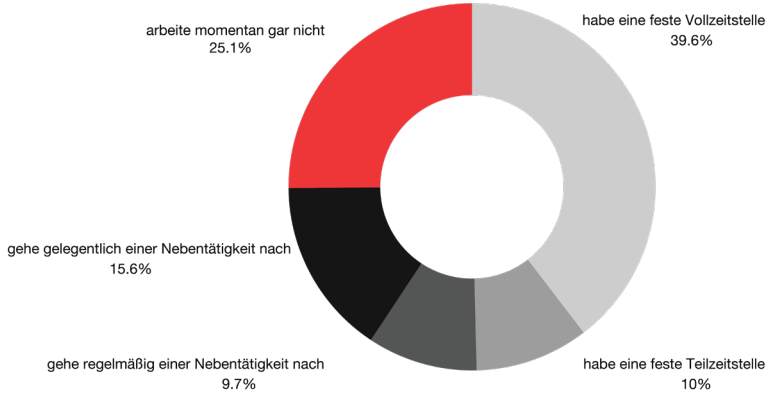


Illustration 7. Beschäftigugsstruktur von queeren Frauen, %

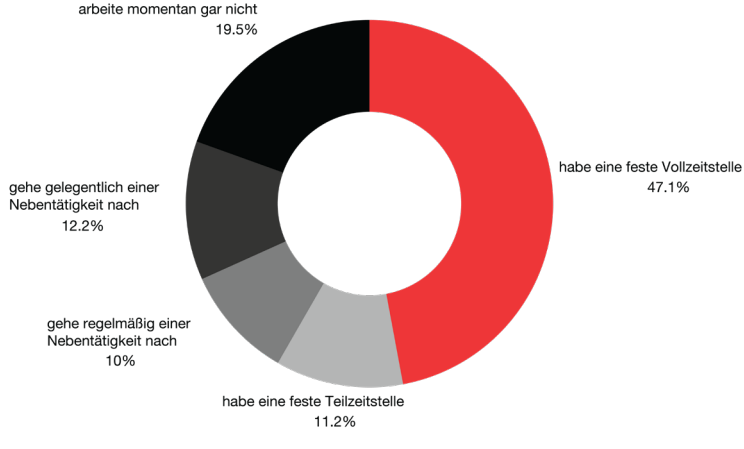


Illustration 7.1. Beschäftigugsstruktur von queeren Frauen: volljahrige queere Frauen, %

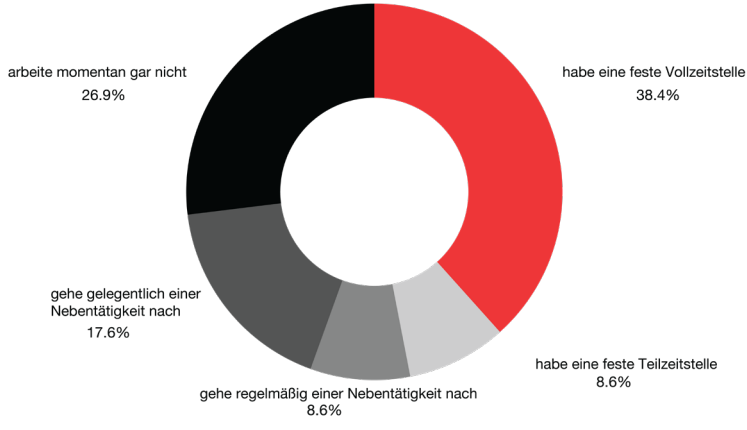


Illustration 7.2. Beschäftigugsstruktur bei trans Frauen und nicht-binäre Personen (mit Bedarf an transfemimine Geschlechtsangleichung), %

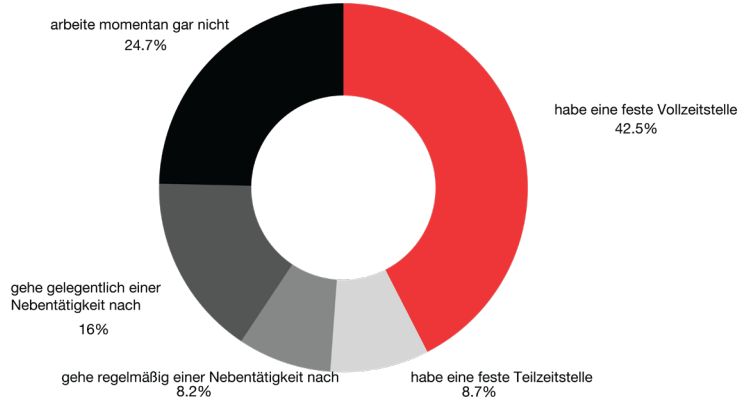


Illustration 7.3. Beschäftigugsstruktur bei volljahrigen trans Frauen und nicht-binäre Personen (mit Bedarf an transfeminine Geschlechtsangleichung), %

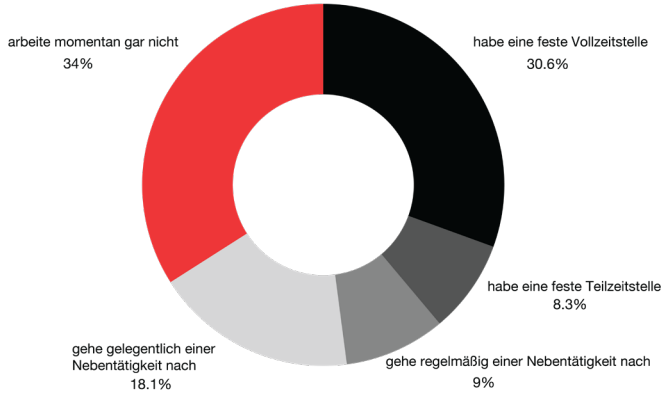


Illustration 7.4. Beschäftigugsstruktur bei trans Frauen, die ihren Geschlechtsmarker nicht auf „weiblich“ geändert haben, %

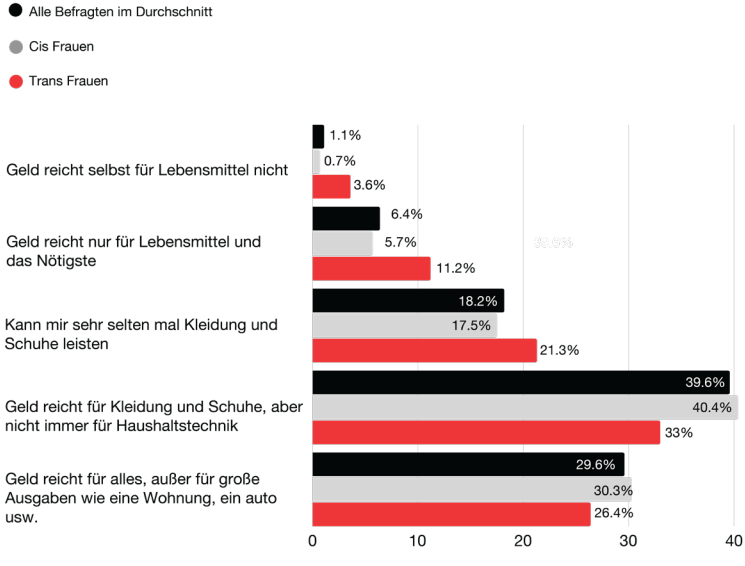


Illustration 8. Finanzielle Lage von queeren Frauen in Russland: Cis und Trans Frauen, %

Kapitel 2. Mentaler Zustand queerer Frauen

Die grausamen Ereignisse in Russland: die Beteiligung des Landes an militärischen Aktionen, politische Verfolgung, die Einführung von Gesetzen, die die Rechte von LGBTIQ-Personen, insbesondere von trans-Personen, einschränken, wirken sich negativ auf den mentalen Zustand queerer Frauen aus.

Unsere Analyse zeigt, wie genau die verstärkte anti-gender-Rhetorik, die in den letzten drei Jahren im Zusammenhang mit der Militarisierung der russischen Gesellschaft und der Propaganda „traditioneller Werte" zu beobachten war, den psychischen Zustand queerer Frauen beeinflusst hat. Im Folgenden wird genauer betrachtet, welche Veränderungen queere Frauen bei sich selbst feststellen.

Selbsteinschätzung des psychischen Energielevels

Die Befragten sollten ihr Energielevel im aktuellen Zeitraum auf einer 10-Punkte-Skala bewerten, wobei 1 für einen völligen Energiemangel steht, keine Kraft für minimale Aufgaben vorhanden ist, und 10 für ein hohes Energielevel, ausreichend Energie vorhanden, um neue Vorhaben zu beginnen. Der Durchschnittswert der Stichprobe beträgt 5,1 Punkte. Dabei haben cisgender Frauen einen überdurchschnittlichen Wert (5,28), während transgender Frauen einen unterdurchschnittlichen Wert (4,5) aufweisen, d. h. letztere haben allgemein weniger Energie.

Interessanterweise berichten queere Frauen mit einem oder zwei Kindern von einem höheren Energielevel (5,29 und 6,35 Punkte). Man kann vermuten, dass das Vorhandensein von Kindern es ermöglicht, einen erheblichen Bereich der persönlichen Kontrolle und Handlungsfähigkeit zu bewahren, was das Energieniveau von LGBTQ-Frauen selbst unter schwierigen politischen Bedingungen aufrechterhalten kann.

62,9% der Befragten geben an, dass ihr Energielevel in den letzten drei Jahren gesunken ist. Autoritäre Politik, Angriffe

auf die Rechte von LGBTIQ-Personen und die Verstärkung homophober und transphober Vorstellungen wirken negativ auf den Geisteszustand der Menschen. Ein niedriger Energielevel ist einer der Aspekte der depressiven Verstimmung. Die aktuellen politischen Umstände rauben queeren Frauen die Energie, die sie sonst für die Verwirklichung ihrer persönlichen und gesellschaftspolitischen Ziele einsetzen könnten.

Selbsteinschätzung des allgemeinen Angstniveaus

Die Befragten sollten ihr Angstniveau in der aktuellen Situation auf einer Skala von 1 bis 10 bewerten, wobei 1 für völlige Angstfreiheit, Ruhe und Entspannung und 10 für maximale Angst und Unruhe steht. Der Durchschnittswert der Stichprobe liegt bei 7,54 Punkten, was man als hohe Ausprägung von Angst ansehen kann. Die Werte der cis Frauen entsprechen fast dem Durchschnitt: 7,56, während die Werte der trans Frauen etwas unter dem Durchschnitt liegen: 7,41.

Die Ergebnisse der verschiedenen Untergruppen sind ungefähr gleich, jedoch hat das Vorhandensein der Kindern einen wesentlichen Einfluss auf das Ausmaß der Angst: Bei queeren Frauen, die angeben, ein oder zwei Kinder zu haben, liegen die Angstwerte bei 8,10 und 7,70 Punkten und damit über dem Durchschnitt.

Es ist sehr besorgniserregend, dass **77,4% der Frauen (mehr als drei Viertel der Frauen in der Stichprobe) in den letzten drei Jahren einen Anstieg ihres Angstniveaus festgestellt haben**. Beim Vergleich des Angstniveaus in den Untergruppen zeigt sich, dass 80,0% der nicht-binären Personen auf dem femininen Spektrum und 69,4% der nicht-binären Personen auf dem maskulinen Spektrum einen Anstieg der Angst verzeichnen. Man kann annehmen, dass die maskuline Identität eher sozial schützt, während die feminine eher verletzlicher macht.

Auf jeden Fall ist das durchschnittliche Angstniveau in der Stichprobe außergewöhnlich hoch. **Eine queere Frau in Russland im Jahr 2025 zu sein bedeutet, sich ständig unsicher und verletzlich zu fühlen, mit Aggressionen und Angriffen zu rechnen und ein hohes Maß an psychischer Anspannung zu halten**, um jederzeit bereit zu sein, sich zu verteidigen. Frauen- und queerfeind-

liche Politik führt zu einer Verschlechterung des mentalen Zustands queerer Frauen.

Unsere Umfrage zeigt, dass die Änderungen im Rechtsrahmen direkt negativ die psychische Gesundheit queerer Frauen in Russland beeinflussen. Auf die Frage, was sich nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Verbot "der LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" im Dezember 2022 in ihrer psychischen Zustand verändert habe, geben 82,1% der queeren Frauen an, dass sie unter Angstzuständen leiden oder diese sich verstärkt haben, 79% mitteilen, dass sie eine neue oder verstärkte Erwartung des Gefahrs spüren, und 69,5% geben an, dass sie Ängste entwickelt oder verstärkt haben. Noch 25,7% queerer Frauen berichten, dass sie nach dem Inkrafttreten des Gesetzes "zum Verbot der LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" Selbstmordgedanken hatten, und 7% angeben, Selbstmordversuche unternommen zu haben.

80,2% der queeren Frauen meldeten das Auftreten oder die Verstärkung eines Gefühls der Unsicherheit: Diese Veränderungen traten nach dem 30. November 2023 auf, nachdem das Oberste Gericht der Russischen Föderation die nicht existierende Organisation "Internationale LGBT-Bewegung" als extremistisch eingestuft hat. 79,9% der queeren Frauen berichten, dass sie danach Angstzustände entwickelt haben oder dass diese zugenommen haben. Nach diesem Gerichtsurteil haben 24,1% queerer Frauen Selbstmordgedanken gehabt, während 5,9% von Selbstmordversuchen berichten.

Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zum "Verbot der LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" im Dezember 2022 haben trans Frauen deutlich häufiger als cis Frauen Selbstmordgedanken oder Selbstmordversuche gehabt: 42,1% im Vergleich zu 21,7% im Fall von Gedanken und 14,7% im Vergleich zu 4,6% im Fall von Versuchen. Nachdem das Oberste Gericht der Russischen Föderation am 30. November 2023 das oben genannte Urteil verkündet hatte, haben 41,1% der trans Frauen und 19,3% der cis Frauen in unserer Stichprobe Selbstmordgedanken gehabt, während 11,7% der trans Frauen verglichen mit 4% der cis Frauen Selbstmordversuche unternommen haben. (Illustration 9)

Der Unterschied lässt sich durch den Faktor Sichtbarkeit erklären: trans Frauen empfinden aufgrund ihrer stärker sichtbaren LGBTQ-Identität eine größere Hoffnungslosigkeit als cis Frauen.

Der Einfluss der Sichtbarkeit auf die Zunahme von Selbstmordgedanken wird durch die Tatsache bestätigt, dass trans Frauen und nicht-binäre Personen auf dem femininen Spektrum häufiger als cis Frauen versuchen, nach dem oben genannten Urteil des Obersten Gerichts der Russischen Föderation sich cis-heteronormativer zu präsentieren: 33,5% und 31% gegenüber 22,2% bei cis Frauen.

Über Selbstmordgedanken und Selbstmordversuche berichten häufiger queere Frauen aus jüngeren Altersgruppen, besonders häufig treten sie bei Minderjährigen auf. So nach dem Gesetz zum "Verbot der LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" berichten 38,7% der queeren Frauen bis einschließlich 18 Jahren alt von Selbstmordgedanken, verglichen mit 24,2% in der Altersgruppe 19–25 Jahre alt, 22,5% in der Gruppe 26–35 Jahre alt, 19,2% in der Gruppe 36–45 Jahre alt und und 24% in der Gruppe 46–55 Jahre alt.

33% der queeren Frauen in der Altersgruppe bis einschließlich 18 Jahre haben, nach der Einstufung der nicht existierenden Organisation "Internationaler LGBT-Bewegung" als extremistisch durch das Obersten Gericht der Russischen Föderation, Selbstmordgedanken gehabt. Im Vergleich dazu berichten 23,1% der 19–25 Jährigen, 22% der 26–35 Jährigen, 19,9% 36–45 Jährigen und 16% der 46–55 Jährigen von solchen Gedanken. (Illustration 10)

Über Selbstmordversuche nach dem Urteil des Obersten Gerichts der Russischen Föderation berichten 11,1% der queeren Frauen bis einschließlich 18 Jahren alt, verglichen mit 6,2% in der Gruppe 19–25 Jahre alt, 2,9% in der Gruppe 26–35 Jahre alt, und 3,4% in der Gruppe 36–45 Jahre alt (in der Gruppe der 46–55-Jährigen werden keine solchen Fälle festgestellt).

Aus den erhobenen Daten geht hervor, dass minderjährige queere Frauen häufiger als andere nicht bereit sind, sich auf die Änderung der Rechtsnormen im Rahmen des Angriffskrieges einzustellen, und aufgrund dieser Änderungen Angst, Verzweiflung und einen Verlust des Lebenssinns empfinden. Die im Vergleich zu Erwachsenen geringere psychische Stabilität von Jugendlichen lässt diese Zahlen mit großer Besorgnis betrachten.

Die Angaben der Befragten zur offenen Frage, wie sich ihr Leben durch die Verabschiedung der anti-gender Gesetze verändert hat, zeigen, dass die sich überschneidenden Auswirkungen dieser Gesetze (siehe Kapitel 4 für mehr Details) zusammen mit der zu-

nehmenden Gewalt in der Gesellschaft und der politische Verfolgung durch die Strafverfolgungsbehörden (mehr dazu in Kapitel 7) von queeren Frauen als eine Reihe negativer Reize wahrgenommen werden. Jeder dieser Reize ist für sich schon schwer zu ertragen, und zusammen sorgen sie für ein Gefühl der Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit:

> *Mit den neuen Gesetzen habe ich ständig Angst vor der Zukunft. Ich habe das Gefühl, dass mein Leben jederzeit vorbei sein könnte, entweder wegen eines zufälliges Überfalls auf der Straße, dagegen ich mich weder körperlich noch mit Hilfe der Polizei verteidigen kann, oder die Polizei selbst mein Leben durch eine Inhaftierung in einem Männergefängnis beendet, wenn jemand meine Accounts mit sexualisierten Fotos veröffentlicht oder wenn mein Telefon bei zufälligen Festnahmen überprüft wird. Diese Angst zerstört mein gesamtes Zukunftsbild, nichts macht mehr Sinn, wenn dein Leben ständig in Gefahr ist. Deswegen habe ich schon mehrmals versucht, mir das Leben zu nehmen. Was bringt es, jeden Tag den ganzen Schmerz von Geschlechtsinkongruenz, Unsicherheit und Diskriminierung zu ertragen, wenn dieser Schmerz nie aufhört?*
>
> *(Bisexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)*

Selbsteinschätzung der Ausprägung von Depressionssymptomen in den letzten sechs Monaten

Um das allgemeine Selbstempfinden queerer Frauen in der letzten Zeit zu bewerten, haben wir Fragen gestellt, die sich auf die Selbsteinschätzung der Befragten hinsichtlich der Merkmale von Depressionen und depressiven Zuständen beziehen. Die Mehrheit berichtet über das Auftreten verschiedener Merkmale einer depressiven Verstimmung. Die Befragten leiden vor allem unter schlechter Laune (82,80%), gesunkener Energie und Müdigkeit (78,6%) sowie einem Gefühl der Hoffnungslosigkeit in Bezug auf die Zukunft (78,0%). Danach folgen Schlafstörungen (67,9%), verminderte Konzentrationsfähigkeit (65,6%), vermindertes Interesse an zuvor gerne ausgeübten Aktivitäten (64,9%) und das Gefühl der eigenen Wert-

losigkeit (59,6%).

Besonders beunruhigend ist, dass **49% der befragten queeren Frauen über Selbstmord- und Todesgedanken berichten**. Als weitere Symptome nennen queere Frauen außerdem: Appetitveränderungen oder erhebliche Gewichtsveränderungen (46,5%), häufige Agitation oder Hemmung (42,4%), vermindertes sexuelles Verlangen (38,3%).

Eine Reihe von Symptomen depressiver Verstimmung, darunter auch so schwerwiegende wie Todesgedanken, sind in der Untergruppe der trans Frauen stärker ausgeprägt, was für eine zusätzliche Marginalisierung spricht.

Die gesellschaftliche Stellung wirkt sich nicht nur auf den mentalen, sondern auch auf den körperlichen Zustand der Menschen aus. Zwei Drittel der queeren Frauen haben Schlafstörungen, fast die Hälfte hat Probleme mit Appetit, mehr als ein Drittel leidet unter einem Libidoverlust – dabei sind 89,8% der Befragten jünger als 36 Jahre! All dies geschieht vor dem Hintergrund einer allgemeinen Niedergeschlagenheit, verminderter Energie und einem Gefühl der Hoffnungslosigkeit hinsichtlich der Zukunft bei den meisten Teilnehmerinnen. Obwohl anhand dieser Umfrage keine Depression diagnostiziert werden kann, können wir sagen, dass queere Frauen in Russland derzeit unter einem Gefühl der Depression leiden, auch wenn einzelne Personen besser als andere mit Homophobie und Transphobie umgehen können. Nur 1,9% der Befragten wiesen in den letzten sechs Monaten keine Symptome einer Depression auf. (Illustration 11)

Die Befragten beschreiben ihren Zustand im Jahr 2025 oft mit “starken Emotionen”: Angst, Unruhe, Paranoia, Unsicherheit, Müdigkeit. Sie verbinden diese Emotionen mit einem Mangel an Sicherheit und der Notwendigkeit, ihre Äußerungen in sozialen Netzwerken und ihr Verhalten zu kontrollieren:

> *Das ständige Gefühl der Angst, dass „sie“ meine Zugehörigkeit zur LGBTQ-Community erkennen könnten (auch wenn ich keine Kennzeichen trage und nicht auffällig gekleidet bin) und die Angst vor körperlicher Gewalt deswegen.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Ich habe begonnen, ständig starke Emotionen zu emp-*

finden, wie Angst, Unruhe, Paranoia, und ich bin sehr müde. Ich fühle mich nie sicher.

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Sibirien, mittelgroße Stadt)

Ich bin ständig besorgt, denn ich muss mich zwischen meiner Familie und meiner Geliebten entscheiden. Ich bin ständig besorgt, denn ich muss alles, was ich sage, was ich in sozialen Netzwerken schreibe, und alles, was ich tue, kontrollieren.

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Ein Angstfaktor für viele der Befragten war das Gefühl, vom Staat verfolgt und unter Druck gesetzt zu werden, weil sie nicht heterosexuell und/oder nicht cisgender sind. Dieses Gefühl wird bei einigen Befragten durch Schuldgefühle verstärkt, die mit Selbstkritik gegenüber den getroffenen Vorsichtsmaßnahmen (wie dem Verzicht auf das Tragen von LGBTQ-Attributen) als Zeichen von Schwäche und „Feigheit“ oder mit der Sorge um Verwandte, die die Befragten als queere Frauen, die von queerfeindlichen Gesetzen betroffen sind, angeblich in Gefahr bringen könnten:

Ich habe Angst, meine Eltern in Gefahr zu bringen, wenn ich wegen alter Posts strafrechtlich verfolgt werde. Gegen meine Bekannten wurden schon Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet. Ich habe das Gefühl, nicht mehr ich selbst zu sein. [...] Ich fühle mich sehr niedergeschlagen, und dass ich feige bin. Ich habe Angst, meine großen Regenbogen-Ohrringe während des Pride Month zu tragen, und habe deswegen Schuldgefühle. Auf diese Weise sorge ich zwar für meine Sicherheit, aber ich verrate mich selbst. Ohrringe sind eine Kleinigkeit, aber sie sind ein Zeichen für meinen Zustand.

(Bisexuelle cis Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Es kam ein Gefühl von Schuld, Angst und Unsicherheit über die Zukunft auf. Die Angst, in meinem Land nicht sicher zu sein, ist größer geworden.

(Homosexuelle cis Frau, unter 18 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Kleinstadt)

Es tut mir jetzt noch mehr weh. Ich verstehe jetzt, dass der Staat in Frauen nur die Funktion eines Brutkastens sieht. Und in homosexuellen Frauen sieht der Staat gar nichts. Ich will aus Russland wegziehen und mich nicht mehr zweitklassig, wertlos und von meinem eigenen Land verlassen fühlen.

(Homosexuelle cis Frau, unter 18 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Einfach das Gefühl, von diesem Staat von der Erde ausgelöscht zu werden.

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Für viele der von uns befragten queeren Frauen sind Angst und Unruhe zur Normalität geworden. Angesichts der homophoben und transphoben Kampagne in den russischen Medien, die vor allem bei der Diskussion über die queerfeindliche Gesetze (siehe Kapitel 4.1) an Intensität zunimmt, werden Nachrichten zu einem Auslöser für Ängste:

Zwischen 2022 und 2025 kann ich die Momente, in denen ich keine Angst und keinen Stress hatte, an meinen Fingern abzählen.

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Im Allgemeinen steigt die Angst jedes Mal, wenn es neue Nachrichten über Gesetze gegen Minderheiten gibt. Die Ängste werden stärker. Es gibt kein Gefühl von Sicherheit.

(Bisexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Sibirien, Millionenstadt)

Häufig erwähnen die Befragten bei der Beschreibung ihres Befindens in den letzten drei Jahren selbst depressive Episoden und beschreiben ihren Bedarf an professioneller psychologischer Hilfe oder die Notwendigkeit einer regelmäßigen Einnahme von Antidepressiva:

Mein Zustand hat sich anfangs insgesamt verschlechtert, aber ich hatte Glück, dass ich eine gute Fachärztin gefunden habe, um meine Angstzustände zu behandeln. Ich

nehme seit zwei Jahren Antidepressiva und es sieht so aus, als ob ich nur dank ihnen wieder mein Leben meistern kann.
(Bisexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Das Urteil des Obersten Gerichts der Russischen Föderation über die extremistische Organisation hat mich richtig beunruhigt, ich hatte Angst, von den Behörden verfolgt zu werden, wurde übermäßig wachsam, was schon fast an paranoide Ängste grenzte, und dazu kommen noch allgemeine Müdigkeit und Erschöpfung. Im April 2023 habe ich einen Psychiater aufgesucht und mir wurde eine mittelschwere Depression diagnostiziert – ich denke, dass die Folgen dieses Gerichtsurteils eine wichtige Rolle dabei gespielt haben.
(Homosexuelle cis Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralsrussland, Millionenstadt)

Der psychische Zustand wird auch durch die Notwendigkeit beeinflusst, ständig darauf zu achten, wem sie von ihrer Identität erzählen. Die Notwendigkeit, auch in informellen Gesprächen stets wachsam zu sein und auf Nummer sicher zu gehen, geht einher mit der Angst vor Denunziationen, die im dritten Jahr des umfassenden Krieges in Russland bei alltäglichen Konflikten oder Animositäten aufgrund von Homo- und Transphobie zur Gewohnheit geworden sind (siehe auch §3, Kapitel 3 und §1, Kapitel 5)[17]. Die Angst vor Denunziationen wird wiederum durch die Assoziation mit polizeilicher Gewalt verstärkt:

Nachdem LGBT+ als extremistisch eingestuft wurde, habe ich alle Queer-Communities und Chats verlassen und aus Angst vor Denunziationen meine Chats und alle sozialen Netzwerke gelöscht. Ich gehe fast nie mehr raus, außer zur Arbeit und für ganz dringende Sachen, gehe nicht mehr ins Krankenhaus, außer zum Zahnarzt, und gehe nicht mehr zu Konzerten oder Treffen mit Freunden. Ich habe Angst, in eine Razzia der Sicherheitskräfte zu geraten, ich habe Angst, dass, wenn mir wieder etwas auf der Straße oder bei der Arbeit passiert, ich nicht nur keine Hilfe bekomme, sondern dass gegen mich selbst ein Strafverfahren eingeleitet wird, nur weil ich existiere.
(Bisexuelle trans Frau, 26-35 Jahre alt,

Föderationskreis Fernost, mittelgroße Stadt)

Ich fühlte mich wie im Mittelalter. Man muss immer darauf achten, was man wem sagt, und darauf achten, dass keine Fremden in mein Handy schauen, während ich die Nachrichten lese. Ständige Angst, dass jemand aus meinem Bekanntenkreis, der über meine sexuelle Orientierung Bescheid weiß, mich bei der Polizei melden könnte. Mit der Zeit findet man sich damit ab, dass man irgendwann im Gefängnis landen könnte und dass dies noch das beste aller möglichen Ergebnisse ist.

(Bisexuelle cis Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Ich will einfach nur auf den Mars flüchten. Das Leben fängt gerade erst an, und schon muss ich ständig so tun, als wäre ich jemand anderes. Müdigkeit und Angst.

(Bisexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Ich habe ständig dieses nervige Gefühl, dass jemand mich anzeigen wird und ich meinen Job verliere, oder wegen einer Ordnungswidrigkeit, oder sogar strafrechtlich belangt werde.

(Homosexuelle cis Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Sibirien, Millionenstadt)

In den Antworten auf die offene Frage, was sich in ihrem Leben nach der Verabschiedung des Gesetzes zum Verbot "der LGBT-Propaganda", des Gesetzes zum Verbot der Geschlechtsangleichung und des Urteils des Obersten Gerichts der Russischen Föderation, „die internationale LGBT-Bewegung" als extremistisch einzustufen, verändert hat, sprechen die Befragten von einem ständigen Gefühl der Angst, Unruhe und Unsicherheit (das in einigen Fällen so weit geht, dass sie sich an ein*e Fachärzt*in wenden mussten), das durch die unklaren Formulierungen der Gesetze hervorgerufen wurde:

Die Behörden, die über einen Monat lang über das Gesetz zum Verbot von trans Personen diskutiert haben. Die Ungewissheit in den Formulierungen hat meine psychische Gesundheit sehr stark beeinträchtigt. Am Ende musste ich mich an einen Psychiater wenden und mich 8-9 Monaten behandeln lassen.

(Polysexuelle trans Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

> *Die Formulierungen der Gesetze, die nicht klar sagen, was als Straftat gilt, machen mich nervös und verunsichern mich ständig. [...] Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes hatte ich oft Panikattacken. Ich wusste nicht, was als erfundene Propaganda gilt und was nicht. Jetzt habe ich nicht mehr so oft Panikattacken, aber ich verstehe diese Grenze der Propaganda immer noch nicht und habe einfach Angst, mit meiner Freundin auf die Straße zu gehen.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, unter 18 Jahre alt, Föderationskreis Wolga, Kleinstadt)*

Eine der Befragten erzählt, dass sie aus der Angst vor der Aufmerksamkeit für ihre Homosexualität sie zu einer so radikalen Maßnahme wie einer heterosexuelle Scheinehe gezwungen wurde. Solche Fälle lassen vermuten, dass queere Frauen unter starkem und anhaltendem psychologischen Druck stehen, der sie dazu bringt, selbst in wichtigen Bereichen ihres Privatlebens darauf zu verzichten, sie selbst zu sein:

> *Ich habe eine Scheinehe geschlossen, um meine Sexualität zu verbergen, denn vor der Verabschiedung des Gesetzes habe ich mich dafür nicht besonders Mühe gegeben, aber auch meine Sexualität nicht offen gemacht. Durch die Gerüchte über meine sexuelle Orientierung bin ich unter Druck von meinen Lehrern geraten (da ich zu diesem Zeitpunkt noch studiert habe). Jetzt habe ich nur noch einen Gedanken: aus Russland wegziehen und ein bisschen freier atmen können.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, mittelgroße Stadt)*

Einige der Befragten beschreiben ihren emotionalen Zustand aufgrund der erzwungenen Isolation als „innere Lähmung" oder „Realitätsflucht" (ein Angstzustand, der es ihnen unmöglich macht, sich auf ihre täglichen Aufgaben zu konzentrieren, und der das Bedürfnis hervorruft, ständig die Nachrichten zu verfolgen). Sie verbinden diese Zustände mit innerem Leid, das dadurch verstärkt wird, dass die Befragten gezwungen sind, es zu verbergen und alleine zu durchleben, oder dass sie zu Kompensationsmechanismen in Form

von schlechten Gewohnheiten (z. B. Alkoholkonsum und übermäßiges Essen) oder zu Apathie getrieben werden.

> *Ich habe mich Weltflucht und Hedonismus gestürzt. Ich habe mehr Zeit Online verbracht als im echten Leben. Ich habe angefangen, viel zu essen und 10 kg zugenommen. Ich habe Probleme mit Alkohol bekommen. Ich nehme viele Kredite auf und kümmere mich kaum um meine Finanzen. Für mich ersetzen die spontanen Einkäufe hier und jetzt das Fehlen langfristiger Lebensplanung. Ich schlafe wenig, weil ich spät ins Bett gehe und meine Wünsche nicht unter Kontrolle habe. Manchmal überkommt mich die Angst, dass mir mein Leben genommen wird, nicht unbedingt im wörtlichen Sinne, sondern insgesamt. Dass mir meine Identität genommen wird. Ich kann mich aus diesem Zustand nicht befreien.*
>
> *(Polysexuelle trans Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Der Schlüssel zu meiner äußeren Sicherheit ist meine innere Lähmung. Und wenn ich versuche, das jemandem zu erklären, muss ich mich ständig rechtfertigen, warum ich nicht genug gekämpft oder nicht genug ausgewandert bin. Und das ist meistens echt anstrengend, aber es geht nicht weg. Ich lebe einfach ein bisschen in einer postapokalyptischen Welt. Es ist schon schlimm genug, da kann man sich auch entspannen. Das ist so ein Paradoxon. Ich „komme nicht in Konflikt", nur weil ich mich nicht zeige. Nach dem [Gesetz zum Verbot "der LGBT-Propaganda"] ist eine für mich sehr wichtige Person ausgewandert ... und ich lebe mit dem Gefühl, dass ein Stück von mir einfach herausgerissen wurde.*
>
> *(Heterosexuelle cis Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

Ein solcher Lebensstil kann zu einem langfristigen Überlebensmodus, zu Enttäuschung aufgrund ständiger Belastung und zu einem Gefühl der Kontrolllosigkeit über das eigene Leben und der eigenen Selbstverwirklichung führen. Eine der Befragten berichtet in ihrem Interview über diesen Zustand:

> *[Eines Tages] bin ich nachts aufgewacht und habe gemerkt, dass ich mich die letzten zehn Jahre meines Lebens*

gegen irgendwas gewehrt und für irgendwas gerechtfertigt habe. Dass mein ganzes Leben eine Art Kampf und das Ergebnis davon „Danke, dass du lebst" ist.

(Interview mit Mariella, Föderationskreis Zentralrussland)

Selbsteinschätzung der größten Herausforderungen im Leben der LGBTQ-Personen in der aktuelle Situation

Von der befragten queeren Frauen werden folgende Probleme am häufigsten genannt:

- **Queerfeindliche Gesetze (78,2%)**
- **Die Gefahr, offen über ihre LGBTQ-Identität zu sprechen (75,3%)**
- **Angst vor der Zukunft (72,4%)**
- **Andere repressive Gesetze in Russland (65,8%)**
- **Ungewissheit (64,9%)**

In Interviews äußern sich die Befragten ausführlicher zu diesen Faktoren, die sich negativ auf ihren psychischen Zustand auswirken. Insbesondere wird eine Zunahme der Ängste nach der Verabschiedung von Gesetzen erwähnt, durch die sie sich im Mittelpunkt negativer und feindseliger Aufmerksamkeit von Fremden fühlen:

Es ist, als würdest du auf die Straße gehen und alle wüssten, dass du lesbisch bist. Als würden dich alle anschauen und sie wüssten es, sie sehen es. Du fühlst dich unsicher. Obwohl ... Es sind einfach nur Leute auf der Straße. Aber es ist, als wüssten sie über dich Bescheid, als sähen sie, dass du genau so eine ... Extremistin bist. Und als wäre das für dich persönlich gefährlich. Als ob alle Medien, die wir derzeit in Russland haben, sich direkt an dich richten. ***Es ist gefährlich für dich persönlich, für dich als Mensch*** *<...> Du sprichst dich nicht offen aus, du trägst keine Fahne. Aber trotzdem ist es, als ob gerade du beschuldigt wirst.*

(Interview mit Alice, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

> ***Besonders nervös war ich, als die Geschlechtsangleichung verboten wurde**. Ja, ich war echt total nervös. Dann war ich nervös, als <...> das Gesetz über Propaganda unter Erwachsenen verabschiedet wurde.*
>
> *(Interview mit Kristina, Föderationskreis Fernost).*

Die Befragten schließen häufig, dass es aus Sicherheitsgründen notwendig ist, sich selbst und ihre Identität zu verbergen:

> *Man kann auch mit alten Papieren und neutralen Namen leben [...] **Bei der aktuellen Lage ist es wahrscheinlich besser, sich so wenig wie möglich zu zeigen**.*
>
> *(Interview mit Olesja, 36-45 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland)*

> *Ich kann jetzt keine Kinder bekommen, ich kann nicht heiraten, ich kann keine Pflegemutter werden, ich kann nicht... **Ich habe nicht einmal das Recht, einfach zu sagen, wer ich bin**. Ich gehe zum Arzt, man verrät mich. Ich komme zur Polizei, man verrät mich. Wenn ich ins Gefängnis muss, nun, dann ist überhaupt nicht klar, was mit mir passiert ist.*
>
> *(Interview mit Eva, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland)*

Das Thema Hoffnungslosigkeit, Zukunftsangst, Unvorhersehbarkeit und die Unmöglichkeit, das Leben normal zu planen, zieht sich wie ein roter Faden durch die Aussagen:

> *Einerseits gewöhnt man sich an die Situation, die um einen herum herrscht, und lernt, damit zu leben, aber andererseits scheint es immer weniger Hoffnung zu geben. Und **man verliert irgendwie die Kontrolle über sein Leben**.*
>
> *(Interview mit Nelly, Föderationskreis Ural)*

> *Die allgemeine Stimmung im ganzen Land stört mich echt. [...] Es gibt hier einfach **keine Aussicht für morgen**, für die Zukunft. Denn alles kann sich buchstäblich über Nacht, in einem Augenblick ändern. Und das erschreckt mich am meisten, beunruhigt mich am meisten.*
>
> *(Interview with Deborah, Föderationskreis Nordwest)*

Weiterhin wurden folgende Faktoren für eine Verschlech-

terung des psychischen Zustands unter der Befragten am häufigsten erwähnt:

- **Sorge um das Wohlbefinden anderer Menschen aus LGBTQ-Community (63,2%)**
- **Sorge um finanzielle Stabilität (62,1%)**
- **Militarisierung der Gesellschaft (59,8%)**
- **Negative Gefühle wegen der "SMO" (der so-genannte "Spezielle Militäroperation")**[18] **und ihre Folgen (57,5%)**

In den Interviews gehen die Befragten näher auf diese Themen ein. Eine von ihnen, die Befragte T. (25 Jahre alt, trans Frau, queer, lesbisch), spricht über die finanzielle Situation in ihrer Familie mit ihrer Partnerin im Zusammenhang mit psychischen Problemen:

> *Beide haben einen Haufen Diagnosen, sodass **fast <...> das ganze Geld für Medikamente ausgegeben wird.***
>
> *(Interview mit Tasja, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest)*

Dieselbe Befragte beschreibt, wie der umfassende Krieg einen drastisch negativen Einfluss auf ihren psychischen Zustand hatte:

Ich war überhaupt nicht darauf vorbereitet, dass es zu einem Krieg kommen würde. Für mich war das ein totaler Schock <…> Es ist eine ganz andere Dimension der Gewalt, die da stattfindet. Eine wahnsinnige Anzahl von Menschenleben. Mir fehlen die Worte, um das zu beschreiben. Das heißt, für mich ist das eine total schockierende Sache, mit der ich einfach nicht klarkomme, obwohl ich ständig in Therapie bin und Psychopharmaka nehme, fällt es mir trotzdem sehr schwer. Natürlich kommt noch hinzu <…>, dass ich in einem Land geboren wurde, dessen Führung all das verursacht hat, <…> **angeblich in meinem Namen, und ich kann überhaupt nichts dagegen tun**.

Eine andere Befragte berichtet, dass sich ihre Ängste aufgrund des Krieges deutlich verstärkt haben und dies ihre Konzentrationsfähigkeit und Arbeitsleistung verringert:

> *Nach Kriegsbeginn wurde mir klar, dass ich einen Psychologen brauche, ich hatte sogar eine Panikattacke ... Ohne das ist es echt schwer [...] Es ist schwieriger, sich auf die Arbeit zu konzentrieren. [...] Ich scrolle ständig durch*

den Newsfeed, die Nachrichten. Ich bin ständig besorgt, die Gedanken sind mit anderen Dingen beschäftigt. <...> Und wenn diese Angst zunimmt, sitze ich einfach da und denke nur daran, was im Land passiert. Und nicht daran, was ich selbst tun muss. Es ist jetzt schwerer geworden, irgendwas zu erledigen. Das heißt, früher war das viel leichter, und jetzt fällt es mir einfach schwer, irgendwas zu tun. Es kommt viel öfter vor, dass ich einfach im Bett liege und nicht aufstehen kann, weil es so schwer ist.

(Interview mit Alice, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest)

Mehr als die Hälfte **(56,4%)** der befragten queeren Frauen wollen aus Angst vor **Homophobie oder Transphobie** keine neuen Beziehungen eingehen, was einen wesentlichen negativen Einfluss auf ihre psychische Verfassung hat. Eine der Befragten erzählt genauer:

*Die Angst und das Gefühl der Gefahr sind größer geworden, weil man, wenn man einem Fremden vertraut, riskiert, dass er ein Petzer ist. Also, sich einem fremden Menschen zu öffnen, ist ein großes Problem. Einfach weil **man wegen Propaganda angeklagt werden kann**. Und ich weiß genau, wie gut man bei uns aus dem Nichts Sachen erfinden kann.*

(Interview mit Deborah, 46-55 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest)

Mehr als ein Viertel (27%) der von uns befragten queeren Frauen bezeichnen das Gefühl der **Gefahr für ihre Kinder und Angehörigen aufgrund der Homophobie und Transphobie** als schädlich für ihr mentalen Zustand. Eine der Befragten berichtet:

*Für mich ist das auf jeden Fall das Allerschlimmste <…> der größte Horror und die größte Angst. Und auch das größte Risiko. Das ist eine Gefahr für mein Kind und uns als Eltern – für ihn sind wir ja wichtige Erwachsene. Dass **das Kind vom Jugendamt weggenommen werden könnte.***

(Interview mit Julia, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Unter den Gründen für psychologische Probleme nennen die Befragten häufig auch Schwierigkeiten beim Zugang zur

Gesundheitsversorgung (11,6%). Besonders problematisch für queere Frauen ist die gynäkologische Versorgung. Da es nicht möglich ist, Fragen zur Geschlechtsmerkmale des Partners direkt mit der Ärzt*in zu besprechen, vermeiden viele LGBTIQ-Frauen den Frauenärtz*inbesuch. Außerdem können die trans Frauen zusätzliche Schwierigkeiten begegnen, auf die wir im Folgenden näher eingehen werden (siehe §1, Kapitel 8 für Details).

Unsere Studie hat gezeigt, dass **wegen der Umsetzung homophober und transphober Politik mehr als drei Viertel der queeren Frauen in der Stichprobe persönliche Sicherheitsprobleme haben, die sie dazu bringen, ihre Identität zu verheimlichen**.

Selbsteinschätzung der wichtigsten Herausforderungen im Leben der trans Frauen in der aktuellen Situation

Aus dem Diagramm (Illustration 12) geht hervor, dass einige der wesentlichen Herausforderungen, die von allen queeren Frauen in der Stichprobe genannt werden, in der Teilstichprobe der trans Frauen (Illustration 13) in etwa gleich stark ausgeprägt sind. Etwas höher unter trans Frauen werden Probleme wie Energiemangel und repressive Gesetze gegenüber LGBTQ-Personen bewertet. Die Schwierigkeiten beim Zugang zur Gesundheitsversorgung werden deutlich höher eingeschätzt (37,6% gegenüber 11,6% in der Stichprobe der queeren Frauen insgesamt). Bie Schwierigkeit, aufgrund von Transphobie persönliche Beziehungen aufzubauen, und die Sorge um finanzielle Stabilität spielen auch eine größere Rolle.

Wir haben den psychologischen Zustand von trans Frauen im dritten Jahr nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine und die darauf folgende starke Militarisierung der russischen Gesellschaft untersucht. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass trans Frauen zusätzlichen Diskriminierungsfaktoren ausgesetzt sind – dies geht indirekt aus ihrer Einschätzung ihres psychischen Befindens im Vergleich zu anderen Gruppen von queeren Frauen hervor.

So antworten 51,7% der cis Frauen mit „manchmal" auf die Frage, ob sie sich derzeit glücklich fühlen. Mit deutlichem Abstand folgt die Antwort „selten" (24,7%), während die Option „nie" von

dem geringsten Anteil (3,1%) der cis Frauen gewählt wird.

Bei den Antworten der trans Frauen zeigt sich ein gegenteiliges Bild: 39,1% wählen die Option „selten". An zweiter Stelle steht die Antwortoption „manchmal"; diese Option wählen trans Frauen fast doppelt so selten wie cis Frauen (30,5%). Die Antwortoption „nie", die auf eine ernsthafte psychische Störung hindeutet, wird von trans Frauen mehr als fünfmal häufiger gewählt als von cis Frauen und macht 17,3% aus. (Illustration 14)

Die institutionelle Diskriminierung stellt trans Frauen vor zusätzliche Herausforderungen: Aufgrund der Transphobie in der Gesellschaft und in Gesundheitseinrichtungen haben trans Frauen Angst, medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen.

In ihrem Interview berichtet eine der Befragten über die Ängste und psychologischen Schwierigkeiten, die für sie mit einem Ärzt*inbesuch verbunden sind:

> *Jetzt gibt's Audioaufnahmen in den Untersuchungsräumen der staatlichen Kliniken, und das hält mich echt zurück. Und wenn ich dem Arzt meine Besonderheiten und meine Identität erklären muss, könnten meine Worte leicht als Propaganda für nicht-traditionelle Orientierung, Transidentität und so weiter verstanden werden, mit den entsprechenden Konsequenzen. <…> Das ist auch einer der Gründe, warum ich versuche, nicht unnötig zum Arzt zu gehen.*
>
> *(Interview mit Deborah, 46-55 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest)*

Gleichzeitig bemerkt dieselbe Befragte, dass ein Arzt sie mit männlichen Pronomen anspricht, sie dies jedoch damit rechtfertigt, dass er älter und ein „guter Facharzt" ist. Anhand dieses Beispiels kann man beobachten, wie institutionalisierte Transphobie aufgrund von Umständen, die mit der Gesundheit und Lebensqualität zusammenhängen, in eine Form der verinnerlichten Transphobie (ein negatives und einschränkendes Selbstbild aufgrund der Geschlechtsidentität) übergeht. Die Internalisierung institutioneller Diskriminierung ist ein Prozess, der die Selbtwertschätzung und die Selbstwahrnehmung beeinträchtigt. Die Verantwortung dafür liegt bei den Institutionen, die Transfeindlichkeit unterstützen, umsetzen und reproduzieren.

Die gesetzlich verankerte staatliche Transphobie wirkt sich ne-

gativ auf die Gesundheit der trans Frauen aus und führt dazu, dass sie nicht rechtzeitig die erforderliche Hilfe erhalten (siehe Kapitel 8 für Details). Die Diskriminierung von trans Personen erschwert es trans Frauen erheblich, im Rahmen der staatlichen Gesundheitsversorgung umfangreiche und qualifizierte Behandlung zu erhalten.

Militarisierung, Politische Verfolgung, Homophobie/Transphobie: Zusammenhang von Phänomenen im Rahmen psychologischer Recherche

Militarisierung, Politische Verfolgung, Homophobie und Transphobie gehören traditionell zu den Elementen einer sich verstärkenden Diktatur. So wurde in Interviews mit den Befragten zweimal die Metapher des „Dritten Reiches" erwähnt. Die Mehrheit der queeren Frauen betrachtet Militarisierung und Kriege als Probleme, die negativ ihr Leben und das Leben der LGBTQ-Community beeinflussen. Gemäß den Daten in Diagramm (Illustration 12) betrachten trotz einzelner repressiver Gesetze gegen LGBTQ-Personen etwa zwei Drittel der queeren Frauen Repressionen im Allgemeinen als ein Problem.

Queere Frauen stellen einen direkten Zusammenhang zwischen homophober/transphober Verfolgung und militärischen Aktionen fest. Eine der Befragten weist auf bedrohliche Tendenzen gegenüber LGBTQ-Personen seit Kriegsbeginn hin:

> *Das Leben in Russland... hat sich in Vorher und Nachher geteilt, nach dem Krieg. Total... Ja, vorher gab's auch schon Probleme. Aber im Vergleich zu dem, was danach kam, war das was ganz anderes. Und im Grunde war es weniger: Selbst wenn jemand zum Beispiel sagte, dass er Schwule nicht mag, war das normalerweise nur so eine momentane Sache und hatte keinen dauerhaften Charakter. <...> Aber jetzt hat es genau... diesen dauerhaften Charakter...* ***der vollständigen Vernichtung****.*
>
> *(Interview mit Mariella, Föderationskreis Zentralrussland).*

Die Befragten bringen auch ihren verschlechterten psychi-

schen Zustand direkt mit den staatlichen Maßnahmen in Verbindung – dem Krieg und den queerfeindlichen Gesetzen:

> *Mein K-PTBS hat definitiv viele neue Wendungen genommen. Das lag vor allem am Krieg. [...] Ich hatte schon vorher K-PTBS und eine generalisierte Angststörung. Diese haben sich natürlich vor dem Hintergrund des Krieges und der enormen Zunahme von Transphobie, Homophobie und Queerphobie insgesamt stark verschlimmert. <…> Ich persönlich denke, dass ich eine für mich ziemlich hohe Dosis Antidepressiva nehme und verbinde die Erhöhung der Dosis genau damit. <…> Vor all diesen Ereignissen, also vor Kriegsbeginn und vor der Verschärfung all dieser Probleme mit Queerphobie, ist mir so etwas nicht passiert.*
>
> *(Interview mit Tasja, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest)*

Wir sind der Ansicht, dass **die vorgelegten Daten in Zukunft von Bedeutung sein werden, um die Auswirkungen politischer Verfolgung und die Nutzung von Homophobie, Transphobie und Misogynie in Russland als Instrumente zur Steuerung der Gesellschaft auf die Situation queerer Frauen zu bewerten und das Ausmaß der Verantwortung politischer Entscheidungsträger zu bestimmen**.

Quellen der Unterstützung und Hilfe

In den Interviews werden die Teilnehmerinnen nach ihren Wünschen für andere LGBTQ-Frauen gefragt, die ihre Queer-Identität im heutigen Russland erkannt haben. Die Befragten teilen auch ihre eigenen Bewältigungsstrategien mit. In ihren Aussagen lassen sich mehrere wichtige Trends erkennen.

Trotz der Gefahr der Verfolgung empfehlen die Befragten anderen queeren Frauen, **sich auf die queere Community zu stützen**, „ihre Gruppe" zu suchen und sich gegenseitig zu unterstützen. Queere Frauen berichten über ihre Erfahrungen mit der Kontaktpflege untereinander, gegenseitiger Unterstützung und gezielter Hilfe sowie über die verfügbaren Praktiken des zivilen Widerstands:

> *Ich würde mir wünschen, dass sie **eine [Queer-]Community finden**, mit diesen Leuten reden, suchen <…>, das*

*Leben hier und jetzt leben... Ich würde mir wünschen, dass sie Leute finden, die sie verstehen und akzeptieren, denn solche Leute gibt es. [...] Nach und nach haben sich die Leute in kleinen Gruppen selbst organisiert: entweder bei jemandem zu Hause zum Plaudern, Tee trinken, Brettspiele spielen oder irgendwo spazieren gehen. [...] Wenn ich höre, dass etwas passiert, **gibt mir das viel Hoffnung**. […] Es gibt noch vernünftige Menschen auf der Welt, man hat das Gefühl, dass noch nicht alles verloren ist.*

(Interview mit Alice, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest)

Menschen suchen, die da sind, die helfen, die unterstützen.

(Interview mit Ash, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland)

Ausgehend davon ist es eine wichtige Aufgabe, **von außen die Communities innerhalb Russlands zu unterstützen**, auch wenn dies in der aktuellen politischen Situation schwieriger direkt umzusetzen ist. **Die Menschen stützen sich weiterhin gegenseitig**, was ihnen hilft, unter Bedingungen zu überleben, unter denen der Staat sie als Menschen „zweiter Klasse" bezeichnet und ihre Rechte eingeschränkt hat.

Die Befragten formulierten auch Strategien zur Suche nach Unterstützung, wie z. B. die Nutzung der vorhandenen legalen Möglichkeiten, um sich **von der staatlichen Politik zu distanzieren und weiterhin ihr Ding zu machen, ihr Leben zu leben** (ihre Identität zu bewahren und zu unterstützen, sich nicht an Homophobie und Transphobie anzupassen).

Parallel dazu empfehlen die Befragten anderen queeren Frauen am häufigsten, **Russland zu verlassen**:

Wenn die Möglichkeit und Bereitschaft da sind, sollte man versuchen, sich ein Leben außerhalb Russlands aufzubauen.

(Interview mit Ash, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland)

Ich würde sagen, zumindest die Grundlagen der englischen Sprache zu lernen, falls man sie noch nicht beherrscht [...] Ich finde, dass gerade Einwanderungspro-

gramme die wichtigste Hilfe und am nützlichsten sind.
(Interview mit Mariella, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland)

*Unbedingt <…> **mit Anwälten in Kontakt bleiben**, einen Plan B haben. <…> Geld sparen. Für die Auswanderung. Also, falls man schnell weg muss oder sich irgendwie absichern will.*
(Interview mit Nelly, Föderationskreis Ural)

Auf dieser Grundlage ist es eine wichtige Aufgabe von außen, die Communities innerhalb Russlands zu unterstützen, auch wenn dies in der aktuellen politischen Situation schwieriger direkt umzusetzen ist. **Die Menschen stützen sich weiterhin gegenseitig**, was ihnen hilft, unter Bedingungen zu überleben, in denen der Staat sie als Menschen „zweiter Klasse" bezeichnet und ihre Rechte eingeschränkt hat.

Illustrationen zum Kapitel 2.

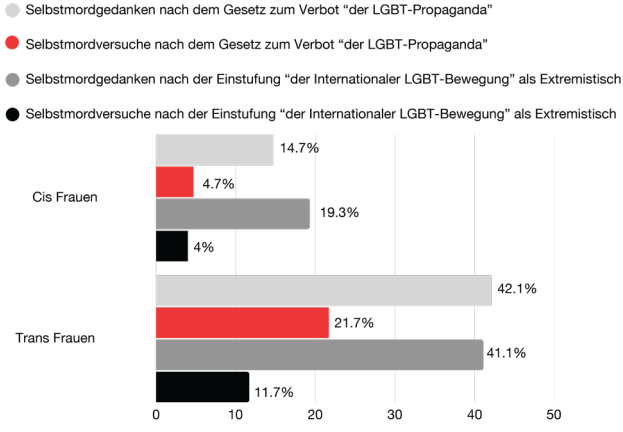


Illustration 9. Selbstmordgedanken und Selbstmordversuche unter queeren Frauen in Russland nach Verabschiedung des Gesetzes zum Verbot “der LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen” und nach dem Urteil des Obersten Gerichts zur Einstufung “der Internationaler LGBT-Bewegung” als extremistisch, %

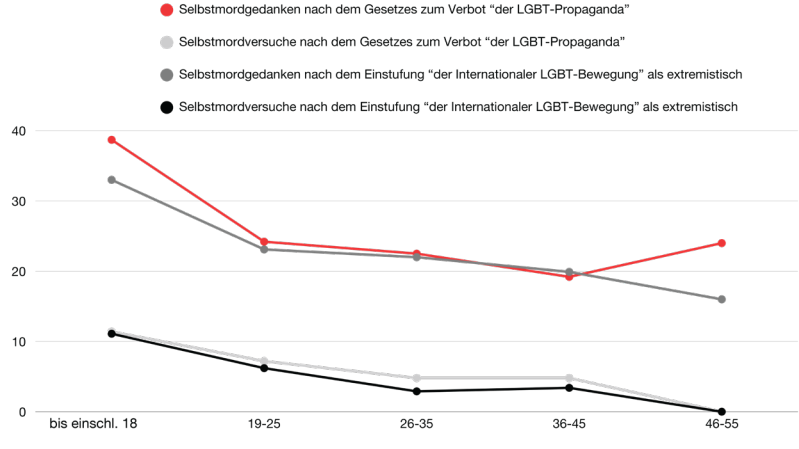


Illustration 10. Selbstmordgedanken und Selbstmordversuche unter queeren Frauen in Russland nach Verabschiedung des Gesetzes zum Verbot “der LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen” und nach dem Urteil des Obersten Gerichts zur Einstufung “der Internationaler LGBT-Bewegung” als extremistisch je nach Alter, %

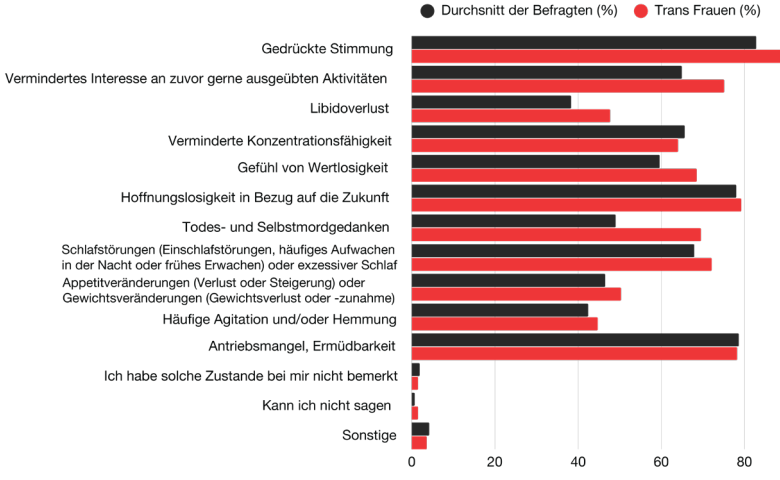


Illustration 11. Selbsteinschätzung der Azsprägung von Depressionssymptomen in den letzten 6 Monaten, %

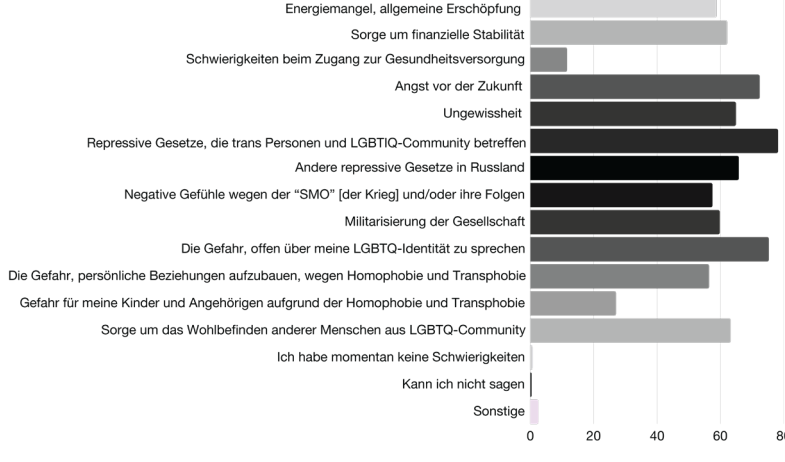


Illustration 12. Die derzeit wichtigsten Herausforderungen in Leben (in %)

Illustrationen zum Kapitel 2.

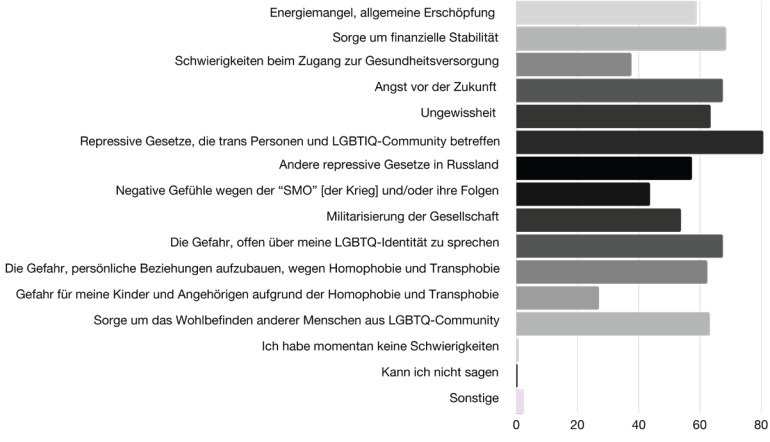


Illustration 13. Die derzeit wichtigsten Herausforderungen in Leben der trans Frauen (in %)

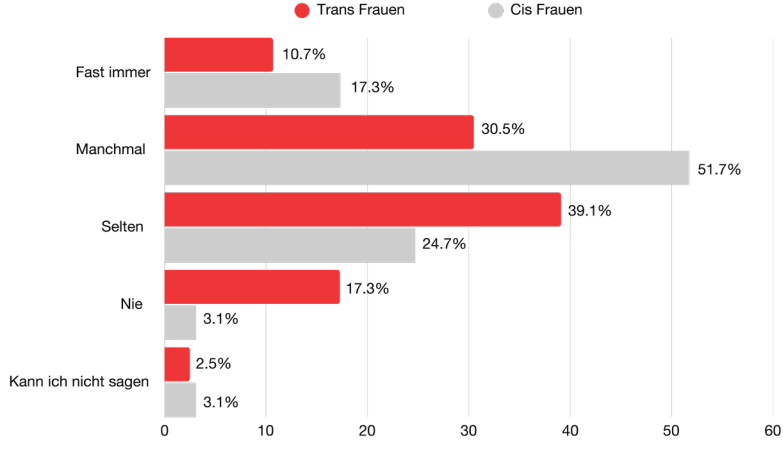


Illustration 14. Antworten auf die Frage „Sind sie sich derzeit glücklich (im Jahr 2025)?“, (in %)

Kapitel 3.
Soziale Dynamiken der queeren Frauen: Veränderungen nach Ausbruch des umfassenden Krieges

§1 Werte von queeren Frauen in Russland im Kontext des Angriffskrieges und der Anti-Gender-Bewegung

Aktuelle Forschung stellt fest, dass rechter Populismus zu mehr als nur Mobilisierung während der Wahlen dienen kann[19]. In diesem Zusammenhang ist das kriegführende Russland ein Beispiel für eine erfolgreiche rechtspopulistische Diktatur, in der die Dämonisierung von LGBTQ-Personen (als einer Gruppe, die in der staatlichen Propaganda mit dem Recht auf freie und vor Diskriminierung geschützte geschlechtliche und sexuelle Ausdrucksformen assoziiert wird) zu einer Umgestaltung des gesamten Rechtssystems, der öffentlichen Institutionen und der Strafverfolgung führt.

So war das föderale Gesetz Nr. 479, auch als „Gesetz über das vollständige Verbot von LGBT-Propaganda" bekannt, das am 05.12.2022 in Kraft trat, eine Erprobung des Mechanismus der isolationistischen Zensur. Das föderale Gesetz Nr. 386 „Über Änderungen in einzelnen Gesetzgebungsakten der Russischen Föderation", das sogenannte „Gesetz über das Verbot der Geschlechtsangleichung", das am 24. Juli 2023 in Kraft trat, wurde zu einem Präzedenzfall, bei dem internationale Gesundheitsnormen und die Ratifizierung entsprechender internationaler Verträge vor der Legislative ignoriert wurden (in der Russischen Föderation gilt nach wie vor die ICD-10, die die Diagnose F64.0 „Transsexualismus" enthält und Maßnahmen für die rechtliche und medizinische Geschlechtsangleichung für Personen empfiehlt, bei denen diese Diagnose festgestellt wurde).

Die Entscheidung des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 30.11.2023, die sogenannte „internationale LGBT-Bewegung" als extremistisch einzustufen, kriminalisiert jegliche gemeinschaftliche oder ehrenamtliche Tätigkeit zum Zweck der kulturellen, rechtlichen oder sozialen Unterstützung der queeren

Gemeinschaft, mit der Möglichkeit, die Organisator*innen und Teilnehmer*innen solcher Aktivitäten wegen Extremismus strafrechtlich zu verfolgen (Artikel 282.2 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation, bis zu 12 Jahre Freiheitsentzug).

Die anti-gender Agenda im Falle des kriegführenden Russlands ist ein Beispiel für einen populistischen Vorwand, hinter dem das Prinzip der Nichtdiskriminierung, das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit, das Verbot staatlicher Zensur, die Transparenz der Justiz und die Gleichheit aller vor dem Gesetz zunichtegemacht werden. Abgesehen von diesen allgemeinen Folgen bedeutet *die anti-gender Gesetzgebung*, zu deren Entstehung die anti-gender Agenda im kriegführenden Russland geführt hat, die Schaffung unrechtmäßiger, diskriminierender und de facto unerträglicher Lebensbedingungen für queere Menschen als Gruppe.

Laut unserer Studie ist die Vollinvasion in seinem dritten Jahr für die meisten queeren Frauen in Russland ein zentraler Bestandteil ihres Lebens und bedeutet für sie die Unmöglichkeit der Verwirklichung ihrer Werte. Diese Unmöglichkeit wird zum Teil durch eine direkte Gefahr für die Sicherheit und das Wohlbefinden der queeren Frauen bestimmt und zum Teil durch die Perspektivlosigkeit und Ungewissheit, die die grundlegenden sozialen und moralischen Werte, die sie teilen, erwarten. Neben der Übersicht über direkte Bedrohungen und Faktoren, die die Lebensqualität von queeren Frauen im kriegführenden Russland erheblich beeinträchtigen (auf dieses Problem gehen wir weiter unten ein), ist es eine der Hauptaufgaben dieser Studie, genau diese Werte, die in direktem Zusammenhang mit dem psychologischen Zustand queerer Frauen stehen, zu untersuchen und ihre Ursachen zu klären (siehe Kapitel 2).

Um die schwierige psychologische Lage von queeren Frauen in Russland aus der Perspektive ihrer Werte zu beleuchten, nahmen wir mehrere offene Fragen und Multiple-Choice-Fragen in unsere Umfrage auf. Wir baten die Teilnehmerinnen, die ihrer Meinung nach wichtigsten gesellschaftlichen Werte zu nennen, indem sie eine beliebige Anzahl aus einer Liste auswählen konnten. Die wichtigste Schlussfolgerung ist, dass queere Frauen deutlich häufiger solche Werte unterstützen wie Ökologie und Umweltschutz (71,9%), Freiheit der persönlichen Entfaltung (86,3%), Meinungs- und Ausdrucksfreiheit (91,7%), Kosmopolitismus und Internationalismus (31,6%), soziale Sicherungssysteme und Unterstützung

für schutzbedürftige Gruppen (77,6%), Verhinderung von Radikalisierung (77,5%) und Förderung von Toleranz/Inklusion (80,5%), als das Werteschema, zu dem rechte Politiker*innen appellieren (wie ein mächtiger Staat, der auf internationaler Ebene respektiert wird (18,3%), Förderung der nationalen Kultur und Sprache (25%), eine starke Armee und Sicherheit der Staatsgrenzen (5,4%)). Dies führt uns zu der Schlussfolgerung, dass LBTIQ-Frauen im Allgemeinen demokratische Prinzipien der Teilhabe teilen und die Verwirklichung der Meinungsfreiheit anstreben. Dabei nehmen Werte, die mit staatlicher Zwangsgewalt verbunden sind, unter den Befragten die letzten Plätze ein. (Illustration 15)

Dieses Ergebnis zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der queeren Frauen im kriegführenden Russland eine anhaltende Abneigung gegen rechte und rechtsradikale politische Rhetorik empfindet. Wir können davon ausgehen, dass der ultrakonservative politische Kurs in Russland queere Frauen empört, vor allem durch die Einschränkung ihrer persönlichen Selbstverwirklichung sowie ihrer Meinungs- und Ausdrucksfreiheit, die mangelnde Wertschätzung von Toleranz und Inklusion, fehlende soziale Sicherungssysteme und den fehlenden Widerstand gegen die Radikalisierung der Gesellschaft. Bezeichnenderweise könnte diese Auswahl der für queere Frauen wichtigsten Werte auf eine Kombination aus Ablehnung des Rechtsrucks in der Politik und Lebenserfahrung in einem Umfeld hindeuten, in dem der anti-Gender Wandel in Russland und die Militarisierung der Gesellschaft zu einer Verstärkung totalitärer Tendenzen geführt haben.

Interessant ist auch, dass die Werte des Kosmopolitismus und Internationalismus unter trans Frauen und nicht-binären Personen auf dem femininen Spektrum beliebter sind als in anderen Gruppen: 41,6% bzw. 38,8% gegenüber 31,6% im Durchschnitt der Stichprobe. Dieser Unterschied könnte damit zusammenhängen, dass trans Frauen und nicht-binäre Personen sowohl gesetzliche Möglichkeiten für eine Geschlechtsangleichung als auch rechtliche und institutionelle Normen zum Schutz vor Diskriminierung benötigen. In Russland wird das Entstehen dieser Möglichkeiten und Normen mit den postsowjetischen Transformationen und der Ausrichtung sowohl auf eine Partnerschaft mit den EU-Ländern als auch auf internationale Offenheit assoziiert, während Isolationismus und die Krise in den Beziehungen zu diesen Ländern mit einer demonstra-

tiven rechtlichen Diskriminierung von LGBTIQ-Personen assoziiert werden[20].

Es ist auch bemerkenswert, dass im Kontext des Rechtsrucks queere Frauen eine spezifische Seite des postsowjetischen Gedächtnisses repräsentieren. Während die Beliebtheit der übrigen Werte in verschiedenen Altersgruppen etwa gleich ist, steigt die Bedeutung von Kosmopolitismus und Internationalismus in den älteren Altersgruppen im Vergleich zu den jüngeren. Unter den queeren Frauen unter 18 Jahren gekennzeichnen 24% diesen Wert als wichtig, unter den queeren Frauen im Alter von 19 bis 25 Jahren sind es 29,4%, in der Gruppe von 26 bis 35 Jahren 36,5%, in der Gruppe von 36 bis 45 Jahren 41,1% und in der Gruppe von 46 bis 55 Jahren 48%. In ähnlicher Weise verliert der an sich schon Wert eines international respektierten Staates zusätzlich in den älteren Altersgruppen an Popularität: In der Gruppe bis 18 Jahre geben 27,3% die Bedeutung dieses Wertes an, in der Gruppe von 19 bis 25 Jahren sind es 18%, in der Gruppe von 26 bis 35 Jahren 15,1%, in der Gruppe von 36 bis 45 Jahren 13,7%, in der Gruppe von 46 bis 55 Jahren 8%. (Illustration 16).

So sind queere Frauen im kriegführenden Russland jene Gruppe, die trotz allen sozialen und wirtschaftlichen Faktoren weiterhin konsequent an liberal-demokratischen Werten festhält und ultrakonservative Werte ablehnt. Unter russischen queeren Frauen über 35 kennzeichnen sowohl diese Verbundenheit als auch die Ablehnung vermutlich das historische Gedächtnis, nämlich, dass sie die sowjetische Vergangenheit, die für sie mit Isolationismus, Militarisierung und der Unmöglichkeit, ihre Rechte auszuüben und ihr Potenzial zu entfalten, verbunden ist, sehr negativ sehen. Die von uns beschriebene Altersdynamik unterscheidet sich auch von den weltweiten Statistiken zur Unterstützung des Rechtsrucks in der Politik: Ultrakonservative Politiker*innen sind generell in den Altersgruppen von 35 bis 44 Jahren und von 25 bis 34 Jahren am meisten beliebt (queere Menschen wurden nicht separat befragt)[21]. Diese Daten unterscheiden sich auch von denen, die wir in unserer Studie über die Teilung bestimmter Ansichten durch queere Frauen im heutigen Russland erhalten haben.

Die Umfrage befasst sich auch mit der Frage, *welche Veränderungen queere Frauen im dritten Jahr des umfassenden Krieges in der Gesellschaft beobachten*. 87,6% der queeren Frauen, die an

der Umfrage teilnahmen, stimmen zu, dass sie nach Februar 2022 eine Militarisierung der russischen Gesellschaft wahrgenommen haben. Dabei stimmen weitere 72,5% zu, dass diese Militarisierung zu einer Verstärkung patriarchalischer Praktiken in der Gesellschaft geführt hat. Außerdem hat sich laut Umfrage nach dem 24. Februar 2022 der psychische Zustand von 74,6% der queeren Frauen verschlechtert. Dieser Anteil ist vergleichbar mit den 82%, 73% und 75% der LGBTIQ-Personen, die 2022, 2023 bzw. 2024 angaben, dass der Beginn eines umfassenden Krieges sie persönlich beeinflusst habe[22].

Die schwere Belastung queerer Frauen aufgrund des Krieges kommt in ihren Antworten auf offene Fragen sowie in Interviews deutlich zum Ausdruck. **Unter queeren Frauen herrscht weit verbreitetes Misstrauen gegenüber dem Militär und die Angst vor der Zunahme militaristischer Stimmungen, weshalb sie die Präsenz von Menschen in Militäruniformen und von Schildern, die für den Krieg werben, auf den Straßen als grundlegende und tragische Degradierung der Gesellschaft empfinden**:

> *Die Gesellschaft ist gespalten, die Menschen sind nicht bereit, einander zu akzeptieren, Selbstzensur erstickt kreative Menschen, der Staat versucht mit wechselndem Erfolg, totalitär zu werden. Auf den Straßen laufen Menschen mit verdrehter Moral und verstümmelten Seelen herum, gekleidet in Tarnkleidung mit Aufnähern.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Sibirien, Millionenstadt).*

> *Ich glaube, dass die russische Gesellschaft zorniger und dümmer geworden ist. Das ist eine provokante Aussage, das ist mir klar, aber genau so empfinde ich meine Kommunikation mit fast allen Menschen über 35 und sogar mit meinen Altersgenossen. Ich fühle mich vor allem als Frau nicht sicher, insbesondere wenn ich durch Russland reise. Zugfahrten machen mir große Angst, weil in Zügen oft „Swoschniki" mitfahren [Kriegsveteranen; abgeleitet von „SWO" (rus. „CBO", auf Deutsch auch als „SMO" übersetzt), der russischen Abkürzung für „Spezielle Militäroperation", was der offizielle Begriff ist, den die russische Regierung zur Invasion in der Ukraine verwendet]. Ich fühle mich sogar unwohl, wenn ich ihnen nur auf der Straße begegne, weil ich Angst vor ihnen habe. Sowohl die Aussicht, in*

Russland zu bleiben, als auch die, es zu verlassen, macht mich gleich traurig. Die russische Gesellschaft entspricht nicht mehr meinen Vorstellungen von einem Ort, an dem ich leben möchte, aber ich habe immer noch das Gefühl, dass hier mein Zuhause ist; ich habe hier meine Familie, meine Freunde und mir vertraute Orte, die ebenso wie ich durch hässliche Banner mit den „Helden Russlands" darauf verraten wurden.

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt).

Nach Februar 2022: Ich fühle mich in meinem eigenen Land wie eine Ausgestoßene, da ich die aggressive Außenpolitik und die repressive Innenpolitik der Regierung nicht akzeptiere. Im Jahr 2022 wurde ich bei einer Antikriegsdemonstration festgenommen und mit einer Geldstrafe belegt.

(Homosexuelle cis Frau, 26–35 Jahre alt, Zentraler Föderationskreis, Großstadt)

Tasja beschreibt in ihrem Interview, dass der Beginn des umfassenden Krieges ihre Wahrnehmung der eigenen Gesellschaft stark beeinflusst hat und Angst und Misstrauen zu ihren Grundemotionen gemacht hat:

Als die Kriegshandlungen begonnen haben, war ich etwa sieben Tage lang in einem Schockzustand. Das hat mein Verständnis der Gesellschaft um mich herum auf den Kopf gestellt. Meine Wahrnehmung hat sich drastisch verändert, sodass ich nun glaube, dass mich insgesamt schreckliche Menschen umgeben und nur gelegentlich gute Menschen darunter sind […] Mein Vertrauen gegenüber allen mir unbekannten Menschen ist auf einen absolut negativen Wert gesunken. Ich habe angefangen, mich einfach vor Menschen zu fürchten.

(Aus dem Interview mit Tasja; Föderationskreis Nordwest)

Unsere Umfrage lässt den Schluss zu, dass für die überwiegende Mehrheit der queeren Frauen in Russland **das Gefühl der Unsicherheit und Ungleichheit sowohl mit repressiven Gesetzen gegen LGBTIQ+ als auch mit der Invasion der Ukraine zusammenhängt**. Im Jahr 2025 werden diese sich gegenseitig ver-

stärkenden Faktoren durch einen rechtskonservativen Wandel in der Politik westlicher Länder noch verschärft. Unsere Studie zeigt, dass die **Mehrheit der queeren Frauen all diese Faktoren eng mit der Unmöglichkeit ihrer eigenen Lebensverwirklichung, mit dem Gefühl eigener Wertlosigkeit und mit der Infragestellung ihrer Weltanschauung verbindet.**

Dass die russische Regierung der rechtspopulistischen anti-gender Rhetorik auf der ganzen Welt folgt und gleichzeitig versucht, rechtsradikale Narrative in andere Länder zu exportieren, gibt queeren Frauen in Russland das Gefühl, sich im Epizentrum des sich weltweit ausbreitenden Rechtsradikalismus zu befinden. Für viele queere Frauen, die an der Umfrage teilnahmen, sind der Krieg und der rechtskonservative Wandel in ihrem eigenen Land Teil des globalen politischen Kontextes, sie werden als globale Wertekrise und Grund für persönliche Ausweglosigkeit wahrgenommen. Besonders akut ist diese Reflexion für trans Frauen, die sich bewusst sind, dass die Rechte von trans Personen auf Anerkennung ihrer Identität, die auf dem Respekt vor der Persönlichkeit basiert, Gesundheit und Schutz vor Diskriminierung, auf bestererreichbare körperliche und mentale Gesundheit, zu einer juristischen Farce geworden sind und willkürlich revidiert werden – sowohl auf Papier im Gesetz als auch in der Anwendung des Rechts:

> *Die Welt ist in ein Vorher und ein Nachher gespalten. Im Großen und Ganzen hoffe ich einfach, mein Leben zu Ende leben zu dürfen. Es ist schwer zu glauben, was nicht nur in diesem Land, sondern auf der ganzen Welt geschieht – es ist einfach völlig absurd.*
>
> *(Demisexuelle trans Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Trans-Misogynie und eine sehr unfaire Haltung gegenüber trans Frauen erschrecken mich ebenso wie die Tatsache, dass patriarchalische Strukturen immer stärker werden. […] Die Probleme von trans Frauen werden immer weniger ernst genommen, weil man in uns Männer sieht, die immer noch etwas von „männlichen Privilegien" haben – während alle meine trans Freundinnen in Angst leben.*
>
> *(Heterosexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

Die Lage im kriegführenden Russland wird von vielen der dort lebenden queeren Frauen als eine der schlimmsten Formen des Rechtsrucks weltweit wahrgenommen, denn im Falle Russlands werden der Krieg, ungestrafte Gewalt in der Gesellschaft durch deren Teilnehmer (die vom Staat als neue Elite[23] angesehen werden), sowie Polizeigewalt und Eingriffe des Staates in die Privatsphäre als direkte Treiber dieses Rechtsrucks betrachtet:

> *In den USA unter Trump gibt es Fälle, in denen trans Personen neue Pässe mit Angabe ihres „biologischen Geschlechts" ausgestellt werden. In Russland könnte dies noch weiter gehen, bis hin zur öffentlichen Erniedrigung.*
>
> *(Bisexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)*

> *Ich habe ständig Angst, dass die Änderung meiner Dokumente rückgängig gemacht wird, wie kürzlich in den USA, und wenn ich nicht darüber nachdenke, denke ich darüber nach, wie sehr ich mich vor meinen Lieben schäme, dass ich es getan habe und sie nicht. Aufgrund der Diskussionen über das Gesetz zum Verbot der Geschlechtsangleichung hatte ich große Probleme in der Beziehung zu meinen Eltern und erlebte viel psychische Gewalt, was dazu führte, dass ich von zu Hause weggelaufen bin.*
>
> *(Homosexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

> *[Mir machen Angst] die allgemeine Einstellung der Gesellschaft gegenüber trans Personen unter dem Einfluss staatlicher Propaganda; offene Äußerungen einzelner skandalträchtiger Abgeordneter, die zu gewaltsamer Isolierung oder Rücknahme von Dokumenten für trans Personen aufrufen; erzwungene Änderung des Geschlechtseintrages für trans Personen in den USA.*
>
> *(Bisexuelle trans Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

Im russischen Kontext wird das für anti-gender Diskurse typische Thema der Frauenräume und ihrer Zugänglichkeit für trans Frauen mit Verstößen am Arbeitsplatz aufgrund von Transphobie, mit polizeilichem Missbrauch oder mit diskriminierenden Gesetzen gegen LGBTQ-Personen in Verbindung gebracht. Diese Kombina-

tion verstärkt und verdeutlicht zusätzlich die Menschenwürde verletzende Natur dieses Themas sowie seine Absurdität und seinen direkten Zusammenhang mit der populistischen Förderung alltäglicher Transphobie. Durch diese Transphobie wird Kontrolle über das Aussehen und das Privatleben von Menschen durch den Staat und durch rechtskonservative Aktivist*innen normalisiert (die unter anderem Angestellte in verschiedenen Bereichen, insbesondere im Dienstleistungssektor, einschüchtern und dazu zwingen, trans Frauen Dienstleistungen zu verweigern, die als für Frauen bestimmt gelten[24]):

Vor zwei Jahren wurde die Polizei gerufen, weil ich die Damentoilette benutzt hatte (ich habe meine Dokumente geändert und ich sehe ziemlich feminin aus).

(Bisexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Nach dem Beginn der geschlechtsangleichenden Hormontherapie im Jahr 2022 habe ich meine Ausweispapiere ändern lassen. [...] Es gab einen Vorfall von demonstrativer Empörung wegen der Benutzung der Toilette. Danach habe ich versucht, die Toilette bei der Arbeit zu meiden. Ich musste mich bis nach Hause zurückhalten.

(Pansexuelle trans Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, mittelgroße Stadt)

Ich ging regelmäßig zu einem Salon für Augenbrauenkorrektur, Make-up, Haarstyling, Elektroepilation und andere Behandlungen und gab einmal im Gespräch zu, dass ich eine trans Frau bin. Daraufhin wurde ich nicht mehr bedient, weil dort „nur Frauen bedient werden" und ich keine „richtige" Frau sei. Ich ging zu einer Kosmetikerin, um meine Augenbrauen machen zu lassen, aber als sie erfuhr, dass ich eine trans Frau bin, wurde ich wieder nicht mehr bedient.

(Bisexuelle trans Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Ural, Millionenstadt)

Bevor das Gesetz verabschiedet wurde, durfte ich noch in Frauenbereiche, weil mein Aussehen das zugelassen hatte. Ich saß öfter mit einer Freundin im Umkleideraum, und wir unterhielten uns, während sie sich schminkte. Dann

wurden wir entweder von den Sicherheitsleuten rausgeschmissen, die mit uns echt unhöflich gesprochen haben: „Perversling, hau ab!“ und so weiter, oder manchmal fingen die Frauen selbst an zu schreien, dass ich kein Recht hätte, hier zu sein. […] Im Schönheitssalon sagte man mir, dass man mich nicht bedienen dürfe. Nach langem Hin und Her musste ich der Fachkraft versprechen, dass ich so etwas nicht mehr tun würde. [...] Ich werde von Sicherheitspersonal aus Einkaufszentren vertrieben [...] Es gab aber auch Fälle, in denen man mich [in Männertoiletten als Frau wahrgenommen und rausgeworfen hat].

(Aus dem Interview mit Rey)

Gemeinsam für verschiedene Teilgruppen, die zur Gesamtheit der queeren Frauen gehören, ist ihre weibliche Identität. Diese Identität führt im kriegführenden Russland zu einer Verletzlichkeit gegenüber Männern mit rechtskonservativen Überzeugungen, insbesondere jenen, die mit dem Militär oder den Sicherheitskräften verbunden sind und vom Staat als privilegierte soziale Gruppe gefördert werden. 72,5% der befragten queeren Frauen stimmen zu, dass die Militarisierung der Gesellschaft zur Verstärkung patriarchalischer Praktiken und zur Einschränkung der Rechte von Frauen in Russland geführt hat (weitere 19,4% wählen die Antwort „Ich weiß nicht“, und nur 8,1% die Antwort „Nein“). Dabei sind für viele queere Frauen ihre antimilitaristischen Überzeugungen ein Risikofaktor für Gewalt, neben ihrer Identität als Frau und ihr Aussehen und Verhalten, die potenziell als nicht heteronormativ interpretiert werden können und damit staatlich sanktionierte Aggressionen hervorrufen:

… die Militarisierung der Gesellschaft. Ich habe ernsthafte Angst, dass irgendein Mann auf der Straße beschließt, dass ich ein hervorragendes Ziel für die Fortführung seiner Familie bin und dass er der ideale Kandidat ist, um mich „normal“/„wie alle anderen Frauen“ zu machen.

(Homosexuelle cis Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Ich habe Angst vor Polizisten. Ich habe Angst vor Männern in „Militärkleidung” (mit Kamuflagemuster). Ich habe Angst vor Menschen mit einem „Z“ auf ihren Autos [„Z“ ist ursprünglich eines der Zeichen auf Militärfahrzeugen von russischen Streitkräften; im zivilen Bereich wird das Zeichen

„Z" als Symbol der Unterstützung der russischen Invasion benutzt]. Ich habe Angst, meiner Partnerin gegenüber in der Öffentlichkeit Zärtlichkeit zu zeigen. Ich versuche, unsichtbar und unauffällig zu sein.

(Asexuelle panromantische agender Person, 26-35 Jahre, Föderationskreis Sibirien, Großstadt)

Mein Staat hasst mich dreifach: als Bürgerin mit einer eigenen Meinung, als queere Person und als Frau.

(Sapphische bisexuelle demiagender cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Es tut mir nun noch mehr weh. Ich verstehe jetzt, dass der Staat in Frauen nichts anderes sieht als ihre Funktion als Gebärmaschine. Und in homosexuellen Frauen sieht der Staat gar nichts. Ich möchte Russland verlassen und mich nicht mehr zweitklassig, wertlos und von meinem eigenen Heimatland verlassen fühlen.

(Homosexuelle cis Frau, unter 18 Jahren, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Es ist nicht nur beängstigend, auf die Straße zu gehen, sondern auch ins Internet, selbst wenn man keine queere Person ist. Man sieht mir nicht an, dass ich zu „denen" gehöre. Aber als eher zierliche Frau kann ich jederzeit Gewalt durch Männer ausgesetzt sein, die [aus dem Krieg] zurückgekehrt sind und psychisch verstümmelt sind.

(Asexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 19-25 Jahre, Föderationskreis Ural, Millionenstadt)

Ein indirekter Beweis für diese Überschneidung von Risikofaktoren sind Antworten queerer Frauen auf die Frage, ob sie Zugang zu Unterstützung durch Krisenzentren für Frauen haben. Angesichts der rasanten Zunahme häuslicher Gewalt und der fehlenden Rechtsgrundlage für deren Bekämpfung in Russland sowie der staatlichen Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und der Unmöglichkeit, Fälle von Gewalt gegen queere Frauen öffentlich zu machen, könnten Frauenkrisenzentren als Zentren horizontaler Netzwerke der gegenseitigen Hilfe dienen. Dennoch gibt der größte Teil der befragten queeren Frauen (23,9%) an, dass sie zwar von der Existenz von Frauenkrisenzentren wissen und sich im Bedarfs-

fall gerne an diese wenden würden, aber nicht glauben, dass eine solche Wendung für sie möglich ist.

Bemerkenswert ist auch **der mehr als fünffache Unterschied zwischen dem Prozentsatz der cis und der trans Frauen, die von der Existenz von Krisenzentren wissen und davon überzeugt sind, dass sie sich im Notfall an diese wenden können**: 20,5% bzw. 3,6%. Ein wesentlicher Anteil der trans Frauen weiß zwar von der Existenz von Krisenzentren für Frauen, bezweifelt jedoch, dass sie sich dorthin wenden können: 39,1% im Vergleich zu 21,3% unter cis Frauen, zu 26,7% bzw. 16,3% unter nicht-binären Personen auf dem femininen und maskulinen Spektrum sowie zu 20% unter intersexuellen Frauen. Schließlich ist es bezeichnend, dass gerade unter trans Frauen und intersexuellen Frauen der Anteil derjenigen am geringsten ist, die glauben, dass sie niemals die Notwendigkeit haben würden, sich an ein Krisenzentrum zu wenden (10,7% bzw. 8% im Vergleich zu 19,8% unter nicht-binären Personen auf dem femininen Spektrum und 20,9% unter cis Frauen und 30,6% unter nicht-binären Personen auf dem maskulinen Spektrum).

Im Vergleich zu den durchschnittlichen Antworten der queeren Frauen in der Stichprobe zum Kennen von Krisenzentren für Frauen (siehe Ill. 17) zeigen Transfrauen sowohl eine geringere Kenntnis über die Existenz solcher Zentren als auch ein größeres Misstrauen gegenüber der Möglichkeit, deren Unterstützung in Anspruch nehmen zu können (siehe Ill. 18).

Tatsächlich ist der Anteil der queeren Frauen, die angeben, nichts von der Existenz von Krisenzentren für Frauen zu wissen, unter intersexuellen Frauen (40%) und trans Frauen (33,5%) am höchsten; **das sind Gruppen mit zusätzlichen Stigmatisierungsfaktoren**, um die herum sich separate Gemeinschaften, Informationsressourcen und Aktivismuspraktiken gebildet haben. Auf der anderen Seite sind die Anteile derjenigen, die angaben, nichts über die Existenz von Frauenkrisenzentren zu wissen, unter bi- und homosexuellen cis Frauen und nicht-binären Personen auf dem femininen und maskulinen Spektrum deutlich geringer als bei den beiden erstgenannten Gruppen (19,1% bzw. 18,6% bzw. 14,3%); das sind vermutlich jene Gruppen von queeren Frauen, in denen feministische Theorien und die Reflexion über den Schutz der Frauenrechte weit verbreitet sind und die mit den entsprechenden Informationsquellen vertraut sind.

Es ist auch wichtig, dass unter den queeren Frauen, die angeben, dass sie Krisenzentren kennen und sich dorthin wenden können, diejenige, die im Föderationskreis Zentralrussland und im Föderationskreis Nordwest (in denen sich die „Hauptstädte“ Moskau und Sankt Petersburg befinden) leben, mit 22,3% bzw. 19,6% deutlich hervorstechen. Der Anteil solcher queeren Frauen macht im Föderationskreis Fernost 12,5%, im Föderationskreis Wolga 12%, im Föderationskreis Ural 11%, im Föderationskreis Sibirien 9,8% und im Föderationskreis Südrussland 9,3% aus (d. h. eineinhalb- bis zweimal niedriger).

Unter queeren Frauen, die angeben, dass sie von der Existenz von Krisenzentren wissen, diese aber zu weit von ihnen entfernt sind, lässt sich ein ähnliches Verhältnis beobachten: Im Föderationskreis Zentralrussland und im Föderationskreis Nordwest geben 3,4% bzw. 2,9% diese Antwort, verglichen mit 10,3% im Föderationskreis Wolga, 12% im Föderationskreis Südrussland, 12,3% im Föderationskreis Ural, 14,6% im Föderationskreis Sibirien und 30% im Föderationskreis Fernost.

Analog dazu steigt der Anteil der queeren Frauen, die Krisenzentren kennen und sich dorthin wenden können, je nach Größe der Stadt, in der sie leben: In Millionenstädten lag er bei 22,1%, in Großstädten bei 12,8%, in mittelgroßen Städten bei 9,2%, in Kleinstädten bei 8,9% und in Landstädten bei 3,6%. Im Gegensatz dazu sinkt der Anteil der queeren Frauen, die nichts von der Existenz von Krisenzentren wissen, von den kleinsten zu den größten Städten: Er beträgt 35,7% in Landstädten, 25,4% in Kleinstädten, 22,4% in mittelgroßen Städten, 20,2% in Großstädten und 18,9% in Millionenstädten. (Illustration 19)

Die Situation wird durch negative Erfahrungen mit staatlichen Krisenzentren noch verschärft. Im Interview mit Mariella wird ihre Erfahrung mit einem solchen Zentrum (in der Stadt Dmitrow im Moskauer Gebiet, Föderationskreis Zentralrussland) angesprochen, das sich als völlig ungeeignet zur Hilfe für eine queere Frau erwies (eine homosexuelle cis Frau, deren Krisensituation nicht mit häuslicher Gewalt durch ihren Ehemann zusammenhing, worauf das Zentrum ausgerichtet war, sondern mit dem Missbrauch durch einen Wohnheimverwalter, der Mariella aus homophoben Gründen von einem Tag auf den anderen aus dem Wohnheim geworfen hatte):

Als ich unerwartet aus dem Wohnheim ausgewiesen wurde und ohne Unterkunft dastand, habe ich auf Anraten meines Psychologen Kontakt zu einem Krisenzentrum für Frauen aufgenommen, das vorübergehende Unterkünfte vermitteln kann. [...] Ich habe mich dort gemeldet und gesagt, dass meine Eltern mich nicht aufnehmen würden und ich plötzlich aus dem Wohnheim geworfen worden war. Es gab ein Vorstellungsgespräch, bei dem man mich ausgefragt hat: „Warum wurden Sie aus dem Wohnheim geworfen? Geben Sie uns die Telefonnummern Ihrer Eltern, wir werden mit ihnen sprechen. Haben Sie wirklich keinen Ehemann? Oft verteidigen Frauen ihren Ehemann, aber in Wirklichkeit fliehen sie vor Schlägen." Letztendlich bekam ich keinen Platz, als sie verstanden haben, dass ich wirklich keinen Ehemann und keine Kinder habe, und da ich auch noch aus dem Wohnheim geworfen worden war, bedeutete das für sie, dass ich asozial sein muss.

(Aus dem Interview mit Mariella, Föderationskreis Zentralrussland)

Die Autoren der Studie weisen darauf hin, dass die Situation in nichtstaatlichen Frauenhäusern oft anders sein kann: Die Fachleute solcher Zentren sind oft auf ihre eigene Entwicklung außerhalb von Mythen und Stereotypen ausgerichtet und versuchen, das Problem der Gewalt umfassend anzugehen, wobei sie die besonderen Bedürfnisse und die Anfälligkeit für Gewalt und Diskriminierung bei queeren Frauen berücksichtigen. Denn die Frage der Leistung qualifizierter Hilfe in Gewaltsituationen hängt nicht davon ab, ob ein staatliches oder privates Krisenzentrum für Frauen Hilfe leistet, sondern davon, ob das Zentrum bestrebt ist, jede Frau zu unterstützen, die sich in einer Krisensituation befindet. Uns sind Fälle bekannt, in denen queere Frauen in solchen Zentren in Russland qualitativ hochwertige und qualifizierte Hilfe erhalten haben.

Die Übertragung von anti-gender Narrativen auf die Realitäten des kriegführenden Russlands führt dazu, dass es unmöglich ist, das Potenzial der Basisbewegung zu entfalten, die sich für Frieden und Menschenrechte einsetzt. Viele queere Frauen glauben, dass die Einhaltung dieser Rechte in Russland nur durch die politische, soziale und kulturelle Angleichung Russlands an die demokratischen Länder Europas und Amerikas erreicht werden kann. Dies

ist ein weiteres Argument für die Unterstützung privater Initiativen und Selbstorganisation von queeren Frauen in Russland, da solche Initiativen nicht nur mit der Stärkung der Zivilgesellschaft verbunden sind, die in diesem Land in die Illegalität gedrängt wurde, sondern auch mit einer politischen und ideologischen Haltung, die sich konsequent gegen alle Formen des Rechtsradikalismus wendet.

Die von uns durchgeführte Studie zeigt, dass in der individuellen Selbstwahrnehmung und im sozialen Leben von queeren Frauen im kriegführenden Russland nicht nur die antikriegerische Haltung, sondern manchmal auch Basis-Antikriegsaktivismus eine bedeutende Rolle spielt. Aus dem Interview mit Wasilisa und Angelina, die in einer festen Beziehung leben, ist deutlich zu sehen, dass ihre gemeinsame ehrenamtliche Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine eine zentrale Rolle bei ihrer Annäherung gespielt hat:

> *Als der Krieg begann, hat Wasilisa die Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine koordiniert. Ich habe beschlossen, mich ehrenamtlich zu engagieren. So haben wir uns kennengelernt. [...] In der Freiwilligenarbeit und in Hilfsgemeinschaften gibt es sehr viele queere Menschen. Als ich Freiwillige gesucht habe, um Ukrainer*innen [in meiner Stadt] zu helfen, stellte sich heraus, dass 90% von ihnen Frauen waren und 60% davon queere Frauen. […] Ich habe das Gefühl, dass queere Menschen daran gewöhnt sind, weil wir von Homophobie umgeben sind und weil wir seit unserer Jugend unsere Normalität verteidigen müssen, uns gegen das System zu wehren und unsere Rechte zu erkämpfen, einschließlich unserer bürgerlichen, politischen und allgemeinen Menschenrechte.*
>
> *(Aus dem Interview mit Wasilisa und Angelina)*

Aufgrund der Auflösung, Emigration oder des Untertauchens von NPOs, die queeren Menschen helfen, beginnen einige queere Frauen, sich als Basisaktivistinnen zu engagieren, indem sie informelle Netzwerke queerer Menschen aufbauen und ihnen mit Informationen helfen. Im Interview mit Marta wird eine solche Vorgehensweise beschrieben:

> *Mein „Mikroaktivismus" besteht darin, dass sowohl ich als auch meine Partnerin unsere eigenen „Queer-Kindergärten" haben: eine spontan entstandene Patronage über*

„Queer-Kids", LGBTQ-Menschen im Alter von 18 bis 20 Jahren. Sie sind nicht so viel jünger als wir, dass wir für sie wie Götter wären, aber wir sind für sie die ersten Beispiele für queere Menschen. Das heißt, sie haben vor uns noch keine andere queere Menschen getroffen, überhaupt nicht. Ich denke, eine der wertvollsten Formen des Mikroaktivismus ist diese Art der Unterstützung junger Menschen. [...] Wir geben ihnen vor allem die Gewissheit, dass sie eine Zukunft haben. Meistens handelt es sich dabei um informative Unterstützung zu Veranstaltungen, zu sicheren Orten, an denen man eine Beziehung finden kann, zu queer-freundlichen Ärzten. Dazu gehört auch emotionale Unterstützung, manchmal auch die Überweisung an einen Psychologen. Sie haben einfach sonst niemanden, mit dem sie ihre Erfahrungen teilen können.

(Aus dem Interview mit Marta, Föderationskreis Nordwest)

Der Angriffskrieg und die zunehmende Homo- und Transphobie in der Gesellschaft werden von queeren Frauen als Rückzug von humanistischen Werten empfunden. Dieses Gefühl wird dadurch verstärkt, dass viele queere Frauen im Kultur- und Bildungsbereich arbeiten, die sich durch eine größere Inklusivität und Weltoffenheit auszeichnen. Da sie den chauvinistischen politischen Kurs, den rechtskonservativen Wandel und die ihm zugrunde liegende anti-gender Rhetorik nicht unterstützen, fühlen sich viele queere Frauen in Russland aus der Gesellschaft ausgeschlossen, unfähig, Einfluss auf diese Gesellschaft zu nehmen, und gezwungen, sich stattdessen zunehmend um ihre persönliche Sicherheit und ihr Überleben zu sorgen:

Wir [ich und meine Partnerin] haben bloß auf der Straße Händchen gehalten (ich halte manchmal auch meine Freundinnen/Freunde/Eltern an der Hand, das ist keine sexualisierte Geste), und zwei sehr junge Mädchen haben uns zugerufen: „Uuh, ihr Lesben". Das war auch deshalb ekelhaft, dass sie etwa 18 Jahre alt waren. Ich halte doch für solche Mädchen Vorträge über Bücher, verstehen Sie. Wir stehen beide in Kleidern da, wie zwei Idiotinnen, wissen Sie, wie eine Illustration konventioneller Weiblichkeit, zwei Expertinnen aus dem Kulturbereich, und hören so etwas von kleinen Mädchen. Was für ein Mist. Wozu machen wir denn über-

haupt all das mit Büchern?

(Homosexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, mittelgroße Stadt)

… ich fühlte mich aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Ich bin eine Frau, Feministin, bisexuell und unterstütze die aktuellen Ereignisse im Land nicht, und aufgrund jeder dieser Eigenschaften bin ich in Gefahr. Ich kann keine Informationen mehr aus Quellen erhalten, auf denen nicht dieser beleidigender Vermerk „als extremistische Organisation eingestuft" steht. Ich wurde aus der Gesellschaft gestrichen und werde weiterhin unter Druck gesetzt. [...] Ich fühle mich gefesselt und in einen Keller geworfen. Ich kann nichts tun, ich kann nicht sprechen, ich werde nicht mehr gesehen und ich bin nicht sicher. Diese ganze Situation bedrückt mich auf schreckliche Weise.

(Bisexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Wolga, Großstadt)

So werden der Angriffskrieg gegen die Ukraine und der rechtskonservative Kurs, der zur ideologischen Grundlage dieses Krieges geworden ist, von queeren Frauen in Russland nicht nur als direkte Gefährdung ihrer Sicherheit und Lebensqualität wahrgenommen, sondern auch als Ursache für ihre Ausgrenzung aus der Gesellschaft und als etwas, das ihren humanistischen und demokratischen Werten grundlegend widerspricht. So gaben 28,5% der Befragten an, dass sie bis 2022 aufgrund ihrer politischen Haltung diskriminiert wurden, während es nach 2022 bereits 40,7% waren.

Ereignisse in Russland, wie die Fortsetzung des Krieges und das Verabschieden immer neuer queerfeindlicher Gesetze, werden zu einem wesentlichen Faktor für ständige Angst, Niedergeschlagenheit und anhaltende Erschöpfung. Zu diesen Ereignissen kommt ein weiterer negativer Faktor hinzu, nämlich der Rechtsruck und die Anti-Gender-Bewegung in der Politik weltweit. Besonders stark spüren diese Faktoren trans Frauen, die sich als Minderheit russische Behörden entziehen den Menschen dieser Gruppe ihre Rechte und diskriminieren sie sowohl auf gesetzlicher Ebene als auch im sozialen Alltag.

Trans Frauen haben in Russland die Möglichkeit verloren, einen Großteil ihrer Rechte auszuüben (siehe Kapitel 4.4 für weitere

Details), und haben ständig Angst vor weiterem Druck seitens des Staates. Deswegen sind sie oft verzweifelt darüber, dass sich heute die radikale Form der anti-gender Wende, die in Russland stattfand, in der einen oder anderen Form in demokratischen Ländern wiederholt. Aus Angst vor Repressionen oder Aggression, als queere Menschen sowie als Menschen mit einer antikriegerischen Haltung, sehen queere Frauen in Russland seit Beginn des Krieges kaum Möglichkeiten, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, und suchen nach Gelegenheiten, sich an Hilfsinitiativen und anderem Aktivismus zu beteiligen.

§2 Der Einfluss von anti-gender Rhetorik auf Generationskonflikte in Familien von queeren Frauen

Die meisten queeren Frauen (siehe auch Kapitel 1), die wir befragt habe, sind jung[25]. Dies ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, dass die Reflexion über die eigene Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung in der postsowjetischen Generation weiter verbreitet ist. Zusätzlich hängen Möglichkeiten einer solchen Reflexion aufgrund der homo- und transphoben Politik weitgehend vom Zugang zu Internetkommunikation, von der Technologieaffinität (der VPN-Nutzung zum Beispiel) und teilweise auch von Fremdsprachenkenntnissen ab – d.h. von der Möglichkeit, in Russland verbotene und gesperrte Informationsquellen und Kommunikationskanäle zu nutzen. Dabei ist zu beachten, dass unsere Stichprobe aus denselben Gründen einen unverhältnismäßig hohen Anteil von Personen unter 35 Jahren aufweist: Angesichts der Zensurbeschränkungen konnte unser Fragebogen nur über Internetkanäle zum Thema LGBTQ+ verbreitet werden, die in der Russischen Föderation gesetzlich verboten sind.

Somit spielt das Durchschnittsalter der Befragten eine Rolle für das Ausmaß der spezifischen Probleme, mit denen sie konfrontiert sind. Das auffälligste dieser Probleme ist die durch das junge Alter bedingte finanzielle Abhängigkeit von Eltern und älteren Verwandten. Dieses Problem wird durch Besonderheiten des Rechtspopulismus in Russland verschärft, der vor allem auf ein älteres Publikum abzielt, indem die Sowjetzeit romantisiert wird und die

älteren Generationen den jüngeren gegenübergestellt werden. Die Daten der Umfrage zeigen die schlimmsten Folgen dieser Situation: Ein erheblicher Anteil der Befragten in der Altersgruppe unter 18 Jahren (16,1%) und ein bedeutender Anteil der Befragten in der Altersgruppe von 19 bis 25 Jahren (51,1%) berichten, dass sich **seit dem russischen Überfall auf die Ukraine und der gleichzeitigen Zunahme homophober und transphober Rhetorik, die mit der Verabschiedung diskriminierender Gesetze gegen LGBTQ-Personen einherging, ihre Beziehung zu ihren Eltern drastisch verschlechtert hat**. Grund dafür waren einerseits ihre antikriegerische Haltung und andererseits ihre sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität.

> *Es ist gerade die Familie, die mich am meisten diskriminiert, außer meiner Schwester, die mich beschützt. Als ich noch bei meiner Familie gelebt hatte (ich hatte gerade die 11. Klasse abgeschlossen und bereitete mich auf den Umzug in eine andere Stadt vor), erzählte jemand meiner Mutter von meiner Beziehung. Es gab schreckliche Erpressung, Beleidigungen, dass ich lieber Prostituierte und behindert sein sollte, tägliche Kontrolle meines Handys, Verbot, mit meiner Freundin zu kommunizieren, Drohungen, sie wegen Propaganda anzuzeigen (ich war damals noch minderjährig), Vertreibung aus dem Elternhaus, Ohrfeigen, ich konnte nicht mal ruhig mein Zimmer verlassen. Das alles wurde von Beschimpfungen, schrägen Blicken, verbalen Hänseleien begleitet, mir wurde keine Unterstützung gewährt, als ich mich an der Universität beworben habe und nicht im ersten Anlauf angenommen wurde. Und man kann dem allen nicht entkommen …*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Ural, Millionenstadt)*

> *Meine eigene Mutter hat mich wegen LGBT-Propaganda angezeigt, als ich geoutet wurde.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Ural, Großstadt)*

Die Beziehung zu den Eltern hat einen großen Einfluss auf das Ausmaß der Verschlossenheit und Angst unter jungen queeren Frauen. In den Freitext-Antworten der Umfrage und in den Interviews wurde häufig ein Zusammenhang zwischen der Ablehnung

in der Familie und der Anfälligkeit älterer Verwandter, insbesondere Männer, für staatliche Propaganda festgestellt:

> *Bei Familienfeiern spricht mein Vater fast jedes Mal das Thema Homosexualität an. Er macht Aussagen wie „Ich habe in der Armee gedient, und diese Schwuchteln tanzen in Federn auf der Bühne herum", „Warum ficken sie sich in den Arsch, und ich will das nicht, ich verstehe sie nicht", „Warum schlafen Frauen mit Frauen, wenn sie nicht im Gefängnis sind, wo es keine Möglichkeit gibt, mit einem Mann zusammen zu sein?". Nach einer Diskussion über politisch motivierte Gewalt ist mein Vater in Wut geraten, hat geschrien, dass alle Verräter des Vaterlandes vergewaltigt und getötet werden müssten und dass alle, die das Land verlassen hätten, um ihr Leben zu retten, Feiglinge und Missgeburten seien. Sie haben mir nicht zugehört und mich zum Weinen gebracht, dann haben sie mich angeschrien, weil ich wegen dieser Situation weinen musste. Nach diesem Streit haben wir ein halbes Jahr lang nicht miteinander gesprochen.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *[Es gab eine] „Konversionstherapie" zu Hause. Von Seiten meines Stiefvaters: Wenn du dich wie ein Mädchen benimmst, bekommst du Prügel. Es wurde verlangt, dass ich mich toxisch maskulin und einfach maskulin verhalte. Ich wurde gedrängt, zu kämpfen. Man versuchte, mich in einen Boxverein zu stecken. […] Das lag daran, dass ich mich in der Familie [über meine geschlechtliche Identitätssuche] offenbart hatte.*
>
> *(Aus dem Interview mit Ash, Föderationskreis Zentralrussland)*

Diese Fälle werden auch durch Statistiken zur Offenheit bestätigt. Unter den befragten queeren Frauen geben deutlich mehr an, gegenüber ihren weiblichen Verwandten offen zu sein als gegenüber ihren männlichen Verwandten. Insgesamt teilen 28,7% der queeren Frauen ihre Erfahrungen und besprechen Probleme mit ihren Müttern, während es bei den Vätern nur 5,2% sind (fast fünfmal weniger). Über Offenheit gegenüber ihrer Schwester berichten durchschnittlich 12,7% der Stichprobe, während nur 4,6% über Offenheit

gegenüber ihrem Bruder berichten.

Bemerkenswert sind auch die Unterschiede innerhalb der Untergruppen der Stichprobe: Obwohl trans Frauen gegenüber ihren Verwandten deutlich verschlossener sind als cis Frauen (was dadurch erklärt werden kann, dass äußere Veränderungen und die Präsentation der weiblichen Identität von trans Frauen von ihren Verwandten oft verurteilt und abgelehnt werden), verstärkt sich dieser Verschluss zusätzlich gegenüber männlichen Verwandten. Während trans Frauen gegenüber ihren Müttern etwas weniger als halb so oft offen sind wie cis Frauen (18,3% bzw. 31,5%), sind trans Frauen gegenüber ihren Vätern fast viermal seltener offen als cis Frauen (1,5% bzw. 5,5%). Interessant dabei ist, dass trans Frauen etwa gleich häufig ihre Probleme und Erfahrungen mit ihren Brüdern teilen wie cis Frauen (jeweils 4,1% und 4,4%), aber fast doppelt so selten mit ihren Schwestern (jeweils 7,1% und 13,6%). Dieses Verhältnis kann als erzwungene Einbindung von trans Frauen in die patriarchalische Hierarchie innerhalb ihrer eigenen Familie interpretiert werden. Sie sind viel größeren Druck ausgesetzt als cis Frauen, wenn sie gegen patriarchalische cis-heteronormative Normen verstoßen (Aufrechterhaltung dieser Normen ist ein zentraler Element der staatlichen Propaganda, deren primäre Zielgruppe ältere cis-heterosexuelle Männer sind[26]).

Das Thema der Beziehungen zwischen jungen queeren Frauen und ihren Eltern oder Erziehungsberechtigten hängt in hohem Maße mit dem Thema der Konversionstherapie zusammen. Einige Befragte geben an, dass sie aufgrund von Drohungen seitens ihrer Eltern Angst haben, einer Konversionstherapie unterzogen zu werden (für weitere Informationen siehe Kapitel (8.3). Andere geben an, dass ihre Angst vor einer Konversionstherapie zugenommen habe, und nennen als Grund dafür ihre „finanzielle Abhängigkeit von homophoben Verwandten":

> *Nach meinem Coming-out hat meine Mutter mich beschämt und bedroht, einen „Arzt" für mich zu suchen, wenn es bis zu meinem 18. Lebensjahr nicht weggehen würde (ich war damals 16 Jahre). Ich habe mich für psychologische Unterstützung an Freunde und an meinen Psychologen gewandt.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, unter 18 Jahren, Föderationskreis Südrussland, Kleinstadt).*

Ich höre regelmäßig von psychiatrischen Kliniken, in denen „Behandlungen gegen Homosexualität" angeboten werden. Ich habe Angst, dass meine Eltern mich zu einer Behandlung zwingen, wenn sie von meiner sexuellen Orientierung erfahren.

(Homosexuelle cis Frau, unter 18 Jahren, Föderationskreis Sibirien, mittelgroße Stadt).

[Ich erlebte] Streit mit der (leiblichen) Familie, Outing, Zwang zur Konversionstherapie und anschließender Versuch, mich dieser zu unterziehen, Drohungen, mich zur SMO zu schicken [„SMO" (rus. „CBO"), kurz für „Spezielle Militäroperation", ist der offizielle Begriff, den die russische Regierung zur Invasion in der Ukraine verwendet.], ständige psychische Misshandlung.

(Pansexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Angst vor solchen Maßnahmen seitens der Eltern.

(Sapphische trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Angst, dass meine Eltern mich einer Konversionstherapie unterziehen, wenn sie von meiner Transidentität erfahren.

(Bisexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)

Die Förderung des Militarismus in der Gesellschaft und die Entstehung rechtskonservativer privater und staatlicher Jugendorganisationen, die sich der „patriotischen Erziehung" widmen, können für Eltern und Erziehungsberechtigte als Mittel dienen, um Einfluss auf minderjährige queere Frauen auszuüben. Minderjährige in solche Organisationen zu überstellen, ist eine Form psychischer Gewalt und gefährdet ihre körperliche und geistige Gesundheit. Dies wird aber vom Staat gefördert und kann nicht als Grund für Beschwerden bei den Jugendämtern zum Schutz der Rechte von Minderjährigen dienen. Besonders gefährdet durch solche Maßnahmen sind minderjährige trans Frauen; der Grund für solche Maßnahmen ist dabei ihr „feminines" Aussehen und Verhalten.

Im Interview mit Bella wird ein Fall beschrieben, der sich vor Beginn der Invasion ereignete, und in dem sie in ein „patriotisches

Camp" geschickt wurde. Dieser Fall legt nahe, dass solche Einrichtungen einen fruchtbaren Boden für psychischen Missbrauch und militaristische Indoktrination von queeren Minderjährigen bieten:

> *… mir wurden gewaltsam die Haare abgeschnitten, obwohl ich darum gebeten hatte, dies nicht zu tun, mein Make-up und meine Kleidung wurden weggeworfen, und ich wurde in ein Militärlager geschickt, wo man aus mir einen „echten Mann" machen wollte. Ich war damals völlig von meiner Familie abhängig und konnte nichts dagegen tun. Ich wusste nicht, dass in diesen Lagern auch vereinbart wurde, dass lokale Hooligans alle Mittel einsetzen sollten, um meine Weiblichkeit aus mir herauszutreiben. Dort wurde ich mehr als einmal schwer geschlagen. Einige meiner Verwandten haben sich an Ärzte gewandt, um einen Weg zu finden, mich davon zu „heilen".*
>
> *(Aus dem Interview mit Bella, Föderationskreis Sibirien)*

Andere Befragte geben an, dass ihre Eltern zwar keine pseudomedizinischen oder religiösen Einrichtungen in Anspruch genommen hatten, um ihre Geschlechtsidentität oder ihre sexuelle Orientierung zu „korrigieren", aber eigene Maßnahmen zu diesem Zweck ergriffen hatten. Konservative und religiöse Ansichten begünstigen die Anwendung solcher Maßnahmen innerhalb der Familie, was als eine radikale Form der Verankerung von anti-gender Narrativen in sozialen Praktiken angesehen werden kann:

> *Bis zu meiner Volljährigkeit habe ich in einer geschlossenen religiösen Gemeinschaft gelebt, in der ein Coming-out natürlich unmöglich war. Aber meine Familie hat von meiner sexuellen Orientierung erfahren, indem sie mein Handy weggenommen und meine Nachrichten gelesen haben. Das hat zu Versuchen geführt, mich zu „heilen". Man glaubte, dass das Lesbischsein durch das verfluchte, teuflische Internet verursacht wurde. Man hat meinen Zugang zum Internet eingeschränkt, versucht, mich anderen Jungen vorzustellen und zu vermitteln, hat mich als verrückt bezeichnet und mir versprochen, dass ich mein ganzes Leben allein verbringen würde. Denn ich sei eine „Arme", ein „Fehler der Natur" und wolle nicht an meinen Sünden arbeiten.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahren, Föderationskreis Sibirien, mittelgroße Stadt)*

Mit der Zeit und mit der Verabschiedung neuer Gesetze befürchte ich immer mehr, dass meine Verwandten, die mich schon jetzt unter Druck setzen, eine heterosexuelle Beziehung einzugehen, von meiner Nicht-Heterosexualität erfahren könnten. Außerdem ist ein ziemlich großer Teil meines Lebens derzeit mit kirchlichen Institutionen verbunden, in denen Homophobie und die Unterstützung von Konversionstherapien weit verbreitet sind.

(Pansexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

In Russland wird eine solche Radikalisierung nicht nur durch Gesetze gefördert, die die Kontrolle über das Aussehen und den Eingriff in das Privatleben legitimieren, sondern auch durch die Rhetorik der „traditionellen Werte", die auf religiösen anti-gender Diskursen basiert, insbesondere in der orthodoxen und islamischen Tradition[27]. Erziehungsmethoden gegenüber Minderjährigen sind der erste Bereich, in dem anti-gender Rhetorik adaptiert wird, wobei das nicht-cis-heteronormative Verhalten minderjähriger queerer Frauen als Vorwand für Druck dient, und sexualisierte und reproduktive Gewalt als Mittel der Einflussnahme.

In dem Interview mit Arina wird ein Fall beschrieben, in dem der Wunsch der Eltern, religiösen Narrativen zu folgen, zu einer rechtlichen Grauzone führt, in der Minderjährige heiraten dürfen. Der Fall bezieht sich auf Tatarstan, wo der Islam weit verbreitet ist; der Fall hängt mit dessen religiösen Praktiken zusammen:

„Als ich 16 war, war ich in meine Kommilitonin verliebt. Aber zu dieser Zeit war meine Mutter überzeugt, dass ich heiraten sollte. Nach ihren Vorstellungen sollte es eine tatarische Hochzeit sein, eine Nikah. Ich habe sechs Jahre lang mit diesem Mann zusammengelebt, aber gewissermaßen gegen meinen Willen. Meine erste sexuelle Erfahrung war heterosexuell, und ich habe sie als gewaltsam empfunden. Auch die folgenden Erfahrungen in diesen sechs Jahren habe ich als gewaltsam empfunden […] Ich habe mit ihm ursprünglich nur im Internet kommuniziert, wollte einfach befreundet sein und vielleicht ein paar Mal ins Kino gehen. Aber meine Mutter hat unsere Unterhaltungen gesehen, meinte, sie müsse ihn „gutheißen", und dann hat sie ihn so sehr gutgeheißen, dass sie beschloss, wir müssten heira-

ten. […] Jetzt verstehe ich, dass er pädophile Neigungen hatte. Und anders hätte er eine 16-Jährige nicht bekommen können."

„Kann ein Mullah eine Nikah durchführen, wenn die Person erst 16 Jahre alt ist?"

„Es gibt die Regel, dass die Eltern nichts dagegen haben dürfen und dass der Mann muslimisch sein muss. [...] Aber ich denke, dass das Einzelfälle sind."

(Aus dem Interview mit Arina, Föderationskreis Wolga)

Bei trans Personen wird die Situation oft durch die Notwendigkeit einer Hormonersatztherapie erschwert. Die Kontrolle durch Eltern oder Erziehungsberechtigte wird eingesetzt, um den Zugang zu Medikamenten zu beschränken, während dieser fehlende Zugang zu schwerwiegenden Folgen für die körperliche und psychische Gesundheit von Menschen führt, die eine Hormonersatztherapie erhalten und unter Geschlechtsdysphorie leiden. (F64.0):

Es gab eine Zeit im Jahr 2022, in der ich finanziell von meiner Mutter abhängig war. Als sie erfahren hat, dass ich weibliche Hormone nehme, hat sie mich ohne Geld und natürlich ohne Medikamente für mehrere Monate zu Hause eingesperrt. Sie hat zugesehen, wie ich unter Entzugserscheinungen gelitten habe. Mein ganzer Körper tat weh. Ich konnte überhaupt nicht denken. Damals habe ich mir beinahe das Leben genommen.

(Heterosexuelle trans Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Wolga, Großstadt)

Verschlossenheit gegenüber den Eltern ist insofern ein besonders wichtiger Faktor, als die Stichprobe der Studie generell jung ist. Dies hängt mit der finanziellen Abhängigkeit von den Eltern, mit Schwierigkeiten, eine eigene Wohnung und Lebensgrundlage zu finden, sowie mit dem Bedürfnis nach Hochschulbildung zusammen. Dadurch stehen queere Frauen in Russland, insbesondere trans Frauen, unter großem Druck, sich schnell von ihren Eltern zu emanzipieren, was durch diskriminierende Gesetze und die Dämonisierung von LGBTQ+ (auch bei der Arbeitssuche, siehe Kapitel 3.4) sowie durch Bedarf an Finanzmitteln zur Durchführung einer Geschlechtsangleichung zusätzlich erschwert wird (geschlechts-

angleichende Maßnahmen wurden nach der Verabschiedung des föderalen Gesetzes “über das Verbot der Geschlechtsangleichung” im Juli 2023 vielfach erschwert und ist im Falle von trans Frauen, die ihre Ausweispapiere nicht rechtzeitig ändern konnten, nur noch auf illegaler „Untergrundbasis” verfügbar, was zusätzliche Kosten bedeutet (für Weiteres sehe Kapitel 4.4., 8.4)).

Unter den queeren Frauen, die angaben, dass sie seit Inkrafttreten des föderalen Gesetzes „Über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen” im Dezember 2022 mehr Angst vor Gewalt zu Hause und im Privatleben haben, sind am häufigsten Personen im Alter von 18 Jahren und jünger vertreten:

- 32,8% – bis 18 Jahre,
- 24,5% – 19–25 Jahre,
- 17,2% – 26–35 Jahre,
- 13% – 36–45 Jahre,
- 8% – 46–55 Jahre. (Illustration 19)

Der Druck der Eltern auf queere Jugendliche, deren gesetzliche Vertreter sie sind, ist in Russland ein gravierendes Problem. Die einzigen Institutionen, die berechtigt sind, in den Erziehungsprozess einzugreifen und die Interessen Minderjähriger zu vertreten, sind die Behörden für Vormundschaft und Pflegschaft (Jugendämter). Angesichts diskriminierender Gesetze gegen LGBTQ-Personen werden diese Behörden jedoch grundsätzlich nicht das Recht von Jugendlichen auf eine nicht-cisgender Identität und nicht-heterosexuelle Orientierung verteidigen. Darüber hinaus befürchten Eltern und Erziehungsberechtigte oft, dass „falsches“ (den Vorstellungen der Eltern und der Gesellschaft nicht entsprechendes) Verhalten des Kindes zu Beschwerden seitens des Jugendamts führen wird. Diese Faktoren schaffen zusammen ein Umfeld, in dem die Interessen von LGBTIQ-Jugendlichen keine Priorität haben, sondern die Interessen des Staates im Vordergrund stehen, der „traditionelle Werte“ und cisheteronormative, homo- und transphobe Vorstellungen in der Gesellschaft darüber fördert, wie Jugendliche aussehen und leben sollten.

§3 Homo- und transphobe Denunziationen: Queere Frauen in Russland und alltägliche Konflikte

Das überwiegend junge Alter der queeren Frauen sowie ihre häufig angespannten Beziehungen zu ihren Eltern (oft aufgrund der staatlichen homo- und transphoben Propaganda, der diese ausgesetzt sind) machen die Suche nach einer Mietwohnung zu einem der dringendsten Probleme dieser Gruppe. Vermutlich sind queere Frauen mit folgenden sich überschneidenden Faktoren der Ungleichheit konfrontiert, die durch Homo- und Transphobie verursacht werden:

- Erstens veranlasst das Bedürfnis nach einer raschen Emanzipation von den Eltern queere Frauen dazu, in Großstädte zu ziehen, wo die Wohnkosten deutlich höher sind.
- Zweitens veranlasst die Verbreitung homophober und transphober Einstellungen in der Gesellschaft queere Frauen dazu, ihren Freundeskreis und ihre Beschäftigung in engen Bereichen zu suchen, in denen diese Einstellungen weniger verbreitet sind (wie Freizeit und Tourismus, Kultur, Kunst und Bildung). Das beschränkt die Suche nach Unterkünften wiederum auf die größeren Städte mit einer ausgeprägten alternativen Kultur und einem gut entwickelten Dienstleistungssektor (vor allem Moskau und Sankt Petersburg im europäischen Teil Russlands sowie, mit großem Abstand, Krasnojarsk, Nowosibirsk und Jekaterinburg in den Föderationskreisen Ural und Sibirien).
- Drittens führt die Abhängigkeit von einer engen Auswahl an „toleranten“ Beschäftigungsbereichen häufig zu starker Konkurrenz, niedrigeren Einkommen und geringerer Einkommenssicherheit für queere Frauen, was die Finanzierung von Mietwohnungen zusätzlich erschwert.
- Viertens sind queere Frauen, die sich oft keine separate Wohnung, sondern nur ein Zimmer leisten können, von homophoben und transphoben Einstel-

lungen ihrer Mitbewohner*innen und Vermieter*innen abhängig. Queere Frauen befinden sich aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Geschlechtsidentität in einer prekären Lage: Ihr soziales Umfeld, ihr Aussehen oder die Nichtübereinstimmung ihres Aussehens mit dem Geschlechtseintrag in ihren Dokumenten können zu einem plötzlichen Verlust ihrer Wohnung führen.

Abgesehen davon, dass die Rechtsgrundlage für den Schutz der Rechte von Mieter*innen in Russland generell viel schwächer ist als in den Ländern der Europäischen Union, sind queere Frauen durch repressive Gesetze gegen LGBTQ+ und die Willkür sowohl der Vermieter*innen als auch der Strafverfolgungsbehörden zusätzlich gefährdet.

Queere Frauen berichten oft von Problemen bei der Wohnungssuche, da Vermieter*innen Fragen zu ihrem Aussehen und ihrer Selbstdarstellung haben oder zu den Gründen, warum zwei Frauen eine gemeinsame Wohnung suchen:

[Es gab] Probleme/Absagen bei der Wohnungssuche aufgrund von körperlichen Merkmalen und der Stimme.

(Bisexuelle trans Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Das Extremismusgesetz [die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation zur Anerkennung der sogenannten „Internationalen LGBT-Bewegung" als extremistisch] macht mir Angst: Es ist schwierig für mich, eine Wohnung zu finden, weil ich mit meiner Partnerin zusammenlebe und mir Geschichten darüber ausdenken muss, wer wir füreinander sind.

(Bisexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

[Nach der Änderung des Geschlechtseintags] habe ich meinen Nachnamen nicht geändert, sondern nur meinen Vornamen. Als wir eine neue Mietwohnung suchten, wurde der Vermieter beim Anblick des Stempels im Pass meiner Frau (in meinen Pass wurde der Stempel nach der Ände-

rung des Geschlechtseintrags nicht übertragen) verlegen und wollte uns mit den Worten „Sind solche Ehen überhaupt erlaubt?“ ablehnen.

(Interview mit Irina, Föderationskreis Nordwest)

In jedem Fragebogen muss ich jedem Wohnungseigentümer erklären, warum wir zu zweit [mit meiner Freundin] wohnen. […] Wir haben mehrere Geschichten parat: dass wir Schwestern, Cousinen oder Freundinnen sind. […] Nehmen wir an, wir müssen dem Eigentümer irgendwie erklären, dass es für uns in Ordnung ist, wenn die Wohnung ein Doppelbett hat. „Nein, wir brauchen keine getrennten Betten.“ – „Warum brauchen wir keine getrennten Betten?“... Diese Erklärungen können ziemlich seltsam sein, ich verstehe, dass sie komisch klingen. Aber es scheint, als gäbe es keine andere Möglichkeit, weil […] es gefährlich ist.

(Interview mit Esther, Zentraler Föderationskreis).

Die Antworten auf offene Fragen zeigen, wie häufig es zu Konflikten zwischen queeren Frauen und ihren Nachbar*innen kommt, die sie aufgrund willkürlicher Vorwürfe wegen ihres angeblich nicht heteronormativen Aussehens und Verhaltens bedrohen. Homophobie und Transphobie können dabei mit Fremdenfeindlichkeit gegenüber Migranten einhergehen:

Mein Nachbar hat mich wegen meines Aussehens belästigt, und weil er nicht verstehen konnte, mit wem ich zusammen lebe.

(Homosexuelle cis Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Sibirien, Großstadt)

Ich wurde zweimal von meinem Nachbarn angegriffen. Nachdem ich das erste Mal bei der Polizei Anzeige erstattet hatte, schubste mich ein Polizist die Treppe hinunter, als mir schlecht wurde und ich um einen Krankenwagen gebeten hatte. Und all das wegen meines Aussehens – ich hatte kurze Haare.

(Homoromantische bisexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Vor kurzem haben Nachbarn in dem Haus, in dem wir eine Wohnung mieten, aus dem Fenster im ersten Stock

lautstark über mein Aussehen diskutiert, dabei homophobe Schimpfwörter verwendet und versucht, mit mir ins Gespräch zu kommen.

(Aus dem Interview mit Irina, Föderationskreis Nordwest)

Die Nachbarn riefen die Polizei, weil ja dort verdächtige Kanacken wohnten, angeblich keine Ahnung, ob Männer oder Frauen.

(Interview mit Nina, Aigyl und Ella)

In dem Interview mit Mariella wird ein Fall angesprochen, in dem die Versorgungsbetriebe ihre Anfragen nach dringenden Reparaturen ignorierten und repressive Gesetze gegen LGBTQ-Personen als Vorwand nutzten, um ein lesbisches Paar, das in der Wohnung lebte, wegen angeblicher rechtswidriger Handlungen anzuklagen. Auf diese Weise wird die Möglichkeit, LGBTQ-Personen wegen der „Illegalität" ihres in einer Mietwohnung geführten Privatlebens anzuzeigen, zu einem Instrument des Missbrauchs:

Im Oktober [2024] wurde mein Dach undicht. Ich habe den Bereitschaftsdienst angerufen, damit sie es reparieren. Ich habe lange keine Antwort erhalten, bis Januar [2025], sie wollten nichts tun, ich habe weiter darauf bestanden. Schließlich kam eine Technikerin, eine ältere Frau. Im Grunde hat sie sich nicht das Dach angeschaut, sondern die Wohnung und unsere persönlichen Sachen. Sie wollte wissen, mit wem ich hier wohne, warum meine Freundin und ich zusammenleben. Schließlich hat sie eine Art Protokoll erstellt, mir aber nicht ausgehändigt und gesagt, dass sie es mir nur bei einem Termin bei der Wohnungsbehörde geben würde. Als ich endlich einen Termin bekommen und das Protokoll über den Zustand des Daches verlangt habe, meinte dieselbe Frau zu mir: „Und Sie selbst machen nichts Illegales? Glauben Sie, ich verstehe das nicht? In Ihrem Alter lebt man nicht einfach so zu zweit. Bevor Sie um eine Reparatur des Daches bitten, sollten Sie selbst nichts Illegales tun." Das Protokoll hat sie mir schließlich gegeben, aber das Dach wurde bis heute nicht repariert. Es ist unmöglich, darauf Einfluss zu nehmen.

(Aus dem Interview mit Mariella; Föderationskreis Zentralrussland, Kleinstadt)

Statistische Daten bestätigen diese Fälle und zeigen, dass die Interaktion mit Nachbar*innen eine der Hauptursachen für Konflikte und Aggressionen gegenüber queeren Frauen im kriegführenden Russland ist. So vermeiden 73,8% der Befragten, als LGBTQ-Personen gegenüber ihren Nachbar*innen offen zu sein, weil sie Angst vor Angriffen, Drohungen oder Verfolgung haben. Die einzigen Umgebungen, wo ein höherer Grad an Verschlossenheit betrifft, sind der öffentliche Nahverkehr (79,2%), Sozialdienste (75,8%) sowie staatliche und öffentliche Dienstleistungsinstitutionen (Banken, Postämter, Geschäfte) (77,8%). All diese Umgebungen sind hinsichtlich der Intensität der Kontakte zu Nachbar*innen unvergleichlich, was das sehr hohe Risiko für queere Frauen in Konfliktsituationen in der Nachbarschaft deutlich macht.

Der erzwungene enge Kontakt zu den Nachbar*innen trägt dazu bei, dass das Privatleben von queeren Frauen zum Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und Beobachtung wird und dann zum Anlass für Denunziationen[28] als auch direkte Gewaltandrohungen. In solchen Denunziationen wird häufig die Angst queerer Menschen vor den Sicherheitskräften und rechtsextremen Gruppen ausgenutzt. In ihrem Interview beschreibt Mariella, wie ihr Zusammenleben mit ihrer Freundin in einer Wohngemeinschaft zu solchen Drohungen führte, die über ein halbes Jahr andauerten:

> *Meine Freundin und ich haben zusammen ein Zimmer gemietet. Unsere Nachbarin war ausgezogen und wir mussten einen neuen Mitbewohner finden. [...] Er hat zwei Monate bei uns gewohnt, dann hat er spontan beschlossen, auszuziehen. Offensichtlich, könnten wir in einem gemeinsamen Haushalt nicht verheimlichen, dass wir lesbisch sind und in einer Beziehung leben. Dann hat er mir geschrieben: „Ich werde euch vernichten. Ich habe den Befehl zu eurer Liquidierung gegeben. Ihr seid verloren, ihr H…ren". Er schickte mir einen Link zu einer Gruppe mit angeblich 6000 Mitgliedern der FSB-Akademie [Der FSB ist die Russische Geheimpolizei]. Dort stand: „Befehl Nr. ... An alle tschetschenischen Feldposten: Vernichtet die H… ren, die ihr Vaterland und patriotische Werte verraten ...", mit unseren Namen versehen. Er hat mir dann weiter geschrieben, dass „der Befehl zur Liquidierung bis Ende des Jahres ausgeführt wird" und dass er mich vernichten wird. Ich habe ihn geblockt, aber er schickte mir mehrere Monate*

lang weiterhin Drohungen und Beleidigungen.
(Aus dem Interview mit Mariella; Föderationskreis Zentralrussland, Kleinstadt)

Dabei führten Mariellas Beschwerden bei der Polizei und bei der echten FSB-Akademie, in deren Namen vermutlich laut Mariella eine rechtsextreme Internetplattform mit Aufrufen zu gezielter Gewalt eingerichtet worden war, lediglich zu formellen Antworten.

In einem anderen Fall wurde die Angst der queeren Frauen vor repressiven Gesetzen direkt ausgenutzt. Die Rechtsprechung und der Wortlaut der anti-queeren Gesetze sehen keine Strafen für das „Zusammenleben" zweier Menschen desselben Geschlechts vor. Trotzdem zeigt dieser Fall, wie bedeutend die Einführung dieser Gesetze für die Katalysierung alltäglicher Homo- und Transphobie und für die Entstehung unerträglicher Lebensbedingungen für queere Menschen aufgrund ständiger Ausgrenzung und Belästigung durch Nachbar*innen ist:

Es gab Drohungen von einer ehemaligen Polizistin, dass man zu mir nach Hause kommt und etwas findet, was nicht da ist, und dass ich wegen LGBT-Extremismus verhaftet werde. Als ich noch mit meiner cis-Ex zusammenlebte, wurde mir ebenfalls gedroht, dass die Polizei gerufen wird, weil zwei Frauen zusammenleben.
(Bisexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Südrussland, Millionenstadt)

§4 Homo- und Transphobie am Arbeitsplatz und in der Bildung: Verletzung der Arbeits- und Bildungsrechte von queeren Frauen

Ähnlich zum Wohnungsmarkt, sind systemische und individuelle Fälle von Diskriminierung in den Arbeits- und Dienstleistungssektoren zu beobachten. Für die junge städtische Bevölkerung, die den Großteil unserer Stichprobe ausmacht, sind diese Sektoren von grundlegender Bedeutung für ihre Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und für ihren Schutz vor sozialer Ausgrenzung. Die Studie zeigt, dass ein entscheidender Faktor für die Diskriminierung von queeren Frauen in den Bereichen Arbeit und Bildung ihre Mög-

lichkeit bzw. Unmöglichkeit ist, ihre Nicht-Cis-Heteronormativität (z. B. homosexuelle Beziehungen, Transgender-Status oder die öffentliche Expression ihrer queeren Identität) zu verbergen.

Dies veranlasst queere Frauen, sich zu bemühen, Aspekte ihres Privatlebens zu geheim zu halten, und führt dazu, dass Arbeitgeber*innen und Kolleg*innen ihr Privatleben unter die Lupe nehmen wollen. Die Sichtbarkeit queerer Frauen als nicht-heteronormative Menschen führt zu Drohungen, Entlassungen, Exmatrikulationen oder Ablehnungen bei Bewerbungen. In Arbeits- und Bildungskollektiven können für queere Frauen oft unerträgliche Bedingungen geschaffen sein, die sich auf ihre Produktivität und psychische Gesundheit auswirken: Sie sind gezwungen, homo- und transphoben Humor zu ertragen und werden regelmäßig mit willkürlichen Vorwürfen bezüglich ihres Aussehens (Haarlänge, Kleidungsstil) konfrontiert. **All dies lässt von einer systematischen Diskriminierung von queeren Frauen in Russland im Bereich der Arbeits- und Bildungsrechte sprechen**, die ihr Recht auf Arbeit und ihr Recht auf Bildung unmittelbar beeinträchtigt.

Während durchschnittlich bei unsere Befragten in 6,4% der Fälle Erfahrungen mit Entlassung oder Ablehnung bei der Jobsuche gemacht haben, 2,8% der befragten cis Frauen und 7% der nicht-binären Personen auf femininem Spektrum, mit Entlassung oder Nichtanstellung konfrontiert werden, beträgt dieser Anteil bei trans Frauen 22,3%. Während durchschnittlich 8,1% unserer Befragten, 2,2% der cis Frauen und ebenfalls 7% der nicht-binären Personen auf femininem Spektrum, mit der Verweigerung von Dienstleistungen konfrontiert werden, liegt dieser Anteil bei trans Frauen bei 19,3%. Somit fällt die Untergruppe der trans Frauen innerhalb der Gesamtheit der queeren Frauen als jene Gruppe auf, deren Angehörige häufiger aus geschäftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen ausgeschlossen werden.

Dass trans Frauen häufiger als andere queere Frauen mit Verstößen und Diskriminierung im Bereich der Arbeiterrechte konfrontiert sind, zeigt insbesondere ihre Antwort auf eine der Fragen des Fragebogens. Wir haben den Befragten vorgeschlagen, aus einer Liste diejenigen Bedürfnisse auszuwählen, die sie derzeit in Russland nicht befriedigen können. Während im Durchschnitt der Stichprobe 23,9% der queeren Frauen angaben, dass sie keine gut bezahlte Arbeit finden können, war dieser Anteil in der Untergruppe der

trans Frauen fast doppelt so hoch: 46,2% (im Vergleich zu 19,4% bei cis-Frauen und 26% bei nicht-binären Personen auf dem weiblichen Spektrum). Das gleiche Verhältnis der Untergruppe der trans Frauen zur Untergruppe der cis Frauen sowie zur Gesamtgruppe der queeren Frauen lässt sich bei der Einschätzung der Befragten hinsichtlich ihrer Möglichkeiten, in Russland heute die gewünschte Ausbildung zu erhalten, beobachten. Während der Durchschnittswert der Stichprobe bei 16,5% lag, betrug er bei cis-Frauen 14,8% und bei nicht-binären Personen auf dem weiblichen Spektrum 15,9%, während er bei Transfrauen mit 27,9% fast doppelt so hoch war. Ein ähnliches Verhältnis ist bei der Einschätzung der befragten queeren Frauen hinsichtlich der Möglichkeit, in Russland ihr Bedürfnis nach wirtschaftlicher Sicherheit zu befriedigen, zu beobachten: Im Durchschnitt der Stichprobe glauben 34,6%, dass sie dieses Bedürfnis nicht befriedigen können, bei den cis Frauen sind es 31,1%, bei den nicht-binären Personen auf dem femininen Spektrum 38% und bei trans Frauen 46,7%. (Illustration 21)

Dies lässt sich vermutlich durch die zusätzliche Stigmatisierung jener queeren Frauen erklären, deren Aussehen als „nicht weiblich genug“ empfunden werden kann. Diese Hypothese wird dadurch bestätigt, dass, obwohl sonstige Indikatoren bei den nicht-binären Personen auf dem femininen und maskulinen Spektrum vergleichbar sind, ist der Anteil nicht-binärer Personen auf dem maskulinen Spektrum, die mit Kritik an ihrem Verhalten und ihren intellektuellen Fähigkeiten (67,3%) oder mit Entlassung oder Nichtanstellung (14,3%) konfrontiert waren, deutlich höher.

Noch weiter verbreitet ist jedoch die Diskriminierung von trans Frauen aufgrund der rechtlichen Lage im Arbeits- und Dienstleistungsbereich, da nach 2023 in Russland die Zahl der trans Frauen zunimmt, die ihre Ausweispapiere nicht mehr ändern können und im Berufsleben mit dem männlichen Geschlechtseintrag auftreten müssen. **Die Einschätzung ihrer finanziellen Unabhängigkeit durch queere Frauen zeigt insbesondere einen Zusammenhang zwischen der Möglichkeit einer rechtlichen Geschlechtsangleichung und der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen**. Auf der Skala von 1 bis 10, wobei 1 *„ich bin völlig abhängig von anderen“* und 10 *„ich bin die Hauptverdienerin und versorge meine Angehörigen“* bedeutet, liegt die durchschnittliche Bewertung bei trans Frauen, die ihren rechtlichen Geschlechtseintrag in „weiblich”

geändert haben, bei 5,85, während sie bei trans Frauen, die ihren rechtlichen Geschlechtseintrag nicht geändert haben, bei 4,13 liegt.

Dass die Unmöglichkeit einer rechtlichen Geschlechtsangleichung die Arbeitsrechte von trans Frauen beeinflusst, wird auch durch die Selbstbeschränkungen bestätigt, zu denen queere Frauen in Russland noch vor Beginn des umfassenden Krieges aus Angst vor Bedrohungen oder Problemen gegriffen haben. **Wie unsere Studienergebnisse zeigten, steht die empfundene Notwendigkeit einer Geschlechtsangleichung dabei in der Korrelation mit diesen Selbstbeschränkungen.** So geben 64,4% der queeren Frauen an, die keine Bedürfnis nach einer Geschlechtsangleichung haben, dass sie vor Beginn des Krieges keine Selbstbeschränkungen praktizierten, aber nur 45,7% der queeren Frauen, die eine Bedürfnis nach einer Geschlechtsangleichung hatten, das bereits erfüllt ist, und 38,8% der queeren Frauen, die derzeit ein noch unerfülltes Bedürfnis nach einer Geschlechtsangleichung haben.

Bei den Antworten zu konkreten Formen der Selbstbeschränkung bleibt das Verhältnis unverändert, allerdings wird der Unterschied in den Bereichen Bildung und Arbeit noch ausgeprägter. So verzichteten vor Beginn des Krieges 12,8% der cis Frauen (die nie das Bedürfnis nach einer Geschlechtsangleichung empfunden haben), 21,9% der trans Frauen, die bereits eine Geschlechtsangleichung durchführen konnten, und 33,1% der trans Frauen, die noch keine Geschlechtsangleichung durchführen konnten, auf den Besuch öffentlicher Kulturveranstaltungen. Der Unterschied zwischen cis Frauen und trans Frauen, die keine Geschlechtsangleichung durchführen konnten, ist fast das Dreifache.

Eine ähnliche Situation ist bei informellen sozialen Interaktionen zu beobachten: 29,2% der cis Frauen und 38,1% der trans Frauen (gleiche Anteile unter denjenigen, die eine Geschlechtsangleichung vollzogen haben, und denen, die dies noch nicht getan haben) geben an, dass sie sich in solchen Interaktionen zurückhielten. Der **Anteil der cis Frauen**, die angeben, sich vor Beginn des Krieges beim Zugang zu Bildung eingeschränkt zu haben **(1,7%)**, war jedoch **fast fünfmal geringer als der Anteil der trans Frauen, die ihren Bedarf nach einer Geschlechtsangleichung erfüllt haben (8,6%), und fast siebenmal geringer als der Anteil der trans Frauen, die einen noch unerfüllten Bedarf an einer Geschlechtsangleichung haben (12,2%).** 2,4% der queeren Frauen, die keine

Geschlechtsangleichung benötigen, 10,5% der queeren Frauen, die eine Geschlechtsangleichung vorgenommen haben, und 16,5% der queeren Frauen, die derzeit einen ungedeckten Bedarf an Geschlechtsangleichung haben, verzichteten aus Angst, keine neue Stelle zu finden, auf einen Jobwechsel – da ist der niedrigste Wert etwa sechsmal niedriger als der höchste. (Illustration 22)

Ein Vergleich der oben genannten Daten mit den Antworten auf eine ähnliche Frage, die sich jedoch auf den Zeitraum nach Beginn des umfassenden Krieges im Jahr 2022 bezieht, zeigt, **dass der Anteil der Personen mit Erfahrungen mit Selbstbeschränkung in jeder Untergruppe zunimmt, wobei dieser Anstieg bei trans Frauen besonders ausgeprägt ist**.

Nur 41,1% der cis Frauen geben an, nach Beginn des umfassenden Krieges keine Selbstbeschränkungen vorgenommen zu haben (das sind 23% weniger als vor dem Krigegsbeginn), nur 17,1% der trans Frauen, die eine Geschlechtsangleichung vorgenommen haben (28,5% weniger als vor dem Krigegsbeginn) und nur 12,9% der trans Frauen, die derzeit eine Geschlechtsangleichung benötigen (25,9% weniger als vor dem Krigegsbeginn). Nach Beginn des umfassenden Krieges

- verzichten 32,7% der cis Frauen, 58,1% der trans Frauen, die eine Geschlechtsangleichung vorgenommen hatten, und 61,2% der trans Frauen, die eine Geschlechtsangleichung benötigen, auf den Besuch öffentlicher Kulturveranstaltungen (etwa dreimal häufiger als vor 2022 für jede Gruppe);
- Jeweils 48,0%, 73,3% bzw. 68,3% halten sich in informellen sozialen Interaktionen zurück (etwa doppelt so häufig wie vor 2022 für jede Gruppe);
- 4,6%, 23,8% bzw. 25,2% schränken sich beim Zugang zu Bildung ein,
- 7,2%, 31,4% bzw. 36% verzichteten aus Angst, keine neue Stelle zu finden, auf einen Jobwechsel, und
- 3,8%, 32,4% и 36,7% — in Bewerbung um eine gewünschte Stelle.

Ein noch deutlicherer Unterschied zwischen verschiedenen Gruppen queerer Frauen hinsichtlich ihres Bedarfs an einer Ge-

schlechtsangleichung zeigt sich in ihrer Selbstbeschränkung bei der Bewerbung um gewünschte Stellen: Nur 1,2% der queeren Frauen, die nie den Bedarf an einer Geschlechtsangleichung hatten, haben diese Selbstbeschränkung erlebt; Dieser Anteil ist fast achtmal niedriger als der Anteil der trans Frauen, die eine Geschlechtsangleichung vorgenommen haben (10,5%), und fast zwölfmal niedriger als der Anteil der trans Frauen, die derzeit einen ungedeckten Bedarf an einer Geschlechtsangleichung haben (14,4%). Bemerkenswert ist auch, dass unter den wenigen trans Frauen, die angeben, nie das Bedürfnis empfunden zu haben, ihr Geschlechtseintrag zu ändern (weniger als 1% der Gesamtstichprobe, 14 Teilnehmerinnen), niemand sich jemals bei der Bewerbung um einen Wunschjob, beim Jobwechsel oder bei der Ausbildung eingeschränkt hatte.

Der Unterschied zwischen queeren Frauen, die ein Bedürfnis nach einer Geschlechtsangleichung haben, und denen, die kein solches Bedürfnis haben, wird bei der Interaktion mit offiziellen Stellen, die die Vorlage von Dokumenten verlangen (wie Banken oder Postämter), noch größer: Unter cis-Frauen schränken sich nur 4,2% in diesem Bereich ein, während unter trans Frauen, die ihre Dokumente geändert haben, der Anteil bei 19% liegt und unter denen, die ihre Dokumente nicht ändern konnten, bei 18%, also mehr als viermal so hoch. Das Verhältnis ist jedoch durch die Präsenz von trans Frauen in der Stichprobe verzerrt, die keine Notwendigkeit empfinden, ihre Dokumente zu ändern; Bei einer genaueren Betrachtung dieses Kriteriums beträgt die Selbstbeschränkung 18,9% unter denjenigen, die ihre Dokumente nicht geändert haben, und 17,2% unter denjenigen, die ihre Dokumente geändert haben, wobei der geringe Unterschied zwischen diesen Gruppen durch die Angst um ihr „Pass“ erklärt werden kann, d. h. der Übereinstimmung mit dem cisnormativen weiblichen Aussehen im Falle einer Änderung des Geschlechtseintrags.

Nach dem Ausbruch des Krieges im Jahr 2022 verschlechterten sich die Werte der Selbstbeschränkung aller Gruppen von Queer-Frauen. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die nie das Bedürfnis nach einer angleichenden Operation verspürt haben: Ihr Grad an Selbstbeschränkungen näherte sich dem Vorkriegsniveau derjenigen, die dieses Bedürfnis haben oder hatten. Dies bestätigt die These von Menschenrechtsaktivist*innen über die „Queerisierung” sozialer Gruppen in Russland: Die Kategorie „queere Menschen”,

die negative Konnotationen hat, umfasst immer mehr Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt sind. (Illustration 23)

Diskriminierende Gesetze und der Rechtsruck, der in direktem Zusammenhang mit den durch den Krieg ausgelösten sozialen Veränderungen steht, verstärken somit die Tendenz zur Diskriminierung von LGBTQ-Personen, die in der russischen Gesellschaft bereits vor Kriegsbeginn bestand. Die Lage von einzelnen Untergruppen innerhalb der Gemeinschaft von queeren Frauen hängt dabei davon ab, inwieweit jede der Untergruppen von ihrem Umfeld als nicht cis-heterosexuell wahrgenommen wird. In Freitext-Antworten und Interviews berichten die Teilnehmerinnen der Umfrage über konkrete Fälle von Diskriminierung, Missbrauch und Verletzung von Arbeitsrechten aufgrund von Homo- und Transphobie. Diese Fälle zeigen, dass repressive Gesetze gegen LGBTQ+, die Entscheidung des Obersten Gerichts der Russischen Föderation, die sogenannte „internationale LGBT-Bewegung" als extremistisch einzustufen, sowie der Krieg und die Verbreitung von Aggressionen durch die Veteranen alles Faktoren sind, die Verstöße der Arbeitgeber*innen legitimieren und das Gefühl der Straffreiheit bei solchen Verstößen verstärken:

> *Man wollte mich wegen meiner blauen Haare entlassen, aber es kam nicht dazu, weil der Direktor sich anders überlegte. Dieser Konflikt wurde in den sozialen Netzwerken thematisiert. Sie erpressten mich mit Entlassung wegen unangemessenem Verhalten, das ich eigentlich nie gezeigt hatte. Sie deuteten an, dass sie bei meiner Entlassung Pädophilie als Grund angeben würden, wenn ich nicht ohne offizielle Rücknahme aus dem Urlaub zurückkehren würde.*
>
> *(Pansexuelle nicht-binäre Person auf dem maskulinen Spektrum, 26-35 Jahre, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)*

> *[...] Ich musste meinen Arbeitsplatz wechseln, da das Team an meinem vorherigen Arbeitsplatz hauptsächlich aus Frauen über 50 bestand, die vollständig unter dem Einfluss der staatlichen Propaganda waren. Sie haben mich verdächtigt, „schwul" zu sein, und mein Arbeitsalltag wurde zur psychologischen Hölle (kleine Intrigen vor den Vorgesetzten, grundlose Unzufriedenheit mit der Qualität meiner*

Arbeit, Gerede hinter meinem Rücken, „Mitleid", dass ich allein bin, offene Verspottung wegen meines Aussehens und meiner Kleidung, provokative Äußerungen zum Thema Krieg, Jugend, LGBT und so weiter). Mein Körper begann zu versagen, ich musste jeden Tag weinen, als ich zur Arbeit gegangen und als ich nach Hause gekommen bin. Es sind körperliche Symptome von Angstzuständen aufgetreten, auch Magenprobleme, und mein Zyklus ist ausgeblieben (ich weiß aber, dass ich noch sehr, sehr leicht davongekommen bin und nur psychisch „fertiggemacht" wurde).

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland)

An meinem jetzigen Arbeitsplatz werden Mitarbeiter entlassen, die auch nur im Geringsten ihr Privatleben erwähnt haben, es werden Gründe dafür erfunden, sie gemäß einem bestimmten Gesetz zu entlassen. Ich muss schweigen und viel lügen. Zuvor wurde ich nur wegen einer einzigen Bemerkung in einem privaten Gespräch mit einem Kollegen entlassen. Das Gespräch fand außerhalb der Arbeitszeit statt und es ging darum, wie jeder sein Wochenende verbringen wollte. Ich sagte: „Ich fahre mit meiner Freundin aufs Land" …

(Bisexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Zuletzt wurde ich entlassen, weil einer der Vorgesetzten von meiner sexuellen Orientierung und meiner sozialen Haltung erfahren hatte. Ich habe das nicht verheimlicht.

(Homoexuelle Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Als die Sicherheitsleute am Kontrollpunkt herausgefunden haben, dass ich eine trans Frau bin, haben sie angefangen, mich zu belästigen, mich ständig zu durchsuchen, mich zu beleidigen und zu sagen, dass ich ein ekelhaftes Wesen sei und dass es toll wäre, wenn alle wie ich getötet würden. Sie haben mich immer lange durchsucht, damit alle, die den Kontrollpunkt passierten, sehen konnten, wie sie mich misshandelten und dass ich ein minderwertiger Mensch und des Lebens nicht würdig sei.

(Bisexuelle trans Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Ural, Millionenstadt)

Für queere Frauen wird die Atmosphäre in Arbeitskollektiven oft unerträglich, da alltägliche Homo- und Transphobie zur Norm der Kommunikation werden. Queere Frauen sind gezwungen, dies zu tolerieren, da sie bei Widerspruch Sanktionen und fehlende Beschwerdemöglichkeiten befürchten. Besonders psychisch gefährdet sind queere Frauen in Arbeitskollektiven, in denen Homophobie und Transphobie mit der Rechtfertigung aggressiver Kriege einhergehen:

> *[Ich empfinde] Apathie. Bei der Arbeit höre ich ständig von bösen degenerierten Schwuchteln. Das bedrückt mich, ich werde verzweifelt. Mein Kopf ist voll mit Beleidigungen und Demütigungen, die ich bei der Arbeit höre, deshalb kann ich mich nicht konzentrieren. [...] Bei der Arbeit höre ich jeden Tag, dass die Schwuchteln den Krieg angefangen haben, dass Schwuchteln an allem schuld sind und dass wir alle vernichtet werden müssen.*
>
> *(Homosexuelle nicht-binäre Person auf dem maskulinen Spektrum, 26-35 Jahre, Föderationskreis Südrussland, mittelgroße Stadt)*

> *An meinem neuen Arbeitsplatz gefiel meiner Kollegin nicht, dass ich einen Kurzhaarschnitt und Männerkleidung trug.*
>
> *(Homosexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 46–55 Jahre alt, Föderationskreis Ferner Osten, Kleinstadt)*

> *Ich wurde von der Schule, an der ich gearbeitet habe, entlassen. Ich bin still gegangen, habe nicht versucht, wieder eingestellt zu werden, und habe eine neue Arbeit gefunden. Der Grund war „Propaganda unter Minderjährigen", obwohl ich nur Jugendliche unterstützt habe. Ich wurde still entlassen, mit einer perfekten Empfehlung, aber von einem Tag auf den anderen. Man wollte keinen Skandal.*
>
> *(Bisexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 19-25 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

Einige Arbeitgeber*innen halten es für normal, das Privatleben ihrer queeren Mitarbeiterinnen zu überwachen, und betrachten dabei entdeckte Anzeichen von Nicht-Heteronorma-

tivität als Grund für Druck und Kündigungsdrohungen. Queere Frauen sehen sich gezwungen, ihre öffentliche Präsenz als LGBTQ-Personen (insbesondere in sozialen Netzwerken) nicht nur aufgrund repressiver Gesetze, sondern auch aus Angst vor Entlassung einzuschränken:

> *Als meine Chefin von meiner Beziehung zu meiner Kollegin erfahren hatte, mit der ich bis heute zusammenlebe, kam sie fast jede Woche und schrie: „Entscheidet euch, wer von euch kündigt." Alles wegen der Gerüchte. Irgendwann hat sie sich beruhigt.*
>
> *(Homosexuelle nicht-binäre Person auf dem maskulinen Spektrum, 26-35 Jahre, Föderationskreis Ural, Kleinstadt)*

> *Ich musste alles aus den sozialen Netzwerken löschen, was mich mit der Community in Verbindung bringen könnte, damit ich nicht entlassen oder bestraft werde. Ohne Arbeit würde ich auf der Straße landen, ich wohne zur Miete.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 25-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Ich habe mehrfach Beschwerden in sozialen Netzwerken erhalten, dass Menschen wie ich nicht mit Kindern arbeiten dürfen. [...] Man hat mir gedroht, sich bei der Geschäftsleitung zu beschweren, damit ich entlassen werde. [...] Ich weiß nicht, ob das mit meinen Posts oder meinem Leben zu tun hat. Mehrmals wurde ich bei der Arbeit „zur Rede gestellt", dass mein Aussehen nicht dem einer Lehrerin entspricht. Dabei habe ich mir seit drei Jahren die Haare nicht mehr gefärbt, um keine unnötigen Fragen zu provozieren. [...] Möglicherweise wurden einige meiner persönlichen Geschichten (wie zum Beispiel, dass wir zusammen in den Zoo gegangen sind) so interpretiert, dass ich in einer Beziehung mit einer Frau bin.*
>
> *(Aus dem Interview mit Mariella; Föderationskreis Zentralrussland, Kleinstadt)*

Willkürliche Anforderungen zum Aussehen und Verhalten werden von Arbeitgeber*innen auch bei der Einstellung angewendet, was dazu führt, dass LGBTQ-Personen bei der Ausübung ihres Arbeitsrechts direkt diskriminiert werden, und das ohne Möglich-

keiten, sich wegen diskriminierender Gesetze zu beschweren. Am stärksten betroffen sind dabei queere Frauen, die sich in sozialen Netzwerken offen zeigen und in ihrer äußeren Erscheinung nicht-heteronormative Elemente aufweisen, die als „nicht feminin genug" gelten. Bemerkenswert ist, dass sowohl cis als auch nicht-binäre Pesonen und trans Frauen ähnliche Gründe für die Nichteinstellung angeben. Im Falle von trans Frauen kann bereits der Verdacht, dass die Frau jemals eine Geschlechtsangleichung vorgenommen hat, problematisch sein. Solche Geschichten sind in unserer Studie zahlreich zu finden:

> *Ich wurde nicht für gut bezahlte Jobs eingestellt, entweder weil ich eine Frau bin oder weil ich nicht feminin genug aussah.*
>
> *(Homoromantische bisexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Einmal wurde mir eine Stelle verweigert. Die Managerin las meinen öffentlichen Kanal, in dem ich einfach über mein Leben (über meine Partnerin und so weiter) erzählt habe, und hat meine Bewerbung abgelehnt.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

> *In der dritten Phase des Bewerbungsvorgangs, nach zwei Tagen Praktikum, hat die Abteilungsleiterin mein Gedicht über LGBT irgendwo in einer verlassenen Poesiegruppe gesehen, hat sich sehr negativ dazu geäußert und gesagt, dass sie mich nicht hier haben wolle, da ich dem Unternehmen schaden würde.*
>
> *(Homosexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 19-25 Jahre, Föderationskreis Ural, Großstadt)*

> *Ich habe es nicht geschafft, die Geschlechtsangleichende Operation durchzuführen, aber ich habe es geschafft, meine Papiere zu ändern. Wenn man sie hat, gibt es insgesamt weniger Probleme, aber ich kann keine einzige medizinische Untersuchung für eine offizielle Arbeit bestehen.*
>
> *(Asexuelle trans Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Sibirien, Landstadt)*

Eine Teestube brauchte eine neue Mitarbeiterin, aber niemand hat sich gemeldet. Eine Freundin, die dort arbeitete, hat mich vorgeschlagen. Ich wurde eingeladen und fing an zu arbeiten (ohne offiziellen Arbeitsvertrag). Ich wurde zunächst mit meinem aktuellen Namen vorgestellt, meine Chefin hat mich gut behandelt, sie ist richtig mit mir umgegangen, wie mit einer Frau. Aber wie sich herausgestellt hat, hat sie nicht verstanden, dass ich eine trans Frau bin. Nach Rücksprache mit einer anderen Freundin (der Tochter dieser Chefin) habe ich beschlossen, meiner Chefin alles zu erzählen, um Missverständnisse in Zukunft zu vermeiden. Es gab keine Beleidigungen oder Hass, aber ein paar Tage später hat sie mir gesagt, dass sich andere Leute für die Stelle beworben hätten und meine Hilfe nicht mehr benötigt würde. Im Grunde genommen wurde ich einfach rausgeworfen.

(Pan-/demisexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Ural, Kleinstadt)

Bei der Einstellung wurde eine gründliche dreistufige Untersuchung beim Gynäkologen durchgeführt. Mir wurde es so erklärt: Das wird von oben verlangt.

(Bisexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

In einem Vorstellungsgespräch wurde ich wegen eines „zu konservativen Teams" abgelehnt. Ich habe eine männliche Stimme, aber alles andere an mir ist weiblich. Anscheinend haben sie auch diese Diskrepanz gespürt und wollten kein Risiko eingehen.

(Asexuelle trans Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Ich wurde für eine Stelle als Juristin abgelehnt (ich habe eine juristische Ausbildung und viel Erfahrung, und vor allem den Wunsch, gewissenhaft zu arbeiten), auch für andere Stellen wurde ich nicht genommen, mit der Begründung, man wolle nicht mit einer transsexuellen Person arbeiten.

(Heterosexuelle trans Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Wolga, Großstadt)

Feminine oder maskuline Elemente im Aussehen und Verhalten von queeren Frauen werden besonders problematisch, wenn

sie nicht mit dem Geschlechtseintrag in ihrem Ausweis übereinstimmen. Nicht nur trans Frauen, sondern auch nicht-binäre Personen oder cis Frauen mit maskuliner Selbstdarstellung sind mit Diskriminierung und Druck aufgrund ihres „nicht weiblichen Aussehens" konfrontiert:

> *Bei den Vorstellungsgesprächen wurde mir gesagt, dass ich „unprofessionell" aussehe (es ging dabei nicht um meine Kleidung oder Frisur, sondern um Dinge, die nur durch eine Operation und/oder Hormone geändert werden können).*
>
> *(Bisexuelle nicht-binäre Person auf dem maskulinen Spektrum, 26-35 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

> *Ich habe illegal mit einer Hormontherapie begonnen, mein Aussehen entspricht nicht meinen Dokumenten, und ich bin gezwungen, als Kurier oder in Fastfood-Restaurants zu jobben, weil ich keine andere Arbeit finde.*
>
> *(Homosexuelle nicht-binäre Person auf dem maskulinen Spektrum, 19-25 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

Wir haben die Befragten gefragt, ob zwei Ereignisse ihre Beschäftigung beeinflusst haben: das Inkrafttreten des Gesetzes „Über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" im Dezember 2022 und die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation im November 2023, die nicht existierende Organisation „Internationale LGBT-Bewegung" als extremistisch einzustufen. 2,7% der queeren Frauen gaben an, dass sie aufgrund des ersten Ereignisses ihren Arbeitsplatz oder ihre Haupteinkommensquelle verloren hätten, und 2% aufgrund des zweiten Ereignisses. Dabei gaben trans Frauen den Verlust ihres Arbeitsplatzes oder ihrer Hauptbeschäftigung um ein Vielfaches häufiger an als cis Frauen: im ersten Fall 8,6% gegenüber 1,6%, im zweiten Fall 6,1% gegenüber 1%.

Angesichts der repressiven Gesetze gegen LGBTQ-Personen verweigern Arbeitgeber*innen faktisch ihre Pflicht, queeren Menschen, die bei ihnen angestellt sind, Sicherheit am Arbeitsplatz zu gewährleisten. Besonders gefährdet sind dabei queere Frauen, die in unqualifizierten Berufen mit Kundenkontakt arbeiten, beispielsweise als Verkäuferinnen. Aufgrund der sozialen

Marginalisierung und Stigmatisierung queerer Frauen sind sie häufig auf solche Tätigkeiten angewiesen. In den kommenden Jahren wird dieses Problem für trans Frauen besonders aktuell sein, da diejenigen von ihnen auf den Arbeitsmarkt kommen werden, die aufgrund ihres Alters nie die Möglichkeit hatten, ihren Geschlechtseintrag ändern zu lassen, und für die der Zugang zu höherer Bildung und qualifizierter Arbeit aufgrund der Stigmatisierung und psychologischen Probleme erheblich erschwert ist. Die Schuld für die entstehenden Gefahren wird den queeren Frauen selbst gegeben. Manchmal schränken Arbeitgeber*innen die Einstellung von Menschen ein, die nicht heteronormativ aussehen, um angesichts homophober und transphober Einstellungen in der Gesellschaft Probleme für ihr Unternehmen zu vermeiden:

> *Das passiert hauptsächlich bei der Arbeit. Da meine Arbeit mit Menschen zu tun hat, bin ich oft mit körperlicher Gewalt konfrontiert, sogar meine Haarlänge ist ein Grund dafür.*
>
> *(Pansexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Ural, Kleinstadt)*

> *Als Verkäuferin habe ich wiederholt Drohungen von Kunden erhalten, einen „Schwuchtel" zu erledigen oder umzubringen.*
>
> *(Bisexuelle trans Frau, 46-55 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Bei der Arbeit (in einem Gastronomiebetrieb) begann ein Gast in Abwesenheit meiner Kollegin, des Sicherheitspersonals und anderer Gäste, mich zu begrapschen und an den Armen zu packen, mir Sex anzubieten und mir schmutzige Worte sexueller Natur zuzurufen, bis meine Kollegin zurückgekommen ist und das Sicherheitspersonal gerufen hat. Danach kam er mehrere Monate lang während meiner Schichten in den Betrieb, um uns zu beleidigen.*
>
> *(Bisexuelle trans Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Fernost, mittelgroße Stadt)*

> *Bei der Arbeit wurde mir mitgeteilt, dass einige Kunden aufgrund des geänderten Geschlechtseintrags in meinem Ausweis nicht mit mir zusammenarbeiten werden.*
>
> *(Bisexuelle nicht-binäre Person*

auf dem femininen Spektrum, 26-35 Jahre, Föderationskreis Wolga, Großstadt)

Aufgrund meines Aussehens wurde meine Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen eingeschränkt, ich wurde nicht für Auszeichnungen und Belohnungen vorgeschlagen.
(Asexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Wolga, mittelgroße Stadt)

Im letzten Jahr wurden ich und meine Freundin häufiger als zuvor von Männern belästigt (bei der Arbeit, in öffentlichen Verkehrsmitteln, auf der Straße). Wir wurden entlassen, weil ein Mann uns mit extrem unangemessenem Verhalten und Beleidigungen angegriffen hat und wir versucht haben, uns (verbal) zu verteidigen. Die Vorgesetzten haben sich auf seine Seite gestellt. Die Arbeitsaufsichtsbehörde hat uns nicht geholfen.
(Homoromantische bisexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Ich arbeitete an der Kasse in einem Lebensmittelladen, und oft versuchten Männer mich anzusprechen. Ich sagte offen, dass ich lesbisch bin, und fast alle waren überzeugt, dass sie mich „heilen" könnten, weil ich „noch keinen richtigen Mann" gehabt hatte. Manchmal wurde ich von denselben Männern sexuell belästigt, einmal sogar vergewaltigt...
(Homosexuelle intersexuelle Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Im Februar 2025 wurde eine ähnliche Situation öffentlich bekannt: In der Stadt Wladimir (Zentraler Föderationskreis, mittelgroße Stadt) betrat ein Vertreter der rechtsextremen Organisation „Veteranen Russlands" eine Filiale der Supermarktkette „Pjatjorotschka" und begann, eine Mitarbeiterin des Geschäfts – eine trans Frau mit nicht angepasstem Ausweis – zu filmen und zu befragen. Der Grund für das Interesse des Aktivisten war das Aussehen der Mitarbeiterin: ein männlicher Name auf ihrem Namensschild in Kombination mit langen Haaren und Make-up. Im Zuge seiner Beleidigungen schrie er sie an: *„Für solche wie dich sterben Jungs in den Schützengräben."*

Infolge dieses Vorfalls hat der Arbeitgeber seine Angestellte nicht vor Gewalt und Übergriffen am Arbeitsplatz geschützt. Nachdem auf der Website „Veteranen Russlands" die Forderung gestellt

wurde, „zu erklären, wie die Leitung der Handelskette zu solchen Situationen steht und welche Maßnahmen sie zur Einhaltung der Rechtsnormen der Russischen Föderation ergreift“, hat der Arbeitgeber die transidente Mitarbeiterin entlassen[29].

In einer Erklärung, die auf der Website der rechtsradikalen Organisation „Veteranen Russlands“ veröffentlicht wurde, wurden die Handlungen ihres Aktivisten damit begründet, dass er die Einhaltung der Gesetze (in diesem Fall des repressiven föderalen Gesetzes „über das Verbot von LGBT-Propaganda“) kontrolliert habe.

Dieser Fall zeigt deutlich, dass sich rechtsextreme Bewegungen in Russland durch den Einsatz gewalttätiger Methoden (Androhung von Gewalt, Einschüchterung, psychischem Druck, Offenlegung persönlicher Daten) als Verbündete des Staates in Bezug auf die anti-genderpolitische Agenda verstehen: sie unterstützen aktiv Gesetze, die LGBTIQ-Personen diskriminieren, und tragen zu deren Umsetzung bei. Gleichzeitig rechtfertigen die „Veteranen Russlands“ ihre Wachsamkeit in Bezug auf die Umsetzung der Gesetze mit ihrer gesellschaftlichen Bedeutung – der Notwendigkeit, „traditionelle Werte“ zu schützen, sowie der „Gefahr für die Gesellschaft“ und „Kinder” durch trans Personen, selbst wenn diese keine öffentlichen Aktivitäten ausüben, sondern lediglich bei der Ausübung ihrer beruflichen Pflichten sichtbar sind. Darüber hinaus wird die Bedeutung der „Bedrohung“ dadurch legitimiert, dass ein „Veteran der SMO“ darüber spricht. „Der Veteran der SMO“ (SMO = Spezielle Militärische Operation, Euphemismus der russischen Propaganda zum Ukraine-Krieg) ist zu einer Art Sprachrohr des Rechtsradikalismus in Russland und zu einem Kanal für dessen Verbindung mit der staatlichen Agenda und Gesetzgebung geworden:

> *Anlass für die Beschwerde war ein Vorfall, der in der Öffentlichkeit für Aufsehen sorgte: In einem der „Pjatjorotschka“-Läden entdeckte ein Kunde einen transgender Kassierer. Angesichts der geltenden Gesetzgebung und des in Russland geltenden Verbots der Propaganda für LGBT fordert die Bewegung „Veteranen Russlands“ von der X5 Group eine Erklärung zur offiziellen Position des Unternehmens in Bezug auf den Vorfall. Es ist wichtig zu verstehen, wie die Leitung der Handelskette zu solchen Situationen steht und welche Maßnahmen sie ergreift, um die Rechtsnormen der Russischen Föderation einzuhalten. Darüber hinaus wurden an die Generalstaatsanwaltschaft der Rus-*

> *sischen Föderation und den Untersuchungsausschuss Russlands Anträge gestellt, eine Überprüfung auf mögliche Verstöße gegen die Gesetzgebung im Zusammenhang mit LGBT*-Propaganda durchzuführen. [...]*

Der Vorsitzende der Bewegung „Veteranen Russlands", Freiwilliger der SVO Ildar Rezyapow:

> *In unserem Land gibt es eine klar definierte staatliche Politik zum Schutz traditioneller Werte, und alle Versuche, uns fremde Ideologien aufzuzwingen, müssen auf entschiedenen Widerstand der Öffentlichkeit stoßen. Der Vorfall in der „Pjaterotschka"-Filiale hat für Aufsehen gesorgt, und die Menschen haben ein legitimes Recht darauf, von der Geschäftsleitung der X5 Group eine Erklärung zu erhalten. Warum passieren solche Dinge in einer russischen Handelskette? Welche Maßnahmen werden ergriffen, um mögliche Propaganda unter den Käufern, unter unseren Kindern, zu verhindern?*
>
> *Wir haben uns an die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation und den Untersuchungsausschuss Russlands gewandt mit der Bitte, die Situation auf Verstöße gegen die Gesetzgebung zu überprüfen[30].*

In solchen Situationen haben queere Frauen kaum Möglichkeiten, ihre Rechte zu verteidigen, da Homophobie und Transphobie in der Gesellschaft mit der Angst der Arbeitgeber vor rechtsextremer Gewalt und der Anwendung queerenfeindlicher Gesetze in Russland einhergehen. Der Wortlaut dieser Gesetze macht solche Verstöße möglich: Die Kriterien für „LGBT-Propaganda" (für Weiteres siehe Kapitel 4.2) bleiben äußerst vage, was rechtsextremen Aktivisten ermöglicht, selbst zu entscheiden, wann die Arbeiterrechte einer queeren Frau verletzt werden können, wenn sie ihnen „gefährlich" erscheint.

Seit Beginn des umfassenden Krieges werden queere Frauen in Russland mit ähnlichen Problemen bei der Weiterbildung und dem allgemeinen Zugang zu Bildung konfrontiert. Nicht heteronormatives Aussehen oder Verhalten wird als Vorwand für Denunziationen aufgrund persönlicher Abneigung, unfairer Konkurrenz oder Machtmissbrauch genutzt. Der Druck kommt nicht nur von Lehrkräften oder Verwaltungsangestellten, sondern auch von Kolleg*innen oder

anderen Studierenden:

Ich wurde von den Betreuerinnen im Studentenwohnheim und der Hochschulleitung auf alle möglichen Arten angegriffen. Es sah so aus, als würde man mich absichtlich fertigmachen. Letztendlich hat das alles dazu geführt, dass ich von der Hochschule verwiesen wurde.

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Kleinstadt)

Meine Freundin und ich, wir waren damals beide Studentinnen an derselben Universität, und haben in einem Studentenwohnheim in der Stadt Dubna gewohnt. Wir haben uns ein Zimmer geteilt, und jemand hat uns gemeldet [dass wir lesbisch sind und eine Beziehung haben]. Wir waren immer zusammen unterwegs, was schon verdächtig war. Das reichte dann auch schon aus. Da ich älter war, wurde ich als „Anstifterin" betrachtet. Es gab einen großen Streit mit den Nachbarn und dem Hausmeister des Wohnheims. Ich wurde rausgeworfen und hatte keine Unterkunft mehr.

(Aus dem Interview mit Mariella, Föderationskreis Zentralrussland)

An der Hochschule wurde mir vorgeworfen, dass ich „LGBT-Propaganda" betreibe. Ich wurde zum Schulleiter gerufen, wo auch andere Lehrkräfte anwesend waren. Einer von ihnen hat mir den Weg zum Ausgang versperrt und mich voller Hass angestarrt. Er sagte etwas wie: Ich weiß natürlich, welche Gemeinschaft du repräsentierst, aber versuch dich weniger hervorzuheben, wenn du keine Probleme haben willst. Das war nicht der einzige Vorfall. Viele Lehrer haben sich ähnlich verhalten, und auch Studenten haben mir gedroht. Dabei sah ich immer gepflegt aus. Ich habe einen strengen klassischen Anzug getragen, Schuhe, eine Handtasche, Schmuck und dezentes Make-up, aber meine langen Haare waren für sie wie ein rotes Tuch. [Sie sind zunächst darauf bestanden, dass ich auf Fernstudium umsteige, dann darauf, dass ich die Hochschule verlasse] [Meine Kommilitonen] meinten zu mir, dass [die Hochschulleitung] nur darauf warte, dass ich als „normaler" Mensch zu ihnen

komme.

(Aus dem Interview mit Bella, Föderationskreis Sibirien).

Es ist wichtig zu wissen, dass queere Frauen im kriegführenden Russland nicht nur von der Leitung und den Lehrkräften der Bildungseinrichtungen, sondern auch von anderen Studierenden homophober und transphober Gewalt ausgesetzt sind. Der im Jahr 2022 verstärkte Trend zur rechtskonservativen Mobilisierung junger Menschen (insbesondere die Ermutigung, „unpatriotisches" Verhalten zu beobachten und zu melden) wird immer deutlicher. So wie beim Druck durch Vorgesetzte/Führungskräfte haben queere Frauen Angst, sich zu beschweren, und wissen nicht, wie sie das machen sollen, da es oft keine direkten Übergriffe gibt:

In der Schule und online in einem Gruppenchat wurde ich mit transphoben Äußerungen konfrontiert, man hat Witze über meinen Namen gemacht, Fake-Accounts erstellt und in meinem Namen geschrieben, was für eine Schlampe ich sei (in einem Chat einer anderen Klasse).

(Bisexuelle trans Frau unter 18 Jahren, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Ich habe in einem Studentenchat der Universität meine Meinung zu homophoben Gesetzen geäußert und daraufhin in privaten Nachrichten Drohungen von kaukasischen Studenten der Universität erhalten. Ich kann mich nirgendwo hin wenden, man muss sich nur ansehen, was mit Adam Kadyrow gerade passiert[31].

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Man weiß von meiner sexuellen Orientierung von einer Kommilitonin, die unsere Gespräche zwischen Vorlesungen auf ein Diktiergerät aufgenommen hat, und von meiner politischen Einstellung weiß man direkt von mir. Weil ich kein Geld für den Krieg gespendet habe, wurde mir gesagt, ich solle mich auf eine „besondere" Behandlung vorbereiten, woraufhin mir meine Zusatzqualifikationen aberkannt wurden.

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Landstadt)

Normalerweise sind die Anstifter Bekannte aus dem Studium oder der Arbeit. Menschen, mit denen ich zu tun haben muss. Es kann ein ganz normales Gespräch sein, in dem plötzlich ein abfälliger Witz fällt, oder direkte verletzende Kommentare über die sexuelle Orientierung und andere Dinge. Ich habe nicht um Hilfe gebeten, sondern nur meiner Partnerin von den Vorfällen erzählt.

(Bisexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Meine Kommilitonin hat etwa dreißig Leute aus meinem Studiengang gegen mich aufgehetzt, die mich in einem geschlossenen Chat wegen meines Aussehens (unter anderem wegen meines Gewichts) beleidigt und wegen meiner sexuellen Orientierung und meiner intellektuellen Fähigkeiten gedemütigt haben.

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)

Homo- und transphobe Diskriminierung am Arbeitsplatz veranlasst viele queere Frauen dazu, eine Festanstellung aufzugeben und sich freiberuflich oder im Homeoffice zu betätigen (Im Umfragendurchschnitt gaben 9,7% der queeren Frauen an, einen festen Nebenjob zu haben, und 15,7%, dass sie gelegentlich nebenbei arbeiten). Oft bedeutet dies ein geringeres und unregelmäßiges Einkommen, insbesondere angesichts der internationalen Isolation Russlands und der Wirtschaftssanktionen (für weiteres siehe Kapitel 1). Wasilisa erzählt in ihrem Interview, dass sie nach Beginn des Krieges ihren festen Job gekündigt hat, um sich vor Vorwürfen wegen LGBTQ-Propaganda zu schützen und mehr Zeit für ihr Engagement zu haben, was sich erheblich auf ihr Einkommen ausgewirkt hat:

Seit Beginn des Krieges habe ich einiges an Geld und Stabilität verloren. Ich habe an einer Schule gearbeitet und hatte zusätzlich eine Privatpraxis. Ich habe zuerst die Schule verlassen und dann ganz aus dem Lehrerberuf ausgestiegen – unmittelbar nachdem das Justizministerium die Klage eingereicht hatte [auf die Einstufung der „internationalen LGBT-Bewegung" als extremistisch]. [...] Ich investiere viel Zeit und Energie in ehrenamtliche Projekte, für die ich nichts bekomme, schreibe für lokale queere Medien und habe

kaum noch Zeit für Nebenjobs.

(Aus dem Interview mit Wasilisa und Angelina)

In dem Interview mit Irina wird das Thema ihrer Arbeit als Straßenmusikerin angesprochen, die sie nach der Entscheidung des Föderationsrates der Russischen Föderation, die sogenannte „internationale LGBT-Bewegung" als extremistisch einzustufen, aus Angst vor Aggressionen in der Öffentlichkeit aufgeben musste:

> *Die Leute reagieren jetzt aggressiver auf mich, wenn ich in öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf der Straße Musik mache. Sie belästigen mich mit Fragen, geben mir „gute Ratschläge", wie ich mein Leben leben soll, und machen negative Kommentare. Ich sehe nicht wie eine typische cis Frau aus, es fällt ihnen schwer zu verstehen, wer ich bin, und das ist ein Faktor, der ihre Aggressionen auslöst. Als Friseurin habe ich hauptsächlich Trans und nicht-binäre Menschen gefärbt und geschnitten, und sie alle versuchen, aus der Russischen Föderation auszuwandern, sodass ich einfach meinen gesamten Kundenstamm verloren habe.*
>
> *(Aus dem Interview mit Irina, Föderationskreis Nordwest)*

Die folgenden Gruppen:

- cis Frauen, die ihre Identität als bi- oder homosexuelle Menschen offen zum Ausdruck bringen oder nicht-heterosexuelle Beziehungen eingehen,
- nicht-binäre Personen, deren Identität sich in einer nicht heteronormativen Selbstdarstellung äußert, sowie trans Frauen, unabhängig davon, ob sie ihre Dokumente geändert haben oder nicht,

sind am meisten sichtbar und daher am häufigsten von Diskriminierung am Arbeitsplatz betroffen. Angesichts des radikalen Rechtsrucks, der sich insbesondere in der legalisierten Diskriminie-rung von LGBTQ-Personen und in homophoben und transphoben Hassreden ein entscheidender Faktor für Diskriminierung und Ge-walt.

Illustrationen zum Kapitel 3.

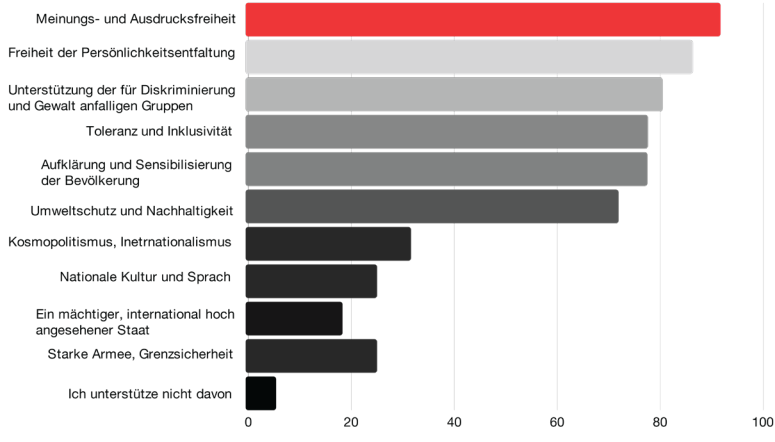


Illustration 15. Werte, die queere Frauen in 2025 teilen, %

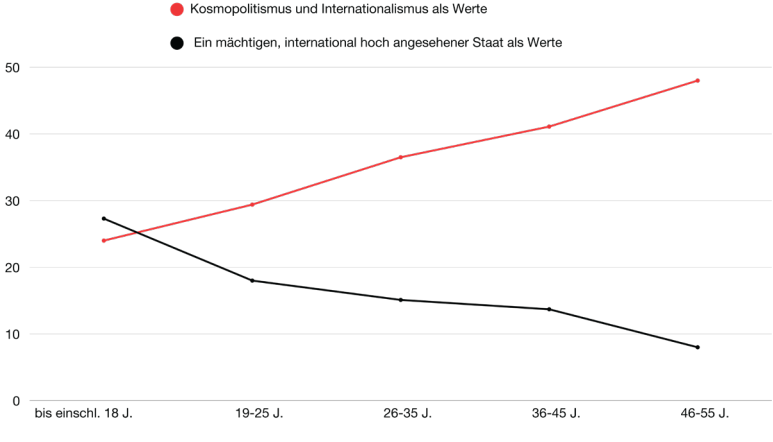


Illustration 16. Unterstützung von Werten in Abhängigkeit vom Alter queerer Frauen, %

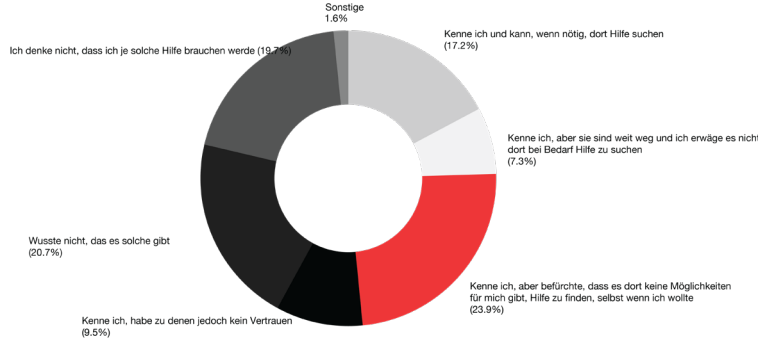


Illustration 17. Queere Frauen und Frauenhäuser

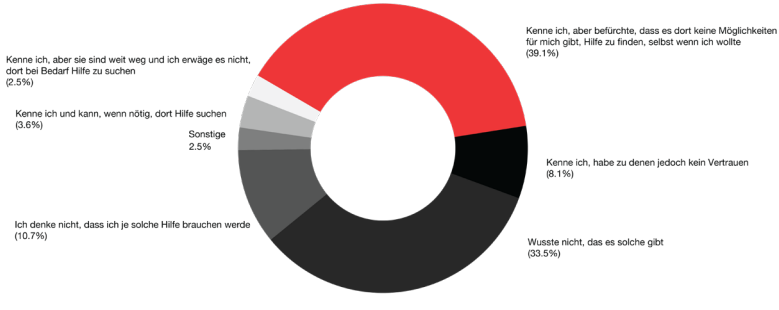


Illustration 18. Trans Frauen und Frauenhäuser

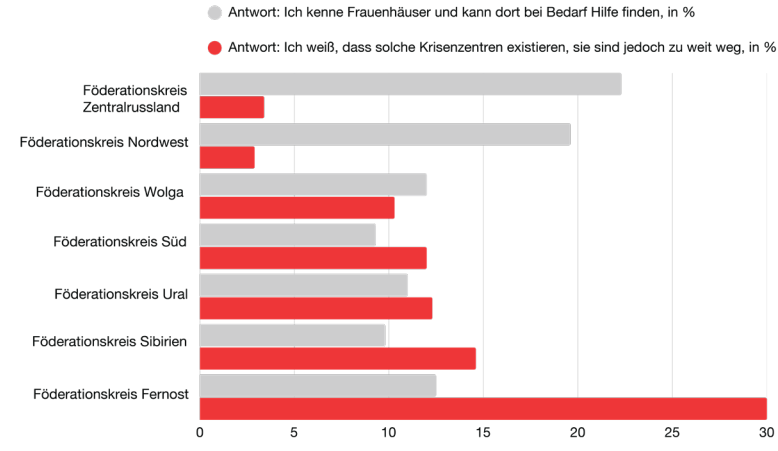


Illustration 19. Verfügbarkeit von Frauenhäusern je nach Region, %

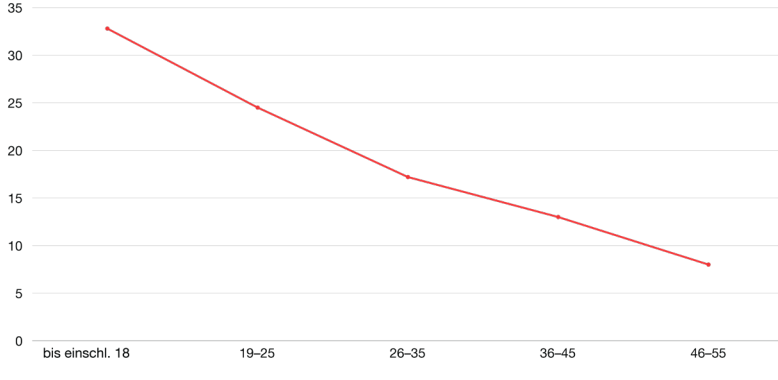


Illustration 20. Angst vor häuslichen Gewalt von queeren Frauen, nach Alter, %

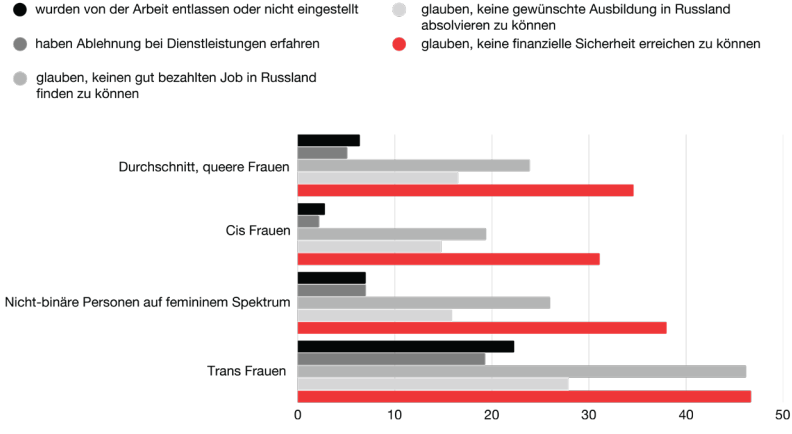


Illustration 21. Einschränkungen der Teilnahme am sozialen und wirtschaftlichen Leben seit 2022: Trans Frauen im vergleich zu anderen queeren Frauen, %

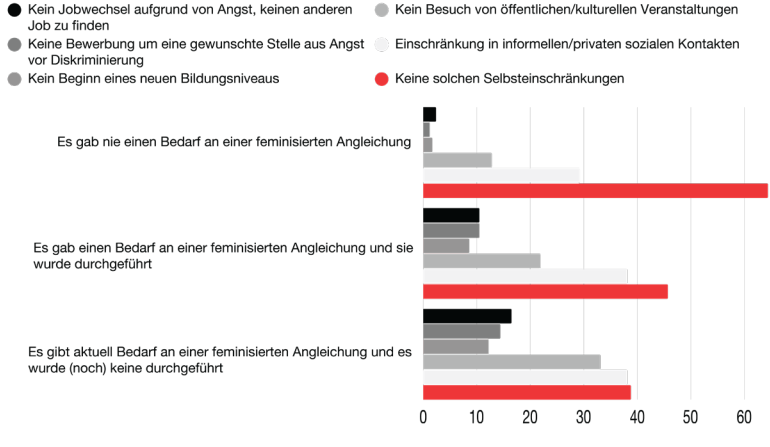


Illustration 22. Selbsteinschränkung queerer Frauen in Abhängigkeit von Bedarf aneiner feminisierten Angleichung, bis Februar 2022 %

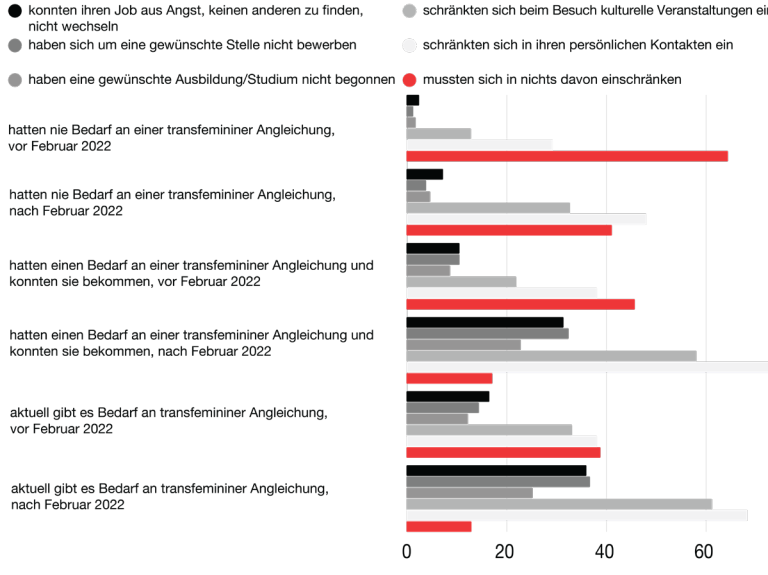


Illustration 23. Vergleich der Dynamik von Selbsteinschränkungen queerer Frauen vor und seit Februar 2022:in Abhängigkeit von Bedarf an transfemininer Angleichung, %

Teil II. Repressive Gesetze und queere Frauen in Russland: Rechtliche und soziale Analyse

Kapitel 4. Anti-gender Gesetzgebung: neue Rechtsnormen und staatliche Propaganda

§1 Kampagne gegen LGBTQ-Personen als Teil einer Informations- und Propagandakampagne zur Unterstützung des russischen Krieges in der Ukraine

Seit Februar 2022 verändert sich das Leben von LGBTQ-Personen in Russland. Der aggressive Krieg führte zur Militarisierung der russischen Gesellschaft und zur Einführung neuer Gesetze gegen LGBTQ-Personen. Seitdem erklärte die russische Regierung den Kampf gegen queere Menschen zu einem der Hauptelemente der Innenpolitik[32].

Seit 2013 gibt es in Russland auf föderaler Ebene ein Gesetz zum „Verbot von LGBT-Propaganda unter Minderjährigen"[33]. Vor den Änderungen im Jahr 2022[34] untersagte dieses Gesetz die Weitergabe von Informationen über queere Menschen an Personen unter 18 Jahren. Es ermöglichte die Stigmatisierung und Diskriminierung von LGBTQ-Personen auf Landesebene.

Im Jahr 2022 wurde das Gesetz erweitert: Nun verbot es „Propaganda von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen" nicht nur unter Minderjährigen, sondern auch unter Menschen aller Altersgruppen. Im Jahr 2023 wurde ein Bundesgesetz zum Verbot der rechtlichen und medizinischen Geschlechtsangleichung verabschiedet, und im November 2023 wurde die nicht existierende

Organisation „Internationale LGBT-Bewegung" zu einer extremistischen Organisation erklärt und ihre Tätigkeit in Russland verboten[35]. Die neue Phase der Kampagne gegen queere Menschen, die Russland seit Februar 2022 durchführt, ist eine intensive und organisierte staatliche Aktion, die darauf abzielt, LGBTQ-Menschen vollständig aus dem öffentlichen Raum zu verbannen und Repressionen gegen LGBTQ-Menschen aufgrund ihrer Identität zu initiieren.

Nachdem Russland mit der umfassenden Invasion der Ukraine begonnen hatte, wählte die russische Regierung LGBTQ-Personen als die soziale Gruppe aus, auf die sie die negative, aggressive Aufmerksamkeit der russischen Gesellschaft lenkt[36]. Dies ermöglichte es der Regierung, trotz militärischer Rückschläge die Unterstützung einer großen Zahl von leicht für Propaganda empfänglichen Menschen zu gewinnen[37] [38] und die Aggression, die sich durch die allgemeine Militarisierung in der russischen Gesellschaft aufgebaut hatte, gegen queere Menschen zu richten. Auf diese Weise vereinte die russische Regierung Anhänger*innen des künstlichen Konzepts der „traditionellen Werte" um sich und mobilisierte die Bevölkerung zum Kampf nicht nur gegen den „äußeren Feind", die Ukraine, sondern auch gegen den designierten „inneren" Feind, nämlich LGBTQ-Personen.

Im Wesentlichen zeigen die Einführung neuer queerfeindlicher Gesetze und deren Anwendung vor dem Hintergrund des zunehmenden Autoritarismus und der Militarisierung in der russischen Gesellschaft, wie die russische Regierung unter den Bürger*innen Russlands die Vorstellung verbreitet, dass LGBTQ-Personen Menschen zweiter Klasse sind, gegen die Gewalt und Aggression gerechtfertigt sind.

Diese Kampagne basiert auf einer staatlichen Ideologie, die im Zusammenhang mit dem aggressiven Krieg Russlands gegen die Ukraine entstanden ist. Sie ist eine der wichtigsten Grundlagen für diesen Krieg. Hierfür gibt es mehrere Ursachen.

Erstens sind queere Menschen nach Ansicht der russischen Regierung Träger*innen der westlichen Kultur. In Zeiten militärischer Auseinandersetzungen, in denen Russland von sogenannten „feindlich gesinnten Ländern" umgeben ist, werden sie vom Staat automatisch zu Anhänger*innen westlicher Länder erklärt, die Russland in seinem Krieg in der Ukraine widerstehen. Für die Regierung stellen LGBTQ-Personen allein aufgrund dieser Tatsache eine Gefahr

für die „traditionellen Werte“ des russischen Staates und damit auch für die Politik des Landes dar.

Zweitens führen staatliche Propaganda, sowie queerfeindliche Gesetze und deren Anwendung zu einer Verstärkung von Stereotypen und Stigmatisierung gegenüber LGBTQ-Personen. Über die von ihm kontrollierten Medien vermittelt der Staat der russischen Gesellschaft die Vorstellung, dass queere Menschen anders sind. Sie werden als Träger*innen „nicht-traditioneller“ Werte den „traditionellen“ Werten (eine patriarchalische Gesellschaftsordnung, in der Sexualität und Freiheit keinen Ausdruck finden dürfen und die Interessen des Staates Vorrang vor den Interessen des Einzelnen haben) gegenübergestellt, die angeblich von heterosexuellen cisgender Menschen vertreten werden. Dies ermöglicht es, die russische Gesellschaft in „die Unsrigen” und „die Fremden” zu spalten und somit künstliche Konflikte in dieser militarisierten Gesellschaft zu initiieren und zu steuern.

Drittens gibt es in einem autoritären Staat keinen Raum für Freiheit. LGBTQ-Menschen passen nicht in das patriarchalische Weltbild der russischen Regierung, die derzeit die Gesellschaft nach sowjetischen Maßstäben umgestaltet. Die russische Regierung lehnt progressive Veränderungen in der Gesellschaft pauschal ab und sieht in der Berücksichtigung der Bedürfnisse von LGBTQ-Personen und in ihrer Sichtbarkeit eine Gefährdung der traditionellen Ordnung und der „spirituellen und moralischen Werte”, die nach Ansicht der Regierung der russischen Gesellschaft eigen sind. In diesem Zusammenhang ist der Kampf gegen LGBTQ-Personen ein wichtiger Teil einer umfassenderen anti-gender Agenda, eines ideologischen Krieges gegen „feindlich gesinnte Länder“ und der Durchsetzung eines „moralischen“ Lebensstils, der von russischer Regierung entsprechend den eigenen ideologischen Vorstellungen definiert wird. Trotz der ideologischen Komponente führen die verabschiedeten und angewandten Gesetze zur Verletzung der Rechte und zur Verfolgung bestimmter LGBTQ-Personen und ihrer Verbündeten.

Das Narrativ über „traditionelle Werte“ wird konsequent in offiziellen Dokumenten verankert und bestimmt den Sinn und Inhalt der Tätigkeiten russischer Behörden:

- Im Jahr 2021 verabschiedete der Präsident der Russischen Föderation eine nationale Sicherheitsstrate-

gie, in der er feststellte, dass „die Menschheit mit der Gefahr konfrontiert ist, ihre traditionellen spirituellen und moralischen Orientierungen und nachhaltigen moralischen Prinzipien zu verlieren“, dass „fremde Ideale und Werte aufgezwungen werden“ und dass alles, was den traditionellen Werten widerspricht, eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellt[39].

- Im Jahr 2022 verabschiedete der Präsident die Grundlagen der staatlichen Politik zur Erhaltung und Stärkung der traditionellen russischen spirituellen und moralischen Werte[40]. Demnach sind traditionelle Werte moralische Leitlinien, deren Etablierung und Stärkung insbesondere der orthodoxen Kirche zukommt[41]. Darüber hinaus betrachtet die Russische Föderation „traditionelle Werte als Grundlage der russischen Gesellschaft, die es ermöglicht, die Souveränität Russlands zu schützen und zu stärken, die Einheit unseres multinationalen und multikonfessionellen Landes zu gewährleisten, das russische Volk zu bewahren und das menschliche Potenzial zu entwickeln“[42]. Nach Ansicht des Präsidenten „führt die ideologische und psychologische Beeinflussung der Bürger zur Einführung eines für das russische Volk fremden und für die russische Gesellschaft zerstörerischen Systems von Ideen und Werten (im Folgenden als destruktive Ideologie bezeichnet), einschließlich [...] der Zerstörung der traditionellen Familie durch die Propaganda nicht-traditioneller sexueller Beziehungen“[43].

Solche Vorschriften bleiben nicht nur in Dokumenten stehen. Sie werden ständig von Politiker*innen, Staats- und Religionsvertreter*innen verkündet und angewendet (unter anderem in der Gesetzgebung, in der Tätigkeit der Exekutivorgane, in religiösen und sozialen Praktiken), die sich um die Idee der Fortsetzung des aggressiven Krieges Russlands gegen die Ukraine zusammengeschlossen haben.

Im Jahr 2019 sagte der russische Präsident Wladimir Putin

auf dem G20-Gipfel in Osaka: *„Heutzutage gibt es alles Mögliche ... Sechs oder fünf Geschlechter haben sie sich ausgedacht. Transformer, Trans ... Ich verstehe nicht, was das ist. Gott gebe allen Gesundheit. Das Problem ist aber, dass dieser Teil der Gesellschaft der großen Mehrheit ziemlich aggressiv seine Sichtweise aufzwingt"*[44].

Am 24. Februar 2022, dem Tag der umfassenden Invasion Russlands in die Ukraine, erklärte der russische Präsident Wladimir Putin, dass der Versuch westlicher Staaten, *„unsere traditionellen Werte zu zerstören und uns ihre Pseudowerte aufzuzwingen, die uns von innen heraus zerfressen würden, unser Volk von innen heraus zerstören würden, diese Einstellungen, die sie bereits aggressiv in ihren eigenen Ländern durchsetzen und die direkt zu Degradation und Degeneration führen, da sie der Natur des Menschen selbst widersprechen. Das wird nicht passieren, das ist noch niemandem gelungen. Es wird auch jetzt nicht gelingen"*[45]. Damit erklärte Putin den Schutz traditioneller Werte (ein Narrativ, um das die russische Regierung seit mehr als 15 Jahren ihre Politik aufbaut und das den Grundstein der staatlichen russischen Ideologie bildet) zu einem der Gründe für die Auslösung eines aggressiven Krieges sowie für die Auslöschung von LGBTQ-Menschen aus der russischen Realität.

Im Jahr 2022 erklärte der Vorsitzende des Präsidialrats für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte (rus. „СПЧ"), Walerij Fadejew, dass *„LGBT, Childfree und Euthanasie eine Ideologie des Todes und nicht der Entwicklung und des Lebens sind. Dies ist ein deutliches Zeichen für den schweren Verfall der westlichen Ideologie, die die Welt vorangetrieben hat. Uns bleibt nichts anderes übrig, als nach neuen Ideologien zu suchen"*[46].

Im Jahr 2023 äußerte sich der Patriarch von Moskau und der ganzen Rus, Kirill, dazu, dass *„[...] der Krieg, in den Russland heute verwickelt ist, in erster Linie ein Krieg um die Seelen der Menschen ist, um das Recht, ihre spirituelle und kulturelle Identität zu bewahren. Wir wollen nicht so leben, wie sie leben. Wir wollen keine „Ehen" zwischen Personen gleichen Geschlechts legalisieren. Wir wollen nicht, dass die moralischen Grundsätze durch „Sexualkundeunterricht" von Kindheit an zerstört werden. Deshalb fordern wir als Zivilisation den Westen heraus"*[47].

Im Jahr 2023 wurde er vom Mufti der Republik Tschetschenien, Salah Mezhijew, unterstützt: „Die SMO [„SMO" (rus. „СВО"), kurz für „Spezielle Militäroperation", ist der offizielle Begriff, den

die russische Regierung zur Invasion in der Ukraine verwendet.] *ist für die Muslime Russlands ein heiliger Dschihad, denn wir kämpfen gegen den kollektiven Westen, der nicht nur den Muslimen, sondern der gesamten Menschheit Böses, Unheil und Satanismus bringt. [...] Menschen, die sagen, dass LGBT gesetzlich verankert sein sollten, dass ein solches Gesetz verabschiedet werden sollte, sind Satanisten. Sie bringen nicht nur den Muslimen Böses, sie bringen der gesamten Menschheit Böses. Russland widersetzt sich diesem Bösen, und das ist ein heiliger Krieg. Für ganz Russland und insbesondere für die Muslime ist dies ein heiliger Dschihad"*[48].

Am 30. November 2023, dem Tag, an dem der Richter des Obersten Gerichtes der Russischen Föderation Oleg Nefedow die Entscheidung traf, die nicht existierende Organisation „Internationale öffentliche Bewegung LGBT" als extremistisch einzustufen, erklärte Petr Tolstoj, stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma der Russischen Föderation, Propagandist und aktiver Unterstützer des russischen Krieges in der Ukraine:

> *Heute hat das Gericht die LGBT-Bewegung als extremistische Organisation eingestuft. Dies ist zweifellos ein historisches Ereignis, denn unser Land hat es gewagt, das „Heiligste" infrage zu stellen, was es in der liberalen Welt gibt.*
>
> *LGBT sind nicht irgendwelche unglückliche Schwule oder Lesben, gegen die Russland, wie uns gesagt wird, hart vorgehen will. In Wirklichkeit handelt es sich um ein gut organisiertes und klar geplantes Projekt, das darauf abzielt, traditionelle Gesellschaften von innen heraus zu untergraben. Sodomie ist eine Sünde und das genaue Gegenteil traditioneller Werte. Und Sodomie in schöner Verpackung ist zudem ein attraktives Produkt, das diesen Austausch vollziehen soll. Darin besteht die Aufgabe. Alles andere ist nur eine Tarnung.*
>
> *Natürlich hat das im letzten Jahr verabschiedete Gesetz zum Verbot von LGBT-Propaganda viele Tentakel dieses Monsters abgeschnitten. Aber es gilt nicht die Tentakel zu vernichten, sondern das Monster als Ganzes*[49].

Davor, im Herbst 2023, erklärte er:

> *„Wenn man die Propaganda und die Befürwortung von*

LGBT als Instrument der hybriden Kriegsführung betrachtet, dann stellt sie nicht nur eine Gefahr für unsere Kinder dar, sondern für die gesamte Gesellschaft. Wir sind in eine entscheidende Phase des Kampfes um unsere traditionellen familiären, moralischen und religiösen Werte eingetreten, der nur mit einem Sieg enden kann"[50].

Dies zeigt, dass die systematische Einschränkung der Rechte von LGBTQ-Personen nach Februar 2022 Teil der Ideologie der russischen Regierung (und nicht der russischen Gesellschaft) ist, die bestrebt ist, die Bevölkerung des Landes zum Kampf gegen queere Menschen als inneren Feind zu mobilisieren, um den Krieg in der Ukraine fortsetzen zu können.

Die queerfeindliche Kampagne ist ein fester Bestandteil der aktuellen staatlichen Propaganda, die darauf abzielt, Stereotypen und die Stigmatisierung queerer Menschen zu verstärken und die russische Gesellschaft zu militarisieren.

Laut Umfragen des Lewada-Zentrums ist die Zahl der russischen Einwohner*innen, die LGBTQ-Personen[51] unterstützen, zwischen 2019 und 2024 um ein Drittel zurückgegangen, und zwar von 47% auf 30%[52]. Dies ist eine direkte Folge staatlicher Propaganda und Desinformation.

Jahr der Umfrage	*2019*	*2021*	*2024*	*Fazit*
Anzahl der Menschen, die für die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben sind	*47%*	*33%*	*30%*	*Anhaltender Rückgang der Unterstützer der Gleichberechtigung*
Anzahl der Menschen, die nicht der Meinung sind, dass Schwule und Lesben in Russland die gleichen Rechte wie andere Bürger genießen sollten	*43%*	*59%*	*62%*	*Anhaltender Anstieg diskriminierender Einstellungen gegenüber Schwulen und Lesben*

Dieselben Daten zeigen, wie das künstliche Narrativ der „LGBT-Propaganda", das von der russischen Regierung im Rahmen ihrer staatlichen Propaganda erfunden und verbreitet wurde, die Einstellung der russischen Bevölkerung gegenüber LGBTQ-Per-

sonen beeinflusst hat.

Daraus lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen[53]:

- Vor Inkrafttreten des Bundesgesetzes „Über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Minderjährigen" im Februar 2013 gaben 27% der Befragten an, dass sie Menschen mit homosexueller Orientierung mit Abscheu oder Angst betrachten. In den elf Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes (im Jahr 2024) stieg der Anteil dieser Antworten um 17% auf 44% der Befragten. Im Jahr 2021 lag er bei 38%[54]. Es besteht ein stetiger Anstieg der Stereotypisierung und Vorurteile gegenüber LGBTQ-Personen.
- Während im Jahr 2021, kurz vor der russischen Invasion in der Ukraine, 31% der Befragten homosexuellen Menschen gegenüber gelassen und ohne besondere Emotionen eingestellt waren, sank dieser Anteil im Jahr 2024 auf 25%.

Dabei ergab die Umfrage von 2024 mehrere Gruppen, deren Mitglieder am häufigsten zustimmen, dass sie den Kontakt nicht abbrechen würden, wenn sie erfahren würden, dass ihre Bekannten schwul oder lesbisch sind:

- 42% der Personen, die sich als Frauen identifizieren,
- 43% der Personen mit Hochschulabschluss,
- 45% derjenigen, die der Meinung sind, dass das Land auf dem falschen Weg ist,
- 50% derjenigen, die YouTube als Informationsquelle vertrauen,
- 50% derjenigen, die Telegram als Informationsquelle vertrauen,
- 52% der Jugendlichen (unter 24 Jahren),
- 83% derjenigen, die Bekannte mit homosexueller Orientierung haben.

All diese Gruppen werden im kriegführenden Russland in unterschiedlichem Maße marginalisiert: weil sie mit dem politischen Kurs in einem autoritären Staat nicht einverstanden sind; weil sie unabhängigen Informationsquellen vertrauen, die gesperrt werden, und die staatliche Propaganda anzweifeln; weil sie nicht zu den so-

zialen Gruppen gehören, die den militaristischen und isolationistischen Kurs unterstützen.

Angesichts dieser Umfragen aus den Vorjahren zeigt unsere Studie aus dem Jahr 2025, dass unter queeren Frauen die Überzeugung weit verbreitet ist, dass sie in Russland ihre Grundbedürfnisse nach Sicherheit, Gleichberechtigung und persönlicher Würde nicht befriedigen können:

- 90,2% der Befragten queeren Frauen geben an, dass sie sich in Russland nicht offen als queer outen können.
- 85,5% der Befragten geben an, dass sie ihre politische Meinung nicht offen äußern können.
- 80,2% der Befragten geben an, dass sie als LGBTQ-Personen laut Gesetz nicht die gleichen Rechte wie andere Menschen haben können (wobei der Anteil derjenigen, die dies angeben, unter homosexuellen Frauen mit 85,4% am höchsten war).
- 78,1% der Befragten geben an, dass sie als LGBTQ-Personen in der Praxis nicht die gleichen Rechte wie andere Menschen haben (wobei dies 82,8% der homosexuellen Frauen angeben).

Daraus geht hervor, dass die russische Regierung die Rechte von queeren Menschen konsequent eingeschränkt hat, was sich auf die Wahrnehmung queerer Menschen in der russischen Gesellschaft ausgewirkt hat. In unserer Studie stellen wir fest, dass queere Frauen das Gefühl haben, dass ihre Möglichkeiten, in der russischen Gesellschaft im Jahr 2025 sie selbst zu sein, drastisch eingeschränkt sind.

Die umfassende Invasion der Ukraine und die Vorbereitung darauf waren die Hauptursachen für die zunehmende LGBTQ-Feindlichkeit in Russland und führten zu einem Anstieg von homo- und transphoben Einstellungen in der russischen Gesellschaft, die vom Staat gefördert wurden. Dies hatte negative Auswirkungen sowohl auf das Leben von LGBTQ-Personen als auch auf die Arbeit von LGBTQ-Organisationen. Mit Hilfe des Gesetzes „über das Verbot von LGBT-Propaganda" hat der Staat die soziale Norm in der russischen Gesellschaft verändert: Gewalt und Diskriminierung gegenüber LGBTQ-Personen in Russland werden nun häufiger so-

zial gerechtfertigt als nicht gerechtfertigt. Das wiederum verändert das Verhalten von queeren Menschen (sie werden verschlossener, zeigen sich und ihre Identität weniger). Außerdem sind staatliche Institutionen nicht darauf ausgerichtet, die Gleichberechtigung von LGBTQ-Personen zu unterstützen, da diese soziale Gruppe in der Gesellschaft stigmatisiert wurde.

§2 Gesetz „über das Verbot von LGBT-Propaganda unter allen Altersgruppen"

Seit dem 30. Juni 2013 war in Russland ein Bundesgesetz „über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Minderjährigen" in Kraft[55]. Es verbot „Propaganda von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen unter Minderjährigen", d. h. jegliche Verbreitung von zunächst positiver und in den letzten Jahren auch neutraler Information über LGBTQ-Personen, wenn diese für Jugendliche unter 18 Jahren zugänglich sein könnte. Auf föderaler Ebene gab es ein solches Gesetz nie zuvor, es wurde 2013 zum ersten Mal in Kraft gesetzt.

Im Zeitraum von 2013 bis 2022 erlaubte das Gesetz, LGBTQ-Personen und ihre Unterstützer mit Verwaltungsstrafen zu belegen, wenn sie Informationen im Internet oder offline verbreiteten, darunter auch während Kundgebungen, Märschen, Demonstrationen und Mahnwachen (oftmals wurde es auch von den russischen Behörden als Vorwand genutzt, um die Genehmigung solcher öffentlichen Veranstaltungen zu verweigern). Es verbot die Verbreitung jeglicher positiver Informationen über LGBTQ-Personen, ihre Bedürfnisse und die Tätigkeiten von LGBTQ-Initiativen. In der Praxis führte er zur Stigmatisierung von LGBTQ-Personen und LGBTQ-Gemeinschaften in Russland, trug zur Verfestigung von Vorurteilen bei, allerdings konnten LGBTQ-Initiativen ihre Aktivitäten zum Schutz der Interessen queerer Gemeinschaften in Russland in begrenztem Umfang fortsetzen, sofern sie die Arbeit mit Minderjährigen vermieden oder Informationen für diese unzugänglich machten.

Wurde die Information offline verbreitet (z. B. bei einer Demonstration), konnten die Gerichte Geldstrafen von 4.000 bis 5.000 Rubel für Einzelpersonen und von 800.000 bis 1 Million Rubel für Organisationen verhängen. Wurde die Information online verbreitet, erhöhten sich die Strafen: Einzelpersonen konnten mit einer Geld-

strafe zwischen 50.000 und 100.000 Rubel belegt werden, Organisationen mit einer Geldstrafe von 1 Million Rubel oder einer Aussetzung ihrer Tätigkeit (einschließlich ihrer Geschäftstätigkeit) für bis zu 90 Tage. Gegen ausländische Staatsangehörige konnte das Gericht eine Verwaltungshaft von bis zu 15 Tagen mit administrativer Ausweisung aus Russland verhängen.

Im Zeitraum von 2012 bis 2021 verhandelten russische Gerichte mehr als 100 solcher Fälle von Verwaltungsdelikten[56].

Die Anfechtung des föderalen Gesetzes vor dem Verfassungsgericht der Russischen Föderation war erfolglos. Im Jahr 2014 entschied das Gericht, den konservativen Kurs der russischen Regierung zu unterstützen, indem es das Gesetz so auslegte, dass es auf den Schutz der Familie und der Kindheit sowie auf die Verhinderung von Schäden für die Gesundheit, die moralische und geistige Entwicklung von Minderjährigen abzielt[57].

Als ein Mittel der staatlichen Propaganda trug dieses Gesetz dazu bei, die Verurteilung von LGBTQ-Personen in der russischen Gesellschaft zu verankern, indem es die sozialen Normen in Bezug auf Diversität in der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität veränderte und die Meinung der Gesellschaftsmehrheit dahingehend verschob, dass die LGBT-Agenda als inakzeptabel angesehen wurde.

Im Wesentlichen erfüllte das Gesetz zwei Funktionen:

- Erstens etablierte es in der Gesellschaft eine neue soziale Norm, wonach LGBTQ-Personen Menschen „zweiter Klasse“ sind (es bestrafte die Verbreitung von Informationen über „verzerrte Vorstellungen von der sozialen Gleichwertigkeit traditioneller und nichttraditioneller sexueller Beziehungen“[58]),
- Zweitens verhinderte es öffentliche Diskussion über den Schutz der Rechte von LGBTQ-Personen unter Androhung von Verwaltungsstrafen[59].

Die praktischen Folgen der Verabschiedung dieses Gesetzes waren die gesellschaftliche Akzeptanz von Gewalt gegen LGBTQ-Personen in Russland, einschließlich Mord und körperlicher Gewalt[60], sowie die Sperrung von Websites von LGBTQ-Initiativen[61].

Im Jahr 2014 veröffentlichte Human Rights Watch den Bericht „Lizenz zum Hetzen“, in dem die Auswirkungen des Gesetzes

analysiert wurden und zu dem Schluss gekommen wurde, dass es Gewalt provoziert[62]. Der Bericht enthält Geschichten der LGBTQ-Personen darüber, wie sie verprügelt, entführt, gedemütigt und als „Pädophile" und „Perverse" beschimpft wurden. Die Täter waren entweder organisierte homophobe Gruppen oder einfach Fremde in der U-Bahn, auf der Straße, in Nachtclubs, Cafés und (in einem Fall) bei einem Vorstellungsgespräch[63].

Im Jahr 2016 ermordete der 21-jährige Student Sergej Kosyrew den bekannten St. Petersburger Journalisten Dmitri Tsilikin. Experten zählten 10 Messerstiche auf dem Körper des Getöteten. Bei der Vernehmung durch den Ermittler bezeichnete der Mörder seinen Lebensweg als „Kreuzzug gegen eine bestimmte soziale Gruppe" und das Gefühl, mit dem er Tsilikin tötete, als „keine Abneigung, sondern Hass"[64].

Im Jahr 2017 tötete ein 53-jähriger Schauspieler eine 24-jährige transgender Sexarbeiterin, die aus Tadschikistan nach Russland gekommen war. Der Mörder zerstückelte die Leiche seines Opfers und warf die Leichenteile in den Fluss Mga (Region Leningrad, Russland). Der Ermittlungsausschuss der Russischen Föderation leitete ein Strafverfahren wegen Mordes ein[65], verfolgte jedoch keine Ermittlungen wegen Hass gegen transgender Personen. Der Mörder erklärte[66], er habe sie getötet, weil er vermutete, dass sie ihn „betäuben und ausrauben könnte".

Dieser Fall zeigt deutlich, wie gefährdet transgender Migrantinnen in Russland sind und wie Verbrecher diese Gefährdung ausnutzen[67]. In Tadschikistan ist eine Geschlechtsangleichung praktisch unmöglich. In diesem Land können trans Personen nicht sein, wer sie sind, und sind gezwungen, in andere Länder auszuwandern, z. B. nach Russland, wo eine medizinische Geschlechtsangleichung zu diesem Zeitpunkt noch möglich war. Eine ähnliche Situation besteht in Usbekistan, wo eine Geschlechtsangleichung gesetzlich nicht vorgesehen ist und die Strafverfolgungsbehörden gegen trans Frauen Artikel 120 des Strafgesetzbuches Usbekistans über „Sodomie" anwenden, der es ermöglicht, Menschen wegen freiwilliger gleichgeschlechtlicher Beziehungen zu Freiheitsstrafen zu verurteilen.

In Russland konnten solche Menschen geschlechtsangleichende Operationen durchführen lassen, aber aufgrund der starken Stigmatisierung von transgender Personen in Tadschikistan konn-

ten sie nicht in ihre Heimat zurückkehren. Da ihnen eine Änderung des Geschlechtseintrags faktisch unmöglich war, konnten sie mit männlichen Ausweispapieren und als trans Frauen nach einer medizinischen Geschlechtsangleichung weder in Tadschikistan noch in Russland sicher leben.

Darüber hinaus führte das Gesetz zum „Verbot von LGBT-Propaganda unter Minderjährigen“ dazu, dass staatliche Behörden LGBTQ-Personen als Eltern neu beurteilen mussten. Im Jahr 2017 kündigte die Bezirksverwaltung von Jekaterinburg den Vertrag mit Francis Savinovskikh (der damals, vor der Geschlechtsangleichung, als Julia Savinovskikh bekannt war und einen weiblichen Geschlechtseintrag in Ausweisdokumenten hatte) über die Ausübung der Vormundschaft für zwei Kinder, die mehrere Jahre bei ihm und seinem Ehemann gelebt hatten. Der Grund dafür war, dass Francis öffentlich einen Blog als transgender Person führte, in dem er beschrieb, dass er sich die Brüste hatte entfernen lassen. Die Verwaltung des Bezirks Jekaterinburg hat erkannt, dass Francis ein trans Mann ist, was ihrer Meinung nach bedeutete, dass er die Kinder, die unter seine Obhut gestellt wurden, nicht erziehen darf[68], da er im Grunde genommen in einer gleichgeschlechtlichen Ehe lebt (offiziell war die Ehe heterosexuell, da Francis zum Zeitpunkt der Eheschließung noch nicht mit der Geschlechtsangleichung begonnen hatte), was im Widerspruch zu Artikel 12 des Familiengesetzbuches der Russischen Föderation steht, der die Ehe als Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau definiert. Die beiden Kinder wurden vom Staat aus der Obhut genommen.

Im Jahr 2018 versagte das Gericht Francis den Schutz seiner Rechte, woraufhin er nach Spanien auswanderte, wo er seine Geschlechtsangleichung vollziehen konnte[69]. Später wandte sich Francis mit einer Beschwerde an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der 2024 entschied, dass die Wegnahme von Kindern aufgrund seiner Transidentität eine Verletzung des Rechts auf Achtung des Familienlebens und einen Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot darstellt[71]. Russland hat das Urteil des Gerichts nicht umgesetzt.

Somit weitete das Gesetz die Diskriminierung von LGBTQ-Personen in Russland schrittweise auf verschiedene Bereiche aus.

Am 5. Dezember 2022 trat in Russland ein Gesetzespaket zum „Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgrup-

pen" in Kraft[71]. Es besteht aus zwei föderalen Gesetzen. Das erste erweitert die administrativen Strafen für „LGBT-Propaganda". Das zweite führt Änderungen in sieben föderalen Gesetzen ein[72]: über Information, Informationstechnologien und Informationsschutz, über Massenmedien, über Verbraucherschutz, über staatliche Unterstützung der Kinematografie, über grundlegende Garantien der Rechte von Kindern, über Werbung und über den Schutz von Kindern vor Informationen, die ihrer Gesundheit und Entwicklung schaden.

Zu den wichtigsten Änderungen gehören neue Verbote und Einschränkungen. Das erste Gesetz:

1) erlaubt es, ohne gerichtliche Entscheidung, auf Antrag der Föderalen Dienststelle für die Aufsicht im Bereich Kommunikation, Informationstechnologien und Massenkommunikation (kurz „Roskomnadzor", rus „Роскомнадзор"), alle Informationsquellen zu sperren, die Informationen über LGBTQ+ enthalten[73],

2) verpflichtet soziale Netzwerke, im Rahmen einer regelmäßigen Überwachung „LGBT-Inhalte" selbstständig zu identifizieren und zu löschen, andernfalls droht ihnen eine administrative Haftung[74],

3) verbietet den Medien die Verbreitung von „Materialien, die nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und/oder Vorlieben, Pädophilie und Geschlechtsumwandlungen propagieren"[75],

4) verbietet den Verkauf von Waren mit LGBTQ-Thematik,

5) verbietet den Verleih von Filmen, die „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und/oder Vorlieben zeigen, sowie Informationen, die bei Kindern den Wunsch nach einer Geschlechtsumwandlung hervorrufen können",

6) verbietet die Verwendung von Informationen in der Werbung, die „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und/oder Vorlieben zeigen oder bei Kindern den Wunsch nach einer Geschlechtsumwandlung hervorrufen können"

7) verbietet die Verbreitung von Informationen, die „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und/oder Vorlieben zeigen oder bei Kindern den Wunsch nach einer Geschlechtsumwandlung hervorrufen können", durch jegliche Mittel und an allen für Minderjährige zugänglichen Orten,

8) verbietet die Verbreitung von Informationen über LGBTQ+ im Radio und Fernsehen von 4 bis 23 Uhr.

Das zweite Gesetz[76] erweiterte den Umfang der strafbaren

Handlungen im Zusammenhang mit der LGBT-Agenda und verschärfte die Strafen ab dem 5. Dezember 2022. Es gibt mehrere solcher Änderungen.

Erstens wurde die Anzahl der Handlungen, die mit einer Verwaltungsstrafe geahndet werden können, erhöht. Neben der Propagierung nicht-traditioneller sexueller Beziehungen und/oder Vorlieben wurden folgende Handlungen verboten:

- Propagierung der „Geschlechtsumwandlung“,
- Aufzwingen von Informationen über die „Geschlechtsumwandlung“,
- Propagierung „nicht-traditioneller sexueller Beziehungen oder der Geschlechtsumwandlung“.

Zweitens, während es bis zum 4. Dezember 2022 verboten war, positive oder neutrale Informationen über LGBTQ+ unter Minderjährigen zu verbreiten, stellt nun das Gesetz auch die Verbreitung solcher Informationen unter Erwachsenen unter Strafe. Im Wesentlichen verbietet das Gesetz die Verbreitung jeglicher Informationen über LGBTQ-Personen, einschließlich Informationen über Geschlechtsangleichung, wodurch LGBTQ-Personen und mit ihnen verbundene Themen aus dem öffentlichen Raum verschwinden.

Drittens verbietet es die Darstellung von Beziehungen zwischen LGBTQ-Personen unter Minderjährigen.

Viertens wurden die Strafen für Verstöße im Vergleich zur bisherigen Gesetzgebung deutlich erhöht. Sie betragen nun:

- für die Verbreitung von Informationen offline: von 50.000 bis 100.000 Rubel für Privatpersonen, von 800.000 Rubel bis 1 Million Rubel für Organisationen, oder das Gericht kann die Tätigkeit der Organisation für bis zu 90 Tage aussetzen; wenn die Informationen Minderjährigen zugänglich gemacht wurden, werden die Strafen verdoppelt[77],
- für die Verbreitung von Informationen online: von 100.000 bis 200.000 Rubel für Privatpersonen, von 1 Million bis 4 Millionen Rubel für Organisationen, oder das Gericht kann die Tätigkeit der Organisation für bis zu 90 Tage aussetzen; wenn die Informationen Minderjährigen zugänglich gemacht wurden, können Privatpersonen mit Geldstrafen zwischen 200.000 und 400.000 Rubel und Organisationen mit Geld-

strafen zwischen 2 Millionen und 5 Millionen Rubel belegt werden, oder das Gericht kann die Tätigkeit der Organisation für bis zu 90 Tage aussetzen.

Für ausländische Staatsangehörige und Staatenlose gelten dieselben Geldstrafen, allerdings kann das Gericht stattdessen auch eine Verwaltungshaft von bis zu 15 Tagen verhängen. Darüber hinaus werden sie stets aus Russland ausgewiesen.

Die Anwendung der neuen Gesetze hat zu einem explosionsartigen Anstieg der Fälle von Verwaltungsdelikten geführt: um fast das Zehnfache innerhalb von zwei Jahren.

Verwaltungsstrafsachen, die von Gerichten nach dem neuen Gesetz „über das Verbot von LGBT-Propaganda" geprüft wurden[78].

Jahr der Urteilsverkündung durch die Gerichte	*2022*	*2023*	*2024*
Anzahl der bearbeiteten Gerichtsverfahren	*22*	*186*	*221*
Anzahl der bestraften Personen	*16*	*106*	*151*
davon Geldstrafe	*16*	*101*	*146*
davon Verhaftung	*0*	*4*	*5*
davon administrative Ausweisung	*1*	*9*	*4*
Durchschnittliche Höhe der Geldstrafe	*122 500 Rubel*	*256 000 Rubel*	*258 000 Rubel*

Die ersten Opfer der neuen Gesetze waren transgender Migrantinnen, die als Sexarbeiterinnen tätig waren . In den ersten zwei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes waren sieben Personen betroffen , die alle aus Russland in ihre Heimatländer in Zentralasien abgeschoben wurden. Darüber hinaus wurde ihnen für fünf Jahre die Einreise nach Russland untersagt[81].

Der erste solche Fall wurde bereits zehn Tage nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes verhandelt. Am 15. Dezember 2022 verurteilte die Richterin M. N. Arsenijewa vom Moskauer Bezirksgericht Sawelowski eine transgender Sexarbeiterin aus einem zentralasia-

tischen Land wegen „LGBT-Propaganda” zu einer administrativen Ausweisung[82].

Die übrigen sechs Fälle wurden von den Richter*innen der Bezirksgerichte Koptewski, Timiryazewski und Sawelowski in Moskau verhandelt. Von diesen sind Details zu vier Fällen bekannt: In drei Fällen wurden trans Frauen zu einer Geldstrafe und anschließender administrativer Ausweisung aus Russland verurteilt, in einem Fall wurde eine Frau zu fünf Tagen Haft und anschließender administrativer Ausweisung aus Russland verurteilt.

Alle Fälle waren identisch aufgebaut. Aus den Akten geht hervor, dass ein Polizist in seinem Büro im Internet nach Informationen suchte und dabei eine Website für Sexdienstleistungen prüfte. Dort fand er Profile von transgender Frauen, auf denen deren Fotos, Adressen und Handynummern zu sehen waren. Er erstellte Protokolle über die Durchsicht der Internetseiten, ermittelte anhand der Telefonnummern die Passdaten der trans Frauen und brachte sie zur Polizeidienststelle, wo er Protokolle über Verwaltungsdelikte „wegen LGBT-Propaganda unter allen Altersgruppen”[83] erstellte und die Unterlagen an die Gerichte weiterleitete. Bei der Verhandlung vor Gericht nahmen die trans Frauen keine Anwälte in Anspruch und stimmten den Vorwürfen der „LGBT-Propaganda“ zu.

Solche Fälle verdeutlichen die besondere Verletzlichkeit von Menschen, die aufgrund verschiedener Faktoren (als trans Personen, Frauen, Migrantinnen) intersektionaler Diskriminierung ausgesetzt sind. Die Kombination aus Stigmatisierung und Anwendung diskriminierender Gesetze in solchen Fällen beraubt die Angeklagten im Grunde genommen ihres Rechts auf Verteidigung vor russischen Gerichten. Dabei stellten die Gerichte bei der Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen nicht fest, ob die Informationen aus den Profilen auf Propaganda abzielen. Für die Anwendung des Gesetzes reichte es ihnen aus, festzustellen, dass es sich im Internet um eine transgender Frau handelt. Das war für sie bereits ausreichend, um eine administrative Verantwortung wegen „LGBT-Propaganda” geltend zu machen.

Die Anwendung dieser Gesetze zielt darauf ab, LGBTQ-Personen aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verbannen, die Stigmatisierung und Diskriminierung von queeren Menschen und ihren Verbündeten zu verstärken und LGBTQ-Personen in Russland den Zugang zu Informationen über ihre Rechte und Hilfsmöglichkeiten

(psychologische, rechtliche, Notfall-, Informations- und sonstige Hilfe) sowie Kommunikation untereinander zu verbieten. Das Gesetz zwingt queere Menschen in Russland dazu, sich zu verstecken und sich in keiner Weise als LGBTQ-Person zu zeigen, was mit der Achtung der Menschenwürde unvereinbar ist.

Durch dieses Gesetz hat die Zensur von LGBT-Inhalten in Russland enorme Ausmaße angenommen. Während die russischen Behörden bis 2022 auf Grundlage von Gerichtsentscheidungen insgesamt 7.200 Webseiten[84] mit LGBT-Inhalten gesperrt hatten, blockierte Roskomnadzor im Jahr 2022 durch seine Entscheidungen nur 239 Webseiten mit Queer-Thematik[85]. Im Jahr 2023 wurden jedoch bereits 45.700 solcher Webseiten gesperrt[86]. Dazu gehören unter anderen Webseiten zum Ansehen von Anime[87], Webseiten von LGBTQ-Initiativen[88], und einige beliebte Dating-Dienste für queere Menschen in Russland[89].

Darüber hinaus wurden 27 Filme und Serien identifiziert, die entweder „LGBT-Propaganda" enthielten oder Beziehungen zwischen LGBT-Personen zeigten[90]. Der Zugang zu diesen Filmen und Serien wurde innerhalb Russlands gesperrt.

Dabei entfernten einige Anbieter auf Verlangen der Roskomnadzor selbstständig LGBTQ-Inhalte, weil sie eine Sperrung ihrer Websites in Russland befürchteten[91].

Im Jahr 2022 wurden alle unabhängigen Medien in Russland gesperrt, sodass es nicht mehr möglich ist, Informationen zur LGBTQ-Thematik frei (ohne zusätzliche technische Mittel) zu verbreiten und zu erhalten. Jetzt sind sie für Nutzer*innen nur noch über VPN zugänglich[92], was den Zugriff deutlich erschwert. Gleichzeitig ermöglicht es aber den Zugang zu solchen Informationen für diejenigen, die Mittel zur Umgehung von Website-Sperren im Internet nutzen, die nach russischem Recht nicht verboten sind.

Die häufigste Kategorie von „Verstößen" ist die Verbreitung von Informationen im Internet. In diesem Fall verfolgen die russischen Strafverfolgungsbehörden Menschen wegen „LGBT-Propaganda", unabhängig davon, wann der Inhalt veröffentlicht wurde. Für sie ist entscheidend, dass sich dieser Inhalt zum Zeitpunkt der Strafverfolgung noch im Internet befindet. Bezeichnend ist der Fall von N., die sich selbst nicht als LGBTQ-Person identifiziert, aber unter dem Gesetz „über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" zu leiden hatte.

Am 30. Juni 2010, genau zwei Jahre vor Inkrafttreten des ersten Gesetzes zum „Verbot von LGBT-Propaganda”, veröffentlichte sie ein Video im russischen sozialen Netzwerk „VKontakte” (rus. „ВКонтакте”). Darin war 18 Sekunden lang ein Kuss zwischen zwei Frauen zu sehen. Das Video wurde während der Geburtstagsfeier von N. aufgenommen, als sie mit ihren Freundinnen im Wald feierte. Der Kuss war freundschaftlicher Natur.

Im Jahr 2024 verhängte das Gericht eine Geldstrafe von 50.000 Rubel für die Veröffentlichung des Videos im Jahr 2010. Das Gericht kam zu dem Schluss, dass die Veröffentlichung eines solchen Videos und dessen derzeitige Verfügbarkeit „Propaganda von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen” darstelle. Die Berufungsinstanz schloss sich der Entscheidung der ersten Instanz an. N. wurde zur administrativen Verantwortung gezogen und musste eine Geldstrafe für Handlungen zahlen, die sie vor 14 Jahren begangen hatte.

Das Gesetz schränkte die Veröffentlichung und Verbreitung nicht nur von queerer Literatur, sondern auch von Büchern, in denen queere Menschen als Figuren vorkommen, erheblich ein, beziehungsweise machte sie unmöglich. Im Juli 2025 wurde die Buchhandlung „Falanster“ (rus. „Фаланстер“) (Moskau) mit einer Geldstrafe von 800.000 Rubel belegt, weil sie sieben „problematische“ Bücher verkauft hatte (darunter „Satanic Feminism“ von Per Faxneld). Nach der Beschlagnahmung dieser Bücher durch die Staatsanwaltschaft kam der beauftragte Sachverständiger zum Schluss, dass sie „Propaganda für nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen“ enthielten. Das Gericht stützte seine Einschätzung auf diese Schlussfolgerungen[93].

Im April 2025 wurde ein Verfahren gegen die Buchhandlung „Podpisnye izdanija“ (rus. „Подписные издания“) (Sankt Petersburg) wegen des Vertriebs von Büchern über Feminismus eingeleitet[94]: „Everybody: Warum unser Körper politisch ist“ von Olivia Lang, „Über Frauen“ und „Against Interpretation and Other Essays“ von Susan Sontag.

Da das Gesetz zum „Verbot von LGBT-Propaganda“ wertende Formulierungen enthält und nicht klar und verständlich geschrieben ist, wird es erst durchgesetzt, nachdem die Strafverfolgungsbehörden Handlungen feststellen, die sie als Verstoß ansehen. Es ist praktisch unmöglich zu verstehen, was erlaubt und was verboten ist.

Expert*innen[95] weisen darauf hin, dass diese Situation die Selbstzensur verstärkt[96], die sowohl Unternehmen als auch Informationsplattformen anwenden, um nicht gesperrt oder mit hohen Geldstrafen bzw. einer bis zu 90-tägigen Aussetzung ihrer Tätigkeit für einen einzigen Verstoß belegt zu werden.

So beschloss beispielsweise im November 2022 einer der führenden E-Book-Händler Russlands, der Verlag „Litres“ (rus. „Литрес“), Bücher mit LGBT-Thematik aus dem Verkauf zu nehmen[97]. Darüber hinaus wurde den Autor*innen vorgeschlagen, ihre Bücher zu überarbeiten und alle Erwähnungen von LGBTQ-Charakteren zu entfernen, damit diese Bücher wieder in den Verkauf aufgenommen werden können. Gleichzeitig begann der Verlag proaktiv, unter den von ihm veröffentlichten Büchern nach Literatur mit LGBT-Thematik zu suchen, und forderte die Leser*innen auf, solche Bücher zu melden[98].

Der Verlag „AST“ (rus. „АСТ“) schlug den Autoren ebenfalls vor, ihre Bücher zu überarbeiten und LGBT-Inhalte zu entfernen, andernfalls würden sie aus dem Verkauf genommen[99]. Im April 2024 zog der Verlag auf Verlangen der Staatsanwaltschaft bereits in Russland veröffentlichte Bücher wie „Ein wenig Leben“ von Hanya Yanagihara und „Das Lied des Achill“ von Madeline Miller zurück, weil darin „homosexuelle Propaganda“ festgestellt worden war[100]. Darüber hinaus hat der Verlag im April 2024 die Romane „Das Erbe“ von Wladimir Sorokin, „Ein Zuhause am Ende der Welt“ von Michael Cunningham und „Giovannis Zimmer“ von James Baldwin aus dem Verkauf genommen, da das Expertenzentrum des Russischen Buchverbandes[101] in ihnen „LGBT-Propaganda“ gefunden hatte. Dieses Expertenzentrum wurde auf der Grundlage der Organisation für Selbstregulierung des Buchmarktes in Russland gegründet und vereint die „Verfechter der Ideologie traditioneller Werte“ in Russland: Vertreter der Roskomnadzor, der Russischen Historischen Gesellschaft, der Russischen Militärhistorischen Gesellschaft, der Russisch-Orthodoxen Kirche, der Geistlichen Verwaltung der Muslime Russlands, der Föderation Jüdischer Gemeinden in Russland und anderer Institutionen.

Der Marktplatz „Megamarket“ (rus. „Мегамаркет“) hat mehr als 250 Buchtitel wegen „LGBT-Propaganda“ aus dem Verkauf genommen[102], darunter „Das Bildnis des Dorian Gray“ von Oscar Wilde, „Naokos Lächeln“ von Haruki Murakami und „Njetotschka Nes-

wanowa“ von Fjodor Dostojewski.

Die Fanfiction-Website „Ficbook“ (rus. „Фикбук“) hat ihre Regeln geändert und LGBT-Inhalte verboten[103].

Der Streamingdienst „Amediateka“ (rus.„Амедиатека“) beschloss, die von ihm verbreiteten Filme zu zensieren. So wurden in der Serie „White Lotus“ mehrere Szenen mit LGBT-Charakteren herausgeschnitten und einige Dialoge mit einer anderen Bedeutung als im Original ins Russische übersetzt[104].

Im Juni 2024 entfernte der Sprachlernservice Duolingo LGBT-Inhalte aus seinen in Russland verfügbaren Materialien[105]. Das größte russische soziale Netzwerk „VKontakte“ kennzeichnet nun LGBT-Inhalte mit dem Hinweis: „Diese Community kann kontroverse Inhalte enthalten. Einige Materialien der Community können nach russischem Recht als unzulässig gelten”[106]. Dadurch wurden die Möglichkeiten für queere Menschen in Russland eingeschränkt, zu kommunizieren und virtuelle Communitys zu bilden.

Auf diese Weise unternimmt der Staat alles, um zu zeigen, dass LGBTQ-Personen alleine durch ihre Existenz eine Bedrohung darstellen und der Staat daher ihre Bedürfnisse nicht erfüllen wird.

In ihrem Bericht aus dem Jahr 2023 kam die Sonderberichterstatterin des UN-Menschenrechtsrats über die Menschenrechtslage in der Russischen Föderation, Marijana Kazarowa, zum folgenden Schluss:

Obwohl LGBTIQ+ in der Russischen Föderation schon seit langem mit Verfolgung, Drohungen und Diskriminierung konfrontiert sind, hat sich die offene Feindseligkeit nach der Verabschiedung des Gesetzes „über LGBT-Propaganda” im Jahr 2013 noch verstärkt […] Experten der Vereinten Nationen für Menschenrechte verurteilten das Gesetz als diskriminierend, unter anderem weil es zu einer Zunahme von Hassreden, Hassverbrechen und Misshandlungen, auch gegenüber Kindern, führen kann[107].

In einer zunehmend homophoben Gesellschaft können nichtheterosexuelle Menschen Gewalt, unrechtmäßigen Verhaftungen und falschen Anschuldigungen wegen krimineller Aktivitäten ausgesetzt sein[108].

Sie empfahl, das Gesetz aufzuheben, da es mit den internationalen Verpflichtungen Russlands im Bereich der Menschenrechte

unvereinbar sei[109].

In unserer 2025 durchgeführten Studie, auf die Frage *„Was hat sich in Ihrem Leben in Bezug auf soziale Beziehungen, Kommunikation, Verhaltensänderungen und Zugang zu Informationen seit Dezember 2022 geändert, als in Russland die neue Fassung des Gesetzes über „LGBT-Propaganda" in Kraft trat?"* geben 57,6% der Befragten an, dass sie Schwierigkeiten hatten, ein LGBTQ-freundliches Umfeld zu finden; 41,3%, dass es schwieriger geworden war, romantische Beziehungen zu finden; 38,2%, dass sie sich verschlossen/ihr Coming-out „rückgängig gemacht" hatten. In der Umfrage konnte jede Befragte mehrere Antworten auswählen, um die Vielfalt ihrer Erfahrungen und der Veränderungen in ihrem Leben abzudecken.

Im Rahmen der Umfrage berichtet eine der von uns befragten queeren Frauen:

> *Nach Februar 2022 habe ich endgültig aufgehört, öffentlich (selbst in geschlossenen Kanälen) über meine sexuelle Orientierung und meine politische Haltung zu sprechen, da ich wegen meiner Arbeit im Bildungsbereich mit Denunziationen bedroht wurde.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Sibirien, Millionenstadt)*

Eine andere queere Frau erzählt von den Schwierigkeiten, romantische Partner*innen zu finden, und dem Einfluss staatlicher Propaganda und Desinformation darauf:

> *Seit 2022 habe ich Angst, eine feste Beziehung einzugehen, die von der russischen Politik nicht gutgeheißen wird. Nur heimliche, kurze Treffen.*
>
> *(Pansexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 26-35 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

Im Jahr 2025 geben 60,7% der von uns befragten queeren Frauen an, dass sie sich vor homophobem/transphobem Gewalt nicht geschützt fühlen. Am häufigsten fürchten solche Gewalt die Befragten, die in Städten mit 300.000 bis 700.000 Einwohner*innen leben (68,8%). Was die Altersgruppen betrifft, so fühlen sich queere Frauen unter 18 Jahren am unsichersten (65,3%), etwas sicherer fühlen sich queere Frauen im Alter von 26 bis 35 Jahren (63,8%) und

noch etwas sicherer queere Frauen im Alter von 46 bis 55 Jahren (60%).

Im Jahr 2025, nach der Verabschiedung der neuen Fassung des Gesetzes zum „Verbot von LGBT-Propaganda”, haben 59,4% der queeren Frauen (dabei 68% der transgender Frauen) Angst, sich im Falle einer Viktimisierung an die Strafverfolgungsbehörden zu wenden. 53,4% der queeren Frauen (dabei 71,1% der transgender Frauen) haben Angst, in der Öffentlichkeit wegen ihrer sexuellen Orientierung/Geschlechtsidentität körperlich angegriffen zu werden.

In der Umfrage beschreiben queere Frauen, warum ihre Angst vor körperlicher Gewalt zugenommen hat:

> *Dies wurde insbesondere nach der Verabschiedung des Gesetzes über LGBT-Propaganda „legitim“. Ich glaube, genau das war der Auslöser. [...] Der Staat braucht mich nur, um Kinder zu gebären. Früher hatte ich das tatsächlich vor, aber die derzeitige Propaganda für „traditionelle“ Werte hat mir jegliche Lust daran genommen. Je härter die Maßnahmen gegen LGBTQ+ sind, desto mehr gibt das den Leuten, die der politischen Propaganda gegenüber anfällig sind, freie Hand. Sie denken, dass sie Gerechtigkeit üben, weil sie uns als Bedrohung sehen.*
>
> *(Bisexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, mittelgroße Stadt)*

> *Ich fühle mich nun wie ein Mensch zweiter Klasse. Als ob die Heterosexuellen die Elite wären und wir anderen nur Abschaum und rechtlose Wesen. Es ärgert mich, dass Kindern die Möglichkeit genommen wird, selbst zu entscheiden, dass ihnen die Chance auf ein zivilisiertes Leben verwehrt wird. Es macht mich wütend, dass Homophobe sich jetzt fast wie Götter fühlen, die das Recht haben, zu entscheiden, wie wir leben sollen, wo wir leben sollen und ob wir überhaupt leben sollen (sie träumen doch davon, Konzentrationslager und Hinrichtungen für uns wieder einzuführen). Ich habe Angst davor, mir vorzustellen, wie ich in 20 Jahren auf die Straße gehen werde, wenn eine Generation herangewachsen ist, die von russischen Faschisten einer Gehirnwäsche unterzogen wurde.*
>
> *(Asexuelle homoromantische cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Kleinstadt)*

Mit der zunehmenden Anspannung in der Gesellschaft wächst auch die Aggression gegenüber LGBTQ+-Personen. Die Propaganda der Intoleranz und der sogenannten „traditionellen Werte" in den Medien formt bei den Menschen ein verzerrtes Verständnis der Realität und dämonisiert das Bild von queeren Menschen. Außerdem gibt das Gefühl der Straffreiheit und der eigenen Rechtmäßigkeit besonders radikalen Homophoben freie Hand.

(Homosexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Südrussland, Kleinstadt)

Heute unterliegt bürgerschaftliches Engagement (einschließlich der Durchführung von Präsenzveranstaltungen) in Russland staatlichen Sanktionen, und der Kampf des Staates gegen die Verbreitung von Informationen über LGBTQ-Personen im Internet nimmt extreme Ausmaße an. Unter diesen Umständen haben queere Menschen in Russland oft keine Möglichkeit, sich öffentlich zu treffen und zu kommunizieren, ohne strafrechtlich verfolgt zu werden. Sie können innerhalb Russlands keine Inhalte produzieren oder Literatur verbreiten. Sie können jedoch weiterhin VPNs nutzen, um Informationen aus zuverlässigen Quellen (z. B. Websites von LGBTQ-Initiativen, die sowohl in Russland als auch im Ausland tätig sind) zu erhalten und horizontale Verbindungen untereinander und mit Verbündeten aufzubauen und aufrechtzuerhalten.

In dieser Situation könnte nachhaltige Tätigkeit von LGBTQ-Initiativen dazu beitragen, dass queere Menschen in Russland nicht allein gelassen werden, während der Staat ihre Identität auslöscht. Die Aufhebung des Gesetzes „über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" und die Beseitigung der Folgen der Militarisierung sowie der Abbau patriarchalischer Strukturen, die durch die staatliche Ideologie gestützt werden, könnten die Rechtslage queerer Menschen in Russland entscheidend verbessern. Nach der Umsetzung dieser Maßnahmen wird es notwendig sein, ein Gesetz gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität zu verabschieden, es einzuführen und in der Praxis strikt einzuhalten. Außerdem müssen Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörden geschult und ein barrierefreies Umfeld sowie zugängliche, angemessene und wirksame Rechtsbehelfe für queere Menschen in Fällen von Diskriminierung geschaffen werden.

§3 Einstufung der „Internationalen LGBT-Bewegung“ als extremistische Organisation

Am 30. November 2023 erklärte das Oberste Gericht der Russischen Föderation in einer geschlossenen Sitzung die nicht existierende Organisation „Internationale öffentliche Bewegung LGBT“ und ihre strukturellen Unterabteilungen für extremistisch und verbot ihre Tätigkeit in Russland. **Dies ist weltweit das erste Gerichtsurteil, das die LGBT-Bewegung als extremistisch verbietet**[110].

Mit dieser Entscheidung ermöglichte das russische Gericht die Anwendung der bereits bestehenden staatlichen anti-extremistischen Gesetzgebung auf LGBTQ-Personen und -Initiativen[111].

Anmerkung: Diese Gesetzgebung zeichnet sich durch unklare und vage Formulierungen der Verbote aus. Bereits im Jahr 2002[112] führte dies dazu, dass Menschen aufgrund von Handlungen strafrechtlich und verwaltungsrechtlich verfolgt wurden, die bei genauer Betrachtung der Gesetze eigentlich nicht unter die Verbote fallen sollten, dennoch von den Gerichten als Ordnungswidrigkeiten mit zivil-, verwaltungs- oder strafrechtlicher Haftung eingestuft wurden[113].

Solche Normen der „anti-extremistischen Gesetzgebung“ dienen nicht nur als Instrument der inneren Repression im heutigen militarisierten Russland (indem sie die Verfolgung von Aktivist*innen aus erfundenen Gründen und die Einführung von Zensur ermöglichen, obwohl sie formal durch die Verfassung verboten ist). **Diese Normen sind auch im internationalen Kontext gefährlich: Sie schaffen einen Präzedenzfall und legitimieren die Idee für Anti-Gender-Bewegungen auf der ganzen Welt, dass LGBTQ-Personen keine soziale Gruppe mit bestimmten Rechten sind, sondern vielmehr eine „Bewegung“.** Der Staat kann nach eigenem Ermessen jede*n als Mitglied dieser Bewegung betrachten und strafrechtlich verfolgen, wenn diese Person sich für LGBTQ-Rechte ausspricht.

Dies schafft Unsicherheit, Willkür und eine Atmosphäre der Angst[114]. **Genau so funktionieren Repressionen im heutigen Russland, wo sich seit mehreren Jahren ein Rechtsruck und die Anti-Gender-Bewegung entwickeln. Dies wiederum führt zu Selbstzensur bei Menschen, die Angst haben, unter die Re-**

pressionen des russischen Staates zu geraten. Hugh Williamson, Direktor der Abteilung Europa und Zentralasien bei Human Rights Watch, erklärte: *„Die russische Regierung missbraucht das Justizsystem als Waffe in ihrem drakonischen Kreuzzug zur Durchsetzung ‚traditioneller Werte' und zur Marginalisierung und Zensur von LGBT-Personen. Sie verletzt damit in eklatanter Weise das Recht der Russen auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und Nichtdiskriminierung"*[115].

Rechtlich gesehen hat das Gericht eine spezifische, nicht existierende Organisation verboten: die „Internationale öffentliche Bewegung LGBT". Tatsächlich verfolgen die Strafverfolgungsbehörden wegen „LGBT-Extremismus" alle Personen, die sich öffentlich als LGBTQ-Aktivist*innen gezeigt haben oder die nach Ansicht der Strafverfolgungsbehörden in irgendeiner Weise die queere Community vertreten oder unterstützen könnten.

Die Verwaltungsklage auf Einstufung der nicht existierenden Organisation „Internationale öffentliche Bewegung LGBT" als extremistisch wurde vom Justizministerium der Russischen Föderation initiiert. Die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation unterstützte sie, und der Richter des Obersten Gerichts der Russischen Föderation, Oleg Nefedow, gab ihr statt.

Das Oberste Gericht der Russischen Föderation hat die Entscheidung nicht offiziell veröffentlicht. Die Unterlagen des Falles sind als „geheim" eingestuft und nicht zugänglich, weshalb nicht bekannt ist, welche Beweise genau vom Gericht geprüft wurden und welche Personen in dem Fall als Vertreter*innen oder Mitglieder der mythischen Organisation auftraten.

Am 16. Januar 2024 trat die Entscheidung des Obersten Gerichtes der Russischen Föderation in Kraft. Am 1. März 2024 wurden die „Internationale öffentliche Bewegung LGBT" und ihre nicht genannten strukturellen Unterabteilungen in die Liste extremistischer Organisationen aufgenommen. Am 12. März 2024 veröffentlichte die offizielle Zeitung der russischen Regierung „Rossijskaja Gazeta" (rus. „Российская газета", übersetzt „Russische Zeitung") Informationen darüber. Seit der Veröffentlichung ist es möglich, Personen wegen „LGBT-Extremismus" administrativ oder strafrechtlich zu verfolgen[116]. In Wirklichkeit begann die Verfolgung von LGBT-Personen und ihren Verbündeten jedoch schon früher.

Der erste Fall von „LGBT-Extremismus“ ereignete sich in Saratow. Am 13. Dezember 2023 befand sich ein Polizist in seinem Büro und recherchierte im Internet. In einem Instagram-Account entdeckte er Fotos, auf denen Elemente der Regenbogenfahne zu sehen waren. Die Autorin der Fotos war Inna Mosina.

Am 18. Januar 2024 stellte der Polizist einen Bericht über eine Ordnungswidrigkeit auf, und am 5. Februar verhängte das Bezirksgericht Saratow gegen Inna eine Geldstrafe in Höhe von 1.500 Rubel.

Inna Mosina wurde für schuldig befunden, Symbole der extremistischen Organisation „Internationale öffentliche Bewegung LGBT“ gezeigt zu haben, da sie vor einigen Jahren ihre Fotowerke mit einer Regenbogenfahne im Internet veröffentlicht hatte und diese nach der Entscheidung des Obersten Gerichtes der Russischen Föderation weiterhin zugänglich waren.

Obwohl die russischen Behörden sich weigerten, die Entscheidung des Obersten Gerichtes der Russischen Föderation zu veröffentlichen, ist es den Anwält*innen des Menschenrechtsprojekts „Perwij Otdel“ (rus. „Первый отдел“, übersetzt „Abteilung Eins“) im Rahmen des Falles von Inna Mosina[117] gelungen, den vollständigen Text der Entscheidung zu erhalten[118].

Daraus geht hervor, dass die Regenbogenfahne vom Obersten Gericht der Russischen Föderation als Symbol einer extremistischen Organisation anerkannt wurde. Ihre Zurschaustellung ist nun verboten und zieht eine administrative Strafe nach sich: eine Geldstrafe in Höhe von 1.000 bis 2.000 Rubel oder eine Haftstrafe von bis zu 15 Tagen[119]. Ein wiederholter Verstoß hat strafrechtliche Konsequenzen, wobei das Strafmaß in diesem Fall von einer Geldstrafe (zwischen 600.000 und 1 Million Rubel) bis zu 4 Jahren Freiheitsentzug reicht[120].

Das Gesetz verbietet auch die Herstellung einer Regenbogenfahne, ihren Verkauf oder Erwerb zum Zwecke des Verkaufs unter Androhung einer Geldstrafe von 1.000 bis 2.500 Rubel[121]. Ein wiederholter Verstoß zieht strafrechtliche Konsequenzen nach sich[122].

Seit dem 11. August 2025 wurde die Strafe für die Verletzung des Verwaltungsrechts erweitert: Es wurde die Möglichkeit eingeführt, die Verantwortliche oder den Verantwortlichen zu einer Arbeitsstrafe von bis zu 100 Stunden zu verurteilen und die Regenbogenflagge zu beschlagnahmen[123].

Im Februar 2024 teilte die Pressestelle des Bezirksgerichts Perm mit: „Es wurde festgestellt, dass eine Flagge der LGBT-Gemeinschaft im Fenster eines Hauses, in dem der Betroffene wohnt, angebracht wurde. Das Gericht stuft diese Handlung gemäß Artikel 20.3 Absatz 1 des Verwaltungsstrafgesetzbuches der Russischen Föderation ein als öffentliche Zurschaustellung von Symbolen extremistischer Organisationen, deren Propaganda oder öffentliche Zurschaustellung durch Bundesgesetze verboten ist. Das Gericht ist der Ansicht, dass eine Strafe in Form einer Verwaltungsstrafe die Erreichung der Strafziele gewährleistet"[124].

*Im März 2024, während der sogenannten Präsidentschaftswahlen, wurde I., Leiter des Stabes von Boris Nadeschdin (Kandidat für die Präsidentschaft Russlands)[125], vom Bezirksgericht Wladiwostok für sechs Tage (d. h. für die Dauer der Wahlen) verhaftet. Der Grund dafür war, dass er eine Nachricht seiner Bekannten mit einem Regenbogen-Emoji in einem Chat mit elf Personen geteilt hatte, wo sie von Polizeibeamten gefunden wurde. Dabei ist I. keine LGBTQ-Person, und seine strafrechtliche Verfolgung wegen „LGBT-Extremismus" zeigt deutlich, wie russische Strafverfolgungsbehörden die Gesetzgebung gegen LGBT-Personen als Druckmittel gegen politische Aktivist*innen einsetzen, die mit den Handlungen der russischen Regierung nicht einverstanden sind.*

Am 2. Mai 2024 verhaftete das Bezirksgericht Twerskoj in Moskau Danil Morosow, den Vorsitzenden der Kommission des Jugendparlaments bei der Staatsduma Russlands[126], weil er 2022 in Telegram einen Beitrag mit einer Regenbogenfahne geteilt hatte. Da der Beitrag 2024 im Internet einsehbar war, wertete das Gericht dies als Verstoß. Aus dem Urteil geht hervor, dass „Morosow D.A. in der Gerichtsverhandlung die tatsächlichen Umstände des Falles nicht bestritten, seine Schuld eingestanden, seine Tat bereut hat und erklärt hat, dass er sich nicht daran erinnern kann, was er gepostet hat, dass er derzeit seine Ansichten über das Leben überdacht hat und die LGBT-Politik nicht unterstützt"[127]. Dies half ihm jedoch nicht; das Gericht verurteilte ihn zur Höchststrafe von 15 Tagen Verwaltungshaft.

Laut Angaben von Human Rights Watch verhandelten russische Gerichte zwischen Januar 2024 und Juni 2025 (also in den fast anderthalb Jahren seit Inkrafttreten der Entscheidung des Obersten Gerichtes der Russischen Föderation) mindestens **98 Fälle** von

Verwaltungsdelikten wegen der Zurschaustellung der Regenbogenfahne[128]. Die russischen Behörden wenden die Entscheidung des Obersten Gerichtes „zur willkürlichen Verfolgung von LGBT-Personen, von Personen, die als solche angesehen werden, sowie von allen, die ihre Rechte verteidigen oder sich mit ihnen solidarisieren“ an[129].

Ab 2024 ist unter Androhung einer administrativen und strafrechtlichen (im Falle eines wiederholten Verstoßes) Strafe verboten:

- das Zeigen der Regenbogenfahne online oder offline (z. B. beim Lesen eines Buches mit einer Regenbogenfahne auf dem Cover in der U-Bahn oder an einem anderen öffentlichen Ort); die Veröffentlichung von Bildern der Regenbogenfahne im Internet, selbst wenn diese bereits mehrere Jahre zurückliegt (auch in Fällen, in denen die Person keinen Zugriff mehr auf das Konto hat),
- Verbreitung oder Tragen jeglicher materieller Gegenstände mit der Fahne (z. B. Anstecker, Bücher, Ohrringe, Armbänder und andere Accessoires),
- Reposts von Materialien mit der Regenbogenfahne im Internet,
- Aufhängen der Regenbogenfahne in der eigenen Wohnung, wenn sie von draußen gesehen werden kann.

Abgesehen von der Darstellung der Regenbogen-Symbolik hat die Entscheidung des Obersten Gerichtes der Russischen Föderation jede öffentliche Aktivität zur Unterstützung von LGBTQ-Personen unter Strafe gestellt. Obwohl russische LGBTQ-Initiativen ihre Aktivitäten noch vor Inkrafttreten der Entscheidung des Obersten Gerichtes umstellen konnten und weiterhin auf sichere Weise queere Menschen unterstützen (z. B. durch Online-Beratung, Durchführung von Veranstaltungen für einen engen Kreis von Teilnehmer*innen), waren andere Menschen und Unternehmen betroffen, die nicht damit rechnen konnten, dass das Verbot sie betreffen würde.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtes eröffnete die Möglichkeit, Personen wegen ihrer „Beteiligung“ an den Tätigkeiten der nicht existierenden Organisation „Internationale öffentliche Bewegung LGBT“ strafrechtlich zu verfolgen. Obwohl sich diese Entscheidung gegen organisierte Aktivitäten für die Rechte von

LGBTQ-Personen in Russland richtete[130], wurde sie in der Realität viel weiter gefasst angewendet.

Ab 2024 können russische Strafverfolgungsbehörden „LGBT-Extremismus" strafrechtlich verfolgen – mit Strafen von 300.000 Rubel bis zu 12 Jahren Freiheitsentzug.

So drohen den Angeklagten für die Organisation der Aktivitäten der „Internationalen LGBT-Bewegung" bis zu 10 Jahre Freiheitsentzug, für die Teilnahme daran bis zu 6 Jahre Freiheitsentzug, für die Einbeziehung anderer in die Aktivitäten bis zu 8 Jahre Freiheitsentzug und, wenn solche Handlungen unter Ausnutzung der dienstlichen Stellung begangen werden, bis zu 12 Jahre Freiheitsentzug[131]. Das Bereitstellen oder Sammeln von Geldern für die Bewegung sowie das Erbringen von Finanzdienstleistungen drohen bis zu 8 Jahre Freiheitsentzug und, wenn solche Handlungen unter Ausnutzung der dienstlichen Stellung begangen werden, bis zu 10 Jahre Freiheitsentzug.

Personen, die wegen „LGBT-Extremismus" verdächtigt oder angeklagt sind, werden in Listen von „Extremisten und Terroristen" aufgenommen. Ohne Zustimmung des Rosfinmonitoring (rus. „Росфинмониторинг" Name des föderalen Finanzüberwachungsdienstes der Russischen Föderation) dürfen sie nicht über Geldmittel auf ihrem Bankkonto verfügen (ausgenommen eine Summe von maximal 22.440 Rubel pro Monat), nicht über Immobilien verfügen und sind in anderen Rechten in Bezug auf Eigentum und Einkommen eingeschränkt[132].

Mit Stand vom August 2025 sind in Russland mindestens 20 Personen wegen „LGBT-Extremismus" angeklagt[133].

*Im März 2024 führten die Strafverfolgungsbehörden zusammen mit Mitgliedern der rechtsextremen Organisation „Russische Gemeinschaft" (rus. „Русская община", „Russkaja Obtschina") eine Razzia im Club Pose in Orenburg durch[134]. Daraufhin leitete die Ermittlungsbehörde der Russischen Föderation für die Region Orenburg ein Strafverfahren gegen die Mitarbeiter*innen des Clubs Pose ein. Der Club veranstaltete Drag-Shows und war ein beliebter Treffpunkt für LGBTQ-Personen in der Region Orenburg. Am 20. März 2024 verhaftete das Zentralgericht der Stadt Orenburg den Art-Direktor des Clubs, Alexander Klimow, und die Administratorin des Clubs, Diana Kamiljanowa. Sie wurden beschuldigt, den Betrieb der Bar sichergestellt zu haben,*

„als Personen mit nicht-traditioneller sexueller Orientierung, die sich zuvor mit anderen, von den Ermittlungsbehörden nicht identifizierten Personen, die ebenfalls LGBT unterstützen, verschworen hatten“. Die Administratorin stellte das Personal zusammen, genehmigte Veranstaltungsprogramme und „sorgte für Foto- und Videoaufnahmen von Auftritten, die nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen propagierten“. Der Art-Director wiederum „wählte Transvestiten-Künstler aus, hielt Besprechungen mit ihnen ab und propagierte unter den Besuchern der Bar und in der mobilen Anwendung Telegram nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen“[135]. Ihnen drohen bis zu 10 Jahre Freiheitsentzug wegen ihrer Beteiligung an der Arbeit eines regulären Clubs für LGBT-Personen. Am 31. März 2024 verhaftete dasselbe Gericht den Besitzer des Clubs, Wjatscheslaw Chasanow[136]. Das Strafverfahren liegt derzeit dem Gericht zur Entscheidung vor.

Im Laufe des Jahres 2024 wurden ähnliche Verfahren wegen „LGBT-Extremismus” in Samara, Jaroslawl, der Region Altai, Woronesch, Kirow, der Region Uljanowsk, Moskau und anderen Regionen eingeleitet.

Im November 2024 wurde Andrej Kotow in Moskau festgenommen, der Reisen für schwule Männer organisiert hatte. Der Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation warf ihm vor, eine „extremistische Organisation” gegründet zu haben. Während der Durchsuchung seiner Wohnung wurde er von zwei maskierten Sicherheitskräften zusammengeschlagen und mit einem Elektroschocker gefoltert. Das Gericht verhaftete ihn. Im Dezember 2024 starb er in der Untersuchungshaftanstalt, in die er vom Gericht für die Dauer der strafrechtlichen Ermittlungen gebracht worden war[137].

Das erste LGBT-Extremismus-Urteil, wegen der Einbeziehung anderer in die Aktivitäten der „Internationalen LGBT-Bewegung“, wurde am 19. Februar 2025 vom Bezirksgericht Jajsk in der Region Kemerowo gefällt. Die Strafe betrug 6 Jahre Freiheitsentzug. Verurteilt wurde ein Mann, der zum Zeitpunkt der „Tatausführung“ bereits eine Freiheitsstrafe für ein anderes Verbrechen verbüßte. Welche Handlungen das Gericht als strafbar ansah, ist nicht bekannt, da das Urteil nicht öffentlich zugänglich ist[138].

Gegen Artem Fokin, den ehemaligen Vorsitzenden der Sama-

rer Bürgerinitiative „Irida“ (rus. „Ирида“), wurde die strafrechtliche Untersuchung wegen „LGBT-Extremismus“ abgeschlossen und an das Gericht weitergeleitet. „Irida“ hatte im Dezember 2023 versucht, gegen die Entscheidung des Obersten Gerichts der Russischen Föderation, „Internationale öffentliche Bewegung LGBT“ als extremistisch einzustufen, Berufung einzulegen; die Berufung wurde jedoch zurückgewiesen. Nach Angaben der Ermittlungsbehörden ist Artem Fokin schuldig, eine extremistische Organisation gegründet zu haben, ihm drohen bis zu 10 Jahre Freiheitsentzug[139].

Am 15. März 2025 eröffnete die Hauptverwaltung des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation für die Stadt Moskau ein Strafverfahren gegen drei Mitarbeiter des Verlags „EKSMO“ (rus. „ЭКСМО“): Artem Wachljaev, Dmitri Iwanow und Dmitri Protopopow. Sie werden beschuldigt, ihre offiziellen Positionen ausgenutzt zu haben, um andere in die Aktivitäten einer extremistischen Organisation einzubeziehen (Abschnitt 1.1, Abschnitt 2 und Abschnitt 3 des Artikels 282.2 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation), und müssen mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 12 Jahren rechnen. Derzeit stehen sie unter Hausarrest.

Nach Angaben der Ermittler sorgten sie während ihrer Tätigkeit im Verlag im Rahmen ihrer beruflichen Pflichten für den Druck und Vertrieb von Büchern zu LGBT-Themen. Angeblich macht der Vertrieb von Büchern zu LGBT-Themen über Buchhandlungen oder direkt an Einzelpersonen die Leser*innen solcher Bücher zu Anhänger*innen der „internationalen LGBT-Bewegung“. Nach Ansicht der Ermittler wurden auf diese Weise mindestens acht Frauen in die Aktivitäten einer nicht existierenden Organisation „verwickelt”.

In diesem Fall betrachtet die Staatsanwaltschaft die Verbreitung von „LGBT-Literatur“ unter einer unbeschränkten Personengruppe als extremistische Aktivität. Formal gilt in Russland kein einziges „queeres“ Buch als „extremistisch“. Die Ermittler werfen den Beschuldigten jedoch vor, queere Literatur massenhaft verbreitet zu haben, um andere in die Aktivitäten der „Internationalen LGBT-Bewegung“ einzubeziehen[140].

Der Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation ist der Ansicht, dass die Angeklagten durch die Verbreitung von Büchern, die nicht als extremistische Materialien anerkannt sind, die „LGBT-Ideologie“ verbreitet haben, und zwar:

- indem sie bei den Leser*innen „ein attraktives Bild

von nicht-traditionellen (nicht heterosexuellen) sexuellen Beziehungen und Vorlieben“ erzeugten;
- indem sie die „Ideologie der vollständigen moralischen Gleichwertigkeit“ von „nicht-traditionellen und traditionellen sexuellen Beziehungen“ propagierten, nämlich die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen, die Möglichkeit der Adoption und Erziehung von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare sowie die Überzeugung von der Attraktivität solcher Ideen und ihrer Zulässigkeit[141].

Im Wesentlichen warfen die Strafverfolgungsbehörden ihnen vor, im Rahmen des Verlagswesens Bücher verbreitet zu haben.

Parallel dazu führen rechtsextreme Organisationen, die zwar nicht offiziell vom Staat gegründet wurden, aber die Bekämpfung von LGBT übernommen haben, gemeinsam mit Mitarbeitern der Strafverfolgungsbehörden oder einzeln regelmäßige Razzien an Orten durch, an denen sich LGBTQ-Personen versammeln könnten. Im Jahr 2024 gab es mindestens 42 solcher Razzien[142].

Indem sie die nicht existierende Organisation „Internationale LGBT-Bewegung“ als extremistisch einstuften, kriminalisierten die russischen Behörden jede öffentliche Aktivität zur Unterstützung von LGBTQ-Personen in Russland. Zu den strafrechtlich Verfolgten gehören sowohl Angestellten im Dienstleistungsbereich (Bars, Clubs, Reisebüros, medizinische Kliniken, Verlage) als auch LGBTQ-Aktivist*innen (Artem Fokin, Jaroslaw Sirotkin).

Die Kriminalisierung der Aktivitäten einer friedlichen Bewegung widerspricht den internationalen Verpflichtungen Russlands und verstößt unter anderem gegen die Bestimmungen des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte. Wie die Sonderberichterstatterin des UN-Menschenrechtsrats über die Menschenrechtslage in der Russischen Föderation Marijana Kazarowa in ihrem Bericht aus dem Jahr 2024 feststellte: *„die Einstufung der „Internationalen LGBT-Bewegung“ als „extremistisch“ im Jahr 2023 hat dazu geführt, dass jegliche Aktivitäten im Zusammenhang mit LGBT in der Russischen Föderation illegal geworden sind“*[143].

Diese Schlussfolgerung wird durch die Ergebnisse unserer Studie bestätigt. Auf die Frage *„Was hat sich in Ihrem Leben in Bezug auf soziale Beziehungen, Kommunikation, Verhaltensänderungen und Zugang zu Informationen geändert, nachdem das Oberste Gericht der*

Russischen Föderation am 30. November 2023 beschlossen hat, die nicht existierende Organisation ‚Internationale LGBT-Bewegung' als extremistische Organisation einzustufen?" geben 54,3% der Befragten an, dass sie Schwierigkeiten hatten, ein LGBTQ-freundliches Umfeld zu finden; 36,8%, dass es schwieriger geworden war, romantische Beziehungen zu finden; 36,5%, dass sie sich verschlossen/ihr Coming-out „rückgängig gemacht" hatten. Die Befragten konnten mehrere Antworten auswählen, um ihre Erfahrungen abzudecken. (Illustration 25)

Im Rahmen der Umfrage im Jahr 2025 haben wir die Befragten auch folgende Frage gestellt: *"Was hat sich in Ihrem Leben in Bezug auf das Risiko von Gewalt oder tatsächlich erlebte Gewalt verändert, nachdem das Oberste Gericht der Russischen Föderation am 30. November 2023 beschlossen hat, die nicht existierende Organisation ‚Internationale LGBT-Bewegung' als extremistische Organisation einzustufen?"* Auch hier konnten die Befragten mehrere Antworten auswählen.

№	Indikator	Trans Frauen (% der Befragten)	Cis Frauen (% der Befragten)	Unterschied (% der Befragten)	Verhältnis
1	Ich habe Angst, mich an die Strafverfolgungsbehörden zu wenden, sollte ich Opfer einer Straftat werden.	60,9	53,8	7,1	1,13
2	Ich habe mehr Angst davor, aufgrund meiner sexuellen Orientierung/ Geschlechtsidentität in der Öffentlichkeit körperlicher Gewalt ausgesetzt zu sein.	63,5	51,5	12	1,23
3	Ich habe mehr Angst davor, aufgrund meiner sexuellen Orientierung/ Geschlechtsidentität in meinem Privatleben/zu Hause körperlicher Gewalt ausgesetzt zu sein.	32,5	25,2	7,3	1,29

4	*Diese Entscheidung des Obersten Gerichtes der Russischen Föderation hat in meinem Leben nichts verändert.*	*20,8*	*26,5*	*- 5,7*	*0,79*
5	*Ich wurde geoutet*	*20,3*	*8*	*11,7*	*2,54*
6	*Ich wurde körperlicher Gewalt ausgesetzt*	*12,2*	*2,1*	*10,1*	*5,81*
7	*Ich wurde sexualisierter Gewalt ausgesetzt*	*6,1*	*2*	*4,1*	*3,05*
8	*Ich wurde wirtschaftlicher Gewalt ausgesetzt*	*8,1*	*1,4*	*6,7*	*5,79*
9	*Ich habe mich wegen Verletzungen meiner Rechte, die im Zusammenhang mit meiner Geschlechtsidentität/ sexuellen Orientierung entstanden sind, an die Strafverfolgungsbehörden (Polizei, Untersuchungsausschuss) gewandt, aber sie haben keine Maßnahmen ergriffen, um die Vorfälle zu untersuchen.*	*4,1*	*1,2*	*2,9*	*3,42*
10	*Ich habe nichts von dieser Entscheidung des Obersten Gerichtes der Russischen Föderation gehört.*	*2,0*	*1,5*	*0,5*	*1,33*

Um die Lage zu verbessern, muss die Entscheidung des Obersten Gerichtes der Russischen Föderation vom 30. November 2023, die „Internationale öffentliche Bewegung LGBT“ und ihre strukturellen Unterabteilungen als extremistisch einzustufen, unverzüglich aufgehoben werden. Alle Verfahren für Verwaltungsdelikten und Strafsachen wegen „LGBT-Extremismus“ müssen überprüft und aufgehoben werden, und den Betroffenen müssen Entschädigungen gezahlt werden[144].

Darüber hinaus ist es notwendig, die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen zu unterstützen, die Opfer von

Vorwürfen des „LGBT-Extremismus“ in Russland gezielte direkte Hilfe leisten. Die Legalisierung von Opfern in sicheren Ländern muss erleichtert werden, einschließlich der Regelung der Wiederaufnahme im humanitären Visa-Programm nach § 22.2 des Aufenthaltsgesetzes in der Bundesrepublik Deutschland für diejenigen, die aufgrund ihres LGBTQ-Aktivismus Repressionen ausgesetzt sind und Schutz vor dem Druck des russischen Staates benötigen.

Wir empfehlen, Personen, die unter der Anwendung der russischen Gesetzgebung zu „LGBT-Extremismus“ leiden, als aus politischen Gründen in Russland Verfolgte zu betrachten.

§4 Gesetze zur Entrechtung von trans Personen

Am 24. Juli 2023 wurde in Russland das Gesetz zum „Verbot der Geschlechtsangleichung“ verabschiedet[145]. Es brachte Änderungen in vier föderalen Gesetzen mit sich und trat am Tag seiner Veröffentlichung mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Die Gesetzesinitiative wurde von 369 Abgeordneten (82% aller Abgeordneten der Staatsduma der Russischen Föderation) ins Leben gerufen, darunter von den Vorsitzenden aller parlamentarischen Parteien. Eine fast ebenso große Anzahl von Parlamentarier*innen – 86% – war an der Gesetzesinitiative von 2022 zum „Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen” beteiligt[146].

Ein charakteristisches Merkmal autoritärer Staaten ist die rasche Verabschiedung von Gesetzen, die auf die Einschränkung der Bürgerrechte abzielen. Der vorliegende Gesetzentwurf wurde keiner öffentlichen Diskussion unterzogen. Von seiner Einbringung zur Besprechung in die Staatsduma der Russischen Föderation bis zu seiner Verabschiedung vergingen lediglich 55 Tage. In dieser Zeit wurde er vom Unterhaus des föderalen Parlaments in drei Lesungen geprüft und verabschiedet, vom Föderationsrat gebilligt, vom Präsidenten unterzeichnet und veröffentlicht.

Bereits während der Verabschiedung des Gesetzes wiesen Menschenrechtsaktivist*innen auf den beispiellosen Eingriff in die Privatsphäre und das Recht auf Zugang zu medizinischer Versorgung hin[147]. Während das Gesetz über „LGBT-Propaganda” zuvor das Verbot der Verbreitung positiver und neutraler Informationen

über LGBT-Personen betraf, führte die Verabschiedung des Gesetzes über das Verbot der Geschlechtsumwandlung dazu, dass der Staat begann, die Körperlichkeit zu kontrollieren.

*Am 16. August 2023 wandten sich gleich drei UN-Mandatsträger*innen – die Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage in der Russischen Föderation, Mariana Katsarova, der unabhängige Experte für den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, Victor Madrigal-Borlos und die Vorsitzende und Berichterstatterin der Arbeitsgruppe zur Diskriminierung von Frauen und Mädchen, Dorothy Estrada-Tanc, an die russischen Behörden mit der Bitte, das Gesetz zum „Verbot der Geschlechtsangleichung"[148] nicht zu verabschieden, da es die Grundrechte von Transgender-Personen verletzt. Die russischen Behörden haben diese Bitte ignoriert.*

In ihrer Erklärung wiesen die UN-Mandatäre darauf hin, dass „dieses Gesetz diskriminierend ist, gegen zahlreiche Verpflichtungen zur Einhaltung der Men der Russischen Föderation verstößt und aufgehoben werden muss". Er verletze „die unantastabaren Rechte auf Würde, Gleichheit vor dem Gesetz, körperliche Unversehrtheit und Privatsphäre, das Recht auf das erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit sowie das absolute Verbot von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe".

Welche gesetzlichen Garantien hatten trans Personen in Russland vor der Verabschiedung dieses Gesetzes?

Im Jahr 1990 verabschiedete die Weltgesundheitsorganisation (im Folgenden WHO) die Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und Gesundheitsprobleme, 10. Revision (im Folgenden ICD-10). Darin wurde Transidentität als „Störung der Geschlechtsidentität" mit dem Code F64.0 „Transsexualismus" definiert. Diese Klassifikation wurde in Russland am 1. Januar 1999 in die medizinische Praxis eingeführt und bildet bis heute die Grundlage für die Diagnose von Erkrankungen des Menschen.

Im Jahr 2019 verabschiedete die WHO die ICD-11, die die trans Identität entpathologisiert. Wenn Transgender-Personen auf eigenen Wunsch spezialisierte medizinische Hilfe benötigen, können medizinische Fachkräfte einen anderen Code verwenden –

„Geschlechtsinkongruenz" (HA60). Die WHO empfahl den Staaten, ab dem 1. Januar 2022 auf die ICD-11 umzustellen. In Russland begannen die Vorbereitungen für die Umstellung auf die ICD-11, aber 2024 wurden diese Arbeiten auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

Bis zum 1. Februar 2018 konnten trans Personen in Russland ihre Papiere nach Durchlauf einer gerichtlichen Entscheidung ändern lassen. Dazu konnten sie sich an Psychiater*innen wenden, um sich die Diagnose F64.0 stellen zu lassen und um anschließend Zugang zu einer Hormontherapie oder geschlechtsangleichenden Operationen zu erhalten.

Infolge der Umsetzung der Empfehlungen des UN-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Oktober 2017) durch Russland hat das Gesundheitsministerium der Russischen Föderation am 2. Februar 2018 das Formular „Über die Änderung des Geschlechts" (087/y) eingeführt. Auf diese Weise erhielten trans Personen die Möglichkeit, ihren Geschlechteintrag ohne gerichtliche Klage zu ändern – durch Einholung einer Bescheinigung von einer medizinischen Kommission und einem Antrag bei der Standesamtbehörde (ЗАГС, SAGS), die trans Personen eine neue Geburtsurkunde ausstellte[149].

Dieses schnelle, zugängliche und unkomplizierte Verfahren zur Änderung von Geschlechtseinträgen bestand nur etwas mehr als fünf Jahre – vom 2. Februar 2018 bis zum 23. Juli 2023 – und wurde dann abgeschafft.

Wie hat sich das neue Gesetz auf das Leben von trans Personen in Russland ausgewirkt?

Erstens verbietet es medizinische Geschlechtsangleichungen:

Medizinische Eingriffe, einschließlich der Verwendung von Medikamenten zur Geschlechtsumwandlung, darunter derer zur Bildung primärer und/oder sekundärer Geschlechtsmerkmale des anderen Geschlechts, sind verboten[150].

Bis einschließlich 23. Juli 2023 konnten Ärzt*innen in Russland Transsexualität bzw. Transidentität diagnostizieren, woraufhin trans Personen auf eigenen Wunsch in Russland eine feminisierende oder maskulinisierende Hormontherapie erhalten sowie geschlechtsangleichende Operationen durchführen lassen konnten, die nicht unter die gesetzliche Krankenversicherung fielen, was bedeutete, dass die Kosten für solche medizinischen Eingriffe von trans Personen

selbst zu tragen waren.

Ab dem 24. Juli 2023 verloren diejenigen trans Personen, die es nicht geschafft hatten, ihren Geschlechtseintrag davor zu ändern, die Möglichkeit, in Russland eine Hormontherapie und/oder geschlechtsangleichende Operationen durchführen zu lassen. Ärzt*innen in Russland scheuen sich, trans Personen eine Hormontherapie zu verschreiben, da sie Gefahr laufen, von den Behörden wegen Verstoßes gegen das im Juli 2023 in Kraft getretene föderale Gesetz zum „Verbot der Geschlechtsumwandlung" angeklagt zu werden[151].

Die russischen Behörden haben jedoch vorgesehen, dass trans Personen sich an staatliche psychiatrische Einrichtungen wenden können, um sich dort untersuchen zu lassen, sich in einem psychiatrischen Amt anmelden zu lassen und psychologische Beratung zu erhalten. Es ist anzumerken, dass diese „Hilfe" transsexuellen Menschen nicht hilft, die sowohl medizinische Fachunterstützung als auch Sozialisierung in der Gesellschaft entsprechend ihrer Geschlechtsidentität benötigen. Das gesetzliche Verbot, trans Personen die für sie notwendige Hilfe zu gewähren (einschließlich des Zugangs zu Hormonpräparaten, geschlechtsangleichenden Operationen und dem rechtlichen Verfahren zur Änderung des Geschlechtseintrags in ihren Papieren), kann als Verstoß der Russischen Föderation gegen ihre internationalen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte angesehen werden[152].

Zweitens verbietet das neue Gesetz die rechtliche Geschlechtsangleichung (Änderung des Geschlechtseintrags), indem es aus dem föderalen Gesetz über Personenstandsurkunden die Möglichkeit streicht, ein Gutachten einer medizinischen Kommission vorzulegen, um eine Änderung der Eintragung im Geburtenregister hinsichtlich der Geschlechtsidentität vorzunehmen[153].

Zum ersten Mal wurde trans Personen in Russland 1997 die gesetzliche Möglichkeit gegeben, ihren Geschlechtseintrag zu ändern. Nach 26 Jahren ging diese Möglichkeit wieder verloren. Derzeit haben trans Personen, die russische Staatsbürger*innen sind, keine Möglichkeit, die Angabe ihrer Geschlechtsidentität (einschließlich geschlechtsspezifischer Endungen von Nachnamen, Vornamen und Vatersnamen) in allen offiziellen Papieren zu ändern, was ihre Sozialisierung in der russischen Gesellschaft im Rahmen ihrer Geschlechtsidentität behindert.

Allerdings gibt es eine Ausnahme im Gesetz: Personen, die bis

einschließlich 23. Juli 2022 eine geschlechtsangleichende Operation hatten, ihre Dokumente nicht geändert haben, dies aber gerne tun würden, haben die Möglichkeit, sich einer speziellen Untersuchung durch eine von fünf medizinischen Kommissionen zu unterziehen (alle befinden sich in Moskau und St. Petersburg in medizinischen Einrichtungen, die zum System des Gesundheitsministeriums gehören), die bestätigt, dass die untersuchte Person Merkmale des „männlichen" oder „weiblichen" Geschlechts aufweist, trotz eines anderen Geschlechtseintrags in den Papieren. In diesem Fall können sie nach einer besonderen Entscheidung dieser Kommission die Geschlechtsangabe in ihren Dokumenten ändern, indem sie sich an die Standesämter wenden.

Die Anzahl der Antragsteller*innen, die in den letzten zwei Jahren vor der Kommission erschienen sind, beträgt nach unseren Angaben nicht mehr als 30 Personen, was darauf hindeutet, dass diese Ausnahme derzeit nur für eine sehr kleine Anzahl von Menschen gilt und dass im Laufe der Zeit die Zahl derjenigen, die vor dem 23. Juli 2023 geschlechtsangleichende Operationen durchgeführt haben, aber ihre Dokumente nicht geändert haben, aufgrund der Verringerung der Anzahl der Personen in dieser Gruppe und des Verbots von geschlechtsangleichenden Operationen abnimmt. Darüber hinaus steht dieses Verfahren zur Änderung des Geschlechtseintrags als Ausnahme denjenigen nicht zur Verfügung, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des oben genannten Gesetzes minderjährig waren. Daher hat diese Ausnahme praktisch keinen Einfluss auf die Interessen von trans Personen und wirkt sich insgesamt nicht auf das vollständige Verbot der Geschlechtsangleichung in Russland aus.

Die Gesetzgeber*innen haben diese Ausnahme auch aus transphoben Gründen in das Gesetz aufgenommen. Nach der Logik der heutigen russischen Regierung, die eine anti-gender politische Wende vollzieht, kann es in Russland nur ein binäres System geben: nur das männliche und das weibliche Geschlecht. Und wenn eine Person ihrer Meinung nach ihren Körper im Rahmen einer geschlechtsangleichenden Operation bereits wesentlich verändert hat, aber keine Änderungen in ihren Dokumenten hinsichtlich der Geschlechtsangabe vorgenommen hat, dann müssen solche Personen als Männer oder Frauen gekennzeichnet werden – so, wie es sich die Mitglieder der medizinischen Kommission vorstellen, die davon ausgehen, dass eine eine Geschlechtsangleichung in Russ-

land grundsätzlich unmöglich ist.

Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass fast alle trans Personen keinen Zugang zu einem solchen Verfahren zur rechtlichen Geschlechtsangleichung haben.

Somit verweigern die russischen Behörden seit dem 24. Juli 2023 trans Personen die Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität.

Drittens verbietet das neue Gesetz Eheschließungen mit trans Personen und legt fest, dass „die Ehe aufgrund [...] einer Änderung des Geschlechtseintrags eines der Ehepartner im Personenstandsregister aufgelöst wird“[154].

Noch bevor das neue Gesetz im Dezember 2022 in Kraft trat, lehnte das Standesamt einer russischen Region die Änderung der Personenstandes der trans Frau N. ab. Der Grund dafür war, dass sie in einer zuvor geschlossenen heterosexuellen Ehe lebt. Nach Ansicht der Behörden würde sie im Falle einer Änderung ihres Geschlechts von männlich zu weiblich in einer gleichgeschlechtlichen Ehe leben, was nach russischem Recht nicht vorgesehen ist. Das Standesamt empfahl N., ihre frühere Ehe aufzulösen und anschließend eine Änderung ihrer Geschlechtsangabe in den Dokumenten zu beantragen.

Da diese Haltung der Behörden nicht auf den damals geltenden Gesetzen beruhte, wandte sich N. an das Gericht. Im Juni 2023 wies das Bezirksgericht die Klage ab, gefolgt vom Landgericht im Oktober 2023, dem Revisionsgericht im Juni 2024 und dem Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation im Dezember desselben Jahres. Sie verwiesen darauf, dass das Familiengesetzbuch der Russischen Föderation die Ehe als eine Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau definiert. Das Bestehen einer geschlossenen Ehe ist ein Hindernis für die Änderung des Geschlechtsmerkmals in den Papieren.

In einem anderen Fall im März 2024 lehnte die Behörden es ab, die Ehe zwischen einem trans Mann und einem cis Mann über das Standesamt aufzulösen, und verwiesen dabei auf das neue Gesetz. Im Jahr 2022 hatten sie eine heterosexuelle Ehe geschlossen, woraufhin einer der Partner eine transmaskuline geschlechtsangleichende Operation durchführte. Im Jahr 2023 zerbrach die Ehe und sie beschlossen, sich scheiden zu lassen. Zu diesem Zweck reichten sie beim Standesamt einen gemeinsamen Antrag ein, der jedoch abgelehnt wurde. Im November 2024 hob das Gericht erster Instanz zum ersten Mal in der russischen Praxis eine gleichgeschlechtliche Ehe auf[155] (siehe weitere Informationen zu Verletzungen der Rechte von queeren Frauen und

insbesondere von trans Frauen beim Eingehen von Partnerschaften in Kapitel 9, Absatz 1).

Viertens verbietet das neue Gesetz trans Personen, die eine juristische Geschlechtsangleichung vorgenommen haben – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit –, minderjährige Kinder zu adoptieren oder zu betreuen.

Die russischen Behörden haben außerdem spezielle Gesetze verabschiedet, die dieses Verbot ausweiten – ab dem 3. Juli 2023 gilt das auch für[156]:

- Personen, die in registrierten gleichgeschlechtlichen Partnerschaften (einschließlich Ehen) leben, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit,
- Staatsangehörige von Ländern, in denen jegliche Formen gleichgeschlechtlicher Partnerschaften legalisiert sind, sofern diese Staatsangehörigen nicht verheiratet sind;
- ab dem 23. November 2024 für :
- Staatsangehörige von Staaten, in denen affirmative medizinische Maßnahmen erlaubt sind (unabhängig davon, ob nur durch Hormontherapie oder durch geschlechtsangleichende Operationen),
- Staatsangehörige von Staaten, in denen eine juristische Geschlechtsangleichung ohne affirmative Operationen zulässig ist,
- Staatenlose, die ihren ständigen Wohnsitz in solchen Staaten haben.

Fünftens hat das Gesetz verstümmelnde Operationen an den Geschlechtsorganen von intersexuellen Kindern eingeführt[158]. Wenn Eltern beschließen, dass eine solche Operation notwendig ist, müssen sie ein Gutachten einer der fünf medizinischen Kommissionen einholen, die in Moskau und St. Petersburg tätig sind. Wenn die Geschlechtsorgane nach der Operation nicht mehr „männlich" oder „weiblich" sind, muss dieselbe medizinische Kommission das Kind untersuchen und ein medizinisches Gutachten über die Übereinstimmung der Geschlechtsmerkmale des Kindes mit den Merkmalen eines bestimmten Geschlechts erstellen. Auf der Grundlage dieses Gutachtens können die Eltern im Namen

des Kindes beim Standesamt eine Änderung der Dokumente beantragen.

Wie *die Sonderberichterstatterin für die Lage der Menschenrechte in der Russischen Föderation, Mariana Kazarowa*, in ihrem Bericht über die Einhaltung der Menschenrechte in der Russischen Föderation (2023) feststellte, verurteilte eine Reihe von Funktionären der Vereinten Nationen diese schädlichen, ohne Einwilligung durchgeführten und medizinisch unnötigen Eingriffe mit hohem Risiko und ihren schwerwiegenden Folgen[159].

Das Gesetz zum „Verbot der Geschlechtsumwandlung" wurde nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine verabschiedet. Es wurde sowohl durch eine allgemeine Kampagne gegen LGBTIQ-Personen in Russland als auch durch Stereotypen und Vorurteile gegenüber trans Personen bei hochrangigen russischen Beamten ausgelöst.

So erklärte der Vorsitzende des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation, Alexander Bastrykin (dessen Aufgabe es ist, viele der schweren und schwersten Verbrechen in Russland zu untersuchen), am 11.05.2023 öffentlich, dass diejenigen, die beschlossen haben, „ihr Geschlecht[160] "auf dem Papier" zu ändern", um nicht zum Militär zu müssen, Betrüger seien[161]. „Wenn es sich um Betrug handelt, verletzt dieser Betrug die Interessen des Staates, unsere Verteidigungsfähigkeit"[162]. Seinen Angaben zufolge bezog er sich auf Personen, die eine Geschlechtsangleichung vorgenommen haben, um sich der Mobilisierung (für den Krieg Russlands in der Ukraine)[163] zu entziehen. Wie die Medien berichteten, bestand seine Argumentation darin, dass Menschen angeblich eine „Lücke im Gesetz" ausnutzen, um eine Bescheinigung über ihre Transgender-Identität zu erhalten und so der Einberufung oder Mobilisierung zu entgehen[164].

Mit diesem Satz wollte er offenbar betonen, dass trans Personen die anstrengenden Verfahren der rechtlichen und medizinischen Geschlechtsangleichung nicht aufgrund ihrer Dysphorie und dem Bedürfnis, diese zu beseitigen oder zu mildern, durchlaufen, sondern aus dem Wunsch, dem Militärdienst zu entgehen.

Am selben Tag teilte der russische Justizminister Konstantin Tschuitschenko mit, dass zur "Festigung der Familienwerte" in der Gesetzgebung die Möglichkeit der amtlichen Geschlechtsänderung in Ausweispapieren abgeschafft werden könnte[165].

74 Tage nach dieser Erklärung wurde das entsprechende Gesetz verabschiedet und trat in Kraft.

Auf diese Weise präsentierten hochrangige russische Beamte der russischen Gesellschaft die Repressionen gegen trans Personen als Beseitigung eines Gesetzeslücken, die es angeblich ermöglichten, sich in Russland während des Krieges dem Militärdienst zu entziehen. Dabei stützten sich die Beamten bei ihrer Kampagne gegen queere Menschen auf Mythen und Stereotypen über trans Personen und handelten im Namen der Förderung der Ideologie „traditioneller Werte" in der russischen Gesellschaft.

Dieses Gesetz ist diskriminierend und beeinträchtigt die Rechte von trans Personen, die cis Personen zustehen. Um die Situation für trans Menschen in Russland zu ändern, ist Folgendes erforderlich:

- Aufhebung des föderalen Gesetzes zum „Verbot der Geschlechtsumwandlung"
- Einführung eines schnellen, zugänglichen und wirksamen Verfahrens für die rechtliche und medizinische Geschlechtsangleichung.

Darauf hat insbesondere die Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage in der Russischen Föderation, Marjana Kazarowa, in ihrem Bericht aus dem Jahr 2023 hingewiesen. Sie empfahl den russischen Behörden außerdem, dieses Gesetz aufzuheben, da es mit den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen des Staates unvereinbar sei[166].

Illustrationen zum Kapitel 4.

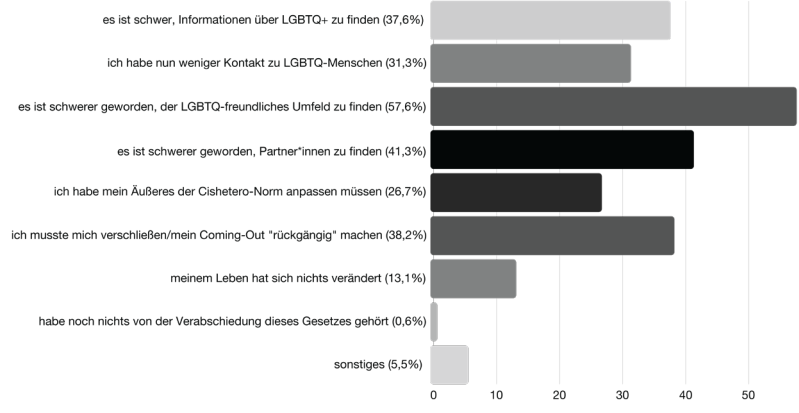


Illustration 24. „Was hat sich in Ihrem Leben in Bezug auf soziale Beziehungen, Kommunikation, Verhaltensänderungen und Zugang zu Informationen seit Dezember 2022 geändert, als in Russland die neue Fassung des Gesetzes über „LGBT-Propaganda" in Kraft trat?"

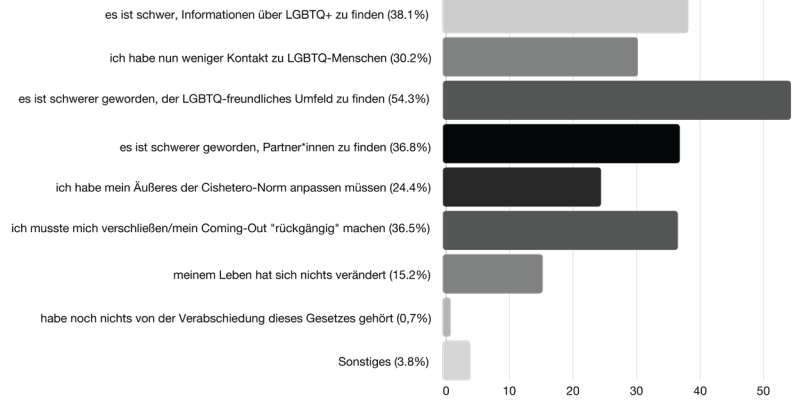


Illustration 25. "Was hat sich in Ihrem Leben in Bezug auf das Risiko von Gewalt oder tatsächlich erlebte Gewalt verändert, nachdem das Oberste Gericht der Russischen Föderation am 30. November 2023 beschlossen hat, die nicht existierende Organisation ‚Internationale LGBT-Bewegung' als extremistische Organisation einzustufen?"

Kapitel 5. Die sozialen Folgen der anti-gender-Gesetzgebung für queere Frauen in Russland

§1 Informationszugang queerer Frauen, ihre erzwungene Verschlossenheit und Sichtbarkeit als Anfälligkeit

Eine der wichtigsten Folgen des Ausbruchs und der Eskalation eines umfassenden Krieges war die Zunahme isolationistischer Neigungen (insbesondere in den Beziehungen Russlands zu den Staaten der Europäischen Union). Dies zeigt sich auch in den von Russland eingeführten Beschränkungen der Informationszugangsfreiheit. So schaffen die während des Krieges verabschiedeten Gesetze gegen LGBTQ-Personen die rechtliche Grundlage für die Sperrung von queeren Webinhalten, die vom Staat nicht erwünscht sind, während das Bundesgesetz zum Verbot „der LGBT-Propaganda" und das Urteil des Obersten Gerichts der Russischen Föderation über „das LGBT-Extremismus" neue rechtliche Risiken für die sichere Verbreitung von Informationen (auch offline). Die Umsetzung solcher Gesetze durch den Staat zwingt viele LGBTQ-Organisationen, die ihre Arbeit in Russland weiterführen, öffentliche Veranstaltungen für unbekannte Personen fast vollständig aufzugeben, wobei sie weiterhin persönliche Treffen für Personen anbieten, die "verifiziert" sind und den Veranstalter*nnen bekannt sind, um die Queer-Communities in verschiedenen Regionen des Landes zu bewahren.

Dabei können diejenigen LGBTQ-Initiativen und Aktivist*innen, die im Ausland leben, Informationen über russische LGBTQ-Themen freier verbreiten – die queere Menschen, die in Russland leben, hören dann die Stimmen queerer Menschen aus der Community und können Nachrichten verfolgen, an Online-Diskussionen teilnehmen und sich der LGBTIQ-Community online zugehörig fühlen. Das sind „die neuen Spielregeln", die der russische Staat den queeren Menschen in Russland heutzutage diktiert. Diejenigen LGBTQ-Personen, die ihre Identität innerhalb des Landes nicht verlieren wollen,

finden Wege, um Informationen zur LGBTQ- Problematik zu erhalten und manchmal an Online-Veranstaltungen teilzunehmen sowie psychologische, rechtliche und Notfallhilfe bei LGBTQ-Initiativen in Anspruch zu nehmen.

In Kombination mit der rechtskonservativen staatlichen Propaganda, die homo- und transphobe Stimmungen in der Gesellschaft verstärkt, sowie der wachsenden Angst queerer Frauen vor jeglicher Aufgeschlossenheit führt dies dazu, dass viele von ihnen ihren Kreis informeller vertrauensvoller Kommunikation und ihre sozialen Freizeitaktivitäten fast vollständig verlieren, ihre Kontakte beschränken und in einigen Fällen sogar ihr Zuhause nicht mehr verlassen. Die von uns befragte queere Frauen teilen häufig mit, dass sie nach Februar 2022 ihren Freundeskreis stark eingeschränkt haben. In der Regel sind viele nicht daran interessiert, ihn zu erweitern. Die Hauptursachen dieses Verhaltens sind die Angst vor Gesetzen, die Äußerungen gegen den Angriffskrieg in der Ukraine unter Strafe stellen, und vor queerfeindlichen Gesetzen.

Die in Russland verabschiedeten Gesetze, die das Privatleben und die öffentliche Darstellung von LGBTQ-Personen einschränken, kopieren von Gesetzen, die rechtskonservative Rechte widerspiegeln, die Rhetorik, die der Rechtsradikalen eigen und weltweit verbreitet ist. Insbesondere beliebt sind unter rechtsradikalen Bewegungen „traditionellen Werte" (darunter versteht man cis-heterosexuelle Familien und der Widerstand gegen "die Gender-Gefahr") und die aggressive Bekämpfung der Pride-Paraden[167], unter anderem durch Einschüchterung, gezielte Drohungen und sogar Übergriffe.

In der jüngeren Vergangenheit Russlands wurden Druck und Gewalt gegen queere Menschen durch radikale Gruppen und den Staat hauptsächlich bei öffentlichen Aktionen und Demonstrationen ausgeübt[168]. Solche Aktionen verschwanden nach dem Überfall auf die Ukraine, und die Aufmerksamkeit der Behörden, der Rechtsradikalen und Privatpersonen verlagerte sich auf den privaten und beruflichen Bereich sowie die kulturellen Aktivitäten. Dieser Wandel ist besonders bezeichnend: Er zeigt, wie in Russland **der Gleichheitssatz und das Rechtsstaatsprinzip im Zuge der Verschärfung der homo- und transphoben Politik abgebaut werden**, was das Land zu einem Beispielsfall für die Analyse globaler Anti-Gender-Bewe-

gung macht.

Der Fragebogen enthält Fragen dazu, wie sich der Zugang der Befragten zu Informationen über die LGBTQ-Rechte **vor und nach Beginn des umfassenden Krieges** verändert hat.

Die durchschnittliche Verfügbarkeit solcher Informationen bis Februar 2022 auf einer 10-Punkte-Skala, wobei 10 für einen Überfluss an solchen Informationen und 1 für das völlige Fehlen solcher Informationen steht, betrug 6,23 Punkte. Nach Februar 2022 liegt die durchschnittliche Bewertung der Verfügbarkeit von Informationen über die LGBTQ-Rechte bei 5,57 Punkten.

Diese Daten lassen folgende Schlussfolgerungen zu:

- Erstens wird der umfassende Krieg und der dadurch ausgelöste rechtskonservative Wandel im sozialen und rechtlichen Bereich von den befragten queeren Frauen als ein Faktor empfunden, der die Verfügbarkeit für sie wichtigen rechtlichen Informationen eingeschränkt hat.
- Zweitens war die Einschränkung des Zugangs queerer Frauen zu Informationen über die LGBTQ-Rechte bereits vor Beginn des umfassenden Krieges spürbar. Der damit einhergehende rechtskonservative Wandel fiel auf vorbereiteten Boden und verstärkte die lang bestehenden Tendenzen zur staatlichen Zensur und zur Einschränkung des Zugangs zu „unerwünschten" Informationen.
- Drittens trotz staatlicher Zensur und der Gefahr, wegen LGBTQ-Aktivismus als „extremistisch" angeklagt zu werden, gelingt es russischen Queer-Initiativen (die zum Sommer 2025 überwiegend im Exil agieren) sich der staatlichen Zensur zu widersetzen und queere Frauen in Russland über ihre Rechte und die Menschenrechtsinitiativen zu informieren.
- Viertens technische Einschränkungen (wie die Sperrung der Websites) und die Androhung von administrativen und strafrechtlichen Verfolgungen sowie sozialen Sanktionen halten queere Frauen nicht davon ab, sich weiterhin für Menschenrechte und LGBTQ-Aktivismus zu engagieren, sich über ihre Rechte zu informieren und mit Communities online zu kommu-

nizieren.

Der größte Teil der Befragten angibt, dass sie zum Zeitpunkt der Beantwortung des Fragebogens Informationen über die Rechte von LGBTQ-Personen hauptsächlich über den Messenger „Telegram“ erhalten (95,2%). An zweiter Stelle, mit mehr als doppelt so großem Abstand, folgten „Internetsuche“ (44,6%) und „TikTok“ (32,1%). Bei der Beantwortung der Frage konnten die Befragten mehrere Antwortmöglichkeiten auswählen. (Illustration 26)

Diese Situation kann eine Folge der Sperrung der sozialen Netzwerke „Instagram“ (seit dem 21. März 2022) und „Facebook“ (seit dem 25. Februar 2022)[169] von Meta Platforms Inc. in Russland unmittelbar nach Beginn des Angriffskrieges sein. So nutzen 27,2% der queeren Frauen Instagram, um Informationen über die Rechte der LGBTQ-Personen zu erhalten, nur 2,3% nutzen Facebook (der niedrigste Prozentsatz, der sogar unter dem des offen von den russischen Sicherheitsbehörden kontrollierten[170] sozialen Netzwerks „VK“ liegt – 3,3%).

Telegrams anhaltende und zunehmende Popularität hängt unter anderem damit zusammen, dass der Zugang zu dieser App bis zuletzt von den russischen Behörden nicht blockiert wurde. Darüber hinaus hat Telegram trotz der Aufforderungen durch russische Medien-Aufsichtsbehörde die Telegram-Kanäle von LGBTQ-Initiativen und Blogger*innen nicht blockiert oder gelöscht, sodass der schnelle Zugriff auf Informationen über das Smartphone weiterhin möglich ist.

Auf der anderen Seite stehen journalistische Untersuchungen über Telegrams Abhängigkeit von den russischen Behörden[171] und die mutmaßliche Bereitschaft der Eigentümer*innen des Messengers, auf Anfrage der russischen Strafverfolgungsbehörden persönliche Informationen über Nutzer weiterzugeben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass queere Frauen, die diesen Messenger nutzen, insbesondere Aktivist*innen, im Blickfeld der Sicherheitsbehörden stehen können.

Ein weiterer Grund für die Antworten, die wir auf diese Frage erhalten haben, ist die Nutzung zugänglicher und sicherer Kanäle zur Verbreitung der Umfrage über das Internet. Wir schließen nicht aus, dass die Befragten, die eine Einladung zur Teilnahme an der Umfrage über einen der Messenger erhalten haben, diesen häufiger als Informationsquelle nutzen als andere.

Die Umfrage ermöglicht es, den Einfluss des Bundesgesetzes zum Verbot "der LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" und des Urteils des Obersten Gerichts der Russischen Föderation, die nicht existierende Organisation „Internationale LGBT-Bewegung" als extremistisch einzustufen, auf die Verschlossenheit queerer Frauen in Russland zu verfolgen.

Auf die Frage, wie sich das Inkrafttreten der neuen Fassung des Bundesgesetzes „Über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" am 5. Dezember 2022 auf ihre sozialen Kontakte und ihren Zugang zu Informationen ausgewirkt hat, antworten die Befragten:

- 57,6% queerer Frauen beklagen sich über Schwierigkeiten bei der Suche queer-friendly sozialen Umfeld;
- 41,3% fällt es schwieriger, eine*n romantisch*en Partner*in zu finden;
- 38,2% haben sich verschlossen und ihre Identität verbirgt;
- 37,6% finden es schwierigen, Informationen über LGBTQ-Personen und ihre Rechte zu erhalten.

All diese Verschlossenheitsformen hängen nicht nur mit der in Russland geltenden Zensur von Informationen über queere Menschen zusammen, mit der Strafverfolgung von Menschen wegen sogenannter „LGBT-Propaganda", selbst wenn es sich um die Verbreitung neutraler Texte über sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität im Internet handelt, sowie mit Geldstrafen und Haftstrafen (bis zu 15 Tagen) für die Verwendung der Regenbogen-Symbolen (siehe Kapitel 4 § 3 für Details). Die Tatsache, dass viele russische LGBTQ-Initiativen gezwungen waren, ihre Arbeit aufzugeben, die Offline-Aktivitäten einzuschränken, ihre Hauptaktivitäten im Internet weiterzuführen oder ins Ausland zu gehen, hat eine große Rolle gespielt. Solche Initiativen schufen früher Offline-Treffpunkte für informelle offene Kommunikation und Begegnungen mit neuen Menschen. Jetzt sind die Kommunikation im Internet und die geschlossenen Offline-Treffen für LGBTQ-Personen zum verbindenden Element geworden, was die Sichtbarkeit queerer Menschen und Initiativen in Russland verringert hat. Dies wird jedoch weitgehend dadurch ausgeglichen, dass die russischen Medien im Exil dem Thema Queer-Community in Russland mehr Aufmerksamkeit

schenken und LGBTQ-Aktivist*innen aus Russland, die in sichereren Ländern leben, die Möglichkeit bieten, die Stimmen derjenigen zu vertreten, die in Russland leben und sich nicht offen äußern können. Auf diese Weise gelingt es, queere Aktivitäten unter ungünstigen Bedingungen aufrechtzuerhalten.

Ein weiterer Faktor war die Schließung vieler Kultur- und Freizeiteinrichtungen, darunter auch Queer-Clubs nach einer Reihe von Polizeirazzien im ganzen Land, die 2024 begannen[172]. (Illustration 27)

Im Rahmen unserer Untersuchung haben wir festgestellt, dass die allgemeine Anfälligkeit von queeren Frauen für Diskriminierung gegenüber den konkreten Risiken für verschiedene Kategorien queerer Frauen vorherrscht. Gleichzeitig gibt es Unterschiede hinsichtlich des Gewalt- und Diskriminierungsrisikos, das direkt davon abhängt, wie leicht es für eine queere Frau ist, ihre nicht-cis-Normativität zu verbergen. Diese Schlussfolgerung wird durch statistische Daten aus unserer Umfrage im Frühjahr 2025 verdeutlicht:

Auf die Frage, *"waren sie nach 2022 mit Diskriminierung konfrontiert"*, werden verschiedene Antwortmöglichkeiten angeboten, darunter *„Ja, aufgrund meiner Geschlechtsidentität"* und „Ja, aufgrund meiner sexuellen Orientierung".

Unter cis Frauen (d.h. derjenigen, die nie eine transfeminine Geschlechtsangleichung benötigten) geben **13,8%** die erste Antwort, während **51,0%** wählen die zweite Variante.

Unter trans Frauen (d.h. derjenigen, die eine transfeminine Geschlechtsangleichung benötigten oder noch benötigen) waren mehr als **71%** (71,4% für diejenigen, die früher geschlechtsangleichende Maßnahmen brauchten und sie schon teilweise oder vollständig in Anspruch genommen haben, und **73,4%** für diejenigen, die solchen Maßnahmen noch benötigen) nach Februar 2022 mit Diskriminierung aufgrund ihrer Geschlechtsidentität konfrontiert. Nur **34%** trans Frauen mitteilen, dass sie wurden aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert.

Gruppe	*Waren Sie mit Diskriminierung aufgrund ihrer Geschlechtsidentität konfrontiert?*	*Waren Sie mit Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung konfrontiert?*
Cisgender Frauen	*13,8%*	*51%*
Transgender Frauen	*71%*	*34%*

Trotz der Unterschied zwischen cis Frauen (z. Bsp. homosexueller oder bisexueller Orientierung) einerseits und trans Frauen andererseits, wobei die erste Gruppe aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und die zweite aufgrund ihrer Geschlechtsidentität diskriminiert wird, wurden **trans Frauen insgesamt intensiver diskriminiert**.

Der Anteil der cis Frauen, die Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung erlebt haben, ist 15% höher als der Anteil der trans Frauen, die diese Antwort wählen. Gleichzeitig ist der Anteil der trans Frauen, die angeben, aufgrund ihrer weiblichen Geschlechtsidentität diskriminiert zu werden, **um fast 60%** oder **fast fünfmal höher** als der Anteil der cis Frauen, die wegen ihrer Geschlechtsidentität diskriminiert werden.Außerdem teilen 21,6% der cis Frauen mit, dass sie nach 2022 **keine Diskriminierung** erlebt haben. Solche Antwort geben nur 12,4% der trans Frauen, die ihre Geschlechtsangleichung schon vorgenommen haben, und 8,6% der trans Frauen, die zwar eine Geschlechtsangleichung benötigen, aber sie nicht durchführen können.

Diese Daten bestätigen die von Menschenrechtsaktivist*innen häufig geäußerte These, dass in Russland die Anfälligkeit der LGBTQ-Personen mit ihrer zunehmender Sichtbarkeit wächst: Cis Frauen fällt es am leichtesten, ihre Nicht-Heteronormitivität zu verbergen, deswegen werden sie seltener aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung disktiminiert. Im Gegensatz dazu ist es trans Frauen, die ihren Geschlechtseintrag nicht ändern lassen können, am schwierigsten, ihre Nicht-Cis-Heteronormativität zu verheimlichen. Obwohl in der strategischen Perspektive nur eine erhöchte Sichtbarkeit benachteiligter Gruppen zu für diese Gruppen günstigen sozialen Veränderungen führen kann (zur Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse durch die Gesellschaft und den Staat, zu ihrer Subjektivität und zu ihrem Kampf um Gleichberechtigung), **geht es in diesem Fall um Sichtbarkeit im negativen Sinne: die der man nicht selbst wählt und die Aggression und Diskriminierung auslöst.**

Die Statistiken aus unserer Umfrage entkräften die populistische These, dass trans Frauen angeblich in einer sichereren Position sind (im Vergleich zu cis Frauen), weil sie von der Gesellschaft als Männer wahrgenommen werden können und daher seltener Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt sind. Den vorliegenden

Daten zufolge ist der Hauptgrund für Diskriminierung tatsächlich das Abweichen von den üblichen Geschlechterrollen und -normen sowie die Sichtbarkeit dieses Abweichens. Genau so funktioniert Diskriminierung in einer patriarchalen Gesellschaft. Besonders anfällig sind die trans Frauen, die ihren Geschlechtseintrag nicht geändert haben – genau diejenigen, die, gemäß trans-ausschließenden feministischen Vorgaben, können als Männer wahrgenommen und damit von Diskriminierung geschützt werden. **In der Tat erleben solche Frauen am häufigsten die Gewalt und die Unterdrückung.**

Diese Folgerung wird auch durch die Art der Diskriminierung bestätigt, der queere Frauen in Russland nach 2022 begegnen mussten. Der Anteil der trans Frauen und nicht-binären Personen, die beleidigt und verspottet wurden, ist deutlich höher als der Anteil der cis Frauen: 77,2% bei trans Frauen, 72,5% bei nicht-binären Personen auf dem femininen Spektrum und 71,4% bei nicht-binären Personen auf dem maskulinem Spektrum gegenüber 61,7% bei cis Frauen. Ähnlich verteilt sind die Erfahrungen mit unhöflichen Verhalten: 56,3% der trans Frauen, 52,3% und 55,1% der nicht-binären Personen auf dem femininen und maskulinen Spektrum und 39,5% cis Frauen haben sie gemacht. Eine ähnliche Situation ergibt sich auch bei der Kritik am Aussehen, den Manieren oder den intellektuellen Fähigkeiten: 64,0% der Transfrauen, 58,5% und 67,3% der nicht-binären Personen auf dem femininen und maskulinem Spektrum und 38,4% der cis Frauen waren damit konfrontiert.

Bei Androhung körperlicher Gewalt oder Übergriffen sieht die Lage etwas anders aus. Am wenigsten sind cis Frauen davon betroffen – 14,7% wurden mit körperlicher Gewalt angedroht und 2,5% tatsächlich angegriffen. Ihnen folgen die nicht-binären Personen auf dem femininen (29,5% und 6,6%) und maskulinen (28,6% und 8,2%) Spektren. **Trans Frauen wurden fast dreimal häufiger angedroht (41,1%) und fast sechmal häufiger angegriffen (15,2%) als cis Frauen**.

Dies belegt, dass sichtbare geschlechtliche Nichtkonformität – also eine von der cisnormativen Vorstellungen abweichende äußere Präsentation – das Risiko verbaler und körperlicher Aggression und sozialer Einschränkungen erhöht. Die Abwehr dieses Risikos kann unterschiedlich aussehen: Viele queere Frauen schränken ihre sozialen Aktivitäten ein, was in einer patriarchalen Gesellschaft zwar das direkte Gewaltsrisiko verringert, aber

auch zu sozialer Isolation führt. In einigen Fällen können ein abweichendes Verhalten oder Versuche, Veränderungen im sozialen Umfeld herbeizuführen, Aggressionen bei anderen hervorrufen, insbesondere wenn die Möglichkeiten für eine sichere Veränderung der Situation begrenzt sind.

Das Ausmaß der Gewalt und Diskriminierung hängt also davon ab, wie sichtbar die geschlechtliche Nichtkonformität der Menschen ist. Dabei sind trans Frauen besonders anfällig. Da jede Einschränkung der Sichtbarkeit benachteiligter Gruppen eine Verletzung deren Rechts auf Menschenwürde darstellt, auf dessen Einhaltung das gesamte Menschenrechtssystem aufgebaut ist, **sind die derzeit in Russland umgesetzten anti-gender Tendenzen nicht mit der Achtung der Würde von Menschen aus benachteiligter Gruppen und der Einhaltung ihrer Menschenrechte vereinbar (im Rahmen des allgemein anerkannten Ansatzes gemäß den internationalen Menschenrechtsstandards)**[174].

Obwohl viele queere Frauen als vorübergehende individuelle Antwort auf die Frage ihrer persönlichen Sicherheit angesichts des verstärkten Patriarchats, der Queerfeindlichkeit und der Militarisierung in Russland sich dafür entscheiden, sich zurückzuziehen und unsichtbar zu werden, löst dies letztlich nicht das Problem der Wahrung ihrer Rechte als Angehörige benachteiligter Gruppen, der Garantie für ein Leben in Freiheit und ohne Angst um ihr Leben, der Förderung sozialer Veränderungen zur Gewährleistung gleicher Rechte und Chancen für alle Menschen, unabhängig von sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität.

Deshalb **betonen wir die zentrale Rolle der LGBTQ-Initiativen und Aktivist*innen, Medien und Influencer*innen**, die selbst in einer so schwierigen Situation der zunehmenden anti-gender Welle in Russland bestreben, einerseits die LGBTQ-Community zu erhalten und andererseits soziale Veränderungen mit den ihnen verfügbare Mitteln im Interesse der gefährdeten Gruppen zu erreichen – auch wenn die Umstände komplizierter sind und die Ergebnisse weniger beeindruckend ausfallen, als sie es in einer Gesellschaft ohne moderne Diktatur sein könnten, in der Menschenrechte keinen Wert haben und der Gewaltkult herrscht. Solche Aktivitäten brauchen eine umfassende Unterstützung. (Illustration 28)

Trans Frauen sind generell verschlossener als cis Frauen. So geben nur 8,8% der cis Frauen an, dass sie ihre Erfahrungen nicht

mit anderen teilen und ihre Probleme mit niemandem besprechen, während dieser Anteil bei trans Frauen bei 14,7% liegt – also um mehr als ein Drittel höher. Dabei sind fast gleich viele cis und trans Fauen gegenüber ihren Partner*innen offen: 45,7% und 43,3%. Ebenso sind nur wenige aus beiden Gruppen gegenüber anderen Verwandten offen: 5,2% und 5,1%.

Einer der Faktoren, der die Verschlossenheit von trans Frauen gegenüber ihren älteren Familienmitgliedern beeinflusst, ist die staatliche Propaganda und Desinformation. Dies gilt insbesondere für minderjährige trans Frauen (siehe Kapitel 3.2 für weitere Informationen). Im Rahmen einer Umfrage im Jahr 2025 schilderte ein junge trans Frau, die im Autonomen Kreis der Chanten und Mansen geboren wurde, die Situation in ihrer Familie:

> *Ich höre ständig transphobe und homophobe Äußerungen im Fernsehen auf den staatlichen Sender (die mein Onkel und meine Tante schauen) und in den sozialen Netzwerken. Meine Verwandten wissen zwar von Anfang an über meine Identität Bescheid, haben dies aber offenbar vergessen (weil ich es vorziehe, nicht darüber zu sprechen und mich ihnen gegenüber nicht offen zu zeigen). Dabei höre ich, wie sich alle empören und eine äußerst negative Haltung äußern, wenn über queere Menschen gesprochen wird. Da ich meine Identität nicht offen zeigen und keine Geschlechtsangleichung vornehmen kann (siehe Gesetze), bin ich gezwungen, mich zu verstecken und zu versuchen, mich anzupassen. In diesem Zusammenhang bin ich oft mit Misgendering konfrontiert.*
>
> *(Heterosexuelle trans Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)*

Eine andere Befragte teilt mit:

> *Abgesehen davon, dass es mir einfach unmöglich war, offen lesbisch zu sein, wurde ich mehrere Jahre lang von meiner eigenen Familie diskriminiert. Vor dem Krieg wurde dieses Thema selten angesprochen, aber die Gespräche haben mich oft zum Weinen gebracht. Nach Kriegsbeginn gab es mehr Gründe für Streitigkeiten, und ich zog mich einfach zurück. Es hat mir wehgetan zu denken, dass ich für immer von meiner Familie getrennt war, obwohl wir unter einem Dach lebten. Es war unerträglich, den Fernseher vom*

anderen Ende der Wohnung zu hören. Jetzt bin ich ausgezogen und nehme Antidepressiva. Das hat mir ein wenig geholfen.

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Weitere Verschlossenheit der trans Frauen zeigt sich in ihren Beziehungen zu Freund*innen – einem Kreis, mit dem sie regelmäßig kommunizieren und den sie selbst ausgewählt haben. Während 82,3% der cisgender Frauen ihre Probleme und Erfahrungen mit Freund*innen teilen, sind es unter den transgender Frauen nur 64% – also etwa ein Viertel weniger. Dabei kommunizieren trans Frauen häufiger Online: 19,7% teilen ihre Probleme anonym (gegenüber 11,3% bei cis Frauen) und 16,2% offen (gegenüber 12,5% bei cis Frauen) in sozialen Netzwerken. Die größte Diskrepanz ist bei der Nutzung geschlossener Chats für queere Personen zu beobachten: 20% der trans Frauen tauschen dort ihre Erfahrungen aus, während es bei den cis Frauen nur 6% sind.

Diese Daten zeigen, dass viele trans Frauen Angst haben, sich außerhalb einer kleinen Gruppe zu bewegen, in der sie vor Transfeindlichkeit geschützt sind, und dass sie Offline-Kommunikation aus Angst vor Unverständnis, Gewalt, Beleidigungen, Vorwürfen der „LGBT-Propaganda“ und sowie aufgrund der Geschlechtsinkongruenz – dem Wunsch, dass ihr*e Gesprächspartner*in ihr Aussehen nicht wahrnimmt. Infolgedessen wächst ihre soziale Isolation: trans Frauen werden in einen geschlossenen Kreis eingebunden und können dadurch Chancen auf soziale Mobilität und Autonomie verlieren.

Unter jungen cis Frauen ist die Unzufriedenheit über den mangelnden Zugang zu queerer Literatur und anderen Kunstwerken, die sich mit Queer-Identität und den Rechten von LGBTQ-Personen auseinandersetzen, weit verbreitet. Diese Tatsache hängt mit der staatlichen Zensur und der erzwungenen Selbstzensur nach Inkrafttreten des Bundesgesetzes zum Verbot “der LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen” im Dezember 2022 zusammen. Dabei weisen queere Frauen darauf hin, dass sie gezwungen werden, ihre eigene Kreativität einzuschränken, was sich negativ auf ihre psychische Gesundheit und ihre Arbeitsleistung auswirkt. Diese Auskünfte wurden vor allem aus den Antworten auf offene Fragen erhalten:

Ich bin eine Künstlerin, die viel mit sapphischen und queeren Themen arbeitet. Das ist ein SEHR wichtiger Teil meiner Kreativität und Selbstverwirklichung, und aufgrund der Gesetze habe ich die Möglichkeit verloren, [meine Kunstwerke] offen in russischsprachigen Räumen zu teilen. Aus dem gleichen Grund kann ich nicht mit russischen Unternehmen zusammenarbeiten und mir drohen Strafen wegen „Propaganda" aufgrund der Kunst, die ich schaffe.

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, mittelgroße Stadt)

Das Anti-Propaganda Gesetz hat mir einen sehr wichtigen Teil meines Lebens genommen – mein literarisches Schaffen. Ich habe es öffentlich geteilt, für mich war es wichtig, durch die Charaktere verschiedene Identitäten, Beziehungen und Orientierungen zu zeigen, aber wegen des Gesetzes konnte ich dies nicht mehr öffentlich teilen.

(Bisexuelle nicht-binäre Persone auf dem femininen Spektrum, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

…Jetzt habe ich als Künstler Angst, Werke zu veröffentlichen, die einen Hinweis auf homosexuelle Beziehungen enthalten. Es ist auch schwieriger geworden, interessante Inhalte legal anzusehen, da Streaming-Dienste Momente mit queeren Menschen/Beziehungen herausschneiden.

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Im öffentlichen Profil mit meinen Werken kann ich keine Bilder mehr posten, auf denen zwei Frauen romantisch dargestellt sind. Es ist beängstigend geworden, Bilder zu diesem Thema zu speichern, aber ich mache es trotzdem (sie sind in meinem VK-Album gespeichert, und ich habe es nicht privat eingestellt). Das ist ein bewusstes Risiko, aber ich leide ohnehin unter der Einschränkung, ich kann einfach nicht über mich schweigen, also wenigstens das [habe ich].

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Wolga, Kleinstadt)

Das Inkrafttreten des Bundesgesetzes zum Verbot "der LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" und das Urteil des Obersten Gerichts der Russischen Föderation, die nicht exis-

tierende Organisation “Internationale öffentliche Bewegung LGBT“ als extremistisch einzustufen, haben die Grenzen zwischen Privatem und Öffentlichem im Leben von queeren Frauen verschoben. **Beginnend mit Beschränkungen auf der Verbreitung von Kunstwerken über queere Beziehungen und positiver oder neutraler Informationen über LGBTQ-Personen und Themen, verlagerte sich die Wirkung dieser Gesetze hin zu einer strengen Kontrolle der Kreativität und öffentlichen Äußerungen.**

Unklare Formulierungen in Gesetzen und im Urteil des Obersten Gerichts, die in Russland verbotene und strafbare Handlungen definieren, führt dazu, dass queere Menschen ihre Risiken auf Basis der Schauprozessen gegen LGBTQ-Personen einschätzen, die sich in irgendeiner Weise sichtbar gezeigt haben. Dazu gehören, beispielsweise, Verhaftungen der Verleger*innen, der Queer-Clubsinhaber*innen oder LBGTQ-Aktivist*innen (siehe Kapitel 4 für weitere Details).

Neben der Gefahr, wegen “LGBT-Propaganda“ oder “LGBT-Extremismus“ administrativ oder strafrechtlich verfolgt zu werden, sind queere Frauen ständigem Konformitätsdruck ausgesetzt: die Offenlegung ihrer sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität können sie in einer Gesellschaft, die queere Frauen aufgrund gesetzlicher Zensur der Informationen über sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität ihr als „Verbrecher” bezeichnen könnte, zusätzlich stigmatisieren. Dies wiederum kann zu Ablehnung und Vermeidungsverhalten seitens der anderen führen (siehe Kapitel 3 und Kapitel 5.2 für Details) sowie zu den Versuchen, bei den Strafverfolgungsbehörden Anzeige wegen „LGBT-Propaganda” oder „LGBT-Extremismus” zu stellen.

> *Man muss sich überlegen, ob etwas als “homosexuell” angesehen werden könnte, bevor man es tut, und darf keine [queere] Symbolen tragen.*
>
> *(Bisexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Ich habe ständig Angst, dass irgendein böser Penner eine Anzeige über mich schreibt.*
>
> *(Pansexuelle cis Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

Ich fühlte mich wie im Mittelalter. Man muss immer darauf achten, was man wem sagt, und darauf achten, dass keine Fremden in mein Handy schauen, während ich die Nachrichten lese. Ständige Angst, dass jemand aus meinem Bekanntenkreis, der über meine sexuelle Orientierung Bescheid weiß, mich bei der Polizei melden könnte. Mit der Zeit findet man sich damit ab, dass man irgendwann im Gefängnis landen könnte und dass dies noch das beste aller möglichen Ergebnisse ist.

(Bisexuelle cis Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Ich habe queere Partys veranstaltet, und wir hatten eine queere Community in der Stadt, wo man sich kennenlernen und austauschen konnte. Nach dem Inkrafttreten [der anti-gender Gesetze] musste ich meine Projekte schließen, [queere Inhalte] von meinen Social-Media-Accounts löschen und genauer darauf achten, was ich schreibe und wer mir folgt. Bei einer der Partys stürmten Bullen herein. Es stellte sich heraus, dass jemand anonym eine Anzeige gegen mich und meine Organisation erstattet hatte. An diesem Tag kam ich mit einem Erklärungsschreiben davon, aber alle Gäste hatten ziemliche Angst (ihre Passdaten wurden notiert). Seitdem musste ich die Organisation aufgeben. Ein paar Mal habe ich seitdem Nachrichten erhalten, dass ich beobachtet werde.

(Homosexuelle cisgender Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Wolga, Großstadt)

Die Antworten der Befragten auf offene Fragen zeigen, dass Verschlossenheit, Misstrauen und Versuche, das Privatleben zu verbergen, in den Alltag eindringen. Die queerfeindliche Gesetze und das oben genannte Urteil des Obersten Gerichts machen Selbstzensur zur Alltagsnorm, und die Angst vor Denunziationen durch Bekannte und Unbekannte zum ständigen Gefühl:

Ich mache mir eher Sorgen um meine Freundinnen als um mich selbst. Sie sind schon seit langem in einer Beziehung und wohnen zusammen. Es ist sehr schwierig, sich in einer solchen Situation in der Öffentlichkeit nicht zu verraten (die Gespräche über banale Alltagsdinge im Laden oder im Taxi, wie zum Beispiel Fragen wie „Magst du Haferflocken

zum Frühstück?“ oder die Diskussion über den gemeinsamen Urlaub auf dem Heimweg, in denen besonders aufmerksame, negativ eingestellte Personen leicht das sehen können, was sie sehen wollen).

(Bisexuelle cis Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Ural, Millionenstadt)

Unter diesen Umständen merken einige Befragte an, dass ihr Leben aufgrund ihrer Einsamkeit einfacher erscheint als das ihrer Bekannten, die in homosexuellen Beziehungen leben. Sie sagen auch, dass die zunehmende Angst und Unsicherheit sie dazu veranlasst hat, Beziehungen zu beenden oder gar nicht erst anzufangen und informelle Kontakte auf ein Minimum zu reduzieren:

Ich habe es einfacher (nein), da ich allein lebe und keine Beziehung habe, deshalb kommt meine Orientierung praktisch nie zum Ausdruck in so einer Form, die man mit Propaganda oder etwas anderem verbinden kann. Aber das liegt nicht an meinem Willen, sondern einfach daran, dass die Angst größer ist als der Wunsch nach Aufgeschlossenheit, Dates und dem Aufbau von Beziehungen.

(Bisexuelle cis Frau, 26-25 Jahre alt, Föderationskreis Ural, Millionenstadt)

Meistens bin ich in “full-stealth” gegangen, außer bei der Arbeit, wo sowieso alle wissen, dass ich eine trans Person bin. Außerhalb der Arbeit versuche ich, nicht mit Menschen zu kommunizieren, weil ich Angst habe, dass mich jeder einfach dafür, wer ich bin, ins Gefängnis stecken könnte. ... Ich bekomme Panikattacken und versuche, immer zu Hause zu bleiben.

(Pansexuelle trans Frau, 26-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Ich gehe nicht mehr in der LGBTQ-Club, ich treffe nicht mehr in großen Gruppen, ich lerne keinen neuen Menschen im Internet kennen. Man kann es nennen, “Ich bin wieder im Schrank und führe in Morsecode Verhandlungen”.

(Homosexuelle cis Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Sibirien, Millionenstadt)

Queere Frauen merken ebenfalls eine Zunahme von Gewalt und Intoleranz, nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch

in ihrem unmittelbaren Umfeld. Die informellen sozialen Beziehungen queerer Frauen zerfallen, vertrauensvolle Kommunikation und Verständnis sind unter dem Einfluss homophober und transphober staatlicher Propaganda zunehmend nur noch zwischen LGBTQ-Personen möglich. Die Befragten bringen diese Veränderung mit dem Beginn des umfassenden Krieges und der Militarisierung der russischen Gesellschaft in Verbindung:

> *Eine Freundin und ich haben darüber gesprochen, wie wir mit Freunden zum Shisha-Rauchen gehen würden. [Im Gespräch wurde erwähnt, dass] einer der Freunde schwul ist. Dann lehnte meine Freundin ab und sagte: „Ich mag solche Menschen nicht. Ich werde nicht mit ihm aus derselben Pfeife rauchen, denn man weiß ja nicht, was er mit seinen Lippen macht." Ich habe zu diesem Zeitpunkt nichts über meine sexuelle Orientierung gesagt, aber mir wurde klar, wie oberflächlich unsere Freundschaft war und dass ein wichtiger Teil meines Lebens für meine Freundin niemals zugänglich sein würde.*
>
> *(Interview mit Mariella, Föderationskreis Zentralrussland)*

> *Früher hieß es „wir passen nicht zusammen", heute heißt es „du bist kein Mensch". [...] Das Ausmaß der Transphobie in der Gesellschaft ist eher hoch. [...] Heute würde ich mich wahrscheinlich nicht zu einer Geschlechtsangleichung entschließen, sondern vor einen Zug springen. [...] Heute würden mir meine Vorgesetzten meine Tricks nicht verzeihen, wie zum Beispiel Maniküre [die ich früher zur Arbeit getragen habe, vor ich den Geschlechtseintrag geändert habe].*
>
> *(Interview mit Olesja, Föderationskreis Zentralrussland)*

Zudem werden besondere Veranstaltungen für LGBTQ-Personen, die vor dem Inkrafttreten der queerenfeindlichen Gesetze von verschiedenen Queer-Communities in Russland organisiert wurden, im dritten Jahr nach dem Überfall auf die Ukraine praktisch aufgegeben oder finden nur noch im Untergrund statt und sind nur einem geschlossenen Personenkreis zugänglich:

> *Freizeit nicht zu Hause verbringen ist zu einem großen Problem geworden: Einrichtungen/Veranstaltungsorte/The-*

menpartys – die Anzahl der Angeboten ist um das Zehnfache zurückgegangen, spezielle Einrichtungen, die als sicher und offen für verschiedene Minderheitengruppen wahrgenommen wurden, werden geschlossen oder stark umgestaltet.

(Bisexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 36-45 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Früher war es einfach, Gruppen und Kontakte zu finden, es gab Lokale in der Stadt, wo man Gleichgesinnte treffen konnte. Jetzt ist die LGBTQ-Community komplett in den Schatten getreten, sie ist aus der Öffentlichkeit und im Internet verschwunden, es ist sehr schwer, thematische Communities zu finden. Die Community existiert nur noch auf Telegram und zwischen denen, die sich schon lange kennen.

(Interview mit Mariella, Föderationskreis Zentralrussland)

Die Situation der trans Frauen ist noch schwieriger, insbesondere bei denen, die vor dem Inkrafttreten im Juli 2023 des Bundesgesetzes zum Verbot der Geschlechtsangleichung nicht geschafft haben, ihren Geschlechtseintrag zu ändern. Solche Sichtbarkeit der trans Frauen als queere Menschen wird zu einer ständigen Ursache der Besorgnis, die durch gelegentliche Übergriffe verstärkt wird. Das Fehlen von Unterlagen mit weiblichem Geschlechtseintrag macht jede Identitätsprüfung zu einem Risiko für Diskriminierung und Gewalt und verursacht psychisches Leiden durch Geschlechtsinkongruenz. **Viele trans Frauen schränken ihre sozialen Kontakte ein oder einigeln sich zu Hause und schränken so ihre Bewegungsfreiheit ein, um sich zu schützen**.

Angst um sich selbst in der Gesellschaft (Zurückgezogenheit, ich fahre mit dem Taxi, Angstgefühl in öffentlichen Räumen), Risiko der Verfolgung wegen meiner Tätigkeiten als Aktivistin.

(Pansexuelle trans Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)

Da ich derzeit meine Dokumente nicht ändern kann (und 2023 nicht ändern konnte, weil ich unter 18 Jahre alt war), fällt es mir sehr schwer, mich dazu zu bringen, mich mit

allem zu beschäftigen, was damit zu tun hat.
(Asexuelle trans Frau, unter 18 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Ich habe meine Geschlechtsangleichung sechs Monate vor Verabschiedung des Gesetzes zu deren Verbot begonnen und habe es nicht geschafft, meine Dokumente auszutauschen und die erforderliche Unterstützung zu erhalten. Auf der Straße starrt man mich ständig an, ich habe PTBS entwickelt und habe Angst, nach draußen zu gehen.
(Heterosexuelle trans Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Ural, Millionenstadt)

In ihrem Interview berührt Bella das Thema Zurückgezogenheit im „Haus, das zu einem Käfig geworden ist“: Aus Angst um ihre Sicherheit hat sie praktisch keine sozialen Kontakte, keine feste Arbeit oder Ausbildung und keinen informellen Austausch mit einem akzeptierenden Umfeld. Diese Situation führt dazu, dass ihre Zielsetzung vollständig in den Bereich der Planung eines Umzugs in ein anderes Land verlagert wird. Bella sieht die Auswanderung als eine Möglichkeit, „anzufangen zu leben und nicht nur zu existieren” in einem anderen rechtlichen, politischen und sozialen Kontext:

– Was machen Sie aktuell mit Ihrer Zeit? Wo verbringen Sie Ihren Tag, welchen Aktivitäten gehen Sie nach: beispielsweise Studium, Arbeit, Kommunikation, online oder offline? Haben Sie Ziele für das nächste Jahr, die nächsten fünf Jahre?

– Ich verlasse das Haus nicht... Ich schreibe Gedichte, lese viel und verkaufe manchmal einige meiner Werke. Ich habe Angst, das Haus zu verlassen, auch wenn es zu meinem Käfig geworden ist, aber zumindest hier bin ich sicher. Die Kommunikation hat sich deutlich reduziert, die meisten meiner Bekannten haben sich der Meinung der Gesellschaft angeschlossen und nun tun sie so, als wären sie „normal“, um sich zu schützen. Was die Arbeit betrifft – alles ist schlecht. Ich habe mehrmals Mobbing erlebt und einmal sogar einen Gewaltsversuch. Mein Ziel? Von hier weggehen, anfangen zu leben und nicht nur zu existieren. Ich habe Angst, dass es nichts Gutes bringt, wenn ich zu lange hier bleibe.

(Interview mit Bella, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Sibirien)

Sky beschreibt in ihrem Interview, wie erzwungene Zurückgezogenheit zu einem komplexen System der Geheimhaltung wird, das einen Großteil der Zeit und geistigen Energie von trans Frauen in Anspruch nimmt, die keine Möglichkeit haben, ihr Geschlechtseintrag auf "weiblich" zu ändern. In dieser Situation stehen die einfachsten sozialen Handlungen und „das normale menschliche Wohlbefinden" im Widerspruch mit der Möglichkeit, nicht von Geschlechtsinkongruenz zu leiden.

> *Ich lebe wie ein Krimineller. Wenn ich zum Beispiel ein Kleid anziehen oder mich schminken möchte, bedeutet das, dass ich auf keinen Fall mit dem Auto fahren oder in einen Club gehen darf (man würde nach meinem Ausweis fragen). Ich kann das auch nicht bei der Arbeit machen – da würde ich wahrscheinlich auch Probleme bekommen. Ein ständiges Leben des Kriminellen, in dem du zwischen deinem Komfort in Bezug auf Geschlechtsangleichung und normalem menschlichem Wohlbefinden (wie zum Beispiel mit dem Auto fahren) wählen musst.*
>
> *(Interview, Sky, Föderationskreis Wolga)*

Die anti-gender Gesetzgebung in Russland verstärkt die Isolation queerer Frauen erheblich. Die queerfeindliche Gesetze schaffen eine Atmosphäre der Angst und bilden eine Kultur der Denunziation, wo die Rechtsradikale und negativ eingestellte Menschen ihre Handlungen als vom Staat unterstützt und ihr Opfer als "Verbrecher" und "Extremisten" betrachten. Diese Besonderheit des Rechtsrucks in Russland macht das Land einzigartig unter anderen Staaten mit ähnlicher Tendenz und zeigt, wie gefährlich für die Gesellschaft insgesamt und für schutzbedürftige Gruppen im Besonderen die Stützung einer ultrakonservativen Politik auf anti-gender Rhetorik sein kann. Unter solchen Umständen können selbst die strengsten Selbstbeschränkungsmaßnahmen, zu denen **queere Frauen** zu ihrer eigenen Sicherheit greifen, sie nicht vollständig vor der Aufmerksamkeit der Gesellschaft verbergen und **sie noch weniger vor Gewalt und Diskriminierung schützen**. **Die Sichtbarkeit verursacht das größte Sicherheitsrisiko für die trans Frauen und nicht-binären Personen, die eine transfeminine Geschlechtsangleichung benötigen.**

Dennoch kann die Unterstützung von queeren Frauen in der

heutigen Russischen Föderation bei der Verteidigung ihrer Rechte und der Erreichung sozialer Veränderungen, die auf die tatsächliche Gewährleistung der Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität abzielen, mindestens Folgendes umfassen:

- Es ist notwendig, sichere Communities für die Unterstützung und Austausch zwischen queeren Frauen zu schaffen und zu entwickeln, ihnen Zugang zu Hilfsangeboten und Ressourcen für queere Menschen (einschließlich Informationsressourcen) zu verschaffen, sichere Praktiken der gegenseitigen Unterstützung zu fördern sowie internationale Aufmerksamkeit auf Fragen der Verletzung der Rechte und der Lage von LGBTQ-Personen im militarisierten Russland zu richten und demokratische Staaten dazu aufzufordern, Druck auf die russische Diktatur auszuüben, um die Lage und die Rechte benachteiligter Gruppen zu verbessern.
- Praktiken wie Unterstützung und Solidarität innerhalb der Community, digitale Plattformen für sichere Kommunikation und Aufklärung der Gesellschaft über die Rechte und tatsächlichen Risiken für LGBTQ-Personen dürfen nicht vernachlässigt werden. Dies kann nach und nach zu einer Verringerung der Ängste und der Verschlossenheit bei queeren Frauen führen.

Außerdem muss, auch wenn es manchmal unmöglich scheint, ein ständiger Dialog mit breiteren Gruppen der russischen Zivilgesellschaft über die Sichtbarkeit von queeren Menschen in Russland, ihre Probleme und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse geführt werden. Dazu müssen Plattformen und Instrumente bereitgestellt werden, die es ermöglichen, dass die Stimmen von queeren Menschen gehört und berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang sind die Aktivitäten der Medien im Exil, der Blogger*innen in Russland und im Ausland, der Queer-Initiativen und Aktivist*innen, die sich mit LBGTQ-Thematik in Russland auseinandersetzen, das Geschehen verfolgen, queere Menschen in Russland unterstützen und Hoffnung auf echte positive Veränderungen in der Zukunft geben, wichtiger denn je.

Leider erfordert es angesichts einer anti-gender Wende mehr Zeit und Mühe, um qualitative institutionelle Veränderungen zu erreichen, die auf die Gleichstellung aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität abzielen. Jedoch schaffen nur die Fortsetzung der Aktivitäten und die Unterstützung der Communities die Grundlage, die bereits die Basis für soziale Veränderungen in Russland bildet.

Wir gehen davon aus, dass diese Schritte selbst unter repressiven Bedingungen die soziale Sicherheit stärken und sichere Räume für Selbstidentifikation und Selbstverwirklichung erweitern können – wenn auch nicht so schnell, wie in einer Gesellschaft ohne rechte Diktatur der Fall sein könnte.

§2 Recht auf juristisches Geschlecht: Verbot der Geschlechtsangleichung als Instrument zur sozialen Marginalisierung von trans Frauen

Das Verbot der Geschlechtsangleichung in der heutigen Russischen Föderation ist eine Ursache für soziale Ungleichheit – und zwar nicht nur zwischen cis-heterosexuellen Menschen und trans Frauen, sondern auch innerhalb letzterer: zwischen denen, die es geschafft haben, und denen, die es nicht geschafft haben, eine rechtliche Geschlechtsangleichung zu erreichen.

Soziale Ungleichheit zeigt sich in diesem Zusammenhang in zweierlei Hinsicht. Einerseits hängt sie mit psychischen Leiden aufgrund von Geschlechtsdysphorie zusammen, die für viele trans Personen durch eine Geschlechtsangleichung gemildert oder vollständig überwunden werden kann. Andererseits zeigt sich die Ungleichheit darin, wie die Gesellschaft eine trans Person wahrnimmt und sie der Kategorie der queeren Menschen zuordnet. Im letzteren Fall wird die Wirkung des Bundesgesetzes „Über das Verbot der Geschlechtsumwandlung" durch andere Gesetze gegen LGBTIQ+-Personen verstärkt, die in Russland seit Beginn des vollumfänglichen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine in Kraft sind[175]. Das bedeutet, dass der Staat nicht nur den Schutz queerer Menschen vor Diskriminierung verweigert, sondern auch ihre öffentliche Sichtbarkeit und ihren Basisaktivismus faktisch kriminalisiert.

Unsere Studie zeigt, wie sich die Unmöglichkeit, den Ge-

schlechtseintrag in den Ausweispapieren auf „weiblich" zu ändern, auf die Selbstbeschränkungen queerer Frauen auswirkt, die eine transfeminine Geschlechtsangleichung benötigen. Wir haben sie gefragt, ob sie vor der Änderung des Geschlechtseintrags bestimmte soziale Praktiken vermieden haben (oder derzeit vermeiden, wenn der Eintrag nicht geändert wurde). Fast die Hälfte der Befragten vermeidet informelle Kontakte (41,8%) und die Teilnahme am kulturellen Leben (42,2%). Dies zeigt, dass die Unmöglichkeit, den Geschlechtseintrag zu ändern, zu einer hohen Verschlossenheit führt, die sich sogar auf die freie, freiwillige Kommunikation auswirkt.

Selbstbeschränkungen im Kontakt mit offiziellen Stellen (Banken, Post) geben 31,6% der Befragten an, bei der Bewerbung auf gewünschte Stellen sind es 29,5%. Im beruflichen und bildungsbezogenen Bereich schränkten 22,5% den Wechsel des Arbeitsplatzes aus Angst, keinen neuen zu finden, und 17,6% den Zugang zu Bildung ein. Weitere 18% haben Schwierigkeiten, diese Frage zu beantworten. Nur 21,3% der Befragten geben an, dass sie vor der Änderung des Geschlechtseintrags keine der genannten Selbstbeschränkungen hatten. Somit steht die Änderung des juristischen Geschlechts in direktem Zusammenhang mit einer Verringerung der Selbstbeschränkungen und einer Erhöhung der sozialen Mobilität von trans Frauen. (Illustration 29)

Die Studie trägt auch dazu bei, die Gründe aufzudecken, aus denen trans Frauen ihren Geschlechtseintrag vor der Verabschiedung des Gesetzes „Über das Verbot der Geschlechtsumwandlung" nicht ändern konnten. Es stellt sich heraus, dass **88,5%** der queeren Frauen in Russland, die derzeit eine Änderung ihres Geschlechtseintrags in „weiblich" benötigen, **minderjährig waren, als das Gesetz "Zum Verbot der Geschlechtsumwandlung" in Kraft trat**. Dies deutet darauf hin, dass nach Erreichen des 18. Lebensjahres und dem Beginn eines unabhängigen sozialen und finanziellen/beruflichen lebens die Zahl der Fälle von Diskriminierung am Arbeitsplatz, transphober Gewalt und sozialer Marginalisierung bei vielen queeren Frauen erheblich zunehmen können. Die zweitgrößte Gruppe sind die 19- bis 25-Jährigen (64,2% der trans Frauen dieses Alters gaben das Bedürfnis an, ihren Geschlechtseintrag auf „weiblich" zu ändern). Zu ihnen gehören Menschen, die zum Zeitpunkt des Verbots der Transition im Juli 2023 noch nicht 18

Jahre alt waren.

Der geringste Prozentsatz derjenigen, die einen unerfüllten Wunsch nach einer Geschlechtsangleichung haben, findet sich in der Altersgruppe der 25- bis 36-Jährigen – Menschen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes volljährig waren und sich durch eine größere soziale Aktivität und Mobilität auszeichnen. Ein hoher Prozentsatz derjenigen, die keine Änderung des Geschlechtseintrags wünschen, ist auch in der Altersgruppe der 36- bis 45-Jährigen zu finden. Dies hängt mit der geringen sozialen Mobilität, der Angst vor einer radikalen Veränderung des Lebens und der Erwartung negativer Reaktionen aus dem Umfeld und von Kolleg*innen zusammen, was auf ein hohes Maß an Homo- und Transphobie in der Gesellschaft hindeutet, das das Leben transfemininer Frauen beeinflußt. In dieser Gruppe gab es keine einzige trans Frau, die nicht das Bedürfnis nach einer Änderung des Geschlechtseintrags verspürte, während in den jüngeren Altersgruppen der Anteil dieser Personen zwischen 4,6% und 11,5% lag. (Illustration 30)

Bemerkenswert ist, dass der Anteil der trans Frauen, die vor dem Verbot der Geschlechtsangleichung ihren Geschlechtseintrag nicht in „weiblich" ändern konnten, je nach Föderationskreis stark variiert. In den Föderationskreisen Zentralrussland und Nordwestrussland (wo sich Moskau und Sankt Petersburg befinden) besteht bei 52,2% bzw. 44,9% der Befragten ein aktueller Bedarf an einer Änderung des Geschlechtseintrags. In abgelegenen Regionen ist dieser Anteil höher: im Föderationskreis Fernost 60%, im Föderationskreis Süd 64,7%, im Föderationskreis Wolga 65,5%, im Föderationskreis Sibirien 73,9% und im Föderationskreis Ural 76%.

Diese Daten spiegeln ein für Russland typisches Problem wider: Die Lebensqualität von trans Personen ist in Regionen, die weit von den Hauptstädten entfernt sind, deutlich schlechter. Im Zusammenhang mit dem Verbot der rechtlichen Angleichung und der Unmöglichkeit, die gewünschte Änderung des Geschlechtseintrags vor diesem Verbot rechtzeitig durchzuführen, kann man die Probleme der weit entfernten Regionen auf eine Kombination von Faktoren zurückzuführen:

- Einerseits sind die Einkommen niedriger und das Risiko der sozialen Marginalisierung nach der Änderung der Dokumente hoch (Möglichkeit, den Ar-

beitsplatz zu behalten, Risiko der Entlassung, Druck durch Nachbar*innen und Bekannte).

- Andererseits gibt es die Notwendigkeit, persönlich vor einer ärztlichen Kommission in Moskau zu erscheinen, um eine Bescheinigung (Formular 087/y) zu erhalten, was zusätzliche Reise- und Aufenthaltskosten verursacht.

Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen haben bereits auf das Problem der Ungleichheit beim Zugang zu geschlechtsangleichenden Maßnahmen für Bewohner*innen der Regionen hingewiesen. Nach der Vorlage des Gesetzentwurfs zu seinem Verbot wurde Hilfe für trans Menschen bei der Bezahlung von Reisen und medizinischen Leistungen organisiert[176]. Die Daten der Studie zeigen jedoch, dass selbst diese Bemühungen nur teilweise zur Beseitigung der strukturellen Ungleichheit beigetragen haben, da der Hauptgrund für die Unmöglichkeit einer Geschlechtsangleichung in Russland ein Bundesgesetz ist, das diese verbietet.

(Der Indikator „insgesamt in der Stichprobe" umfasst queere Frauen, die eine transfeminine Transition benötigen oder benötigten/trans Frauen und nicht-binäre Personen). (Illustration 31)

Die Unmöglichkeit, den Geschlechtseintrag auf „weiblich" zu ändern, verbinden die Befragten mit extremer Verletzlichkeit selbst in alltäglichen Situationen und gleichzeitig mit Hoffnungslosigkeit: dem Verlust des Lebenssinns, ihrer Autonomie und ihrer Zukunftsvorstellungen, dem Wunsch, ein solches Leben zu beenden. Einige Befragte wiesen zudem auf die Kombination von Gesetzen gegen LGBTQ-Personen mit zunehmender Aggression in der Gesellschaft während des vollumfänglichen Angriffskriegs hin sowie auf die Ungewissheit, wie sie nach den negativen Veränderungen in der Gesellschaft, darunter Militarisierung und zunehmende Transphobie, im Jahr 2025 in Russland eine Transition beginnen könnten:

> *Ich habe meine Transition 2022 begonnen und konnte mit 'männlich' im Pass ganz normal mit lackierten Fingernägeln und Bart auf die Straße gehen. Jetzt sehe ich gut aus (für mein Alter natürlich und für eine relativ späte Transition), aber selbst so werde ich schief angesehen... Ich kann mir nicht vorstellen, wie schwer es für Menschen jetzt sein wird, mit der Transition zu beginnen.*
>
> *(Interview, Olesja, Föderationskreis Zentralrussland)*

Passanten [könnten mich] beim Vorbeigehen [anpöbeln] (angefangen bei Fragen, welches Geschlecht ich habe, bis hin zu Verhören, warum ich so und nicht anders aussehe, mit Androhung körperlicher Gewalt). Einmal wurde ich nachts von mehreren Personen mit einem Messer angegriffen, ein paar Mal wurde ich am Bahnhof beim Einsteigen in den Zug gefragt, ob mein Ausweis mit meinem Aussehen übereinstimmt. Zweimal musste ich an verschiedenen Postämtern etwa 10 Minuten lang beweisen, dass ich ich bin, um mein Paket zu bekommen.

(Bisexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, mittelgroße Stadt)

Ich kann meine Dokumente nicht in weibliche umschreiben lassen, habe mich mit meinem Namen so gut es ging durchgewurschtelt. Ich kann mit meinen Dokumenten nicht normal sozialisieren, jetzt ist es eine Lotterie und ich muss Verträge abschließen. Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist schwieriger geworden.

(Heterosexuelle trans Frau, unter 18 Jahren, Föderationskreis Sibirien, Millionenstadt)

Das Vorhandensein von Ausweispapieren, in denen ein Geschlechtseintrag angegeben ist, der nicht dem Aussehen und der Präsentation entspricht, wird zu einem eigenständigen Diskriminierungsfaktor, insbesondere wenn es keinen institutionellen Schutz vor Homo- und Transphobie gibt:

Wenn Ihr Name in Ihren Dokumenten nicht Ihrem Aussehen entspricht, entschuldigen Sie bitte. [Auch bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen]. Ich wurde in einem Schönheitssalon abgewiesen: Wir bedienen keine trans Personen. Meine Freundin und ich wurden nicht in einen Club gelassen: Wir bedienen solche Leute nicht.

(Interview, Nina, Aigyl und Ella)

Normative und gerichtliche Akte, die trans Personen daran hindern, eine rechtliche und medizinische Geschlechtsangleichung vorzunehmen, und ihre Bedürfnisse ignorieren, wirken zusammen als diskriminierende Faktoren. Das Bundesgesetz „Über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" und die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen

Föderation, die nicht existierende Organisation „Internationale LGBT-Bewegung" als extremistisch einzustufen, verstärken und legitimieren Homo- und Transphobie in der Gesellschaft. Das Verbot der rechtlichen Geschlechtsangleichung verschärft die Verletzlichkeit und Sichtbarkeit von trans Frauen, als queere Frauen, die es nicht geschafft haben, ihren Geschlechtseintrag vor Inkrafttreten des Gesetzes zu ändern. Dieses Problem wird beispielsweise von der Interviewpartnerin Sky angesprochen, die erklärt, dass gerade das Verbot der Geschlechtsangleichung den größten Einfluss auf sie hatte:

> *Am meisten hat mich das Verbot der Geschlechtsangleichung beeinflusst: Es wäre schon viel einfacher für mich, wenn ich einfach mein Geschlecht in den Dokumenten ändern könnte. Das Gesetz zur Propaganda hat [auch auf mich negative] Auswirkungen, weil ich einen eigenen Blog habe. Aber gerade das Gesetz zur Änderung von Dokumenten macht es mir unmöglich, in Russland ein normales Leben zu führen.*
>
> *(Interview, Sky, Föderationskreis Wolga)*

In dem Interview wird auch ein weiteres Beispiel für die Überschneidung von Gesetzen gegen LGBTIQ-Personen angesprochen, die in Russland nach Beginn des umfassenden Krieges verabschiedet wurden. Im Zusammenhang mit den systematischen Razzien, die die Polizei und rechtsradikale Aktivist*innen nach der oben genannten Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation in Nachtclubs durchführen, entwickeln Clubbesitzer „Absicherungsmaßnahmen" und verweigern trans Frauen häufig den Zutritt (siehe dazu Kapitel 7.2). Zur Begründung dieses Verbots verweisen die Betreiber*innen der Einrichtungen darauf, dass der Personalausweis (oder Pass) einer trans Frau mit „männlichem" Geschlechtseintrag in Verbindung mit ihrem femininen Aussehen im Falle einer Razzia als Beweis für „LGBT-Extremismus" dienen könnte:

> *In letzter Zeit kann ich wegen der Razzien in Nachtclubs nicht mehr hingehen. Man sagt mir, dass wir wegen meines Aussehens Probleme bekommen würden, wenn es jetzt zu einer Razzia käme. In meinem Pass steht „männlich", aber ich habe eine Maniküre. Und sie verbieten feminine Klei-*

dung, sogar geschlechtsneutrale. … Wegen meiner Maniküre bringen sie mir in einigen Clubs Handschuhe und sagen: Zieh die an — dann kannst du reinkommen. [...] Das waren sowohl normale Clubs als auch Clubs, die auf LGBT+ spezialisiert sind, und BDSM-Clubs. [...] Die Kleidung und Maniküre verwirren sie, sie haben eine Liste mit Dingen, die nicht durchgehen dürfen. Sie können mich nicht wegen meines femininen Gesichts ansprechen. Und wegen meiner weiten Hosen, die nicht nur feminin, sondern geschlechtsneutral sind, und weil ich „ein Mann bin, aber wie ein Mädchen aussehe".

(Interview, Sky, Föderationskreis Wolga)

Eine solche Situation wie die in Russland ist ein anschauliches Beispiel für Judith Butlers These, dass Geschlechterdiskriminierung unabhängig von einer konkreten Definition von Geschlecht funktioniert, sondern als Möglichkeit, ein geschlechtsspezifisches Merkmal als negativ zu konnotieren[177].

Unsere Studie zeigt, dass trans Frauen in Russland, die es nicht geschafft haben, ihren Geschlechtseintrag ändern zu lassen, aber das Bedürfnis dazu haben, in ständiger Angst vor Bedrohungen leben müssen und mit zahlreichen sich überschneidenden Faktoren konfrontiert sind, die ihre Lebensqualität verschlechtern, ohne dass sie rechtlichen oder institutionellen Schutz genießen. **Die Analyse der uns vorliegenden Aussagen von trans Personen zeigt, dass das Bedürfnis nach einer Änderung des Geschlechtseintrags in hohem Maße mit dem Bedürfnis nach Sicherheit vor solchen Bedrohungen zusammenhängt**.

Wir haben queere Frauen, die von ihrem Bedürfnis nach einer Transition berichtet haben, gefragt, *wie sich die Änderung des Geschlechtseintrags auf ihr Sicherheitsgefühl ausgewirkt hat*. 59,4% der Befragten gaben an, dass sie es nicht geschafft haben, ihren Geschlechtseintrag ändern zu lassen. 40,6% der Befragten haben diesen Schritt gemacht. Davon gaben mehr als zwei Drittel (29,5% der gesamten Stichprobe) an, dass sie sich nach der Änderung ihres Geschlechtseintrags sicherer fühlen. Nur 1,6% der Befragten gaben an, dass sich ihr Sicherheitsgefühl nicht verändert habe.

Diese Ergebnisse müssen im Kontext der Militarisierung der Gesellschaft, der Verschärfung patriarchaler Praktiken und der Zunahme rechtsextremer Gewalt sowie der in Russland bestehenden

Denunziationskultur im Zusammenhang mit queerfeindlichen Gesetzen gegen LGBTIQ-Personen betrachtet werden. Für trans Frauen ist die Änderung des Geschlechtseintrags nicht nur eine rechtliche Anerkennung ihres weiblichen Status, sondern auch eine Möglichkeit, ihre Weiblichkeit im Rahmen patriarchaler Normen zu „normalisieren". **Darüber hinaus ermöglicht es ihnen, in alltäglichen sozialen Interaktionen als queere Menschen weniger sichtbar zu sein, was besonders wichtig ist, wenn diese Sichtbarkeit zu Denunziation, administrativer oder strafrechtlicher Verfolgung oder Gewalt führen kann.**

Das hohe Maß an Sicherheitsgefühl nach der Änderung des Geschlechtseintrags und der äußerst geringe Anteil derjenigen, für die dies keine Bedeutung hatte, deuten somit indirekt darauf hin, dass unter trans Frauen und nicht-binären Menschen, die vor dem Verbot keine rechtliche Geschlechtsangleichung vornehmen konnten, ein Gefühl der Unsicherheit nach wie vor weit verbreitet ist.

Schließlich ist es wichtig zu beachten, dass im Kontext des umfassenden Krieges und der bis heute nicht beendeten „Teilmobilmachung" (die im September 2022 verkündet wurde) der rechtliche Status als Frau Schutz vor gewaltsamer Einberufung zum Militärdienst sowie vor brutaler Behandlung und Mobbing aufgrund von Transphobie in den Streitkräften bedeutet.

Gleichzeitig ist der Anteil der queeren Frauen, die angeben, dass sie sich nach der Änderung ihres Geschlechtseintrags auf „weiblich" in größerer Gefahr fühlten als vor ihrer rechtlichen Geschlechtsangleichung, mit 5,3% recht hoch. Diese Antworten lassen sich damit erklären, dass die Gefahr, Gewalt und Beleidigungen aufgrund der Sichtbarkeit als queere Person ausgesetzt zu sein, mit einer sichtbaren Transition zusammenhängt. (Illustration 32)

Aufgrund der faktischen Aushöhlung des Rechtsraums, der die persönliche Unversehrtheit und Würde des Menschen garantieren soll, können im heutigen militarisierten Russland einige queere Frauen in der Änderung ihres Geschlechtseintrags eher eine Erhöhung ihrer Sichtbarkeit als LGBTIQ-Person sehen und nicht einen sozialen und rechtlichen Mechanismus, der ihre Ehre und Würde in sozialen Interaktionen schützen soll.

Diese Situation bringt trans Frauen buchstäblich zurück in den „Schrank", wo sie aus Angst vor Gewalt und Marginalisierung gezwungen sind, sich in das ihnen zugewiesene „männliche" Ge-

schlecht zu normalisieren (was ihrer persönlichen Freiheit, Selbstverwirklichung, Selbstwahrnehmung und psychischen Gesundheit dramatischen Schaden zufügt, worauf auch die Diagnosen „Transsexualität" und „Geschlechtsdysphorie" in ICD-10 und ICD-11 hinweisen). Die Antworten auf unsere offenen Fragen ermöglichen es, dieses Problem besser nachzuvollziehen:

> *Aus rechtlicher Sicht fühlte ich mich etwas sicherer. Aus gesellschaftlicher Sicht und in Bezug auf meine sozialen Beziehungen war mir damals jedoch bewusst, dass ich mich in noch größerer Gefahr befand.*
>
> *(Heterosexuelle trans Frau, 26–35 Jahre, Föderationskreis Wolga, Großstadt)*

> *Ich hatte vor, zu passen und in den Stealth-Modus zu gehen [bewusste Geheimhaltung der Tatsache, dass man einmal eine Geschlechtsangleichung vorgenommen hat], aber das ist nur teilweise gelungen, und jetzt fühle ich mich in manchen Situationen sicherer, in anderen – im Gegenteil, je nachdem, ob ich passe [ob ich wie eine cis Frau aussehe].*
>
> *(Bisexuelle trans Frau, 26–35 Jahre, Föderationskreis Ural, Millionenstadt)*

> *Ich fühlte mich gleichzeitig sicherer, aber gleichzeitig entstand das Bedürfnis, zu passen [wie eine cis Frau auszusehen], was sich negativ auf meinen Zustand auswirkte.*
>
> *(Pansexuelle trans Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

> *Die Risiken sind deutlich gestiegen, ich achte viel mehr darauf, dass ich als Mädchen passe, um in der Menge der cis Frauen „unterzugehen".*
>
> *(Bisexuelle trans Frau, 19–25 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

In einem Interview mit Eva wird ein Beispiel für das Ausmaß der Anstrengungen und Einschränkungen im Privatleben angesprochen, zu denen trans Frauen aufgrund der Notwendigkeit, ihre Geschlechtsidentität zu verbergen, gezwungen sind. Eva beschreibt, dass sie nach der Geschlechtsangleichung nicht in ihre kleine Heimatstadt zurückkehren kann, wo ihre Familie lebt, aus Angst vor

Gewalt gegen sich selbst. Eva erzählt auch, dass sie gezwungen ist, ihr gesamtes Leben vor der Änderung ihres Geschlechtseintrags praktisch abzuschneiden – indem sie eine Legende über einen Zwillingsbruder erfindet und sich mit ihm identifiziert. Nur solche Vorsichtsmaßnahmen geben Eva ein Gefühl der relativen Sicherheit für sich und ihre Angehörigen – darunter auch ihr minderjähriges Kind (siehe dazu mehr in Kap. 9.2):

> *Jetzt lebe ich in einer großen Stadt, wo man untergehen kann. Früher habe ich in einer kleinen Stadt [im Föderationskreis Süd] gelebt. Seit meiner Abreise haben sich Gerüchte [über meine Transition] verbreitet, sodass die Einstellung mir gegenüber sehr negativ geworden ist. Ich kann nicht in meine Heimatstadt zurückkehren, ich kann meine Familie nicht besuchen. [...] Über mich selbst erzähle ich jetzt [nach der Transition nicht nahestehenden Bekannten], dass wir Zwillingsgeschwister mit ähnlichen Interessen waren und dass mein Bruder sich schließlich wegen seiner homosexuellen Orientierung das Leben genommen hat.*

In dem Interview mit Eva wird auch das Problem angesprochen, dass Dokumente über die Hochschulbildung nach der Änderung des juristischen Geschlechtseintrags nicht mehr verwendet werden können, da die Gefahr besteht, dass diese Informationen offengelegt werden. In Russland wird der Antrag auf Änderung der persönlichen Daten im Diplom an die Bildungseinrichtung gerichtet, die es ausgestellt hat. Für Eva ist dieses Verfahren unmöglich, da ein naher Verwandter an derselben Hochschule arbeitet, an der sie studiert hat. Ein Antrag auf Änderung der Dokumente könnte somit ihr Transsein vor dem Kollegium offenlegen und ihrer Meinung nach zu einer Schikane ihres Verwandten am Arbeitsplatz führen. Infolgedessen kann Eva keine Arbeit in ihrer Spezialisierung finden und war nach einer langen Zeit ohne Einkommen gezwungen, sich der Sexarbeit zuzuwenden:

> *Alles hängt von meinem Diplom mit meinem alten Namen ab. Und ich kann ihn nicht ändern, weil [mein naher Verwandter] in derselben Einrichtung und in derselben kleinen Stadt arbeitet, in der ich gelebt habe. Daher kann ich meine Bildungsunterlagen nicht auf meinen neuen Namen umschreiben lassen, da dies ihn in Gefahr bringen würde.*

[...] [Letztendlich stellte sich heraus, dass] meine Haupteinnahmequelle – die Sexarbeit ist.

Dabei führt die Änderung des juristischen Geschlechtseintrags oft zu direkter Diskriminierung am Arbeitsplatz. Die vorliegende Studie zeigt, dass solche Fälle weitgehend mit dem Kontext der Gesetze gegen LGBTIQ-Personen zusammenhängen. Wir haben die transfemininen Befragten gefragt, **ob sie nach Februar 2022 mit einer der aufgeführten Verstöße am Arbeitsplatz konfrontiert waren, sofern sie ihren Geschlechtseintrag ändern konnten**.

- 2,9% geben an, dass sie entlassen oder zur Kündigung gezwungen wurden.
- 5,3% mussten aufgrund von Ablehnung oder Druck durch ihre Kollegen selbst kündigen.
- Weitere 5,3% waren bei medizinischen Untersuchungen Druck oder Beleidigungen ausgesetzt. Am häufigsten waren trans und nicht-binäre Frauen, die ihren Geschlechtseintrag auf „weiblich" geändert hatten, mit Outing am Arbeitsplatz konfrontiert – 8,2% geben dies an.
- Dabei geben nur 24,6% an, noch nie mit solchen Situationen konfrontiert worden zu sein, was auf eine hohe Diskriminierung von Transfrauen am Arbeitsplatz nach der Änderung ihres Geschlechtseintrags hindeutet. Nach Ausschluss von mehr als 60% derjenigen, die ihr juristisches Geschlecht nicht geändert haben, beträgt der Anteil derjenigen, die keine Diskriminierung im Zusammenhang mit dieser Änderung erfahren haben, nur etwas mehr als die Hälfte der relevanten Stichprobe. (Illustration 33)

In offenen Fragen und Interviews haben wir auch den Druck auf trans Personen am Arbeitsplatz nach der Änderung ihres Geschlechtsenitrags auf „weiblich" angesprochen. In einigen Fällen zogen es Transfrauen vor, freiwillig ihr Arbeitsverhältnis zu beenden (zu kündigen), bevor sie ihr Geschlecht in „weiblich" änderten, da sie davon überzeugt waren, dass ein Outing unvermeidlich wäre, wenn sie ihren Arbeitsplatz behalten würden. In anderen Fällen kündigten sie ihren Arbeitsplatz, nachdem sie sich geoutet hatten und

ihre Transidentität von ihren Kolleg*innen nicht akzeptiert wurde:

> *Nach meiner Transition wurde ich beruflich degradiert.*
> *(Bisexuelle trans Frau, 36–45 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Landstadt)*

> *Ich musste meinen Job kündigen, um meine Dokumente vor dem Verbot ändern zu können und nicht an meinem früheren Arbeitsplatz gemobbt zu werden.*
> *(Bisexuelle trans Frau, 19–25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Wenn jemand ins Büro kommt, dann kommt ein zweiter, der von der Transition weiß, zeigt mit dem Finger auf mich und sagt: „Das ist unsere Sehenswürdigkeit. Sie hat das Geschlecht gewechselt."*
> *(Interview, Ash).*

> *Ich habe meine Dokumente geändert und meiner Arbeitgeberin mitgeteilt, dass sich etwas geändert hat. Die Arbeitgeberin fragte, ob ich [dem Team] vorgestellt werden solle. Ich entschied mich dagegen. Aber dann hatte ich plötzlich zwei Namen im System. [Außerdem] habe ich lange Zeit mit weiblichen Dokumenten gearbeitet, aber unter einem männlichen Namen, und bin in die Männerumkleide gegangen. [Die Arbeitgeberin sagte, ich müsse nicht kündigen]. Dann haben [Kollegen], die [meine Nummer im System und meinen weiblichen Namen] gesehen haben, angefangen zu lachen. Sie fragten: „Bist du das? Hast du etwa dein Geschlecht geändert?" [Obwohl ich nicht wollte, dass jemand etwas sagt]. Das Outing war definitiv da: Einer der Manager hat über mich gesprochen, und ein Teil der Mitarbeiter hat es erfahren.*
> *(Interview mit Kristina, Föderationskreis Fernost)*

Die Ablehnung, den Geschlechtseintrag zu ändern, oder die Unmöglichkeit, es zu tun, führt auch zu Problemen bei der Beibehaltung des Arbeitsplatzes – aufgrund von Veränderungen im Aussehen oder im Geschlechtsausdruck. Die deutlichsten Beispiele für die Diskriminierung von trans Frauen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität im Kontext der „antigender Gesetzgebung" sind Entlassungen aus „Vorsichtsgründen". In einem Interview mit Rey wird ein

solcher Fall angesprochen:

> *Ich fühlte mich bereits voll und ganz als Frau und zeigte dies auch. Ich hatte lange gefärbte Haare, Maniküre, eine weibliche Figur. Und meine Arbeitgeber hatten kein Problem damit. ... Es gab keinen Grund, mich zu beschimpfen. „Cool, gut gemacht, weiter so". Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, als ich meinen Geschlechtseintrag nicht ändern konnte, wurde mir „diverses Verhalten" vorgeworfen ... [Obwohl] sich meine Arbeitsweise in dieser Zeit überhaupt nicht geändert hatte. ... Am Ende hatten wir einen heftigen Streit mit meiner Vorgesetzten ... Und sie sagte beiläufig, dass das alles wegen des neuen Gesetzes sei, dass ich in ihren Salons nichts mehr zu suchen hätte und meinen Posten verlassen müsse.*
>
> *(Interview mit Rey, Föderationskreis Zentralrussland)*

Trans Frauen in Russland sind also einem hohen Risiko ausgesetzt, am Arbeitsplatz diskriminiert zu werden. Jede Strategie, die darauf abzielt, ihre Sichtbarkeit als queere Menschen unter den Bedingungen der „antigender Gesetze" zu verringern, führt potenziell zu transphobem Druck und Diskriminierung. Dies lässt auf eine systematische Diskriminierung schließen, die einen Teil der trans Frauen in die soziale Marginalisierung treiben kann. Diese Situation zwingt die Befragten, die es nicht geschafft haben, ihr juristisches Geschlecht zu ändern (d. h. die gleichzeitig mit sozialer Isolation, Diskriminierung und Geschlechtsdysphorie konfrontiert sind), das Problem der Lebensqualität und der Ungewissheit darüber, wie sie in Russland leben sollen, zu formulieren:

> *Ein separates Thema ist die Lebensqualität... [In Russland] ist klar, dass ich mein ganzes Leben lang mit männlichen Papieren arbeiten muss. Ich weiß nicht, was ich tun soll, wenn ich plötzlich nicht mehr im Homeoffice arbeiten kann, weil sich mein Körper verändert (zum Beispiel meine Brüste, die ich dann nicht mehr verstecken kann). Deshalb sehe ich für mich in Russland überhaupt keine gute Zukunft.*
>
> *(Interview, Sky, Föderationskreis Wolga)*

> *Am Tag, an dem die „Bewegung" als extremistisch eingestuft wurde, begann ich eine eigenständige Hormonthe-*

> *rapie, weil ich es einfach satt hatte, in Angst zu leben. Dann „fiel" ich aufgrund der Veränderungen aus dem Schrank und jetzt kann ich buchstäblich nicht mehr auf die Straße gehen. Ja, ich bin als seltsames Mädchen in meiner Nachbarschaft integriert, aber damit hat das Gute für mich auch schon aufgehört. Alles lief ganz gut, höchstens wurde ich manchmal angestarrt, aber nur bis zu einem bestimmten Punkt. Mein Pass. Wenn er irgendwo auftaucht: beim Arzt, beim Ausfüllen von Formularen, beim Einkaufen – dann bin ich in direkter Gefahr.*
>
> *(Heterosexuelle trans Frau, 26–35 Jahre, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)*

Diese Situation treibt einige trans Frauen in die Sexarbeit. Eine der Befragten, Eva, die bereits im Zusammenhang mit der Unmöglichkeit erwähnt wurde, ihre Hochschulzeugnisse entsprechend ihrem neuen weiblichen Geschlecht und Namen ändern zu lassen, berichtete in ihrem Interview von solchen Erfahrungen. Der Grund für die zwangsweise Sexarbeit ist somit die Unmöglichkeit, eine ihrer Qualifikation entsprechende Arbeit zu finden:

> *Ich habe eine Art mentale Barriere, die mich davon abhält, verrückt zu werden. Wenn ich mit dem Gesetz in Konflikt komme, bin ich im Grunde genommen verloren. Als Transfrau, als Lesbe, als transgender Elternteil. Sexarbeit ist nur ein weiterer Risikofaktor. [...] Die Gründe können klein sein: entweder das Interesse eines Arztes oder wenn jemand meine Beteiligung an der Sexarbeit bemerkt. [...] Wir leben in ständiger Angst und sind uns der enormen Risiken bewusst, die wir als queere Familie mit Kind haben.*
>
> *(Interview, Eva, Föderationskreis Zentralrussland)*

In unserer Studie wird dieses Thema vor allem anhand von Kommentaren von Aktivist*innen beleuchtet, die anonym bleiben möchten und sich für trans Sexarbeiter*innen in Russland und Kirgisistan engagieren. In den Interviews sprechen sie sowohl über ihre persönlichen Erfahrungen als auch über die Erfahrungen der Betroffenen, die sich an sie gewandt hatten, um Beratung zu erhalten. Die Verstrickung in Sexarbeit ist weitgehend durch die Unmöglichkeit bedingt, den Geschlechtseintrag in den Dokumenten zu ändern. Sexarbeit selbst ist mit hohen Risiken für die körperliche und psychische Gesundheit sowie mit Gewalt verbunden, sowohl

durch Nachbar*innen oder Zufallsbekanntschaften als auch durch die Polizei:

> *Ja, die einzige Möglichkeit zu überleben ist Sexarbeit. Ohne Pass ist es unmöglich, Arbeit zu finden. Wo sollen wir sonst hingehen? Vor meiner Geschlechtsangleichung habe ich als Kellnerin gearbeitet – und die Kunden beschweren sich, sie verachten uns. [...] Eine Frau arbeitete in einer Näherei. Sie wurde ständig diskriminiert, einmal wurde sie geschlagen und ausgeraubt.*
>
> *(Interview, Nina, Aigyl und Ella)*

> *Ich fuhr mit dem Taxi. Der Taxifahrer fing an zu sagen: „Ihr Transen geht mir auf die Nerven." Ich fragte: „Was haben wir dir denn getan?" Ein Wort führte zum anderen, er forderte mich auf, aus dem Auto auszusteigen, schlug mich und brach mir die Rippen. [...] Insgesamt gab es im Laufe eines Jahres mehrere Fälle, in denen ich geschlagen wurde oder man versuchte, mich zu schlagen. [...] Und mit psychischer Gewalt sind wir jeden Tag konfrontiert.*
>
> *(Interview, Nina, Aigyl und Ella)*

> *Wir hatten einen Fall. Vor einem Jahr wurde eine Sexarbeiterin die ganze Nacht lang geschlagen. Das wurde auf Video aufgenommen, sie wurde gezwungen, sich zu entschuldigen und zu sagen, dass sie „auf den rechten Weg zurückfinden" werde. Dann wurde sie ausgeraubt, unter anderem wurden ihr alle Telefone weggenommen, damit sie niemanden kontaktieren konnte. [...] Glücklicherweise konnte dieser Fall vor Gericht gebracht werden. [...] In diesem Jahr gab es fünf Todesfälle [unter den uns bekannten transsexuellen Sexarbeiterinnen mit Migrationsgeschichte [...]: Selbstmorde, Überdosierungen, fehlende medizinische Versorgung bei AIDS und ein möglicher Mordfall.*
>
> *(Interview, Nina, Aigyl und Ella)*

> *Sie haben sich bei der Polizei beschwert. Der Bezirkspolizist kam, sie gaben ihm ein Bestechungsgeld, dann kam er jede Woche, um Bestechungsgeld zu verlangen. [...] Es gab einen Fall, in dem Polizisten eine trans Sexarbeiterin mit Migrationsgeschichte in Gewahrsam genommen und vergewaltigt haben. Ihren Angaben zufolge standen die Polizisten dabei unter Drogeneinfluss.*
>
> *(Interview, Nina, Aigyl und Ella)*

Es ist wichtig zu erwähnen, dass Gewalt durch die Polizei seit Inkrafttreten des „Gesetzes gegen LGBT-Propaganda" zugenommen hat. Trans Frauen mit „männlichem" Geschlechtseintrag, die als Sexarbeiterinnen tätig waren, gehörten zu den ersten, die im Rahmen dieses Gesetzes strafrechtlich verfolgt wurden. Die Anklage beruhte darauf, dass sie „als Männer" Fotos „in weiblicher Gestalt" und Angebote für sexuelle Dienstleistungen im Internet veröffentlicht hatten[178].

Die schwierige Lage von trans Frauen führt manchmal dazu, dass sie über eine Detransition nachdenken[179]. Die Befragten gaben an, dass sie über eine Detransition nachgedacht haben[180]. Dieses Thema wird oft tabuisiert und ist unzureichend beleuchtet, zum einen wegen des geringen Prozentsatzes von trans Personen, die sich für eine Detransition entscheiden (was zusätzlich dazu beiträgt, dass dieses Thema im Vergleich zu anderen Aspekten des Transseins weniger bekannt ist), und zweitens aufgrund von Spekulationen rechter Politiker*innen, dass diese Praxis angeblich beweise, dass das Bedürfnis nach einer Transition nicht grundlegend sei.

Im Rahmen der Studie stellten wir den Teilnehmer*innen, die ein Bedürfnis nach einer Transition hatten oder haben, Fragen zur Detransition. Unsere Schlussfolgerungen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Es kann mehrere Gründe für eine Detransition geben, und diese sind vielfältig; Gedanken an eine Detransition werden selten in die Tat umgesetzt; in den meisten Fällen hängen diese nicht mit Zweifeln an der eigenen Geschlechtsidentität zusammen (obwohl solche Fälle auch vorkommen), sondern mit sozialer Marginalisierung, mangelnden Ressourcen, gesellschaftlichem Druck oder fehlender Unterstützung. Die Erfahrungen mit der Änderung oder Aufhebung zuvor unternommener Schritte zur Geschlechtsangleichung waren bei der überwiegenden Mehrheit derjenigen, die sie durchlaufen haben, entweder „negativ" oder „traumatisch".

Von 244 queeren Frauen, die das Bedürfnis nach einer Transition verspüren, geben 19,7% (48 Personen) an, über eine Detransition nachgedacht zu haben. Die Erfahrung eines solchen Prozesses selbst ist jedoch deutlich seltener: Vor Beginn des vollumfänglichen Angrifskriegs Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 und danach vollzogen gleich viele trans Frauen, die an unserer Umfrage teilnahmen, eine Detransition – 2,9%. Es ist wichtig zu beachten, dass diese Gleichheit vor dem Hintergrund nicht gleicher Länge an

Zeiträumen festgestellt wird. Nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten (54,1%) gaben an, dass sie nie Gedanken daran hatten, ihre zuvor unternommenen Schritte zur Geschlechtsangleichung zu ändern oder rückgängig zu machen. Es ist auch zu berücksichtigen, dass die Statistik zur Häufigkeit von Detransition aufgrund des hohen Anteils (20,5%) von trans Frauen, die noch keinen rechtlichen oder medizinischen Transitionsprozess begonnen haben, ungenau ist.

Wir haben auch diejenigen Befragten, die Erfahrungen mit Detransition hatten, gebeten, diese zu bewerten. Positive Erfahrungen im Zusammenhang mit der Selbstfindung und einem Gefühl der „Geschlechter-Euphorie" gab nur eine queere Frau (0,4%) an. Eine weitere gab an, dass die Erfahrung neutral und einfach Teil ihres Lebens sei (0,4%). Die Mehrheit bewertete die Änderung oder Aufhebung zuvor unternommener Schritte zur Transition als negative Erfahrung, die sie gerne vermieden hätten, oder als traumatisch, die schwerwiegende negative Spuren in ihrem Leben und Selbstverständnis hinterlassen hat: 2,9% der Stichprobe (7 Personen).

Somit bleibt Detransition ein seltenes Phänomen und hat für die Mehrheit der trans Personen schwerwiegende negative Folgen. Die offene Antwort einer der Befragten verdeutlicht dies:

> *Ich habe einen Rollback versucht [vorübergehende Abkehr vom Transitionsprozess, einschließlich der Hormonersatztherapie], das ist nicht ganz Detransition... Nach einem Jahr Hormonersatztherapie dachte ich, dass es mir [so gut geht] und beschloss, einen Rollback zu machen... Ich habe einen Monat durchgehalten ... Ich zitterte am ganzen Körper und verfiel dem [Alkoholismus] ... Es ist schrecklich ... Danach wurde mir klar, dass es für mich einfacher ist, [mich umzubringen], als einen Rollback zu machen.*
>
> *(Bisexuelle trans Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Landstadt)*

Wir haben die Befragten gebeten, anzugeben, was sie zu Gedanken an eine Detransition veranlasst hat. Die häufigsten Gründe waren:

- Angst vor sozialer Marginalisierung – davon berichteten 20,1% der trans Frauen,
- Angst um die eigene Sicherheit – diesem Einfluss

stimmten 20,9% der trans Frauen zu.

Diese Zahlen zeigen, wie ernst die Sorgen um die soziale Stellung, die Gesundheit und das Leben von queeren Frauen sind, die eine Geschlechtsangleichung durchlaufen.

An zweiter Stelle standen psychologische Schwierigkeiten wie mangelnde Unterstützung und Einsamkeit – diese wurden von 16,4% der Befragten genannt. Dies spiegelt indirekt den Grad der Isolation queerer Menschen in Russland wider, den begrenzten Zugang zu einer unterstützenden Gemeinschaft und die Abgeschiedenheit vom eigenen Umfeld. Es folgen Faktoren im Zusammenhang mit dem beruflichen und sozialen Bereich:

- die Unmöglichkeit, das juristische Geschlecht zu ändern – 12,3%,
- finanzielle Schwierigkeiten – 11,1%.

Diese Kombination von Gründen, die zu dem Gedanken an eine Detransition führen, wird in der folgenden Antwort auf die offenen Fragen näher erläutert:

> *Oft wollten die mich aufgrund meiner „männlichen" Dokumente und meines femininen Aussehens in verschiedenen Behörden fast ausziehen, um sich zu vergewissern, dass die Angabe im Pass der Realität entspricht. In solchen Momenten wird man wie ein Kriegsverbrecher oder Terrorist angesehen. Wegen meines Aussehens wurde mir sogar die Anstellung in irgendwelchen Cafés verweigert. Insgesamt ist die Situation miserabel, wegen der Geschlechtsangleichung muss man mehr Geld ausgeben, aber es ist praktisch unmöglich, einen Job zu finden. Das führt zu systematischer Diskriminierung, weil die Möglichkeit, die Dokumente zu ändern, durch neue Gesetze genommen wurde. Entweder Detransition, um etwas zu essen zu haben, oder leiden und sterben.*
>
> *(Bisexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Süd, mittelgroße Stadt)*

Ein weiterer wichtiger Grund für den Wunsch nach Detransition ist die Unzugänglichkeit geschlechtsangleichender Operationen – dies gaben 9,8% der Befragten an. Nur 3,7% der Befragten brachten den Wunsch, ihre Transition zu ändern oder rückgängig zu machen, mit dem Verlust ihrer weiblichen Geschlechtsidentität in Verbindung.

Interviews mit trans Frauen, die es nicht geschafft haben, ihr juristisches Geschlecht zu ändern, geben einen tieferen Einblick in die Gründe für Detransition. In diesen Fällen geht es meist um Überlegungen, die Hormontherapie abzubrechen oder die durch die Hormontherapie erzielten Veränderungen rückgängig zu machen. Die Teilnehmer*innen betonen, dass ihr Leben aufgrund des zunehmenden homo- und transphoben Drucks seitens der Gesellschaft und des Staates sowie aufgrund der Unmöglichkeit, sich rechtlich zu „normalisieren", zu einem ständigen Aufrechterhalten zweier getrennter Welten geworden ist.

Dieses „Doppelleben" ist moralisch äußerst anstrengend und demütigend und führt oft zu schweren psychischen Zuständen und dem Wunsch, jegliche sozialen Kontakte auf ein Minimum zu reduzieren. In diesem Zusammenhang werden Gedanken über eine Änderung oder Aufhebung der zuvor unternommenen Schritte zur Geschlechtsangleichung zum Ergebnis des ständigen Drucks, der Entstehung von Fragen nach Ohnmacht oder der Manifestation von Verzweiflung:

> *An einem bestimmten Punkt in dieser Situation der Halbtransition... Denn man kann es trotzdem nicht als vollwertig bezeichnen. [...] Und dann dieses endlose Doppelleben, die Angst um sich selbst, um die eigene Sicherheit — weil der Staat zeigt, dass man geschlagen und getötet werden kann und niemand dafür zur Rechenschaft gezogen wird. Das alles lastet sehr schwer, man hat das Gefühl, dass das eigene Leben niemals vollständig sein wird, dass es immer irgendwelche Probleme geben wird. Man weiß nicht, wie man arbeiten soll, man weiß nicht, wie man zum Arzt gehen soll, man weiß nicht, wie man eine Wohnung mieten soll. Manchmal denkt man, dass man vielleicht versuchen sollte, ohne Transition zu leben und sich nicht mit all diesen Problemen auseinanderzusetzen.*
>
> *(Interview, Sky, Föderationskreis Wolga)*

> *Es geht eher um Angst. Ich habe über Detransition nachgedacht, dass es vielleicht sicherer wäre, in diesem Land zu leben. ... Aber so wäre ich einfach innerlich langsam gestorben. ... 22 Jahre alt, Herbst und Frühjahr 2023, Mobilisierung, Risiken einer Rücknahme. Druck bei der Arbeit, Nachrichten über das Gesetz, Gerüchte über eine erzwungene Rücknahme [Rückabtretung] von Dokumenten. Viele hatten*

Angst. Damals war ich mir noch nicht sicher, wie ich auf der Straße wahrgenommen werden würde.
(Interview, Ash, Föderationskreis Zentralrussland)

Hinzu kam, dass die Angst vor einer erzwungenen Detransition durch staatliche Stellen zu einem besonderen Merkmal der Situation von trans Frauen in Russland im dritten Jahr des vollumfänglichen Krieges wurde. Dabei gibt es die Praxis der Detransition auf Initiative staatlicher Stellen gar nicht, da sie keine gesetzliche Grundlage hat[181].

Diese Angst spiegelt unter anderem den Stand der Umsetzung des Rechtsstaatsprinzips und das Vertrauen der Bürger*innen in die Rechtssicherheit in Russland wider. Gleichzeitig ist sie ein anschauliches Beispiel dafür, dass die russischen Bürger*innen sich der Tatsache bewusst sind, dass es in Russland praktisch keine Kontrollmechanismen und keine Kontrolle der Zivilgesellschaft über die Aktivitäten der Behörden gibt und dass ihnen in einem modern militarisierten Land das Recht entzogen und Dokumente für ungültig erklärt werden können.

Um auf die Frage der Zwangs-Detransition zurückzukommen, ist anzumerken, dass das Thema der „Aufhebung" der rechtlichen Transition von trans Personen und der Ungültigkeitserklärung ihrer neuen Dokumente (die sogenannte „Rücknahme von Dokumenten") in den Jahren 2023-2024 häufig in der russischen Staatspropaganda auftauchte. Sie ist auch in Gesetzesinitiativen seit 2020 verbreitet – als Impuls für die weitere Verankerung „traditioneller Werte" in der Gesetzgebung diente die Änderung der Verfassung der Russischen Föderation am 4. Juli 2020[182]: Zum ersten Mal in der russischen Gesetzgebung wurde die Ehe als „Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau" definiert, was zu einer Verstärkung der anti-gender Narrative in der föderalen und regionalen Gesetzgebung führte. Dies lenkte die Aufmerksamkeit ultrakonservativer russischer Politiker*innen[183] auf den rechtlichen Status von Menschen, die ihr Geschlecht in ihren Dokumenten geändert hatten, und veranlasste sie zu chaotischen und radikal diskriminierenden Initiativen, die in der Öffentlichkeit diskutiert wurden: vom Verbot der Eheschließung für trans Personen (was in direktem Widerspruch zu Artikel 19 der Verfassung der Russischen Föderation steht, der die Gleichheit aller vor dem Gesetz und vor Gericht festschreibt) bis hin zur Ungültigkeitserklärung ihrer Dokumente mit neuem Geschlechtseintrag[184].

Dies hat unter queeren Menschen die Befürchtung gestärkt, dass solche radikalen Maßnahmen theoretisch ergriffen werden könnten. In der Praxis wurden auch schon einige davon umgesetzt (z. B. das Verbot für trans Personen, zu heiraten, Kinder zu adoptieren oder zu pflegen).

Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass die Angst vor dem Hintergrund dieser Aussicht unter trans Frauen recht groß ist. Das bedeutet, dass trans Frauen, die in Russland ihr Geschlecht in den Dokumenten geändert haben, in der Angst leben, dass ihr rechtlicher Status als Frau wieder aufgehoben werden könnte. Nach dem gesetzlichen Verbot der Geschlechtsangleichung kehrten die Behörden wieder zum Thema der „Überprüfung" des Status von Dokumenten mit neuem Geschlechtseintrag (auf der Grundlage der Lizenz der Kliniken, die die Bescheinigung 087/y ausgestellt hatten) zurück[185]. Diese Überprüfungen blieben jedoch ohne Ergebnis, und die Frage der Aufhebung der Dokumente für trans Personen verschwand allmählich aus der öffentlichen Agenda.

Solche Initiativen, zusammen mit dem bereits umgesetzten Verbot der Geschlechtsangleichung und dem anhaltenden Bedürfnis des Staates, eine anti-gender Agenda aufrechtzuerhalten, verstärken die Angst von trans Frauen vor einer „Zwangs-Detransition" (auch „Rücknahme von Dokumenten" genannt). Die Stärke und Verbreitung dieser Angst hängt auch mit der weltweiten Anti-Gender-Bewegung zusammen (z. B. mit den von der Regierung Donald Trumps eingeführten Gesetzesänderungen zur Anerkennung "allein des Geschlechts bei der Geburt" und der Einführung einer Reihe von beruflichen Beschränkungen für trans Personen[186]) und der Aneignung ihrer Diskurse durch russische Politiker*innen.

Im Rahmen unserer Studie äußerten die trans Frauen ihre Befürchtungen hinsichtlich einer erzwungenen Detransition, dieses Thema kam in Interviews und Antworten auf offene Fragen zur Sprache.

Diese Angst ist ein weiterer Grund für die Verschlossenheit von trans Frauen, ihre ständige Selbstbeschränkung in der sozialen Kommunikation, im Wohnbereich und im Gesundheitswesen. Diese Angst bleibt dabei im Zusammenhang mit der Angst vor Strafmaßnahmen bestehen: vor dem Gefängnis oder dem Untersuchungsgefängnis (SIZO):

Angst vor dem Outing am Arbeitsplatz, Angst vor dem Arztbesuch und Angst vor der Einziehung von Dokumenten.
(Bisexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Die Angst vor einer Zwangsdetransition ist der Grund, warum ich es vorziehe, ohne dringende Notwendigkeit nicht mit staatlichen Stellen in Kontakt zu treten, die Zugang zu meiner Vergangenheit haben. Selbst wenn es nicht die Polizei ist, die so etwas direkt initiieren kann, können es Menschen sein, die sich daran stören, weil sie durch Propaganda beeinflusst wurden, dass solche Menschen nicht existieren dürfen. [...] Wenn ich zum Beispiel in einer Untersuchungshaftanstalt lande [Untersuchungshaftanstalt – Anm. d. Übers.], könnte ich einfach nicht existieren, das wäre für mich absolute Folter. Es gab eine Zeit, in der ich die Hormonersatztherapie aufgeschoben habe – und ich habe gemerkt, dass das für mich unerträglich ist und dass ich mich davor fürchte, wieder in diese Situation zurückzukehren, nachdem ich mich daran gewöhnt habe, nicht mehr so zu sein. [...] Offensichtlich ist das möglich, es gab Präzedenzfälle von erzwungener Detransition. [...] Das ist eine relative Sicherheit: Solange mich niemand bemerkt, halte ich durch; aber wenn mich plötzlich jemand bemerkt, ist alles vorbei.

(Interview, Tasja, Föderationskreis Nordwest).

Das Problem der unfreiwilligen Detransition im Falle der Inhaftierung zeigt sich im Fall von Julia. Der Fall von Julia zeigt, wie der Staat zunächst die Geschlechtsangleichung genehmigte und diese dann trotz der veränderten sozialen Lebensumstände der trans Frau wieder rückgängig machte.

Im Herbst 2021 wurde gegen sie ein Strafverfahren eingeleitet, das lange Zeit untersucht wurde, und während dieser Zeit war Julia auf freiem Fuß: Das Gericht entschied sich, während der Untersuchung des Strafverfahrens keine freiheitsbeschränkende Maßnahmen gegen sie zu verhängen.

Im Januar 2022 konsultierte sie einen Psychiater und erhielt die für ihre Geschlechtsangleichung erforderliche Bescheinigung mit der Diagnose F64.0 („Transsexualität“). Einen Monat später begann sie mit der medizinischen Geschlechtsangleichung: Sie konsultierte einen Endokrinologen und begann mit der Einnahme von

feminisierenden Hormonen.

Im Sommer 2022 begann die Gerichtsverhandlung. Julia legte dem Richter ein Attest mit der Diagnose „Transsexualismus" vor. Im Oktober 2022 erhielt sie ein Gutachten der medizinischen Kommission, das ihre Diagnose „Transsexualismus" bestätigte. Danach vollzog Julia ihre rechtliche Geschlechtsangleichung und erhielt einen neuen Pass mit dem Vermerk „weibliches" Geschlecht.

Im Laufe der Verhandlung des Strafverfahrens entschied das Gericht, dass eine psychiatrische Begutachtung erforderlich sei. Diese wurde zunächst im November 2022 in einer psychiatrischen Klinik durchgeführt (Julia wurde in der Männerstation untergebracht), dann im Sommer 2023 im Staatlichen Wissenschaftlichen Zentrum für Sozial- und Forensische Psychiatrie namens V.P. Serbsky in Moskau (Julia wurde in der Frauenabteilung untergebracht). Im letztgenannten Zentrum bestätigten die Ärzte die Diagnose „Transsexualismus" bei Julia nicht.

Im Jahr 2023 heiratete Julia. Im März 2024 verurteilte das Gericht sie zu fünf Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung mit einer Probezeit von vier Jahren. Das Berufungsgericht bestätigte das Urteil. Das Kassationsgericht hob das Urteil auf Antrag der Staatsanwaltschaft auf und verwies den Fall zur erneuten Verhandlung zurück.

Parallel dazu wandte sich die Staatsanwaltschaft „im Interesse der Russischen Föderation" an das Gericht, das die Zivilklage prüfte und die Entscheidung der Ärztekommission über die „Geschlechtsumwandlung" (getroffen im Oktober 2022) für rechtswidrig erklärte und die rechtliche Geschlechtsumwandlung sowie ihre Ehe für nichtig erklärte. Das Gericht erster Instanz begründete dies damit, dass Julia, da das Institut namens V.P. Serbsky ihre trans Identität nicht bestätigt hatte, weder ihre Dokumente ändern noch eine Ehe eingehen konnte (das Gericht betrachtete sie als „Mann", und Ehen zwischen Partnern desselben Geschlechts sind in Russland verboten)[187].

Julia befand sich in einer rechtlichen Situation, in der der Staat ihre im Rahmen ihrer Geschlechtsangleichyng geänderten Dokumente zwangsweise „zurückgesetzt" hatte und ihr nicht nur ihre geschlechtliche Identität aberkannte, sondern ihr auch ihre Familienrechte entzog.

In einem Experte*inneninterview wurde der Fall einer trans Frau angesprochen, die sich in einer Untersuchungshaftanstalt in

Brjansk befindet. Dieser Fall bestätigt die Befürchtungen der Befragten, dass sie in einer Strafvollzugsanstalt keine Hormonersatztherapie durchführen können. Darüber hinaus kann auf Initiative der Ermittlungsbehörden, eine genetische Untersuchung der verdächtigten trans Frau durchgeführt werden, wie im Interview berichtet, als Versuch, die Anerkennung ihrer Geschlechtsangleichung als „weiblich" für ungültig erklären zu lassen:

Seit Februar 2025 befindet sich eine trans Frau in der Untersuchungshaftanstalt in Brjansk. Sie hat kurz vor dem Verbot ihre Dokumente geändert. Seit ihrer Einlieferung in die Untersuchungshaftanstalt hat sie keinen Zugang mehr zu ihrer Hormonersatztherapie, die sie zuvor praktiziert hat. […] Sie wird verspottet, die Wachleute versammeln sich, um sie wie einen Affen anzustarren. Der Staatsanwalt spricht sie mit „er" an, obwohl sie einen weiblichen Pass hat. Die Ermittlerin beantragte, dass, da der Pass weiblich sei, aber die Geschlechtsmerkmale männlich, eine DNA-Analyse durchgeführt werden müsse. (Interview, Nataliia, Rechtsanwältin und Menschenrechtsaktivistin)

Die durchgeführte Untersuchung zeigt, dass für trans Frauen das Recht auf den richtigen Geschlechtseintrag (und die Möglichkeit, diesen zu ändern) eine wichtige Voraussetzung für den Schutz vor Diskriminierung ist. In Russland haben trans Frauen jedoch seit Juli 2023 faktisch keine Möglichkeit mehr, diesen zu tun. Dies führt zu einer allgemeinen Ungleichbehandlung zwischen cis und trans Menschen, insbesondere zwischen cis und trans Frauen, insbesondere denjenigen trans Frauen, die es geschafft haben, ihren Geschlechtseintrag ändern zu lassen, und denen, denen dies nicht gelungen ist. Diese Ungleichheit kann sich nach dem Alter (wenn eine trans Frauen, die eine Änderung ihres Geschlechtseintrags beantragt, zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes noch nicht 18 Jahre alt war) sowie aufgrund des Wohnorts in abgelegenen Regionen (diese Studie hat gezeigt, dass die Kluft zwischen Personen, die ihren Geschlechtseintrag vor Inkrafttreten des Gesetzes geändert haben, und Personen, die dies nicht getan haben, in den vom Zentrum entfernten Föderationskreisen deutlich größer ist). Diese Ungleichheit zeigt sich besonders stark im Bereich der Lohnarbeit, des Zugangs zu Dienstleistungen, der medizinischen Versorgung (siehe Kapitel 8.4) und des Schutzes vor Gewalt (siehe Kapitel 7) und führt zur Marginalisierung von trans Frauen in der Gesellschaft.

Illustrationen zum Kapitel 5.

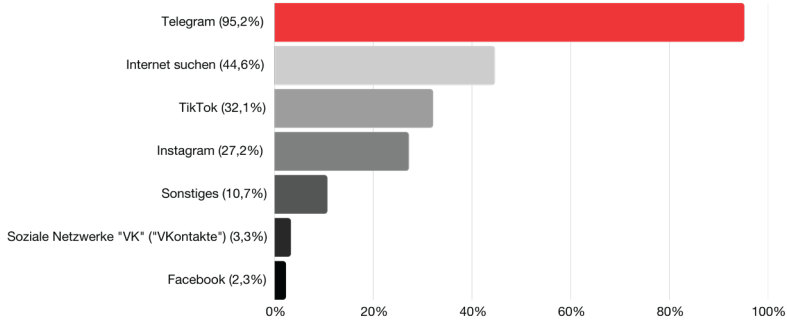


Illustration 26. Woher bekommen queere Frauen Information über LGBTQ-Rechte in Russland?

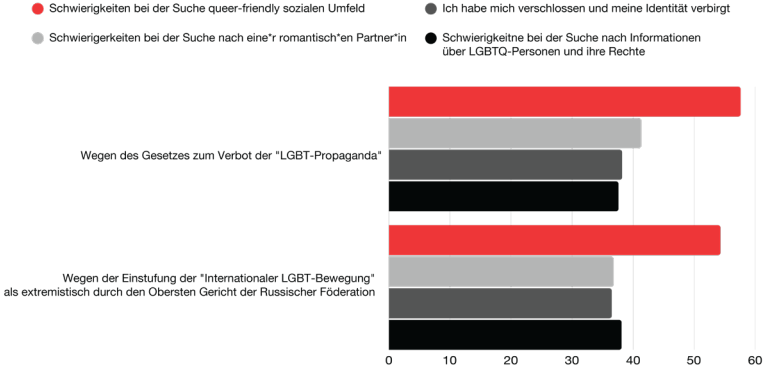


Illustration 27. Einfluss des Gesetyes zum Verbot „der LGBT-Propaganda“ und des Urteils des Obersten Gerichts Russlands, „die internationale LGBT-Bewegung“ als extremistisch einzustufen

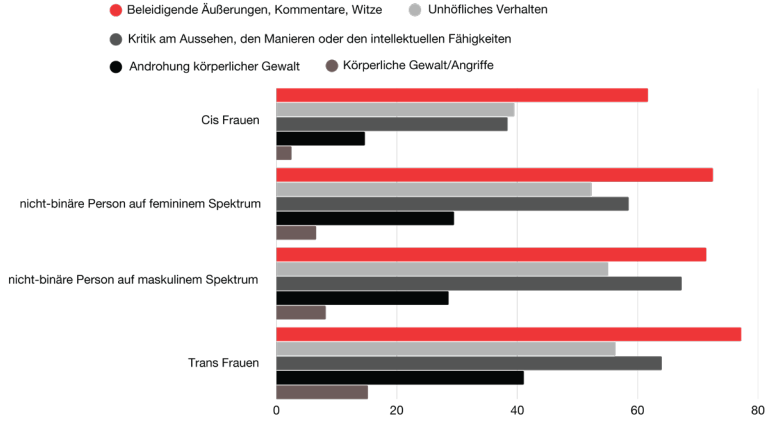


Illustration 28. Sichtbarkeit als Faktor für ein erhöhtes Diskriminierungsrisiko: am Beispiel der Diskriminierung nach Februar 2022 (in %)

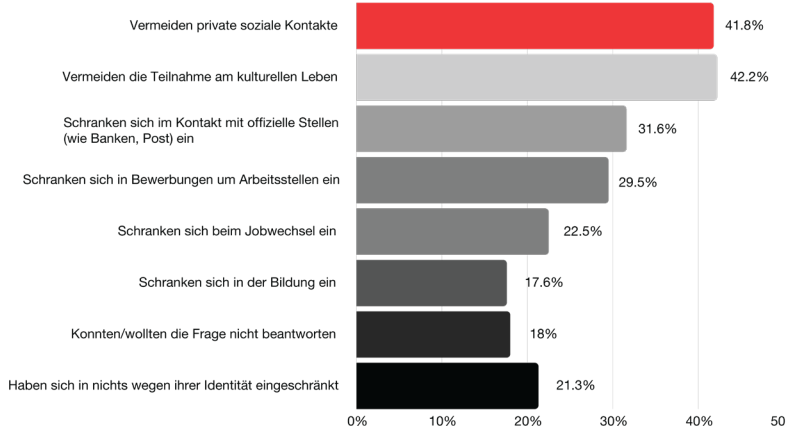


Illustration 29. Selbsteinschränkung queerer Frauen in Abhängigkeit von Bedarf an einer feminisierenden Angleichung: vor der Änderung des Geschlechtseintrags, (in %)

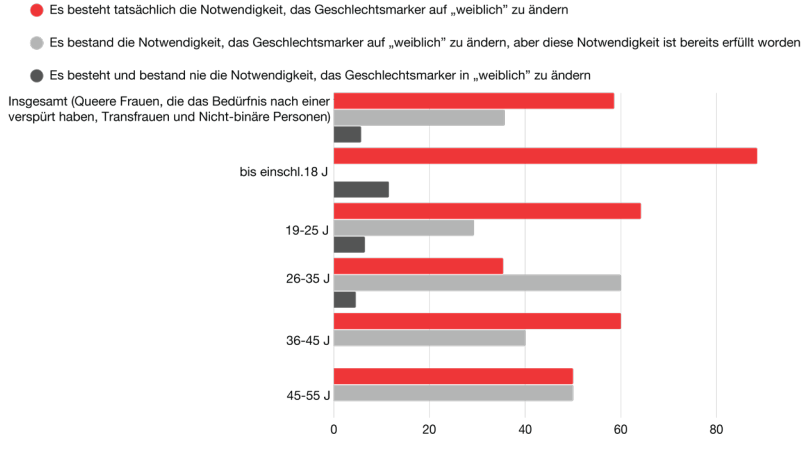


Illustration 30. Erfüllung des Bedürfnis den Geschlechtseintrag auf „weiblich" zu ändern (in Zusamenhang mit der Alters)

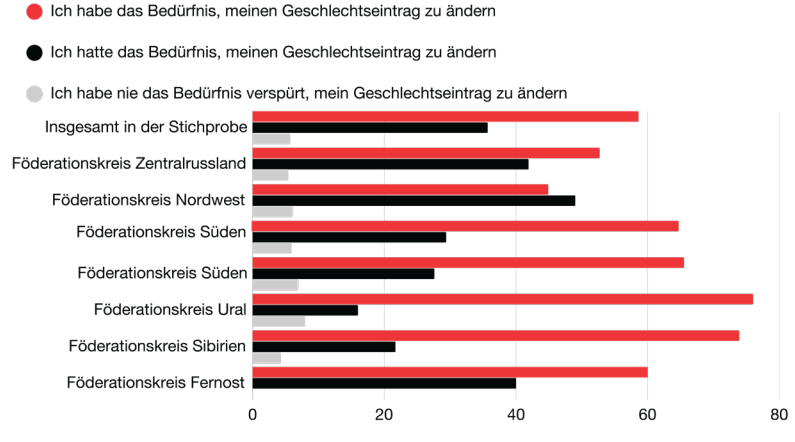


Illustration 31. Erfüllung des Bedürfnis den Geschlechtseintrag auf „weiblich" zu ändern (in Zusamenhang mit der Region), %
(Der Indikator „insgesamt in der Stichprobe" umfasst queere Frauen, die eine transfeminine Transition benötigen oder benötigten/trans Frauen und nicht-binäre Personen).

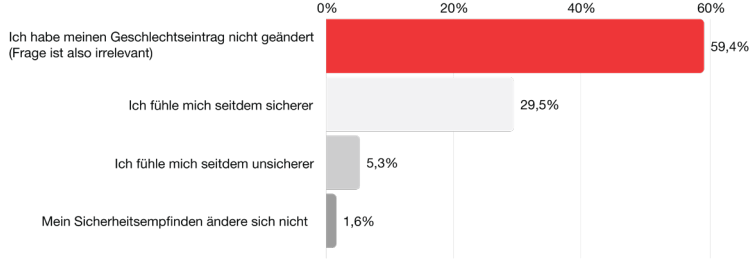


Illustration 32. Änderung des Sicherheitsempfindes nach Änderung des Geschlechtseintrgs auf „weiblich“, (in %)

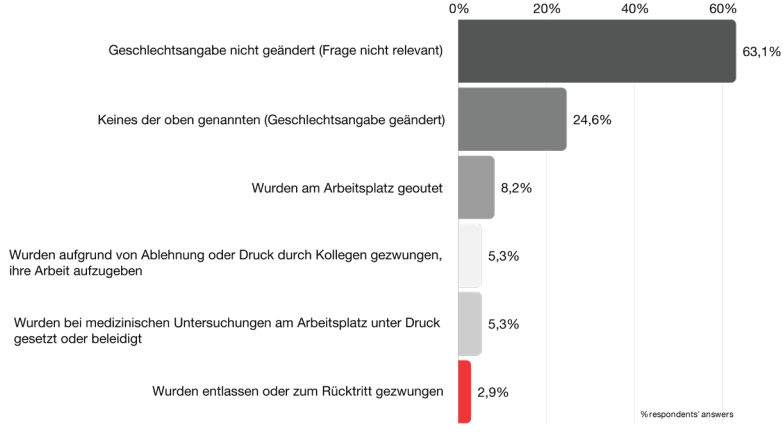


Illustration 33. Geschlechtsmarker auf „weiblich” geändert und nach Februar 2022 Verstöße am Arbeitsplatz erlebt (in %)

Kapitel 6. Soziale Folgen der Militarisierung der Gesellschaft für queere Frauen in Russland

§1 Die Dynamik der Diskriminierung von queeren Frauen vor und nach der russischen Invasion der Ukraine

In diesem Kapitel analysieren wir die Ergebnisse einer Umfrage unter queeren Frauen dazu, wie sich das Ausmaß der Diskriminierung vor und nach dem Beginn der Invasion der Ukraine verändert hat.

In vielen Fragen haben wir die Befragten gebeten, für das Jahr 2025 zu vergleichen, **wie sich die Gesetze und ihre Anwendung bis 2022 und nach diesem Datum, von Februar 2022 bis Februar 2025, auf sie ausgewirkt haben**. Bei allen in diesem Kapitel aufgeführten Fragen konnten die Befragten mehrere Antworten auswählen, die ihre Erfahrungen und Vorstellungen widerspiegeln.

Die Anzahl der Fälle von Diskriminierung gegenüber queeren Frauen hat sich vor und nach der Invasion Russlands in der Ukraine verändert.

41% (zwanzig von fünfzig Befragten) der queeren Frauen gaben an, dass sie **seit Februar 2022** häufiger mit Diskriminierung konfrontiert sind. Nur 5,9% der Befragten gaben an, dass sie seltener mit solcher Diskriminierung konfrontiert sind (jede dritte von fünfzig Befragten).

Der Anteil der Befragten, die angaben, häufiger mit Diskriminierung konfrontiert zu sein, war unter denjenigen, die in städtischen (41%) und ländlichen (41,9%) Gebieten lebten, nahezu gleich.

Befragte mit Grundschulbildung, unvollständiger Sekundarschulbildung (erste Gruppe) und Sekundarschulbildung (11 Klassen, zweite Gruppe) gaben häufiger als andere an, diskriminiert worden zu sein: 52,6% in der ersten Gruppe und 53,1% in der zweiten.

Die folgenden Tabellen (Illustrationen 34 und 35) zeigen die Verteilung nach Föderationskreisen[188] und Altersgruppen der Antworten von queeren Frauen, die die Frage, ob sie *seit Februar 2022*

häufiger Diskriminierung erfahren haben, mit „Ja" beantwortet haben.

Basierend auf den Umfrageergebnissen haben Minderjährige und diejenigen queeren Frauen, die gerade erst 18 Jahre alt geworden sind, die Zunahme der Diskriminierung am stärksten zu spüren bekommen: Fast jede zweite Befragte gab an, einen solchen Trend zu beobachten. Mit zunehmendem Alter der Befragten sinkt der Anteil positiver Antworten auf die Frage, ob sie nach Februar 2022 Diskriminierung erfahren haben, bleibt aber dennoch hoch: Der niedrigste Wert (20%) wurde von allen Befragten im Alter von 46 bis 55 Jahren angegeben, jede fünfte der befragten queeren Frauen in dieser Altersgruppe.

Dabei gab fast jede zweite trans Frau (51,8% der Befragten in dieser Gruppe) und jede zweite nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum (50% der Befragten in dieser Gruppe) an, dass die Diskriminierung ihnen gegenüber nach Februar 2022 zugenommen habe. Unter den nicht-binären Personen auf dem maskulinen Spektrum antworteten nur 36,7% positiv auf diese Frage.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass sich die Anzahl der Einschränkungen der Rechte von queeren Frauen in Russland nach Beginn des Krieges in der Ukraine verändert hat:

- Die Zahl der Fälle von Diskriminierung **aufgrund der sexuellen Orientierung stieg um 6,2%**, wobei jede zweite homosexuelle Frau (54,4% der Befragten), fast jede zweite asexuelle Frau (45%) und jede zweite bisexuelle Frau (44,7%) Frau nach 2022 diskriminiert wurde.
- Die Zahl der Einschränkungen der Rechte von queeren Frauen **aufgrund ihrer Geschlechtsidentität stieg** nach 2022 um **4,8%** (dies gaben 73,6% der trans Frauen und nur 7,6% der cis Frauen an).
- Nach 2022 hat sich die **Zahl der Fälle von Diskriminierung aufgrund der politischen Einstellung fast verdoppelt** (von 28,5% bis 2022 auf 40,7% nach 2022), wobei solche Verstöße am häufigsten gegen nicht-binären Personen auftraten (51,6% auf dem weiblichen Spektrum und 51% auf dem männlichen Spektrum).

Dabei sank die Zahl der Befragten, die nach 2022 nicht mit

Diskriminierung konfrontiert waren, um 6% (vor 2022 waren 26% der Befragten nicht mit Diskriminierung konfrontiert, seit 2022 nur noch 20%).

Die Zahl der Personen, die Diskriminierung nicht erkannt haben oder für die dieser Faktor nicht von Bedeutung ist, hat sich praktisch nicht verändert (vor 2022 – 11,9%, seit 2022 – 11,2%).

Insgesamt stieg seit 2022 die Zahl der queeren Frauen, die aus verschiedenen Gründen Diskriminierung erfahren haben, von 62,1% in Situationen vor 2022 auf 68,3% in Situationen seit 2022. (Illustrationen 36 und 37)

Nach 2022 hat die Zahl der Fälle von Diskriminierung und Verletzung der Rechte der Befragten zugenommen:

- Beleidigungen (Anstieg um 3%: bis 2022 – 63% der Befragten, nach 2022 – 66% der Befragten),
- Androhung körperlicher Gewalt (Anstieg um 2%: bis 2022 – 19% der Befragten, nach 2022 – 21% der Befragten),
- Verweigerung von Dienstleistungen (Anstieg um 1,6%: bis 2022 – 3,5% der Befragten, nach 2022 – 5,1% der Befragten),
- Ablehnung bei der Jobsuche (Anstieg um 1,8%: bis 2022 – 4,6% der Befragten, nach 2022 – 6,4% der Befragten),
- Kontaktabbruch (Anstieg um 2%: bis 2022 – 24% der Befragten, nach 2022 – 26% der Befragten),
- unfreundliche Behandlung (Anstieg um 3%: bis 2022 – 41% der Befragten, nach 2022 – 44% der Befragten). (Illustrationen 38, 39, und 40)

Diese Ergebnisse spiegeln die Einstellung gegenüber queeren Frauen in der russischen Gesellschaft wider, die auf ihre Wahrnehmung ihrer eigenen Rechte Einfluss hat. Nach der Invasion Russlands in der Ukraine haben Hassreden und Androhungen von körperlicher Gewalt zugenommen (was auf eine erhöhte Gefährdung queerer Frauen unter den Bedingungen der Militarisierung hindeutet). Darüber hinaus hat sich die soziale Sicherheit von queeren Frauen verschlechtert: Die Befragten berichteten von einer Zunahme der Verstöße gegen Arbeitsrechte.

Trans Frauen sind in fast allen Situationen häufiger als an-

dere mit Verletzungen ihrer Rechte konfrontiert (Daten zu Diskriminierungsfällen seit 2022).

№	Parameter	trans Frauen (% der Befragten dieser Kategorie)	cis Frauen (% der Befragten dieser Kategorie)	Diskrepanz (% der Befragten dieser Kategorie)	Unterschied in der Menge (von Befragten dieser Kategorie)
1	Konversionstherapie	5,6	0,5	5,1	11,2
2	Verweigerung von Dienstleistungen	19,3	2,2	17,1	8,77
3	Ablehnung bei der Jobsuche, Entlassung vom Arbeitsplatz	22,3	2,8	19,5	7,96
4	Angriff, körperliche Gewalt	15,2	2,5	12,7	6,08
5	Sachbeschädigung	10,2	2,2	8	4,64
6	Finanzielle Gewalt (Erpressung, Geldbetrug)	10,2	2,3	7,9	4,43
7	Androhung von körperlicher Gewalt	41,1	14,7	26,4	2,80
8	Kontaktabbruch	39,6	22,4	14,2	1,77
9	Sexualisierte Gewalt	6,6	3,8	2,8	1,74
10	Sexuelle Belästigung	20,3	11,9	8,4	1,71
11	Einschränkung der Aufgaben bei der Arbeit, Lohnsenkung	5,1	2,8	2,3	1,82
12	Kritik des Aussehens, der Gewohnheiten, geistiger Fähigkeiten	64	38,4	25,6	1,67
13	Unfreundliche Behandlung	56,3	39,5	16,8	1,43
14	Beleidigende Aussagen, Kommentare, Witze	77,2	61,7	15,5	1,25
15	Keine Diskriminationserfahrungen seit 2022	11,2	27,1	-15,9	0.41

Seit Februar 2022 gaben 79,5% der Befragten an, dass ihrer Meinung nach die Zahl der Fälle von körperlicher Gewalt gegen queere Frauen zugenommen habe (siehe Kapitel 7.1 für weitere Details). Nur 3,6% der Befragten sind der Meinung, dass sich die Si-

tuation nicht verändert hat, und 0,5% der Befragten glauben, dass sie sich verbessert hat (dieser Meinung sind 0,6% der cis und 0,5% der trans Frauen, während Frauen mit anderen Identitäten, darunter nicht-binäre Frauen auf dem femininen und maskulinen Spektrum, intersexuelle Menschen, die sich als Frauen identifizieren, genderfluide und agender Personen, dieser Meinung nicht zustimmen und keine von ihnen eine solche Tendenz festgestellt hat). 16,3% der Befragten hatten Schwierigkeiten, diese Frage zu beantworten. Dabei hingen die Antworten weder davon ab, in welcher Gegend (städtisch oder ländlich) noch davon, in welcher Größe der Siedlung die Befragten leben.

Die Befragten bringen die Verbesserung der Situation hinsichtlich der Achtung der Rechte von queeren Frauen mit folgenden Maßnahmen in Verbindung:

- Aufhebung des Gesetzes über „LGBT-Propaganda“ (97%),
- den Schutz durch die Polizei in Fällen homophober/transphober Angriffe/körperlicher Gewalt (91%),
- die legale Möglichkeit, eine Ehe zwischen Partnern gleichen Geschlechts einzugehen (89,9%),
- öffentliche Personen, Politiker*innen, Sportler*innen usw., die offen über ihre sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität sprechen und/oder LGBTIQ-Personen offen unterstützen (83,7%),
- Vertreter*innen politischer Institutionen, Behörden und politischer Parteien, die sich für die Rechte von LGBTIQ-Personen einsetzen (82,4%).

Unter den trans Frauen gaben 92,9% an, dass ihnen der Schutz durch die Polizei in Fällen von homophoben/transphoben Angriffen/körperlicher Gewalt wichtig ist.

Im Rahmen der Umfrage im Jahr 2025 haben wir die Befragten gefragt: *„Hat sich die Verabschiedung des Gesetzes zum „Verbot von Geschlechtsumwandlungen in Russland“, das im Juli 2023 in Kraft getreten ist, persönlich auf Sie ausgewirkt?“* Die Antworten der Befragten verteilten sich wie folgt:

№	Wert	Queere Frauen insgesamt in%	davon trans Frauen (% der Antworten)
1	Hatte einen großen Elnfluss	13	67,5
2	Hatte teilweise Einfluss	24,1	24,9
3	Hatte gar keinen Einfluss	61,8	7,1
4	Ich habe nichts von diesem Gesetz gehört	1,1	0,5

Dabei gab 2025 fast jede dritte trans Frau (62,2%) an, dass sie eine juristische Angleichung (amtliche Änderung des Geschlechtseintrags) benötigt, um ihr Geschlecht von männlich zu weiblich ändern zu lassen. Die meisten dieser Antworten kamen aus der Altersgruppe der Frauen bis einschließlich 18 Jahre (88,5%) und der Altersgruppe von 19 bis 25 Jahren (64,2%). Aufgrund des im Juli 2023 in Kraft getretenen Gesetzes „Über das Verbot der Geschlechtsumwandlung" können sie diese Möglichkeit jedoch nicht nutzen (siehe dazu Kapitel 5.2).

36,7% (fast jede dritte) der trans Frauen gaben an, dass sie sich nicht an eine*n Endokrinolog*in wenden können, um eine feminisierende Hormontherapie zu erhalten, obwohl sie solche Medikamente erhalten und einnehmen möchten. Das Gesetz und solche Maßnahmen verbieten dies jedoch (siehe Kapitel 8.4 für weitere Details).

Queere Frauen berichteten im Rahmen der Umfrage, wie queerefeindliche Gesetze ihr Leben verändert haben:

> *Diese Gesetze haben mich sehr stark beeinflusst: Ich kann die Kommission [für die Geschlechtsangleichung] nicht bestehen, weshalb alle Endokrinologen in meiner Stadt sich weigern, mich zu behandeln. Ich kann auch meinen Ausweis nicht auf weiblich ändern, damit er nach der Geschlechtsangleichung mit meinem Aussehen übereinstimmt. Aus diesem Grund muss ich mich jedes Mal, wenn meine Dokumente überprüft werden, outen. Auch bei der Arbeit muss ich meinen männlichen Namen verwenden.*
>
> *Aufgrund der neuen Gesetze habe ich ständig Angst vor der Zukunft. Ich habe das Gefühl, dass mein Leben jeden Moment enden könnte, entweder durch zufällige Gewalt auf der Straße, gegen die ich mich weder physisch noch mit Hilfe der Polizei verteidigen kann, oder die Polizei selbst mein Leben durch eine Inhaftierung in einem Männerge-*

fängnis beenden wird, wenn jemand meine Accounts mit sexualisierten Fotos meldet oder wenn mein Telefon bei zufälligen Festnahmen überprüft wird.

Diese Angst zerstört mein gesamtes Zukunftsbild, nichts macht Sinn, wenn dein Leben ständig in Gefahr ist. Aus diesem Grund habe ich bereits mehrere Selbstmordversuche unternommen. Was für einen Sinn hat es, all diesen Schmerz der Dysphorie, der Unsicherheit und der täglichen Diskriminierung endlos zu ertragen, wenn dieser Schmerz unendlich ist? Ich habe mich damit abgefunden, dass ich so lebe, als wäre es mein letzter Tag. Ich spare nicht, mache keine Pläne, die weiter als ein paar Monate in die Zukunft reichen, und knüpfe keine neuen Kontakte, denn all das macht in einem so kurzen Leben keinen Sinn.

(Bisexuelle trans Frau, 19–25 Jahre, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)

Es wurde mir unheimlich, weiter in der Russischen Föderation zu leben. Ich bin nur eine Jugendliche, die sich erst vor kurzem seiner Identität bewusst geworden ist, und nun wurden mir jegliche Möglichkeiten genommen, mein Leben zu leben und offen zu sein.

(Homosexuelles cis Mädchen, unter 18 Jahren, Zentraler Föderationskreis, mittelgroße Stadt)

Angesichts der Militarisierung der russischen Gesellschaft und der staatlichen queerfeindlichen Propaganda verstärken sich somit die Auswirkungen der Gesetze gegen LGBTIQ-Personen in Russland auf das Leben queerer Frauen in Russland. Dies wirkt sich sowohl auf die Sicherheit queerer Frauen als auch auf ihre Selbstverwirklichung als queere Menschen negativ aus. Nach Februar 2022 verabschiedeten die russischen Behörden Gesetze, die für ihren rechtskonservativen Kurs grundlegend sind und queeren Menschen die Möglichkeit nehmen, in einem militarisierten Russland sie selbst zu sein. Unter anderem wurden queere Menschen einer Reihe von Rechten beraubt, die cis und heterosexuelle Menschen haben (z. B. das Recht auf Sorgerecht und Vormundschaft für Kinder, die Verbreitung von Informationen über ihre Identität und andere). Darüber hinaus verpflichteten die Behörden den Staatsapparat, die Einhaltung queerfeindlicher Gesetze zu überwachen, einschließlich der Verfolgung von queeren Menschen, die sich offen zu ihrer Identität bekennen, und ihrer Verbündeten. In dieser Situation wird deutlich,

wie die anti-Gender Narrative der russischen Regierung direkt die Verabschiedung und Umsetzung queerfeindlicher Gesetze in Russland beeinflusst haben. Deren Anwendung führt zu einer Atmosphäre der Angst unter queeren Menschen und ihren Verbündeten in Russland und bringt viele in eine Situation des Überlebens in einem feindlichen Umfeld vollerStigmatisierung und Diskriminierung.

§2 Militarisierung der russischen Gesellschaft und die Lage von queerer Frauen

Im Rahmen der Studie haben wir den Befragten Fragen zur Militarisierung der russischen Gesellschaft gestellt, um herauszufinden, wie sich die Invasion Russlands in der Ukraine auf LGBTIQ-Frauen in Russland ausgewirkt hat.

Laut den Daten unserer Umfrage haben 87,6% der Befragten die Militarisierung der russischen Gesellschaft nach Februar 2022 wahrgenommen. Bemerkenswert ist, dass dies unabhängig davon war, in welcher Region (städtisch oder ländlich) und in welcher Ortschaft die Befragten leben. Gleichzeitig konnte in der Umfrage festgestellt werden, dass die Befragten diese Frage je nach Bildungsniveau und Alter unterschiedlich beantworteten. Am häufigsten wurde die Militarisierung der russischen Gesellschaft von nicht-binären Personen auf dem femininen Spektrum (91,1%) und am seltensten von nicht-binären Personen auf dem maskulinen Spektrum (69,4%) wahrgenommen.

Antworten der Befragten darauf, dass sie *nach Februar 2022 eine Militarisierung der russischen Gesellschaft bemerkt haben*: Abhängig vom Bildungsniveau der Befragten.

№	*Bildungsniveau der Befragten*	*Prozent derer, die in der jew. Gruppe mit "Ja" antworteten*
1	*Hochschulabschluss*	*91,1*
2	*(Noch) nicht vollendeter Hochschulabschluss*	*90,2*
3	*Haben einen akademischen Grad*	*86,7*
4	*Ausbildungs- oder Berufsschulabschluss*	*85,2*
5	*Mittlere Reife (11 Schuljahre)*	*84,4*
6	*Grundschulabschluss, nicht vollendete Mittlere Reife*	*73,3*

Antworten der Befragten darauf, ob sie *nach Februar 2022 eine Militarisierung der russischen Gesellschaft bemerkt haben:* Je nach Alter der Befragten.

№	*Alter der Befragten*	*Prozent derer, die in der jew. Gruppe mit "Ja" antworteten*
1	*56-65J.*	*100*
2	*26–35J.*	*91,3*
3	*19–25J.*	*89,5*
4	*36–35J.*	*89*
5	*46–55J.*	*84*
6	*Bis einschließlich 18 J.*	*76*

Von denjenigen, die seit Februar 2022 eine Militarisierung der russischen Gesellschaft festgestellt haben, gaben 72,5% an, dass patriarchalische Praktiken und Praktiken zur Einschränkung der Rechte von Frauen im Land zugenommen haben. Die meisten positiven Antworten auf diese Frage kamen von asexuellen (86,7%), homosexuellen (73,5%) Frauen, agender Frauen (81,3%) und nichtbinären Personen auf dem femininen Spektrum (77,9%).

Frauen, die in ländlichen Gebieten leben (77,4%), gaben häufiger eine positive Antwort auf diese Frage als Frauen, die in städtischen Gebieten leben (72,4%). Frauen im Alter von 46 bis 55 Jahren (84%, der höchste Wert) bemerkten eine Zunahme patriarchalischer Praktiken häufiger als Befragte im Alter von bis zu 18 Jahren (67,9%, der niedrigste Wert).

Vor diesem Hintergrund gaben 88,9% der Befragten an, dass die Homophobie und Transphobie in der russischen Gesellschaft zwischen 2022 und 2025 zugenommen habe. Am stärksten war dies bei asexuellen (93,3%), demisexuellen (93,3%) und homosexuellen (91,2%) Frauen zu spüren. Zu dem gleichen Ergebnis kamen 90,4% der trans Frauen (der höchste Wert) und nur 72% der intersexuellen Frauen (der niedrigste Wert). Interessanterweise wurde dieser Trend häufiger von älteren Menschen (in der Gruppe der 46- bis 55-Jährigen – 96%) wahrgenommen als von Frauen unter 18 Jahren (87,8%) und in der Gruppe der 36- bis 45-Jährigen (84,2%).

Die Art der sozialen Interaktionen hat sich verändert: Queere Frauen schränken sich zunehmend in ihrer Kommunikation ein.

Während bis 2022 61,1% der queeren Frauen keine Angst hatten, mit Homo-, Trans- oder Queerfeindlichkeit konfrontiert zu werden, waren es nach Februar 2022 nur noch 37,6% (das heißt, die Zahl dieser queeren Frauen hat sich fast halbiert).

Vor dem Hintergrund der Militarisierung der russischen Gesellschaft und der Einführung queerfeindlicher Gesetze nach 2022 stieg die Zahl der queeren Frauen, die aufgrund des Risikos, mit Homo-, Trans- oder Queerfeindlichkeit konfrontiert zu werden, keine öffentlichen Veranstaltungen mehr besuchten, drastisch an: von 15% bis 2022 auf 36,6% nach 2022. Auch unter trans Frauen ist dieser Anteil gestiegen: Bis 2022 hatten 40,1% der trans Frauen Angst, öffentliche Kulturveranstaltungen zu besuchen, nach 2022 waren es bereits 59,45% (ein Anstieg um fast das 1,5-Fache).

Bis 2022 hatten nur 30,5% der LGBTIQ-Frauen informelle soziale Kontakte aufgrund des Risikos, mit Homo-, Trans- oder Queerfeindlichkeit konfrontiert zu werden, eingestellt. Nach 2022 stieg ihre Zahl auf 51,3% (jede zweite der Befragten). Unter trans Frauen bleibt dieser Wert jedoch hoch: von 39,1% bis 2022 auf 70,1% nach 2022 (d. h. ein Anstieg um fast das Zweifache).

90,8% der queeren Frauen gaben an, dass sich ihr Sicherheitsgefühl seit Februar 2022 verschlechtert habe. Viele der Befragten berichteten im Rahmen der Umfrage ausführlich darüber, wie staatliche Hasspropaganda die öffentliche Meinung gegenüber queeren Menschen verändert habe. Im Folgenden geben wir queeren Frauen, die in Russland leben, eine Stimme.

> *Die Behörden haben die Wut der Bürger über den Krieg auf die LGBT-Gemeinschaft durch diskriminierende Propaganda gelenkt. Diese wird im Fernsehen auf staatlichen Kanälen und in öffentlichen Foren im Internet verbreitet. Queere Menschen werden buchstäblich als Feinde des Volkes dargestellt (genauso wie diejenigen, die sich für den Frieden einsetzen, nur dass sie dort als „ausländische Agenten" bezeichnet werden). Die Propaganda wirkt auf die meisten Menschen, weil neben dem Krieg im Land auch die Inflation immer weiter steigt und die Armutsgrenze für die Menschen immer näher rückt. Das Gehirn sieht dann überall Feinde, nur um seine Unzufriedenheit an jemandem auszulassen. Auch aufgrund diskriminierender Gesetze („Verbot der Geschlechtsumwandlung„, „Verbot von LGBT-Propaganda", Anerkennung von „LGBT als extremistische Organisation")*

haben viele nicht ganz zurechnungsfähige Menschen freie Hand. Das Gesetz schützt die Rechte queerer Menschen nicht.

(Heterosexuelle Transgender-Frau, 19–25 Jahre alt, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt).

Die Dämonisierung von LGBTQI+-Personen durch die Regierung, Gehirnwäsche in den Nachrichten und Sendungen wie der von Solowjew[189]. Menschen mit schlecht entwickeltem kritischen Denken hören ständig dasselbe aus dem Fernsehen und beginnen mangels alternativer Informationsquellen selbst, die Position zu vertreten, die ihnen von den Medien aufgezwungen wurde. Die aktive Militarisierung, der Krieg, die Haltung der übrigen Welt gegenüber dem Land und seinen Menschen gießen noch Öl ins Feuer, sodass die Menschen angesichts dieser Realität völlig ausrasten und bereit sind, sich auf jeden zu stürzen, den die Bildschirme als böse bezeichnen.

(Pansexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 19–25 Jahre alt, Zentraler Föderationskreis, Millionenstadt)

Wenn Menschen jeden Tag fernsehen, wo Hass gegen „Andersartige" als Ideologie propagiert wird, wird dieser Hass allmählich zur Norm. In meiner Stadt gab es einen Vorfall (nach 2022), bei dem Menschen mitten in der Innenstadt einen Jungen zu Tode geprügelt haben, weil er gefärbte Haare hatte. Wir haben darüber in unserer Klasse diskutiert und viele sagten, dass sie genauso gehandelt hätten.

(Homosexuelle cisgender Frau, unter 18 Jahren, Zentraler Föderationskreis, mittelgroße Stadt)

Die Initiatoren von Gewalt und Homophobie sind nicht nur Bürgerinitiativen oder einzelne Personen, sondern auch der Staat insgesamt. Homophobie ist in den Äußerungen von Politikern stärker geworden, außerdem wurden eine Reihe homophober Gesetze und Gerichtsentscheidungen verabschiedet (darunter auch die Anerkennung von uns als Extremisten). Auch die Polizei beteiligte sich verstärkt an

der Gewalt. Dies führt dazu, dass mehr queere Menschen direkt unter staatlicher Gewalt leiden und Homophobe Zustimmung für ihr Handeln erhalten.

(Bisexuelle hcisgender Frau, 19–25 Jahre, Nordwest-Föderationskreis, Millionenstadt).

Propaganda der „traditionellen Werte", Kritik seitens der Kirche und des Staates selbst, Argumentation mit „westlicher Propaganda". In der Gesellschaft herrscht die Meinung, dass Vertreter der LGBT-Gemeinschaft gezielt „rekrutiert" werden, um die Bevölkerungszahl des Landes zu senken. Solche Aussagen und Aberglauben werden durch staatliche Medien und diskriminierende Gesetze verstärkt. Ein typischer Versuch, alle Menschen, die etwas nicht verstehen oder hassen, unter einer patriotischen russischen Flagge zu vereinen.

(Panssexuelle trans Frau, unter 18 Jahren, Zentraler Föderationskreis, Kleinstadt).

Die staatliche Rhetorik hat sich verändert und begonnen, Ge-walt und Intoleranz zu normalisieren. Nicht nur gegenüber LGBTQI+-Personen, sondern auch gegenüber Ukrainern, Europäern, Migran-ten, Menschen mit „nicht-slawischem" Aussehen, Oppositionellen und Pazifisten. Wenn um einen herum eine Atmosphäre des Wahn-sinns entsteht, die gerade von der Regierung, also einer Art Autori-tät, geschürt wird, dann beginnen die Menschen um einen herum, sich vieles zu erlauben.

(Homosexuelle cisgender Frau, unter 18 Jahren, Fernöstlicher Föderationskreis, Kleinstadt)

Mit der zunehmenden Spannung in der Gesellschaft wächst auch die Aggression gegenüber LGBTQ-Personen. Die Propaganda der Intoleranz und der sogenannten „traditionellen Werte" in den Medien aller Ebenen prägt bei den Menschen ein verzerrtes Verständnis der Realität und dämonisiert das Bild von queeren Menschen.

(Homosexuelle cisgender Frau, 26–35 Jahre alt, Südlicher Föderationskreis, Kleinstadt).

Wenn Gewalt in der Gesellschaft gefördert wird, die Welt in Schwarz und Weiß geteilt wird und den Menschen einge-

redet wird, dass es Feinde gibt, die ihnen Böses wollen und den Tod verdienen, dann werden die Menschen grausam zueinander. Nur sind diese Feinde weit weg, und so werden stattdessen diejenigen zu Feinden, die man nicht versteht, nicht mag, die einem nicht passen oder nicht zustimmen. Und Feinde darf man töten.

(Homosexuelle cis Frau, 26–35 Jahre, Nordwestlicher Föderationskreis, Millionenstadt).

Propaganda in den Medien und auf den zentralen Bundeskanälen. In den Nachrichten gibt es viele negative Äußerungen über LGBT, die die Stimmung stark anheizen. Das Verbot von „LGBT-Propaganda" hat dazu geführt, dass viele Communities aus den sozialen Netzwerken verschwunden sind und wir quasi unsichtbar geworden sind, sodass man uns ungestraft schikanieren kann.

(Homosexuelle cisgender Frau, 19–25 Jahre, Zentraler Föderationskreis, Millionenstadt)

Eine der Befragten teilte ihre Beobachtungen darüber mit, wie sich die Situation der Rechte von queeren Frauen in Russland in den letzten drei Jahren verändert hat:

Krieg. In Kriegszeiten nehmen Kriminalität, Hass und Gewalt immer zu. Einige Menschen sind bereits traumatisiert aus dem Krieg zurückgekehrt, gewöhnt an Gewalt und Mord, und LGBTQ-Personen sind für sie eine leichte Zielscheibe, eine schutzbedürftige Gruppe, die vom Staat in keiner Weise geschützt wird. LGBTQ-Personen werden von ihnen direkt mit dem Westen, ihrem Feind, in Verbindung gebracht.

In letzter Zeit sind sowohl meine Generation (die Zoomer) als auch die neue Generation homophober geworden. Die neue Generation ist mit homophoben Gesetzen aufgewachsen, und jetzt, wo sie gerade erst ins Internet kommen, sehen sie: Krieg ist gut, „traditionelle Werte" sind gut, und alles andere ist schlecht. Meine Generation zeigte ursprünglich eine positive Dynamik in Bezug auf LGBTQI+-Personen, aber dann, als sie ins Erwachsenenleben eintrat und sowohl von sich selbst als auch von diesem Leben enttäuscht war, war das Einfachste, was man tun konnte, diejenigen zu hassen und für alles verantwortlich zu machen, die niemand verteidigt, nämlich LGBTQI-Personen. Viele

sagen, dass sie all das „überwunden" haben, aber sie sind einfach nur kaltherziger und homophober geworden, haben sich dem System des Hasses gebeugt und aufgehört, für eine bessere Zukunft zu kämpfen.

(Asexuelle, nicht heteroromantische cis Frau, 19–25 Jahre alt, Zentraler Föderationskreis, Kleinstadt)

Auf die Frage, wie die Militarisierung der russischen Gesellschaft zur Verstärkung patriarchalischer Praktiken/Praktiken der Einschränkung der Rechte von Frauen in Russland beigetragen hat, antworteten viele Befragte, dass der Staat Frauen nun als Inkubator für die Produktion von Kindern betrachte. Dabei habe sich die Stimmung in der Gesellschaft verändert. Im Folgenden finden Sie Antworten auf offene Fragen von queeren Frauen, die Zeuginnen der Ereignisse in Russland geworden sind.

Krieg ist immer Gewalt. Jetzt vergewaltigen und töten Soldaten Menschen in der Ukraine, und dann kommen sie hierher zurück und töten, vergewaltigen und schlagen ihre Verwandten, Bekannten und fremde Frauen. Es gibt kein Gesetz gegen häusliche Gewalt, [die Behörden] schränken das Recht der Frauen ein, über ihren Körper zu bestimmen und keine Kinder zu bekommen. Der Staat übt Druck aus und propagiert, mehr Kinder zu gebären, denn er braucht Kanonenfutter, Soldaten. Frauen bleiben mit ihren Kindern allein zurück, ihre Ehemänner, Väter, Brüder und Kinder sterben, und dafür schickt man ihnen eine Dose Gurken und das versprochene Geld. Frauen, die sich von der Propaganda beeinflussen lassen und diese unterstützen, verstehen nicht, was das für sie selbst und für alle Frauen bedeuten wird. Der Krieg hat ein Gesicht, und es ist ein männliches.

(Asexuelle, nicht heteroromantische cisgender Frau, 19–25 Jahre alt, Zentraler Föderationskreis, Kleinstadt)

Frauen werden wieder als Köchinnen und Hausfrauen wahrgenommen, Mädchen im Kindergarten wird das Klischee „Mutter als Hüterin des Hauses" vermittelt, der Druck auf Frauen wird durch die Medien verstärkt, damit sie die Bevölkerungszahl des Landes erhöhen und sich nicht um ihre Karriere oder andere Ziele kümmern; Die Gebühren für Scheidungen werden erhöht, Ärzte raten von Abtreibungen ab, insgesamt verschärft sich die Lage in der Gesellschaft,

wodurch die Zahl der Konflikte und damit auch der Fälle von Gewalt gegen Frauen zunimmt, wobei die Behörden oft Hilfe verweigern oder solche Verstöße nicht ernst nehmen.

(Homosexuelle cisgender Frau, 19–25 Jahre, Sibirischer Föderationskreis, Kleinstadt).

Viele wissen, dass Kriminelle für den Krieg rekrutiert werden, die dann zurückkehren, eine Strafmilderung für ihren [Militär-]Dienst erhalten und rückfällig werden. Es gab Morde an Frauen, darunter sehr brutale, und es gab auch einfache Drohungen mit körperlicher Gewalt von solchen Kriegsheimkehrern. So sind Frauen jetzt noch größeren Gefahren ausgesetzt.

(Pansexuelle intersexuelle Person, die sich als Frau identifiziert, 19–25 Jahre alt, Südlicher Föderationskreis, mittelgroße Stadt)

Oft können sich Frauen nicht gegen "unantastbare" Militärangehörige wehren, die sowohl physische als auch psychische Gewalt ausüben. Der Staat stellt sich auf die Seite derjenigen, die gedient haben, und nicht auf die Seite der Opfer. Die Opfer werden schikaniert.

(Bisexuelle cis-Frau, unter 18 Jahren, Nordwest-Föderationskreis, mittelgroße Stadt)

Männer werden dazu angehalten, dem stereotypen männlichen Bild des Beschützers und Kriegers zu entsprechen, was zu einer Zunahme toxischer Männlichkeit führt, was wiederum zu mehr Gewalt und der Rechtfertigung von Gewalt führt.

(Pansexuelle cisgender Frau, unter 18 Jahren, Nordwest-Föderationskreis, Millionenstadt)

Ehemaligen Straftätern werden ihre Verbrechen vergeben, wenn sie in den Krieg ziehen. Denjenigen, die den Krieg gewonnen haben, werden Morde und Gewalt [gegen] Frauen, einschließlich Ehefrauen, Müttern und Kindern, vergeben.

(Homosexuelle cis Frau, 19–25 Jahre alt, Zentraler Föderationskreis, Millionenstadt)

Fälle von Gewalt durch ehemalige Soldaten, die vorübergehend oder dauerhaft von dem Krieg in der Ukraine zurückgekehrt

sind, sind seit 2022 weit verbreitet (siehe Kapitel 7.3 für weitere Details). Queere Frauen fühlen sich angesichts der Militarisierung der Gesellschaft nicht sicher. Die Befragten weisen darauf hin, dass die Gewalt in der Gesellschaft zunimmt und sie sich dadurch im öffentlichen Raum stärker vor körperlicher Gewalt fürchten:

> *Es ist beängstigend, in Russland Soldaten in Uniform auf den Straßen zu sehen, sowie Menschen, die freiwillig Z-Symbole auf ihre Autos oder Kleidung kleben. Ich habe einen fast geltenden männlichen Pass, der ausreicht, um als Mann gelesen zu werden, aber meine geschlechtsuntypische Erscheinung und in geringerem Maße auch mein unkontrolliertes Verhalten verraten manchmal mein transfemines Spektrum. Und das erscheint mir gerade jetzt besonders beängstigend.*
>
> *(Pansexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 26–35 Jahre alt, Zentraler Föderationskreis, Millionenstadt)*

> *Die Gesellschaft insgesamt ist verhärtet, wenn aus jedem Loch dazu aufgerufen wird, zu töten, und über „Gayropa" geschrien wird. Es wäre überraschend, wenn die Menschen nicht mit doppelter Kraft begonnen hätten, diejenigen anzugreifen, die ihnen nicht ähnlich sind, und genau das haben sie getan.*
>
> *(Bisexuelle cisgender Frau, 36–45 Jahre alt, Nordwest-Föderationskreis, Millionenstadt)*

Die Verschärfung der Grenzkontrollen in Russland hat dazu geführt, dass der Grenzschutzdienst der Föderalen Sicherheitsbehörde häufig Kontrollen von Personen durchführt, die die Staatsgrenze überqueren. Eine der Befragten berichtete, dass sie nach 2022 bei einer solchen Kontrolle mit Outing konfrontiert wurde:

> *An der Grenze hat mich der FSB verhört, weil ich einen ukrainischen Pass habe. Sie haben mich gezwungen, ihnen den Inhalt meines Telefons zu zeigen, meine Korrespondenz mit Freunden und meiner Partnerin. Sie fragten mich, ob meine Partnerin (die draußen auf mich wartete) trans sei und ob ich das Gesetz zum Verbot von LGBT-Propaganda kenne. Dies ging einher mit Drohungen und Aggressionen ihrerseits sowie moralischem Druck (es kam nicht zu kör-*

perlicher Gewalt). Um freigelassen zu werden, musste ich schließlich zugeben, dass ich lesbisch bin und mit meiner Partnerin in einer Beziehung lebe. Bis heute weiß ich nicht, ob das jemals gegen mich genutzt werden könnte.

(Homosexuelle cis Frau, 19–25 Jahre alt, Zentraler Föderationskreis, Millionenstadt)

Diese Beispiele erschöpfen jedoch nicht den Einfluss der Militarisierung in Russland auf die Situation von queeren Frauen. In den folgenden Kapiteln werden wir uns näher mit einzelnen Veränderungen befassen, die damit zusammenhängen, wie die anti-Gender Wende in Russland und der Krieg Russlands in der Ukraine die Situation queerer Frauen verändert haben.

Illustrationen zum Kapitel 6.

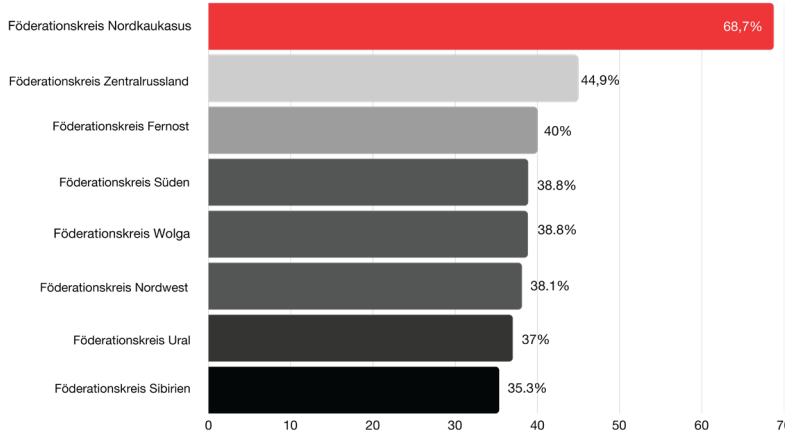


Illustration 34. Diejenigen, die angaben, seit 2022 häufiger Diskriminierung erfahren zu haben: je nach Bundesdistrikt (in %)

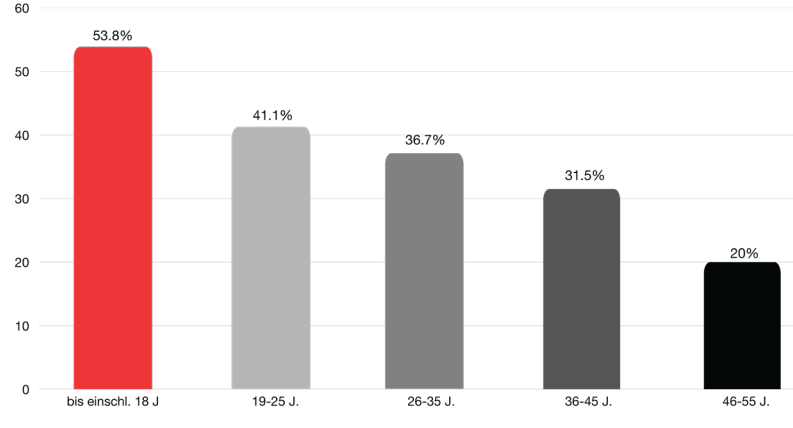


Illustration 35. Die Befragten waren sich einig, dass sie seit Februar 2022 mehr Diskriminierung empfinden: je nach Alterar 2022 mehr Diskriminierung empfinden: je nach Alter, %

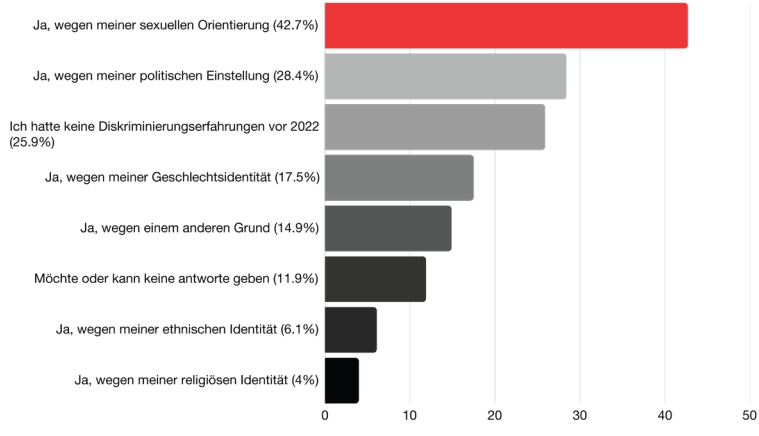


Illustration 36. Antworten auf die Frage „Wurden Sie vor 2022 diskriminiert?“, %

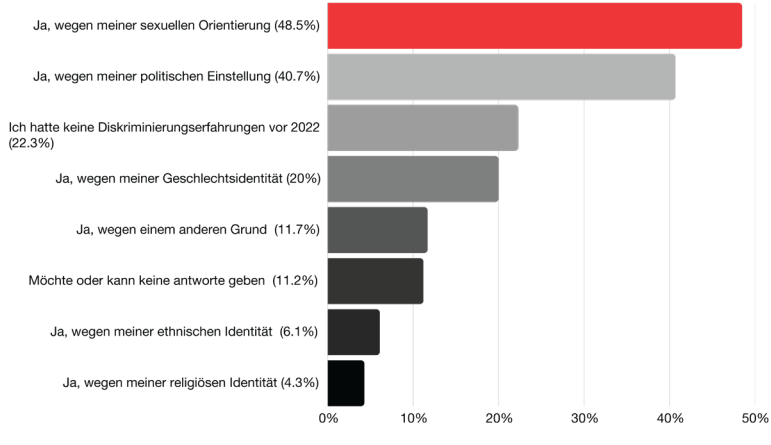


Illustration 37. Antworten auf die Frage „Wurden Sie nach 2022 diskriminiert?“, %

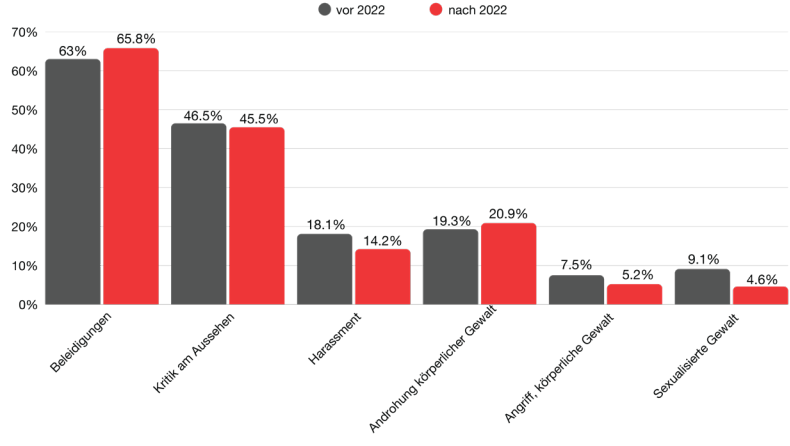


Illustration 38. Ausdrücke von Diskriminierung vor und seit 2022, %

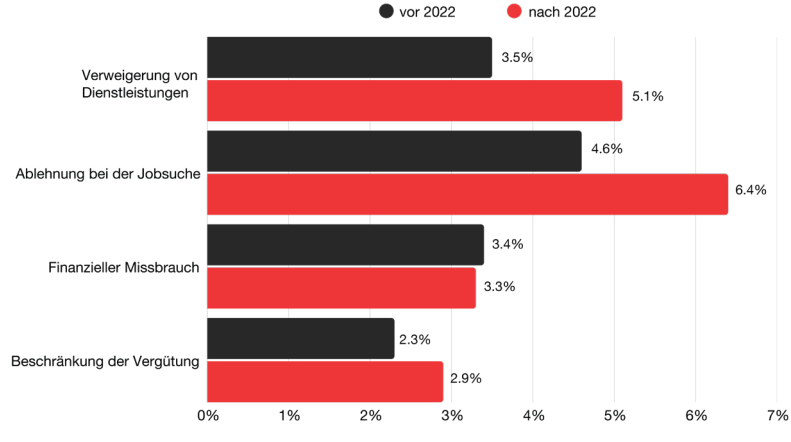


Illustration 39. Ausdrücke von Diskriminierung vor und seit 2022, %

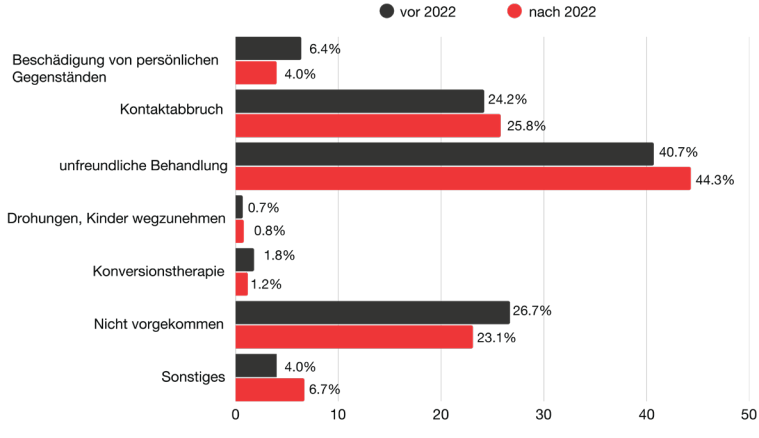


Illustration 40. Ausdrücke von Diskriminierung vor und seit 2022 %

Teil III. Sicherheit, körperliche Autonomie und Familienrechte von queeren Frauen in Russland der Kriegszeit

Kapitel 7. Sicherheit, Vertrauen in die Polizei, Gewalt durch Kriegsteilnehmer

§1 Die Straße als Quelle der Gewalt und erzwungene Isolation von queeren Frauen

Was verschiedene rechtsradikale und traditionalistische Bewegungen gemeinsam haben, und was Interesse deren Aktivist*innen an anti-gender Narrativen erklärt, ist die Zwangsausgrenzung von Frauen und queeren Menschen aus sozialen Interaktionen durch die Förderung patriarchaler Gewalt und Missbrauch.[190] Im dritten Jahr des Angriffskrieges wird in Russland eine beträchtliche Anzahl queerer Frauen zu dieser Art von sozialer Isolation veranlasst.

In den Antworten auf offene Fragen vergleichen queere Frauen häufig die Lage vor und nach Februar 2022 und stellen fest, dass nach dem Beginn des umfassenden Krieges die homophobe und transphobe Gewalt auf der Straße und im öffentlichen Raum erheblich zugenommen habe:

> *Vor dem Krieg habe ich persönlich noch nie erlebt, dass Männer mich auf der Straße mit Geschrei und Beleidigungen angepöbelt haben, wenn ich mit meiner Freundin Händchen haltend unterwegs war, aber jetzt passiert das mehrmals im Monat, regelmäßig. [...]*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)*

Spätabends bin ich auf den Markt gegangen und wurde fast zusammengeschlagen. Sie haben „Schwuchtel" gerufen und noch viel Schlimmeres. Ich konnte gerade noch weglaufen. In der Regionalbahn höre ich nun oft Beleidigungen. Früher [vor dem vollständigen Krieg] gab es sowas nicht.

(Aus dem Interview mit Olesja, Föderationskreis Zentralrussland)

In einem Vorort von Sankt Petersburg wurden wir von einer Gruppe Teenager verfolgt, die uns schließlich gefragt haben: „Seid ihr Frauen oder Halbmenschen?"

(Aus dem Interview mit Irina, Föderationskreis Nordwest)

Seit Februar 2022 hat sich die Sicherheitslage deutlich verschlechtert. Menschen, die fernsehen [das Fernsehen ist in Russland ein Instrument der staatlichen Propaganda], sind auf der Straße unterwegs, und sie sind viel aggressiver geworden, insbesondere Männer. Diese Aggression und Straflosigkeit sind deutlich zu spüren. [...] Als ich in Männerkleidung unterwegs war, haben sich Passanten um mich herum versammelt und wollten mich wegen meiner Maniküre verprügeln. Manche schauen nur sehr aggressiv, andere machen Kommentare [...] Ich bin aus einem McDonald's rausgekommen, habe Männerkleidung getragen, da ist ein Mann auf mich zugekommen und hat gesagt, ich solle mich wegen meines Aussehens schlagen lassen. Ein anderes Mal war ich in einem Restaurant, in Frauenkleidung. Ich weiß nicht einmal, wo ich mich verraten habe, ich habe geschwiegen und nichts getan. Ich wurde etwa zehn Minuten lang angestarrt. Dann sind sie zu mir gekommen und meinten, dass ich geschlagen und getötet werden sollte. [...]

(Interview mit Sky, Föderationskreis Wolga)

So hat sich laut unserer Umfrage nach dem 24. Februar 2022 das Sicherheitsgefühl bei der überwiegenden Mehrheit der queeren Frauen mit 90,8% verschlechtert. Ausreißer bilden dabei die Altersgruppen: So liegt der Prozentsatz unter dem Durchschnitt der Stichprobe bei queeren Frauen unter 18 Jahren (85,6%) und im Alter von 46 bis 55 Jahren (76%). In beiden Fällen lässt sich dies durch eine weniger intensive Beteiligung an sozialen Interaktionen als in an-

deren Altersgruppen erklären. Bemerkenswert ist auch, dass in der Untergruppe der intersexuellen Frauen der Anteil diejenigen, deren Sicherheitsgefühl sich seit Beginn des umfassenden Krieges verschlechtert hat, mit 68% deutlich niedriger ist als in anderen Untergruppen. Diese Besonderheit lässt sich im Lichte der anti-gender Narrative und deren Verbindung zum durch den Krieg exkalierten Rechtsruck interpretieren: Die Narrative über intersexuelle Menschen werden oft von denen über LGBTQ-Personen getrennt, da ihre Eigenschaften als gesundheitliche und nicht Identitäts-Merkmale angesehen werden. In diesem Zusammenhang ist es wahrscheinlich, dass intersexuelle Frauen sich seltener als Zielscheibe von homophoben und transphoben öffentlichen Narrativen, repressiven Gesetzen und der Kriminalisierung sehen. Im Gegensatz dazu ist für queere Frauen mit einer nicht heteronormativen Geschlechtsidentität, die sich in ihrem Aussehen, ihren Interessen und ihrem sozialen Umfeld manifestiert, das Gefühl der Unsicherheit stärker ausgeprägt.

Auch der Anteil derjenigen, die angeben, dass ihr Vertrauen in die Zukunft nach dem 24. Februar 2022 gesunken sei, ist unter intersexuellen Frauen geringer: In dieser Gruppe liegt er bei 64%, während er bei bi- und homosexuellen cis Frauen bei 87,7%, bei trans Frauen bei 87,8% und bei nicht-binären Personen auf dem femininen und maskulinen Spektrum bei 86,8% bzw. 81,6% liegt.

Queere Frauen, die in einer sich rasch militarisierenden Gesellschaft gleichzeitig als Frauen und als LGBTQ-Personen wahrgenommen werden, fühlen sich ausgeschlossen und ungeschützt, und empfinden ihre Zukunft als ungewiss. Grund dafür ist die radikale rechte Politik, die durch den Krieg und die Ausrichtung der Regierung auf ein patriarchalisches, homo- und transphobes Publikum Kriegsveteranen angetrieben wird.

79,5% der befragten queeren Frauen glauben, dass **die Zahl der Fälle körperlicher Gewalt** gegen LGBTQ-Personen in Russland zwischen 2022 und 2025 **gestiegen ist**. Der niedrigste Anteil an queeren Frauen, die dieser Meinung sind, wird im Föderationskreis Fernost (72,5%) verzeichnet, der höchste im Föderationskreis Ural (82,5%). Der größte Anteil von queeren Frauen, die der Meinung sind, dass körperliche Gewalt gegen queere Menschen während des umfassenden Krieges zugenommen hat, ist unter denen mit einem Schulabschluss (11 Schuljahre) mit 84,4% und denen mit

einem Fachabschluss mit 80% (unter 265 bzw. 250 Personen), während die geringste Anzahl queerer Frauen, die dieser Meinung sind, unter denen mit einem abgeschlossenen Studium (76,3%) und denen mit einem akademischen Grad (73,3%) (unter 575 bzw. 30 Personen) ist. Das spiegelt einen direkten Zusammenhang zwischen einem höheren Bildungsniveau und der Möglichkeit, das Bedürfnis nach Sicherheit besser zu erfüllen.

Je jünger die Befragten sind, desto höher ist der Anteil derjenigen, die der Meinung sind, dass Fälle von Gewalt gegen queere Menschen in den letzten drei Jahren zugenommen haben. In der Gruppe der unter 18-Jährigen sind dies 84,5%, in der Gruppe der 19- bis 25-Jährigen 80%, in der Gruppe der 36- bis 45-Jährigen 71,2% und in der Gruppe der 46- bis 55-Jährigen 72%. Dies kann mit der sozialen Unruhe und der Ungewissheit in Verbindung gebracht werden, die jüngere queere Frauen gegenüber rechtskonservativen Veränderungen in der Gesellschaft unter dem Einfluss des Krieges empfinden.

Interessant ist auch, dass unter minderjährigen queeren Frauen der Anteil derjenigen, die glauben, dass die Zahl der Fälle von Gewalt gegen LGBTQ-Personen zwischen 2022 und 2025 zurückgegangen ist, höher ist als in anderen Altersgruppen (1,8% gegenüber einem Bereich von 0% bis 0,5%), während der Anteil derjenigen, die die Frage nicht beantworten können, niedriger ist (11,4% gegenüber 15,9% bis 24,0%). Dies könnte ebenfalls ein Zeichen der Sorge um die eigene Sicherheit sein, ein Versuch, sich selbst von dieser Sicherheit zu überzeugen, oder das Unverständnis für die Realitäten der Gesellschaft, in der die Befragten ihr Leben verbringen werden. Im Gegensatz zu den stark polarisierten Meinungen unter queeren Frauen unter 18 Jahren, war der höchste Anteil derjenigen, die die Frage nicht beantworten können, in den älteren Altersgruppen zu finden (jeweils 24,0% in den Gruppen 36-45 und 46-55 Jahre). Trotz dieser Unterschiede ist der Anteil der queeren Frauen, die eine Zunahme der physischen Gewalt gegen LGBTIQ-Personen im kriegführenden Russland beobachten, in allen Altersgruppen und Regionen sehr hoch.

Aggression auf der Straße wird von vielen queeren Frauen nicht nur als demütigend, sondern auch als gefährlich empfunden. Das fehlende Sicherheitsgefühl wird zu einem wichtigen Faktor dafür, dass queere Frauen sich nicht auf die Straße

trauen oder öffentliche Räume meiden. Dazu tragen auch die homophobe und transphobe Rhetorik der Regierung, sowie die Verabschiedung repressiver Gesetze und die Kriminalisierung der „internationalen LGBT-Bewegung" bei, die von queeren Frauen als Legitimation für Gewalt gegen sie durch Fremde wahrgenommen werden:

> *Aufgrund der neuen Gesetze habe ich ständig Angst vor der Zukunft. Ich habe das Gefühl, dass mein Leben jeden Moment vorbei sein könnte, etwa durch zufällige Gewalt auf der Straße, gegen die ich mich weder physisch noch mit Hilfe der Polizei verteidigen kann.*
>
> *(Bisexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)*

> *Jede Sekunde, die ich außerhalb meiner Wohnung verbringe, habe ich das Gefühl, dass mir aufgrund meiner Identität jederzeit etwas Schreckliches passieren kann.*
>
> *(Bisexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Man schreit mir einfach hinterher, beleidigt mich und spuckt mir ins Gesicht, weil ich ziemlich unkonventionell aussehe. Wenn ich gelegentlich mit meiner Freundin Hand in Hand gehe, wird es sehr erschreckend, weil alle uns anstarren und aggressiv werden: Sie bespucken und beschimpfen uns. Es gab mehrere Versuche, uns körperlich anzugreifen.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Ich habe nun Angst, nachts auf die Straße zu gehen, weil da eine Gruppe von Verstörten unterwegs ist, die unkonventionell aussehende Menschen angreift.*
>
> *(Pansexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Ural, Millionenstadt)*

Am häufigsten geben die Befragten unmotivierte Aggression auf der Straße an, die mit ihrem Aussehen zusammenhängt. Bei cis Frauen werden als Auslöser für Aggressionen das Auftreten auf der Straße zusammen mit ihrer Partnerinnen sowie verschiedene Elemente ihres Aussehens genannt: Vor allem kurze Haare und ge-

schlechtsneutrale Kleidung. Es ist wichtig zu betonen, dass diese Merkmale an sich keine Eigenschaften von LGBTQ-Personen, keine Verweise auf die Queer-Kultur und keine Pride-Symbole sind. Die zitierten Fälle zeigen also, dass in Russland unter dem Einfluss des Krieges und des Rechtsrucks eine Normalisierung der Kontrolle über das Aussehen von Frauen stattfindet, vor allem durch Männer, die direkte oder indirekte Begünstigte der Militarisierung und der anti-gender Politik sind. Cis und trans Frauen geraten dabei wegen ihrer „unkonventionellen", nicht cis-heteronormativen Weiblichkeit in Gefahr:

> *Manchmal kritisieren und beschimpfen mich zufällige Passanten auf der Straße wegen meines Aussehens.*
>
> *(Asexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Man hat mich einfach dafür beleidigt, dass ich einen kurzen Haarschnitt hatte.*
>
> *(Homoromantische bisexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Fremde Männer auf der Straße haben mich wegen meines Aussehens (kurze Frisur) mit körperlicher Gewalt bedroht.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Sibirien, mittelgroße Stadt)*

> *Hässliche Worte von Fremden oder mir fast unbekannten Menschen, anzügliche Kommentare von Männern. Ich habe ein eher alternatives Äußeres, daher bekomme ich regelmäßig solche Kommentare zu hören.*
>
> *(Pansexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Ural, Millionenstadt)*

Trans Frauen sind besonders häufig von Gewalt auf der Straße betroffen. Ihr Aussehen (das oft keinerlei „provokative" Elemente enthält), das nicht den konservativen Vorstellungen von Weiblichkeit entspricht, löst oft Diskussionen im öffentlichen Raum aus. Diese Diskussionen eskalieren häufig in transphobe Gewalt:

Ich habe mich noch gar nicht als trans Frau geoutet. Ich ziehe mich an und sehe aus wie ein normaler Typ, das Einzige ist mein langes (oder mittellanges, wenn man es mit Frauen vergleicht) Haar, nach dem mich Lehrer, Mitschüler und zufällige Männer auf der Straße oft gefragt haben.

(Pansexuelle trans Frau, unter 18 Jahren, Föderationskreis Zentralrussland, Landstadt)

Es sind meistens zufällige Passanten, die es für eine gute Idee halten, einen wildfremden Menschen auf der Straße zu bedrohen. In 90% der Fälle handelt es sich um Männer über 40 Jahre.

(Pansexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Kleinstadt)

Meistens [werde ich mit Gewalt konfrontiert] auf der Straße aufgrund meines Aussehens. In öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Angreifer sind Menschen, die ich nicht kenne.

(Pansexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Kleinstadt)

Du gehst einfach die Straße entlang. Kinder diskutieren: „Ist das ein Mann oder eine Frau?" Leute kommen auf dich zu: „Bist du auch einer von denen?" Neulich war ich im öffentlichen Verkehr, zwei ältere Damen haben darüber diskutiert, dass ich zu freizügig angezogen bin (ich hatte Shorts an), und dann sagten sie: „Das ist doch ein Mann, das sieht man doch. Er hat sich zur Frau umoperiert und läuft jetzt [so] herum."

(Aus dem Interview mit Nina, Aigyl und Ella)

Es kam zu Übergriffen und Verfolgungen außerhalb der Arbeit oder der Schule. Man kann einfach in einen Laden gehen und in Schwierigkeiten geraten. Ich würde nicht sagen, dass ich besonders feminin aussehe, nein. Aber selbst meine langen Haare, die ich meistens verstecke, oder meine hohe Stimme, die ich nicht verstecken kann, wirken auf Menschen wie ein rotes Tuch auf einen Stier.

(Aus dem Interview mit Bella, Föderationskreis Sibirien)

Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Aggressoren oft di-

rekt auf diskriminierende Gesetze gegen LGBTQ-Personen verweisen, um ihre Aggression gegenüber Menschen, die unkonventionell aussehen oder sich unkonventionell verhalten, zu rechtfertigen. Verweise auf die rechte, anti-gender Politik der Behörden sind zu einem wichtigen Bestandteil der Hassreden geworden, denen queere Frauen ausgesetzt sind:

> *[Ich war] mit meiner Freundin spazieren, da hat uns irgendein Typ zugerufen: „Russland ohne Lesben!"*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Einmal war ich mit meiner Freundin Händchen haltend spazieren, wir haben uns unterhalten und nichts Auffälliges gemacht. Da ist ein Mann mittleren Alters in einer U-Bahn-Uniform auf uns zugekommen und hat geschrien, dass es verboten sei, dass zwei Mädchen Händchen halten.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Als wir uns mit meinem Partner im öffentlichen Nahverkehr flüsternd unterhalten haben, begann der Schaffner uns zu beleidigen und vor dem ganzen Bus über die „LGBT-Gesetze" zu schimpfen. Dann haben sich auch noch andere männliche Fahrgäste eingemischt und gesagt, dass sie uns laut Gesetz aus dem Bus werfen könnten.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, mittelgroße Stadt)*

> *Ein paar Mal, als meine Partnerin und ich Hand in Hand unterwegs waren, haben Autos angehalten (in beiden Fällen waren es männliche Fahrer), das Fenster geöffnet und „Gefickte Lesben, Schwuchteln, verrottet!" gerufen. Es war beängstigend, weil sie aus dem Auto hätten aussteigen oder etwas Ähnliches tun können, und andere Leute wurden auch darauf aufmerksam.*
>
> *(Bisexuelle cis Frau, unter 18 Jahren, Föderationskreis Zentralrussland, mittelgroße Stadt)*

Ein wichtiger Auslöser für Aggressionen sind LGBTQ-Symbolen (die die Aggressoren dabei in allem Möglichen sehen)[191]. Dass Gegenstände, die als Symbole wahrgenommen werden, Auslöser

für Aggression sein können, lässt sich durch den Übergang von alltäglicher Homo- und Transphobie zu Fremdenfeindlichkeit erklären. Die Aggressoren sehen die ihnen begegneten queeren Frauen als Teil einer feindlichen Gruppe, die sie durch das vermeintliche "Zeigen von Symbolen" herausfordern. Dadurch entwickelt sich alltägliche Homo- und Transphobie zu Fremdenfeindlichkeit.

> *Ein Freund wurde auf der Straße nur wegen meiner Regenbogenmütze zusammengeschlagen. [...] Ich bin nachts nach Hause gefahren. In der U-Bahn hat sich ein Verrückter an mich gehängt (ich trug Regenbogensymbole), ist mir gefolgt und hat mich beobachtet, sich mir gegenüber hingesetzt und mir mit Gesten gezeigt, dass er mich umbringen wird. Ich musste an einer belebten Station weiter weg von Zuhause aussteigen, damit mir nichts passiert.*
>
> *(Pansexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Ural, Millionenstadt)*

> *Ein Mann in einem Einkaufszentrum hat sich an meinen Rucksack ohne jegliche Zeichen der [LGBTQ-]Community gehängt, bloß mit dreifarbigen Trägern, ein gewöhnlicher bunter Rucksack. Er begann aus heiterem Himmel zu drohen.*
>
> *(Bisexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Einmal wurden meine Freundin und ich fast zusammengeschlagen, nur weil wir Hand in Hand gingen und Kaffee getrunken haben, wir haben nicht mal gekuschelt oder so. Sie haben uns erst in Ruhe gelassen, als ich ihnen mit Pfefferspray gedroht habe.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Janre, Föderationskreis Zentralrussland, Kleinstadt)*

Trans Frauen erwähnen häufig Aggressionen auf der Straße, wobei verbale Aggressionen in ihrem Fall mit hoher Wahrscheinlichkeit in sexuelle oder körperliche Gewalt eskalieren. Solche Fälle werden auch von nicht-binären Personen erwähnt, die angeben, maskulin auszusehen. Das heißt, wenn Aggressoren queere Frauen als Menschen mit gleichzeitig femininen und maskulinen Merkmalen ansehen, steigt das Risiko körperlicher Gewalt deutlich:

Meine Partnerin und ich wurden im Bus von einer Gruppe betrunkener Männer angegriffen, weil wir angeblich mit unserem Aussehen ihre moralischen Werte zutiefst verletzt hatten und müssten dafür „bestraft" werden. Sie haben Flaschen nach uns geworfen, uns mit Handys gefilmt und wollten uns an der nächsten Haltestelle aus dem Bus herauszerren, bis ein anderer Fahrgast uns zu Hilfe gekommen ist. In einem anderen Fall wurde ich von einem Mann im Bus belästigt, er hat sich an mich gedrückt, mich an den Po und die Oberschenkel gefasst. Vor Angst war ich wie gelähmt, bis ich meine Haltestelle erreicht hatte. Auf der Straße ist er mir gefolgt und hat mich beharrlich aufgefordert, mich mit ihm zu unterhalten. An einer Ampel konnte ich ihn endlich loswerden.

(Bisexuelle trans Frau, 26-35 Jahre,
Föderationskreis Fernost, mittelgroße Stadt)

In der Öffentlichkeit werde ich ständig beleidigt, manchmal sogar mit leichter körperlicher Gewalt konfrontiert.

(Heterosexuelle nicht-binäre Person
auf dem femininen Spektrum, 19-25 Jahre,
Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Fremde Leute machen beleidigende Bemerkungen über meine sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität und kritisieren mein Aussehen. Als ich 2023 nach Moskau gefahren bin, um mich der Kommission zu stellen (um den 087/y-Schein zu bekommen) [Der Schein N 087/y war ein von der Ärztekommission ausgestellter Schein, der bestätigte, dass es sich um eine trans Person handelt, die eine Änderung des Geschlechtseintrages benötigt. Diese Scheine werden in Russland seit dem 23.07.2023 nicht mehr ausgestellt, siehe Kapitel 4.4], musste ich in einem Hostel übernachten. Dort hat man mir „Schwuchtel!" unter der Tür hindurch zugerufen, im Raucherraum hat man mir mit Prügel gedroht, ein älterer Mann, der dort wohnte, hat mir geraten, noch am selben Tag auszuziehen, sonst würden sie (die aggressiven Gäste) nachts in mein Zimmer kommen. Ich habe mich bei dem älteren Mann bedankt und bin ausgezogen.

(Heterosexuelle trans Frau, 26-35 Jahre,
Föderationskreis Wolga, Großstadt).

Ich identifiziere mich als Frau, sehe aber maskulin aus,

weshalb ich oft von der älteren Generation im Bus oder auf der Straße angepöbelt werde. So etwas wie „Man versteht diese Leute nicht, ob das nun ein Mädchen oder ein Junge ist, irgendein „Es", wie eklig". Auch von betrunkenen Hooligans aus der Nachbarschaft werde ich angegriffen, sie halten mich für schwul und haben mir schon mehrmals gedroht, mich zu fangen und zu verprügeln.

(Homosexuelle cis Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Südrussland, mittelgroße Stadt)

Fremde Männer auf der Straße drohen mir manchmal mit Gewalt wegen des Aussehens (Maniküre, feminine, aber für einen Mann angemessene Kleidung).

(Bisexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)

Es ist völlig unmöglich, die eigene Meinung über Politik und die aktuelle Lage zu äußern oder sich so zu kleiden, wie man möchte. Man kann in öffentlichen Verkehrsmitteln oder bei der Arbeit schikaniert werden. Wenn man maskuline Kleidung trägt, kann man angesprochen und aufgefordert werden, „die Kleidung zu erklären", und wenn man feminine Kleidung trägt, wird man zwar angestarrt, aber zumindest nicht angesprochen.

(Pansexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Als die Gewalt angesichts des Krieges sowie queerfeindlicher Gesetze gegen LGBTQ-Personen immer mehr zunimmt, werden die zu Medienereignissen ausgebauten exemplarischen Verhaftungen immer mehr zur Normalität in der Gesellschaft. Sie werden von vielen als angemessen angesehen, und als ein institutionalisierter Weg, ihre Homo- und Transphobie auszuüben. Mehrere Befragte beschreiben Situationen, in denen ihr Aussehen und Verhalten von Besucher*innen und Mitarbeiter*innen von Unterhaltungsstätten willkürlich kontrolliert wurden, unter dem Einfluss von Nachrichten[192] über Polizeirazzien[193] in Clubs[194]. Dabei wurden Geschlechtseinträge in Ausweise, die angeblich nicht dem Aussehen entsprachen, zum Vorwand, um ihnen den Zutritt zum Gelände zu verweigern.

Diese Situationen zeigen Folgendes: die Angst vor möglichen Repressionen aufgrund queerfeindlicher Gesetze (Repressionen

führen zu zusätzlichen Kontrollen für Unternehmen in einem Staat, in dem es keine Rechtsstaatlichkeit gibt[195]; z. B. zu einer administrativen Haftung wegen „Homosexuellenpropaganda", zu hohen Geldstrafen[196] oder zur Aussetzung der Tätigkeit für bis zu 90 Tage)[197], sowie alltägliche Transphobie in der täglichen Praxis kommen zusammen. Für queere Frauen bedeutet dies eine Verschlechterung ihrer Lebensqualität, Ausgrenzung, Erniedrigung ihrer Menschenwürde und Zwang zur Einschränkung ihrer sozialen Kontakte:

> *…einmal wollte jemand in einer Bar die Polizei rufen, weil ich mich „als Frau ausgegeben" hätte. „Wie kann man nur?"*
> *(Bisexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Sibirien, mittelgroße Stadt)*

> *Es ist im Club passiert, wegen angeblich „zu engem" Kontakt mit einem Mädchen. Die Initiatorin war eine Angestellte des Clubs. Ich habe keine Hilfe in Anspruch genommen (wegen Beleidigungen, Drohungen).*
> *(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Landstadt)*

> *Mir wurde verboten, ein Mädchen im Club zu küssen, mit der Begründung, ich würde extremistische Aktivitäten betreiben, und mir wurde gedroht, dass ich rausgeworfen würde, wenn man mich noch einmal dabei sehen würde.*
> *(Bisexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Großstadt)*

> *Ich wurde in einige Nachtclubs nicht mehr reingelassen, weil mein feminines Aussehen nicht mehr mit meinem Ausweis übereinstimmt. Die Betreiber befürchten, dass ich bei einer Razzia in ihrem Club als Beweis dafür dienen könnte, dass sich in ihrem Club LGBT-Personen versammeln.*
> *(Bisexuelle Transgender-Frau, 19–25 Jahre, Föderationskreis Wolga, Großstadt)*

So überschneiden sich laut den Daten unserer Studie alltägliche queerfeindliche und transfeindliche Aggressionen mit dem Risiko von Gewalt durch Strafverfolgungsbehörden, die unter anderem bei Razzien und Kontrollen durch Sicherheitskräfte an öffentlichen Orten auftritt. Besonders deutlich wird dies, wenn die Polizei und der Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation unange-

kündigte Kontrollen zur Einhaltung des Gesetzes „über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" oder der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation über „LGBT-Extremismus" an Unterhaltungs- und Kulturstätten durchführen.

Queeren Frauen ist es bewusst, dass sie im öffentlichen Raum schutzlos sind, dass sie keine Garantie haben, im Falle eines Angriffs Hilfe zu erhalten, und dass sie jederzeit Opfer von Übergriffen oder Beleidigungen werden können und Wahrscheinlichkeit, Beleidigungen oder körperlicher Gewalt ausgesetzt zu sein, hoch ist und je nach Aussehen, Geschlechtsausdruck und sichtbarer Zugehörigkeit zur LGBTIQ-Gemeinschaft variiert. Für viele queere Frauen besteht der einzige Ausweg darin, ihre sozialen Aktivitäten einzuschränken und öffentliche Orte zu meiden.

§2 Misstrauen gegenüber offiziellen Institutionen bei queeren Frauen

Die Angst vor öffentlichen Räumen wird noch verstärkt. Sie ist die Reaktion auf Übergriffe gegen queere Frauen auf der Straße und wird verstärkt durch das Misstrauen gegenüber den russischen Behörden, zu denen die Polizei, der Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation und andere staatliche Stellen gehören, die sowohl die Einhaltung der Gesetze überprüfen als auch Maßnahmen bei Verstößen ergreifen (z. B. Festnahme, Einleitung eines Zivil- und/oder Strafverfahrens). Dieses Misstrauen wird vor allem durch queerfeindliche Gesetze gegen LGBTQ-Personen und durch Polizeirazzien in Clubs nach der 2024 in Kraft getretenen Entscheidung des Obersten Gerichtes der Russischen Föderation, die sogenannte „internationale LGBT-Bewegung" als extremistisch einzustufen, gefördert.

Laut unserer Umfrage haben nach der Verabschiedung des föderalen Gesetzes Nr. 479, des sogenannten „Gesetzes gegen LGBT-Propaganda", 59,4% der befragten queeren Frauen Angst, sich an die Polizei zu wenden, falls sie Opfer von Gewalt werden. Von ähnlichen Ängsten im Zusammenhang mit der Entscheidung des Obersten Gerichtes, die „internationale LGBT-Bewegung" als extremistisch einzustufen, berichteten 54,7% der befragten queeren Frauen. Unter trans Frauen war dieser Anteil etwa anderthalb

Mal höher als unter cis Frauen: 71,1% gegenüber 57,6% im Fall des „LGBT-Propaganda"-Gesetzes und 60,9% gegenüber 53,8% im Fall der Entscheidung des Obersten Gerichts.

Die Weigerung der Polizei oder der Ermittlungsbehörde, ihre Anzeigen anzunehmen oder Ermittlungen wegen Gewalt gegen LGBT-Personen durchzuführen, wird mit dieser Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von 1,7% der queeren Frauen im Durchschnitt der Stichprobe in Verbindung gebracht (wobei der Anteil unter trans Frauen um ein Vielfaches höher war als unter cis Frauen – 4,1% gegenüber 1,2%). Mit dem föderalen Gesetz Nr. 479 über das Verbot der sogenannten „LGBT-Propaganda" verbinden durchschnittlich 2% der queeren Frauen in der Stichprobe die Weigerung der Strafverfolgungsbehörden, Verstöße gegen ihre Rechte zu untersuchen. Unter trans Frauen war dieser Prozentsatz ebenfalls höher als unter cis Frauen: 5,6% gegenüber 1,2%. (Illustration 40)

In vielen Freitext-Antworten auf die Frage, wie sich ihr Sicherheitsgefühl seit dem Beginn des umfassenden Krieges verändert hat, bringen die befragten queeren Frauen homo- und transphobe Drohungen von unbekannten oder wenig bekannten Personen auf der Straße, an öffentlichen Orten oder in sozialen Interaktionen mit Gefahren durch die Polizei in Verbindung. Diese Gefahren wurden durch neue queerfeindliche Gesetze ausgelöst und durch das Risiko, von unbekannten und wenig bekannten Personen bei der Polizei angezeigt zu werden, noch verstärkt:

> *Alle sind nervös und vorsichtig geworden, weil es jetzt zu gefährlich ist. Ich gehe mit meiner Freundin Hand in Hand und habe Angst. Ich zittere, wenn ich die Polizei sehe, auch wenn ich unauffällig aussehe.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, unter 18 Jahren, Föderationskreis Südrussland, Millionenstadt)*

> *Ich habe nun Angst, Wohnungen zu mieten und Hostels zu buchen oder mit meiner Partnerin öffentliche Orte zu besuchen, weil ich befürchte, dass ich mich wegen eines unschuldigen Kusses später bei der Polizei rechtfertigen muss.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *All dies zusammen führt zu einer Verschlechterung der*

Sicherheitslage. Es gibt Menschen, die bereit sind, Denunziationen zu schreiben oder dich zu schlagen, wenn du gegen den Krieg bist, an jeder Ecke stehen Polizisten, Soldaten kehren aus dem Krieg zurück.

(Bisexuelle cis Frau, unter 18 Jahren, Föderationskreis Zentralrussland, Landstadt)

Die befragten queeren Frauen berichten, dass sie aufgrund der Gesetze gegen LGBTQ-Personen vermeiden, sich an die Polizei zu wenden, und versuchen, Konflikte selbst zu lösen. Angestellte der Polizei und weiterer Behörden der Staatsmacht lösen bei queeren Frauen oft ebenso viel Angst aus wie aggressive Personen auf der Straße:

Mir bleibt nichts anderes übrig, als zu schweigen und zu gehen. Ich verstehe, dass ich völlig schutzlos bin, dass diese Leute mit mir machen können, was sie wollen, und dass niemand sie dafür bestrafen wird. … Vor der Entscheidung über Extremismus gab es noch eine gewisse Hoffnung, dass man sich an die Polizei wenden könnte. Jetzt sind die Chancen minimal – und meine Angreifer wissen das auch. Früher gab es Hoffnung, dass die Polizei die Sache klären würde [...] Früher war die Haltung der Polizei nicht so negativ wie jetzt, selbst wenn ich Demos organisiert oder daran teilgenommen habe.

(Interview, Sky, Föderationskreis Wolga)

Wenn ich in der Öffentlichkeit auf Menschen in Uniform treffe, habe ich das Gefühl, dass es so ist wie mit einem wilden Hund: Man weiß nicht, was er tun könnte, was ihn aggressiv machen könnte, also geht man besser nicht näher heran [...] Früher hätte ich gedacht, dass ich zur Polizei gehen müsste, wenn etwas passiert wäre. Jetzt überlege ich mir bei jedem Verbrechen zweimal, ob ich nicht alleine zurechtkomme. Denn ich möchte nicht [zulassen], dass ein Polizist mein Handy nimmt und meine Nachrichten liest.

(Aus dem Interview mit Esther, Föderationskreis Nordwest)

Eine der Befragten beschreibt einen Fall, in dem sie aufgrund ihres Aussehens – eines Ansteckbuttons und blauer Haare – die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich gezogen hat. Das Gespräch über

„Liebe zum Vaterland“, das die Polizisten mit der Befragten führten, könnte darauf abgezielt haben, sie zu Äußerungen zu provozieren, die im Zusammenhang mit der Einführung der Militärzensur[198] nach Beginn des Angriffskrieges rechtswidrig waren (z. B. im Zusammenhang mit Art. 20. 3.3 des Verwaltungsstrafgesetzbuches der Russischen Föderation, der eine administrative Haftung für die „Diskreditierung der Streitkräfte der Russischen Föderation“ vorsieht):

> *Vor ein paar Monaten wurde ich in der U-Bahn wegen eines Ansteckers an meiner Tasche von der Polizei angehalten. Darauf war ein Meme-Zwerg aus „Gravity Falls“ (der einen Regenbogen kotzt). Sie haben ein paar Minuten mit mir über meine Verantwortung gegenüber dem Staat gesprochen, gefragt, ob ich mein Land, die Russische Föderation, liebe (genau so, zuerst mein Land, dann die Russische Föderation), mich wegen meiner Haarfarbe beschimpft (als ob ich ihnen persönlich damit etwas antun würde. Zu diesem Zeitpunkt waren sie blau) und haben mich letztendlich gehen lassen, mit der Bemerkung, dass ich beim nächsten Mal eine Verwaltungsstrafe bekommen würde. Ich verstehe immer noch nicht, wie ich auf diese Situation hätte reagieren sollen und was sie überhaupt von mir wollten... alles wegen eines Ansteckers mit einer Kinderzeichentrickfigur.*
>
> *(Heterosexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

Eine andere trans Frau berichtete, dass sie aufgrund von Transphobie keine Möglichkeit habe, sich zum Schutz an die Polizei zu wenden:

> *Vor meiner Transition war ich Angestellte bei der Polizei, und meine Ohrringe, meine langen Haare und meine hohe Stimme setzten mich ständiger Kritik aus, weil ich nicht den Stereotypen von Männlichkeit entsprach. Es war sinnlos, sich an die Polizei zu wenden, da die Initiative [zu ungefragter Kritik] von meinen Kollegen bei der Polizei ausging.*
>
> *(Homosexuelle trans Frau, 26–35 Jahre alt, Zentraler Föderationskreis, Großstadt)*

In ihrem Interview beschreibt Mariella einen Vorfall in der Region Moskau, bei dem die Polizei einen Mann unterstützte, der be-

schlossen hatte, die Rechte von queeren Frauen zu verletzen, nachdem er von ihrer sexuellen Orientierung erfuhr. In der Polizeistation wurde der homophobe Druck auf die Betroffene durch die Polizeibeamten fortgesetzt:

> *Im Sommer ist unser Auto kaputt gegangen, wir haben es in die Werkstatt gebracht, die Reparatur wurde auf 80.000 Rubel geschätzt. Wir haben bezahlt und das Auto dort gelassen ... Nach zwei Wochen haben wir es abgeholt, aber der Schaden trat erneut auf ... Wir haben das Auto wieder in die Werkstatt gebracht, der Besitzer hat uns versprochen, den Schaden im Rahmen der Garantie zu beheben. ... In den folgenden Monaten hat sich der Besitzer nur zögerlich gemeldet, das Auto nicht zurückgegeben und behauptet, dass er auf Ersatzteile warte ... Schließlich hat er angerufen und gesagt, dass wir das Auto abholen könnten, die Kosten sind auf 200.000 Rubel gestiegen. Ich fragte, wie das sein könnte, es handele sich doch um eine Garantiereparatur. Darauf antwortete er: „Für Leute wie Sie – 200.000 Rubel. Zahlen Sie, oder das Auto bleibt bei mir." [...] Ich hatte noch die Schlüssel und habe mein Auto spätabends einfach abgeholt. [...] Ich habe es gestartet und bin in Richtung Moskau gefahren … Unterwegs wurden wir von mehreren Männern eingeholt, die drohten, uns in den Straßengraben zu werfen. … Ich habe die Polizei angerufen, die das Auto beschlaggenommen hat. Dann hat mich die Polizei wegen meiner Anzeige zurückgerufen: „Es ist ein Fehler passiert. Dem Besitzer der Autowerkstatt wurde heute das Auto von Schwulen gestohlen." [...] Dann wurde ich zur Polizei bestellt. Vier Männer haben mich unter Druck gesetzt, ich solle 200.000 Rubel zahlen und eine Quittung ausstellen, dass ich in Raten zahlen werde. Dann sagte der Polizeikapitän: „Wenn ich über Sie dasselbe wüsste wie der Besitzer der Autowerkstatt, hätte ich Sie selbst in den Graben geworfen." [...] Die Defekte wurden nie behoben, und das Auto musste zusätzlich repariert werden. [...] Anscheinend haben sie gemerkt, [dass meine Freundin und ich ein Paar sind], weil wir immer zusammen waren, obwohl wir unterschiedliche Nachnamen haben und uns gegenseitig die Autos leihen.*
>
> *(Aus dem Interview mit Mariella, Föderationskreis Zentralrussland)*

Das Misstrauen der queeren Frauen gegenüber der Polizei wird stark durch Polizeirazzien in Clubs beeinflusst. Solche Fälle gibt es am häufigsten in Moskau, Sankt Petersburg, Krasnojarsk und Orenburg. Sie begannen kurz nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation, die „internationale LGBT-Bewegung" im November 2023 als extremistisch einzustufen. Die Teilnehmerinnen der Studie, die von solchen Razzien betroffen waren, berichten, dass die Polizist*innen sich grob verhielten und die Menschen, die zum Entspannen gekommen waren, wie Kriminelle behandelten. Dabei filmten die Polizist*innen die Festgenommenen oft, woraufhin die Aufnahmen mit ihren unkenntlich gemachten Gesichtern im Internet landeten. Manchmal wandten die Polizist*innen Gewalt an und schlugen die Festgenommenen. Queere Frauen scheuten sich jedoch, sich an die Strafverfolgungsbehörden zu wenden, um solche Polizist*innen zur Rechenschaft zu ziehen, da sie befürchteten, dass queerfeindliche Gesetze gegen sie angewendet werden könnten.

Wir waren mit meiner Freundin dort. Eine Gruppe Männer in schwarzer Kleidung ist hereingestürmt. Sie haben uns alle mit dem Gesicht auf den Boden gedrückt. [...] Sie haben nach [LGBT-]Symbolen und Drogen gesucht, aber nichts davon gefunden. [...]

Beim Verlassen des Gebäudes wurden wir und unsere Ausweise fotografiert. [...] Zu einer jungen Frau sind die Polizisten dann an die Universität gekommen und haben ihr angeboten, zu „verpfeifen".

Ich hatte Angst, weil ich Armbänder mit kleinen Peace-Zeichen trug. [...] Am Ende habe ich die Armbänder in meinem Ausschnitt versteckt. [...] Ich hatte das Gefühl, dass jede Kleinigkeit [Probleme verursachen könnte].

Wir wurden auf Video aufgenommen, wie wir dalagen, und dann ist das Video ohne unkenntlich gemachte Gesichter im Internet aufgetaucht.

Meine psychischen Probleme verschlimmerten sich, bei mir wurde eine depressive Episode diagnostiziert, ich musste die Dosis meiner Antidepressiva erhöhen. Es fällt mir immer noch schwer und macht mir Angst, daran zurückzudenken.

(Aus dem Interview mit Aljona, Föderationskreis Nordwest)

> *Im Oktober 2024 haben Sicherheitskräfte und Mitglieder der „Russischen Gemeinschaft" [„Russische Gemeinschaft", rus. „Русская община", ist eine russische rechtsextreme nationalistische politische Organisation] einen Themen-Nachtclub gestürmt, in dem ich war. Sie haben Leute mit Knüppeln geschlagen, sie grob beschimpft, ohne Erlaubnis Fotos gemacht und alle nach ihren Ausweisen gefragt, um Minderjährige ausfindig zu machen.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, Föderationskreis Nordwest, mittelgroße Stadt).*

Solche Fälle tragen dazu bei, dass queere Frauen Angst vor den Strafverfolgungsbehördeb haben. Angesichts der zunehmenden alltäglichen Homo- und Transphobie auf der Straße und an öffentlichen Orten sowie der Bereitschaft, LGBTQ-Personen als Kriminelle und „Extremisten" zu betrachten, ist die Polizei nicht mehr eine Institution, die die öffentliche Ordnung schützt und rechtsextreme Gewalt eindämmt, sondern eine Institution, die selbst mit der Befugnis ausgestattet ist, solche Gewalt auszuüben.

§3 Gewalt gegen queere Frauen durch Kriegsteilnehmer

Seit Beginn des umfassenden Krieges berichten Forscher*innen und Journalist*innen über Gewalt durch Kriegsteilnehmer[199], die keine angemessene medizinische Versorgung erhalten, unter PTBS leiden und gleichzeitig weitgehend straffrei bleiben. In der vorliegenden Studie konnten wir mehrere Fälle von Gewalt gegen queere Frauen durch Kriegsteilnehmer dokumentieren.

Das zu betrachtende Problem besteht aus zwei Komponenten:

- Die erste ist die Straffreiheit für Straftäter, die Gewalt (auch gegen queere Frauen) ausüben, wenn sie sich bereit erklären, einen Vertrag für den Militärdienst zu unterzeichnen und als Teil der russischen Streitkräfte in der Ukraine zu kämpfen. Dies führt zu einer Straffreiheit für Täter, die vom Staat auf gesetzlicher Ebene und in der Praxis gefördert wird.
- Zweitens: Die Rückkehr der Soldaten aus dem Krieg ins zivile Leben und die Fortsetzung ihrer Aggression gegenüber Menschen, die nicht ihren Vorstellungen

von „Normalität“ entsprechen. Auch in diesem Fall können die Täter erneut einer Bestrafung entgehen, wenn sie dem Krieg gegen die Ukraine beitragen.

Im kriegführenden Russland sind die Täter, nicht die Opfer, in einer privilegierten Position. Diese Verzerrung der Realität, die durch staatliche Propaganda und Desinformation aktiv unterstützt wird, ist eine direkte Folge des Krieges, der nicht nur die soziale Struktur der Gesellschaft verändert, sondern auch viele vor dem Krieg erreichten Fortschritte in den Bereichen Menschenrechte, Gewährleistung der unvermeidlichen und gerechten Bestrafung, Verhinderung neuer Verbrechen durch den Täter und Schutz der Opfer von Gewalt annulliert hat.

Bekanntlich haben die russischen Behörden am 21.09.2022 die Teilmobilmachung verkündet, deren Verordnung bis heute in Kraft ist[200]. Laut Angaben von Beamten war für 2022 die Einberufung von mehr als 300.000 Personen geplant[201].

In der Folge begannen die russischen Behörden, zusätzliche Optionen zu prüfen, um noch mehr Menschen für den Krieg gegen die Ukraine zu mobilisieren. So haben ab dem 24.06.2023 (einen Monat vom Verbot der Geschlechtsangleichung in Russland) einige Verurteilte das Recht erhalten, einen Vertrag über den Militärdienst abzuschließen, im Austausch für die Befreiung von der Verbüßung ihrer Strafe oder die Aufhebung ihrer Vorstrafe[202]. Seit dem 24.03.2024 wurde dieses Gesetz aufgehoben und durch zwei neue ersetzt, die es Verdächtigten, Beschuldigten und Verurteilten ermöglichen[203] im Austausch für ihre Teilnahme an den Militäraktionen in der Ukraine von strafrechtlicher Verantwortung und strafrechtlicher Verfolgung befreit zu werden[204]. Einen solchen Vertrag über den Militärdienst konnten und können die Personen abschließen, die Morde, körperliche oder sexuelle Gewalt (außer in Fällen, in denen diese gegen Minderjährige verübt wurde), Raubüberfälle und andere Straftaten, einschließlich Gewaltdelikte, begangen haben. Dadurch wurden Tausende von Menschen, die Gewaltstraftaten begangen hatten, aus dem russischen Strafvollzugssystem entlassen. In diesem Fall wurden sie in das von Russlamd besetzte Kriegsgebiet in der Ukraine geschickt. Diese Personen wurden von der strafrechtlichen Verantwortung befreit, wenn sie während des Krieges eine staatliche Auszeichnung erhielten oder nach Erreichen

der Altersgrenze (in der Regel 65 Jahre) oder aus gesundheitlichen Gründen aus dem „Dienst" entlassen wurden (ähnliches sollte bei Beendigung der Mobilmachung geschehen).

Dabei spielt es in der Regel keine Rolle, welcher Straftaten die Verdächtigen, Angeklagten oder Verurteilten beschuldigt wurden. Einen solchen Vertrag konnten und können Personen abschließen, die Morde, körperliche oder sexuelle Gewalt (mit Ausnahme von Fällen, in denen diese gegen Minderjährige verübt wurde), Raubüberfälle und andere Straftaten, einschließlich Gewaltverbrechen, begangen haben.

So bot der Staat einen Deal nach folgendem Schema an: „Wir vergeben dir, wenn du in der Ukraine kämpfst". Dadurch wurden Tausende von Menschen, die Gewaltverbrechen begangen hatten, aus dem russischen Strafvollzugssystem entlassen.

Ihre vorübergehende oder dauerhafte Rückkehr aus dem Kriegsgebiet in Regionen Russlands, die nicht vom Krieg betroffen sind, führt häufig zu einem Anstieg der Gewalt gegen Menschen, die unkonventionell aussehen, darunter auch queere Frauen. In Russland gibt es keine staatlichen Statistiken über Gewaltverbrechen und Angriffe ehemaliger oder aktueller Teilnehmer an den Kampfhandlungen in der Ukraine auf andere Menschen. Es ist praktisch unmöglich, diese auf andere Weise zu ermitteln. Die Befragten, die an der Umfrage teilgenommen haben, waren jedoch mit solchen Fällen konfrontiert oder fingen an, sich zurückzuhalten, weil sie aus den Medien oder von Bekannten von solchen Fällen erfahren haben.

Die von uns erfassten Geschichten zeigen, dass die Rückkehr traumatisierter Menschen aus Kriegsgebieten ein wichtiger Faktor für die Zunahme von Gewalt gegen queere Frauen ist, sowie von ihrer Angst um die eigene Sicherheit aufgrund ihres nicht-heteronormativen Aussehens:

> *Ich verlasse fast nie das Haus, weil mich in meiner Grenzstadt ein betrunkener Soldat in einer Bäckerei belästigt hat. Er hat meine Ablehnung nicht verstanden, und selbst meine Ehe hat ihn nicht davon überzeugt, dass ich nicht zu haben bin. Zeugen haben mir geholfen zu fliehen, indem sie ihn aus formalen Gründen abgelenkt haben. Seitdem meide ich menschenleere Geschäfte, Spaziergänge und die Dunkelheit – denn wenn ich einen Mann in Tarnkleidung sehe, von denen es hier viele gibt, erwarte ich Unheil. Se fühlen*

sich alles erlaubt und ungestraft, und eine Ablehnung, auch ohne dass ich meine Identität offenlege, wird manchmal mit der Frage „Bist du lesbisch?“ beantwortet. [...] Ich stecke in einer Krise, denn vor dem Krieg hat mir niemand solche Vorwürfe gemacht, es reichte aus, einfach zu schweigen, und jetzt muss ich präventiv meine Heteronormativität bekunden...

(Bisexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, mittelgroße Stadt)

Ich werde regelmäßig wegen meiner kurzen Haare von Männern diskriminiert. Passanten auf der Straße rufen mir hinterher, dass ich kein Mädchen, sondern ein Junge sei. Unter den Passanten waren auch Teilnehmer der „SMO“. [„SMO” (rus. „CBO”), kurz für „Spezielle Militäroperation“, ist der offizielle Begriff, den die russische Regierung zur Invasion in der Ukraine verwendet.]

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Vorfälle von Gewalt gegen queere Frauen zeigen auch, dass Homo- und Transphobie wesentliche Faktoren im aggressiven Verhalten ehemaliger Kriegsteilnehmer sind. Auslöser für die Aggression sind in solchen Fällen nicht cis-heteronormative Elemente im Aussehen queerer Frauen, insbesondere die Haarlänge:

Ein betrunkener Soldat, der offenbar aus dem Krieg zurückgekehrt war, hat mich in einem Supermarkt belästigt und mir wegen meines Aussehens (kurzer Haarschnitt) gedroht, weil er ihn mit [homosexueller] Orientierung assoziierte.

(Pansexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 19-25 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Die Länge meiner Haare ... wurde zum Grund für Drohungen durch einen anderen Kämpfer. Es ist nur deshalb nicht zu Gewalt gekommen, weil er aus den Nebenräumen (das Betreten dieser Räume ist eigentlich an sich schon ein Grund für ein Einschreiten der Polizei) entfernt wurde, bevor er mich finden konnte..

(Pansexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Ural, Kleinstadt)

Der Vorwand für die Aggression kann nicht nur die queere Frau selbst sein, sondern auch ihr Job. Auslöser für die Aggression sind auch hier rechtskonservative Moralvorstellungen (die auf Vorstellungen der Täter von "traditionellen Werten" basieren) und Tabus hinsichtlich der öffentlichen Darstellung von Sexualität. In der Wiedergabe solcher Vorstellungen durch die Kriegsteilnehmer lässt sich ein direkter Einfluss ultrakonservativer Propaganda erkennen. In einem Interview mit Marta wird unter anderem ein Fall von Aggression eines Kriegsteilnehmers in einem Sexshop beschrieben, in dem Martas Freundin arbeitete:

> *Es gab drei Fälle, in denen ich große Angst hatte. Gefährliche oder einfach nur widerwärtige Vorfälle mit aggressiven Soldaten auf der Straße kommen ständig vor, etwa alle zwei bis drei Monate. Meine Freundinnen erzählen mir manchmal von solchen Fällen – bei uns ist das schon zu einer Art Witz geworden, den man auslacht und dann vergisst... Eine Bekannte von mir arbeitet in einem Sexshop. Sie hat erzählt, wie nachts ein Kriegsveteran in den Laden kam. Er hat sich lange die Produkte angesehen ... Dann ist er ausgerastet und hat geschrien, dass alle Verkäufer in diesem Laden Gotteslästerer seien und er nicht für sowas in den Krieg gezogen sei. Die Verkäuferin musste sich eineinhalb Stunden lang im Lager verstecken und von dort aus über die Kameras beobachten, wie der Kriegsveteran lautstark protestiert, Videos aufgenommen und Fotos gemacht hat.*
>
> *(Aus dem Interview mit Marta, Föderationskreis Nordwest)*

Angesichts der anti-gender Rhetorik und trans-exklusiven Interpretationen des Feminismus (in denen cis und trans Frauen auf der Grundlage ihrer Anfälligkeit für sexualisierte Gewalt durch cis-heterosexuelle Männer gegeneinander gestellt werden) **ist es wichtig zu beachten, dass trans Fauen in der Hinsicht der Gewaltwelle im kriegführenden Russland in dasselbe Risiko der Verletzung ihrer sexuellen Unversehrtheit geraten können, wie cis Frauen**. Solche Fälle zeigen zusätzlich den unmenschlichen und diskriminierenden Charakter der Bemühungen, separate Rechtsnormen für nicht-cis Frauen zu formulieren und sie von cis Frauen in eine separate Kategorie einzuteilen. In einem Interview erzählt Oles-

ja, wie sie Opfer von Gewalt durch einen Kriegsteilnehmer wurde – leider sind solche Geschichten im dritten Jahr des umfassenden Krieges in Russland typisch geworden[205]:

> *Ich hatte das Pech, einen Soldaten [Kriegsveteranen] kennenzulernen. Wir hatten eine Beziehung, er hat mich besucht, alles war normal. Dann hat er mich zu sich nach Hause eingeladen, wir haben viel getrunken. Er hat mir einen Heiratsantrag gemacht, aber ich habe abgelehnt. [...] Seine Verwandten sind gekommen und haben mir gesagt, dass er ein Mörder ist, mehrere Verletzungen hat und an PTBS leidet. Er ist völlig durchgedreht ... Am Schluss hatte seine Schwester mehrere Knochenbrüche, seine Mutter lag auch irgendwo da. Und ich wurde vor ihren Augen mit einem Messer an der Kehle vergewaltigt. Dann bin ich weggerannt und mit einem Taxi gefahren. [...] [Da] er Sturmsoldat ist und in einer Woche wieder in die Kampfzone zurückkehren musste, habe ich beschlossen, [kein Risiko einzugehen und] nicht zur Polizei zu gehen.*
>
> *(Aus dem Interview mit Olesja, Föderationskreis Zentralrussland)*

Eine bereits erwähnte Befragte berichtet auch von der Untätigkeit der Polizei, als sie in der Öffentlichkeit von einem Kriegsveteranen angegriffen wurde. Die Bereitschaft der Polizei, die von Kriegsveteranen begangenen Straftaten zu ignorieren, führt dazu, dass sich diese Straftaten wiederholen:

> *Ich wurde direkt an meinem Arbeitsplatz von einem Soldaten angegriffen, der von der Front zurückgekehrt war. Bei der Polizei sagte man mir nur, dass sie wenig tun könnten, da er Soldat sei, und schlug mir vor, die Anzeige zurückzuziehen. Ich bin diesem Mann zweimal begegnet, glücklicherweise kam es nicht zu größeren Verletzungen.*
>
> *(Pansexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Ural, Kleinstadt)*

Die Untätigkeit der Polizei in Fällen, in denen Kriegsbeteiligte einer Straftat beschuldigt werden einerseits, homophobe und transphobe Motive bei Gewaltverbrechen seitens der Kriegsbeteiligten andererseits zeigen die Schutzlosigkeit queerer Frauen im kriegführenden Russland.

Das Problem der Aggression durch aus dem Krieg zurückgekehrte Männer wird dadurch verschärft, dass es unmöglich ist, genau vorauszusagen, was die Aggression auslösen kann. Mehrere unserer Befragten berichten, dass sie einfach während eines Spaziergangs mit Aggression konfrontiert wurden, ohne dabei homophobe oder transphobe Äußerungen gehört zu haben:

> *Anscheinend waren „Swoschniki" [Kriegsveteranen; abgeleitet von „SWO" (rus. „CBO", auf Deutsch auch als „SMO" übersetzt), der russischen Abkürzung für „Spezielle Militäroperation", was der offizielle Begriff ist, den die russische Regierung zur Invasion in der Ukraine verwendet] auf der Durchreise in unserer Stadt. Zwei Männer haben sich sehr aggressiv verhalten und uns belästigt. Wir waren mit einem Kind unterwegs, was uns wahrscheinlich gerettet hat, aber solche Menschen habe ich noch nie zuvor gesehen. Danach haben wir angefangen, über einen Umzug nachzudenken. Sie haben auch unsere Freundin (die nicht queer ist) belästigt, versucht, sie anzusprechen, und erzählt, wie sie sie in der SMO beschützen. Als sie „Danke" sagte (sie wollte höflich sein), antworteten sie: „Was, nur danke?".*
>
> *(Homosexuelle trans Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Kleinstadt)*

> *In der Region Jaroslawl hat uns ein Mann mit den Fäusten angegriffen. Er hat meiner Freundin das Gesicht zerschlagen und mir die Schulter ausgerenkt. [...] Meine Freundin trug eine medizinische Maske ... Der Mann hat uns verfolgt und dann den Weg versperrt. Er hat uns angesehen und dann gefragt, warum meine Freundin eine Maske trägt, und verlangt, dass sie sie abnimmt. [...] In der Nähe des Belorussky-Bahnhofs in Moskau hat ein Kriegsveteran Geld für Alkohol verlangt. Er kam auf uns zu und hat es aggressiv von uns gefordert. [...] Wegen all dieser Vorfälle habe ich mich an die Polizei gewandt, aber keine meiner fünf Anzeigen wurde aufgenommen.*
>
> *(Aus dem Interview mit Mariella, Föderationskreis Zentralrussland)*

Die Legitimierung ungestrafter Gewalt durch Kriegsteilnehmer, deren Auftreten als „Helden", „neue Elite" und Gruppe, deren Anerkennung und ideologische Loyalität der Staat anstrebt, stellt

eine große Gefahr für queere Frauen dar. Trans Frauen sind dabei besonders gefährdet, da sie im Kontext der durch ultrakonservative staatliche Propaganda geförderten patriarchalischen Ideologie mehr Aggression hervorrufen als cis Frauen.

Gleichzeitig laufen alle queeren Frauen Gefahr, Opfer von Gewalt nach dem gleichen Prinzip zu werden: dass sie nicht dem konventionellen Bild von Weiblichkeit entsprechen, das der Täter hat. Ähnliche Ideen begleiten den transphoben Rechtsradikalismus in Verbindung mit der anti-gender Rhetorik seit dem Beginn der 2000er Jahre. Talia Mae Bettcher hebt die „Täuschung" als Argument hervor, mit dem rechte Politiker*innen und Journalist*innen Hassverbrechen gegen trans Frauen rechtfertigen. Insbesondere analysiert Bettcher die Rhetorik, mit der der Mord an der trans Frau Gwen Araujo (die im Herbst 2002 in Kalifornien ermordet wurde) gerechtfertigt wird, indem es behauptet wird, dass das Opfer ihre Mörder „betrogen" und „missbraucht" habe[206]. Bettcher zitiert insbesondere einen Artikel von Zach Calef in der „Iowa State Daily", in dem Gwen Araujo als Mann beschrieben und beschuldigt wird, ihre Mörder durch Täuschung über ihr Geschlecht provoziert zu haben:

> *Die Männer haben getan, was sie getan haben, weil Araujo sie vergewaltigt hat. Er hat sie mit Lügen und Täuschung zum Sex gezwungen. Er war nicht ehrlich zu ihnen – sonst wäre nichts passiert. Es kann sich hier nicht um ein Hassverbrechen handeln. Er wurde nicht getötet, weil er Crossdresser war. Diese Männer wurden tatsächlich vergewaltigt. Sie wurden missbraucht*[207].

Die Idee der „Bestrafung für Täuschung" wird von rechtspopulistischen Politiker*innen als Instrument der anti-gender Agenda stark gefördert. In Russland wird diese Logik im Kontext des aggressiven Krieges und der Militarisierung (die grundsätzlich zu einer Zunahme physischer und sexualisierter Gewalt in der Gesellschaft führten), sowie durch die direkte Förderung von Hass gegen LGBTQ-Personen durch den Staat (insbesondere durch deren Gleichsetzung mit Extremisten), noch verschärft. **Alle queeren Frauen sind dabei potenziell von Übergriffen durch traumatisierte Kriegsteilnehmer bedroht – als feminine Menschen, die als schwächer wahrgenommen werden und außerdem den Vorstellungen von**

konventionellem Aussehen und Verhalten von Frauen entsprechen müssen. Wie die oben genannten Fälle zeigen, fühlen sich Kriegsteilnehmer unter dem Einfluss rechtskonservativer chauvinistischer Propaganda berechtigt, gesellschaftliche Normen auf diese Weise zu kontrollieren.

§4 Wehrpflicht und Zwangsmobilisierung als Ursache für Gewalt gegen trans Frauen in kriegführenden Russland

Der russische Krieg in der Ukraine hat zu neuen Problemen und Praktiken im Zusammenhang mit der Zwangsrekrutierung von queeren Frauen in die russischen Streitkräfte geführt und bereits bestehende Probleme verschärft.

Laut Gesetz und in der Praxis können queere Menschen zum Wehrdienst (im Alter von 18 bis 30 Jahren) und zur am 21.09.2022 angekündigten Mobilisierung (diejenigen, die den Wehrdienst absolviert haben; diejenigen, die ihn nicht absolviert haben, sich aber bereits „in der Reserve" befinden d. h. über 30 Jahre alt sind), und Personen mit weiblichem Geschlechtsmerkmal in ihren Dokumenten, die eine militärische Fachausbildung haben, rekrutiert werden. Der aktive Teil der Mobilisierung fand im Herbst 2022 statt, wird derzeit nicht mehr durchgeführt, ist aber offiziell noch nicht beendet[208].

Dabei betreffen diese Probleme vor allem trans Frauen, obwohl sie in einigen Aspekten auch andere queere Frauen betreffen können (z. B. bei der Einberufung zum Militärdienst im Falle einer Mobilisierung, wenn sie über militärische Fachkenntnisse verfügen).

In der Russischen Föderation gibt es ein System der Wehrpflicht für den zeitweiligen Militärdienst, das seit Sommer 2025 zweimal jährlich (im Frühjahr und im Herbst) durchgeführt wird und für alle Bürger des Landes mit männlichem Geschlechtseintrag im Alter von 18 bis 30 Jahren gilt, die nicht von diesem Dienst befreit sind, keine gesundheitlichen Einschränkungen haben und keine Aufschubgründe für die Einberufung vorliegen (der häufigste Aufschubgrund ist der Erwerb einer Ausbildung). Um die Einberufung sicherzustellen, gibt es ein Wehrpflichtigenregister, in das sich laut Gesetz alle Bürger des Landes mit männlichem rechtlichem Geschlecht im Alter von über 16 Jahren eintragen müssen.

Der obligatorische, universelle und geschlechtsspezifi-

sche Charakter des Wehrregistrierungssystems und der Wehrpflicht macht es zu einer bedeutenden Ursache für Angst und Depressionen bei trans Frauen, die ihren Geschlechtseintrag nicht von „männlich" in „weiblich" geändert haben können, und unter Geschlechtsdysphorie leiden. Hinzu kommen die weit verbreiteten Praktiken von Missbrauch und patriarchaler Gewalt im Militärdienst und im Einberufungssystem, wodurch trans Frauen befürchten müssen, Demütigungen, Beleidigungen, sexualisierter und körperlicher Gewalt ausgesetzt zu sein. Da trans Frauen im Russland ihren Geschlechtseintrag in Dokumenten nicht mehr ändern können, steigen die Risiken für diejenigen, die dies vor dem Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes nicht geschafft haben, um ein Vielfaches.

Die Militarisierung des Staates hat dazu geführt, dass er alle, die potenziell in der Ukraine kämpfen könnten, als seine Gefangene betrachtet. Am 14.04.2023 trat in Russland das Gesetz über die elektronische Einberufung zum Militärdienst in Kraft.[209] Seine Grundlage ist die Schaffung eines einheitlichen elektronischen Wehrpflichtigenregisters (für interne Zwecke der Einberufungskommissionen) und eines elektronischen Registers der versandten und zugestellten Einberufungsbescheide (für die Kommunikation mit Wehrpflichtigen und anderen Personen, die im Wehrdienstregister erfasst sind).[210] Das erste Register wurde am 15.09.2024 als Datenbank in Betrieb genommen,[211] und seit dem 9. Mai 2025 ist die Website des Registers für Einberufungsbescheide in Betrieb.[212] Das Wehrpflichtregister enthält alle dem Staat vorliegenden personenbezogenen Daten zu Wehrpflichtigen, einschließlich Daten aus medizinischen Untersuchungen und Beobachtungen. Das Register der Einberufungsbescheide dient dazu, Wehrpflichtige zu Erscheinungen vor dem Militärkommissariat im Rahmen der Wehrpflicht vorzuladen.

Gemäß den Änderungen kann jede Person zum Militärdienst registriert werden, ohne dass sie persönlich beim Militärkommissariat erscheinen muss (nach Angaben des Militärkommissariats), und die Person wird über digitale staatliche Dienste darüber informiert. Das Gleiche gilt für die Einberufung zum Wehrdienst (gilt für Personen im Alter von 18 bis 30 Jahren mit männlichem Geschlechtseintrag): Die Einberufungskommission verschickt das Einberufungsschreiben per Post und veröffentlicht es gleichzeitig im Einberufungsregister. Ab dem Datum der Veröffentlichung der Ein-

berufung im elektronischen Register (unabhängig davon, ob sie tatsächlich zugestellt wurde) ist es dem Einberufenen untersagt, die Russische Föderation zu verlassen.[213]

Da trans Frauen in Russland heute nicht mehr die Möglichkeit haben, ihr Geschlecht in offiziellen Dokumenten zu ändern, steigt das Risiko für diejenigen unter ihnen, die dies vor Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes im Juli 2023 nicht geschafft haben, wenn sie zwischen 18 und 30 Jahre alt sind und kein psychiatrisches Gutachten über die Diagnose "Transsexualität" (F64.0 nach ICD-10) erhalten haben, das von einer medizinischen Kommission des Militärkommisariats bestätigt wurde (oft nach einer stationären Untersuchung in psycho-neurologischer Klinik von mindestens 21 Kalendertagen). Ab dem Tag, an dem die Einberufung im elektronischen Register erscheint, (unabhängig davon, ob sie tatsächlich zugestellt wurde) ist es Wehrpflichtigen untersagt, die Russische Föderation zu verlassen. In diesem Fall haben trans Frauen vier Möglichkeiten, auf die Situation zu reagieren:

- trotz der Angst und der sozialen Stigmatisierung sich einer ärztlichen Untersuchung beim Militärkommissariat unterzuziehen, die Diagnose "Transsexualität" (F64.0 nach ICD-10), die vom Wehrdienst aber nicht von der Mobilisierung befreit, anerkennen zu lassen;
- zum Wehrdienst in Russland einberufen zu werden (sofern sie nicht proaktiv ihre Transidentität gemeldet hat, wenn die Diagnose "Transsexualität" (F64.0 nach ICD-10) entweder nicht vorliegt oder wurde nach einer Untersuchung in einer psycho-neurologischen Klinik nicht bestätigt, und das Widerspruchsverfahren erfolglos war);
- sich der Meldung beim Militärkommissariat zu entziehen und gegebenenfalls für Wehrdienstverweigerung strafrechtlich verfolgt zu werden[214];
- sich im Voraus zu entscheiden, dass sie aus Gewissensgründen bereit ist, den Wehrdienst durch einen alternativen Zivildienst zu ersetzen, und trotz des Widerstands der Behörden über einen längeren Zeitraum hinweg versuchen, dies durchzusetzen. Selbst in diesem Fall kann man jedoch zu einer Militärstandort geschickt werden, allerdings als ziviles Hilfskraft,

was oft dennoch nicht mit den Überzeugungen einer Person vereinbar ist, die sich entschieden hat, nicht zu kämpfen und den Truppen eines kriegführenden Landes dabei nicht zu helfen.

Obwohl derzeit in Russland keine allgemeine Mobilmachung für den Militärdienst stattfindet, kann diese dennoch jederzeit verkündet werden. Daher kann das eingeführte elektronische System der Einberufung zur Wehrpflicht dazu führen, dass die trans Frauen, in deren Unterlagen keinen richtigen Geschlechtseintrag steht (soll man allgemeine Mobilmachung verkünden, können sie auch einberufen werden, trotz der Diagnose "Transsexualität" (F64.0 nach ICD-10), werden im Fall Kriegsdienstverweigerung strafrechtlich verfolgt.

Während des Krieges wird die empfundene Ausweglosigkeit von trans Frauen und der Mangel an sozialen Einrichtungen und Rechtsnormen, die ihnen ein erfülltes Leben ermöglichen würden, nicht nur durch die jährliche Einberufung sondern auch durch die Zwangsmobilisierung zusätzlich verschlimmert. In diesen beiden Risikofaktoren vereinen sich die repressive Haltung des Staates, das Gewalt durch Männer mit rechtskonservativen Ansichten, die soziale Schutzlosigkeit und schließlich die Unmöglichkeit, eine grundlegende rechtliche Anerkennung in dem Geschlecht zu erlangen, das ihrer Identität entspricht. Diese komplexe Gefahr ist die direkte Ursache für anhaltende Depressionen und Selbstmordgedanken, ständige Angst, Planlosigkeit und Unsicherheit über die eigene Zukunft:

Das ständige Risiko, mobilisiert zu werden, bringt mich dazu, über Selbstmord nachzudenken. Überall laufen Männer mit Waffen herum und betrachten einen aufgrund seines femininen Aussehens wie ein Tier.

(Bisexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Südrussland, mittelgroße Stadt)

Nach dem Gesetz zum Verbot der Geschlechtsangleichung wurde es psychologisch sehr schwierig. Aufgrund der drohenden Wehrpflicht sind bei mir starke Selbstmordgedanken aufgekommen.

(Heterosexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Kleinstadt)

Wir baten die Befragten, die ein Bedürfnis nach einer Geschlechtsangleichung hatten oder haben (d. h. diejenigen, deren rechtlicher Geschlechtseintrag „männlich" ist oder einmal war), den Grad ihrer Angst vor einer möglichen Interaktion mit dem Militärkommissariat auf der Skala von 1 bis 10 einzuschätzen. Unter den trans Frauen, die ihren Geschlechtseintrag nicht ändern konnten, lag der Durchschnitt bei hohen 7,09. Diese Zahl ist etwa doppelt so hoch wie unter den trans Frauen, die ihren Geschlechtseintrag geändert haben (4,39). Es ist wichtig anzumerken, dass selbst nach der Änderung des Geschlechtseintrags in „weiblich" die Angst vor dem Kontakt mit dem Militärkommissariat weiterhin recht hoch bleibt. Das lässt sich durch das wahrgenommene Risiko erklären, dass der neue Geschlechtseintrag rechtlich nicht vollständig, endgültig oder irreversibel sein könnte (worauf die russischen Behörden regelmäßig hindeuten, siehe Kapitel 5.2 für Details)[215].

In einem modernen militarisierten Land sind trans Frauen im Umgang mit Militärkommissariaten und Einberufungskommissionen oft gezwungen, Informationen über ihre trans Identität preiszugeben (erzwungenes Coming-out), um eine Befreiung vom Wehrdienst (was bei der Mobilmachung aber keine Wirkung haben kann) zu erhalten. Das Verfahren zur Erlangung einer solchen Befreiung vom Wehrdienst umfasst mehrere Schritte. Es ist ratsam, sich von einem Psychiater ein Attest über die Diagnose F64.0 „Transsexualität" gemäß ICD-10 ausstellen zu lassen, dies dann dem Militärkommissariat zu melden, dann die Offenlegung dieses Status beim Psychiater und Therapeuten der medizinischen Kommission auf der Grundlage des Wehrersatzamtes, dann die Erlangung einer Überweisung von der medizinischen Kommission des Wehrersatzamtes für eine stationäre (persönliche) Untersuchung in einer staatlichen psychoneurologischen Klinik für mindestens 21 Kalendertage (in der Praxis ist die Dauer nicht gesetzlich geregelt), Durchführung einer solchen Untersuchung (Diskussion und Nachweis der Transidentität gegenüber Psychiatern, Psychologen und, falls in der Klinik Sexologen tätig sind, auch gegenüber diesen, Vorliegen einer Transidentität gemäß den medizinischen Kriterien (F64.0 „Transsexualismus" nach ICD-10)) .. Danach kann diese Diagnose von einer medizinischen Kommission bestätigt werden, und auf der Grundlage ihrer Entscheidung kann die Einberufungskommission beschließen, dass eine solche trans Frau für den Wehrdienst ungeeignet ist. In jeder dieser Phasen muss eine trans Frau mit männlichemGeschlechts-

eintrag ihre Transidentität nachweisen.

Dabei ist es nicht nur notwendig, diese Verfahren zu kennen, sondern auch die Kraft und das Selbstvertrauen zu haben, jede schwierige Phase zu durchlaufen. Da Russland sich geweigert hat, auf die ICD-11 umzustellen, in der Transidentität (Geschlechtsinkongruenz) entpathologisiert ist, hängt der rechtliche Status einer trans Person in diesem Land nicht von ihrer Selbstbestimmung ab, sondern davon, ob ein Arzt die Transidentität nach medizinischen Kriterien diagnostiziert oder nicht. Dabei werden Ärzte, die in der Einberufungskomissieon tätig sind, aktiv von den Prozessen beeinflusst, die in der russischen Gesellschaft stattfinden. Ihre Vorstellungen von trans Personen können nicht nur durch die von ihnen entwickelten internen Kriterien für Transsexualität beeinflusst werden, sondern auch durch die queerfeindlichen Gesetze in Russland, die Stereotypen und Vorurteile gegenüber trans Personen. Dies kann dazu führen, dass Ärzte im Militärkommissariat oder in einer dem Verteidigungsministerium unterstellten medizinischen Einrichtung, auf deren Gutachten sich die Militärkommissariate stützen, zu dem Schluss kommen (und zwar in jeder der oben beschriebenen Phasen), dass eine bestimmte trans Frau ihrer Meinung nach nicht alle Merkmale der Transidentität aufweist und daher nicht vom Wehrdienst befreit wird.

Diese Beschreibung zeigt deutlich, warum nicht alle trans Frauen unter den Bedingungen der Militarisierung und der zunehmenden queerfeindlichen Vorurteile in der Gesellschaft, die auch medizinische Fachkräfte beeinflussen, bereit sind, diesen schwierigen und anstrengenden Weg zu gehen, der es erfordert, ihre Transidentität wiederholt offenzulegen und sie gegenüber einer Vielzahl von Personen zu beweisen, von denen ihr Schicksal abhängt.

Wir stellten den queeren Frauen, die angegeben haben, dass sie ein Bedürfnis nach einer Geschlechtsangleichung hatten oder haben, zusätzlich Fragen zu ihren Erfahrungen mit dem Militärkommissariat vor und nach Februar 2022. Es stellte sich heraus, dass 59,7% der Transgender-Frauen ihre Geschlechtsidentität gegenüber dem Militärkommissariat verschwiegen. Bis Februar 2022 waren 1,6% der Befragten bei den Militärbehörden mit körperlicher Gewalt konfrontiert, 8,6% mit transphoben Beleidigungen, 9,8% mit Drohungen und 23% mit der Nichtbeachtung ihrer Diagnosen. Während 31,1% angaben, dass sie in diesem Zeitraum keinen Kon-

takt zum Militärkommissariat hatten, gaben 40,6% an, dass sie bei ihrem Besuch im Militärkommissariat in diesem Zeitraum keiner der genannten Formen von Gewalt oder Rechtsverletzungen ausgesetzt waren. Letzteres führten viele Befragte darauf zurück, dass sie sich in diesem Zeitraum ihrer weiblichen Geschlechtsidentität noch nicht bewusst waren und noch nicht mit der transfemininen Angleichung begonnen hatten.

Nach Februar 2022 waren 1,6% der Befragten mit körperlicher Gewalt im Militärkommissariat konfrontiert, 3,7% mit Drohnungen, 4,5% mit transphoben Beleidigungen und 11,9% mit der Nichtbeachtung von Diagnosen. Derzeit sind die „neuen" Formen der Diskriminierung und des Missbrauchs noch selten, aber auch sie sind bereits in der Praxis des Militärkommissariats zu finden: 1,6% wurden der „LGBT-Propaganda" beschuldigt, 2,9% des „Extremismus". Weitere 1,6% wurden zur Unterzeichnung eines Wehrdienstvertrags gezwungen. Interessanterweise waren davon nur die Befragten betroffen, die in städtischen Gebieten leben, während diejenigen, die in ländlichen Gebieten leben, davon überhaupt nicht betroffen waren. Bemerkenswert ist, dass in diesem Zeitraum im Gegensatz zum vorherigen der Anteil derjenigen geringer ist, die angaben, bei ihrem Besuch beim Militärkommissariat in diesem Zeitraum mit keiner der aufgeführten Formen von Gewalt oder Rechtsverletzungen konfrontiert worden zu sein (25%).

Das Auffälligste dabei ist der Anstieg der Anzahl von queeren Frauen, die keinen Kontakt zum Militärkommissariat hatten – von 31,1% vor dem Kriegsbeginn auf 57,8% danach. Dieser große Unterschied ist natürlich darauf zurückzuführen, dass der Zeitraum vor dem Ausbruch des umfassenden Krieges vergleichsweise viel länger ist als die drei Jahre des Krieges. In diesem Zusammenhang ist es aber wichtig zu erwähnen, dass trans Frauen bis Juli 2023 die Möglichkeit hatten, ihren Geschlechtseintrag offiziell zu ändern. Diese Möglichkeit gibt es nicht mehr, sodass die Zahl derjenigen, die nicht mit dem Militärkommissariat in Kontakt treten, zukünftig sinken wird. (Illustration 41)

Im Rahmen dieser Studie konnten wir mehrere Geschichten über unfreiwillige Interaktionen von trans Frauen mit dem Militärkommissariat sammeln, darunter einen Fall von gewaltsamer Einberufung einer trans Frau zum Wehrdienst (die Teilnehmerin der Studie leistete ihren Dienst im Landesinneren und war nicht an Kampf-

handlungen in der Ukraine beteiligt).

Bella erzählt in ihrem Interview, dass sie nicht über ihre Geschlechtsidentität beim Militärkommissariat sprechen wollte, da sie noch weitere Gesundheitsprobleme hatte, die sie für den Dienst untauglich machen würden. Dort wurde sie jedoch mit transphoben Beleidigungen konfrontiert, man weigerte sich, andere Gesundheitsprobleme als psychiatrische Diagnosen zur Kenntnis zu nehmen. Die nach russischem Recht in einem solchen Fall obligatorische Beobachtung in einer speziellen psychiatrischen Klinik führte ebenfalls zu Demütigungen und Drohungen sowie zu Misshandlungen durch das medizinische Personal.

> *Ich habe nur mit meinem Psychotherapeuten konkret über meine Identität gesprochen, aber mein Aussehen hat mich verraten, so sehr ich auch versucht habe, es zu verbergen. [...] Das Militärkommissariat hat mich in eine höllische staatliche Klinik geschickt, wo all das passiert ist. Ich hatte die Wahl: entweder ich spiele nach ihren Regeln oder ich gehe zum Wehrdienst. Übrigens wurde mir dort auch mit Vergewaltigung und Vertreibung in den Selbstmord gedroht. [...] Ich wurde in eine psychiatrische Klinik überwiesen (wo ich die benötigte Bescheinigung erhalten sollte), wo man mir fast die Haare abgeschnitten hat, mich mit „es" angesprochen und meine Sachen weggeworfen hat, die ich mitnehmen durfte. Außerdem lachten sie mir ins Gesicht und sagten mir viele unangenehme Dinge. Bei der Untersuchung haben mich die „Ärzte" auch dazu gezwungen, ihre Genitalien zu berühren, vor denen ich mich ekelte, und sie haben mich verspottet. [...] Letztendlich habe ich meine Sachen gepackt und so schnell wie möglich von dort verschwunden. Unterwegs habe ich eine Beschwerde geschrieben. Ich habe dann eine Bescheinigung erhalten, in der steht, dass ich so etwas wie eine sexuelle Störung habe. Ich habe keine Ahnung, was mich beim nächsten Mal beim Militärkommissariat erwartet.*
>
> *(Aus dem Interview mit Bella, Siririscher Föderationskreis)*

Die Verabschiedung des föderalen Gesetzes Nr. 386 hat in staatlichen Behörden Zweifel an der Gültigkeit der neuen Ausweispapiere von trans Frauen und trans Männern ausgelöst. Oft äußern sich diese Zweifel in offensichtlich rechtswidrigen Forderungen sei-

tens der Militärkommisariaten. Diese Situation ist ein potenzieller Ausgangspunkt für Willkür und eine direktere Ursache für psychische Gewalt gegen trans Frauen. Die Interviewteilnehmerin Tasja berichtet, dass sie, als sie nach der Änderung des Geschlechtseintrags in ihren Dokumenten sich beim Militärkommissariat abmelden wollte, mit der absurden Forderung konfrontiert wurde, einem Mitarbeiter des Militärkommissariats nachzuweisen, dass sie geschlechtsangleichende Operationen vorgenommen habe:

> *[Ich bin gekommen, um mich nach dem Wechsel meiner Dokumente abzumelden]. Ich bin zum Militärkommissar gegangen. Es gab folgendes Gespräch. Ich zeige meine Dokumente. Er sagt: „Wir glauben Ihnen nicht. Haben Sie vielleicht eine Operation gehabt? Das müssen Sie beweisen." Das heißt, meine Dokumente [...], eine rechtliche Tatsache, bedeuten ihm nichts.*
>
> *(Aus dem Interview mit Tasja, Föderationskreis Nordwest).*

> *Mir wurde die Abmeldung ohne Vaginoplastik verweigert, da ich nach meinem Wehrdienst einen militärischen Dienstgrad hatte. Weitere Anträge auf Änderung der Tauglichkeitskategorie und auf Abmeldung wurden auch ignoriert.*
>
> *(Homosexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

Nach dem Verbot der Geschlechtsangleichung können trans Frauen in amtlichen Dokumenten nicht den Geschlechtseintrag „weiblich" wählen. Dadurch stehen sie als rechtlich „männlich" eingestufte Personen ständig unter der Beobachtung vom Militärkommissariat (zum Beispiel zum Ziel der Mobilisierung). In einem Interview mit Aljona wird beispielsweise ein Fall beschrieben, in dem während einer Polizeirazzia in einem Nachtclub Druck auf eine vermutlich trans Frau ausgeübt wurde (siehe Kapitel 4 für weitere Informationen zu Razzien):

> *Die Person, die neben mir lag, mit männlichen Ausweispapieren und in einem Frauenkleid, wurde hochgehoben und gefilmt. [...] [Ebenfalls vor der Kamera] wurde sie gefragt, [wie sie heißt] und ob sie bereit sei, sofort in den Krieg*

zu ziehen. Das Video tauchte dann im Internet auf, einige Medien posteten es mit unverschleierten Gesichtern.

(Aus dem Interview mit Aljona, Föderationskreis Nordwest)

Die Legitimierung von Gewalt gegen LGBTQ-Personen und der Druck auf sie als „in extremistische Aktivitäten involviert" erhöhen für trans Frauen das Risiko von Missbrauch und Gewalt durch das Militärkommissariat erheblich. Seit der Mobilmachung in Russland ist es durch die strengere Kontrolle der Einberufungsunterlagen am Arbeitsplatz noch schwieriger geworden, Kontakt mit dieser Behörde zu vermeiden. Das heißt, eine trans Frau, die ihre Dokumente nicht ändern konnte und versucht, dem Militärkommissariat zu entkommen, kann ihren Arbeitsplatz verlieren oder Schwierigkeiten bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz haben. All diese Faktoren zusammen führen bei trans Frauen zu Depressionen, Selbstmordgedanken und sogar zu tatsächlichen Selbstmordversuchen, insbesondere wenn sie unfreiwillig zum Militärdienst einberufen werden:

Es hat sich so ergeben, dass ich nicht einmal als wehrpflichtig registriert bin. Wenn ich doch einen Job finde, werde ich wahrscheinlich eingezogen. Ich habe nicht vor, meine Geschlechtsidentität zu verheimlichen. Wenn ich zum Militärdienst einberufen werde, werde ich bei der ersten Gelegenheit Selbstmord begehen, denn die Armee bedeutet natürlich eine einjährige Detransition [Unterbrechung der Geschlechtsangleichung].

(Bisexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Südrussland, mittelgroße Stadt)

[Nachdem mir gekündigt wurde] gelang es mir nicht, eine Arbeit zu finden, weil ich keine Befreiung vom Militärdienst hatte… man konnte mich einfach nirgends einstellen. Ich hatte keine Bescheinigung über die Befreiung und keinen Militärausweis, nichts, was mir helfen könnte. [...] Einen ganzen Monat lang suchte ich nach einer Arbeit, egal ob legal oder illegal, einfach irgendetwas, um meinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Schließlich war mein finanzielles Polster aufgebraucht. Ich wohnte mit einem Kumpel zusammen, der eine Zeit lang bereit war, die Miete zu bezahlen, auch meinen Anteil. Aber schließlich hatte er es satt und sagte, ich solle zum Militärkommissariat gehen, um

entweder eine Bescheinigung oder einen Militärausweis zu beantragen oder einen Verlängerung der Zeit vor der Einberufung zu erhalten. Ich war deswegen sehr besorgt. ... Das Geld ging wieder für weitere Monate drauf, in denen ich überlegte, ob ich zum Militärkommissariat gehen oder doch lieber irgendwie einen Job suchen sollte. Da ich aber mental schon stark gelitten hatte, gab ich einen Teil meines Geldes auch für einen Psychologen und einen Psychiater in einer Privatklinik aus. Es stellte sich heraus, dass ich die Diagnose „generalisierte Angststörung" hatte. Es gab Atteste, es gab alles ... Am Ende schickte mich der Freund doch zum Militärkommissariat, und ich ging dorthin. [...] Ungeachtet der Atteste, die ich vorlegte, schickten sie mich zur nächsten Stufe der medizinischen Kommission in die Verteilungsstelle. Meine Atteste wurden, grob gesagt, einfach zerknüllt und das war's. Ich hatte einen schweren Angstanfall. Auch darüber haben sie die Augen verschlossen.

(Interview mit Rey, Zentraler Föderationskreis)

In ihrem Interview beschreibt dieselbe Befragte genauer, womit sie während ihres Wehrdienstes konfrontiert war (wobei sie betont, dass sie insgesamt Glück hatte, von bestimmten Personen anständig behandelt worden zu sein). Der Hauptgrund für ihren Selbstmordversuch war die verstärkte Geschlechtsdysphorie aufgrund fehlender Hormonersatztherapie und des Aufenthalts in einer als „männlich" gekennzeichneten Gruppe in der Rolle eines Mannes. Sie berichtet auch von einer depressiven Episode, ausgelöst durch Nachrichten über repressive Gesetze gegen LGBTQ-Personen, und von dem Gefühl, dass eine Geschlechtsangleichung für sie nie mehr möglich sein würde. Es ist anzumerken, dass die Einberufung der Befragten zum Wehrdienst nicht rechtmäßig war, da bei ihr die Diagnose F64.0 („Transsexualismus" nach ICD-10) festgestellt worden war, was bedeutet, dass sie für den Dienst in Friedenszeiten als untauglich eingestuft werden sollte (zur Erinnerung: In der Russischen Föderation wurde immer noch kein Kriegsrecht ausgerufen):

Da ich das Attest F64.0 mitgebracht hatte, war ich bereits als trans Person bekannt. [...] Über die Ukraine wurde gesagt, dass es in ihrer Armee Schwule und Transgender gibt [...] Der Schreiber [in der Armee], der Zugang zu unseren Pässen hatte, zeigte allen mein Foto mit langen blauen

Haaren. Die anderen Soldaten lachten und fragten, ob ich auch „eine von denen" sei. [...] Dabei hatte ich wohl Glück mit meinen Vorgesetzten. Wenn man sie respektiert, lassen sie einen in Ruhe...

Wir arbeiteten zwei Monate lang auf dem Gelände, und ich bekam eine Depression. Ich hatte Gedanken, dass ich nie wieder zur Hormontherapie zurückkehren würde, dass all das jetzt verboten war und ich nicht [aus Russland] ausgehen konnte. [...] Ich hatte einen schweren depressiven Anfall, der zu einem Selbstmordversuch führte: Ich habe mir die Pulsadern aufgeschnitten. [...]

Je näher das Ende meines Dienstes gekommen war, desto erschreckender wurde mir, dass ich [nach der Armee] [nie wieder ich selbst sein würde], da so viele Gesetze verabschiedet worden waren. [...] Auslöser für meine Depression war die Atmosphäre in Russland nach der Verabschiedung der Gesetze. [...] Ich habe beschlossen, dass alles vorbei ist, [dass ich keine Zukunft habe]. Ich hatte eine sehr schwere Dysphorie. Ich hatte nur einen Gedanken: dass mir alles leid ist, dass ich so nicht mehr weitermachen will.

(Aus dem Interview mit Rey, Föderationskreis Zentralrussland)

Am 21.09.2022 wurde in Russland die Mobilmachung ausgerufen. Der entsprechende Erlass des Präsidenten führte eine unbefristete Wehrpflicht für alle ein, die zum Zeitpunkt der Verkündung der Mobilmachung einen Wehrdienstvertrag abgeschlossen hatten (wie im Fall von Askatla), und seit diesem Datum ist eine Entlassung nur noch aufgrund des Alters (im Fall von Askatla sind das 65 Jahre), des Gesundheitszustands oder einer Freiheitsstrafe möglich. Es gibt keine Gründe für eine Kündigung des Vertrags aus gesundheitlichen Gründen für Askatla (da Trans-Sein kein solcher Grund ist und die Liste der „medizinischen" Gründe nach der Invasion erheblich gekürzt wurde).[216] Die Inhaftierung einer offen transgender Frau mit männlichem rechtlichem Geschlechtsmerkmal würde dazu führen, dass sie ihre Strafe in einem Männerstraflager oder einem Männergefängnis verbüßen müsste, was ein hohes Risiko für sexualisierte Gewalt und einen Mangel an Sicherheitsmöglichkeiten mit sich bringt. Nach der Mobilisierung begann Askatla eine romantische Beziehung mit einem jungen Mann aus der Ukraine, den sie nie gesehen hatte, mit dem sie aber eine Familie gründen wollte.

Solange in Russland noch das Gesetz zur Geschlechtsangleichung in Kraft war, konnte sie (aufgrund der Mobilmachung) keine Genehmigung des Commandements erhalten, sich einer privaten medizinischen Kommission in Moskau zu unterziehen und eine legale Geschlechtsangleichung vornehmen zu lassen. Von Chabarowsk aus sind das mehr als 8.000 km. In der Region Chabarowsk selbst gab es keine solchen Kommissionen (Zum Einfluss der Region, in der man lebt, auf die Verfügbarkeit von Geschlechtsumwandlungen vor Einführung des entsprechenden Verbots siehe auch Kapitel 5.2). Derzeit kann sie nicht nur wegen der Unmöglichkeit, die Militäreinheit zu verlassen, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass die Geschlechtsangleichung in Russland gesetzlich verboten ist, keine rechtliche Geschlechtsumwandlung vornehmen lassen.

So wurde Askatla zur Geisel des Staates: Sie weigert sich zu kämpfen, aber der Staat entlässt sie nicht aus dem Militärdienst. Aufgrund von Gesetzesänderungen seit dem 24.09.2022 wird das eigenmächtige Verlassen der Militäreinheit im Falle einer Mobilmachung ausschließlich mit einer Freiheitsstrafe von 5 bis 10 Jahren geahndet.[217]

Die Militarisierung der Gesellschaft, zunehmende Homophobie und Transphobie sowie die Straffreiheit bei Gewalt gegen LGBTIQ-Personen und die Unmöglichkeit, den Geschlechtseintrag „weiblich“ in amtlichen Dokumenten zu wählen, gefärden trans Frauen durch psychische Traumata, Demütigung, Gewalt und Selbstmord, solange in Russland weiterhin die Wehrpflicht Mobilisierung besteht.

Illustrationen zum Kapitel 7.

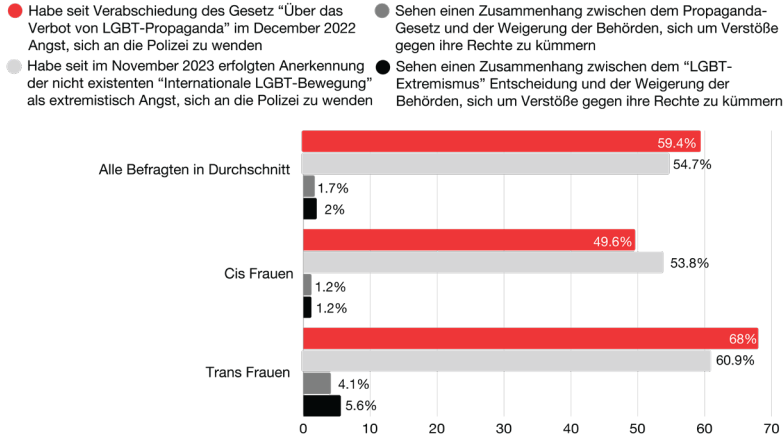


Illustration 41. Einfluss das föderalen Gesetze „Über das Verbot von LGBT-Propaganda“ und der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs über „LGBT-Extremismus“ auf das Misstrauen von queeren Frauen den Behörden, %

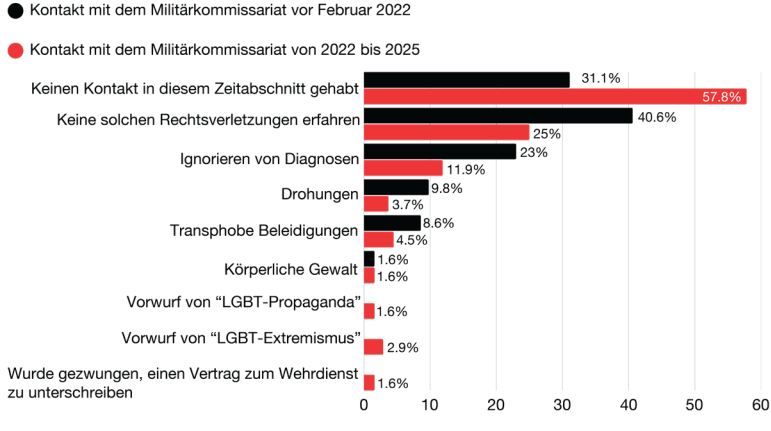


Illustration 42. Gewalt oder Rechtsverletzungen in Militärkommissariaten: vor und seit Februar 2022 (trans Frauen), %

Kapitel 8. Verstöße und Diskriminierung im Bereich der Medizin, der körperlichen Selbstbestimmung und der reproduktiven Rechte von queeren Frauen

§1 Zugang zur medizinischer Versorgung

Forschende weisen darauf hin, dass ein wichtiger Bestandteil der anti-gender Bewegung Angriffe auf die Geschlechtergleichstellung im Bereich der Gesundheit und medizinischer Versorgung sind. Rechtskonservative Politiker*innen punkten mit der Umsetzung entsprechender Einschränkungen für Frauen* und LGBTIQ-Personen.[218]

Die Anti-Gender-Bewegung als Teil des Rechtsrucks in Russland, das einen Krieg führt, und in Europa ähnelt sich darin, dass die Vorstellung von „Gender-Ideologie" Homophobie und Transphobie mit Fremdenfeindlichkeit verbindet. So betonen die Vertreter der Anti-Gender-Bewegung, dass das Wort „Gender" nicht in nationale Sprachen übersetzt werden kann, und verbinden es damit mit einer ausländischen oder internationalen Verschwörung: Im Falle Europas sind die Initiatoren oft „Beamte aus Brüssel",[219] im Falle Russlands der „globale Westen".[220] **Gleichzeitig beobachten wir im kriegführenden Russland, wie der Rechtsruck, der seine öffentliche Rhetorik aus der Anti-Gender-Agenda schöpft, den Autoritarismus verstärkt, das Vertrauen in öffentliche Institutionen untergräbt und den Druck auf die Zivilgesellschaft verschärft – bis hin zur Möglichkeit, bestimmte Gruppen (in unserem Fall queere Frauen) in ihrem Recht auf das höchstmögliche Maß an Gesundheit, einschließlich reproduktiver Gesundheit und körperlicher Autonomie, einschränken kann.**

Von den Befragten geben nur 43,7% der queeren Frauen an, dass sie noch nie Probleme hatten, medizinische Versorgung zu erhalten. Zu den häufigsten Problemen beim Zugang zur Versorgung gehören die respektlose Herangehensweise von Ärzt*innen (25,5% der Befragten haben sie erfahren) und die un-

angebrachte Neugierde von medizinischem Personal (24,8% der Befragten berichteten davon). Weitere 21% der Befragten geben an, dass sie aus Angst vor Diskriminierung oder Respektlosigkeit seitens der Ärzt*innen darauf verzichtet hatten, medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen oder ihre Behandlung abgebrochen hatten.

Transgender Frauen weichen am stärksten von den Durchschnittswerten der Stichprobe ab. Unter ihnen treten noch mehr Probleme mit der medizinischen Versorgung auf. Nur 27,4% der transgender Frauen geben an, dass sie nie Probleme bei der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen hatten. Dasselbe antworten 51,5% der cisgender Frauen, 51,1% der nicht-binären Personen auf dem maskulinen Spektrum, 41,5% der nicht-binären Personen auf dem femininen Spektrum und 36% der intersexuellen Frauen. Außerdem haben 40,1% der trans Frauen rücksichtsloses Verhalten von Ärzt*innen erlebt, fast doppelt so häufig wie cis Frauen (22,3%), 8% häufiger als intersexuelle Frauen (32,0%) und 11% häufiger als nicht-binäre Personen auf dem femininen Spektrum (29,5%).

Es gibt ein ähnliches Verhältnis zwischen den Kategorien von queeren Frauen, die psychologischen Druck seitens Ärtz*innen erlebt haben. Am stärksten sind trans Frauen betroffen – 15,2%, dann intersexuelle Frauen – 12%, danach nicht-binäre Personen auf dem femininen Spektrum – 8,5%, dann nicht-binäre Personen auf dem maskulinen Spektrum – 6,1% gefolgt von cis Frauen mit 3,4%. Während 4,9% der cisgender Frauen, 6,1% der nicht-binären Personen auf dem maskulinen Spektrum, 9,3% der nicht-binären Personen auf dem femininen Spektrum und 12% der intersexuellen Frauen ihre Ärzt*in aufgrund ihrer negativen Einstellung oder Ablehnung der Behandlung wechseln mussten, liegt der Anteil der transgender Frauen bei 21,8%. Das ist fast fünfmal mehr als der niedrigste und fast doppelt so viel wie der höchste Prozentsatz in anderen Gruppen. (Illustration 42)

Diese Ergebnisse können im Zusammenhang damit interpretiert werden, dass das nicht-cis-heteronormative Aussehen der Patientinnen unprofessionelles und unpassendes Verhalten der Mediziner*innen auslöst. Dabei ist nicht nur das Aussehen selbst von Bedeutung, sondern auch die Notwendigkeit, über die Transition als wichtiges Teil der Anamnese zu sprechen: Aus diesem Grund können trans Frauen sowohl mit „weiblichen" als auch mit „männ-

lichen" Geschlechtsmerkmalen mit Beleidigungen oder Ablehnung konfrontiert werden:

> *Zumeist mache ich solche Erfahrungen — Ärzten verweigern die Behandlung, bitten mich zu gehen. Meistens findet der Termin zwar statt, aber dann folgt der Satz „Kommen Sie das nächste Mal nicht zu mir" [...] Misgendering: „Moment Mal, Herr <weiblicher Name, Vatersname>".*
>
> *(Pansexuelle trans Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Ich bin sehr oft mit Diskriminierung konfrontiert, man kann sagen – überall. Im Krankenhaus zum Beispiel hat man mich nicht einmal über die Rezeption hinaus gelassen. Ich zitiere: „Der Platz für psychisch Kranke ist in der Psychiatrie, nicht unter normalen Menschen."*
>
> *(Heterosexuelle trans Frau, 19–25 Jahre alt, Föderationskreis Sibirien, Millionenstadt)*

> *Schwierigkeiten und/oder Unmöglichkeit, medizinische Leistungen für trans Personen zu erhalten. Ich war in einem örtlichen Krankenhaus. Die medizinischen Mitarbeiter, die nicht wussten, dass ich eine trans Frau bin, behandelten mich recht höflich (die Frauen in meinem Zimmer waren sogar sehr freundlich). Aber als das medizinische Personal von meiner Transidentität erfahren hat, begann die Hälfte von ihnen mich mit männlichen Pronomen anzusprechen, obwohl ich laut meinen Dokumenten eine Frau bin. Ich bin froh, dass die andere Hälfte mich weiterhin mit meinem Namen und den richtigen Pronomen ansprach, ohne Abscheu.*
>
> *(Bisexuelle trans Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Süd, Millionenstadt)*

Im Interview beschreibt eine der Befragten (trans Frau, die den Geschlechtseintrag noch nicht geändert hat) einen solchen Fall:

> *Ich würde sagen, dass es Fälle von Ablehnung gab, die mit meiner Geschlechtsangleichung zu tun hatten, sowie ein üblicher Arzttermin, bei dem ich wegen meines*

untypischen Aussehens weggeschickt wurde. Vor den Gesetzen wurde ich ohne Schwierigkeiten behandelt, danach bekam ich nichts als Spott, Beleidigungen und Verachtung. ... Das war sowohl in privaten als auch in staatlichen Kliniken so.

Manchmal gab es Fälle, in denen sie doch zustimmten [mich aufzunehmen], aber ich bin dann von mir aus gegangen. Ich fühlte mich unwohl wegen des Spottes, der Verachtung oder wenn ich sagte, dass ich eine t[rans]-Frau bin und darum bat, mich entsprechend zu behandeln, und man mir dann den Pronomen „er" oder „es" ins Gesicht klatschte. Es gab Fälle, in denen eine Ärztin während der Sprechstunde absichtlich ihre Kollegen in ihr Büro gerufen hat, damit sie sich das „Exponat" anschauen konnten, das zu ihr in die Sprechstunde gekommen war.

(Interview mit Bella, 19-25 Jahre, Sibirischer Föderationskreis)

Nicht nur das unpassende Verhalten und die Antipathie der Ärzt*innen, sondern auch ihre mangelnde Qualifikation und ihr fehlendes Wissen über die medizinischen Bedürfnisse von queeren Frauen können queere Frauen erheblich dabei hindern, adäquate medizinische Versorgung zu erhalten. Dies wird insbesondere durch die hohe Häufigkeit von Problemen bei der Gesundheitsversorgung von intersexuellen Frauen bestätigt. So werden letztere häufiger als trans Frauen in medizinischen Einrichtungen mit der Missachtung ihrer Bedürfnisse konfrontiert: 24% bzw. 18,3% (cis Frauen und nich-binäre Personen auf dem femininen und auf dem maskulinen Spektrum sind weniger davon betroffen — jeweils 9,9%, 14% und 4,1%). Zudem verzichten trans Frauen deutlich häufiger darauf, eine*n Ärzt*in zu besuchen, weil sie negative Reaktionen oder Respektlosigkeit befürchten – 37,6% wählten diese Antwortoption, verglichen mit 24% der intersexuellen Frauen, 22,5% der nicht-binären Personen auf dem femininen Spektrum, 18,4% der nicht-binären Personen auf dem maskulinen Spektrum und 18% der cis Frauen. Wir können also davon ausgehen, dass die Schwierigkeiten, ihre gesundheitlichen Bedürfnisse zu befriedigen, für queere Frauen in Russland mit einer Missachtung der Würde von Patient*innen zusammenhängt, deren Selbstdarstellung nicht mit ihrem Körper übereinstimmt oder die in irgendeiner Weise eine Ge-

schlechtsinkongruenz empfinden, was insbesondere für nicht-binäre Menschen relevant ist. Queere Frauen in Russland sind mit der mangelnden Bereitschaft des Gesundheitssystems konfrontiert, die Besonderheiten und Bedürfnisse kleiner Gruppen zu berücksichtigen, wie beispielsweise die Notwendigkeit einer Geschlechtsangleichung oder die Besonderheiten von Intersexualität. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass das Gesundheitssystem heterogen ist: Es umfasst Fachleute mit unterschiedlichem Ausbildungsniveau, unterschiedlichen Ansichten und professionellen Herangehensweisen. Wir stützen uns hier nur auf die Aussagen, die uns queere Frauen im Rahmen der Umfrage mitgeteilt haben, wobei wir uns bewusst sind, dass ihre Erfahrungen nur einen Teil, aber nicht die gesamte Bandbreite der Interaktion mit dem Gesundheitssystem in Russland widerspiegeln.

Man kann annehmen, dass die zweite Problemart akuter ist, da drei Untergruppen der Umfrage, bei denen die Probleme bei der Gesundheitsversorgung am höchsten sind, genau diejenigen sind, die mit der größten Wahrscheinlichkeit eine*n Ärzt*in wegen morphologischen oder hormonellen körperlichen Veränderungen aufsuchen: transgender Frauen, intersexuellen Frauen und nicht-binäre Personen auf dem femininen Spektrum. An unserer Umfrage zur Lage von queeren Frauen in Russland haben fast keine trans Männer teilgenommen, die ebenso wie trans Frauen zumeist geschlechtsangleichenden Maßnahmen benötigen. Daher lässt sich die Tatsache, dass die nicht-binären Personen auf dem maskulinen Spektrum im Vergleich zu anderen Untergruppen seltener auf Problemen in der Gesundheitsversorgung stoßen, dadurch erklären, dass bei einem Großteil dieser Personengruppe keine für Ärzt*innen sichtbaren körperlichen Veränderungen vorliegen.

Diese Situation weckt Besorgnis um die Gesundheit von queeren Frauen in Russland, die einen nicht-cis-normativen Körper und nicht-cis-heterosexuelle Identität haben (siehe Kapitel 8.4 für weitere Details). Die Situation wird dadurch erschwert, dass das im Juli 2023 verabschiedete Bundesgesetz “Zum Verbot der Geschlechtsumwandlung” die Verpflichtung der Ärzt*innen, solche Körper im Rahmen der medizinischen Versorgung zu “normalisieren”, faktisch im Rechtssystem verankert hat. In einigen Fällen kann dies zu einer Zunahme von Stigmatisierung und Diskriminierung führen, wobei die tatsächlichen Auswirkungen von der Anwendung der Gesetze

und den konkreten Behandlungsfällen abhängen werden:

> *Die schlimmste medizinische Misshandlung in meinem Leben ist, dass ich Opfer von verstümmelnden Operationen an den Genitalien intersexueller Babys geworden bin. ... Versuche, Intersexualität durch Eingriffe zu „korrigieren", die medizinisch nicht notwendig sind, sind ein sehr wichtiger Aspekt der Verletzung der Rechte queerer Menschen.*
>
> *(Homosexuelle intersexuelle Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Ich habe keinen Zugang zu der medizinischen Versorgung, die ich benötige. Beispielsweise kann eine Hysterektomie nur aufgrund von Myomen, Krebs usw. durchgeführt werden, aber keinesfalls aufgrund der physischen und psychischen Leiden, die das Vorhandensein dieses Organs verursacht. Eine Operation im Ausland ist zwar möglich, erfordert jedoch enorme finanzielle Mittel, über die ich nicht verfüge.*
>
> *(Bisexuelle nicht-binäre Person auf dem maskulinen Spektrum, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, mittelgroße Stadt)*

> *Ich habe lange Zeit über eine Mastektomie nachgedacht, Geld gespart und mich sogar schon von einem Chirurgen beraten lassen, aber jetzt steht mir diese Option auf dem Weg zu mir selbst in Russland nicht mehr zur Verfügung.*
>
> *(Homosexuelle nicht-binäre Person auf dem maskulinen Spektrum, 26–35 Jahre alt, Nordwest-Föderationskreis, Großstadt)*

Das Thema Diskretion gewinnt besonders an Bedeutung unter transgender Frauen, denen es bei Ärzt*innenbesuchen deutlich schwerer fällt, ihre Nicht-Heteronormativität zu verbergen, ohne dass die Qualität der medizinischen Versorgung darunter leidet. Die häufigsten Gründe dafür sind die Hormonersatztherapie und die fehlenden geschlechtsangleichenden Operationen (zu den Problemen beim Zugang zu diesen siehe Kapitel 8.4):

> *Ich versuche, Besuche medizinischer Einrichtungen und Fachärzte (Gynäkologen, Urologen, Endokrinologen)*

zu vermeiden, außer in Notfällen – denn in Russland ist Schweigepflicht sehr relativ.

(Bisexuelle trans Frau, 36-45 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Allgemeinmediziner stehen mir zur Verfügung, aber sobald es um intime Bereiche/Genitalien geht, bin ich gezwungen, entweder einen privaten [queer-] friendly Spezialisten zu suchen oder ganz auf den Arztbesuch zu verzichten, selbst wenn meine Gesundheit gefährdet ist. Der Grund dafür ist die Angst vor Entdeckung und die Politik, die auf die Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht abzielt.

(Homosexuelle trans Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Im Interview erzählt die Befragte (eine trans Frau, die Geschlechtseintrag auf „weiblich" gewechselt hat) mehr:

Ich brauche gerade einen Mammologen, weil ich komische Schmerzen habe, die mich stören. [Um nicht geoutet zu werden] kann ich nur zu einem privaten Arzt gehen.

(Interview mit Swetlana und Eva, Föderationskreis Zentralrussland)

Eine andere Befragte, die es nicht geschafft hat, ihr Geschlechtseintrag zu ändern, und vor weniger als einem Jahr mit der Hormonersatztherapie begonnen hat, macht sich Sorgen darüber, wie sie in Zukunft in Russland medizinische Hilfe erhalten kann (ihr Fall wird durch angeborene Gesundheitsstörungen erschwert):

Bald bekomme ich sichtbare körperliche Veränderungen, und ganz sicher beginnen Problemen mit Ärzten… ihre Fragen, „Warum hat dieser Mann Busen?"

(Interview, Sky, Föderationskreis Wolga)

Frauenarztbesuche sind für queere Frauen besonders problematisch. Aus Angst vor Ablehnung schweigen viele queere Frauen über homosexuelle Beziehungen, selbst wenn sie mit unangenehmen Situationen konfrontiert sind oder von Ärzt*innen keine sachgerechte Beratung erhalten.

Ich habe meine sexuelle Orientierung in medizinischen Einrichtungen nie offengelegt. Die Angst, diskreditiert zu werden, ist größer als die Unmöglichkeit, eine adäquate medizinische Versorgung zu erhalten.

(Bisexuelle cis Frau, 19-25 Jahre Alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Die Termine beim Frauenarzt haben mir richtig viel Stress gemacht, ich habe unhöfliche Kommentare gehört, hatte das Gefühl, dass ich exotisiert wurde, und musste mir ungebetene Ratschläge zu meinem Lebensstil und meiner Sexualität anhören.

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Beim Arztbesuch wurde mir vorgeworfen, keinen Geschlechtsverkehr zu haben.

(Asexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)

Ich lüge beim Frauenarzt, weil ich Angst habe zu sagen, dass ich Sex mit Frauen habe.

(Bisexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Die Abneigung oder Inkompetenz der Ärzt*innen führt dazu, dass man sich an Privatärzt*innen wenden muss, was eine erhebliche Belastung für das Budget mit sich bringt. Dies führt auch zu einer übermäßigen Belastung für bestimmte Ärzt*innen, die sich unter Bekannten in der Queer-Community als kompetent und seriös erwiesen haben:

… es gibt weniger „[queer]-friendly" Ärzte im Land, und die Preise der verbleibenden sind astronomisch hoch.

(Homosexuelle nicht-binäre Person auf dem maskulinen Spektrum, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Ich habe das Gefühl, dass ich nur Privatärzte in Privatpraxen aufsuchen kann, da ich den Ärzten in staatlichen Kliniken nicht vertrauen kann und Angst vor Gewalt ihrer-

seits habe.

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Es ist praktisch unmöglich, einen vernünftigen Frauenarzt zu finden. Nun ja, oder 10.000+ pro Termin. [...] Den meisten Ärzten kann man einfach nichts über sich selbst erzählen. Die Reaktion wäre, als hätte ich gesagt, ich sei ein Pädophiler.

(Homosexuelle cis Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Es ist schwer, die Frauenärztin zu wechseln (ich habe keinen Kontakt zur lokalen Community und versuche generell, mich nicht öffentlich zu zeigen ...).

(Pansexuelle homoromantische nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)

Meine Partnerin kann fast keine Gesundheitsleistungen über die gesetzliche Krankenversicherung in Anspruch nehmen, wir suchen nach privaten Ärzten, was für unsere Familie eine große finanzielle Belastung ist.

(Bisexuelle cis Frau, 46-55 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

Ich habe Zugang zu Ärzten, denen ich vertraue, und es ist sehr teuer.

(Bisexuelle cis Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Angesichts des traditionellen Mangels an medizinischer Versorgung in der russischen gesetzlichen Krankenversicherung, die die Bedürfnisse von queeren Menschen berücksichtigt, war es auch wichtig, dass Aktivist*innen und NGOs oft entsprechende Hilfe organisierten. Im dritten Jahr des großangelegten Krieges und des zunehmenden Drucks auf die Zivilgesellschaft in Russland – insbesondere nach der Kriminalisierung der „Internationalen LGBT-Bewegung“ im November 2023 – haben viele LGBTQI-Organisationen ihre Beratungsdienste ins Internet verlagert und die öffentliche Unterstützung für solche Offline-Dienste praktisch eingestellt. Viele Fachkräfte, die weiterhin mit queeren Menschen arbeiten, arbeiten

aufgrund der Risiken queersensibler Gesetzgebung nur mit denen, die bereits ihre Kund*innen sind, oder auf deren Empfehlung hin. Infolgedessen ist es schwieriger geworden, in ihrer Stadt offline medizinische und psychologische Hilfe zu erhalten:

> *Schwierigkeiten bei der Suche nach psychologischer Hilfe aufgrund der Schließung von Organisationen, die ich kannte und die [queer-]friendly Therapeuten zur Verfügung stellten.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Ural, Millionenstadt)*

Die Frauenheilkunde in den postsowjetischen Ländern ist grundsätzlich problematisch. Da sie viele Praktiken aus der Sowjetzeit übernommen und weitergeführt haben, behandeln Ärzt*innen dieser Fachrichtung Frauen* oft mit Geringschätzung. In der postsowjetischen Frauenheilkunde werden die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Patient*innen nicht weit wertgeschätzt. Dadurch können die Mediziner*innen Situationen, in denen ihre Patient*innen Schmerzen oder Scham empfinden,[221] als selbstverständlich hinnehmen.

In der Studie werden die Teilnehmer*innen gefragt, ob sie derzeit Zugang zu gynäkologischer Versorgung haben. Aus den Antworten lassen sich zwei große Gruppen erkennen: 31% der queeren Frauen stimmen zu, dass sie solchen Zugang haben, jedoch unregelmäßig, entweder außerhalb ihrer Heimatstadt oder bei Ärzt*innen, die ihr Vertrauen nicht ausreichend genießen. Andere 30,7% stimmen zu, dass sie Angst haben, frauenärztliche Hilfe aufzusuchen, weil sie befürchten, dass die Ärzt*innen ungebildet oder unqualifiziert sind. Weitere 22,3% der queeren Frauen geben an, dass sie Angst haben, frauenärztliche Hilfe aufzusuchen, weil sie fürchten, Homo- oder Transphobie, Verurteilungen oder Beleidigungen zu erleben, und noch 16% weil sie fürchten, dass ihr Privatleben öffentlich gemacht wird (sexuelle Beziehungen und geschlechtsangleichende Operationen). Nur 23,1% der queeren Frauen, weniger als ein Drittel, teilen mit, dass sie einen regelmäßigen Zugang zu vertrauenswürdigen Frauenärzt*innen haben. (Illustration 43)

Bemerkenswert ist die unterschiedliche Einschätzung von queeren Frauen hinsichtlich ihres Zugangs zu gynäkologischer Versorgung je nach Region, in der sie leben. Regelmäßigen Zugang zu

vertrauenswürdigen Ärzt*innen haben meist queere Frauen, die im Föderationskreis Zentralrussland (26,7%), Föderationskreis Nordwest (22,9%) und Föderationskreis Ural (23,4%) leben. In all diesen Regionen befinden sich die größten Städte Russlands mit einer entwickelten urbanen Kultur (Moskau, Sankt Petersburg und Jekaterinburg). In anderen Gebieten haben queere Frauen deutlich seltener Zugang zu vertrauenswürdigen Ärzt*innen: 20,7% der Befragten haben ihn im Föderationskreis Sibirien, 17,7% im Föderationskreis Wolga, 15,7% in Süd und 15% in Fernost.

Aufgrund der geringen Stichprobengröße (16 Personen, weniger als 1% der Gesamtzahl) können wir die Situation hinsichtlich des Zugangs zu frauenärztlicher Versorgung im Föderationskreis Nordkaukasus nicht zuverlässig beurteilen. Das zugegeben kann man vermerken, dass queere Frauen aus diesem Gebiet erheblich häufiger von dem fehlenden Zugang zu gynäkologischer Versorgung berichten: 6,3% im Vergleich zu 0,9% im Föderationskreis Zentralrussland, 2,1% in Nordwest, 3,7% in Süd, 1,7% in Wolga, 2,6% im Ural, 1,2% in Sibirien und 2,5% in Fernost. Auffällig ist auch, dass in allen anderen Föderationskreisen queere Frauen viel häufiger Bedenken bezüglich der mangelnden Kompetenz der Frauenärzt*innen (über 30% in allen Föderationskreisen außer dem Föderationskreis Süd – 23,1% und dem Föderationskreis Ural – 26,6%) oder bezüglich Homophobie und Transphobie ihrerseits (mehr als 20% in allen Föderationskreisen außer dem Föderationskreis Ural – 19,5%) haben, als bezüglich der Offenlegung ihres Privatlebens. Unter queeren Frauen, die im Föderationskreis Nordkaukasus leben, ist dieses Verhältnis umgekehrt. Während 18,8% die Inkompetenz des*der Frauenärzt*in oder deren Homo- und Transphobie befürchten, machen sich 25% Sorgen, dass ihr Privatleben offengelegt werden kann. Dies kann man als einen weiteren Beweis für die verstärkte Kontrolle über die Sexualität und die Gesundheit der Frauen in dieser Region betrachten, was für sie die Qualität der Versorgung und den respektvollen Umgang in der Ärzt*inpraxis zu einem weniger wichtigen Faktor macht als Vertraulichkeit. Zu beachten ist, dass unter queeren Frauen in diesem Gebiet der Anteil derjenigen, die keinen Bedarf an frauenärztlicher Versorgung empfinden, deutlich weniger als in den anderen Föderationskreisen ist: 12,5% verglichen mit 25,7% bis 34,3% in den anderen Föderationskreisen. (Illustration 44)

Einige Befragte geben an, dass sie die Ärzt*inbesuche aus

Angst vor Schweigepflichtverstoß oder Misshandlung vermeiden:

> *Es macht mich unwohl, mich wegen meiner Identität an Mediziner zu wenden, darum vermeide ich, medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 36-45 Jahre alt, Föderationskreis Süd, mittelgroße Stadt)*

> *Mangelndes Verständnis von medizinischem Personal wegen [homosexueller] Orientierung und Childfree Einstellung.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

> *Ich habe einfach Angst, zum Arzt zu gehen (obwohl ich es brauche), Angst um meine Rechte (sogar um die, die mir noch geblieben sind), die mir langsam genommen werden.*
>
> *(Homosexuelle trans Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*
>
> *Ich habe keinen Frauenarzt besucht, da ich einfach nicht wusste, wie ich die Fragen beantworten soll. Ich habe Sex, ich nutze keine Verhütungsmittel, aber es gibt kein Schwangerschaftsrisiko – wieso? Ich gehe nicht [zum Frauenarzt], weil ich Verurteilung befürchte.*
>
> *(Interview mit Alice, Föderationskreis Nordwest)*

Dennoch geben nur ein kleiner Prozentsatz der Befragten (1,7%) an, dass sie überhaupt keinen Zugang zu gynäkologischer Versorgung haben. Dieser niedrige Prozentsatz besteht zu einem großen Teil aus zwei Untergruppen: wesentlich geringer aus nichtbinären Personen auf dem femininen Spektrum (1,9%) und erheblich aus trans Frauen (7,6%).

Aufgrund der begrenzten Stichprobengröße in dieser Studie und der geringen Anzahl dieser Gruppe (aus rechtlichen und insbesondere wirtschaftlichen Gründen) ist es schwierig, das Thema der Frauenheilkunde für trans Frauen in Russland zu erfassen. In der vorliegenden Arbeit wird die Situation beschrieben, die man in einer kleinen Stichprobe beobachtet, sowie Fälle, die aus ausführlichen Interviews entnommen werden. Nur 14 der 244 trans Frauen in der Studie geben an, dass sie eine Vaginoplastie machen lassen haben (siehe Kapitel 8.4 für Details zum Bedarf der trans Frauen an Vagi-

noplastie und ihrer Verfügbarkeit). Entgegen der Altersstruktur der Gesamtstichprobe überwiegen in dieser Gruppe Frauen der älteren Gruppen 26-35 und 36-45 Jahre alt, was einen erhöhten Bedarf an Gesundheitsuntersuchungen bedeutet. Gleichzeitig lässt das Alter dieser Frauen indirekt darauf schließen, dass trans Frauen jahrelang das Geld für die erforderlichen Operationen ansparen.

Nach der Vaginoplastie brauchen trans Frauen selbstverständlich gynäkologische Versorgung. Befragt über Zugang zu solcher Versorgung, antworten die trans Frauen, die keine Vaginoplastie gehabt haben, entweder, dass sie keinen Bedarf dafür (68,9%) oder keinen Zugang (7%) dazu haben, oder lassen das Feld frei. Dabei ist der Anteil der trans Frauen, die sich einer Vaginoplastie unterzogen haben und kein Bedürfnis nach gynäkologischer Versorgung empfinden, fast dreimal niedriger (21,4%) – trotz der kleinen Stichprobe ist dies ein wesentlicher Unterschied. Dieser Anteil liegt nur wenige Prozentpunkte über dem Anteil der cis Frauen (18,8%) und auch niedriger als bei nicht-binären Personen auf dem femininen und maskulinen Spektrum (31,8% bzw. 22,4%) und bei intersexuellen Frauen (28%), was darauf hindeutet, dass trans Frauen nach Vaginoplastie Zugang zur frauenärztlichen Behandlung benötigen. Es geht um eine komplizierte und in Russland schwer zugängliche Operation; dadurch entsteht ein Zusatzbedarf an regelmäßigen medizinischen Untersuchungen und Gesprächen. Eine der Befragten berichtete in einem Interview über ein ähnliches Problem und brachte die Komplikationen nach ihrer Operation mit dem „Gesetz zum Verbot der Geschlechtsumwandlung" in Verbindung, aufgrund dessen sie sich an einen unzureichend qualifizierten Chirurgen wenden musste (siehe Kapitel 8.4 für weitere Details):

> *Korrektion nach der Vaginoplastie ist notwendig… Ich habe Komplikationen, die behandelt werden müssen, aber kein Geld dafür. Das ist ein Problem unserer Gesetzgebung, als Operationen verboten wurden und ich mich auf irgendeinen Scheiß einlassen musste. Ich habe mich von jemandem operieren lassen, der noch nie so etwas gemacht hat, weil alle anderen Kliniken mich abgelehnt haben. Ich habe mich mit dem abgefunden, was möglich war.*
>
> *(Interview mit Olesya, Zentraler Föderationskreis, Kleinstadt)*

Nur 14% der befragten trans Frauen, die Vaginoplastie machen lassen haben, haben Zugang zu vertrauenswürdige Ärzt*innen. Weitere 14% antworten, dass sie überhaupt keinen Zugang zu gynäkologischer Versorgung haben. Die meisten Befragten geben an, dass sie aus Angst vor Transphobie, Schweigepflichtverletzung bezüglich der Operation oder ärztliche Inkompetenz Frauenärzt*innen vermeiden (57%).

Eine der Befragten beklagt, dass sie nicht weiß, an welche*n Ärzt*in sie sich wenden soll, wenn sie Beschwerden hat, und wo sie Atteste und Bescheinigungen ausstellen lassen kann:

> *In meinem Fall ist das eine Streitfrage. Sowohl rechtlich als auch faktisch ist unklar, an wen ich mich bei Problemen mit dem Urogenitaltrakt wenden soll. Es ist schwer zu sagen, wer sich um mich kümmern soll – meine Geschlechtsorgane sind künstlich hergestellt, und es ist unklar, wie Ärzte reagieren werden, wenn sie es mit einem äußerlich weiblichen Organ, einer künstlichen Vagina ohne Gebärmutter und einer Prostata zu tun haben. Vorsorgeuntersuchungen und ein banales Attest für das Schwimmbad sind für mich einfach nicht zugänglich.*
>
> *(Bisexuelle trans Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Ural, Kleinstadt)*

Eine andere Befragte berichtet von Inkompetenz und Unhöflichkeit:

> *Ich war bei einer Frauenärztin… Nicht nur inkompetent war sie, sondern hat auch „verheiratet" in meinem Attest geschrieben… Ich bin doch geschieden… Wie hat sie es festgestellt… Was hat es mit Frauenheilkunde zu tun…*
>
> *(Bisexuelle trans Frau, 36-45 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Kleinstadt)*

Eine andere Befragte erzählt in ihrem Interview, aus welchen Gründen, außer Missachtung, sie keine adäquate gynäkologische Versorgung erhalten kann:

> *Ich war einmal bei einer Frauenärztin und gehe dort nicht mehr hin. Einerseits, war man nett zu mir. Anderseits… Die Ärztin hat gar keine Untersuchung gemacht, obwohl ich eine brauchte. Die Ärztin hat gesagt: „Ich will*

da nicht rein, ich verstehe nichts davon". Und dann hat sie irgendwelchen Unsinn hingeschrieben.

(Interview mit Olesja, Föderationskreis Zentralrussland)

Die Umfrage hat somit gezeigt, dass queere Frauen im russischen Gesundheitssystem Fälle von Diskriminierung aufgrund von Homo- und Transphobie gemeldet haben. Diskriminierende Gesetze und die rechte Rhetorik der russischen Behörden beeinflussen die Häufigkeit solcher Vorfälle. Ein nicht cisheteronormatives Aussehen kann selbst in medizinischen Einrichtungen Anlass für eine respektlose Behandlung von queeren Frauen sein. Darüber hinaus sind queere Frauen häufig mit queerfeindlichen Beleidigungen, unangebrachter Neugier oder Inkompetenz konfrontiert, wenn sie gynäkologische Hilfe in Anspruch nehmen. Trans Frauen, die sich einer Vaginoplastie unterzogen haben, haben in Russland noch häufiger erhebliche Probleme, nicht nur diskrete, sondern auch kompetente gynäkologische Hilfe zu finden.

§ 2 Das Problem des reproduktiven Drucks und des Zugangs zu Kinderwunschbehandlungen für queere Frauen im Russland der Kriegeszeit

Repressive Gesetze gegen LGBTIQ-Personen und die Zulassung von homo- und transphober Gewalt werden von russischen Politiker*innen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit dem Schutz sogenannter „traditioneller Werte" begründet. Der Staat versucht, demografische Probleme durch die Dämonisierung homosexueller Orientierung und transgender Identität zu lösen.[222] Dadurch sind queere Frauen gleichzeitig mit Einschränkungen ihrer reproduktiven Rechte und reproduktivem Druck konfrontiert (beispielsweise, lokale Beschränkungen für Abtreibungen, die auf Initiative der Regionen eingeführt werden;[223] Zwangsuntersuchungen zur reproduktiven Gesundheit;[224] Verabschiedung eines Gesetzes zum Verbot der Propagierung der sogenannten „Childfree-Ideologie")[225] und regionalen Gesetzen („zum Verbot der Abtreibungsbeihilfe") sowie mit Einschränkungen ihrer reproduktiven Rechte.[226]

28,8% der befragten queeren Frauen geben an, dass sie in

Russland ihren Wunsch, Eltern zu werden, nicht verwirklichen können. Besonders hoch ist der Anteil der Befragten trans Frauen, die diese Frage mit „Ja“ beantwortet haben: mehr als anderthalb Mal höher als der Durchschnitt – 46,7%.

Gleichzeitig sind queere Frauen in Russland einem Informationsdruck unterworfen, da die ultra-konservative staatliche Propaganda Elternschaft und sogenannte „traditionelle Werte“ gleichsetzt. Unter diesen Umständen werden Familiengründung und Elternschaft nicht mehr als individuelle Entscheidung und Recht betrachtet, unabhängig von Lebensstil und Überzeugungen. Deshalb verzichten viele queere Frauen auf ihren Kinderwunsch, der nicht mehr mit Intimität und Unabhängigkeit des Familienlebens, sondern mit reproduktivem Druck assoziiert wird:

> *Der Staat braucht mich nur, um Kinder zu gebären. Früher hatte ich das tatsächlich vor, aber die derzeitige Propaganda für „traditionelle“ Werte hat mir jegliche Lust daran genommen.*
>
> *(Bisexuelle cis Frau, 19–25 Jahre, Zentraler Föderationskreis, mittelgroße Stadt)*

> *Es ist schwer zu realisieren, dass ich in meinem Heimatland keine Ehe und kein glückliches Leben führen kann. Das tut sehr weh. Sehr. Ich möchte in Zukunft Kinder haben und mir ist klar, dass ich keinerlei Rechte dazu haben werde, dass ich für sie nur eine fremde Tante sein werde.*
>
> *(Homosexuelle cisgender Frau, unter 18 Jahren, Nordwestlicher Föderationskreis, Großstadt)*

Die Teilnehmerinnen werden gefragt, ob sie vor und nach dem 24. Februar 2022 reproduktivem Druck und Verletzungen ihrer Rechte auf körperliche Selbstbestimmung erlebt haben. Am häufigsten sind die Befragten mit Zwang zu heterosexuellen Beziehungen, Zwang zur Heirat und Zwang zur Geburt eines Kindes konfrontiert: nach Februar 2022 sind 18,6% der queeren Frauen mit dem ersten, 10% mit dem zweiten und 9,3% mit dem dritten. Diese Prozentsätze liegen etwas über dem entsprechenden Niveau vor Beginn des umfassenden Krieges, als 17,1% der queeren Frauen zu heterosexuellen Beziehungen, 8,1% zu einer Heirat und 7,4% zur Geburt eines Kindes gezwungen wurden.

Die Aufforderungen kommen sowohl vor als auch nach Februar 2022 von Verwandten und Behörden: 19,6% der queeren Frauen wurden von ihren Familien und 10,3% von Behörden dazu bewegt, zu heiraten, eine heterosexuelle Beziehung einzugehen, und/oder ein Kind zu bekommen. Die Rolle der Behörden beim reproduktiven Druck hat seit Beginn des Angriffskrieges bemerkenswert zugenommen. Vor Invasion begegnete 19,7% der queeren Frauen reproduktiver Druck seitens der Familie, ungefähr so viel wie danach, verglichen mit 7,8% der Frauen, die reproduktivem Druck seitens Behörden nach Februar 2022 begegneten, 2,5% weniger als davor. Trotz der im Herbst 2024 verstärkten Agitation russischer Politiker*innen für die Einschränkung und das Verbot von Abtreibungen wurde fast dem gleichen geringen Anteil der von uns befragten queeren Frauen vor und nach dem 24. Februar 2022 eine Schwangerschaftsabbruch vorenthalten, nämlich 0,2% bzw. 0,3%.

Mit einer drastischen Verschärfung der Abtreibungsbeschränkungen nach Februar 2022 sind queere Frauen aus dem Föderationskreis Nordkaukasus konfrontiert, obwohl diese Beobachtung, aufgrund der begrenzten Stichprobengröße der Untergruppe (16 Personen, weniger als 1% der Befragten), fehlerhaft sein kann. Nach unseren Daten beträgt der Anteil der nordkaukasischen queeren Frauen, die diese Einschränkung erleben, 6,3%, während es bis Februar 2022 keine solchen Fälle gab. Diese Gruppe weist insgesamt einen überdurchschnittlichen reproduktiven Druck auf. Vor Beginn des umfassenden Krieges erlebten 25% der queeren Frauen im Föderationskreis Nordkaukasus Zwang zu heterosexuellen Beziehungen und 18,8% Zwang zur Eheschließung. Nach Beginn des Angriffskrieges sind bereits 31,3% mit der ersten Kategorie der Nötigung konfrontiert.

Vor Beginn des umfassenden Krieges erlebten queere Frauen aus dem Föderationskreis Nordkaukasus seltener als der Durchschnitt den Zwang zur Geburt eines Kindes – 6,3% gegenüber 7,4% (dies lässt sich durch vorherrschende islamische Sitten in der Region erklären, die Enthaltsamkeit von außerehelichen sexuellen Beziehungen vorschreiben; unter den Befragten ist nur eine Person verheiratet). Nach dem Überfall auf die Ukraine, sind bereits 12,5% der queeren Frauen, die im Föderationskreis Nordkaukasus leben, mit Zwang zur Geburt eines Kindes konfrontiert, was auf Initiativen der lokalen Behörden hindeuten könnte, die ihre Loyalität gegen-

über der staatlichen Politik der „traditionellen Werte" ausdrücken und die Politik der „Steigerung der Geburtenrate" in ihrer Region mit dem heutigen Methoden eines militarisierten Staates umsetzen.

Vor Februar 2022 gaben nur 6,3% der queeren Frauen aus dem Nordkaukasus an, reproduktiven Druck von Behörden zu erfahren, was unter dem Durchschnittswert (7,8%) liegt und darauf verweist, dass dieser Druck vor allem von Verwandten ausgeht. Nach Februar 2022 geben jedoch bereits 18,8% der queeren Frauen im Gebiet an, reproduktiven Druck seitens des Staates zu erfahren. Dies gleicht die Verteilung der Kräfte, die reproduktiven Druck ausüben, zwischen Verwandten und Staat aus, dennoch bleibt der Druck in dieser Region relativ hoch. Diese Unterschiede lassen sich auch nicht durch die Altersstruktur der Untergruppe erklären, da diese nicht jünger ist als die Gesamtstichprobe.

Viele queere Frauen haben den Wunsch, Eltern zu werden, und dafür benötigen sie häufig künstliche Befruchtung. Für homosexuelle Frauen ist In-vitro-Fertilisation (IVF) besonders relevant; dadurch können homosexuelle Paaren ein Kind zeugen, austragen und zur Welt bringen. Für trans Frauen ist die schnellstmögliche Kryokonservierung von genetischem Material, das später in einem IVF-Verfahren verwendet werden kann, von großer Bedeutung, da die Hormonersatztherapie oft zu einem Verlust der Fruchtbarkeit führt. Die Unterstützung der Bürger*innen bei der Ausübung ihrer reproduktiven Rechte ist eine wichtige Aufgabe eines sozial orientierten Staates, und das Recht auf freie Entscheidung über die Geburt von Kindern oder den Verzicht darauf wird von der Weltgesundheitsorganisation als eines der Grundrechte anerkannt.[227]

Wir fragten die Teilnehmerinnen, die den Wunsch nach einer transfemininen Geschlechtsangleichung hatten oder haben, ob sie geschlechtsangleichende Maßnahmen aufgrund ihres Kinderwunsches verschoben hatten. Obwohl nur 2,9% der trans Frauen zur Beginn ihrer Geschlechtsangleichung Kinder hatten, antwortet fast die Hälfte (48,4%) mit „Nein" und ein etwas geringerer Anteil (37,7%) teilt mit, dass sie darüber noch nicht nachgedacht haben. Damit stellt sich heraus, dass die meisten trans Frauen in Russland grundsätzlich auf die Möglichkeit verzichten, Kinder zu bekommen. Dies kann verschiedene Umstände widerspiegeln: begrenzte Informationen über verfügbare reproduktive Technologien, die Wahrnehmung dieser Technologien als schwer oder gar nicht zugänglich,

sowie den Einfluss des sozialen und rechtlichen Kontexts, der die Transition und die Elternschaft als nicht oder schlecht vereinbar erscheinen lässt. Dabei gibt ein kleiner Teil der Befragten dennoch an, dass sie ihre Geschlechtsangleichung mehr oder weniger verschoben haben, um Eltern werden zu können: 7% der Befragten haben die Änderung ihres Geschlechtseintrags, 4,1% geschlechtsangleichende Operationen und ein deutlich höherer Prozentsatz, nämlich 14,3%, die Hormonersatztherapie aufgeschoben.

Dann wurden die Teilnehmerinnen gefragt, ob sie sich mit den Möglichkeiten für Kryokonservierung in ihrem Land auskennen. Mit einem hohen Anteil negativer oder unentschiedener Antworten auf die vorherige Frage korreliert direkt der hohe Anteil der Befragten, die daran nicht interessiert sind (43,4%), sowie derjenigen, die Möglichkeiten der Kryokonservierung kennen, aber keine Erfahrung damit haben (27,5%). Ein deutlich geringerer Anteil behauptet, nichts darüber zu wissen (9,4%). Noch 6,6% betrachten die Möglichkeiten der Kryokonservierung in Russland für sich selbst als unzugänglich und 7,8% dass sie diese Möglichkeiten nicht nutzen konnten, obwohl sie dies gerne getan hätten. Nur 5,3% der befragten Frauen haben die Möglichkeiten der künstlichen Befruchtung erfolgreich genutzt. Das ist geringer als die Zahl der trans Frauen, denen es nicht gelungen ist, die Kryokonservierung in Anspruch zu nehmen, und fast dreimal geringer als die 14,3% der Stichprobe, die ihre Geschlechtsangleichung aufgrund ihres Wunsches nach Kryonkonservierung aufgeschoben haben.

Seit dem 26.10.2023 gelten in der russischen Gesetzgebung neue Beschränkungen für Kinderwunschbehandlungen.[228] Bis zu diesem Datum erlaubte die Gesetzgebung (Art. 55 des Föderalen Gesetzes vom 21.11.2011 Nr. 323-FG „Über die Grundlagen des Gesundheitsschutzes der Bürger in der Russischen Föderation“) zwei Patientengruppen die Inanspruchnahme von assistierten Reproduktionstechniken:

1) Personen mit weiblichen und männlichen Geschlechtseinträgen in ihren Dokumenten – unabhängig davon, ob ihre Ehe registriert ist,

2) alleinstehende Personen mit weiblichen Geschlechtseinträgen in ihren Dokumenten.

Die Anwendung der künstlichen Befruchtung wird durch eine Verordnung des Gesundheitsministeriums der Russischen Födera-

tion geregelt.[229] Demnach sind zwei grundlegende Programme zur Realisation der Geburt eines Kindes vorgesehen: künstliche Befruchtung und Leihmutterschaft. Sie dürfen nur aus medizinischen Gründen angewendet werden (z. B. Behandlung von Unfruchtbarkeit, Erbkrankheiten, sexuellen Funktionsstörungen und anderen).

Während bis einschließlich 25.10.2023 alle im Gesetz genannten Personen das Leihmutterschaftsprogramm in Anspruch nehmen konnten, haben nach den Gesetzesänderungen nur Personen, die eine heterosexuelle Ehe geschlossen haben, oder Personen mit weiblichem Geschlechtsmerkmal in ihren Dokumenten das Recht auf Leihmutterschaft. Personen, die in einer eheähnlichen Gemeinschaft leben, sowie alleinstehende Personen mit männlichem Geschlechtsmerkmal in ihren Dokumenten, die nicht in der Lage sind, auf natürliche Weise ein Kind zu zeugen und auszutragen, sind nun in Russland dieses Rechts beraubt. Bis 2022 gab es in Russland jedoch die Praxis, Kinder im Rahmen eines Leihmutterschaftsvertrags mit einer alleinstehenden Person mit männlichem Geschlechtsmerkmal zur Welt zu bringen, woraufhin die anschließende Anmeldung des Neugeborenen durch ein Gericht erfolgte, wobei die alleinstehende Person mit männlichem Geschlechtsmerkmal als rechtlicher Elternteil festgelegt wurde. Nun scheint diese Praxis unmöglich zu sein.

Die Eintragung solcher Personen als Eltern erfolgt nur mit Zustimmung der Leihmutter, und ab dem 26.10.2023 hängt ihre rechtliche Elternschaft auch davon ab, ob sie zum Zeitpunkt des Abschlusses des Leihmutterschaftsvertrags russische Staatsbürger waren. Wenn nach Abschluss des Vertrags einer der potenziellen Elternteile die russische Staatsbürgerschaft verliert, kann diese Person nur durch eine gerichtliche Entscheidung zum rechtlichen Elternteil werden, wobei das Gericht klärt, ob die Ehe mit dem Ziel geschlossen wurde, eine Familie zu gründen, oder um den Abschluss eines Leihmutterschaftsvertrags zu verschleiern. Im letzteren Fall ist das Gericht berechtigt, diesen Personen die Anerkennung der rechtlichen Elternschaft zu verweigern.

Die Gesetzesänderungen basieren also darauf, ob das Paar tatsächlich eine Familie gründen möchte oder nicht, und davon hängt der Status der zukünftigen Eltern ab. Dies ist ein direktes Beispiel dafür, wie die staatliche Ideologie zur Förderung „traditioneller Werte“ die Möglichkeiten der Elternschaft in

einem Land verändert, das sich auf den Weg zu einer anti-gender Wende begeben hat.

Dabei bleibt die Möglichkeit, seine Geschlechtszellen nach eigenem Wunsch (auch im Falle einer „aufgeschobenen Mutterschaft“) nach den geltenden Vorschriften für alle Personen erhalten – unabhängig vom Geschlecht und dem Vorhandensein oder Fehlen einer Ehe. Allerdings haben die in Russland geltenden Gesetze „Zum Verbot der Geschlechtsumwandlung“ und „Zum Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen“ sowie die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation zu „LGBT-Extremismus“ einen direkten Einfluss auf die Umsetzung dieses Rechts, da sie die sozialen Normen und den sozialen Kontext verändern. Nicht unerheblich ist die Tatsache, dass das Gesetz „Über das Verbot der Geschlechtsumwandlung” trans Personen verbietet, Kinder zu adoptieren oder in Pflege zu nehmen (aber nicht, Eltern zu werden, auch nicht durch künstliche Befruchtung). **Aufgrund queerfeindlicher Gesetze und staatlicher Propaganda für „traditionelle Werte” ist in der russischen Gesellschaft der Mythos entstanden, dass trans Personen die Elternschaft vollständig verboten ist, was sich in der Praxis direkt auf ihren Zugang zu Kinderwunschbehandlungen auswirkt.**

Mehrere trans Frauen, die an der Umfrage teilgenommen haben, berichteten über Probleme beim Zugang zur Kinderwunschbehandlung:

> *Einige Kliniken haben tatsächlich Personen mit einem weiblichen [Geschlechtseintrag im] Pass die Einfrierung von Spermien verweigert, aber ich habe einen anderen Ort in einer anderen Stadt gefunden.*
>
> *(Homosexuelle trans Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

> *Ich wusste [über die künstliche Befruchtung], hatte aber weder Geld noch Kraft und musste [die Möglichkeit, leibliche Kinder zu bekommen] zugunsten der Hormonersatztherapie opfern.*
>
> *(Pansexuelle trans Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Ich habe den Beginn der Hormonersatztherapie bis zur Kryokonservierung aufgeschoben – leider ist es nach der*

Anpassung des Geschlechtseintrags und der Verabschiedung transphober Gesetze nicht möglich, dieses Material zu nutzen.

(Homosexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)

In ihrem Interview beschreibt Olesja ausführlich, dass sie lange vor Beginn der Hormonersatztherapie dafür gesorgt hatte, ihr genetisches Material zu konservieren, um später ihre reproduktiven Rechte wahrnehmen zu können. Am Ende wurde ihr nach der Änderung des Geschlechtseintrags eine weitere Kinderwunschbehandlung verweigert:

— Das war im Jahr 2022. Ich habe mich vorsichtshalber für [die Kryokonservierung] entschieden, um das Material vor Beginn der Hormonersatztherapie zu konservieren. Ich habe für ein Jahr im Voraus bezahlt. Im Jahr 2023 erlaubte das Gesetz jedoch weder die Adoption von Kindern noch die Verwendung des Materials mit geändertem Geschlechtseintrag. Darüber hinaus gab es das Gesetz von 2022, wonach eine Frau nur dann eine IVF in Anspruch nehmen kann, wenn sie selbst keine Kinder bekommen kann. Da mein Fall etwas anders gelagert war, ... sagte man mir, dass ich [das Material] niemals verwenden würde und sie selbst wollten nicht mit rechtlichen Konsequenzen rechnen. [...]

— Ihre Annahme ist, dass Sie laut den Unterlagen eine Frau sind, aber Samenflüssigkeit abgegeben haben?

— Sie sagten einfach, dass sie kein Risiko eingehen und damit nichts zu tun haben möchten, verwiesen auf die allgemeine staatliche Rhetorik, sagten, dass sie LGBTQ nicht unterstützen und dass ich das überhaupt nicht nutzen könne. Ich habe damals keine offizielle Ablehnung verlangt, hatte keine Kraft dazu.*

— Es scheint, dass sie einfach nichts mit einer trans Person zu tun haben wollten?

— Ja, das denke ich auch.

(Interview mit Olesja, Föderationskreis Zentralrussland)

Im Mittelpunkt der rechtskonservativen Wende im kriegführenden Russland stehen die Politik der „traditionellen Werte“, die „Stärkung der Familie“ und die Verbesserung der demografischen

Situation. Unter diesen Umständen sehen sich queere Frauen mit Einschränkungen beim Zugang zur Kinderwunschbehandlung konfrontiert. In diesem Zusammenhang wird das Fehlen einer heterosexuellen Ehe zum einen wichtigen Grund für Ablehnung in Kinderwunschkliniken:

> *Ich bin mir nicht sicher, ob man das wirklich Diskriminierung nennen kann, aber es ist echt schwierig, in Kliniken ein Kind von einem Spender zu bekommen, weil die Ärzte so viele Fragen stellen, die man nicht ehrlich beantworten kann, weil es nicht sicher ist, die eigene sexuelle Orientierung zu offenbaren.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Sibirien, Mittelstadt)*

Die Politik zur Steigerung der Geburtenrate durch die „traditionelle Werte" führt zu einer Einschränkung der reproduktiven Rechte von queeren Frauen. In einem Interview beschreibt Mariella ausführlich, mit welchen Argumenten die Mitarbeiter*innen des Kinderwunschklinikums ihre Weigerung begründeten, ihr (Mariella hatte ihnen die gegenüber einem ihre homosexuelle Orientierung und ihre nicht-heterosexuelle Beziehung verschwiegen) ihre Dienstleistungen anzubieten. Die Rhetorik der ersten Mitarbeiter*in folgt direkt den anti-gender Klischees, die sich auf mythologische Bilder traditioneller Geschlechterrollen stützen und deren Notwendigkeit durch die Mythisierung der Rechte von "Kindern auf eine heterosexuelle Orientierung" begründen – zum Nachteil der tatsächlichen gesetzlichen Rechte von Frauen auf körperliche Autonomie und reproduktive Freiheit. Im russischen Kontext erhalten Kinderrechte einen homophoben Unterton und den Charakter staatlicher Kontrolle über das Privat- und Familienleben. So wurde Mariella gesagt, dass in einer Familie ohne Vater „das Kind von klein auf einen Minderwertigkeitskomplex haben wird und aus so einem Kind könne alles Mögliche werden". Anschließend wurde Mariella rhetorisch gefragt, wozu sie ein krankes oder ein schwules Kind brauche. Das Erfahren solcher Kontrolle über das Privatleben führt dazu, dass queere Frauen in Russland darauf verzichten, Kinder zu bekommen, und unter schweren Depressionen leiden, weil es ihnen faktisch unmöglich ist, in ihrem eigenen Land eine Familie zu gründen:

Ich dachte darüber nach, künstliche Befruchtung in Anspruch zu nehmen. Ich vereinbarte einen Termin, um mich zumindest darüber zu informieren. An der Miene des Arztes erkannte ich, dass ich besser nicht über meine Beziehung zu meiner Freundin sprechen sollte. Ich verstand und sagte, dass ich das Kind nur für mich selbst zur Welt bringen will. Daraufhin sagte man mir: „Ist Ihnen klar, dass Sie Ihrem Kind etwas vorenthalten? Ein Kind braucht männlichen Einfluss. Alle Menschen sind ganz normal – und Sie werden mit dem Kind allein sein. So ein Kind wird von klein auf einen Minderwertigkeitskomplex haben. Aus so einem Kind kann alles Mögliche werden. Was ist, wenn es schwul wird? Was machen Sie dann?" Ich sagte, dass ich nicht allein bin, dass ich eine Familie habe, meine Eltern. Man antwortete mir: „Das ist gut, aber das Kind braucht einen Vater... Lassen Sie uns die Diskussion über die künstliche Befruchtung verschieben. Wenn Sie vierzig Jahre alt sind und immer noch keinen Mann haben, dann kommen Sie wieder. Das Wichtigste ist, den richtigen Mann zu finden, damit sich das Kind in solch einer Familie wohlfühlt. In unserer Gesellschaft gibt es bereits so viele kranke Menschen, unsichere Männer, Schwule – wozu brauchen Sie ein solches Kind?" Dann ging ich zu einem anderen Reproduktionsmediziner und hörte dort andere Dinge – denn dort sagte ich direkt, dass ich lesbisch bin und niemals einen Mann haben werde. [...] Dort wurde mir offiziell angeboten, einen Psychotherapeuten aufzusuchen. ... Danach war ich eine Woche lang depressiv, weil mir klar wurde, dass ich in Russland kein Kind zur Welt bringen kann: Es wäre eine ständige Diskriminierung, jeden Tag.

(Interview mit Mariella, Föderationskreis Zentralrussland)

In einem Interview mit Tasja wird ausführlich beschrieben, wie künstliche Befruchtung, d. h. die Ausübung ihrer reproduktiven Rechte, für trans Frauen unzugänglich ist. Die kontinuierliche Hormonersatztherapie, die Transfrauen oft dringend benötigen, schränkt die Möglichkeiten, ihren Kinderwunsch zu verwirklichen, zeitlich ein. Die physiologischen und psychologischen Probleme, die mit einer Unterbrechung der Hormonersatztherapie verbunden sind, sowie der Druck der sozialen Stereotypen und Mythen, die in der Gesellschaft aufkommen, wenn trans Personen ihre reprodukti-

ven Rechte wahrnehmen, veranlassen viele trans Frauen dazu, auf Kinderwunschmaßnahmen zu verzichten. Auf diese Weise verlieren sie die Möglichkeit, ihre reproduktiven Rechte wahrzunehmen, die sie unter anderen Umständen ohne Hindernisse ausüben könnten:

> *Ich habe den Beginn der Hormontherapie lange aufgeschoben, weil ich eine Kryokonservierung wollte. Aber dort wurde ich „abgeschmettert". [...] Ich habe einen Termin vereinbart und ihnen ausführlich die Situation erklärt. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich bereits meinen Geschlechtseintrag zu „weiblich" geändert. Zuerst haben sie gesagt, dass alles in Ordnung ist. Aber dann, als ich nur noch den Vertrag unterschreiben musste, sagten sie mir: „Mit einem solchen Pass [mit weiblichem Geschlechtseintrag] können wir keinen Vertrag mit Ihnen abschließen." [...] Ich fühlte mich deswegen wahnsinnig schlecht, weil ich dachte, endlich sei alles vorbei, aber man sagte mir: „Verpissen Sie sich doch.…" Und am Ende bin ich mit leeren Händen gegangen. [...] Mir wurde Hilfe von Anwälten angeboten, ich habe mich mit ihnen in Verbindung gesetzt, wir haben einen Appell geschrieben [...] Aber letztendlich fühlte ich mich so schrecklich, vor allem, weil ich den Beginn der Hormonersatztherapie immer noch hinauszögerte [...] Und dann wurde mir klar, dass ich einfach sterben würde [wegen Depression und Dysphorie], wenn ich jetzt nicht mit der Hormonersatztherapie anfange. Da hab ich das einfach alles weggeschmissen, weil ich das nicht mehr aushalten konnte, und schließlich mit der Hormonersatztherapie angefangen. Jetzt ist mir klar, dass Kryokonservierung für mich nicht mehr ganz realistisch ist, und ich habe es akzeptiert, dass es für mich unerreichbar ist. Sonst müsste ich die Hormonersatztherapie für lange Zeit aufgeben – dazu bin ich unter keinen Umständen bereit. Und vielleicht kommt auch nichts heraus, da ich die Hormonersatztherapie seit drei Jahren mache.*
>
> *(Interview mit Tasja, Föderationskreis Nordwest)*

Reproduktive Rechte gehören zu den grundlegenden Menschenrechten. Ideologisch motivierte (auch mit "traditionellen Werten" motivierte) und willkürliche Einschränkungen der reproduktiven Rechte von queeren Frauen erschweren es queeren Frauen, eine

Familie zu gründen und Eltern zu werden. Eine solche Einmischung des Staates in das Privatleben queerer Frauen ist inakzeptabel, da sie für queere Frauen diskriminierende Bedingungen schafft. Das Beispiel des kriegführenden Russlands zeigt die fatalen Folgen für Gleichberechtigung und Diskriminierungsfreiheit, zu denen die Anti-Gender-Politik im Rahmen der rechtskonservativen Wende führt.

§ 3 Unfreiwillige Konversiontherapie

Das Thema Konversionstherapie ist erneut hochgekommen, im kriegführenden Russland im Jahr 2023 auf, als es zu mehreren bekannten Fällen kam, in denen diese Therapie gegen den Willen von LGBTQ-Personen angewendet wurde,[230] und als die russischen Behörden ein sogenanntes „Institut zur Erforschung von LGBT" annoncierten.[231] Nach den Ankündigungen der Politiker*innen zur Schaffung eines solchen „Instituts" gibt es keine neuen öffentlichen Informationen über die Umsetzung dieser Maßnahme in Russland. Fälle von Konversionstherapie gab es schon lange vor Beginn des umfassenden Krieges.[232] Diese Maßnahme ist offensichtlich Teil des Versuchs, alternatives Wissen zu schaffen, das mit rechtskonservativer Propaganda einhergeht (in diesem Fall im medizinischen Bereich). Solche postfaktische Politik ist ein rechtspopulistischer Trick, mit dem ein breiteres Publikum von der Richtigkeit der eigenen Politik und der Falschheit oder absichtlichen Täuschung international anerkannter Normen und Institutionen überzeugt werden soll. Im kriegführenden Russland, das ein autoritäres Land mit einem System der Alleinherrschaft ist, und in dem die Zivilgesellschaft keine wirklichen Möglichkeiten hat, Einfluss auf die Entscheidungsprozesse zu nehmen, kann eine derartige Politik äußerst schwerwiegende negative Folgen für die gesamte Gesellschaft haben, insbesondere jedoch für die Gruppen, die von ihr unmittelbar negativ betroffen sind.

Alternatives Wissen über nicht-heterosexuelle Orientierung und nicht-cisgender Identität als psychiatrisches Problem formt den Glauben der Angehörigen von queeren Menschen an die Möglichkeit und Wünschbarkeit ihrer „Heilung", auf der unlautere quasi-medizinische und quasi-religiöse Einrichtungen die Nachfrage nach ihren formal noch immer illegalen „Dienstleistungen" aufbauen.[233] In Interviews und Antworten auf offene Fragen zu den Gründen für die Angst vor unfreiwilliger Konversionstherapie berichteten mehre-

re Befragte, dass sie genau mit einem solchen Schema konfrontiert waren – der Durchführung von Konversionstherapien gegenüber queeren Frauen auf Wunsch ihrer Angehörigen:

> *Als ich meinem befreundeten Arzt schrieb, dass ich mit meiner Geschlechtsumwandlung begonnen habe, versuchte er mich zu überreden, mich in eine Klinik (eine private Psychiatrie oder etwas Ähnliches) seiner Bekannten einweisen zu lassen, damit man mir dort diesen Unsinn aus dem Kopf treiben und mich zu einem Mann machen würde. Ich lehnte ab, woraufhin er versprach, sich mit meiner Mutter zu einigen. Da bekam ich noch mehr Angst.*
>
> *(Heterosexuelle trans Frau, 26–35 Jahre alt, Wolga-Föderationskreis, Millionenstadt)*

> *... Als ich mich 2022 meiner Mutter outete, wollte sie mich zur „Bestätigung der Diagnose" in die Klinik zu Wwedenski schicken, der ständig Interviews in Zeitungen wie „Moskowski Komsomolez" gibt, dass Homosexualität behandelt werden muss und dass es falsch war, sie aus der ICD-10 zu streichen.*
>
> *(Interview mit Esch, Zentraler Föderationskreis)*

> *Gespräche im „Abgeordneten"-Milieu über die mögliche Notwendigkeit, trans Menschen „normal" zu machen, parallel zur Diskussion über das „Gesetz zum Verbot der Geschlechtsumwandlung". Lobbyarbeit und Einführung von Empfehlungen für die Arbeit mit trans Patienten im Bereich der Psychiatrie in Form von „Psychotherapie", deren Ziel es sein soll, den Menschen mit seiner unveränderlichen, hoffnungslosen Lage zu versöhnen (Akzeptanz der „Normalität"). Allgemeine Einmischung von Abgeordneten mit geringen medizinischen Kenntnissen in den Gesundheitsbereich, Lobbyarbeit in allen Bereichen des Lebens für Cisheteronormativität.*
>
> *(Homosexuelle trans Frau, 26–35 Jahre, Nordwest-Föderationskreis, Millionenstadt)*

> *Der Staat ist nur einen Schritt davon entfernt, den politischen Missbrauch der Psychiatrie wieder einzuführen.*
>
> *(Bisexuelle, nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 19–25 Jahre alt, Zentraler Föderationskreis, Millionenstadt)*

Die Konversionstherapie ist für queere Frauen in Russland ein ziemlich großer Grund zur Beunruhigung. Auf die Frage, ob ihre Angst vor einer unfreiwilligen Konversionstherapie zugenommen hat, geben 38,7% der Befragten an, dass diese Angst zugenommen hat, weitere 46,8% antworten, dass sie unverändert geblieben ist, und nur 1,1% geben an, dass sie abgenommen hat. Das Verhältnis der Antworten änderte sich dabei erheblich in der Untergruppe der trans Frauen: Während unter den cis Frauen 34,9% sagen, dass sie seit Beginn des umfassenden Krieges mehr Angst vor einer unfreiwilligen Konversionstherapie haben, und 49,9% sagen, dass sich für sie nichts geändert hat, geben unter den trans Frauen die meisten Befragten an, dass diese Angst zugenommen hat – 55,3% (mehr als die Hälfte), und nur 33% antworten, dass sich das Angstniveau nicht verändert hat.

Bemerkenswert ist außerdem, dass die Antworten der trans Frauen eindeutiger und polarisierter sind: Während 14,5% der cis Frauen Schwierigkeiten haben, eine Antwort zu geben, sagen 0,7% der Cis-Frauen, dass ihre Angst vor einer unfreiwilligen Konversionstherapie in den letzten drei Jahren abgenommen hat. Unter trans Frauen haben 9,6% Schwierigkeiten, eine Antwort zu geben, während 2% sagen, ihre Angst vor einer Konversionstherapie hat abgenommen. Diese Ergebnisse können so interpretiert werden, dass, im Allgemeinen, für trans Frauen die Angst vor einer Konversionstherapie konkreter und näher ist als für cis Frauen (für die sie natürlich auch ein großes Problem darstellt), was sie dazu veranlasst, sich eingehender mit dem Thema auseinanderzusetzen und sich eine klare Vorstellung davon zu machen.

Die Prävalenz der Angst vor unfreiwilliger Konversionstherapie unter trans Frauen lässt sich insbesondere durch ihre größere Sichtbarkeit im Vergleich zu cis homosexuellen Frauen erklären: einerseits aufgrund ihres nicht-cis-normativen Aussehens zur Beginn der Geschlechtsangleichung oder wenn es nicht möglich ist, den Geschlechtseintrag auf „weiblich" zu ändern, andreseits wenn der Geschlechtseinrtrag bereits geändert wurde, aufgrund der Existenz einer staatlichen „Liste" von trans Personen – also derjenigen, die ihre Geschlechtsangleichung rechtlich anerkennen lassen haben.

Ein weiterer Grund für die in den letzten drei Jahren deutlich gestiegene Angst vor einer unfreiwilligen Konversionstherapie unter Transfrauen könnte mit der Verabschiedung eines Bundesgesetzes,

das die rechtliche und medizinische Geschlechtsumwandlung verbietet, zusammenhängen. Dieses Gesetz verbietet die rechtliche und medizinische Geschlechtsangleichung, obwohl diese gemäß der in Russland geltenden ICD-10 (Diagnose F64.0) ausdrücklich empfohlen wird – und weckt die Angst, dass Konversionstherapie zu eine alternative „Behandlung" werden kann.

Schließlich wird die Angst transgender Frauen vor einer Konversionstherapie durch die Mediendiskussion über neue Dokumente jener trans Frauen genährt, denen es gelungen ist, ihr Geschlechtseintrag auf „weiblich" zu ändern (z. B. Vorschläge, die „Zulassung der Kliniken" zu überprüfen, die entsprechende ärztliche Atteste ausgestellt haben, und damit die Rechtmäßigkeit der Änderung von Dokumenten auf der Grundlage dieser Atteste)[234]:

> *[Was mir noch mehr Angst macht, ist die mögliche] gesetzliche Verankerung der Konversionstherapie.*
>
> *(Homosexuelle trans Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Sibirien, Großstadt)*

> *Es gibt Sorgen, dass in einer Welt absurder Gesetze Konversionstherapie zu einer Zwangsmaßnahme werden könnte.*
>
> *(Homosexuelle trans Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Sibirien, Mittelstadt)*

> *Das Gesetz zum Verbot der Geschlechtsangleichung de facto lässt die Konversionstherapie als einzige „Behandlungsmöglichkeit" übrig.*
>
> *(Bisexuelle trans Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Verbot der Geschlechtsangleichung. Ich befürchte, dass es wieder eingestuft wird oder dass Konversionstherapie als offiziell empfohlene „Behandlung" verschrieben wird.*
>
> *(Bisexuelle trans Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

Unter cis Frauen und nicht-binären Personen, die kein Bedürfnis nach einer transfemininen Geschlechtsangleichung haben, wurde die zunehmende Angst vor unfreiwilliger Konversionstherapie in den letzten drei Jahren mit die Gesetzen gegen LGBTIQ-Personen

und deren vagen Formulierungen in Verbindung gebracht – insbesondere mit solchen, die keine Klarheit darüber schaffen, was als „LGBT-Propaganda" zu qualifizieren ist. Es ist anzunehmen, dass die Verabschiedung des föderale Gesetzes "über das Verbot der Geschlechtsangleichung" auch die Angst cisgender Frauen vor einer Konversionstherapie beeinflusst hat – da die Legitimität der rechtlichen und medizinischen Geschlechtsangleichung gerade auf der Expertise der Behörde (des Gesundheitsministeriums, das im Rahmen der ICD-10-Klassifikation handelt) und auf entsprechenden verfassungsrechtlichen Garantien (Recht der Bürger*innen der Russischen Föderation auf Gesundheitsschutz, Art. 41 der Verfassung der Russischen Föderation) beruhte. So führt dieser Beispielfall einer willkürlichen Auslegung von Rechten im medizinischen Bereich zu der Angst vor weiteren Verstößen wie etwa die Legalisierung der Konversionstherapie:

> *Ich fürchte, dass die Konversionstherapie gesetzlich als obligatorisch für Personen vorgeschrieben wird, die aufgrund des Gesetzes über LGBT-Propaganda verhaftet wurden.*
>
> *(Bisexuelle nicht-binäre Person auf dem maskulinen Spektrum, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

> *Die Schaffung einer eigenen Version der ICD in Russland und damit die Anerkennung der Attraktion zum eigenen Geschlecht als Krankheit. Und dann ist es nicht mehr weit bis zur Zwangskonversionstherapie.*
>
> *(Homosexuelle nicht-binäre Person auf dem maskulinen Spektrum, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Süd, Mittelstadt)*

> *Diskussion über Gesetzesentwürfe zur Legalisierung der Konversionstherapie. Weigerung, die neue ICD-11 in medizinischen Einrichtungen anzuerkennen.*
>
> *(Pansexuelle cis Frau, 36-45 Jahre alt, Föderationskreis Wolga, Großstadt)*

Es gibt auch erhebliche altersbedingte Unterschiede in Hinsicht auf die Zunahme oder Abnahme der Angst vor einer Konversionstherapie in den letzten drei Jahren. Der Anteil derjenigen, deren

Angst vor einer Konversionstherapie zugenommen hat, geht in den älteren Altersgruppen zurück und steigt in den jüngeren Altersgruppen an – insbesondere bei Minderjährigen. In der Gruppe der unter 18-Jährigen stieg diese Angst bei 50,9% der Befragten, während sie in der Gruppe der 19- bis 25-Jährigen bei 38,4%, in der Gruppe der 26- bis 35-Jährigen bei 34,7%, in der Gruppe der 36- bis 45-Jährigen bei 30,8% und in der Gruppe der 46- bis 55-Jährigen bei 24% liegt. Dieses Ergebnis bestätigt, dass das Problem der Konversionstherapie eng mit der rechtlichen und materiellen Abhängigkeit Minderjähriger von ihren Eltern zusammenhängt. Die stark gestiegene Angst vor Konversionstherapie bei Minderjährigen hängt auch mit dem Bestreben zusammen, Kinder vor der „Gender-Ideologie“ zu schützen, die in der staatlichen Propaganda und unter rechtsradikalen Aktivisten in Russland populär ist. Dieses Verhältnis zeigt, dass sich ein solcher „Schutz“ für queere Jugendliche in Angst vor physischer und psychischer Gewalt gegen ihre Person und körperliche Autonomie niederschlägt, der sie aufgrund ihrer finanziellen Abhängigkeit, Wohnsituation und Geschäftsunfähigkeit schutzlos ausgeliefert sind (für Details darüber siehe Kapitel 3 Absatz 2) .

Im Durchschnitt der Stichprobe lag der Grad der Angst vor unfreiwilliger Konversionstherapie bei 4,09 von 10 Punkten. Die niedrigste Bewertung der Angst findet sich in der Untergruppe cis Frauen (3,91), während die höchste Bewertung in der Untergruppe trans Frauen (4,90) und intersexuellen Frauen (5,12) zu finden ist. Genau diese beiden Gruppen sind von dem föderale Gesetz „Über Änderungen in einzelnen Gesetzgebungsakten der Russischen Föderation” betroffen, das gleichzeitig medizinische „Geschlechtsumwandlung” verbietet, die Geschlechtsbestimmung anhand der Genitalien festlegt und normangleichende Operationen an intersexuellen Kindern ohne deren Einwilligung legalisiert. Diese Verteilung des Angstniveaus lässt vermuten, dass die Erfahrungen queerer Frauen in Russland hinsichtlich ihrer körperlichen Autonomie sowie die Erkenntnis der realistischen Möglichkeit, dass der Staat ohne ihre Zustimmung in diese Autonomie eingreifen kann, eine zentrale Rolle bei der Entstehung dieser Angst spielen.

Zudem bewerten minderjährige queere Frauen ihr Angstniveau höher als diejenigen aus anderen Altersgruppen: In der Gruppe der unter 18-Jährigen liegt die durchschnittliche Einschätzung der Angst bei 4,83 Punkten, während sie in der Gruppe der 19- bis 25-Jähri-

gen bei 4,08 Punkten, in der Gruppe der 26- bis 35-Jährigen bei 3,83, in der Gruppe der 36- bis 45-Jährigen bei 3,57 und in der Gruppe der 46- bis 55-Jährigen bei 3,52 liegt. Anhand dessen kann man vermuten, dass die Angst vor unfreiwilliger Konversionstherapie einerseits durch die Abhängigkeit von älteren Familienmitgliedern und andererseits durch die staatliche Propaganda von Alltagshomo- und Transphobie unter dem Deckmantel des "Schutzes von Kindern vor der «Gender-Ideologie»" beeinflusst wird – auch wenn die Kinder schon volljährig sind. Ein solche Rhetorik ermöglicht es gleichzeitig, größere Bevölkerungsschichten (nicht nur die rechtsextreme) anzusprechen und die Angst vor der vom „globalen Westen" eingeführten „Gender-Ideologie" zu personalisieren, vor der der Staat, der einen Angriffskrieg führt und die Gesetze gegen die Meinungsfreiheit verabschiedet, Jugendliche und sogar junge Erwachsene schützt. Derartige Propaganda legitimiert zudem implizit die unvollständige Selbstbestimmung junger volljähriger Menschen in Bezug auf Entscheidungen über ihren Körper, ihr Geschlecht und ihre Sexualität (diese Logik liegt der Tätigkeit einer Reihe ultrakonservativer Organisationen zugrunde, beispielsweise der „Elternkammer", siehe dazu Kapitel 3, Absatz 2 und Kapitel 8, Absatz 4).

Allerdings, im Gegensatz zur Einschätzung der Befragten, Risiken einer „Konversionstherapie" ausgesetzt zu sein, waren Fälle, in denen queere Frauen mit Konversionstherapie konfrontiert wurden, in unserer Stichprobe ziemlich selten. 96,4% der Befragten geben an, dass sie bis Februar 2022 noch nie mit Konversionstherapie zu tun hatten. Die übrigen Befragten geben am häufigsten an, dass sie mit mit solchen Formen der Einwirkung mit dem Ziel, ihre Identität oder sexuelle Orientierung zu ändern seitens der Eltern oder anderen Menschen wie psychischer Gewalt oder Einschüchterungen und Drohungen (2,6%), Kontaktbeschränkungen und Kommunikationsverboten (1,2%) und körperlicher Gewalt (1%) konfrontiert waren. Trans Frauen machten häufiger als cis Frauen Erfahrungen mit Konversionstherapie: 6,6% gegenüber 1,9% im Falle psychischer Gewalt, 2,5% gegenüber 0,6% im Falle körperlicher Gewalt, 3% gegenüber 0,7% im Falle von Kontaktbeschränkungen oder Kommunikationsverboten. Die meisten Betroffenen meldeten diese Vorfälle nicht der Polizei (4%).

Trotz der erhöhten Besorgnis nach Februar 2022 sind tatsächlich weniger Befragte mit Konversionstherapie konfrontiert als vor

Kriegsbeginn. In diesem Zeitraum berichten 1,6% der Befragten über Fälle von psychischer Gewalt, 0,5% über Kontaktbeschränkungen oder Kommunikationsverbote und 0,5% über körperliche Gewalt. Unter trans Frauen sind solche Vorfälle weiterhin häufiger: 3% der trans Frauen sind nach Feburar 2022 von psychischer Gewalt betroffen, 2% von körperlicher Gewalt und 1,5% von Kontaktbeschränkungen oder Kommunikationsverboten, während 94,9% keine Konversionstherapie erlebt haben (im Vergleich zu 98,4% bei cis Frauen).

§ 4 Zugang zu medizinischer Versorgung für transgender Frauen nach Verabschiedung des Verbots der Geschlechtsanpassungen

Im kriegführenden Russland sind repressive Gesetze ein direktes Hindernis für die Verwirklichung des Rechts von queeren Frauen auf das höchstmögliche Maß an Gesundheit (siehe Kapitel 4.4, 5.2 für Details). Das föderale Gesetz Nr. 386 „Über Änderungen in einzelnen Gesetzgebungsakten der Russischen Föderation", das nicht nur die rechtliche, sondern auch die medizinische Geschlechtsanpassung verbietet, verletzt in erster Linie das Recht der trans Menschen auf die Unantastbarkeit ihrer Würde. Internationale Normen (insbesondere die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte) verpflichten den Staat, keine Gesetze zu erlassen, die die persönliche Würde verletzen.

Man muss festhalten, dass die heute in der Russischen Föderation geltende ICD-10 geschlechtsanpassende Maßnahmen als medizinische Hilfe vorschreibt, die eine Person mit der Diagnose F64.0 („Transsexualismus", analog zu „Geschlechtsinkongruenz" (HA60) gemäß ICD-11) auf eigenen Wunsch erhalten darf. Derzeit bietet der Staat die Möglichkeit, sich von eine*r Psychiater*in und Psycholog*in beraten zu lassen, verbietet jedoch einen modernen Ansatz zur Unterstützung von trans Personen – die Bereitstellung von Möglichkeiten für eine medizinische, rechtliche und soziale Transition.

Die vorliegende Untersuchung zeigt, wie sich die Unmöglichkeit, dieses Recht auszuüben, auf die Gesundheit von trans Frauen auswirkt.

Die wichtigste Folge der Verabschiedung des Gesetzes

„Über Änderungen in einzelnen Gesetzgebungsakten der Russischen Föderation" ist eine erhebliche Einschränkung des Zugangs zu endokrinologischen Behandlungen für trans Frauen, die eine Hormonersatztherapie machen (einschließlich der Verschreibung von Medikamenten und der Überwachung des Gesundheitszustands). Auf die Frage, wie sich das Gesetz persönlich auf sie auswirkt, antworten die Befragten:

> *Unmöglichkeit, Dokumente zu ändern, Unmöglichkeit, die Hormonersatztherapie bei Ärzten vorzunehmen (jetzt mache ich das selbst)*
>
> *(Homosexuelle trans Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Süd, Millionenstadt)*

> *…Ich habe keinen Zugang zur Hormontherapie, weshalb ich mich an inoffizielle Quellen wenden und dies selbstständig tun muss, ohne Beratung und Hilfe von Ärzten.*
>
> *(Homosexuelle trans Frau, unter 18 Jahren, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

> *Ich gebe mir Spritzen ohne Endokrinologen und ohne Untersuchungen (nur einmal, im 8. Monat, jetzt bin ich schon im 14.). [...] Energie auf 0, Vertrauen auf 0, Unterstützung... na ja, da kann man mal eine Eins geben.*
>
> *(Homosexuelle trans Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Es gibt Schwierigkeiten beim Zugang zu bescheidwissenden Endokrinologen zur Korrektur der Therapie.*
>
> *(Pansexuelle Transgender-Frau, 26–35 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

> *Ich kann meine medizinische Transition nicht abschließen, da solche medizinischen Leistungen in der Russischen Föderation verboten sind. Ich versuche, keine Ärzte um Hilfe zu bitten, da ich Diskriminierung befürchte, und behandle mich daher selbst.*
>
> *(Homosexuelle Transgender-Frau, 26–35 Jahre, Nordwest-Föderationskreis, Millionenstadt)*

Die durchgeführten Interviews zeigen, dass sowohl trans Frauen, die es geschafft haben, ihr Geschlechtseintrag auf „weiblich"

ändern zu lassen, wie im ersten Beispiel, als auch diejenigen, die dies nicht geschafft haben, wie im zweiten Beispiel, Probleme beim Zugang zu endokrinologischer Behandlung haben:

> *Als ich zum [staatlichen] Endokrinologen gekommen bin, hat man mir gesagt, dass man die Polizei oder die Klapse rufen wird, dass man mir die Brust amputieren wird... [Nur beim privaten Arzt wurde mir Östradiol verschrieben] mit der Diagnose Östrogenmangel aufgrund fehlender Eierstöcke.*
>
> *(Interview mit Olesja, Föderationskreis Zentralrussland)*

> *Alle Endokrinologen in meiner Stadt haben mich abgelehnt. Auch mein Psychiater kann in der Diagnose keine Probleme im Zusammenhang mit Geschlechtsinkongruenz angeben, weil „du selbst Probleme bekommen kannst, wenn ein neues Gesetz eingeführt wird, also tun wir so, als ob du nichts hast. [...] Derzeit mache ich eine Hormonersatztherapie und lasse mich online von einem Endokrinologen im Ausland beraten. Insgesamt bin ich zufrieden, aber das kann eine vollständige Untersuchung nicht ersetzen.*
>
> *(Interview, Sky, Föderationskreis Wolga)*

Die Statistiken belegen, wie weit verbreitet dieses Problem ist. Die meisten trans und nicht-binären Personen, die angeben, eine transfeminine Geschlechtsangleichung vorgenommen zu haben, sagen, dass sie nur auf Selbstzahlerbasis Endokrinolog*innen aufsuchen können (36,1%) (laut den Interviews bedeutet dies meist Online-Termine mit Endokrinolog*innen, die in anderen Ländern praktizieren), während ein vergleichbarer Anteil angibt, grundsätzlich keine Endokrinolog*innen sehen zu können (34,8%). Es ist bemerkenswert, dass unter dem geringen Anteil der trans Frauen, die auf dem Land leben (11 Personen, etwa 0,5%), der Prozentsatz derjenigen, die keinen Endokrinolog*innen aufsuchen können, fast doppelt so hoch ist (63,6%) wie unter denen, die in der Stadt leben (33,5%). Möglicherweise ist das ein indirekter Hinweis auf die Abhängigkeit des Zugangs zur endokrinologischen Behandlung vom Leben in einer toleranteren und flexibleren städtischen Umgebung sowie von einem höheren Einkommensniveau.

Die Verfügbarkeit endokrinologischer Versognung für trans Frauen hängt davon ab, wie nah sie an Moskau und Sankt Petersburg wohnen. Der Prozentsatz des Zugangs zu kostenfreier endokrinologischer Versorgung in staatlichen Kliniken ist gering und in allen Regionen ungefähr gleich (er reicht von 4,3% im Föderationskreis Sibirien bis zu 10,2% im Föderationskreis Nordwest). Dabei stammen alle Antworten zum Erhalt staatlicher endokrinologischer Hilfe von trans Frauen, die ihr Geschlechtseintrag geändert haben (d. h. die formell als cis Frauen mit endokrinologischen Erkrankungen Beratung zur Hormonersatztherapie erhalten).

Der wesentlichste Unterschied zwischen den Regionen besteht darin, ob trans Frauen auf Selbstzahlerbasis eine endokrinologische Behandlung in Anspruch nehmen können oder ob ihnen eine solche Behandlung grundsätzlich verwehrt bleibt. Aus der Perspektive der Gesundheitsrisiken für trans Frauen ist dieses Verhältnis imn Föderationskreisen Nordwest und Zentralrussland am günstigsten (44,9% bzw. 40,9% haben Zugang zu einem*r privaten Endokrinolog*in, gegenüber 26,5% bzw. 25,8%, die keinen Zugang zu endokrinologischer Behandlung haben). In allen anderen Föderationskreisen ist das Verhältnis dieser beiden Werte umgekehrt, sodass der Prozentsatz derjenigen, die keinen Zugang zu eine*r Endokrinolog*in haben, deutlich höher ist als der Prozentsatz derjenigen, denen endokrinologische Hilfe auf Selbstzahlerbasis zur Verfügung steht: im Föderationskreis Wolga – 34,8% gegenüber 44,5%, im Föderationskreis Ural – 28% gegenüber 48%, im Föderationskreis Sibirien – 21,7% gegenüber 52,2%, im Föderationskreis Süd – 23,5% gegenüber 47,1%; für die Föderationskreise Fernost und Nordkaukasus wurden nicht genügend Daten bereitgestellt.

Die Abhängigkeit des Zugangs zu privaten Endokrinolog*innen vom Wohnort in der Nähe von Moskau und Sankt Petersburg oder in diesen Städten selbst lässt sich durch die Dichte der sozialen Kontakte und den Zugang zu den entsprechenden Informationen erklären (da die Fachärzt*innen aus Angst vor Provokationen durch rechte Aktivist*innen[235] neue Patient*innen nur auf Empfehlung von Stammpatient*innen aufnehmen).

Auf der anderen Seite kann das Einkommensniveau ein wesentlicher Faktor sein, das in Russland bei Menschen, die nicht in den zentralen Stadtlandschaften (zum Beispiel Moskau und Sankt-Petersburg) leben, deutlich niedriger ist:

Ich kann mir keinen privaten, [queer-]friendly Endokrinologen leisten, der sich mit dem Thema auskennt. Aber ich kann mich an die staatlichen Ärzte für Laboruntersuchungen wenden. Ihre Empfehlungen unterscheiden sich in der Regel von denen von kompetenten Endokrinologen.

(Pansexuelle trans Frau, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Der Zugang von trans Frauen zu endokrinologischer Behandlung ist aufgrund ihres allgemeinen Gesundheitszustands von großer Bedeutung. So geben in unserer Umfrage unter cis Frauen 9,0% an, an schweren chronischen Erkrankungen zu leiden, während dieser Anteil bei trans Frauen bei 16,8% liegt. Dieser Wert verdient Beachtung, da trans Frauen häufig eine Hormonersatztherapie oder geschlechtsangleichende Operationen benötigen, jedoch **aufgrund des Inkrafttretens des Gesetzes „Über Änderungen in einzelnen Gesetzgebungsakten der Russischen Föderation" praktisch keine Möglichkeit mehr haben, die Hormonersatztherapie durch fachärztliche (d.h. endokrinologische) Betreuung zu überwachen**.

Noch schlimmer als mit der Hormonersatztherapie ist die Situation mit der Verfügbarkeit geschlechtsangleichender Operationen. Mehr als 84% der befragten trans Frauen in Russland haben keine geschlechtsangleichenden Operationen vorgenommen, obwohl nur 17,2% denken, dass sie keinen Bedarf dafür haben. Trans Frauen haben den größten Operationsbedarf für die Gesichtsfeminisierung (57%), die Vaginoplastie (54,9%) und, mit geringem Abstand, die Körperfeminisierung (42,6%).

Trotz des hohen Bedarfs an geschlechtsangleichenden Operationen hatten bis zum Jahr 2025 82,2% der befragten trans Frauen keine solche Operation vornehmen lassen. Bezeichnenderweise sind die am häufigsten durchgeführten Operationen entweder die kostengünstigsten (Orchidektomie) oder solche, die nicht ausschließlich zum Bereich der geschlechtsangleichenden Operationen gehören (Feminisierung der Gesichtszüge, formal gesehen eine plastische Operation). (Illustrationen 46 und 47)

Unter denjenigen, die keine der Operationen bekommen haben, ist der Anteil in den Föderationskreisen Zentralrussland und Nordwest etwas geringer (82,8% und 81,6%), aber es gibt kei-

ne großen Unterschiede zu den anderen Föderationskreisen (von 81,6% bis 89,7%).

Ein bemerkenswerter Unterschied zwischen den Föderationskreisen hinsichtlich des Bedarfs an geschlechtsangleichenden Operationen besteht darin, dass in Föderationskreisen ohne Städte von föderaler Bedeutung (Moskau und Sant Petersburg) (d. h. **diejenigen, die als wohlhabend, privilegiert und urbanisiert gelten) deutlich häufiger der Bedarf an Operationen zum Ausdruck kommt, die auf die Feminisierung des Aussehens abzielen: des Gesichts und der Stimme**. Während in den Föderationskreisen Nordwest und Zentralrussland 55,1% bzw. 48,4% der Befragten einen Bedarf für Gesichtsfeminisierung empfinden, liegt dieser Prozentsatz

- bei 69,0% im Föderationskreis Wolga,
- bei 68,0% im Föderationskreis Ural,
- bei 64,7% im Föderationskreis Süd und
- bei 60,9% im Föderationskreis Sibirien;
- für die Föderationskreise Fernost und Nordkaukasus wurden nicht genügend Daten bereitgestellt.

Der Bedarf für chirurgische Stimmfeminisierung zeigt denselben Unterschied, wenn auch weniger ausgeprägt: 28,6% bzw. 26,9% in den Föderationskreisen Nordwest und Zentralrussland gegenüber

- 40,0% im Ural,
- 37,9% Wolga,
- 34,8% Sibirien und
- 29,4% Süd;
- für die Föderationskreise Fernost und Nordkaukasus liegen wiederum keine ausreichende Daten vor.

Was den Bedarf an der **Vaginoplastie** angeht, sind die Unterschiede zwischen trans Frauen, die in verschiedenen Föderationskreisen leben, weniger ausgeprägt: 55,9%, 55,1%, 58,8%, 55,2%, 60,0% und 43,5% in dem Zentralen Föderationskreis, Föderationskreis Nord-West, Südlichen Föderationskreis, Föderationskreis Wolga, Föderationskreis Ural und Föderationskreis Sibirien.

Das Gleiche gilt für die **Orchiektomie**: 30,1%, 32,7%, 52,9%, 27,6%, 36,0% und 26,1% in denselben Föderationskreisen.

Diese Beobachtung deutet darauf hin, dass **für trans Frauen in nicht-metropolitanen Föderationskreisen das Bedürfnis nach Sicherheit vor transphober Gewalt oder Diskriminierung und damit nach einem geschlechtskonformen femininen Aussehen wesentlich dringlicher ist als Fragen des Privatlebens und des Wohlbefindens.**

Bemerkenswert ist das Verhältnis zwischen dem Alter der Befragten und der Durchführung der gewünschten Operationen:

- In der Gruppe der unter 18-Jährigen gab es keine solchen Eingriffe, was der weltweiten Praxis entspricht,
- in der Altersgruppe von 18 bis 25 Jahren hatten 92,7% keine Operationen,
- in der Altersgruppe von 26 bis 35 Jahren – 72,3% und
- in der Altersgruppe von 36 bis 45 Jahren – 64,0%.

Dabei zeigt der Bedarf für verschiedene Operationen trotz geringer Unterschiede zwischen den Gruppen (mit Ausnahme der Gruppe der Minderjährigen, in der der Bedarf für Operationen seltener zum Ausdruck kommt, was unter anderem psychologische Gründe hat) keine starken Abweichungen: Gesichtsfeminisierung benötigen 64,2% der 18- bis 25-Jährigen, 50,8% der 25- bis 36-Jährigen und 64,0% der 36- bis 45-Jährigen (für die Gruppe der 46- bis 55-Jährigen liegen keine ausreichenden Daten vor); Vaginoplastie benötigen 60,2%, 53,8% und 50,2% der oben genannten Altersgruppen.

Somit lässt sich der höhere Prozentsatz derjenigen, die sich gewünschten geschlechtsangleichenden Operationen unterzogen haben, unter älteren trans Frauen nicht durch ihren höheren Bedarf an solchen Operationen erklären. Im Gegensatz zu der in der Anti-Gender-Rhetorik populären These, dass die Kultur der Gender-Identität der geschlechtsspezifischen Physiologie entgegensteht, zeigen die Ergebnisse unserer Studie, dass gerade unter den jüngsten volljährigen trans Frauen in Russland der Bedarf an Vaginoplastie am größten ist. **Der Anstieg dieses Prozentsatzes bei den älteren Gruppen lässt sich durch die Zeit erklären, die trans Frauen brauchen, um alle geschlechtsangleichenden Maßnahmen zu ergreifen. Die Zahlen belegen, dass es sich dabei um mehrere**

Jahre handelt, die man braucht, um die notwendigen finanziellen Mittel anzusparen.

Die Situation bezüglich der Kosten für geschlechtsangleichende Operationen hat sich nach der Verabschiedung des Bundesgesetzes Nr. 386 zum Verbot der Geschlechtsangleichung im Juli 2023 objektiv verschlechtert. Da die „Geschlechtsumwandlungsoperationen" in Russland verboten sind, können sie nur in einem anderen Land durchgeführt werden, was nicht nur höhere Kosten für die Operation selbst, sondern auch Kosten für Flüge und Unterkunft bedeutet. Die Befragten beschreiben dieses Problem wie folgt:

> *Ich habe verstanden, dass das meine allerletzte Chance ist, ich musste mich in Armenien operieren lassen und nicht in einer sichereren Klinik, ich musste die Operation nicht nach der optimalen Methode durchführen lassen.*
>
> *(Homosexuelle trans Frau, 19-25 Jahre alt, Föderationskreis Sibirien, Großstadt)*

> *Nachdem das Gesetz zum Verbot von Geschlechtsangleichung eingeführt wurde, habe ich jetzt, obwohl ich laut Unterlagen eine Frau bin und von außen eindeutig als Frau identifiziert werde, kein Recht mehr auf geschlechtsangleichende Eingriffe, von denen für mich die „bottom Surgery" (an den Genitalien), ohne die ich mir nicht vorstellen kann, überhaupt an eine Beziehung zu denken (ich hatte noch nie eine und werde wohl auch noch viele Jahre lang keine haben...). Es bleibt die Möglichkeit, mich im Ausland operieren zu lassen, jedoch war der Preis dafür in Russland vor der Verabschiedung des Gesetzes mehrfach niedriger als in jedem anderen Land, in dem solche Eingriffe machbar sind. Jetzt jedoch, wenn man den Dollarkurs (bei dem man nicht weiß, wie er sich weiter entwickeln wird) und die Preise für Flugtickets in das Land, in dem die Operation durchgeführt werden kann, berücksichtigt, dann die Kosten für die Operation selbst und mein Gehalt, werde ich viele Jahre lang für diesen für mich lebenswichtigen Eingriff sparen müssen, was ein starkes Gefühl der Unsicherheit, Hoffnungslosigkeit und gleichzeitig Hass auf den Staat und mich selbst hervorruft und meine Selbstmordgedanken und -tendenzen erheblich verstärkt…*
>
> *(Homosexuelle trans Frau, 26-25 Jahre alt,*

Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

> *Das ist ein Problem unserer Gesetze, als Operationen verboten wurden und man nach wer weiß was suchen musste. Meine erste Operation wurde von jemandem gemacht, der keine Erfahrung damit hatte. Alle anderen Kliniken haben mich abgelehnt. Ich habe es mit denen vereinbart, mit denen ich was vereinbaren konnte.*
>
> *(Interview mit Olesja, Föderationskreis Zentralrussland)*

Die Umfrage belegt, dass der Bedarf an geschlechtsangleichenden Operationen für trans Frauen in Russland in 2025, d3m dritten Jahr des vollumfänglichen Krieges, weiterhin schwer zu befriedigen ist. Auf die Frage *„Welche geschlechtsangleichenden Operationen können Sie Ihrer Meinung nach in den nächsten drei bis fünf Jahren durchführen lassen?“* antworten nur 2,9%, dass sie bereits alle gewünschten geschlechtsangleichenden Operationen hinter sich haben, während 49,2% sagen, dass für sie keine solche Operationen in den nächsten Jahren möglich sind. Auf vergleichender Grundlage können wir eine Vermutung darüber formulieren, inwieweit geschlechtsangleichende Operationen für trans Frauen von Bedeutung sind, um ein breites Spektrum sozialer und psychologischer Selbstbeschränkungen zu überwinden.

Illustrationen zum Kapitel 8.

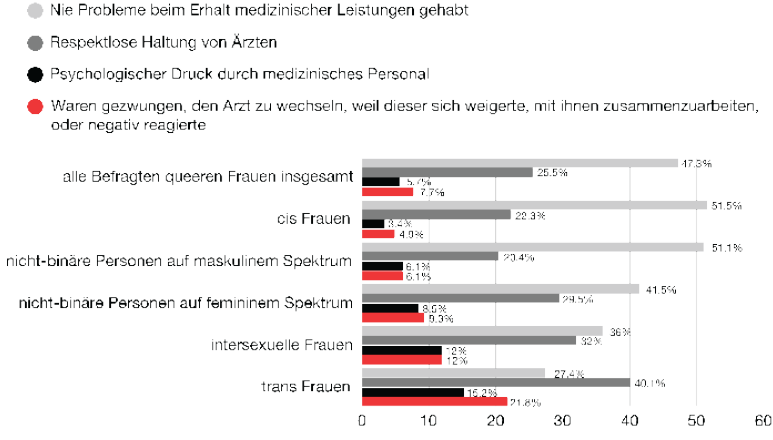


Illustration 43. Verfügbarkeit medizinischer Hilfe für queere Frauen in Russland, %

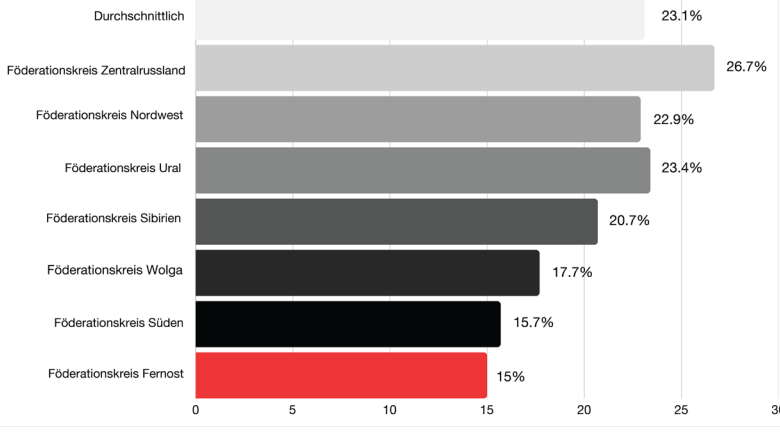


Illustration 44. Einschätzung queer Frauen der Verfugbakeit regelmäßiger gynäkologischer Betreuung, die sie vertrauen können: nach Region, %

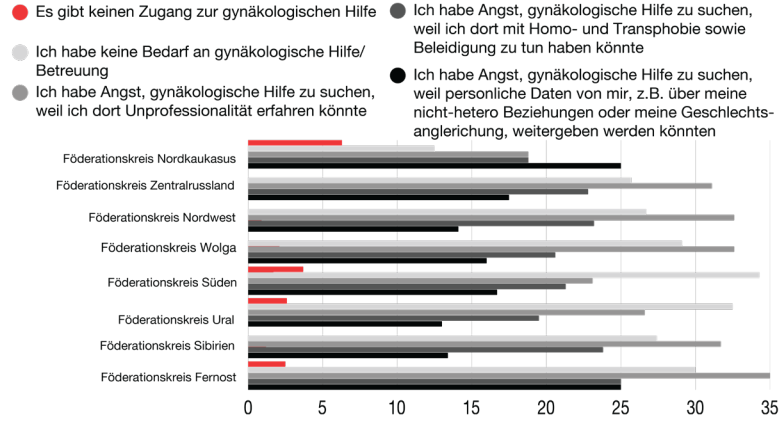


Illustration 45. Verfügbarkeit der gynäkologischer Hilfe nach Einschätzung queerer Frauen: FK Nordkaukasus in Vergleich zu anderen FK, %

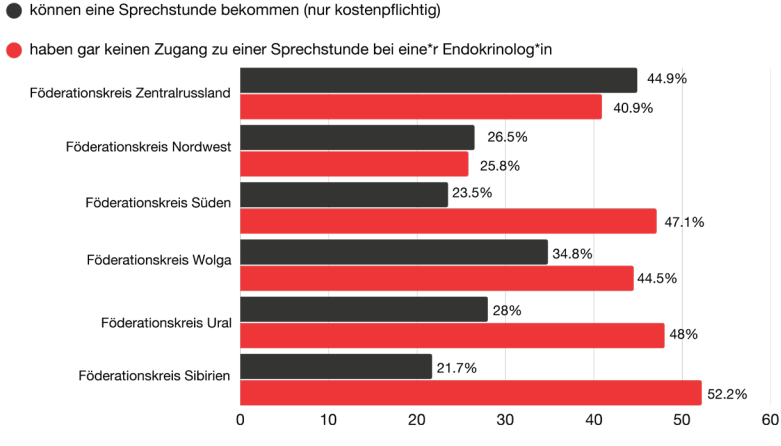


Illustration 46. Zugang zu endokrinologischer Behandlung beim Bedarf an einer Hormonersatztherapie nach Region, %

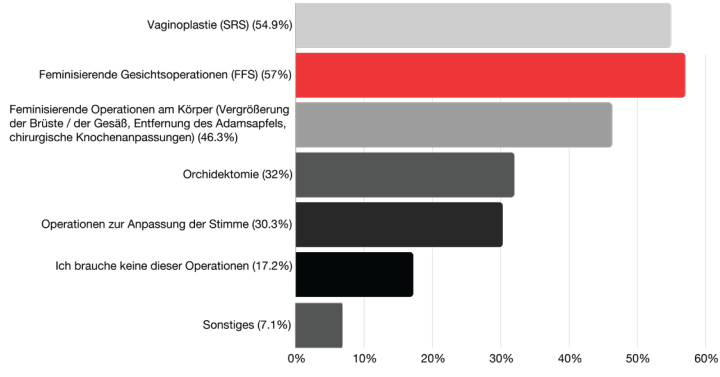


Illustration 47. Aktueller Bedarf an geschlechtsangleichenden Operationen: Trans Frauen, %

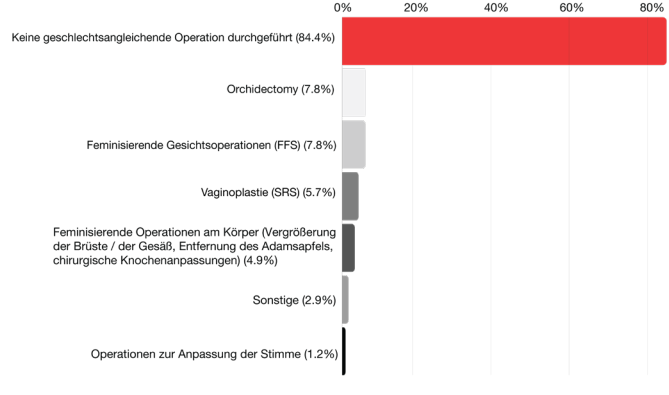


Illustration 48. Erfüllter Bedarf an geschlechtsangleichenden Operationen: Trans Frauen (in %)

Kapitel 9. Verstöße und Diskriminierung im Bereich der Familien- und Elternrechte

§1 Rechte und Bedürfnisse von queeren Frauen im Zusammenhang mit der rechtlichen Anerkennung von Partnerschaften

Obwohl die Gesetzgebung in Russland keine anderen Arten von Partnerschaften als monogame heterosexuelle Partnerschaften anerkennt, sind die sozialen Praktiken bei queeren Frauen, von denen uns die Befragten berichteten, vielfältig. Die Studie zeigt, dass der Bereich Familie und Elternschaft für queere Frauen und trans Menschen in Russland einer der am stärksten gefährdeten Lebensbereiche ist. Eine Besonderheit der Stichprobe in dieser Studie ist der geringe Anteil von queeren Frauen, die in einer offiziellen heterosexuellen Ehe leben oder gelebt haben – 4% verheiratet, sowie 3,7% geschieden und 0,1% verwitwet. Dabei geben 22,5% der befragten queeren Frauen an, mit einer Partnerin zusammenzuleben, während nur 2,4% angaben, mit ihrem Ehemann oder ihrer Ehefrau in einer offiziellen Ehe zu leben.

Einige der Befragten, die verheiratet sind oder in einer langfristigen Beziehung mit cis-heterosexuellen Männern leben, berichteten von Fällen ähnlicher Gewalt:

> *Mein Ex-Mann war überzeugt, dass meine Pansexualität ein Zeichen von Promiskuität ist. Für ihn war das ein Grund für Eifersucht und übermäßige Kontrolle; ich habe oft gehört, dass LGBTQ+-Menschen Opfer von Propaganda/minderwertig/krank=unfähig sind, dass man uns nicht vertrauen kann, unsere eigenen Kinder zu erziehen.*
>
> *(Pansexuelle cis Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)*

Im Rahmen der Umfrage wurden Fälle von Gewalt und Rechtsverletzungen in familiären Beziehungen dokumentiert, in denen versucht wurde, repressive Gesetze gegen LGBTQ+ auf queere Frauen

anzuwenden. Dabei handelte es sich vor allem um Drohungen mit Anzeige und um Erpressung:

[Es kam zu] Gewaltandrohungen gegen mich und meine Familie durch den Vater meiner Ex-Freundin. Da ich zu diesem Zeitpunkt noch minderjährig war und dieser Mann Einfluss bei den Strafverfolgungsbehörden hatte, habe ich mich an meine Mutter gewandt. Ich war gezwungen, mich zu outen, um die Situation zu entschärfen. Danach wurde ich von diesem Mann weiter verfolgt und er äußerte sich abfällig über mich und meine Mutter.

(Bisexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Kleinstadt)

Derzeit bereite ich eine Klage gegen meine Ex-Freundin vor, die mir 160.000 Rubel schuldet. Unser letztes Gespräch fand im Februar statt, sie drohte mir, meiner Familie von meiner sexuellen Orientierung zu erzählen und mein Leben zu ruinieren. Jetzt sammle ich alle Beweise, um vor Gericht zu gehen, und ich habe immer noch Angst, dass sie mich wegen „LGBT-Propaganda" oder etwas anderem anzeigen wird. Ich fühle mich nicht sicher, wenn ich vor Gericht gehe.

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Sibirien, Millionenstadt)

Meine Partnerin hat mich betrogen und Geld gestohlen. Ich habe Angst, zur Polizei zu gehen, weil ich nicht weiß, ob ich in diesem Fall als Extremistin eingestuft werde.

(Homosexuelle cis Frau, 26-35 лет, Föderationskreis Nordwest, Kleinstadt).

Die Mutter meines cis Freundes versucht, eine Strafanzeige zu erstatten, weshalb wir unsere Beziehung vor seinen Eltern geheim halten müssen.

(Bisexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Südrussland, Millionenstadt)

Meine Frau ist eine trans Frau. Ihre Mutter behauptet, dass sie wegen mir mit der Geschlechtsangleichung angefangen hat, und droht, mich anzuzeigen.

(Homosexuelle cis Frau, 19-25 Jahre,

Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt).

Im Falle von queeren Frauen birgt die Einreichung von Anträgen auf Untersuchung von Gewaltfällen bei den Strafverfolgungsbehörden aufgrund queersensibler mit hohen Risiken und einer unvorhersehbaren Reaktion der Strafverfolgungsbehörden verbunden. Da sie sich dessen bewusst sind, vermeiden die befragten queeren Frauen, sich an die Polizei oder Ermittlungskomitee der Russischen Föderation zu wenden. Ein Grund sowohl für Drohungen gegen queere Frauen durch Privatpersonen als auch für die Angst queerer Frauen, sich an die Strafverfolgungsbehörden zu wenden, ist unter anderem die fehlende Anerkennung und der fehlende Rechtsstatus nicht-heterosexueller Partnerschaften.

Die Umfragedaten bestätigen, dass die Unmöglichkeit, eine Ehe einzugehen und gemeinsam Kinder zu erziehen, nach wie vor eine der bedeutendsten Formen institutioneller Diskriminierung gegenüber queeren Frauen in Russland darstellt. 89,9% der Befragten halten die legale Möglichkeit, eine Ehe zwischen Partner*innen gleichen Geschlechts einzugehen, für eine wichtige Voraussetzung zur Verbesserung ihrer Lebensqualität. Dabei ist nicht nur die symbolische Bedeutung der Ehe wichtig, sondern auch der rechtliche Schutz eineRegenbogenfamilie: Zugang zum gemeinsamen Vermögen, Erbrecht, medizinische Vertretung sowie Unterstützung im Falle von Krankheit oder Tod einer Partnerin/eines Partners. Die fehlende rechtliche Anerkennung der Ehe oder Elternschaft (z. B. wenn die*der Partner*in nicht das leibliche Elternteil des Kindes ist) schafft permanente Unsicherheit. Im Falle von Trennung, Krankheit, Tod des Partners oder bei Konflikten mit Verwandten existiert der „zweite Elternteil“ rechtlich nicht und kann daher weder das Kind schützen noch den Kontakt zu ihm aufrechterhalten.

Die befragten queeren Frauen berichten, dass die Unmöglichkeit, eine offizielle Ehe einzugehen, ihre rechtliche Unsicherheit verstärkt, beispielsweise wenn es darum geht, ihre Partnerin in einer medizinischen Einrichtung zu besuchen oder ihre Interessen zu vertreten:

> *Mir wurde verweigert, meine Freundin (ebenfalls transgender) in einem Krankenhaus zu besuchen…*
>
> *(Pansexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Sibirien, mittelgroße Stadt)*

Wir wohnen zusammen wie eine Familie, führen ein gemeinsames Familienleben, aber wenn etwas mit unserer Gesundheit passieren würde, könnten wir nicht einmal physisch beieinander sein, um uns gegenseitig zu unterstützen und zu helfen.

(Bisexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Unter den queeren Frauen, die den Wunsch nach einer Geschlechtsangleichung haben oder hatten, geben 7,8% an, die angleichenden Maßnahmen eingeschränkt zu haben, aus Angst, dass ihre Ehe aufgelöst wird. Dabei waren 34,4% zur Zeit der Einführung der Maßnahmen verheiratet. Am häufigsten verschoben die Befragten die Änderung des Geschlechtseintrags (4,9%), dann den Anfang der Hormonersatztherapie (2,5%) und schließlich geschlechtsangleichende Operationen (0,4%). Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Änderung des Geschlechtseintrags für diese Frauen zu einem späteren Zeitpunkt eventuell nicht mehr möglich war, wegen Inkrafttretens des föderalen Gesetzes föderale Gesetz „Über Änderungen in einzelnen Gesetzgebungsakten der Russischen Föderation".

Unter unseren Befragten sind zwei trans Frauen, die vor der Verabschiedung des föderalen Gesetz „Über Änderungen in einzelnen Gesetzgebungsakten der Russischen Föderation" gezwungen wurden, ihre Ehen aufzulösen, bevor sie ihren Geschlechtseintrag ändern konnten. Ein wesentlicher Faktor, der eine der Befragten dazu veranlasste, diesen Forderungen nachzukommen, war die Angst, die Änderung des Geschlechtseintrags nicht rechtzeitig vor Inkrafttreten des Verbots zu schaffen, sowie die Drohung der Standesbeamten, die Bearbeitung ihres Antrags künstlich in die Länge zu ziehen:

Um den Geschlechtseintrag zu ändern, musste ich mich vor Gericht scheiden lassen. Ich bin zum Standesamt gegangen, und das Standesamt hat darauf bestanden. […] Ich bin zum örtlichen Standesamt gegangen, um einen Antrag auf Namensänderung und Änderung des Geschlechtseintrag zu stellen. Sie meinten, dass sie meinen Antrag nicht annehmen würden, solange ich keine Scheidungspapiere vorlege. Ich war empört, das war doch illegal. Daraufhin haben sie mir geantwortet, dass die Leiterin gerade einen Monat Urlaub hat, dass sie dann

unsere Dokumente verlieren würden, dass wir sie wiederbeschaffen müssten, dass ich am Ende einen neuen Antrag schreiben solle, aber dass dann schon Zeit verloren wäre und das Gesetz verabschiedet würde.

(Aus dem Interview mit Olesja, Föderationskreis Zentralrussland)

Im Interview mit einer anderen Befragten, Irina, wird eine andere Situation beschrieben: Nach ähnlichen Forderungen des Standesamtes und Drohungen, dass das Standesamt sich an die Staatsanwaltschaft wenden würde, wurde Irinas Ehe zum Zeitpunkt der Änderung ihres Geschlechtseintrags zwar nicht geschieden, aber gemäß des föderalen Gesetzes „Über Änderungen in einzelnen Gesetzgebungsakten der Russischen Föderation" „für nichtig erklärt". Irina und ihre Ehefrau haben kein Dokument, das die Scheidung bestätigt, aber gleichzeitig wird ihre Ehe nicht mehr als gültig anerkannt:

Wir haben kurz vor meiner Ausweisänderung geheiratet, wir haben es lange aufgeschoben, weil es für uns ein schwieriger Prozess war. Wir hätten eigentlich am liebsten erst nach der Ausweisänderung geheiratet, ohne uns als cis heterosexuell auszugeben. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich bereits eine Bescheinigung von einem medizinischen Zentrum, mit der ich meine Dokumente ändern konnte, und die Leiterin des Standesamtes hat diese Tatsache festgebissen. Sie hat laut geschrien, dass es sich um eine homosexuelle Ehe handelt, die aufgelöst werden muss, hat mit der Staatsanwaltschaft gedroht, die Änderung der Dokumente abgelehnt (obwohl sie gar nicht dazu berechtigt war). Wir sind dann zu einem anderen Standesamt gefahren (zum Glück ist das möglich), wo man nicht mehr auf den Heirat-Stempel im Ausweis geachtet hat und sich bereit erklärt hat, den Geschlechtseintrag zu ändern. Danach hat mich die Leiterin des ersten Standesamtes angerufen und gesagt, dass sie meine Dokumente zwar ändern würde, aber die Staatsanwaltschaft hätte Interesse an dem Fall. Ich habe ihr höflich gesagt, dass ich darüber nachdenken würde. Danach habe ich keinen Kontakt mehr zu ihr aufgenommen. Und schon nach einigen Monaten wurde das Gesetz zum Verbot von Geschlechtsangleichung diskutiert, wonach alle Ehen, die

vor der Änderung des Geschlechtseintrags geschlossen wurden, unabhängig davon, ob sie offiziell geschieden wurden oder nicht, als annulliert gelten. Ich habe keine offizielle Entscheidung über meine Ehe, aber laut Gesetz ist sie ungültig. Die Heiratsurkunde haben wir noch, aber technisch gesehen ist sie nicht mehr gültig.

(Aus dem Interview mit Irina, Föderationskreis Nordwest)

§2 Eltern- und Sorgerechte von queeren Frauen

Neben der Ehe-Problematik gibt ein erheblicher Anteil der Befragten **(28,8%)** an, dass **sie ihren Kinderwunsch in Russland nicht verwirklichen können**. Unter trans Frauen sind 48,7% der Befragten davon betroffen. 96% der befragten queeren Frauen in unserer Stichprobe haben keine Kinder. Auf die Frage, **was ihnen als LGBTQ-Personen ein komfortableres Leben in Russland ermöglichen würde**, nennen 78,5% der Befragten das gesetzliche Recht auf Adoption für gleichgeschlechtliche Paare. Somit ist die Möglichkeit, Eltern zu werden, ein weit verbreitetes und unerfülltes Bedürfnis unter queeren Frauen. Diese Nichterfüllung wird nicht nur durch direkte Verbote bedingt, sondern auch durch die Angst queerer Frauen, mit dem Druck seitens des Jugendamts konfrontiert zu werden. Von diesem Druck berichten regelmäßig diejenige queeren Frauen, die bereits leibliche oder Adoptivmütter sind.

Nur 4% der von uns befragten queeren Frauen haben Kinder. Bei näherer Betrachtung der Gruppe queerer Frauen, die zum Zeitpunkt der Studie Kinder haben, zeigt, dass die Risiken bei der Elternschaft einer der wichtigsten Faktoren im Leben von queeren Frauen in Russland ist. So wurde seit Beginn des umfassenden Krieges 17,1% der Befragten mit einem Kind von verschiedenen Akteuren gedroht, ihnen das Kind wegzunehmen, sowie 15% der Befragten mit zwei Kindern. Im Vergleich zum Zeitraum vor Beginn des umfassenden Krieges ist dies ein Anstieg: In dem Zeitraum waren 12,2% der Befragten mit einem Kind von solchen Drohungen betroffen, und 15,6% der Befragten mit zwei Kindern. Möglicherweise wurden solche Drohungen nicht umgesetzt, aber für uns war es im Rahmen der Studie wichtig festzustellen, dass solche Drohungen in verschiedenen Situationen geäußert wurden und wie ver-

breitet sie waren.

Im Rahmen der Umfrage gaben folgende Personen an, dass ihnen mit dem Entzug des Sorgerechts gedroht wurde:

- 0% heterosexuelle Frauen und 1,5% pansexuelle, 1,1% bisexuelle und 0,7% homosexuelle Frauen,
- 1% cis und 0,5% trans Frauen sowie 0,8% nicht-binäre Personen auf dem femininem Spektrum.

Frauen mit anderen Identitäten äußerten im Rahmen der Umfrage keine derartigen Befürchtungen. Diese Antworten zeigen die Ängste von queeren Frauen vor einer möglichen Wegnahme ihrer Kinder durch den Staat oder andere Akteure.

Queere Frauen, die minderjährige Kinder erziehen, teilten ihre Erfahrungen, in denen Fragen der Sicherheit und sozialen Akzeptanz eine wichtige Rolle spielten. Einige berichteten, dass sie aus Angst vor den Folgen für ihre Familie entweder die Beziehung beenden mussten (eine der Befragten beschrieb beispielsweise, dass ihre Beziehung zu ihrer Partnerin nach Drohungen eines Passanten, sich an das Jugendamt zu wenden, allmählich zerbrach) oder nach anderen Schutzstrategien suchen mussten, z. B. ihren Kindern zu erklären, dass sie ihre Partner*innen in öffentlichen Gesprächen nicht erwähnen sollten – selbst wenn diese für das Kind die Rolle eines zweiten Elternteils einnehmen.

> *Ich habe verstanden, dass es für mich und meine Partnerin nirgendwo einen sicheren Ort gibt. Wir sind beide offiziell in keiner Gemeinschaft integriert. Unsere Kinder besuchen den Kindergarten und die Schule. Jede Information über uns als Paar kann zu Mobbing der Kinder und zur Aufmerksamkeit der Jugendämter führen. Bis hin zur Wegnahme der Kinder aus der Familie. Dabei trinken wir nicht, nehmen keine Drogen, haben gute Wohnverhältnisse, die Kinder gehen zur Schule und besuchen zusätzliche Tanz- und Sportkurse usw. Dennoch leben wir in ständiger Angst, dass wir jeden Moment wegen Propaganda angeklagt werden könnten.*
>
> *(Bisexuelle cis Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

Als ich eine Freundin gefunden hatte, wurde es sehr

beunruhigend, mit dem Kind spazieren zu gehen. Einmal, als wir unsere Gefühle offen gezeigt hatten, drohte uns ein Passant mit dem Jugendamt. Danach sind wir nicht mehr so spazieren gegangen, und unsere Beziehung hat auch deshalb nicht lange gehalten. Seit 2022 habe ich Angst, eine feste Beziehung einzugehen, da dies von der russischen Politik missbilligt wird. Nur heimliche kurze Treffen.

(Pansexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 26-35 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Ich erlaube meinen Kindern nicht, in der Schule über meine Partnerin zu sprechen. Sie müssen verschweigen, wer sie ist, wenn sie Freunde nach Hause einladen.

(Pansexuelle cis Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Wolga, Millionenstadt)

Laut der Daten unserer Umfrage müssen queere Frauen mit Kindern ihre Identität in formellen Situationen häufiger verbergen als queere Frauen ohne Kinder. Während 7,4% der queeren Frauen ohne Kinder ihre LGBTQ-Identität vor ihren Arbeitgeber*innen oder Vorgesetzten verbergen, sind es 12% derjenigen mit einem Kind und 15,7% derjenigen mit zwei Kindern. 4,1% der queeren Frauen ohne Kinder, 7,3% der queeren Frauen mit einem Kind und 10% der queeren Frauen mit zwei Kindern verbergen ihre queere Identität vor Fremden in der Öffentlichkeit.

In ihrem Interview spricht Olesja über den Druck, der auf sie vom Jugendamt ausgeübt wurde, nachdem sie ihren Geschlechtseintrag ändern ließ. Die Veränderungen im Aussehen von Olesja, die bereits minderjährige Kinder hatte, wurden von der Leitung des Kindergartens bemerkt. Olesja erzählt, wie das Jugendamt schließlich entschied, sich nicht einzumischen, da es ihr und ihrer Partnerin gelungen war, ihren minderjährigen Kindern beizubringen, in Gegenwart von Fremden über Olesja nicht als Elternteil, sondern als ferne Verwandte zu sprechen:

Die Ortschaft, in der ich lebe, ist klein. Man wusste von meiner [Transgender-] Transition. Und seit Anfang 2024 wurden Beschwerden über mich geschrieben. Eine solche Beschwerde wurde im Namen des Schulleiters und

des Kindergartenleiters an das Jugendamt geschickt. [...] Das Jugendamt stellte Fragen wie „Was für ein Vorbild sind Sie?“ [...] Wir haben versucht, [den Kindern beizubringen, neutrale Pronomen zu verwenden]. Wir haben uns darauf geeinigt, mich einfach beim Namen zu nennen. [...] Als die Jugendamtbeamten [zu uns nach Hause] gekommen sind, haben sie Druck auf die Kinder ausgeübt: „Wer ist das? Papa?“ Und die Kinder haben einstimmig geantwortet: „Nein, das ist Tante Olesja, eine Verwandte.“ Das war‘s. „Was wollen Sie? Verwandte Olesja.“ Danach gab es weniger Fragen vom Jugendamt. Obwohl sie [alles verstanden haben], die Beamte des Jugendamts wusste [dass ich ein Elternteil bin], sie hat doch gesagt, dass es sich um den Vater handelt.

(Aus dem Interview mit Olesja, Föderationskreis Zentralrussland)

Die Notwendigkeit, ihren Kindern beizubringen, über ihre Familie nicht offen zu sprechen oder sogar zu lügen, löst bei den befragten queeren Frauen tiefe traumatische Erlebnisse und ein Gefühl der Ungerechtigkeit aus.

Das Gleiche zeigt sich seit Beginn des umfassenden Krieges in Situationen, in denen einem Kind gleichzeitig die politische Haltung seiner Eltern erklärt werden muss und die Notwendigkeit, diese in den Einrichtungen, die es besucht (wie Kindergarten und Schule), nicht zu erwähnen. Im Kontext des umfassenden Krieges empfinden queere Frauen, die Kinder großziehen, zusätzliche Angst, wenn sie mit ihrem Kind über die Ereignisse im Land und ihre Einstellung dazu sprechen. Queere Mütter stehen schon als nicht cis-heteronormative Frauen unter Druck und haben Angst, mit dem Jugendamt in Konflikt zu geraten. Nun sind sie einem weiteren Risiko ausgesetzt, wegen der antikriegerischen Haltung, die sie ihren Kindern vermitteln.

Seit Beginn des umfassenden Krieges wird regelmäßig militaristische Propaganda in Schulen und sogar Kindergärten betrieben (z. B. in Form von Vorträgen der Kriegsteilnehmer, die im Rahmen der sogenannten „Gespräche über Wichtiges”, die Ende 2022 in den Lehrplan aufgenommen wurden, gehalten werden, oder in Form von patriotischen Feierlichkeiten, bei denen Kinder Militäruniformen tragen müssen).[236] Gleichzeitig werden immer häufiger Unterrichtseinheiten zum Thema „Familie“ in den Lehrplan aufgenommen, die

„traditionelle Werte“ vermitteln sollen.[237] Diese Unterrichtseinheiten sind nicht nur ideologisch geprägt (entgegen dem verfassungsrechtlichen Verbot der Einführung jeglicher Ideologie)[238] und Quelle des psychologischen Drucks auf Minderjährige. Sie bergen auch die Gefahr, dass die unwillkürliche Reaktion von Minderjährigen, die in queeren Familien und Familien mit offen antikriegerischer Haltung aufwachsen, zu Denunziationen und Inspektionen durch das Jugendamt führt.

Manche queere Eltern sagen, dass die Versuche queerer Eltern, sich dem Einfluss militaristischer Propaganda auf ihre Kinder zu widersetzen, führen zu erhöhter Aufmerksamkeit seitens der Mitarbeiter*innen von Kindergärten und Schulen. Diese nutzen sowohl die anti-krigerische Haltung als auch die nicht-cis-heteronormative Identität der Eltern, um Druck auf sie auszuüben. Über einen solchen Fall berichten Swetlana und Eva, eine cis und eine trans Frau, die gemeinsam ein Kind großziehen, in ihrem Interview:

> *Als der Krieg ausgebrochen war, herrschte totale Schockstimmung … Ich habe versucht, meinem Kind zu erklären, was ich davon halte […] Dann sagte eine Erzieherin: „Wissen Sie, dass Ihr Kind weiß-blau-weiße und ukrainische Flaggen malt [Die weiß-blau-weiße Flagge ist ein Symbol der Proteste gegen den russischen Überfall auf die Ukraine] und möchte, dass Russland den Krieg verliert?“ Sie sagte: „Sie wissen doch, wie die Repressionen derzeit sind? Und er hat das vor Fremden gesagt.“ Ich musste ein ernstes Wort mit meinem Kind reden. Das war nicht fair, denn zuerst habe ich etwas gesagt und muss nun lernen, darüber zu schweigen. […] Zu dieser Situation kommt jetzt noch unsere Beziehung hinzu. Eine andere Erzieherin, zu der wir keinen guten Kontakt hatten, hat sofort gefragt: „Wer ist Eva? Was ist das für eine seltsame Familie? Die Jugendamt sollte diese Familie überprüfen.“ […] Deshalb mussten wir unserem Kind beibringen, zu sagen, dass er eine Tante hat, aber keinen Vater mehr. Und ich bin immer noch erschüttert von dieser Lüge gegenüber meinem Kind.*
>
> *(Aus dem Interview mit Swetlana und Eva, Föderationskreis Zentralrussland)*

Die Überwachung der Worte und des Verhaltens ihres Kindes

in Bezug auf ihre Familie und ihre politische Haltung, ergänzt durch die Tatsache, dass sie ihr Kind in einer gleichgeschlechtlichen Familie großziehen und eine von ihnen eine trans Frau ist, veranlasste Swetlana und Eva dazu, für ihr Kind Heimunterricht zu organisieren. Sie sind überzeugt, dass dies die einzige Möglichkeit ist, ihr Kind vor pro-kriegerischer Propaganda zu schützen, ohne das Risiko, die Aufmerksamkeit des Jugendamts auf ihre Familie zu lenken:

> *Es gibt keine Hoffnung, dass sich in Russland in den nächsten Jahren etwas zum Besseren wenden wird. Wir schicken unser Kind nicht in eine staatliche Schule, sondern geben ihm zu Hause Unterricht, um ihn vor Indoktrination zu schützen... Selbst im Kindergarten war das schwer zu vermeiden. Die Erzieherin interessierte sich für uns, auch für die Zusammensetzung unserer Familie. […] Ich wurde dafür kritisiert, dass ich mein Kind von patriotischen Veranstaltungen wegnehme […] Da trans Personen derzeit mit Pädophilen gleichgestellt sind und kein Sorgerecht haben, gehen wir ein großes Risiko ein, wenn wir jemandem in die Quere kommen.*
>
> *(Aus dem Interview mit Swetlana und Eva, Föderationskreis Zentralrussland)*

Andere queere Frauen berichten, dass die Verabschiedung des Gesetzes „zum Verbot von LGBT-Propaganda“ (föderales Gesetz Nr. 479), sowie die allgemeine Zunahme von Homo- und Transphobie in der russischen Gesellschaft und deren Legitimierung, ihre Vorstellungen von der Erziehung ihrer Kinder massiv beeinflusst haben. Queere Frauen sind gezwungen, Wege zu finden, um ihre Kinder vor homophoben und transphoben Narrativen so zu schützen, dass dies nicht zu Denunziationen gegen sie und zum Interesse der Jugendämter an ihrer Familie führt. Unter diesem doppelten Druck – queerfeindlich und militaristisch einerseits, staatlich und gesellschaftlich andererseits – kann das Familienleben queerer Frauen seine Privatsphäre verlieren. Die Erziehung eines Kindes wird zu einer ethisch und psychologisch schwer realisierbaren Aufgabe:

> *Es ist schwieriger geworden, ein Kind zu erziehen, da es in der Außenwelt ständig mit normalisierter Homo-/Transphobie konfrontiert ist. Wenn Fremde in meiner Ge-*

genwart homophobe oder transphobe Äußerungen machen, habe ich Angst, ihnen zu widersprechen.

(Pansexuelle cis Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Wolga, mittelgroße Stadt)

Die Verabschiedung des Gesetzes über LGBT+ hat mich zutiefst verletzt und mein Gefühl der Unsicherheit verstärkt. Ich habe Kinder im Alter von 5 und 7 Jahren, mit denen ich frei über meine Werte sprechen möchte: Über die Gleichberechtigung der Geschlechter, über Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung und darüber, wie unterschiedlich und wunderbar Menschen sind. Ich möchte ihnen beibringen, wie großartig es ist, man selbst zu sein, einzigartig und unverwechselbar, sich selbst zu akzeptieren und das Recht zu haben, von der Gesellschaft akzeptiert zu werden. Es ist derzeit sehr schwierig, die eigene Meinung zu äußern. Ich fühle mich verletzlich und hasse es, vorsichtig und mit Bedacht sprechen zu müssen.

(Pansexuelle nicht-binäre Person auf dem femininen Spektrum, 26-35 Jahre alt, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Ich bin psychisch sehr stabil, aber wenn ich daran denke, dass mein Kind hier aufwachsen und zur Schule gehen soll, wo es verboten ist, sich frei zu äußern und eigene Freiheit auszuleben, wo ich weiß, dass ... meine Tochter, wenn sie etwas dagegen sagt, unsere Familie in Gefahr bringen könnte, ohne sich der Konsequenzen bewusst zu sein. Ich verstehe überhaupt nicht, wie man in diesem System ein Kind großziehen kann. [...] Ich möchte nicht, dass mein Kind mit der Vorstellung aufwächst, dass all diese Repressionen etwas Gutes sind. Ich bin nun wahrscheinlich mehr darauf vorbereitet, dass ich auf der Straße getötet werde, als ich es bis Februar 2022 war, und habe mich anscheinend schon mit diesem Gedanken abgefunden. Alle meine Ängste beziehen sich nur auf unser Kind. [...]

(Homosexuelle trans Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Landstadt).

Neben dem Druck staatlicher Behörden, Drohungen von Angestellten von Schulen und Kindergärten, Denunziationen durch

wenig bekannte und unbekannte Personen sind queere Frauen, die ein minderjähriges Kind großziehen, dem Druck durch Verwandte und ehemalige Partner ausgesetzt. In unserer Studie beschriebene Fälle zeigen einen engen Zusammenhang zwischen alltäglicher Homo- und Transphobie und dem Einfluss militaristischer Propaganda. Auslöser für die Aggression gegen queere Frauen ist ihr Privatleben oder ihre antikriegerische Haltung, verbunden mit der Tatsache, dass sie ein minderjähriges Kind der Täter erziehen. So wurde in einem Fall der Druck auf eine queere Mutter deswegen ausgelöst, dass sie sich weigerte, ihr Kind in eine militärisch-patriotische Organisation zu schicken. In einem anderen Fall wurde der Druck von einem Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden ausgeübt, der persönliche Informationen über die Betroffene herausgefunden hatte und sich über ihre homosexuelle Beziehung empörte. Wesentlich ist auch, dass queere Frauen in solchen Fällen Gewalt durch Männer ausgesetzt sind, die von rechtskonservativen und militaristischen Narrativen überzeugt sind:

> *Beim Kontakt mit dem leiblichen Vater meines Sohnes sind wir uns politisch nicht einig geworden. Er hat den Wunsch geäußert, meinen Sohn in die patriotische Organisation „Junger Wagner-Mitglied“ einzuschreiben [rus. „Юный вагнеровец“; benannt nach der russischen paramilitärischen Organisation „Wagner-Gruppe“ (russisch: „Группа Вагнера“), die unter anderem im Krieg gegen die Ukraine aktiv ist.], was ich abgelehnt habe. Daraufhin habe ich aggressive Drohungen erhalten, dass man mir meinen Sohn wegnehmen würde.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *Der leibliche Vater meiner Kinder (wir haben nie zusammen gelebt [...]) hat mich verfolgt, mir gedroht, mir meine Kinder wegzunehmen. Er hat mir mein Geld genommen und wertvolle Sachen aus meiner Wohnung (die ihm nicht gehört), um mir jede Möglichkeit zu nehmen, meine finanziellen Probleme zu lösen. Er hat mir mit der Einweisung in eine psychiatrische Klinik gedroht. All das, weil ein Verwandter von ihm, der Verbindungen zu den Behörden hat und alles regeln kann, mein Telefon abgehört und alle Informationen über mich herausgefunden hat und erfahren hat, dass ich eine Freundin habe. Die*

Sache ist bis heute nicht geklärt. Ich weiß, dass sie jederzeit zu mir kommen können.

(Bisexuelle cis Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)

Im Falle von trans Frauen kommt als zusätzlicher Gefährdungsfaktor ihre rechtliche Sichtbarkeit als queere Menschen hinzu, falls sie ihre Dokumente ändern lassen. Laut einer Studie der LGBTQ-Gruppe „Coming-out" und der Stiftung „Sfera" ist im Jahr 2024 der Anteil der trans Personen mit minderjährigen Kindern, die mit dem Druck der Jugendämter konfrontiert sind, deutlich gestiegen: Während im Jahr 2023 2% der befragten trans Personen davon betroffen waren, waren es im Jahr 2024 bereits 10%. Die Autor*innen der Studie führen diesen Anstieg unter anderem auf das föderale Gesetz Nr. 386 zurück, das nicht nur die Geschlechtsangleichung, sondern auch die Vormundschaft über Pflegekinder verbietet.[239] In der vorliegenden Studie sind auch mehrere Berichte von trans Frauen mit Kindern über den Druck seitens Jugendämter gesammelt, sowie Berichte von trans Frauen, die Kinder haben möchten, diese Möglichkeit aber aufgrund von Diskriminierung und gesetzlichen Verboten nicht in Betracht ziehen. Letzteres kommt im Interview mit Irina zum Ausdruck:

Wir ziehen diese Möglichkeit aufgrund von Diskriminierung nicht in Betracht. Wäre unsere Gesellschaft inklusiver oder würden wir außerhalb der Russischen Föderation leben, könnten wir diese Frage wahrscheinlich neu überdenken, aber unter den gegebenen Umständen ist es immer ein Risiko, Kinder zu haben, denn sie könnten in Gefahr geraten. Außerdem kann ich aufgrund des Gesetzes von 2023 offiziell keine Pflegekinder aufnehmen (es gilt Adoptionsverbot für trans Personen) und kenne Fälle, in denen queeren Eltern das Sorgerecht entzogen wurde.

(Aus dem Interview mit Irina, Föderationskreis Nordwest)

Bei der Erneuerung ihres russischen Passes sehen sich trans Frauen manchmal mit Stereotypen und Vorurteilen seitens der Beamten konfrontiert. Im Interview mit Olesja wird ein Fall angesprochen, in dem die Polizei (Innenministerium) nach der Änderung des Geschlechtseintrags und bei der Ausstellung eines neuen Aus-

weises darauf bestand, dass Olesjas Kinder nicht darin aufgeführt werden:

> *Bei der Ausstellung eines neuen Ausweises gefiel es der Polizei nicht, dass ich Kinder habe. Ich wurde aufgefordert, den Antrag umzuschreiben und einen Vermerk hinzuzufügen, dass der Ausweis ohne Angaben zu den Kindern ausgestellt werden soll. Man sagte mir, dass man mir sonst keinen Ausweis ausstellen würde.*
>
> *(Aus dem Interview mit Olesja, Föderationskreis Zentralrussland)*

Ein ähnliches Problem, nämlich die Unmöglichkeit, nach einer Geschlechtsangleichung den Elternstatus anzuerkennen, wird von Swetlana und Eva in ihrem Interview angesprochen. Da Eva ursprünglich nicht als Elternteil in der Geburtsurkunde ihres Kindes angegeben war, wandte sie sich an einen Anwalt, um die gesetzliche Anerkennung ihrer Elternschaft nach der Änderung des Geschlechtseintrags in „weiblich" zu erreichen. Swetlana und Eva berichten, dass der Anwalt vor der Entscheidung des russischen Obersten Gerichtshofs im November 2023, die sogenannte „internationale LGBT-Bewegung" als extremistisch einzustufen, was zu Schauprozessen gegen queere Menschen führte (siehe Kapitel 5 für weitere Details), noch mögliche Optionen in Betracht gezogen hatte, aber nach der Entscheidung empfahl, die Anerkennung von Evas Elternschaft auf unbestimmte Zeit zu verschieben:

> *Vor der Entscheidung über die Einstufung der sogenannten „LGBT-Bewegung" als extremistisch haben mein Anwalt und ich daran gearbeitet, mich als Elternteil unseres Kindes anerkennen zu lassen. Nach der Einstufung hat er mir jedoch geraten, diese Idee aufzugeben. Rechtlich gesehen habe ich also nichts mit unserem gemeinsamen Kind zu tun. Wenn meiner Partnerin etwas passiert, bleibt das Kind allein zurück.*
>
> *(Aus dem Interview mit Swetlana und Eva, Föderationskreis Zentralrussland)*

Swetlana und Eva halten diese Situation für äußerst gefährlich. Im Interview erzählen sie, wie viel Mühe sie aufwenden müssen, damit die Behörden kein Interesse an ihrer Familie entwickeln.

Sie müssen ihr Zusammenleben als Familie, die ein gemeinsames Kind großzieht, geheim halten. Sie müssen Evas Transgender-Status verheimlichen. Sie müssen äußerst vorsichtig sein, wenn sie ihre antikriegerische politische Haltung zeigen, und vor allem, wenn sie diese ihrem Kind erklären. Angesichts der Gesetze, die die Adoption von Kindern durch queere Personen einschränken, sowie die möglicherweise erhöhte Aufmerksamkeit für ihr Privatleben aufgrund der in Russland geltenden Gesetze gegen LGBTIQ-Personen, entscheiden sich viele queere Frauen dagegen, Kinder zu bekommen, zumindest solange sie in Russland leben:

> *Früher hatte ich Pläne, ein Kind zu bekommen. Seit Februar 2022 habe ich das Gefühl, dass es keine Zukunft mehr gibt. Ich betrachte eine Auswanderung derzeit nicht als Ausweg. Ein Kind in der Emigration zu bekommen, ist oft noch schwieriger und teurer. Der Krieg und die neuen homophoben Gesetze haben mir also offenbar endgültig die Möglichkeit genommen, leibliche Kinder zu haben. Und in absehbarer Zukunft auch Adoptivkinder.*
>
> *(Homosexuelle cis Frau, 36-45 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Millionenstadt)*

> *[Es kommt zu] Schwierigkeiten bei Adoption und Leihmutterschaft. Ärzte folgen den Anweisungen der Behörden und können auch persönliche Informationen über die sexuelle Orientierung weitergeben.*
>
> *(Homosexuelle nicht-binäre Person auf dem maskulinen Spektrum, 26-35 Jahre, Föderationskreis Südrussland, mittelgroße Stadt)*

> *Das ist ein sehr unsicheres Gefühl, es ist schwierig, für die Zukunft zu planen. Ich habe Angst, dass, wenn ich alleine („ohne Mann") ein Kind bekomme, sich jemand beschweren könnte und ich dann Probleme bekomme, das Kind mit meiner Partnerin in Russland großzuziehen.*
>
> *(Pansexuelle cis Frau, 26-35 Jahre, Föderationskreis Nordwest, Millionenstadt)*

Viele der befragten queeren Frauen äußern Interesse daran, ein Pflegekind aufzunehmen:

> *Ich wollte keine Kinder haben, dafür ist diese Welt zu*

grausam. Lieber helfe ich einem Kind aus dem Heim.
(Pansexuelle trans Frau, 19-25 Jahre, Föderationskreis Zentralrussland, Kleinstadt)

Allerdings haben trans Personen in Russland seit der Verabschiedung des föderalen Gesetzes Nr. 386 grundsätzlich keine Möglichkeit, Kinder zu adoptieren. Dies lässt vermuten, dass die Befragte auch diese Möglichkeit zur Verwirklichung ihres Rechts auf Familiengründung nur im Zusammenhang mit einer Auswanderung aus Russland in Betracht zieht.

In dem Interview mit Mariella wird ihr gescheiterter Versuch angesprochen, Pflegemutter zu werden (nachdem sie für die Geburt ihres Kindes keine künstliche Befruchtung in Anspruch nehmen konnte, mehr dazu in Kapitel 8). Laut Mariella waren Homophobie und Transphobie sowie Einstellungen zu „sozialer Ungleichheit“[240] zwischen homosexuellen und heterosexuellen Beziehungen (siehe Kapitel 2) von Anfang an bei jedem Schritt, den sie unternehmen musste, vorbestimmt. Aus diesem Grund beschloss sie, auch auf die Pflegeelternschaft zu verzichten. Sie erkannte, dass dies eine vollständige Kontrolle über ihr Privat- und Familienleben bedeuten würde, was in ihrer Beziehung zu ihrer Partnerin unmöglich wäre.

Ich habe beschlossen, ich würde gerne ein Pflegekind aufnehmen. In Russland muss man dafür unbedingt ein Zertifikat von der „Schule für Pflegeeltern“ erwerben. Die Vorträge dort haben damit begonnen, dass die Familie eine Vereinigung von Mann und Frau ist und es nur eine normale sexuelle Orientierung gibt – die heterosexuelle. Dass, wenn man so etwas bemerkt, das Kind weggenommen wird und die Adoptiveltern zur Verantwortung gezogen werden ... Ich habe die Schule abgeschlossen, dann wurde ich gefragt, mit wem ich zusammenlebe ... Man erklärte mir, dass eine gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft ein Hindernis für die weitere Bearbeitung sei und grundsätzlich inakzeptabel. Dass ich entweder mit einem Mann oder allein leben dürfe.
(Aus dem Interview mit Mariella, Föderationskreis Zentralrussland)

So stehen das Privat- und Familienleben von queeren Frauen mit Kindern in Russland unter ständiger Kontrolle und sind mit

mehrfach verstärkter Verschlossenheit und vielen Einschränkungen verbunden. Ein wichtiges rhetorisches Mittel der russischen ultrarechten Propaganda, mit dem sie ihr Publikum unter „älteren" Altersgruppen sowie Menschen ohne rechtsradikale Überzeugungen erheblich vergrößern kann, ist die Gleichsetzung von Familien aus zwei cis-heterosexuellen Menschen mit Elternstatus mit „traditionellen Werten". Infolgedessen äußert sich die alltägliche Homo- und Transphobie häufig in Zweifeln an den elterlichen Fähigkeiten queerer Menschen oder in der Wahrnehmung dieser Menschen durch die Gesellschaft und den Staat als potenzielle Gefahr für Kinder. Dies schafft zusätzliche Hindernisse für queere Frauen, wenn es darum geht, eigene Kinder zu bekommen oder Kinder zu adoptieren/zu betreuen.

Fazit

Heute, als Russland seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine fortsetzt, ist die Lage queerer Frauen einer der genauesten Indikatoren dafür, was mit der Gesellschaft geschieht. Ihre Erfahrungen spiegeln den Charakter des in Russland etablierten Regimes wider: Gewaltkult, Militarisierung, Unterdrückung der Freiheit und Ablehnung des Humanismus.

Die anti-gender Welle, die in Russland in 2011-2012 begann und sich nach dem 24. Februar 2022 drastisch verstärkte, wurde zum wichtigsten Legitimationsinstrument. Unter dem Vorwand „Verteidigung traditioneller Werte“ hat der Staat die Ausgrenzung ganzer sozialer Gruppen aus der Gesellschaft legalisiert. In diesem Weltbild gibt es keinen Platz für Vielfalt und Freiheit. Der Staat weigert sich, das Recht der Menschen auf Identität anzuerkennen.

Die Studie hat gezeigt, dass in Russland aktiv anti-gender Narrative verbreitet werden, die sich in der Ablehnung der Idee von Gender an sich äußern. Dies wird zur Grundlage für Maßnahmen der russischen Behörden gegen LGBTQ-Personen und Frauen, die über patriarchale und cis-heteronormative Vorstellungen hinausgehen. Queere Frauen vereinen beide Merkmale in sich: Sie gehören gleichzeitig zur LGBTQ-Community und sind Frauen, was sie in der russischen Gesellschaft besonders auffällig und verletzlich macht. Ihre Identität wird vom Staat als Bedrohung und von der Gesellschaft als „Abweichung” interpretiert.

Die Analyse von Fragebögen, Interviews, Medienberichten und eigenen Materialien lässt den Schluss zu, dass eine Reihe miteinander verbundener Faktoren die aktuelle Situation queerer Frauen in Russland beeinflusst haben.

Erstens verbreitet **eine staatliche Propaganda- und Desinformationskampagne** aktiv anti-gender Narrative in der Gesellschaft, die sich gegen die Gleichberechtigung von Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität richten. Die systematische Verbreitung dieser Ideologie hat die Polarisierung der Gesellschaft verstärkt und Stigmatisierung und Vorurteile gegenüber LGBTQ-Personen gefestigt. Dazu hat das im Jahr 2013 verabschiedete Bundesgesetz „Über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Minderjährigen" beigetragen, das dem Staat als Rechtfertigung diente, die Verbreitung von Informationen über LGBTIQ+ einzuschränken und damit ihre Sichtbarkeit in der Gesellschaft und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse zu verringern. Der Staat versuchte, die Stimmen queerer Menschen zum Schweigen zu bringen. Ein Jahr später besetzte Russland die Krim und Sewastopol und unterstützte die Militäraktionen im Osten der Ukraine, was einen Prozess der weiteren Militarisierung der Gesellschaft in Gang setzte. Gleichzeitig wurden die Repressionen gegen die Zivilgesellschaft verstärkt.

Zweitens begann die staatliche Propaganda vor dem Hintergrund der Rechtfertigung der Invasion der Ukraine im Jahr 2014, die russische Gesellschaft zunehmend von der Notwendigkeit **der Militarisierung** zu überzeugen. Viele in Russland sind damals wie heute damit nicht einverstanden, aber der Staat hat beschlossen, dass es zur Mobilisierung der Gesellschaft um russische Politiker, die anti-gender Narrative vertreten, notwendig ist, Feinde zu finden und die russische Gesellschaft gegen diese zu vereinen. Innerhalb Russlands wurden queere Menschen zu inneren Feinden erklärt, während die Einwohner der Ukraine, der Staaten der Europäischen Union und anderer westlicher Demokratien zu äußeren Feinden wurden. Die Militarisierung hat sich nach dem Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 drastisch verstärkt. Heute durchdringt die militaristische Ideologie alle Bereiche des Lebens im Russland und verändert die sozialen Beziehungen. Die Soldaten werden zu Helden erklärt, die Gesellschaft ist vom Gewaltkult durchdrungen, und der Staat ignoriert die Zunahme der Gewalt – seitens der Veteran*innen, die unter PTBS leiden, und auch insgesamt. Infolgedessen wird in der heutigen Russischen Föderation jede Form von Andersartigkeit gefährlich; Menschen können leicht Opfer von Aggressionen werden. Dies verstärkt die patriarchalen Verhältnisse in der Gesellschaft, in denen es keinen Platz für die Gleichberechtigung gibt. Gewalt ist zu einer neuen sozialen Norm geworden, von russischem Staate gefördert. Damit haben die Beziehungen und die Kommunikation zwischen den Menschen sich verändert.

Drittens hat der Staat begonnen, Änderungen der russischen Gesetzgebung als Hauptinstrument zur Transformation der sozialen Realität einzusetzen. Seit 2013 haben die Bundesbehörden begonnen, **queerefeindliche Gesetze** einzuführen und anzuwenden. Um den Krieg in der Ukraine fortzusetzen und die Misserfolge in der Außen- und Innenpolitik zu erklären, verabschiedete das Parlament im Dezember 2022 das Bundesgesetz „zum Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" und im Juli 2023 ein Bundesgesetz „zum Verbot der Geschlechtsumwandlung". Im November 2023 erklärte das Oberste Gericht der Russischen Föderation die nicht existierende Organisation „Internationale öffentliche Bewegung LGBT" für extremistisch.

Verbreitung von positiven und neutralen Informationen über queere Menschen wurde zu einer Straftat; queere Menschen selbst wurden in der Gesellschaft als potenzielle Verbrecher gebrandmarkt, allein aufgrund dessen, wer sie sind – LGBTQ+. Mit solchen Gesetzen wurde in Russland eine Zensur für LGBTQ-bezogene Informationen eingeführt. Den Medien im Land wurde per Gesetz verboten, über queere Menschen zu schreiben, Websites mit LGBTQ-Themen wurden von Roskomnadzor blockiert, und öffentliche Veranstaltungen für LGBTQ-Menschen wurden verboten: Im Land wurden etwa 20 Strafverfahren wegen des Betriebs der Queer-Lokalen eingeleitet – solche Aktivitäten wurden als „LGBT-Extremismus" bezeichnet. Sogar die Verbreitung von Büchern mit LGBTQ-Thematik wurde von den russischen Behörden als eine Form Extremismus angesehen.

Heutige russische Regierung hat die Förderung „traditioneller Werte" – eine Bastion der Anti-Gender-Bewegung – zu einer staatlichen Ideologie erklärt. So nach den Einschränkungen der Rechte queerer Menschen begann sie, die Frauenrechte einzuschränken (zum Beispiel durch das Verbot von „Chidfree-Propaganda" im Jahr 2024 und die Einschränkung des Rechts auf Abtreibung). Dies zeigt deutlich, wie die Körper der Menschen und private Interessen zu staatlichen Angelegenheiten geworden sind.

Der Fall Russlands zeigt, wie anti-gender Rhetorik zu tatsächlichen gesetzlichen und anschließend sozialen Veränderungen in der Gesellschaft führen kann, indem sie die LGBTQ-Personen *de facto* für illegal erklärt und die Bevölkerung gegen sie als Verantwortliche für die derzeitige Situation anstiftet.

In der Öffentlichkeit stigmatisiert der Staat LGBTQ-Personen als Extremisten – nachdem das Oberste Gericht der Russischen Föderation hat die nicht existierende Organisation „Internationale LGBT-Be-

wegung“ als extremistisch eingestuft. Obwohl die Anwendung der Gesetze in Russland es nicht erlaubt, jede LGBTQ-Person rechtlich als Extremist*in zu deklarieren (dafür muss die Beteiligung einer bestimmten Person an den Aktivitäten einer extremistischen Organisation nachgewiesen werden), funktionieren die Praktiken des sozialen Miteinander in der russischen Gesellschaft anders. Zusätzlich zu den bereits weit verbreiteten homo- und transfeindlichen Einstellungen in der Gesellschaft überzeugt die staatliche Propaganda die Menschen davon, dass LGBTQ-Personen die Gesetzlose sind. So entsteht eine neue Normalität der Unsichtbarkeit queerer Menschen und ihren Bedürfnissen in der russischen Gesellschaft. Dies erschwert es ihnen, Hilfe in Krisensituationen zu bekommen, da sie durch die verstärkte soziale Stigmatisierung als Menschen, deren Leben „illegal“ ist, gebrandmarkt werden.

Unsere Studie hat gezeigt, dass queere Frauen (homosexuelle und bisexuelle Frauen, trans Frauen sowie die Frauen, deren äußere Erscheinung nicht den cis-heteronormativen Vorstellungen entspricht) häufig mit Gewalt, Diskriminierung und Untätigkeit der Strafverfolgungsbehörden konfrontiert sind. Dies schafft unsichere Situationen, da queere Frauen nicht in der Weltanschauung der Rechtsradikalen, die den Angriffskrieg in der Ukraine oder den aktuellen konservativen politischen Kurs unterstützen, passen.[241] Gemäß dieser Weltanschauung lehnen die queeren Frauen es ab, den sozialen Konventionen zu folgen, nach denen Frauen Männern untergeordnet sind; sie können traditionellen Rollen als Ehefrauen und Mütter nicht erfüllen. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist die Gewalt durch Kriegsveteran*innen, die in das zivile Leben zurückgekehrten waren, die die Befragten im Rahmen unserer Studie gemeldet haben (siehe Kapitel 7, Absatz 3 für weitere Details). Diese Gewalt richtet sich gegen queere Frauen, gerade weil ihr Aussehen nicht den cis-heteronormativen Erwartungen den Tätern entspricht.

In Russland ist die soziale Stigmatisierung von trans Frauen, die ihre Dokumente noch nicht geändert haben, aber bereits eine medizinische Geschlechtsangleichung vorgenommen haben, weit verbreitet. Andere Menschen nehmen sie oft als nicht-cis-heteronormativen Frauen wahr. Angesichts der weit verbreiteten Transphobie führt dies in einigen Fällen zur Diskriminierung, auch in alltäglichen Situationen in der Stadt und bei der Arbeitssuche.

Im Rahmen der Studie sind wir zu dem Schluss gekommen, dass eine beträchtliche Anzahl der trans Frauen, die ihr Geschlechtseintrag nicht geändert haben, gezwungen ist, ein völlig zurückgezogenes Leben zu führen. Die Befragten schilderten uns ihre alltägliche Realität:

Aufgrund der sozialen Stigmatisierung versuchen einige trans Frauen bewusst, ihr Haus nicht zu verlassen. Einige von ihnen finden keine Arbeit, und einer großen Gruppe der trans Frauen fehlt das Geld, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Die Befragten berichteten uns von ihren Erfahrungen, dass sie aufgrund der Ablehnung durch die Gesellschaft Selbstmordgedanken und verschiedene Formen von Depressionen entwickeln (oft hängt dies mit der Ungewissheit über ihre Zukunft zusammen, siehe dazu Kapitel 2 und Kapitel 3, Absatz 1).

Unsere Analyse hat gezeigt, dass die Vorurteile gegenüber queeren Frauen zur Diskriminierung am Arbeitsplatz führen. Dies geschieht umso häufiger, je weniger cis-heteronormativ sie aussehen. Laut den Daten unserer Studie sind trans Frauen am häufigsten von Diskriminierung am Arbeitsplatz betroffen, da sie aufgrund eines direkten gesetzlichen Verbots ihr Geschlechtseintrag in Dokumenten nicht ändern können. Allerdings erfahren auch cis Frauen der Druck am Arbeitsplatz und melden, dass kurze Haare oder das Fehlen eines männlichen Partners der Grund für die Einschränkung ihrer Arbeitsrechte waren.

Gewalt und Diskriminierung stehen mit den zugewiesenen Verhaltensmustern und dem Aussehen, also mit sozialen (geschlechtsspezifischen) Erwartungen, im Zusammenhang. Homo- und transphobe Hassreden verstärken zudem den Druck auf Menschen, die nicht den vom Staat erwünschten Verhaltensmustern folgen.

Die Studie hat gezeigt, dass verschiedene Gruppen queerer Frauen in Russland im dritten Jahr umfassenden Kriegs besonders gefährdet sind, dass die russische Gesellschaft erheblich militarisiert wurde. Dieser Zusammenhang zwischen Militarisierung und die Anfälligkeit queerer Frauen fällt in allgemeinen Studien zur Rechtslage von LGBTQ-Personen *möglicherweise* weniger auf. Daher haben wir mit dieser Studie versucht, diese Wissenslücke zu schließen.

Unter den von uns identifizierten Arten von Gewalt sind insbesondere folgende zu beachten:

- Aggressionen seitens Kriegsteilnehmer*innen, die unter PTBS (posttraumatischer Belastungsstörung) leiden, gegenüber Frauen, die geschlechtsuntypisch auftreten;
- Reproduktive Gewalt, die unter anderem durch die sich im Zuge der Militarisierung veränderte Haltung des Staates gegenüber der sozialen Rolle der Frau verursacht wurde, was die staatliche Propaganda für Geburten erheblich verstärkte und zu Praktiken der Abtreibungsbeschränkung beiträgt;

- Soziale Gewalt, die bei queeren Frauen (die Eltern oder Erziehungsberechtigte von Kindern sind) Angst vor dem Entzug oder der Einschränkung ihrer elterlichen Rechte aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität sowie Depressionen und Unzufriedenheit aufgrund der Unmöglichkeit, auf Wunsch künstliche Befruchtung oder das Sorgerecht für Kinder in Anspruch zu nehmen.

Die Invasion in der Ukraine verstärkte die Stigmatisierung queerer Frauen in Russland in den letzten drei Jahren.

Die Art der sozialen Interaktionen hat sich verändert: Queere Frauen schränken sich zunehmend in ihrer Kommunikation ein. Während bis 2022 61,1% der queeren Frauen keine Angst hatten, in solchen Kommunikationssituationen mit Homo-, Trans- oder Queerfeindlichkeit konfrontiert zu werden, geben nach Februar 2022 nur noch 37,6% an, keine solche Angst zu haben (also fast halb so viele).

8,8% der cis Frauen beschweren, dass sie ihre über Erfahrungen und Probleme mit niemandem sprechen können, während es bei den trans Frauen 14,7% ist – etwa ein Drittel mehr. Staatliche Propaganda und Desinformation bilden die Hauptgründe der Verschlossenheit der trans Frauen gegenüber ihren älteren Familienmitgliedern. Im Umgang mit anderen Menschen befürchten sie darüber hinaus auch die Anwendung von Gesetzen, die gegen LGBTQ+ gerichtet sind. **Dies betrifft insbesondere minderjährige trans Frauen.**

Die russischen Behörden haben eine „LGBT-Zensur" eingeführt und verhängen Geldstrafen gegen Website-Betreiber für die „Verbreitung von Informationen, die nicht den traditionellen Werten entsprechen" – mit Bezug auf LGBTQ-Personen. So verhängte das Taganskij-Bezirksgericht in Moskau im August 2025 eine Geldstrafe in Höhe von 14 Millionen Rubel (etwa 150.000 Euro) gegen die Online-Comic-Bibliothek Mangalib wegen der Verbreitung von sieben Veröffentlichungen zum Thema LGBTQ+.[242] Solche Fälle sind heutzutage keine Seltenheit. Darüber hinaus blockieren die russischen Behörden auf Beschluss der Roskomnadzor den Zugang zu jeglichen LGBTQ-Inhalten in Russland.[243] In dieser Situation haben viele queere Menschen in Russland gelernt, VPN-Diensten zu nutzen, die es ermöglichen, staatliche Sperren von Informationsressourcen zu umgehen und im allgemeinen Informationsfeld zu bleiben.

Soziale Isolation und Angst um sich selbst, um ihre Angehörigen und um die Zukunft bestimmen zunehmend die Gegenwart queerer

Frauen in Russland. Sie sind immer häufiger gezwungen, ihre Identität zu verbergen, ihre Kontakte einzuschränken und sich zu isolieren. Dadurch nehmen die Angststörungen, Depressionen und das Gefühl der Hoffnungslosigkeit zu. Aber selbst unter diesen Umständen gelingt es queeren Frauen, Communities für gegenseitige Unterstützung schaffen und aufrechterhalten. Solche Communities müssen gefördert und weiterentwickelt werden.

Viele Teilnehmerinnen nutzen das Internet als Informationsquelle. So beziehen sie Informationen über die LGBTQ-Rechte hauptsächlich über den Messenger „Telegram" (95,2%), Internetsuche (44,6%), TikTok (32,1%), Instagram (27,2%), dem sozialen Netzwerk „VK" (3,3%) und Facebook (2,3%).

Vor diesem Hintergrund halten queere Frauen, die ihre Identität bewahren wollen, geschlossene Treffen ab, nehmen an Online-Veranstaltungen von LGBTQ-Initiativen (die sowohl in Russland als auch im Ausland aktiv sind) teil und haben Zugang zu psychologischer, rechtlicher und informativer Beratung. Natürlich reicht diese Hilfe nicht aus, da sie nicht alle Bedürfnisse abdecken kann. Dennoch ermöglicht sie es den Communities, weiter zu existieren und Menschen zu schützen.

Russland importiert nicht nur anti-gender Narrative und entwickelt eigene, sondern exportiert diese auch aktiv und beeinflusst damit Länder mit fragiler Demokratie. In den letzten drei Jahren wurden in mindestens zwei Staaten (Georgien, Kirgisistan) Gesetze gegen LGBTQ-Personen verabschiedet, in zwei weiteren (Belarus, Kasachstan) werden sie diskutiert. Die Erfahrungen Russlands warnen: anti-gender Rhetorik wird schnell zu einem Instrument der Unterdrückung und der Militarisierung. Daher sind die in Russland stattfindenden Ereignisse für andere Länder wichtig, in denen die Zivilgesellschaft sich gegen unmenschliche anti-gender Rhetorik wehrt.

Die Lage und die Rechte und queerer Frauen sind nicht nur mit der Gerechtigkeit für diese Gruppe verbunden. Sondern die Prinzipien der Rechtsordnung, wie Universalität der Menschenrechte, werden in Frage gestellt. Die Repressionen gegen queere Frauen sind Teil des Gesamtbildes dessen, was in einer von Krieg zerstörter Gesellschaft geschieht.

Die anti-gender Rhetorik wird von den russischen Behörden als Rechtfertigung für den Angriffskrieg und die Förderung patriarchaler Ideen in Russland genutzt. Damit wird nicht nur das Leben einzelner Menschen zerstört, sondern auch die Gesellschaft selbst.

Genau deshalb ist es so wichtig, eine Alternative zu bewahren und zu stärken: die Werte wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu fördern,

queere Communities zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass Hassreden, Stigmatisierung und Diskriminierung von LGBTQ-Personen der Vergangenheit angehören und in der Gegenwart und Zukunft die Gleichheit aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität zu unsere Alltagsrealität wird.

Empfehlungen

Die Analyse der Situation von queeren Frauen in Russland hat es uns ermöglicht, die Veränderungen der letzten drei Jahre (seit Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine) detailliert zu beschreiben. Dabei konnten wir die wichtigsten Probleme identifizieren, die sowohl LGBTIQ-Frauen in Russland und ihre Communities als auch die Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppen in der russischen Gesellschaft betreffen. Darüber hinaus hat die Studie am Beispiel Russlands gezeigt, wie eine anti-gender Agenda entwickelt und umgesetzt wird, die zu einem der Grundpfeiler der russischen Staatsideologie geworden ist und sich in das russische Gesetz vordringt; die Ziele und Inhalte staatlicher Aktivitäten bestimmt und die sozialen Normen in der Gesellschaft verändert.

In dieser Situation halten wir es für wichtig, sich der Tragweite der aktuellen Veränderungen bewusst zu werden, die nicht nur die russische Gesellschaft betreffen, sondern auch als Vorbild für andere Staaten mit instabiler Demokratie dienen. Wir vertreten den Standpunkt, dass es notwendig ist, zu handeln, damit die Prinzipien der Demokratie, des Schutzes der Menschen vor Diskriminierung und des friedlichen Zusammenlebens nicht morgen schon der Vergangenheit angehören, sondern unsere Gegenwart und Zukunft bleiben.

Da die Russische Föderation ihre Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte (einschließlich der Rechte von queeren Frauen) ignoriert, halten wir es für unmöglich, Empfehlungen an russische Behörden zu formulieren, da diese nicht umgesetzt werden. In dieser Situation wenden wir uns an demokratische Staaten, internationale Organisationen, ehrenamtliche Initiativen, fortschrittliche Medien und Stiftungen, um auf die Folgen der anti-gender Wende in Russland aufmerksam

zu machen – mit der Bitte, auf Grundlage dieser Erfahrungen die zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, damit der anti-gender Diskurs nicht Teil der offiziellen Agenda demokratischer Staaten und Staaten mit instabiler Demokratie wird – auch mit dem Ziel, dass queere russische Frauen (und LGBTIQ-Personen generell) eine Chance auf eine Zukunft haben, in der der Staat die Gleichheit aller Menschen achtet, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität, unter den Bedingungen der Rechtsstaatlichkeit, des Friedens und der Demokratie.

Deshalb empfehlen wir:

Den Staaten der Europäischen Union, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, der Schweiz und anderen demokratischen Staaten:

1. Russland für einen für LGBTIQ-Personen unsicheren Staat zu erklären.

2. Die russische Aggression gegen die Ukraine zu den Bedingungen der Ukraine zu beenden.

3. Alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Personen, die die Repressionen gegen LGBTIQ+ in Russland initiiert und durchgeführt haben, als Mittäter*innen des von Russland gegen die Ukraine begonnenen Angriffskrieges zur Rechenschaft zu ziehen.

4. Die Unterstützung von bürgerlichen Initiativen nicht einzustellen, die sich für den Erhalt der Communities queerer Frauen und anderer LGBTIQ+ einsetzen sowie Akteure des gegenwärtigen und zukünftigen sozialen Wandels und Vermittler demokratischer Werte im (zurzeit militarisierten) Russland sind.

5. Die Lage von LGBTIQ-Personen in Russland in enger Zusammenarbeit mit bürgerlichen Initiativen regelmäßig zu verfolgen.

6. Den vorliegenden Bericht und andere Expert*innengutachten zu Russland von LGBTIQ-Organisationen als Grundlagen zu verwenden, die die Gefahren und Risiken für queere Menschen in Russland widerspiegeln; unter anderem bei der Prüfung von Asylanträgen, der Erteilung des humanitären Status, beim Planen des Umgangs mit Russland im Zusammenhang mit der Verfolgung von LGBTIQ+ und -Initiativen in Russland. Ggf. überprüfen, ob die Unterteilung von Asylbewerber*innen in eine separate Gruppe, wie eine nur für queere Frauen, möglich ist, angesichts ihrer mehrfachen Diskriminierung – als LGBTIQ+ und als Frauen in einer patriarchalischen Gesellschaft.

7. Sich von dem Konzept der “traditionellen Werte“, sowie von seiner Verbreitung auch in europäischen Staaten als eines den Men-

schenrechten widersprechenden Konzepts ausdrücklich zu distanzieren. Seine Verbreitung, die unter anderem dem Recht auf Gleichberechtigung und dem Verbot von Diskriminierung widerspricht, nimmt unter anderem auch Einfluss auf das Vordringen von anti-gender Narrativen in die Gesetzgebung und in den Alltag und verändert die soziale Norm, sodass die Diskriminierung von queeren Frauen und anderen LGBTIQ+ (wieder) öffentlich akzeptiert wird.

8. Regelmäßige Informationen über die Lage von queeren Menschen in den Datenbanken zu aktualisieren, die zur Bewertung der Rechtslage von LGBTIQ-Personen in Russland verwendet werden. Bei Bedarf Anfragen an LGBTIQ-Initiativen zur Bereitstellung zusätzlicher Informationen senden, auch in Bezug auf queere Frauen.

9. Die nationalen Empfehlungen zur Prüfung von Asylanträgen und anderen humanitären Status für queere Frauen ggf. erneuern und dabei deren Vulnerabilität zu berücksichtigen, einschließlich der in diesem Bericht beschriebenen.

10. Sicherzustellen, dass Asylsuchende in Unterkünften untergebracht werden, die ihre Menschenrechte garantieren; queere Menschen getrennt von Menschen unterzubringen, die sich queerfeindlich zeigen könnten oder zeigen. Auf solche Beschwerden umgehend zu reagieren und unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, die die Sicherheit von queeren Menschen gewährleisten, ihren Bedürfnissen entsprechen und queere Menschen (einschließlich queere Frauen) nicht in unsichere Situationen bringen; queeren Menschen Zugang zu Hormontherapien zu ermöglichen. Bei Bedarf sollten LGBTIQ+-Organisationen um Hilfe bei der Überprüfung und Aktualisierung dieser Empfehlungen gebeten werden.

11. Bei der Umsetzung des von dem EU-Parlament beschlossenen Pact on Migration and Asylum auf nationaler Ebene sicherstellen, dass:

- Anträge von LGBTIQ-Geflüchteten sorgfältig überprüft werden, wobei die Möglichkeit einer beschleunigten Prüfung eingeschränkt wird, bei der die Umstände, unter denen sie ihren Asylantrag gestellt haben, nicht vollständig berücksichtigt werden,
- die Anwendung des Begriffs „sicherer Drittstaat“ auf Staaten sorgfältig geprüft wird, die ihren Wunsch zum Beitritt zur Europäischen Union bekundet haben, nicht aber alle Verpflichtungen vollständig erfüllt haben, die zur Einführung wirksamer Standards der Europäischen

Union zur praktischen Gewährleistung der Rechte von LGBTIQ-Personen notwendig sind;
- eine Senkung der bereits erreichten Standards bei der Umsetzung des Rechts auf Asyl langfristig verhindert wird, einschließlich der durch Rechtsakte und Präzedenzfälle der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und des Europarates festgelegten.

12. Narrative zu unterstützen, die die Achtung der Menschenrechte, die Sichtbarkeit und die Berücksichtigung der Bedürfnisse schutzbedürftiger Gruppen betonen; Unterstützung von fortschrittlichen Medien, die sich an das russische Publikum richten – als wirksames Instrument gegen russische Staatspropaganda und Desinformation, die Militarisierung der russischen Gesellschaft und die Stigmatisierung von queeren Menschen. Das bedeutet Unterstützung alternativer Informationskanäle (z. B. russischsprachige Verlage im Ausland), die Information und Kommunikation für queere Menschen in Russland fördern.

13. Sich für die Verlängerung des Mandats der UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in der Russischen Föderation einzusetzen.

14. In nationale und internationale Berichte über die Einhaltung der Menschenrechte obligatorische Abschnitte über die Einhaltung der Rechte von queeren Frauen insbesondere und von LGBTIQ-Personen aufzunehmen.

15. Fallberichte von Verletzungen der Rechte von queeren Menschen (und insbesondere von queeren Frauen) in öffentliche Erklärungen/Dialoge mit Drittstaaten aufzunehmen.

16. Regelmäßige Schulungen für Richter*innen und Exekutivbedienstete zum Thema Queer-Sensibilität im Umgang mit LGBTIQ+ zu unterstützen.

17. Eine Praxis der raschen Erteilung von Kurzzeit- und Langzeitvisa für Reisen von Menschenrechtlern und LGBTIQ-Aktivist*innen aus Russland in demokratische Länder zu entwickeln, um die Kommunikation aufrechtzuerhalten, demokratische Werte zu fördern und die Isolation aktiver Befürworter von Veränderungen in Russland von demokratischen Gesellschaften zu verhindern. Wir fordern, die für die Einreichung eines Antrags erforderlichen Unterlagen so weit wie möglich zu reduzieren und den Antrag selbst so schnell wie möglich zu bearbeiten.

18. Ehrenamtliche Organisationen in ihren Bemühungen zu unterstützen, die Bedürfnisse und Anforderungen von queeren Flüchtlingen

und queeren Menschen mit anderem humanitären Status zu erfüllen.

19. Queere Initiativen zu unterstützen, die sich für die Unterstützung von LGBTIQ-Communities in Russland und im Exil einsetzen, um ihr Fachwissen und ihre Arbeit im Interesse der genannten zu erhalten und weiterzuentwickeln.

20. Einen Plan gegen die Einführung von anti-gender Narrativen in die Gesetzgebung zu entwickeln, indem eine vorläufige Prüfung der Texte von Gesetzen zu diesem Thema vor ihrer Verabschiedung sichergestellt wird.

21. Weitere Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, die Menschenwürde von Menschen mit Migrationserfahrung im Umgang mit Behörden zu wahren und ihre Schutzbedürftigkeit und Bedürfnisse zu berücksichtigen.

22. Eine hochrangige europäische Konferenz einzuberufen, um die Gefahren einer anti-gender Wende und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung zu erörtern, unter Beteiligung von Politiker*innen, Abgeordneten, ehrenamtlichen Organisationen, Medien und Experten.

23. Konkrete Personen, die an Repressionen gegen LGBTIQ+ und -Initiativen in Russland beteiligt sind, in nationale und internationale Sanktionslisten aufzunehmen, wenn sie Gesetze verabschiedet, Urteile gefällt oder diese auf der Grundlage von queerfeindlichen Gesetzen vollstreckt haben. Wir halten es für notwendig, solchen Personen das Recht auf Einreise in sichere Länder sowie den Aufenthalt in diesen Ländern und den Besitz von Eigentum zu verbieten.

24. Den Druck auf queere Menschen (einschließlich auf queere Frauen) in Russland als Teil der staatlichen Repressionen gegen die Zivilgesellschaft zu betrachten.

25. Im Falle einer vollständigen oder teilweisen Aufhebung der Sanktionen gegen Russland die Frage der Aufhebung queerfeindlicher Gesetze in die Verhandlungsagenda aufzunehmen: das föderale Gesetz „Über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen jeden Alters", das föderale Gesetz „Über das Verbot der Geschlechtsumwandlung", die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation, die nicht existierende Organisation „Internationale öffentliche Bewegung LGBT" als extremistisch einzustufen; sowie die Einführung von Praktiken zur Berücksichtigung der Bedürfnisse und Sichtbarkeit von queeren Menschen (einschließlich queerer Frauen) in der russischen Gesellschaft als notwendigen ersten Schritt zur Prüfung der Aufhebung der Sanktionen.

26. In offiziellen Mitteilungen an russische Behörden die Aufhe-

bung der gegen LGBTIQ-Personen gerichteten Gesetze und die Einstellung ihrer Verfolgung zu fordern.

Wir empfehlen der Sonderberichterstatterin der UN:

1. Die Tradition fortzusetzen und jährlich einen Abschnitt über die Lage der LGBTIQ-Community, einschließlich queerer Frauen, in den Jahresbericht über die Lage der Menschenrechte in Russland aufzunehmen, wobei eng mit LGBTIQ-Initiativen zusammengearbeitet werden sollte.

2. Eine internationale Konferenz über den anti-gender Wandel in Russland zu initiieren und Politiker*innen, Vertreter*innen ehrenamtlicher Organisationen, Expert*innen und andere Interessierte zur Teilnahme einzuladen, um Vorschläge zur Änderung der Situation und einen Handlungsplan zu erarbeiten.

Wir empfehlen:

- **der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für Menschenrechte in der Russischen Föderation, der unabhängigen Expertin der Vereinten Nationen für den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität**, weiterhin auf Fälle von Verletzungen der Rechte von LGBTIQ+-Personen (einschließlich Frauen) in der Russischen Föderation zu reagieren;
- **dem unabhängigen Experten der Vereinten Nationen für den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität**, die Möglichkeit zu prüfen, einen Bericht über die anti-gender Wende in Ländern mit instabiler Demokratie zu erstellen und Empfehlungen zur Änderung der

***** *Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet 1) (Aufenthaltsgesetz - AufenthG). URL: https://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/inhalts_bersicht.html (abgerufen am 25.08.2025).*

****** *Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften. URL: https://www.recht.bund.de/bgbl/1/2024/206/VO.html?utm_source=chatgpt.com (abgerufen am 25.08.2025).*

Situation auszuarbeiten;

- der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Litauen, der Republik Polen, der Französische Republik, die Umsetzung von humanitären Aufnahmeprogrammen als bewährte Praxis zur Unterstützung von Aktivist*innen fortzusetzen und dabei die klaren Verfahren zur Bearbeitung von Anträgen sowie die Möglichkeit einer schnellen Einreise und Integration von LGBTIQ+-Aktivist*innen beizubehalten;
- **demokratischen Staaten**, nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Litauen, der Republik Polen und der Republik Frankreich Programme für humanitäre Visa zur Einreise und Integration von LGBTIQ-Aktivist*innen zu schaffen.

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland,

1. Das Programm für humanitäre Visa (auf Grundlage von § 22 des AufenthG über Aufenthalt, Arbeit und Integration von Ausländer*innen im Bundesgebiet)***** wieder aufzunehmen, um LGBTIQ+-Aktivist*innen, die vor Repressionen in Russland fliehen, eine schnelle Einreise und Integration zu ermöglichen;

2. In den Flüchtlingsheimen die Praxis der Informierung von trans Personen über das ab dem 01.11.2024 geltende Gesetz zur Selbstbestimmung in Bezug auf das Geschlechtsmerkmal einzuführen****** und sie bei allen Schritten zu begleiten, die für die Änderung des Geschlechtsmerkmals auf Initiative der trans Person erforderlich sind;

- **einzelnen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland in Abstimmung mit dem BMI**, eigene humanitäre Visa-Programme gemäß § 23(1) AufenthG (Gruppenaufnahme) für queere Menschen (einschließlich queere Frauen) mit hohem Verfolgungsrisiko zu verabschieden;
- **progressiven Medien**, queeren Frauen und anderen LGBTIQ+ die Möglichkeit zu geben, Fälle von Verfolgung queerer Menschen in Russland öffentlich zu machen;
- die Situation queerer Frauen und anderer LGBTIQ+-Personen in Russland sowie die Arbeit von LGBTIQ+-Initiativen zu beleuchten;
- i**nternationalen NGOs und GOs, ehrenamtlichen Initiativen**, Verstöße gegen die Rechte von queeren Frauen und anderen LGBTIQ+ in Russland zu überwachen, In-

formationskampagnen zu ihrem Schutz durchzuführen, die Anti-Gender-Bewegung nicht zu unterstützen und Gegennarrative zu entwickeln, um anstelle der Ideologie der „traditionellen Werte“ die Idee der Gleichheit und Nichtdiskriminierung aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität zu fördern;

- **Regierungen demokratischer Staaten, Stiftungen,**

1. Die Finanzierung der NPOs, die sich für die Gleichstellung und Nichtdiskriminierung aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität einsetzen, nicht zu kürzen;

2. Den Aktivismus von LGBTIQ-Initiativen, die in Russland für den Erhalt von Gemeinschaften arbeiten, zu unterstützen, darunter:

- Schaffung und Entwicklung sicherer Communities zur Unterstützung und Kommunikation von queeren Frauen,
- Gewährleistung ihres Zugangs zu Unterstützung und queeren Ressourcen (einschließlich Informationsressourcen),
- sichere Praktiken der gegenseitigen Unterstützung zu fördern,
- internationale Aufmerksamkeit auf Fragen der Verletzung der Rechte von queeren Frauen zu lenken,
- auf die russische Diktatur auszuüben, um die Lage und die Rechte schutzbedürftiger Gruppen zu verbessern,
- die Solidarität innerhalb der queeren Gemeinschaft (einschließlich queerer Frauen) zu fördern,
- digitale Plattformen für sichere Kommunikation und Aufklärung der Gesellschaft über die Rechte und Risiken im Alltag von queeren Menschen zu unterstützen und weiterzuentwickeln,
- wirksame Instrumente zur Bekämpfung staatlicher queerfeindlicher Propaganda und Desinformation einzusetzen, unter anderem mit Schwerpunkt auf Jugendlichen, um ihnen in Zeiten der „LGBT-Zensur” alternative Informationen zu vermitteln und ihr kritisches Denken zu fördern.

3. Eine Kultur der Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion **(Diversity, Equity, and Inclusion)** zu entwickeln.

Russischen NGOs, die die Unterstützung von LGBTIQ+ nicht zu ihren Tätigkeitsbereichen zählen und sowohl in Russland als auch im Ausland tätig sind (einschließlich politischer Opposition, Aktivist*innenkoalitionen, Plattformen, Organisationen, Initiativen),

im ständigen Dialog mit breiteren Gruppen der russischen Zivilgesellschaft über die Sichtbarkeit von queeren Menschen in Russland, ihre Probleme und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse, zu bleiben;

LGBTIQ-Initiativen, die sich für die Unterstützung von Queer-Communities in Russland einsetzen, ihre Arbeit unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Vulnerabilitäten von queeren Frauen und anderen LGBTIQ+-Personen fortzusetzen, um die Communities zu erhalten und ihr sicheres Funktionieren als Instrumente zur Unterstützung ihrer Mitglieder*innen zu gewährleisten.

Endnoten

Intro

1) Siehe z.B. USA, Deutschland und Großbritanien: Defending women from gender ideology extremism and restoring biological truth to the Federal Government // White House. 20.01.2025. URL: https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/01/defending-women-from-gender-ideology-extremism-and-restoring-biological-truth-to-the-federal-government/ (abgerufen am 11.07.2025).

2) Sunak: I'll change law to keep trans women out of female lavatories. Prime Minister to announce Tory manifesto will include pledge to make clear that sex means 'biological sex' // Telegraph. 02.06.2024. URL: https://www.telegraph.co.uk/politics/2024/06/02/rishi-suank-equality-act-protect-womens-spaces-tory/?utm_source.com (abgerufen am 11.07.2025); DeSantis limits trans treatments, drag shows, pronoun use in Florida // BBC. 18.05.2023. URL: https://www.bbc.com/news/world-us-canada-65627756 (abgerufen am 11.07.2025); AfD will Geschlechtsanpassungen bei Minderjährigen bestrafen // Deutscher Bundestag. 27.12.2024. URL: https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1035336 (abgerufen am 11.07.2025); Whittle, H. Rechte Desinformation gegen Transmenschen in Deutschland // Deutsche Welle. 11.02.2024. URL: https://www.dw.com/de/rechte-desinformation-gegen-transmenschen-in-deutschland/a-68216840 (abgerufen am 10.08.2025).

3) Butler, J. Who's afraid of Gender? New York: Farrar, Straus, and Giroux, 2024; Wittenius, M. Die transnatio-

nale Anti-Gender-Bewegung in Europa // Gunda Werner Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung. 03.02.2022. URL: https://www.gwi-boell.de/de/2022/02/03/die-transnationale-anti-gender-bewegung-europa (abgerufen am 10.08.2025); Corredor, E. S. Unpacking "Gender Ideology" and the Global Right's Antigender Countermovement // Signs. 2019. Vol. 44. № 3. P. 613-638.

*4) So haben sich beispielsweise Wladimir Putin, Parlamentspräsident Wjatscheslaw Wolodin und Abgeordnete Nina Ostanina, die unter persönlichen Sanktionen der EU stehen, wiederholt gegen die Teilnahme von trans Frauen an Sportwettkämpfen ausgesprochen. (siehe z.B. https://t.me/vv_volodin/904; https://m.ura.news/news/1052812495), Abgeordnete Nikolai Nikolajew sprach von der Notwendigkeit, „Leben und Schicksale zu retten", da eine Geschlechtsangleichung unmöglich und ein „Mythos" sei. (https://daily.afisha.ru/news/77066-deputat-nikolaev-nazval-smenu-pola-mifom-i-chastyu-antisemeynoy-ideologii-zapada/). Obwohl beide Arten von anti-gender Narrativen direkte Parallelen in den Reden westlicher ultra-konservativer Politiker*innen haben, werden sie in Russland als Mittel benutzt, um westliche Länder – und vor allem EU-Länder – zu verteufeln.*

5) Dazu gehören das föderale Gesetz Nr. 479 „Über Änderungen des föderalen Gesetzes „Über Werbung" und einzelner Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation", das sogenannte „Gesetz zum Verbot von LGBT-Propaganda", das föderale Gesetz Nr. 386 „Über Änderungen einzelner Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation", das medizinische und rechtliche Geschlechtsangleichung verbietet, sowie die Entscheidung des Obersten Gerichtes der Russischen Föderation über die Einstufung der „Internationalen LGBT-Bewegung" als extremistisch.

6) Siehe z.B., die Liste der politischen Gefangenen von Memorial International: https://memopzk.org/en/lists-of-persecuted-prisoners/ (abgerufen am 11.08.2025).

7) Siehe z.B.: Ahrens, P., Gaweda, B., Kantola, J. Reframing the language of human rights? Political group contestations on women's and LGBTQI rights in European Parliament debates // Journal of European Integration. 2022. Vol. 6. № 4. P. 803-819; Serdar, A., Öztürk, E., Giritli

Nygren, K. A typology of right-wing populism in Europe: Intersections of gender, religion and secularity. In: Women's Studies: International Forum. 2023. Vol. 97.

8) Siehe z.B. Bericht von Human Rights Watch zur Lage in Russland im Jahr 2023: https://www.hrw.org/world-report/2024/country-chapters/russia#e81181 (abgerufen am 01.08.2025).

9) http://duma.gov.ru/news/58997/ Offizielle Website der Staatsduma der Russischen Föderation. abgerufen am 07.08.2025.

10) Siehe z.B.: http://www.kremlin.ru/acts/news/75248 Offizielle Website des Präsidenten der Russischen Föderation. abgerufen am 07.08.2025.

11) Das föderale Gesetz Nr. 270 vom 24.06.2023 „Über die Besonderheiten der strafrechtlichen Verantwortung von Personen, die zur Teilnahme an einer speziellen Militäroperation herangezogen werden", das am 23. 03.2024 durch zwei neue föderale Gesetze ersetzt wurde – das föderale Gesetz Nr. 64 vom 23.03.2024 „Über Änderungen des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation und der Strafprozessordnung der Russischen Föderation" und das föderale Gesetz Nr. 61 vom 23.03.2024 „Über Änderungen des föderalen Gesetzes „Über die Mobilisierungsvorbereitung und Mobilisierung in der Russischen Föderation", Artikel 34 des föderalen Gesetzes „Über die Wehrpflicht und den Militärdienst" und die Aufhebung des föderalen Gesetzes „Über die Besonderheiten der strafrechtlichen Verantwortung von Personen, die zur Teilnahme an einer speziellen Militäroperation herangezogen werden".

12) Die Umfrage stand nur Teilnehmerinnen offen, die zum Zeitpunkt der Durchführung (Mai 2025) innerhalb der von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Grenzen Russlands lebten. Wir haben die Lage in den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine, einschließlich Krim, Sewastopol und anderen Regionen, nicht untersucht.

13) Ehemaliger Angehöriger der russischen Sicherheitskräfte. Kurzporträt: https://pravo.ru/arbitr_practice/judge/39926/ (abgerufen am 15.07.2025).

14) Im weiteren Text auch als „Entscheidung des Obersten Gerichtes der Russischen Föderation über LGBT-Extremismus" bezeichnet.

Kapitel 1.

15) Beispielsweise wurde in einem Bericht der Stiftung „Sfera“ und der LGBT-Gruppe „Vykhod“ über die Rechte von LGBTI-Personen in Russland im Jahr 2024 in denselben beiden Föderationskreisen, dem Föderationskreis Nordkaukasus und dem Föderationskreis Fernost, die höchste Gewaltrate festgestellt: 12% und 11% im Vergleich zu 7% im Durchschnitt der Stichprobe (Bericht: Die Lage von LGBT+-Personen in Russland im Jahr 2024 / N. Pavlova; Stiftung „Sfera“, LGBT+-Gruppe „Vykhod“. S. 44. URL: https://spherequeer.org/ru-lgbt-life-in-russia-2024/ (Zugriff am: 13.07.2025). Das gleiche Verhältnis wurde bei Verfolgungen im Internet festgestellt: 20% im Nordkaukasus und 16% im Fernenost im Vergleich zu 12% im Durchschnitt der Stichprobe (ebenda, S. 47).

16) Siehe beispielsweise: Stoekl, K. „Traditional Values“ as Civil Religion. In: Derselbe. Russian Orthodoxy and Secularism. Leiden, Boston: Brill, 2020. S. 49–53.

Kapitel 2.

17) Zum Thema Denunziation in Russland siehe z. Bsp.: Trevelyan, M. In echo of Soviet era, Russians are informing on each other over Ukraine // Reuters. 15.11.2024. URL: https://www.reuters.com/world/europe/more-russians-denounce-each-other-over-ukraine-echo-soviet-era-2024-11-15/ ; Rosenberg, S. Russia‘s targeting of ‚enemies within‘ evokes ghosts of the Soviet past // BBC-News. 13.09.2024. URL: https://www.bbc.com/news/articles/c3ejk4p3jxjo; Vitkine, B. Russia‘s surging denunciation culture // Le Monde. 07.09.2023. URL: https://www.lemonde.fr/en/russia/article/2023/09/06/russia-s-surging-whistleblowing-culture_6125272_140.html ; Coalson, R. Soviet-Style Denunciations On The Rise As Russian Society Confronts Ukraine War // Radio Free Europe. 08.04.2022. URL: https://www.rferl.org/a/russia-denunciations-stalin-putin-ukraine-war/31793081.html (abgerufen am 26.08.2025).

18) Die Umfrage wurde innerhalb Russlands durchgeführt. Seit dem 04.03.2022 ist in Russland die Verwendung des Wortes „Krieg“ ordnungswidrig und kann sogar strafrechtlichen Konsequenzen haben: Für den ersten

*Verstoß ist eine Haftung gemäß Artikel 20.3.3 des Kodex der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten vorgesehen (eingeführt durch das Bundesgesetz „Über Änderungen im Kodex der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten" vom 04.03.2022 Nr. 31-FS, mit Änderungen und Ergänzungen) in Form einer Geldstrafe für den Bürger*innen in Höhe von 30.000 bis 100.000 Rubel (Stand: 05.08.2025). Für den zweiten Verstoß ist eine strafrechtliche Haftung gemäß Artikel 280.3 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation vorgesehen (eingeführt durch das Bundesgesetz vom 04.03.2022 Nr. 32-FS „Über Änderungen des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation und der Artikel 31 und 151 der Strafprozessordnung der Russischen Föderation") mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 7 Jahren (Stand: 05.08.2025). In diesem Zusammenhang haben wir aus Sicherheitsgründen für die Personen, die die Umfrage in Russland verbreiteten, in den Fragen der Umfrage das Akronym SMO (spezielle Militäroperation) verwendet. Im Text des Berichts verwenden wir anstelle von „SMO" das, was sich hinter „SMO" verbirgt – der Angriffskrieg in der Ukraine.*

Kapitel 3.

19) Siehe zum Beispiel: Mapping anti-gender movements and resistance // The London School of Economics and Political Science. 23.03.2023.URL: https://www.lse.ac.uk/research/research-for-the-world/society/mapping-anti-gender movements-and-resistance (abgerufen am 18.07.2025).

20) Siehe zum Beispiel: Die Rechtslage von LGBTQ-Personen im kriegführenden Russland. Berlin: Quarteera e. V., 2024 S. 71-84, 83-83. URL: https://www.quarteera.de/de/projects/die_lage_von_lgbtq_personen_im_kriegsfuehrenden_russland/ (abgerufen am 15.07.2025).

21) Siehe z.B. die Bundestagswahl am 24.02.2025: Wen wählten Jüngere und Ältere? // Tagesshau. 24.02.2025. URL: https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-alter.shtml (abgerufen am 18.07.2025). Vgl. auch die Analyse des Wahlverhaltens während der US-Wahlen im Dezember 2024.: Cousens, M. 2024 Post-Election Survey: Gender and Age Analysis of 2024 Election Results // Navigator. 12.12.2024. URL:

https://navigatorresearch.org/2024-post-election-survey-gender-and-age-analysis-of-2024-election-results/ (abgerufen am 18.07.2025); Hartig, H., Keeter, S., Daniller, A., Van Green, T. Demographic profiles of Trump and Harris voters in 2024 // Pew Research Center. 26.06.2025. URL: https://www.pewresearch.org/politics/2025/06/26/demographic-profiles-of-trump-and-harris-voters-in-2024/ (abgerufen am 18.07.2025).

22) Bericht: Die Lage von LGBT+-Personen in Russland im Jahr 2024 / N. Pawlowa; LGBT+ Gruppe „Coming-out" (rus. „Выход"), Stiftung „Sphere" (rus. „Сфера"). S. 75. URL: https://comingoutspb.org/en/books/report-on-the-life-of-lgbtq-people-in-russia-in-2024/ (abgerufen am 13.07.2025).

23) Siehe z.B.: Zygar, M. Wie sich Putins Familie am Krieg bereichert // Spiegel. 07.04.2024. URL: https://www.spiegel.de/ausland/russland-wie-der-krieg-eine-neue-elite-beguenstigt-putins-vetternwirtschaft-a-aeccdae2-070a-48af-8259-01a8b088ec99 (abgerufen am 18.07.2025).

24) Siehe z. B. das im Internet verbreitete Video, in dem einer trans Frau in der Stadt Machatschkala eine Epilation verweigert wird.: https://t.me/sotaproject/70914 (zuletzt aufgerufen am 10.08.2025).

25) Die Vereinten Nationen definieren „junge Menschen" als Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren (Resolution 36/28, 1981). In Russland selbst ist diese Altersspanne weiter gefasst. In der russischen Gesetzgebung werden „Jugendliche, junge Bürger" unterschieden, wobei diese Definition für Personen im Alter von 14 bis 35 Jahren gilt (Föderales Gesetz Nr. 489-FZ „Über die Jugendpolitik in der Russischen Föderation").

26) Siehe z.B.: Neifakh, V. Toxic waste: How masculine attitudes in Russia affect men, society and warfare // Novaya Gazeta – Europe. 06.03.2024. URL: https://novayagazeta.eu/articles/2024/03/06/toxic-waste-en (abgerufen am 17.07.2025); Umfrage: 76% der Russen unterstützen den Krieg, aber nur 40% würden die Teilnahme ihrer Angehörigen befürworten // Radio Svoboda. 06.11.2024. URL: https://www.svoboda.org/a/rossiyan---za-svo-nolishj-42-odobrili-by-uchastie-v-voyne-blizkih/33190647.html (abgerufen am 17.07.2025).

27) Siehe: Roth, J., Sauer, B. Worldwide Anti-Gender Mobilization Right-wing Contestations of Women's and Gender Rights. In: Scheele, A., Roth, J., Winkel, H. (Eds.). Global Contestations of Gender Rights. Transcript Verlag, Bielefeld Univ. Press, 2022. P. 102-103.

*28) Für die Zwecke dieses Textes verstehen wir unter „Denunziationen" Beschwerden von Bürger*innen und Organisationen (einschließlich aktiver Befürworter*innen der Förderung „traditioneller Werte" in Russland), die sich auf queerfeindliche Gesetze stützen (z. B. die Gesetze „Zum Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" „Über das Verbot der Geschlechtsumwandlung") oder die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation, die nicht existierende Organisation „Internationale öffentliche Bewegung LGBT" als extremistisch einzustufen. Die Anwendung dieses Gesetzes kann alle Menschen betreffen, die sich für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen einsetzen Die Möglichkeit der Anwendung dieses Gesetzes kann an das föderale Gesetz vom 25.07.2002 Nr. 114-FZ „Über die Bekämpfung extremistischer Aktivitäten" und der damit verbundenen Rechtsakte angeknüpft werden. Denunziator*innen wenden sich an die Polizei, an den Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation oder andere Strafverfolgungsbehörden mit Anträgen auf Anwendung dieser Gesetze und der darin vorgesehenen Maßnahmen zur Bestrafung von LGBTIQ-Personen und ihren Verbündeten (für die Verbreitung von Informationen über das LGBTIQ-Narrativ oder dessen Förderung, einschließlich der Erreichung sozialer Veränderungen).*

29) Trans Kassiererin nach Denunziation durch „Aktivisten" aus dem Laden entlassen // Radio Swoboda. 09.02.2025. URL: https://www.svoboda.org/a/transgendernuyu-kassirshu-uvolili-iz-magazina-posle-donosa-aktivistov-/33308562.html (abgerufen am 07.08.2025).

30) „Veteranen Russlands" forderten von der X5 Group eine Erklärung bezüglich des Transgender-Kassierers in „Pjatjorotschka" und wandten sich außerdem an die Generalstaatsanwaltschaft und die Ermittlungsbehörde. // Veterany Rossiji. 01.02.2025. URL: https://veteransrussian.ru/novosti/novosti-ood/veterany-rossii-potrebovali-razyasneniy-ot-x5-group-po-povodu-kassira-transgendera-v-pyatyerochke-a-takzhe-obratilis-v-genprokuraturu-i-sk/

(abgerufen am: 01.08.2025).

31) Wahrscheinlich ist hier der Vorfall gemeint, als Adam Kadyrow, der 15-jährige Sohn des tschetschenischen Regierungschefs Ramsan Kadyrow, den in Untersuchungshaft sitzenden Nikita Schurawel, der der öffentlichen Verbrennung des Korans beschuldigt wurde, im Gefängnis zusammengeschlagen hat. Der Vorfall wurde nicht untersucht, und Adam Kadyrow erhielt in den folgenden Monaten zahlreiche staatliche Auszeichnungen. Siehe dazu: Russian Beaten By Kadyrov's Son While In Custody Charged With Treason // Radio Free Europe. 03.10.2024. URL: https://www.rferl.org/a/russia-chechnya-zhuravel-kadyrov-koran-burning/33144583.html (abgerufen am 16.07.2025).

Kapitel 4.

32) Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation vom 09.11.2022 Nr. 809 „Über die Verabschiedung der Grundlagen der staatlichen Politik zur Erhaltung und Stärkung der traditionellen russischen spirituellen und moralischen Werte".

33) Das föderale Gesetz vom 29.06.2013 Nr. 135 „Über Änderungen in Artikel 5 des föderalen Gesetzes ‚Über den Schutz von Kindern vor Informationen, die ihrer Gesundheit und Entwicklung schaden' und einzelnen Gesetzgebungsakten der Russischen Föderation zum Schutz von Kindern vor Informationen, die die Ablehnung traditioneller Familienwerte propagieren".

34) Das föderale Gesetz vom 05.12.2022 Nr. 479 „Über Änderungen im Gesetzbuch der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten".

35) Siehe, z.B.: Rechtsanwalt Olenichev: Der Staat versucht, Millionen von LGBT-Menschen in Russland unsichtbar zu machen, aber sie werden nicht verschwinden // The Insider. 19.04.2023. URL: https://theins.ru/news/261099 (abgerufen am 09.08.2025).

36) Die Einstufung der „LGBT-Bewegung" als extremistisch betrifft nicht alle offen lebenden LGBT-Personen. Sie dient dazu, Druck auf Aktivisten auszuüben – Anwalt Olenitschew. // The Insider. 17.11.2023. URL: https://the-

ins.ru/news/266881 (abgerufen am 09.08.2025).

*37) Die russische Gesellschaft ist äußerst uneinheitlich. Angesichts der Zensur im Land ist eine unabhängige soziologische Untersuchung zu Fragen der Kriegshandlungen in Russland praktisch unmöglich. Trotzdem führen unabhängige, nicht mit dem Staat verbundene soziologische Forschungsprojekte Umfragen durch. Laut den Daten des Forschungsprojekts „Chroniki" (rus. „Хроники", übersetzt „Chroniken") sprachen sich im Februar 2025 41% der befragten Einwohner*innen Russlands für den Abzug der Truppen aus der Ukraine und für die Verhandlungen über einen Waffenstillstand aus. URL: https://www.chronicles.report/chapters (abgerufen am 09.08.2025).*

38) In Russland sprechen sich viele Menschen aktiv gegen den Krieg in der Ukraine aus, selbst unter dem Risiko einer strafrechtlichen Verfolgung. Nach Angaben von OVD-Info wurden in den letzten drei Jahren bis zum 24.06.2025 11.591 Fälle von Verwaltungsdelikten im Zusammenhang mit Äußerungen gegen den Krieg (Art. 20.3.3 des Kodex der Russischen Föderation über Verwaltungsdelikte) vor Gericht gebracht. Die russischen Strafverfolgungsbehörden nahmen 20.103 Personen wegen ihrer antikriegerischen Haltung fest, 1.185 Personen wurden wegen ihrer antikriegerischen Ansichten strafrechtlich verfolgt. Viele Menschen in Russland lehnen den Krieg ab, können ihre antikriegerische Haltung jedoch aufgrund von Zensur, strafrechtlicher Verfolgung und Einschüchterung durch den Staat nicht zum Ausdruck bringen.

39) Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation vom 02.07.2021 Nr. 400 „Über die nationale Sicherheitsstrategie der Russischen Föderation". Gemäß Absatz 2 ist die Sicherheitsstrategie ein grundlegendes Dokument der strategischen Planung, das die nationalen Interessen und Prioritäten der Russischen Föderation sowie die Ziele und Aufgaben der staatlichen Politik im Bereich der Gewährleistung der nationalen Sicherheit und der nachhaltigen Entwicklung der Russischen Föderation auf lange Sicht festlegt.

40) Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation vom 09.11.2022 Nr. 809 „Über die Verabschiedung der Grundlagen der staatlichen Politik zur Erhaltung und Stärkung der traditionellen russischen spirituellen und mo-

ralischen Werte".

41) Absätze 4 und 6 der Grundsätze der staatlichen Politik zur Erhaltung und Stärkung der traditionellen russischen spirituellen und moralischen Werte, verabschiedet durch den Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 09.11.2022 Nr. 809.

42) Absatz 8 der Grundsätze der staatlichen Politik zur Erhaltung und Stärkung der traditionellen russischen spirituellen und moralischen Werte, verabschiedet durch den Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 09.11.2022 Nr. 809.

43) Absatz 14 der Grundsätze der staatlichen Politik zur Erhaltung und Stärkung der traditionellen russischen spirituellen und moralischen Werte, verabschiedet durch den Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 09.11.2022 Nr. 809.

44) „Sechs oder fünf Geschlechter haben sie sich ausgedacht. Transformer, Trans …" Die kürzeste Zusammenfassung der Pressekonferenz Putins nach dem G20-Gipfel // Meduza. 29.06.2019. URL: https://meduza.io/paragraph/2019/06/29/shest-ili-pyat-polov-napridumyvali-transformery-trans (abgerufen am 07.08.2025).

45) Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation // Präsident Russlands. 24.02.2022. URL: http://kremlin.ru/events/president/news/67843 (abgerufen am 07.08.2025).

46) Der Vorsitzende des Menschenrechtsrats erklärte, es gebe Anzeichen für einen „schweren Verfall" der westlichen Ideologie // TASS. 04.10.2022. URL: https://tass.ru/obschestvo/15951085?ysclid=lpi7xln1ag317345338 (abgerufen am 07.08.2025).

47) Ibid.

48) Mufti der Republik Tschetschenien: „Die SMO ist für die Muslime Russlands ein heiliger Dschihad" // Tschetschenien heute.23.10.2023. URL: https://chechnyatoday.com/news/369653 (abgerufen am 07.08.2025).

49) Offizieller Telegram-Kanal von Petr Tolstoj: https://t.me/s/petr_tolstoy (abgerufen am 07.08.2025).

50) Ein Paket von Gesetzesentwürfen zum Verbot

von „LGBT-Propaganda“ wurde in der Staatsduma eingereicht. // Meduza. 20.10.2022. URL: https://meduza.io/news/2022/10/20/v-gosdumu-vnesli-paket-zakonoproektov-o-zaprete-lgbt-propagandy (abgerufen am 07.08.2025).

51) Leider zielten die Fragen des Lewada-Zentrums nur darauf ab, die Einstellung der russischen Bevölkerung gegenüber Schwulen und Lesben zu ermitteln. Allerdings gibt es in Russland keine weiteren Studien von bedeutenden soziologischen Forschungszentren zum Thema der Einstellung der russischen Bevölkerung gegenüber LGBTQ-Personen.

52) „Lewada-Zentrum“: Ein Drittel der Russen ist der Meinung, dass Schwule und Lesben die gleichen Rechte wie andere Bürger haben sollten. Vor zwei Jahren war fast jeder Zweite dieser Meinung. // Meduza. 15.10.2021. URL: https://meduza.io/news/2021/10/15/levada-tsentr-tret-rossiyan-schitayut-chto-u-geev-i-lesbiyanok-dolzhny-byt-ravnye-prava-s-drugimi-grazhdanami-dva-goda-nazad-tak-schital-pochti-kazhdyy-vtoroy (abgerufen am 07.08.2025); Einstellung zu Homosexualität, LGBT-Rechten und „Propaganda für Homosexualität“: Oktober 2024 // Lewada-Zentrum. 18.11.2024. URL:https://www.levada.ru/en/2024/12/02/attitudes-towards-homosexuality-the-rights-of-lgbt-people-and-propaganda-of-homosexuality-october-2024/ (abgerufen am 07.08.2025).

53) Einstellung zu Homosexualität, LGBT-Rechten und „Propaganda für Homosexualität“: Oktober 2024 // Lewada-Zentrum.02.12.2024. URL: https://www.levada.ru/en/2024/12/02/attitudes-towards-homosexuality-the-rights-of-lgbt-people-and-propaganda-of-homosexuality-october-2024/ (abgerufen am 07.08.2025).

54) „Lewada-Zentrum“: Ein Drittel der Russen ist der Meinung, dass Schwule und Lesben die gleichen Rechte wie andere Bürger haben sollten. Vor zwei Jahren war fast jeder Zweite dieser Meinung. // Meduza. 15.10.2021. URL: https://meduza.io/news/2021/10/15/levada-tsentr-tret-rossiyan-schitayut-chto-u-geev-i-lesbiyanok-dolzhny-byt-ravnye-prava-s-drugimi-grazhdanami-dva-goda-nazad-tak-schital-pochti-kazhdyy-vtoroy (abgerufen am 10.08.2025).

55) Artikel 6.21 des Kodex der Russischen Föderati-

on über Ordnungswidrigkeiten „Propaganda von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen unter Minderjährigen", der durch das föderale Gesetz vom 29.06.2013 Nr. 135 „Über Änderungen in Artikel 5 des Bundesgesetzes „Über den Schutz von Kindern vor Informationen, die ihrer Gesundheit und Entwicklung schaden" und einzelnen Gesetzgebungsakten der Russischen Föderation zum Schutz von Kindern vor Informationen, die die Ablehnung traditioneller Familienwerte propagieren" in Kraft gesetzt wurde.

56) Keine Gesetze werden Homosexuelle und Lesben verschwinden lassen. Meduza, 2022. URL: https://meduza.io/feature/2022/10/19/nikakie-zakony-ne-zastavyat-geev-i-lesbiyanok-ischeznut (abgerufen am 07.08.2025).

57) Beschluss des Verfassungsgerichts der Russischen Föderation vom 23.09.2014 Nr. 24-P „Zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Abschnitt 1 des Artikels 6.21 des Gesetzbuchs der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit der Beschwerde der Bürger N.A. Aleksejew, J.N. Jewtuschenko und D.A. Isakow".

58) Artikel 6.21 des Kodex der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung, die in Russland vom 30.06.2013 bis zum 04.12.2022 in Kraft war.

59) Artikel 6.21 des Kodex der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung, die in Russland vom 30.06.2013 bis zum 04.12.2022 in Kraft war.

60) Siehe z.B.: Hazov-Kassia, S. Lizenz zum Töten // Radio Svoboda. 30.04.2016. URL: https://www.svoboda.org/a/27702827.html (abgerufen am 07.08.2025); Mnishek, M. Staatliche Homophobie in Russland gewinnt an Fahrt: Abgeordnete machen sich erneut für die Verteidigung „traditioneller Werte" stark // Skat.Media. 29.07.2022. URL: https://skat.media/post/russian_state_homophobia (abgerufen am 07.08.2025); Rogacheva, S. Aus Hass getötet: Gefälschte Dates werden immer häufiger // Radio Svoboda. 28.10.2021. URL: https://www.severreal.org/a/31532651.html (abgerufen am 07.08.2025); Der mutmaßliche Mörder des Journalisten Tsilikin nannte sich selbst „der Reiniger" // Fontanka.ru. 07.04.2016. URL: https://www.fontanka.ru/2016/04/07/094/ (abgerufen am 07.08.2025).

61) Beispielsweise sperrte das Bezirksgericht Burlin im Altai-Gebiet im Jahr 2018 das Gesundheitsportal „Parni Plus“ (rus. „Парни плюс“, übersetzt „Jungs Plus“) für LGBTQ-Personen wegen „Leugnung familiärer Werte“. URL: https://parniplus.com/news/roskomnadzor-parniplyus/ (abgerufen am 07.08.2025).

62) HRW: Das Gesetz über homosexuelle Propaganda in Russland provoziert Gewalt // BBC-News: russischer Dienst. 15.12.2014. URL: https://www.bbc.com/russian/russia/2014/12/141214_hrw_gay_rights_violence_russia (abgerufen am 07.08.2025).

63) Russland: Straffreiheit bei Gewalt gegen LGBT: diskriminierendes „Propagandagesetz“ provoziert Angriffe // Human Rights Watch. 15.12.2024. URL: https://www.hrw.org/de/news/2014/12/15/russland-straffreiheit-bei-gewalt-gegen-lgbt (abgerufen am 07.08.2025).

64) Der mutmaßliche Mörder des Journalisten Tsilikin nannte sich selbst „der Reiniger“ // Fontanka.ru. 07.04.2016. URL: https://www.fontanka.ru/2016/04/07/094/ (abgerufen am 07.08.2025).

65) Abschnitt 1 von Artikel 105 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation.

66) Was ist über den Mord an einer Transgender-Sexarbeiterin bekannt, deren Leiche im Fluss Mga gefunden wurde? Der Verdächtige wurde festgenommen // Bumaga. 23.09.2020. URL: https://paperpaper.io/chto-izvestno-obubijstve-transgender/ (abgerufen am 07.08.2025).

67) Siehe z.B.: Die Rechtslage von LGBTQ-Personen im kriegführenden Russland. Berlin: Quarteera e. V., 2024, S. 51-56. URL: https://www.quarteera.de/de/projects/die_lage_von_lgbtq_personen_im_kriegsfuehrenden_russland/ (abgerufen am 15.07.2025).

68) Julia Savinovskikh, der ihre Kinder weggenommen wurden, hat sich beim EGMR beschwert // Radio Svoboda. 19.03.2019. URL: https://www.svoboda.org/a/29830358.html (abgerufen am 07.08.2025).

69) Lagutin, A. „Ich sehe, wie Russland sich in Iran verwandelt“. Der Verlust seiner Kinder, die Geschlechtsangleichung und die Flucht nach Spanien. Wie sich das Leben von Francis, der früher Julia Savinovskikh hieß,

entwickelt hat // It's My City. 23.07.2021. URL: https://itsmycity.ru/2021-07-23/kak-slozhilas-zhizn-samogo-izvestnogo-transgendera-rossii-yulii-savinovskih-lishennoj-vekaterinburge-dete (abgerufen am 07.08.2025).

70) Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte akzeptierte die von Max Olenitschew vorgebrachten Argumente der russischen LGBT-Initiative, wonach bei der Lösung einer solchen Situation das Wohl der Kinder berücksichtigt werden muss. Siehe: Case of Savinovskikh and Others v. Russia (Application no. 16206/19) // European Court of Human Rights. URL: https://hudoc.echr.coe.int/fre?i=001-234795 (abgerufen am 07.08.2025).

71) Föderales Gesetz vom 05.12.2022 Nr. 479 „Über Änderungen im Gesetzbuch der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten". URL: http://publication.pravo.gov.ru/document/0001202212050020 (abgerufen am 07.08.2025).

72) Föderales Gesetz vom 05.12.2022 Nr. 478 „Über Änderungen des föderalen Gesetzes „Über Information, Informationstechnologien und den Schutz von Informationen" und einzelner Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation". URL: http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202212050019 (abgerufen am 07.08.2025).

73) Vor diesem Gesetz galt in Russland ausschließlich das gerichtliche Verfahren zur Sperrung von Informationen über LGBTQ+ im Internet.

74) Artikel 13.50 des Gesetzbuchs der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten: für Organisationen eine Geldstrafe von 800.000 bis 4 Millionen Rubel und im Falle eines wiederholten Verstoßes von 4 Millionen bis 8 Millionen Rubel.

75) Geschlechtsumwandlung ist ein veraltetes Konzept. Die russische Regierung nutzt es, um transgender Personen zu stigmatisieren. Mit „Geschlechtsumwandlung" meinen russische Gesetzgeber Geschlechtsangleichung.

76) Föderales Gesetz vom 05.12.2022 Nr. 479 „Über Änderungen im Gesetzbuch der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten".

77) Für Privatpersonen zwischen 100.000 und

200.000 Rubel, für Organisationen zwischen 1 Million und 2 Millionen Rubel oder eine administrative Aussetzung der Tätigkeit der Organisation für bis zu 90 Tage.

78) Daten des Justizministeriums beim Obersten Gericht der Russischen Föderation.

79) Das neue Gesetz über „LGBT-Propaganda" wird gegen transgender Sexarbeiterinnen eingesetzt. Sie werden vor Gericht gestellt und des Landes verwiesen – es gibt bereits Beispiele dafür // Holod. 23.02.2023. URL: https://holod.media/2023/02/23/seks-rabotnits-vygoniaiut-iz-rf/ (abgerufen am 07.08.2025).

80) Verfahren vor dem Bezirksgericht Timiryazevsky in Moskau: https://www.mos-gorsud.ru/rs/timiryazevskij/search?baseDecision=&caseDateFrom=&caseDateTo=&caseFinalDateFrom=&caseFinalDateTo=&caseLegalForceDateFrom=&caseLegalForceDateTo=&caseNumber=&codex=%D0%A1%D1%82.%206.21%2C%20%D0%A7.%207&courtAlias=all&docsDateFrom=&docsDateTo=&documentStatus=&documentText=&documentType=&formType=fullForm&instance=&judge=&letterNumber=&participant=&processType=&publishingState=&uid=&year=&_cb=1754778105.8237 (abgerufen am 07.08.2025).

81) Artikel 27 des föderalen Gesetzes Nr. 114 vom 15.08.1996 (in der Fassung vom 21.04.2025) „Über die Ausreise aus der Russischen Föderation und die Einreise in die Russische Föderation".

82) https://mos-gorsud.ru/rs/savyolovskij/services/cases/admin/details /c2b9a4f0-7c69-11ed-9a66-b518dc6d12b4 (abgerufen am 07.08.2025).

83) Gemäß Teil 7 Artikel 6.21 des Kodex der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten.

84) Roskomnadzor hat mehr als 7.200 Beiträge wegen LGBT-Propaganda gesperrt // Parlamentskaja Gazeta. 17.10.2022. URL: https://www.pnp.ru/social/roskomnadzor-zablokiroval-bolee-7-tysyach-materialov-za-propagandu-lgbt.html (abgerufen am 07.08.2025).

85) Roskomnadzor hat im Jahr 2023 19.000 Materialien mit Informationen über LGBT gesperrt // Kommersant. 17.01.2024. URL: https://www.kommersant.ru/doc/6454854 (abgerufen am 07.08.2025).

86) Roskomnadzor verzeichnet den Rückgang der Strafen für LGBT-Inhalte // Forbes. 14.01.2025. URL: https://www.forbes.ru/forbeslife/528768-v-roskomnadzore-zafiksirovali-sokrasenie-strafov-za-lgbt-kontent (abgerufen am 07.08.2025).

87) Mizulina kündigte die Sperrung von Webseiten zum Ansehen von Anime wegen LGBT-Propaganda an.// Forbes. 05.12.2024. URL: https://www.forbes.ru/forbeslife/526586-mizulina-soobsila-o-blokirovke-sajtov-dla-prosmotra-anime-iz-za-lgbt-propagandy (abgerufen am 07.08.2025).

88) Tilda hat die LGBT-Gruppe „Regenbogenwelt" (rus.„Радужный мир") auf Verlangen der russischen Medienaufsichtsbehörde Roskomnadzor gesperrt. // Perm.ru. 14.01.2024. URL: https://properm.ru/news/2023-01-14/konstruktor-saytov-tilda-zablokiroval-permskuyu-lgbt-gruppu-raduzhnyy-mir-po-trebovaniyu-roskomnadzora-2687209 (abgerufen am 07.08.2025).*

89) Roskomnadzor hat die Website der LGBT-Dating-App Hornet gesperrt.// 07.09.2023. URL: https://www.rbc.ru/rbcfreenews/64f8ee249a794723c88673b7 (abgerufen am 07.08.2025).

90) Roskomnadzor verzeichnet den Rückgang der Strafen für LGBT-Inhalte // 14.01.2025. Forbes. URL: https://www.forbes.ru/forbeslife/528768-v-roskomnadzore-zafiksirovali-sokrasenie-strafov-za-lgbt-kontent (abgerufen am 07.08.2025).

91) Roblox hat nach einer Aufforderung durch Roskomnadzor Inhalte mit LGBT-Propaganda entfernt // Interfax.10.07.2025. URL: https://www.interfax.ru/russia/1035479 (abgerufen am 07.08.2025).

92) Liste der in Russland gesperrten Medien // Wikipedia. URL: https://ru.wikipedia.org/wiki/%D0%A1%D0%BF%D0%B8%D1%81%D0%BE%D0%BA_%D0%B7%D0%B0%D0%B1%D0%BB%D0%BE%D0%BA%D0%B8%D1%80%D0%BE%D0%B2%D0%B0%D0%BD%D0%BD%D1%8B%D1%85_%D0%B2_%D0%A0%D0%BE%D1%81%D1%81%D0%B8%D0%B8_%D0%A1%D0%9C%D0%98 (abgerufen am 07.08.2025).

93) https://mos-gorsud.ru/rs/tverskoj/services/cases/admin/details/ 57b5aac0-45eb-11f0-8fc4-

5b7e006d1654?participant=%D0%A4%D0%B0%D0%BB%D0%B0%D0%BD%D1%81%D1%82%D0%B5%D1%80&_cb=1754828938.3382 (abgerufen am 07.08.2025).

94) https://www.kommersant.ru/doc/7694442 (abgerufen am 07.08.2025).

95) https://www.unkniga.ru/ostraya-tema/14721-delo-oblgbt-propagande-ili-kak-teper-izdavat-knigi.html (abgerufen am 07.08.2025).

96) https://zona.media/article/2022/10/17/books (abgerufen am 07.08.2025).

97) „LitRes" fordert Autoren aufgrund des Gesetzes über LGBT auf, Texte zu überarbeiten // RBC. 05.12.2022. URL: https://www.rbc.ru/politics/05/12/2022/638e2d919a7947fcc798406d (abgerufen am 07.08.2025).

98) „Alle sind in Panik, es ist ein ziemliches Durcheinander entstanden." Aufgrund des Gesetzes über LGBT-Propaganda verschwinden kontroverse Bücher // 06.12.2022. E1.ru. URL: https://www.e1.ru/text/culture/2022/12/06/71872130/ (abgerufen am 07.08.2025).

99) Der Verlag „AST" erklärte, dass 23 Bücher unter das Gesetz zum Verbot von LGBT-Propaganda fallen werden. // Daily Storm. 09.12.2022. URL: https://dailystorm.ru/vlast/v-izdatelstve-ast-zayavili-chto-pod-deystvie-zakona-o-zaprete-lgbt-propagandy-podpadut-23-knigi (abgerufen am 07.08.2025).

100) Der Verlag AST hat beschlossen, den Verkauf des Romans „Ein wenig Leben" von Hanya Yanagihara einzustellen. // Meduza. 23.04.2024. URL: https://meduza.io/news/2024/04/23/izdatelstvo-ast-reshilo-prekratit-prodazhi-romana-hani-yanagihary-malenkaya-zhizn (abgerufen am 07.08.2025).

101) Der russische Buchverband wird von Sergej Wadimowitsch Stepaschin geleitet, dem ehemaligen ersten Direktor des Föderalen Sicherheitsdienstes Russlands. URL: https://ru.wikipedia.org/wiki/%D0%A1%D1%82%D0%B5%D0%BF%D0%B0%D1%88%D0%B8%D0%BD,_%D0%A1%D0%B5%D1%80%D0%B3%D0%B5%D0%B9_%D0%92%D0%B0%D0%B4%D0%B8%D0%BC%D0%BE%D0%B2%D0%B8%D1%87 ; Russian Book Union. URL:

https://bookunion.ru/about/management/ (abgerufen am 07.08.2025).

102) „Sber“ bestätigte, dass mehr als 250 Bücher aufgrund des Gesetzes über „LGBT-Propaganda“ aus dem Verkauf genommen wurden. Darunter sind Werke von Wilde, Murakami und Dostojewski.// Meduza. 20.02.2024. URL: https://meduza.io/news/2024/02/20/sber-podtverdil-iz-yatie-bolee-250-knig-iz-prodazhi-v-svyazi-s-zakonom-o-propagande-lgbt-sredi-nih-uayld-murakami-i-dostoevskiy (abgerufen am 07.08.2025).

103) https://t.me/ficbook_official/323 (abgerufen am 07.08.2025).

104) https://t.me/tikhonovichme/7831(abgerufen am 07.08.2025).

105) Duolingo hat auf Verlangen der russischen Medienaufsichtsbehörde Roskomnadzor Materialien mit LGBT-Propaganda entfernt.// Forbes. 04.06.2024. URL: https://www.forbes.ru/forbeslife/513984-duolingo-udalil-materialy-s-lgbt-propagandoj-po-trebovaniu-roskomnadzora (abgerufen am 07.08.2025).

106) https://vk.com/@vk-notification (abgerufen am 07.08.2025).

107) A/HRC/54/54, Absatz 37.

108) A/HRC/54/54, Absatz 41.

109) A/HRC/54/54, Absatz 112, Unterabsatz r.

110) Siehe, z. B.: Razzien statt Raves: Was erwartet Gay-Clubs in Russland? 29.11.2024.// Parni Plus. URL: https://parniplus.com/lgbt-movement/discrimination/pervoe-delo-o-raduzhnom-ekstremizme-slovo-zashhitniku/ (Zugriff am: 01.08.2025).

111) Siehe, z. B.: Olenichev M.V. Wie wird „LGBT-Extremismus“ das Leben der Gemeinschaft verändern? Kommentar eines Juristen. 10.01.2024 // Parni plus. URL: https://parniplus.com/lgbt-movement/lgbt-extremism-lawyers-comment/ (Zugriff am: 01.08.2025).

112) In erster Linie das föderale Gesetz Nr. 114 vom 25.07.2002б „Über die Bekämpfung extremistischer Aktivitäten“, das in Russland am 10.08.2002 in Kraft getreten

ist, sowie die damit verbundenen Bestimmungen des Kodex der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten (Artikel 20.3, 20.3.1, 20.29) und des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation (Artikel 282, 282.1–282.4).

113) Siehe z.B. den Bericht dazu von Amnesty International. URL: https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/russische-foederation-zeugen-jehovas-gefoltert-2019-03-01 (abgerufen am 07.08.2025).

114) Siehe z.B.: Olenichev M.V. Was ist passiert? 18.11.2023 // Parni plus. URL: https://parniplus.com/lgbt-movement/discrimination/chto-sluchilos/ (Zugriff am: 01.08.2025).

115) Russia: Rising Toll of LGBT "Extremism" Designation Administrative, Criminal Charges Used in Crackdown // Human Rights Watch. 30.06.2025. URL: https://www.hrw.org/news/2025/06/30/russia-rising-toll-of-lgbt-extremism-designation (abgerufen am 07.08.2025).

116) Siehe z.B. den Bericht dazu: Amnesty International. Russland 2023. URL: https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/russland-2023#section-23638620 (abgerufen am 07.08.2025).

117) Siehe z.B.: Olenichev M.V. Der erste Fall von „rainbogenfarbenem Extremismus": Wort an den Verteidiger. 06.02.2024 // Parni plus. URL: https://parniplus.com/lgbt-movement/discrimination/pervoe-delo-o-raduzhnom-ekstremizme-slovo-zashhitniku/ (Zugriff am: 07.08.2025).

118) Entscheidung des Obersten Gerichtes über das Verbot der „internationalen LGBT-Bewegung" // Perwij Otdel. 19.01.2024. URL: https://dept.one/story/zapret-lgbt-docs/ (abgerufen am 07.08.2025).

119) Abschnitt 1 von Artikel 20.3 des Gesetzbuchs der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten.

120) Artikel 282.4 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation.

121) Abschnitt 2 von Artikel 20.3 des Gesetzbuchs der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten.

122) Artikel 282.4 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation.

123) Föderales Gesetz Nr. 302 vom 31.07.2025, „Über Änderungen der Artikel 5.35 und 20.3 des Gesetzbuchs der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten“.

124) Eine Permerin wurde wegen einer Regenbogenfahne im Fenster ihrer Wohnung mit einer Geldstrafe belegt // RAPSI. 28.02.2024. URL: https://www.rapsinews.ru/judicial_news/20240228/309662717.html (abgerufen am 07.08.2025).

125) Pahlke, J. Russland vor der Wahl: Boris Nadeschdin gegen Wladimir Putin // Deutsche Welle. 30.01.2024. URL: https://www.dw.com/de/russland-vor-der-wahl-boris-nadeschdin-gegen-wladimir-putin/a-68117411 (abgerufen am 07.08.2025).

126) LGBT-Symbolik und Diskreditierung der Armee. In Moskau wurde ein Student der Nationalen Forschungsuniversität „Hochschule für Wirtschaft und Politik“ (HSE) – Mitglied des Jugendparlaments der Staatsduma – festgenommen. // MSK1.ru. 04.05.2024. URL: https://msk1.ru/text/incidents/2024/05/04/73539638/ (abgerufen am 07.08.2025).*

127) Offizielle Website des Bezirksgerichts Twerskoj der Stadt Moskau: https://mos-gorsud.ru/rs/tverskoj (abgerufen am 07.08.2025).

128) Russia: Rising Toll of LGBT “Extremism” Designation Administrative, Criminal Charges Used in Crackdown // Human Rights Watch. 30.06.2025. URL: https://www.hrw.org/news/2025/06/30/russia-rising-toll-of-lgbt-extremism-designation (abgerufen am 07.08.2025).

129) Ibid.

130) Wie wird „LGBT-Extremismus“ das Leben der Gemeinschaft verändern? Kommentar eines Juristen // Parni Plus. 10.01.2024. URL: https://parniplus.com/lgbt-movement/lgbt-extremism-lawyers-comment/ (abgerufen am 07.08.2025).

131) Artikel 282.2 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation.

132) Föderales Gesetz Nr. 115 vom 07.08.2001„Über die Bekämpfung der Legalisierung von Erträgen (Geldwäsche) aus Straftaten und der Finanzierung des Terrorismus“

Artikel 6 (Absätze 2.1 und 2.4), Artikel 7.

133) Russia: Rising Toll of LGBT "Extremism" Designation Administrative, Criminal Charges Used in Crackdown // Human Rights Watch. 30.06.2025. URL: https://www.hrw.org/news/2025/06/30/russia-rising-toll-of-lgbt-extremism-designation (abgerufen am 07.08.2025).

134) In Orenburg wurden ein Mann und eine Frau im Rahmen des ersten Strafverfahrens wegen LGBT-Extremismus in Russland in Untersuchungshaft genommen // BBC News: Russischer Dienst. 20.03.2024. URL: https://www.bbc.com/russian/articles/cpd37jlkek7o (abgerufen am 07.08.2025).

135) In Orenburg wurden Mitarbeiter eines LGBT-Clubs wegen „Extremismus" verhaftet. // Deutsche Welle. 20.03.2024. URL: https://www.dw.com/ru/v-orenburge-arestovany-sotrudniki-lgbtkluba-po-delu-ob-ekstremizme/a-68626469 (abgerufen am 07.08.2025).

136) Ein Gericht in Orenburg hat den Besitzer des LGBT-Clubs Pose verhaftet // Deutsche Welle. 31.03.2024. URL: https://www.dw.com/ru/sud-v-orenburge-arestoval-vladelca-lgbtkluba-pose/a-68708509 (abgerufen am 07.08.2025).

137) „Das große Kind". Wie Andrej Kotow, der wegen der Durchführung von „Gay-Touren" angeklagt war, lebte und starb // BBC News: Russischer Dienst. 27.01.2025. URL: https://www.bbc.com/russian/articles/cj91v7gzmeno (abgerufen am 07.08.2025).

138) In Kusbass wurde ein Häftling wegen „LGBT-Extremismus" zu einer Haftstrafe verurteilt. „Mediasona" bezeichnet dies als das erste Urteil nach dem Verbot der „LGBT-Bewegung" in Russland. // Meduza. 19.02.2025. URL: https://meduza.io/news/2025/02/19/v-kuzbasse-zaklyuchennomu-dali-srok-po-delu-ob-lgbt-ekstremizme-mediazona-nazyvaet-eto-pervym-prigovorom-posle-zapreta-dvizheniya-lgbt-v-rossii (abgerufen am 07.08.2025).

139) Zweites Strafverfahren wegen „Extremismus". „Irida" und Homophobe // Parni Plus. 29.05.2024. URL: https://parniplus.com/news/irida-i-gomofoby/

(abgerufen am 07.08.2025).

140) Menschenrechtsprojekt „Perwij Otdel“: https://t.me/deptone/13176 (abgerufen am 07.08.2025).

141) Menschenrechtsprojekt „Perwij Otdel“: https://t.me/deptone/13182 (abgerufen am 07.08.2025).

142) Sakurdaeva, K., Schmarewa, E. Strafverfahren, Razzien in Clubs und Putins Erklärungen. Wie sich das Leben von LGBTQ-Personen in Russland im Jahr 2024 verändert hat. https://www.currenttime.tv/a/kak-izmenilas-zhizn-lgbtk-lyudey-v-rossii-v-2024-godu-data/33270127.html (abgerufen am 07.08.2025).

143) A/HRC/57/59, Absatz 94.

144) Eine ähnliche Empfehlung gibt auch Marijana Kazarowa, in ihrem Bericht über die Lage der Menschenrechte in Russland (2024). A/HRC/57/59, Absatz 150, Unterabsatz r.

145) Föderales Gesetz vom 24.07.2023 Nr. 386 „Über Änderungen in einzelnen Gesetzgebungsakten der Russischen Föderation”. URL: http://publication.pravo.gov.ru/document/0001202307240059 (abgerufen am 07.08.2025).

146) Offizielle Daten der Website der Staatsduma der Russischen Föderation. URL: http://duma.gov.ru (abgerufen am 07.08.2025).

147) Siehe beispielsweise: Russia: Trans Health Care, Families Bill Violates Rights Intensifying Assault on LGBT Rights // Amnesty International. 18.07.2023. URL: https://www.hrw.org/news/2023/07/15/russia-trans-health-care-families-bill-violates-rights; Trans Personen in Russland in Gefahr. Interview mit einem Experten // Deutsche Welle (auf Russisch). 21.06.2023. URL: https://www.dw.com/ru/transludi-v-rossii-v-opasnosti-intervu-s-ekspertom/a-65987700 (abgerufen am 15.07.2025).

148) Mandates of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Russian Federation; the Independent Expert on protection against violence and discrimination based on sexual orientation and gender identity and the Working Group on discrimination against women and girls. 16.05.2023. URL: https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownLoadPublicCommunicationFi-

le?gId=28318 (abgerufen am 07.08.2025).

149) Die Rechtslage von LGBTQ-Personen im kriegführenden Russland. Berlin: Quarteera e. V., 2024. S. 73-84. URL: https://www.quarteera.de/de/projects/die_lage_von_lgbtq_personen_im_kriegsfuehrenden_russland/ (abgerufen am: 15.07.2025).

150) Teil 1 des Artikels 45.1 des Gesetzes „Über die Grundlagen des Gesundheitsschutzes der Bürger", der durch das föderale Gesetz vom 24.07.2023 Nr. 386-FG „Über Änderungen in einzelnen Gesetzgebungsakten der Russischen Föderation" eingeführt wurde.

151) Siehe dazu: Die Rechtslage von LGBTQ-Personen S. 67-72. URL: https://www.quarteera.de/de/projects/die_lage_von_lgbtq_personen_im_kriegsfuehrenden_russland/ (abgerufen am: 15.07.2025).

152) Warum hat die Staatsduma ein Gesetz zum Verbot von Geschlechtsangleichunh verabschiedet// Vedomosti. 14.07.2023. URL: https://www.vedomosti.ru/society/articles/2023/07/14/985428-gosduma-prinyala-zakon (abgerufen am: 07.08.2025).

153) Maxim Olenitschew: "Es kommen dunkle Zeiten" // Parni+. 13.07.2023. URL: https://parniplus.com/lgbt-movement/discrimination/maksim-olenichev-prihody-at-tyomnye-vremena/ (abgerufen am: 07.08.2025).

154) Teil 1 von Artikel 16 des Familiengesetzbuches der Russischen Föderation.

155) Aus der Praxis des Anwalts für LGBTIQ-Rechte Maxim Olenitschev.

156) Föderalgesetz vom 23.11.2024 Nr. 405-FG „Über Änderungen der Artikel 127 und 146 des Familiengesetzbuches der Russischen Föderation".

157) Föderalgesetz vom 23.11.2024 Nr. 405-FG „Über Änderungen der Artikel 127 und 146 des Familiengesetzbuches der Russischen Föderation".

158) Teil 2 des Artikels 45.1 des Föderalgesetzes „Über die Grundlagen des Gesundheitsschutzes der Bürger", der durch das Gesetz vom 24.07.2023 Nr. 386-FG „Über Änderungen in einzelnen Gesetzgebungsakten der Russischen Föderation" eingeführt wurde.

159) A/HRC/54/54, Punkt 37.

160) Die russische Staatspropaganda, russische Beamte und die Gesetzgebung verwenden den veralteten und stigmatisierenden Begriff „Geschlechtsumwandlung" und verstehen darunter die Geschlechtsangleichung.

161) Bastrykin bezeichnete die Geschlechtsumwandlung „auf dem Papier" als Betrug // Vedomosti. 11.05.2023. URL: https://www.vedomosti.ru/society/news/2023/05/11/974633-bastirkin-nazval-moshennichestvom-smenu-pola (abgerufen am: 01.08.2025).

162) Ibid.

163) Ibid.

164) Golubeva, A. In Russland könnte die Änderung des Geschlechtsmerkmals für Transgender-Personen vollständig verboten werden. Was würde das bedeuten? // Russkaja Sluschba BBC. 31.05.2023. URL: https://www.bbc.com/russian/features-65768808 (abgerufen am: 01.08.2025).

165) Bastrykin bezeichnete die Geschlechtsumwandlung „auf dem Papier" als Betrug…

Kapitel 5.

166) A/HRC/54/54, Absatz 112, Unterabsatz r.

167) Siehe, zum Bsp. Queerfeindlichkeit im Rechtsextremismus // Bundesamt für Verfassungsschutz. URL: https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/rechtsextremismus/queerfeindlichkeit-im-rechtsextremismus.html#doc1288830bodyText1 (zuletzt aufgerufen am 20.07.2025).

168) Siehe, z. B.: Russia LGBT activists detained during St Petersburg rally // BBC. 04.08.2018. URL: https://www.bbc.com/news/world-europe-45072583 (date of access: 20.07.2025); LGBT Activists Detained at St. Petersburg Pride Event // The Moscow Times. 05.08.2019. URL: https://www.themoscowtimes.com/2019/08/05/lgbt-activists-detained-at-st-petersburg-pride-event-a66716 (date of access: 22.07.2025).

169) Siehe Urteil des Bezirksgerichts Twerskoj der

Stadt Moskau vom 21.03.2022 in der Rechtssache Nr. 02-2473/2022. Demnach hat die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation am 25.02.2022 beschlossen, das soziale Netzwerk Facebook als an Verstößen gegen die Grundrechte und -freiheiten des Menschen, die Rechte und Freiheiten der Bürger der Russischen Föderation beteiligt anzuerkennen (Artikel 3.3 des Föderalen Gesetzes vom 28.12.2012 Nr. 272-FS „Über Maßnahmen gegen Personen, die an Verletzungen der Grundrechte und -freiheiten des Menschen, der Rechte und Freiheiten der Bürger der Russischen Föderation beteiligt sind"). Der Zugang zu Facebook ist auf dem Staatsgebiet Russlands eingeschränkt. Am 11.03.2022 hat die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation eine ähnliche Entscheidung in Bezug auf Instagram getroffen (siehe zum B.: https://www.forbes.ru/tekhnologii/458877-instagram-vnesli-v-reestr-zapresennyh-v-rossii-sajtov, zuletzt aufgerufen am 01.08.2025). Am 21.03.2022 hat das Bezirksgericht Twerskoj der Stadt Moskau Meta Platforms Inc. die Vermarktung seiner Produkte – der sozialen Netzwerke Facebook und Instagram – in Russland aufgrund extremistischer Aktivitäten untersagt. Das Gericht wies dabei ausdrücklich darauf hin, dass seine Entscheidung nicht für das Produkt WhatsApp von Meta gelte, „da es keine Funktionen zur öffentlichen Verbreitung von Informationen habe".

170) Siehe, zum Bsp.: Talanova, D. Like, Sher, Term: In Russland wurden mehr als 30.000 Verfahren wegen Beiträgen und Memes in sozialen Netzwerken eingeleitet. Studie von „Nowaja–Europa" // Nowaja gaseta – Europa 02.12.2024. URL :https://novayagazeta.eu/articles/2024/12/02/laik-sher-srok (zuletzt aufgerufen am 10.07.2025).

171) Latschan, T. Telegram – der umstrittene Messengerdienst // Deutsche Welle. 29.08.2024. URL: https://www.dw.com/de/telegram-der-umstrittene-messengerdienst/a-70068064 (zuletzt aufgerufen am 10.07.2025); Putin berichtet von Treffen mit Telegram-Chef Durow // Der Spiegel. 05.09.2024. URL: https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/telegram-wladimir-putin-berichtet-von-treffen-mit-pawel-durow-a-8a4167dd-db74-4020-8675-561821007c9b (zuletzt aufgerufen am 10.07.2025); Lokshin, P. Vom Staatsfeind zum Liebling des Kremls // Welt. 08.08.2024. URL: https://www.welt.de/politik/ausland/ar-

ticle253212380/Telegram-Gruender-Durow-Vom-Staatsfeind-zum-Liebling-des-Kremls.html (zuletzt aufgerufen am 12.07.2025).

172) Jetzt wird SHAMAN in Schwulenclubs gespielt. Wie Razzien und Extremismusvorwürfe die Queer-Kultur in Russland verändern // BBC. 03.12.2024. URL: https://www.bbc.com/russian/articles/c0q0e4jz4veo (zuletzt aufgerufen am 01.08.2025).

173) Siehe, z. Bsp., „Der Staat hat uns nicht verboten, er hat sich selbst verboten, uns zu sehen." Warum gehören trans Frauen zu den am stärksten diskriminierten Gruppen innerhalb der Queer-Community? // 7x7: Gorisontal'naja Rossia. 24.10.2024. URL: https://semnasem.org/articles/2024/10/24/transzhenshiny (zuletzt aufgerufen am 01.08.2025).

174) In erster Linie die Rechte und Freiheiten, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (10.12.1948), dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (16.12.1966) und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (16.12.1966) verankert sind.

175) Das föderale Gesetz „Über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen", die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation, mit der Anti-Extremismus-Gesetze gegen LGBT-Personen und andere gerichtet wurden.

176) Siehe: Aktivisten halfen 395 Transmenschen dabei, ihr Geschlecht im Personenstand zu ändern // Radio Free Europe. 26.10.2023. URL: https://www.svoboda.org/a/aktivisty-pomogli-395-translyudyam-smenitj-gendernyy-marker/32654851.html (zuletzt aufgerufen am 15.07.2025).

177) Butler, J. Who's afraid of Gender? New York: Farrar, Straus, and Giroux, 2024. Chapter 5.

178) Siehe, z. B.: Moskauer Gerichte haben begonnen, trans Sexarbeiterinnen nach dem neuen Gesetz über «LGBT-Propaganda» aus Russland auszuweisen // Mediazona. 23.02.2023. URL: https://zona.media/news/2023/02/23/vydvoreniye (Zuletzt aufgerufen am: 10.08.2025); Situation von trans Sexarbeiter:innen und Migrant:inen in Russland: Die Situation von Dezember 2022

*bis April 2023 // Trans*Koalizija. 27.04.2023. URL: https://www.transcoalition.net/transgender-migrant-sex-workers-in-russia-2023/ (Zuletzt aufgerufen am: 10.08.2025).*

179) Die Gründe für die Detransitionierung können jedoch auch die Suche nach sich selbst und die Klärung der eigenen Geschlechtsidentität als bewusste Entscheidung außerhalb des in diesem Kapitel beschriebenen Kontextes sein.

180) Siehe, z. B.: MacKinnon, K. R. The Truth About Detransitioning // The New York Times. 10.08.2025. URL: https://www.nytimes.com/2025/08/10/opinion/trans-health-care-detransitioning.html (Zuletzt aufgerufen am: 11.08.2025). McKinnon betont auch, dass selbst für diesen geringen Prozentsatz sozialer Druck und Ablehnung eine wichtige Rolle bei der Entscheidung über die Detransitionierung spielen.

181) Ausgenommen sind einige Fälle, in denen die rechtliche Geschlechtsumwandlung von Transmännern aufgehoben wird, denen das Gericht als Strafe in einem Strafverfahren Freiheitsentzug auferlegt. In diesem Bericht gehen wir nicht auf diese Fälle ein, da das Forschungskonzept keine Untersuchung dieser Frage in Bezug auf Transmänner vorsah.

182) Gesetz der Russischen Föderation über die Änderung der Verfassung der Russischen Föderation vom 14.03.2020 Nr. 1-FKZ „Über die Verbesserung der Regulierung einzelner Fragen der Organisation und Funktionsweise der öffentlichen Gewalt".

183) Insbesondere die ehemalige Abgeordnete Elena Mizulina, gegen die derzeit persönliche Sanktionen von 27 EU-Ländern sowie Australien und Neuseeland verhängt sind.

184) Dzutzati, A. „Diese unverständlichen Transsexuellen bedrohen Ihre Kinder". Wie Mizulinas Gesetzesänderungen das Leben von Transgender-Personen verändern werden // Nastoyashchee Vremya. 24.07.2022. URL: https://www.currenttime.tv/a/transgender-law/30744764.html (Zugriff am: 24.07.2025).

185) Mit der Trans-Mafia muss aufgeräumt werden // Parlamentskaja gaseta. 20.11.2023. URL: https://www.pnp.ru/social/transgendernoy-mafii-trebuetsya-zachistka.

html (Zugriff am: 24.07.2025).

186) Thoreson, R. Trump Administration Moves to Reject Transgender Identity, Rights. Sweeping Executive Order Seeks to Dramatically Curtail Protections // Human Rights Watch. 23.01.2025. URL: https://www.hrw.org/news/2025/01/23/trump-administration-moves-reject-transgender-identity-rights (дата обращения: 10.08.2025).

187) Am 25.08.2025 ist das Urteil der ersten Instanz noch nicht in Kraft getreten.

Kapitel 6.

188) Dabei ist zu berücksichtigen, dass unsere Stichprobe nur 16 queere Frauen (weniger als 1%) umfasste, die im Föderationskreis Nordkaukasus leben.

189) Gemeint ist der russische Fernsehmoderator Wladimir Solowjew, gegen den persönliche Sanktionen der EU verhängt wurden.

Kapitel 7.

190) So stützt sich beispielsweise die Politik der Taliban, die 2021 in Afghanistan die Macht übernommen haben, auf die erzwungene soziale Ausgrenzung aller Frauen – also der Hälfte der Bevölkerung. Die VN stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die 20-jährigen Fortschritte Afghanistans unter dem Einfluss der USA im Bereich der Menschenrechte und Freiheiten zunichte gemacht wurden:

"UN experts today said the situation of women and girls' rights in Afghanistan has reverted to that of the pre-2002 era when the Taliban last controlled the country, effectively erasing progress on women's rights in the intervening 20 years". (Afghanistan: UN experts say 20 years of progress for women and girls' rights erased since Taliban takeover // United Nations. 08.03.2023. URL: https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/03/afghanistan-un-experts-say-20-years-progress-women-and-girls-rights-erased (abgerufen am 15.07.2025)).*

In einem Interview stellt Robert Crews, Experte für

Afghanistan, Russland, Zentral- und Südasien (Stanford University), fest:

"What they are doing with respect to women is a very intentional program to dismantle what the US, NATO, and various foreign actors did over 20 years. [...] So the status of women became inseparable from what they think is their struggle against foreign influence and against the Americans. It's not just about gender narrowly, but about their vision for the country." ('Control of women is foundational to the Taliban's project' How life in Afghanistan has changed after the second Taliban takeover, Stanford University historian Robert Crews explains // Novaya Gazeta – Europe. 10.07.2023. URL: https://novayagazeta.eu/articles/2023/07/10/control-of-women-is-foundational-to-the-talibans-project-en).

Damit wird die auf rechten Diskursen über die Kontrolle von Geschlecht und Sexualität basierende Diskriminierung einer Bevölkerungsgruppe zur Schaffung internationaler Allianzen zwischen radikalen rechten politischen Kräften gegen demokratische Länder genutzt. Die Verletzung der Rechte von queeren Frauen und der Druck auf sie im heutigen Russland sind das Ergebnis eines ähnlichen Prozesses, der durch den Ausbruch des umfassenden Krieges und die internationale Isolation ermöglicht wurde. Siehe beispielsweise die Analyse, wie die Entwicklung der Rechte von trans Personen auf eine Geschlechtseintragsänderung mit dem Kurs auf die Integration des Landes in das Rechtssystem der EU im Zusammenhang stand: Die Rechtslage von LGBTQ-Personen im kriegführenden Russland. Berlin: Quarteera e. V., 2024 S. 71-84, 83-83. URL: https://www.quarteera.de/de/projects/die_lage_von_lgbtq_personen_im_kriegsfuehrenden_russland/ (abgerufen am 15.07.2025).

191) Siehe, z. B.: An Putin wurde sich mit einer Beschwerde wegen des Regenbogen-Eis gewewendet – wegen „Propaganda" für LGBT. Er stimmte zu, dass diese Frage einer Kontrolle bedarf." // Meduza. 04.07.2020. URL: https://meduza.io/shapito/2020/07/04/putinu-pozhalovalis-na-morozhenoe-s-radugoy-iz-za-propagandy-lgbt-tot-soglasilsya-chto-vopros-nuzhdaetsya-v-kontrole (zuletzt aufgerufen am 01.08.2025).

192) Die Polizei führte eine Razzie im Club "Drei Af-

fen" im Zentrum von Moskau durch // Meduza. 07.06.2025. URL: https://meduza.io/news/2025/06/07/politsiya-provela-reyd-v-klube-tri-obezyany-v-tsentre-moskvy4 (zuletzt aufgerufen am 01.08.2025).

193) In russischen Clubs werden Razzien im Rahmen vom "Kampf gegen LGBT" durchgeführt // Deutsche Welle. 08.12.2024. URL: https://www.dw.com/ru/v-klubah-rf-provodat-rejdy-v-ramkah-borby-s-lgbt/a-70993463 (zuletzt aufgerufen am 01.08.2025); Razzien statt Raves: Was erwartet Schwulenclubs in Russland // Parni Plus. 29.11.2024. URL: https://parniplus.com/reviews/rejdy-vmesto-rejvov/ (zuletzt aufgerufen am 01.08.2025).

194) LGBTQ-Verfolgung in Russland 2024: erste strafrechtlichen Verfahren wegen Extremismus, Razzien in Clubs und Festnehmen wegen Regenbogen-Symbolik // Golos Ameriki. 03.01.2025. URL: https://www.golosameriki.com/a/repressions-lgbtq-russia-2024/7923569.html (zuletzt aufgerufen am 01.08.2025); Die Polizei hat eine weitere Razzia im Club Mono in Moskau durchgeführt. Deutsche Welle. 12.04.2025. URL: https://www.dw.com/ru/policejskie-ustroili-oceredno j-rejd-v-klube-mono-v-moskve/a-72227834 (zuletzt aufgerufen am 01.08.2025).

195) Laut dem WJP Rule of Law Index belegt Russland im Jahr 2024 weltweit Platz 113 (von 142) und liegt damit vor Belarus (Platz 105), Liberia (Platz 109) und Sierra Leone (Platz 110). URL: https://worldjusticeproject.org/rule-of-law-index/global/2024/Russian%20Federation/ (zuletzt aufgerufen am 01.08.2025)

196) Artikel 6.21 des Verwaltungsstrafgesetzbuches der Russischen Föderation erlaubt es, Organisationen für „LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" mit einer Geldstrafe zwischen 800.000 und 5 Millionen Rubel pro Verstoß zu belegen.

197) Eine der möglichen Sanktionen für Unternehmen gemäß Artikel 6.21 des Verwaltungsstrafgesetzbuches der Russischen Föderation für „LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen". Wird vom Gericht verhängt. Im Falle ihrer Anwendung wird die Tätigkeit der Organisationfür diesen Zeitraum eingestellt und das Unternehmen verliert Gewinne.

198) Seit dem 24.02.2022 wurden in Russland alle

Websites unabhängiger Medien gesperrt, und seit dem 28.12.2023 hat Roskomnadzor die Befugnis, alle Informationen im Internet zu sperren, die mit der Tätigkeit der russischen Armee und der Bewertung ihrer Tätigkeit, einschließlich in der Ukraine, in Verbindung stehen (Gesetz „Über Informationen, Informationstechnologien und den Schutz von Informationen" vom 27.07.2006 Nr. 149-FG , Artikel 15.3, neue Fassung). Darüber hinaus am 04.03.2022 traten Artikel 20.3.3 des Kodex der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten sowie die Artikel 207.3 und 208.3 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation in Kraft, die eine administrative und strafrechtliche Haftung für die Verbreitung von Informationen über den Krieg Russlands in der Ukraine vorsehen, deren Bewertung von der offiziellen Bewertung der russischen Behörden abweicht. Die Höchststrafe beträgt bis zu 15 Jahre Freiheitsentzug für eine einzige Äußerung.

199) Soldaten werden häufiger wegen Mord und sexueller Gewalt vor Gericht gestellt // Waschnyje Istorii. 17.04.2024. URL https://istories.media/news/2024/04/17/sudi-voennogo-vremeni/ (zuletzt aufgerufen am 01.08.2025); Die Zahl der in Russland wegen Mordes verurteilten Soldaten ist um das Neunfache gestiegen.

// Radio Swoboda. 17.04.2024. URL: https://www.svoboda.org/a/chislo-voennyh-osuzhdyonnyh-v-rf-za-ubiystvo-vyroslo-v-9-raz-/32909386.html (zuletzt aufgerufen am 01.08.2025).

200) Beschluss des Präsidenten der Russischen Föderation vom 21.09.2022 Nr. 647 „Über die Verkündung einer Teilmobilisierung in der Russischen Föderation".

201) Was ist über die Teilmobilisierung in Russland bekannt // RBC. 29.09.2022. URL: https://www.rbc.ru/politics/29/09/2022/632ab4539a7947833beaf81d (aufgerufen am: 01.08.2025).

202) Föderales Gesetz vom 24.06.2023 Nr. 270-FG „Über die Besonderheiten der strafrechtlichen Verantwortung von Personen, die zur Teilnahme an einer speziellen Militäroperation herangezogen werden".

203) Föderales Gesetz vom 23.03.2024 Nr. 61-FG „Über Änderungen des Föderalen Gesetzes „Über die

Mobilisierungsvorbereitung und Mobilisierung in der Russischen Föderation“, Artikel 34 des Föderalen Gesetzes „Über die Wehrpflicht und den Militärdienst“ und die Aufhebung des föderalen Gesetzes „Über die Besonderheiten der strafrechtlichen Verantwortung von Personen, die zur Teilnahme an einer speziellen Militäroperation herangezogen werden“.

204) Föderales Gesetz vom 23.03.2024 Nr. 64-FG „Über Änderungen im Strafgesetzbuch der Russischen Föderation und in der Strafprozessordnung der Russischen Föderation”; Föderales Gesetz vom 23.03.2024 Nr. 61-FG „Über Änderungen des Bundesgesetzes „Über die Mobilisierungsvorbereitung und Mobilisierung in der Russischen Föderation“, Artikel 34 des föderalen Gesetzes „Über die Wehrpflicht und den Militärdienst“ und die Aufhebung des föderalen Gesetzes „Über die Besonderheiten der strafrechtlichen Verantwortung von Personen, die zur Teilnahme an einer speziellen Militäroperation herangezogen werden“.

205) Siehe z. B. den Fall, in dem ein Polizist sich weigerte, die Anzeige einer Vergewaltigung aufzunehmen, mit der Begründung, dass die Täter bald an die Front zurückkehren würden: https://t.me/novaya_europe/29248; siehe auch die Weigerung der Polizei, aufgrund der Aussagen von zwei Opfern ein Verfahren gegen einen Kriegsteilnehmer einzuleiten: Soldat aus Primorje vergewaltigt Mädchen und hält ein Dorf in Angst und Schrecken. Die Geschichte der Opfer und des Täters // Dozhd. URL: https://www.youtube.com/watch?v=7urgjCI7GP8 (abgerufen am 16.07.2025).

206) Siehe: Bettcher, T. M. Evil Deceivers and Make-Believers: On Transphobic Violence and the Politics of Illusion // Hypatia. 2007. Vol. 22. № 3. P. 43–65.

207) Zum besseren Verständnis der transphoben Rhetorik wurde in diesem Zitat das falsche Gender beibehalten. Zitat laut: Ibid. “The men did what they did because Araujo violated them. He used lies and deception to trick them into having sex. He was not honest with them, and had he been, none of this would have happened. A hate crime should not even be considered. No one killed him because he was a cross-dresser. These men were truly violated.They were raped”.

208) Beschluss des Präsidenten der Russischen Fö-

deration vom 21.09.2022 Nr. 647 „Über die Verkündung einer Teilmobilisierung in der Russischen Föderation“.

209) Föderales Gesetz vom 14.04.2023 Nr. 127-FG „Über Änderungen in einzelnen Gesetzgebungsakten der Russischen Föderation”.

210) Register der Vorladungen. URL: https://xn--b1afabzvcegckfhg.xn--p1ai/ (aufgerufen am: 01.08.2025).

211) Die Einwohner einiger Regionen Russlands erhielten Benachrichtigungen darüber, dass sie in das Wehrpflichtregister aufgenommen wurden // Meduza. 10.07.2025. URL: https://meduza.io/news/2025/07/10/zhiteli-nekotoryh-regionov-rossii-poluchili-uvedomleniya-o-tom-chto-ih-vklyuchili-v-reestr-voinskogo-ucheta (aufgerufen am: 01.08.2025).

212) In Russland wurde ein Register für elektronische Vorladungen eingeführt // Meduza. 09.05.2025. URL: https://meduza.io/news/2025/05/09/v-rossii-zarabotal-reestr-elektronnyh-povestok (aufgerufen am: 01.08.2025).

213) Föderales Gesetz vom 28.03.1998 Nr. 53-FG (Fassung vom 07.07.2025) „Über die Wehrpflicht und den Militärdienst“. Artikel 7.1, Absatz 1.

214) Artikel 328 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation sieht eine Strafe von einer Geldbuße von bis zu 200.000 Rubel bis zu zwei Jahren Freiheitsentzug vor.

215) Siehe z. B.: „Sechs oder fünf Geschlechter haben sie sich ausgedacht. Transformer, Trans...“ Kürzeste Zusammenfassung der Pressekonferenz Putins nach dem G20-Gipfel // Meduza. 29.06.2019. URL: https://meduza.io/paragraph/2019/06/29/shest-ili-pyat-polov-napridumyvali-transformery-trans (zuletzt aufgerufen am 01.08.2025).

216) Siehe: “They would prefer that she dies”. The first openly trans woman in the Russian army, her Ukrainian boyfriend, and their fight to keep her out of the war // Meduza. 11.11.2022. URL: https://meduza.io/en/feature/2022/11/11/they-would-prefer-that-she-die (zuletzt aufgerufen am 01.08.2025).

217) Strafgesetzbuch der Russischen Föderation, Artikel 337, Teil 5. Eingeführt durch das föderale Gesetz vom 24.09.2022 Nr. 365-FG „Über Änderungen im Straf-

gesetzbuch der Russischen Föderation und in Artikel 151 der Strafprozessordnung der Russischen Föderation".

Kapitel 8.

218) Wittenius, M. The transnational anti-gender movement in Europe // The Gunda Werner Institute for Feminism, Gender Democracy in the Heinrich Böll Foundation. 03.02.2022. URL: https://www.gwi-boell.de/en/2022/02/03/the-transnational-anti-gender-movement-europe#:~:text=Right%2Dwing%20populist%20and%20anti,as%20well%20as%20civil%20society. (zuletzt aufgerufen am 20.07.2025).

219) Ibid.

220) Siehe beispielsweise die Äußerung des unter persönlichen Sanktionen der EU stehenden Parlamentspräsidenten Wjatscheslaw Wolodin in seinem persönlichen Telegram-Kanal: „Was derzeit in Europa und den USA geschieht, ist eine Katastrophe, eine echte menschliche Tragödie. Viele Menschen – Erwachsene und, was am traurigsten ist, Kinder – erleiden psychische Schäden, ihr Schicksal wird zerstört [...] Die Politik der Europäischen Union, der USA und Großbritanniens, die sich für eine beschleunigte Geschlechtsumwandlung einsetzen und den Prozess der Geschlechtsänderung gesetzlich vereinfachen, ist ein Weg, der zum Niedergang ihrer Nationen führt. Wir gehen nicht mit ihnen diesen Weg. Wir sind dagegen." (https://t.me/vv_volodin/806).

221) „Zieh dich aus und setz dich hin." Warum russische Frauenärzte nicht lernen, mit Patientinnen zu kommunizieren, und wie alle darunter leiden // Cholod. 22.07.2023. URL: https://holod.media/2023/04/28/kak-hamiat-ginekologi/ (Zugriffstag: 22.07.2025); „Eine Frau muss trotz Schmerzen und Leiden ein Kind zur Welt bringen": Eine Studie über die Ursachen und Folgen von Gewalt in der Geburtshilfe in Russland // 7x7: Gorisontal'naja Rossia. 06.06.2025. URL: https://semnasem.org/articles/2025/06/06/akusherskoe-nasilie-v-rossii (aufgerufen am: 15.07.2025).

222) Siehe, zum Beispiel: Rivkin-Fish, M. Russlands Kampagne für eine Rückkehr des Patriarchalen: Förderung »traditioneller Werte« mit dem Ziel demographischer und

sexueller Souveränität // Länder-Analysen. 03.02.2025. URL: https://laender-analysen.de/russland-analysen/460/patriarch-traditionelle-werte-demographie-russland-frauen/ (aufgerufen am: 17.07.2025).

223) Siehe, zum Beispiel: „Momentan nirgendwo": Wie sich das unausgesprochene Abtreibungsverbot in der Region Wologda auf Frauen auswirkt // Sewer.Realii. 26.02.2025. URL: https://www.severreal.org/a/teper-negde-kak-neglasnyy-zapret-na-aborty-v-vologodskoy-oblasti-vliyaet-na-zhenschin/33327862.html (aufgerufen am: 12.07.2025).

224) Siehe, zum Beispiel: Studenten einer russischen Hochschule wurden verpflichtet, Fragebögen zum Thema reproduktive Gesundheit auszufüllen und ihre Telefonnummer anzugeben // Cholod. 16.11.2024. URL: https://holod.media/2024/11/16/studentov-reproduktivnom-zdorove/ (aufgerufen am: 12.07.2025).

225) Siehe, zum Beispiel: Eroshenko, A. In Russland ist es untersagt, über Kinderlosigkeit zu sprechen // Nowaja gazeta-Jewropa. 26.09.2024. URL: https://novayagazeta.eu/articles/2024/09/26/v-rossii-zapreshchaiut-govorito-bezdetnosti (Zugriffsdatum: 12.07.2025); Olenitschew, M. W. Verbot von "Childfree" in Russland: Meinung eines Juristen, der sich auf LGBT-Personen spezialisiert // Parni Plus. 26.09.2024. URL: https://parniplus.com/lgbt-movement/discrimination/zapret-chajldfri/ (aufgerufen am: 12.07.2025).

226) Stand 05.06.2025 sind solche Gesetze bereits in 20 der 83 Föderationssubjekte der Russischen Föderation in Kraft getreten, d. h. in 24% der Regionen Russlands. URL: https://www.rbc.ru/politics/05/06/2025/68404adc9a7947f83235f49a (aufgerufen am: 12.07.2025).

227) Rights on having children // World Health Organization. URL: https://www.who.int/tools/your-life-your-health/know-your-rights/rights-across-life-phases---pregnancy--birth-and-after-childbirth/rights-on-having-children (aufgerufen am: 17.07.2025).

228) Föderales Gesetz „Über Änderungen einzelner Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation" vom 19.12.2022 Nr. 538-FG.

229) Die Verordnung des russischen Gesundheits-

ministeriums vom 31.07.2020 Nr. 803n „Über die Verwendung von assistierten Befruchtungstechnologien, Kontraindikationen und Einschränkungen für deren Anwendung" trat am 01.01.2021 in Kraft und ersetzte eine zuvor bestehende ähnliche Verordnung.

230) Siehe, z. Bsp.: What Happens In LGBT "Conversion Therapy" In Russia // Radio Free Europe. 12.03.2024. URL: https://www.rferl.org/a/russia-lgbt-conversion-therapy/32858475.html; Golubeva, A., Norton, J. Tricked into conversion therapy in Russia for being trans // BBC. 28.07.2024. URL: https://www.bbc.com/news/articles/cl7yk2l925xo (Zugriffstag: 17.07.2025).

231) Siehe, z. Bsp.: Putin hat die Einrichtung eines Instituts für Psychiatrie zur Erforschung von LGBT-Personen angeordnet // Radio Swoboda. 16.06.2023. URL: https://www.svoboda.org/a/putin-poruchil-sozdatj-institut-psihiatrii-po-izucheniyu-lgbt-lyudey/32461263.html (Zugriffstag: 17.07.2025).

232) "Am nächsten Tag kamen Sanitäter. Wie Homosexualität und Transsexualität in Russland „behandelt" werden // Nastojascheje Wremja. 17.05.2020. URL: https://www.currenttime.tv/a/conversion-therapy-in-russia/30616113.html (Zugriffstag: 03.08.2025).

233) Siehe oben, z. Bsp., Ada, die entführt und gegen ihren Willen in einer solchen Einrichtung festgehalten wurde. Siehe auch: Russian LGBTQ+ ‚Conversion Therapy' Isolates Patients for Months – Report // The Moscow Times. 04.03.2024. URL: https://www.themoscowtimes.com/2024/03/04/russian-lgbtq-conversion-therapy-isolates-patients-for-months-report-a84331 (Zugriffstag: 17.07.2025).

234) Mit der Trans-Mafia muss aufgeräumt werden // Parlamentskaja gaseta. 20.11.2023. URL: https://www.pnp.ru/social/transgendernoy-mafii-trebuetsya-zachistka.html; Die Polizei in Russland hat begonnen, trans Personen zu Gesprächen vorzuladen // Radio Swoboda. 19.01.2024. URL: https://www.svoboda.org/a/politsiya-v-rossii-nachala-vyzyvatj-na-oprosy-transgendernyh-lyudey/32783856.html; Wir wissen jetzt alles über euch: Russische Geheimdienste sammeln Daten über LGBTQ-Personen im ganzen Land. Das kann sehr schlimme Folgen haben. Recherche von Medusa // Medusa. 27.02.2025. URL: https://medu-

za.io/feature/2025/01/27/my-teper-vseh-vas-znaem (zuletzt aufgerufen am 25.07.2025).

*234) Aktivist*innen solcher Bewegungen beschäftigen sich damit, Fachleute und Organisationen, die LGBTQ+-Personen helfen, bei den Behörden zu melden. Ihre wichtigste Motivation, die sie öffentlich vortragen, ist der Schutz von Kindern vor "LGBT-Propaganda" und "der Schutz traditioneller Werte". Der Staat und die Strafverfolgungsbehörden fördern ihre Tätigkeit.*

*235) Siehe, z. Bsp., Bericht über Bemühungen rechtskonservativer Bewegung "Sorok Sorokow" (рус. Сорок Сороков): Eine Tätowiererin aus Sankt Petersburg hat Russland nach einer Anzeige verlassen // Sewer.Realii. URL: https://www.severreal.org/a/tatu-master-iz-peterburga-pokinula-rossiyu-posle-donosa/32829471.html (Zugriffstag: 10.07.2025). Der Telegram-Kanal der Bewegung fordert seine Leser*innen auf, bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen kulturelle Aktionen und Veranstaltungen zu stellen, die nach Ansicht der Autor*innen „destruktive Informationen unter Minderjährigen verbreiten". (URL: https://t.me/s/sorok40russia?q=%23%D0%9F%D1%80%D0%BE%D0%BF%D0%B0%D0%B3%D0%B0%D0%BD%D0%B4%D0%B0). Siehe auch Bericht über die Aktivitäten der konservativen Initiative „Elternkammer", deren Aktivist*innen Druck auf eine Klinik ausgeübt haben, um eine geschlechtsangleichende Operation zu verhindern: Private Klinik verweigert trans Person Operation aufgrund einer Anzeige // Activatica. URL: https://activatica.org/content/b10cc740-2d11-45c2-976d-6826442f3907/chastnaya-klinika-otkazala-transpersone-v-operacii-iz-za-donosa (Zugriffstag: 10.07.2025). Diese Initiative stützt sich auf Beschwerden der Familienmitglieder, die das Handeln junger Erwachsener missbilligen (in diesem Fall war die trans Frau 21 Jahre alt). Im „Elternkammer" Telegram-Kanal wird diese Denunziation sorgfältig gegen die Entscheidung des Obersten Gerichts ausgespielt, die „internationale LGBT-Bewegung" extremistisch zu erklären: Im Namen der Vereinigung „Elternkammer" wurde an den Chef des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation, Alexander Iwanovitsch Bastrykin, ein dringendes Schreiben mit der Bitte gerichtet, die Gesundheit des jungen Mannes zu schützen, die illegalen Aktivitäten der genannten Klinik zu verhindern und die Herkunft der finanziellen Mittel für die*

genannte Operation zu überprüfen. ***Nach Angaben der Mutter verfügt der junge Mann nicht über ein Einkommen, das ihm solche erheblichen Ausgaben ermöglichen würde. Wahrscheinlich liegt eine Einmischung und Druckausübung seitens der internationalen LGBT-Bewegung vor, die als extremistisch anerkannt ist****. (Hervorhebung durch die Verfasser*innen, URL: https://t.me/roditelskayapalata/6580).*

236) Siehe: Russia: Authorities targeting children in their crusade against anti-war dissent // Amnesty International. 31/05.2024. URL: https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/05/russia-authorities-targeting-children-in-their-crusade-against-anti-war-dissent/; Nowik, I. Krieg im Kindergarten // Dekoder. 01.06.2023. URL: https://www.dekoder.org/de/article/militarisierung-kindergarten-erziehung-patriotismus; Kritiker beklagen mehr Kreml|propaganda in russischen Schulen // Spiegel. 04.09.2024. URL: https://www.spiegel.de/panorama/bildung/russland-kritiker-beklagen-mehr-kreml-propaganda-in-schulen-a-3714d217-8f2c-4a55-911e-7720b8c3c7fc; Patriotismus-Unterricht in Russland: "Jedes Thema wird für Propaganda genutzt" // Tagesschau. 01.09.2023. URL: https://www.tagesschau.de/lehrerin-russland-schulunterricht-100.html; Russland: Warum Frontkämpfer Kinder unterrichten // MDR.de. 30.09.2024. At least 100 Russian kindergartens introduce propaganda lessons in single week // Novaya Gazeta – Europe. 21.10.2024. URL: https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/russland-schule-propaganda-100.html; URL: https://novayagazeta.eu/articles/2024/10/21/at-least-100-russian-kindergartens-introduce-propaganda-lessons-in-single-week-en-news; 'I won't let them turn into pawns for the military' Meduza's Russian readers on how they're protecting their children from pro-war propaganda in schools // Meduza. 07.09.2023. URL: https://meduza.io/en/feature/2023/09/07/i-won-t-let-them-turn-into-pawns-for-the-military (abgerufen am 19.07.2025).

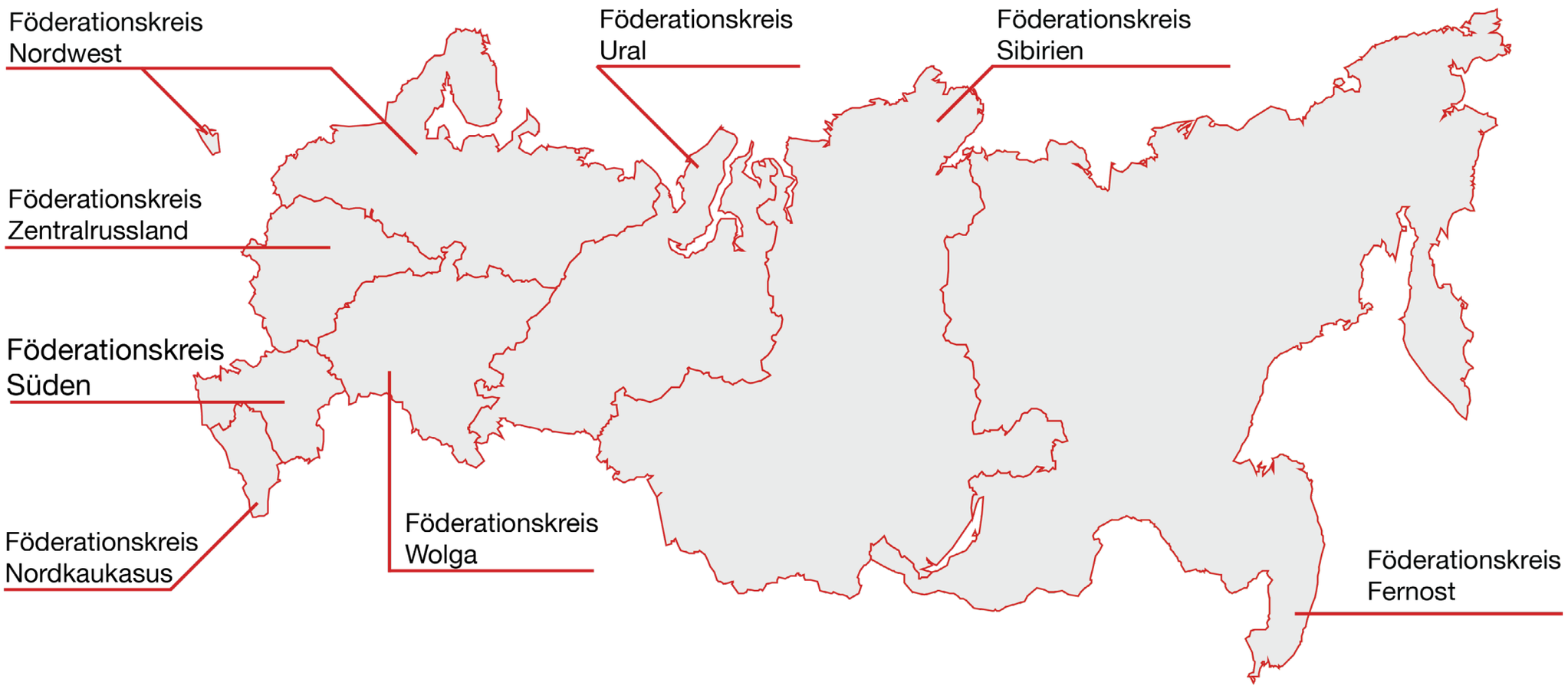
237) Siehe: Russian schools to offer "family studies" classes for teenagers from September // Novaya Gazeta – Europe. 23.08.2024. URL: https://novayagazeta.eu/articles/2024/08/23/russian-schools-to-offer-family-studies-classes-for-teenagers-from-september-en-news (abgerufen am 19.07.2025).

238) Verfassung der Russischen Föderation, Artikel 13, Teil 2.

239) Bericht: Die Lage von LGBT+-Personen in Russland im Jahr 2024 / N. Pavlova; Stiftung „Sfera“, LGBT+ Gruppe „Coming-out“. S. 42. URL: https://sphere-requeer.org/ru-lgbt-life-in-russia-2024/ (abgerufen am 13.07.2025).

240) Ein Beispiel für eine ähnliche Rhetorik, die die Rechtfertigung der isolationistischen Politik der Russischen Föderation mit der Entmenschlichung und Beleidigung von LGBTQI-Personen sowie der Idealisierung einer „Steigerung der Geburtenrate” verbindet, findet sich in einer öffentlichen Äußerung der Abgeordneten der Staatsduma der Russischen Föderation Nina Ostanina, die auf der Sanktionsliste der EU steht: „Versuche, europäische Neuerungen wie gleichgeschlechtliche Ehen, Transgender, das dritte Geschlecht und so weiter in unser Leben einzuführen, sind ein weiterer Weg zur Senkung der Geburtenrate. Wie wir wissen, gebären Wesen des dritten Geschlechts keine Kinder, und auch in gleichgeschlechtlichen Ehen werden keine Kinder geboren. Dennoch führt die Propagierung dieser nichttraditionellen Werte dazu, dass ein Teil unserer Jugend dieser Propaganda erliegt“ (Abgeordnete der Staatsduma macht Transgender und den Staat für den Rückgang der Geburtenrate verantwortlich // Nationaler Nachrichtendienst. 26.07.2022. URL: https://nsn.fm/society/transgendery-i-tretii-pol-ostanina-nazvala-prichiny-snizheniya-rozhdaemosti-v-rossii (aufgerufen am: 10.08.2025).

Anhang Nr. 1.


Föderationskreis
Nordwest
Föderationskreis
Ural
Föderationskreis
Sibirien
Föderationskreis
Zentralrussland
Föderationskreis
Süden
Föderationskreis
Nordkaukasus
Föderationskreis
Wolga
Föderationskreis
Fernost

414

Liste aller Subjekte der Russischen Föderation, aufgeteilt nach Föderationskreisen (Stand: 01.01.2025 innerhalb der von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Grenzen, 80 Subjekte der RF)

Föderationskreis Fernost (DFO), insgesamt 9 Subjekte der RF:

- Republik Sacha (Jakutien)
- Kamtschatka
- Primorje
- Chabarowsk
- Amur
- Magadan
- Sachalin
- Jüdische Autonome Region
- Tschukotka

Föderationskreis Wolga (PFO), insgesamt 13 Subjekte der RF:

- Republik Baschkortostan
- Republik Mari El
- Republik Mordwinien
- Republik Tatarstan
- Republik Udmurtien
- Republik Tschuwaschien
- Region Kirov
- Region Nischni Nowgorod
- Region Orenburg
- Region Penza
- Region Samara
- Region Saratow
- Region Uljanowsk

Nordkaukasischer Föderationskreis (SKFO), insgesamt 7 Föderationssubjekte der RF:

- Republik Dagestan
- Republik Inguschetien
- Republik Kabardino-Balkarien
- Republik Karatschai-Tscherkessien
- Republik Nordossetien-Alanien
- Republik Tschetschenien
- Stawropol

Nordwestlicher Föderationskreis (NWFK), insgesamt 11 Föderationssubjekte der Russischen Föderation:

- Republik Karelien
- Republik Komi
- Region Archangelsk
- Autonomer Kreis der Nenzen
- Region Wologda
- Region Kaliningrad
- Region Leningrad
- Region Murmansk
- Region Nowgorod
- Region Pskow
- Sankt Petersburg

Sibirischer Föderationskreis (SFK), insgesamt 10 Föderationssubjekte der RF:

- Republik Altai
- Republik Tuwa
- Republik Chakassien
- Altaier Kraj
- Krasnojarsker Kraj
- Irkutsker Oblast
- Kemerowsker Oblast – Kusbass
- Nowosibirsker Oblast
- Omsker Oblast
- Tomsker Oblast

Südlicher Föderationskreis (SFK), insgesamt 6 Föderationssubjekte der RF:

- Republik Adygea
- Republik Kalmückien
- Krasnodar
- Region Astrachan
- Region Wolgograd
- Region Rostow

Uraler Föderationskreis (UrFK), insgesamt 6 Föderationssubjekte der RF:

- Region Kurgan
- Region Swerdlowsk
- Region Tjumen
- Region Tscheljabinsk
- Autonomer Kreis der Chanten und Mansen – Jugra
- Autonomer Kreis der Jamal-Nenzen

Zentraler Föderationskreis (ZFK), insgesamt 18 Subjekte der RF:

- Belgoroder Gebiet
- Region Brjansk
- Region Wladimir
- Region Woronesch
- Region Iwanow
- Region Kaluga
- Region Kostroma
- Region Kursk
- Region Lipezk
- Region Moskau
- Region Orlow
- Region Rjasan
- Region Smolensk
- Region Tambow
- Region Twer
- Region Tula
- Region Jaroslawl
- Moskau

Wir haben verfolgt, wie die anti-gender Wende, die Militarisierung des Staates und der Gesellschaft im Land, staatliche Propaganda und Desinformation, die Verabschiedung und Umsetzung von föderalen Gesetzen „über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Menschen aller Altersgruppen" und „zum Verbot der Geschlechtsumwandlung" sowie die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation, die nicht existierende Organisation „Internationale öffentliche Bewegung LGBT" als extremistisch einzustufen, das Leben von queeren Frauen verändert haben. All diese Phänomene hängen miteinander zusammen und bilden die Grundlage für den Krieg des russischen Machtapparats gegen die Ukraine.

Für deutsche Behörden, ausländische Behörden, internationale Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, LGBTIQ-Initiativen und Aktivist*innen, Expert*innen für Russland, in den Bereichen Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Rechtswissenschaft, Sozialwandel, Wissenschaftler*innen, ein breites Publikum und alle, die sich für die Geschehnisse in Russland interessieren



ISBN 978-3-9827934-1-2

Kann zur Beurteilung der Lage in Russland verwendet werden, unter anderem in Fällen von Asylgewährung, humanitärem Schutzstatus und anderen Hilfsprogrammen.

Die freie Verwendung ist unter Angabe der Autoren und des Titels der Veröffentlichung gestattet.